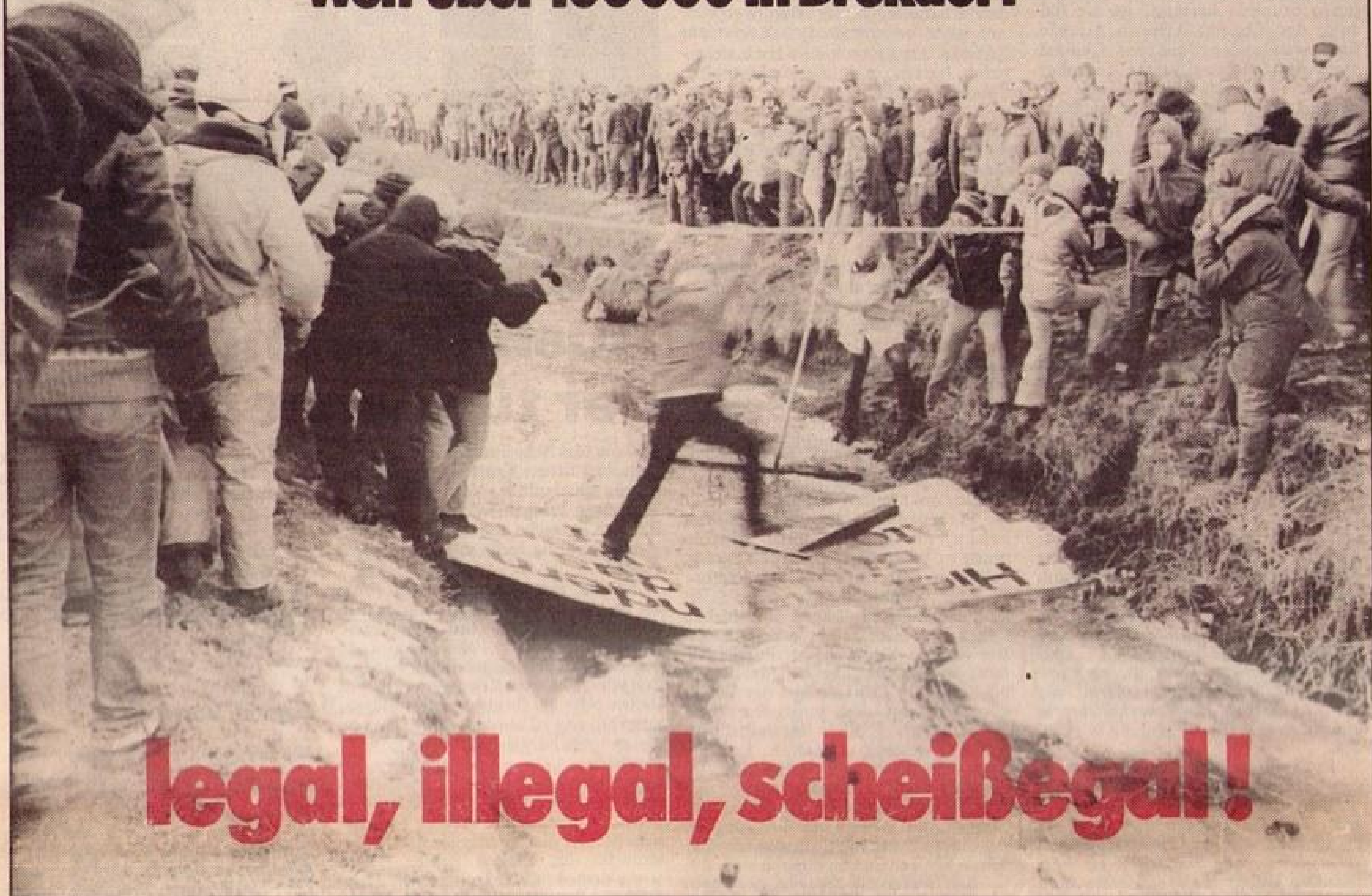


Grüne Partei: Siegt doch noch die Vernunft? Seite 9

Arbeiterkampf

Jg. 11 Nr. 196 2.3.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 3 Förderpreis DM 5,–

C 21734 D



Weit über 100 000 in Brokdorf – legal, illegal, scheißegal!

Noch nie zuvor haben dermaßen viele Menschen an einem westdeutschen AKW-Standort demonstriert. Der Polizeipsychologie, die Demonstrantenzahl auf 50 000 herunterzuschrauben, mochte sich diesmal selbst die reaktionäre Presse nicht anschließen („BamS": 80 000; „WamS": 100 000). Wieviele es genau gewesen sind, die an diesem Samstag zwischen Itzehoe und Brokdorf die Wilster Marsch überschwemmten, wissen wir nicht. Aber es ist bezeichnend für den bundesdeutschen „freiheitlichen Rechtsstaat", daß diese vielleicht größte Demonstration der Nachkriegszeit eine nicht nur teilweise, sondern insgesamt verbotene Aktion war. „Chaos und Blut" („Bild", 26.2.) hatten die Politiker von Stoltenberg bis Glotz für dieses Wochenende angedroht. Wer an der Demonstration teilnehme, mache sich „strafbar" und »werde als „Rechtsbrecher" behandelt, verkündeten die Innenminister, ob von der CDU (Barschel, Schleswig-Holstein) oder der SPD (Pawelczyk, Hamburg). Doch die Entscheidung der Lüneburger Oberverwaltungsrichter, das Totalverbot des Landrats Brümmer zu bestätigen, wurde in der Nacht vom Freitag auf den Samstag von Zehntausenden, die sich überall in der BRD bereits auf den Weg gemacht hatten und im Bus oder PKW die nächtlichen Nachrichtensendungen verfolgten, bestenfalls amüsiert registriert.

Weiter auf Seite 2

Nach Brokdorf: Auf Wiedersehen in Ramstein!

Am 19. Februar veröffentlichten der „Stern" und die „taz" zeitgleich eine Lagekarte von 118 Atomwaffenstützpunkten in der BRD. Neben zahlreichen Angaben über die mit Atomwaffen und Trägersystemen vollgestopfte BRD waren auch Details nicht vergessen worden: kiffende US-Atomwaffenkontrolleure beispielsweise, oder die erschossene Kuh, die sich in die Nähe eines Lagers verirrte, bis hin zur Angabe des geheimen Zimmers, wo die Einsatzpläne für Starfighter-Atomeinsätze lagern.

Der Schrecken der Politiker in diesem Lande, die bisher solche Standorte und Pläne als Staatsgeheimnisse betrachten, war natürlich groß, zumal von vorneherein klar war, daß es sich dabei nur um einen e r s t e n öffentlichkeitswirksamen Schuß handelte, der lange Zeit vorbereitet worden war und dem in diesem Jahr auch erste A k t i o n e n folgen sollen. Der BBU erklärte zu der Veröffentlichung, daß Ramstein und andere A-Waffenstützpunkte den gleichen Symbolcharakter bekommen würden, wie ihn heute Brokdorf bereits besitzt.

Schon länger war an solchen Enthüllungen gearbeitet worden. 1979 hatte Andreas Bülow, seinerzeit Staatssekretär im Verteidigungsministerium, angekündigt, daß eine derartige Veröffentlichung wegen Offenbarung von Staatsgeheimnissen (§ 95 StGB) verfolgt werden würde. Am 8.2.1980 meldete Springers „Welt", die Bundesanwaltschaft habe Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner eingeleitet, die NATO-Lager für atomare Sprengköpfe auskundschaften wollten, um eine Lagekarte anzulegen; der BBU habe dazu eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Im BBU-Vorstand setzten sich damals noch der Bundeswehr verbundene Kräfte durch, die diese Arbeit stoppten. BBU und Bundesanwaltschaft dementierten kurz darauf die „Welt"-Meldung.

Spanien:

Generalprobe zum Putsch

Es begann wie eine Operetten–Inszenierung, mit dem Auftritt einer wilden Soldateska im Madrider Parlament, mit Geballer in die Saaldecke und mit unter die Tische hechtenden Abgeordneten. Als Spaniens Rundfunksender auf klassische Musik umschalteten und der König Juan Carlos über sieben Stunden brauchte, bevor er in einer kurzen Fernsehansprache öffentlich den Putschversuch mißbilligte, deutete sich die wahre Dimension dieses Vorgangs an:

1. Der erhebliche und durchaus gefährliche Umfang der Verschwörung zu diesem Putschversuch.
2. Die weit darüber hinausgehende Bereitschaft zum Putsch in der spanischen Armeeführung und in der herrschenden Klasse.
3. Die Absicht der herrschenden Klasse und der NATO (einschließlich der BRD-Regierung), sich in Spanien den Putsch als Alternative offen zu halten und mit dem drohenden Putsch Politik zu machen.

Forts. Seite 2



(aus „taz")

Spanien:
Generalprobe zum Putsch

Fortsetzung von Seite 1

Der Plan der Verschwörung

Die spanische Tageszeitung „EL PAIS" berichtete am 26.2., daß der Plan der Putschisten folgende Phasen vorgesehen hatte: 1. Besetzung des Parlamentsgebäudes durch eine Einheit der Guardia Civil unter dem Kommando des **Oberstleutnant Tejero**. 2. Telefonische Bestätigung der Besetzung an den Militärkommandanten von Valencia, **General Milans del Bosch**. 3. Besetzung der 'neuralgischen' Punkte Madrids durch Einheiten der **Panzerdivision Brunete**. 4. Nach erfolgter Besetzung Madrids sollten die Kommandanten der übrigen Militärregionen zum Anschluß an den Putsch veranlaßt werden.

Der Beginn des Putschplanes wurde mit vollem Erfolg durchgeführt. Tejero erstattete dem General de Bosch Meldung; dieser ließ daraufhin in Valencia Panzer auffahren und sprach eine Ausgangssperre aus. Wäre hiernach auch noch die Besetzung Madrids durch die Panzer der Division Brunete gelungen, hätte das höchstwahrscheinlich den Ausschlag für den Erfolg des Putsches gegeben. Warum dieser zentrale Punkt des Plans nicht zur Ausführung kam, scheint noch nicht geklärt. So kam es nur noch zu einigen unkoordinierten Aktivitäten zugunsten der Putschisten:

Ein paar Panzer besetzten kurz nach dem Überfall auf das Parlament vorübergehend den Madrider Fernsehsender.

Der **Major Pardo Zancada** von der Panzerdivision Brunete marschierte mit einer Kompanie Militärpolizei zum Parlament und schloß sich den Leuten von Tejero an. Zancada hatte Verbindungsmann zwischen dem General del Bosch und der Panzerdivision Brunete sein sollen.

Der **General Torres Rojas, Militärkommandant von La Coruna**, hielt sich schon am Tag vor dem Putschversuch in Madrid auf und traf kurz vor dem Überfall auf das Parlament mit Offizieren der Panzerdivision Brunete zusammen. Rojas war bis zum 24.Januar 1980 selbst Chef der Brunete; seine Versetzung nach La Coruñaerfolgte, weil er schon damals in Putschpläne verwickelt war.

Der Putsch als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln

Die spanische „Demokratie" hat sich bruch- und kampflos aus dem System des Franco–Faschismus entwickelt. Der Militär- und Staatsapparat ist un-

mals in Putschpläne verwickelt war.

Der Putsch als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln

Die spanische „Demokratie" hat sich bruch- und kampflos aus dem System des Franco–Faschismus entwickelt. Der Militär- und Staatsapparat ist un-
verändert in hohem Maße in der Hand der Faschisten. Die „Demokratie" wurde von der herrschenden Klasse Spaniens und von der NATO von Anfang an nur als ein politisches Experiment verstanden, das bei Nicht-Funktionieren jederzeit wieder zu liquidieren ist. Der Putsch war deshalb immer eine mögliche Variante der Politik in Spanien. Diese Variante folgt aber nicht einfach dem Befehl aus irgendeinem Zentrum, sondern setzt sich als differenzierter Prozeß im „nach"-faschistischen Apparat durch. Praktisch bedeutet das, daß Putschpläne schon wiederholt mal hier und mal da im Militär- und Polizeiapparat betrieben wurden, ohne daß sie bisher die allgemeine Zustimmung der herrschenden Klasse gefunden haben. Zugleich bedeutet es, daß der Widerspruch zwischen den Putschplanern und dem Rest der herrschenden Klasse nicht unversöhnlich ist, sondern sich in der großzügig milden Behandlung der Putschisten immer wieder auflöst.

Wie es jetzt scheint, ist die Aktion Tejero–del Bosch anderenPutschplänen z u v o r g e k o m m e n, die zumindest seit Dezember 1980 von erheblichen Teilen des Militärs vorangetrieben werden und die ursprünglich auf den 21.März terminiert waren.

Die sich so ergebende Situation ist für den Ablauf von Militärputschen durchaus typisch: Wesentliche Kräfte des Militärs planen einen Putsch, erhebliche Teile der herrschenden Klasse neigen einem Putsch zu – und dann löst irgendwer plötzlich eine relativ unkoordinierte Aktion aus, die die im Prinzip gleichfalls putschwilligen Kräfte dazu zwingt, sich dem Putsch i n d i e s e m M o m e n t anzuschließen (auch unter Bedingungen, die sie so nicht gewollt hatten) oder sich von den Vorpreschern zu distanzieren.

Dies erklärt, warum der König Juan Carlos nach dem Überfall auf das Parlament über sieben Stunden „Bedenkzeit" bis zu seiner Fernsehrede brauchte, die ihm dann witzigerweise auch noch den Ruf verschaffte, er habe „ die spanische Demokratie gerettet". Das vielleicht interessanteste Indiz, wie sehr die Möglichkeit eines allgemeinen Militärputsches in jenen Stunden bestand, ist die Haltung des **General Alfonso Armada, Stellvertretender Chef des Generalstabs der Landstreitkräfte und allerengster Vertrauter des Königs**: Er war in jenen Stunden der Entscheidung geneigt, sich selbst zum Chef einer Militärjunta zu erklären, und führte zugleich –im Auftrag des Königs– die Verhandlungen mit dem Parlamentsbesetzer Tejero.

Der nächste Putsch kommt bestimmt

Nach dem Zusammenbruch des Putschversuchs wurden drei Generale, 24 Oberste und andere Offiziere der Armee, der Guardia Civil und der Marine abgesetzt und festgenommen (nach „Hamb.Abendblatt", 28.2.). Außerdem wurde der General Armada abgesetzt. Besonders schlimm wird es den Herren Generalen und Offizieren bestimmt nicht ergehen. Gleich nach dem Putsch teilte der König den Parteichefs mit: „... *Es ist eine heikle Situation entstanden, die wir mit größter Ruhe und Mäßigung behandeln müssen. Sehr wenig ratsam wäre eine harte Reaktion der politischen Kräfte gegen diejenigen, die in den letzten Stunden Akte der Subversion begangen haben. Aber noch nachteiliger wäre es, eine solche Reaktion verallgemeinernd auf die Armee und die Sicherheitskräfte auszuweiten*" (nach „EL PAIS", 26. 2.).

Es ist inzwischen durch Meldungen bestätigt, daß die Garantie einer 'milden und ehrenvollen Behandlung' auch Teil der Zugeständnisse an die Putschisten war, die diese schließlich veranlaßten, das Handtuch zu werfen. Das Militär insgesamt wäre auch gar nicht bereit, ein wirkungsvolles Vorgehen gegen die Putschisten hinzunehmen. Es wird also so kommen, wie schon mehrmals seit der „Demokratisierung" Spaniens: Ein paar symbolische Mini-Strafen, ein paar „Straf"versetzungen, sonst nichts. Bestes Beispiel für den Wert dieser Politik ist der Parlamentsbesetzer Tejero selbst: **Er wurde schon im Herbst 1978 bei Putschplänen ertappt und kam mit einem halben Jährchen 'Hausarrest' davon.**

In der Bilanz bleiben zwei Ergebnisse des Putschversuchs vom 24.Februar:

Bestes Beispiel für den Wert dieser Politik ist der Parlamentsbesetzer Tejero selbst: Er wurde schon im Herbst 1978 bei Putschplänen ertappt und kam mit einem halben Jährchen 'Hausarrest' davon.

In der Bilanz bleiben zwei Ergebnisse des Putschversuchs vom 24.Februar:

1. Der Putschversuch als Generalprobe und Test. Eine Tatsache, die dabei besondere Aufmerksamkeit verdient, ist die Reaktion der spanischen Gesellschaft auf den Putschversuch. Bewiesen wurde, daß ein Putsch gegenwärtig wahrscheinlich nicht auf rasche, wirkungsvolle Gegenreaktionen



der Gewerkschaften und der demokratischen Parteien stoßen würde. Wenn König Juan Carlos sich nach dem 24.Februar als „Retter der Demokratie" feiern läßt, so ist das insofern also nicht einmal ganz frei erfunden. Die Parteien und Gewerkschaften reagierten insgesamt erst, als wirklich alles vorbei war, mit Massendemonstrationen am 27.Februar. Für den Charakter dieser Demonstrationen ist es bezeichnend, daß Spaniens Parteien dazu e i n h e i t l i c h aufgerufen hatten, und zwar nicht bloß unter Einschluß der rechten, christdemokratischen Regierungspartei UCD, sondern sogar gemeinsam mit der rechtsradikalen Alianza Popular. (Eine andere Situation ergab sich vor allem im Baskenland). Dieses Szenario muß als Ermutigung für eine Wiederholung des Putschversuchs gewertet werden.

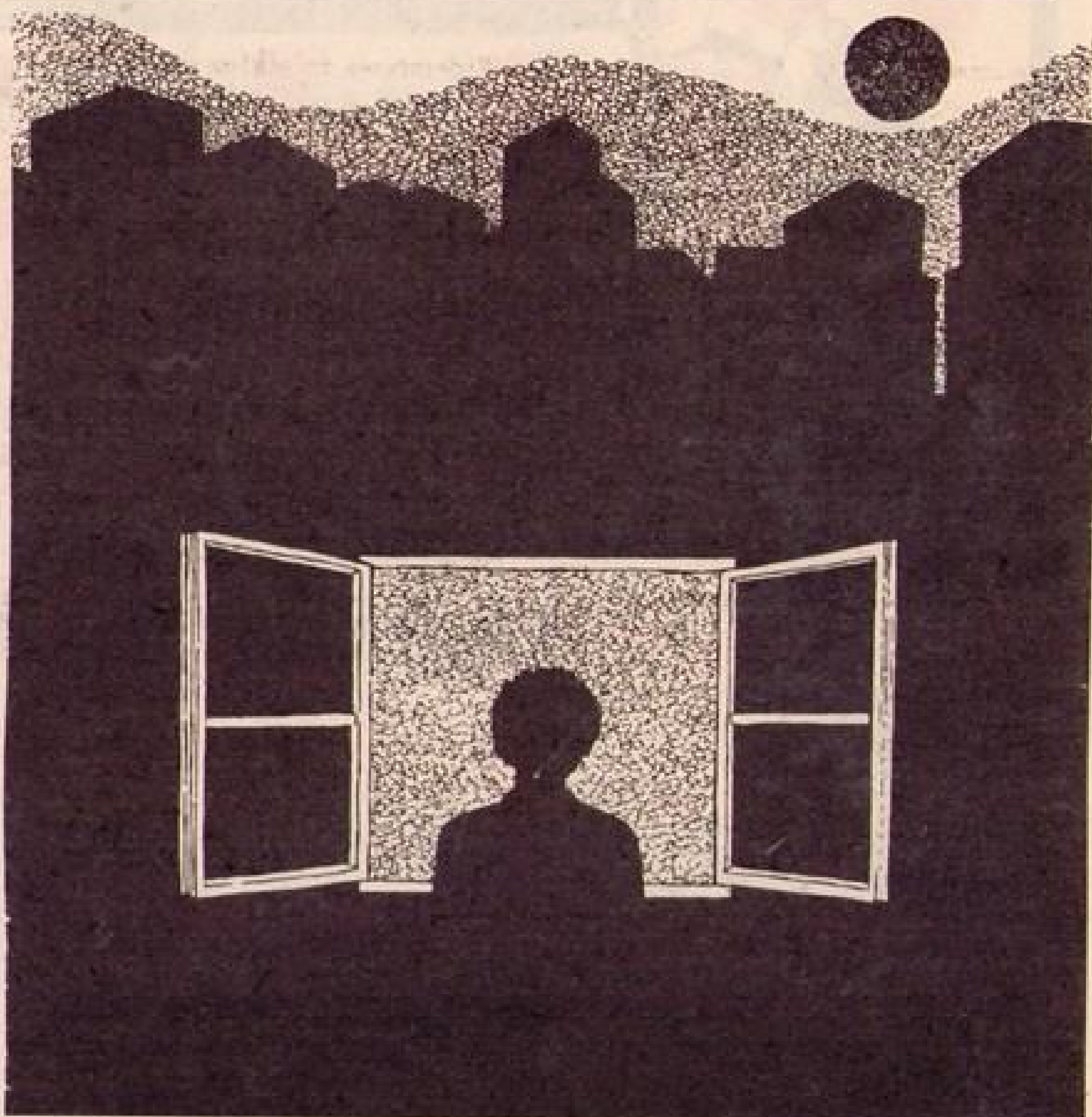
2. Der Putschversuch als politisches Instrument. Ein unmittelbares Ergebnis des 24.Februar ist ein gestärktes Prestige des Königs, der seine Rolle als „Retter der Demokratie" einigermaßen öffentlichkeitswirksam spielen konnte, begünstigt auch durch das opportunistische Verhalten der Oppositionsparteien (Sozialdemokraten und Euro„kommunisten"). Ein weiteres Ergebnis besteht darin, daß der neue rechte Regierungschef Calvo Sotelo im zweiten Anlauf am 25.2. im Parlament die absolute Mehrheit bekam, die ihm bei einer Abstimmung v o r dem Putschversuch versagt geblieben war. Ein Koalitionsangebot an die Sozialdemokraten (PSOE) lehnte Sotelo ab – auch auf starken Druck der Militärs hin, wie es heißt. Die weiter schwebende Putschdrohung soll in nächster Zeit der Knüppel sein, um Proteste aus der Bevölkerung gegen den politischen und wirtschaftlichen Kurs der herrschenden Klasse klein zu halten. Daß die Oppositionsparteien bereit sind, ihren Part dabei zu spielen, steht zweifelsfrei fest. Besonders gilt dieser Mechanismus für die Unterdrückung im Baskenland. Ein nicht unwesentlicher Anlaß für den Putschversuch vom 24. Februar waren die Proteste nach dem kürzlichen Tod eines Basken in der Polizei–Folter. Der Putschversuch dient so auch als Mahnung, daß Spaniens Polizei es übelnehmen könnte, wenn Kritik an ihren nach wie vor praktizierten Foltereien und Mißhandlungen geübt wird.

Das „türkische Modell"

Für einen Putsch in Spanien, der mit einiger Gewißheit bald erneut versucht werden wird, bietet sich das „türkische Modell" an, das eine brutalisierte Form des (sozialdemokratischen) „Modell Deutschland" darstellt: Ein solcher Putsch würde

Das „türkische Modell"

Für einen Putsch in Spanien, der mit einiger Gewißheit bald erneut versucht werden wird, bietet sich das „türkische Modell" an, das eine brutalisierte Form des (sozialdemokratischen) „Modell Deutschland" darstellt: Ein solcher Putsch würde
sich nicht auf den alten Franco–Faschismus berufen, sondern würde im Gegenteil sogar unter dem Anspruch stehen, man brauche vorübergehend ein bißchen Diktatur und Polizei-Terror gerade zu dem lobenswerten Zweck, die „Demokratie" zu v e r t e i d i g e n. In der Türkei geschah dies zudem unter dem bekannten Motto, man müsse „den Terror von rechts und links" bekämpfen. Parallel dazu würde ein „türkischer" Putsch in Spanien in erster Linie freie Hand für die Polizeigewalt gegen das Baskenland proklamieren („Bekämpfung des ETA–Terrorismus") und vielleicht gleichzeitig zu rein propagandistischen Zwecken auch ein paar Faschisten einkassieren. Das Beispiel Türkei hat die Wirksamkeit eines solchen Modells für die Reaktion im NATO-Ausland demonstriert: Die herrschende „öffentliche" Meinung nahm das Argument vom „Kampf gegen den rechten u n d linken Terror" dankbar an, das ihr ja auch selbst ganz geläufig ist. Verglichen etwa mit dem chilenischen Putsch blieben die Proteste aus dem Ausland gegen das türkische Militärregime bisher auf recht schwachem Niveau. Ebenso wird jeder „erfolgreiche" Putsch in Spanien dem Gebot Rechnung tragen müssen, daß er im NATO–Ausland keinen a l l z u großen Protest provoziert. So betrachtet könnte es zum Mißlingen des Putschversuchs vom 24.Februar wesentlich beigetragen haben, daß der Überfall auf das Parlament nicht gerade als angemessener Auftakt für einen im NATO–Ausland zu akzeptierenden Putsch anzusehen war. Die Regie eines künftigen Putschversuchs in Spanien wird solche abenteuerlichen Einlagen wahrscheinlich vermeiden und es dem König leichter machen, sich an die Spitze des Unternehmens zu stellen.



Ausbürgerungsterror der türkischen Junta

Daß die türkische Junta die linken und fortschrittlichen Kräfte in der Türkei durch gnadenlose Verfolgung zum Schweigen bringen will, ist eine leider traurige Tatsache, die sich trotz Pressegleichschaltung nicht mehr verschweigen läßt.

Seit ca. vier Wochen hat die Junta die im Ausland lebenden fortschrittlichen Türken aufs Korn genommen. Bisher sind ca. 200 Fälle bekannt, in denen Menschen aufgefordert wurden, sich vor türkischen Kriegsgerichtgen zu stellen oder als türkische Staatsbürger ausgebürgert zu werden. Betroffen von dieser Ausbürgerungsdrohung sind überwiegend Gewerkschafter der nach dem Putsch verbotenen fortschrittlichen Gewerkschaftskonföderation DISK, aber auch prominente Oppositionelle, wie die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei, Behice Boran sowie demokratisch gesinnte Künstler. Für die Betroffenen, die von dieser Aktion der Junta z.T. völlig überrascht wurden, stellt sich die Alternative, sich den türkischen Behörden bis zu den von der Junta genannten Terminen zu stellen und dadurch langjährige Haftstrafen in Kauf zu nehmen, oder auf Dauer im Exil leben zu müssen.

Exemplarisch für diese Willkür der türkischen Junta ist die Kampagne gegen fünf bekannte türkische Künstler, wovon sich vier zur Zeit in der BRD aufhalten. Betroffen sind Melike Demirag, die Hauptdarstellerin des Güney-Films „Die Herde", der Kompo-

oder auf Dauer im Exil leben zu müssen.

Exemplarisch für diese Willkür der türkischen Junta ist die Kampagne gegen fünf bekannte türkische Künstler, wovon sich vier zur Zeit in der BRD aufhalten. Betroffen sind Melike Demirag, die Hauptdarstellerin des Güney-Films „Die Herde", der Kompo-
nist Sanar Yurdatapan, der Sänger Cem Karaca und die Filmemacherin Sema Poyraz. In der sie betreffenden Bekanntmachung der Kriegsrechtskoordinierungsleitung für militärische Dienste beim Generalstab heißt es:

„*1. Da von seiten der militärischen Staatsanwaltschaft der Kriegsrechtskommandantur Istanbul gegen die folgenden Personen namens Melike Demirag, Sanar Yurdatapan, Sema Poyraz, Cem Karaca und Selda Bagcan, von denen man festgestellt hat, daß sie den illegalen, extremistischen linken Organisationen parallele Meinungen vertreten und sich dementsprechend verhalten sowie ihre schädlichen Aktivitäten gegen die Heimat der Türken nach der Bewegung vom 12. September auch im Ausland fortsetzen, Ermittlungen eingeleitet wurden, müssen diese in die Türkei zurückkehren und sich den Sicherheitskräften stellen.*

2. Es wird bekanntgegeben, daß das erforderliche Verfahren zu deren Ausbürgerung aus der türkischen Staatsbürgerschaft eingeleitet wird, falls die oben genannten Personen bis zum 13. März 1981 nicht in die Türkei zurückkehren."

Zuvor wurde Behice Boran sowie der Generalvorsitzende der Lehrervereinigung TÖB-DER (die, wie alle anderen Berufsvereinigung in der Türkei, verboten wurde) und 34 DISK-Mitglieder aufgefordert, sich bis zum 25. Februar bzw. 5. März zu stellen. Im Falle der DISK- und TÖB-DER-Funktionäre verfügten die Militärbehörden bei Nichteinhaltung des Termines die Beschlagnahme ihrer Vermögen in der Türkei.

Haltlose Vorwürfe

Die vier betroffenen Künstler, die sich in der BRD aufhalten, nahmen zu den Vorwürfen auf einer Pressekonferenz in Westberlin Stellung.

„*Melike, Şanar und Sema haben ihre Filme auf den Filmfestspielen von Nikosia im Januar 1981 vorgestellt. Die diesjährigen Festspiele standen unter dem Motto der 'Türkisch-Griechisch-Zypriotischen Filmfreundschaft'. Nach den Vorführungen stellten sie sich den Fragen des Publikums und sprachen sich für Annäherung der Völker aus. Ähnliche türkisch-griechische Kulturereignisse gab es in letzter Zeit öfters. Ein Konzert von Zülfü Livaneli zusammen mit Maria Farantouri im August vorigen Jahres wurde vom Wochenmagazin 'Yanki' noch nach dem Putsch als 'ein großes Kulturereignis' bezeichnet, 'das zu der Beziehung zwischen den beiden Ländern einen positiven Beitrag leistet'* (*Yanki v. 14.12.80*). *Dagegen ver-*

Zeit öfters. Ein Konzert von Zülfü Livaneli zusammen mit Maria Farantouri im August vorigen Jahres wurde vom Wochenmagazin 'Yanki' noch nach dem Putsch als 'ein großes Kulturereignis' bezeichnet, 'das zu der Beziehung zwischen den beiden Ländern einen positiven Beitrag leistet' (*Yanki v. 14.12.80*). *Dagegen ver-*
leumdete 'Hürriyet' v. 12.1.81 das Treffen in Zypern wie folgt: 'Melike Demirag nahm an Veranstaltungen der Griechen »gegen die Türkei« teil'. Dieser Artikel war offensichtlich der Grund für die jetzige Fahndung.

Ein anderer Artikel in dem Wochenmagazin 'Hafta Sonu' vom 6.2.81 ('Cem Karaca geht merkwürdigen Berechnungen nach') war der Grund für die Fahndung nach Cem und Selda. Dort ist ein Foto gedruckt, das Cem und Selda auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB von 1979 in München zeigt, auf der er auf Wunsch türkischer Arbeiter bekannte Volkslieder sang. Der Artikel erweckt den Anschein, daß er in letzter Zeit 'in den Straßen von München in Richtung seiner politischen Auffassung eine Demonstration leitet' (*Text zum Bild*).

Selda befindet sich seit Monaten in der Türkei, ist nach dem Putsch nicht ausgereist, kann also 'nach der Bewegung vom 12. September auch im Ausland Aktivitäten gegen die Heimat der Türken' gar nicht durchgeführt haben. Sie hat sich den Sicherheitskräften gestellt und diese Tatsache anhand ihres Passes bewiesen. Daraufhin mußte sie freigelassen werden."

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als FörderAbo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14täg. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.500.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Fortsetzung von Seite 1

Und just, als Tausende gegen Mittag des 28.2. das Baugelände des AKWs erreichten, beschied auch das höchste deutsche Gericht, das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, originellerweise, daß wir alle „Rechtsbrecher" sind. Das war stark: Um die Atominteressen der Herrschenden zu wahren, fällt das BVG einen Spruch, der als Faschingswitz in die Geschichte eingehen müßte. Die Polizei bietet eine Riesenstreitmacht auf („Hamburger Morgenpost" v. 27.2.: 10 000; „BamS" v. 28.2.: 20 000; „WamS": 30 000), deren Kosten die Errichtung eines neuen Bauzauns um mehr als das Doppelte übertreffen dürften. Die Politiker heulen (unter gänzlicher Mißachtung ihrer „Integrations"-Pflichten) im einheitlichen Chor: „Bleibt zuhause!". Aber die Anti-AKW-Bewegung zeigte sich unbeeindruckt. Der vielzitierte „Kalkar-Schock", die Furcht, Großdemonstrationen gegen Bauplätze könnten angesichts des massiven Repressionsapparates im Modell Deutschland nicht mehr organisiert werden und man müsse sich auf Demonstrationen wie in Hannover oder Bonn beschränken, ist gebrochen. Brokdorf hat den Herrschenden ins Stammbuch geschrieben, daß diese Art von Aktionen noch lange nicht „ausgereizt" ist. Es gibt zwar keinen unmittelbar faßbaren Erfolg dieser Demonstration, z.B. ein Baustop, wie er vor vier Jahren erkämpft worden ist. Die Bauarbeiten werden weitergehen. Klar ist aber auch, daß der Widerstand weitergehen wird und daß er für die Herrschenden sehr unangenehm werden kann. Monatelang hatten sich die bürgerlichen Parteien Schaukämpfe geliefert (Klose gegen Schmidt, Matthiesen gegen Stoltenberg), um vorzuführen, daß dieser Widerstand zwecklos und zum Scheitern verurteilt sei. Doch die Demonstration vom 28.2. hat eine neue Situation geschaffen. Die Frage, ob das AKW Brokdorf jemals zuende gebaut und in Betrieb genommen werden kann, bleibt offen.

„... Wer trotzdem nach Brokdorf geht, ist ein Rechtsbrecher" (Pawelczyk)

Gleichzeitig mit dem Verbot tauchten in der Springerpresse die Horrorgeschichten auf, die bisher j e d e derartige Großaktion begleiteten: Bauern seien bedroht worden, man wolle ihnen Haus und Hof anstecken („Bild", 21.2.). Am folgenden Tag fabulierte „Bild" erneut, linksextreme Chaoten wollten *„Bauernhöfe am Bauplatz von Brokdorf mit Molotow-Cocktails in Brand setzen und sogar Geiseln nehmen, um die Öffnung des Bauplatzes zu erzwingen"*. Von nun an konnte man fast den Eindruck gewinnen, die Polizei werde nicht etwa wegen des AKWs aufmarschieren, sondern zum Schutz der total verängstigten Dorfbevölkerung vor den Chaoten.

Über die politische und polizei-taktische Funktion des Verbots wurde recht ungeniert gesprochen: *„Durch das Verbot erreichen wir, daß wenigstens Vernünftige und Friedliche zurückbleiben. Diejenigen, die ihre Mittel mitbringen, um das zu erreichen, was sie wollen, werden ohnehin kommen"* (Landrat Brümmer, „Hamb. Morgenpost", 23.2.).

„Das Verbot kann den Massenaufmarsch wahrscheinlich nicht verhindern, aber es schafft eine klare Rechtslage. Es erlaubt wirksame Kontrollen und es gibt weiträumige Möglichkeiten, die rabiaten Schlägertrupps von der Masse friedlicher Demonstranten zu trennen" („Welt", 24.2.).

„Man muß damit rechnen, daß trotz des Verbots der Versuch gemacht wird, gewaltsam zur Baustelle vorzustoßen. Doch wird es nun möglich sein, solche Kräfte schon auf den Zufahrtswegen weiträumig abzufangen und aufzusplittern" („Westdeutsche Allgemeine Zeitung", 23.2.).

Die Politiker gehen also von vornherein davon aus, daß ein Verbot gar nicht praktisch durchzusetzen sein wird. Dienen soll es nur dazu, möglichst viele potentielle Demonstranten von vornherein abzuschrecken und während der Demonstration selbst die Legitimationsbasis für a l l e Polizeimaßnahmen zu bieten, die dann für angebracht und machbar gehalten werden.

Das Verbot ist also ein Instrument der Polizeitaktik; jeder rechtsstaatliche Anspruch ist preisgegeben. Indem die Gerichte das Verbot bestätigen, funktionieren sie nur noch als Erfüllungsgehilfen der Polizeitaktik.

In dieser Polizei-Logik liegen allerdings erhebliche Gefahren für die Herrschenden:

Erstens nutzt sich das Instrument ‚Verbot' offensichtlich ab, wenn es ständig formal angewendet, aber gar nicht „konsequent" von der Polizei praktiziert wird.

Zweitens: Demonstrationsteilnehmer pauschal als „Rechtsbrecher" zu bezeichnen, mag zwar kurzfristig den Erfolg haben, daß einige zehntausend potentielle Demonstranten doch lieber zuhause bleiben.

Zugleich bringt es aber immer mehr Menschen in immer schärferen Gegensatz zum Staat.

Die „Rechtsbrecher" sind hierzulande immerhin schon einige Hunderttausend. Es ist ganz einfach so, daß die Herrschenden selbst für die Erkenntnis sorgen, daß man ihr „Recht" brechen muß, um gegen ihre Politik (ihre AKWs, ihre Atomraketen usw.) zu kämpfen. Auch der fromme Glaube, daß alle AKWs zusammenbrechen wie die Mauern von Jericho, sobald wir nur recht friedfertig und Blümchen schwenkend erscheinen, dürfte allmählich seine Anhänger verlieren.

„Gewaltfrei" und gemeinsam mit der Polizei

Im Unterschied zu jenem berühmten 19.2.77, als der BBU, die Jusos und die DKP die Großaktion spalteten (Itzehoe), marschierte der sog. „gewaltfreie" Flügel diesmal mit in die Wilster Marsch. In den Wochen zuvor hatten sich diese Kräfte allerdings erfolglos bemüht, den Demonstrationstermin um 14 Tage zu verschieben. Unter der Hand wurde kein Hehl daraus gemacht, daß man Zeit für eine politische Einflußnahme (im Sinne der „Gewaltfreiheit") benötige.

In der Tat ist zu bezweifeln, daß es noch zu einer einheitlichen Aktion gekommen wäre, wenn die Terminverschiebung von den Bürgerinitiativen oder auch nur einer relevanten Minderheit unter ihnen akzeptiert worden wäre.

Glaubt man den bürgerlichen Medien, so ist die Demonstration ausschließlich vom BBU mit der Unterstützung der Jusos veranstaltet worden. Bestenfalls DIE GRÜNEN fanden noch Erwähnung. Diese Rolle als „Sprecher der Bewegung" wurde vor allem von BBU-Präsident Jo Leinen dankbar aufgegriffen und bis zum Schluß durchgehalten. Leinen, dem die Bürgerinitiativen einen Sitz im Koordinationsausschuß zugestanden hatten — mehr aus Entgegenkommen und um der Einheit willen, weniger weil er in der Vorbereitung und Durchführung der Aktion so außerordentlich engagiert gewesen wäre — versäumte es seinerseits, in seinen öffentlichen Verlautbarungen darauf hinzuweisen, daß der von ihm repräsentierte BBU lediglich Teil eines weit größeren Aktionsbündnisses war. Er spielte den Chef. Es ging dabei nicht um persönliche Eitelkeiten, sondern um handfeste politische Ziele: Die Festlegung der Demonstration auf „Gewaltfreiheit" und deren Durchführung in enger Koordination mit der Polizei. So verhandelte Leinen mit Landrat Brümmer, ohne dazu einen Auftrag der Bürgerinitiativen zu besitzen. So wollte er auf eigene Faust eine Demo-Anmeldung vornehmen, wovon er erst Abstand nahm, als klar war, daß dies angesichts des Totalverbots gegenstandslos gewesen wäre.

So führte er am 27.2. parallel (!) zur Pressekonferenz der BUU eine eigene durch, auf der er die Beschlüsse der BIs zur Vorgehensweise bewußt verdrehte im Sinne des „Gewaltverzichts".

Auf einem der Demonstrationszüge forderte Jo Leinen schließlich dazu auf, sich bei einer Polizeisperre (Dammfleth) einzeln durchsuchen zu lassen.

„Dies ist unsere e i n z i g e Chance, zum Bauplatz zu kommen", rief er den AKW-Gegnern zu, nachdem er mit der Polizei verhandelt hatte, während in Wirklichkeit Zehntausende die Sperren umgingen und ohne Kontrollen durchkamen. Kurze Zeit später wurden die Sperren von der Polizei selbst geräumt, da ihre Sinnlosigkeit zu diesem Zeitpunkt offensichtlich war. Dennoch ließ sich das Fernsehen nicht entgehen, Bilder von einigen Demonstranten zu zeigen, die sich mit erhobenen Händen der demütigenden Prozedur unterzogen.

Andere Sprecher des sog. „gewaltfreien" Flügels legten sich noch weniger Zurückhaltung auf. Roland Vogt (DIE GRÜNEN) äußerte gegenüber der „Bild" (24.2.):

„Falls nötig, wird die überwiegende Mehrheit der gewaltlosen Demonstranten die anderen in Schach halten und entwaffnen".

Wie das wohl ohne Gewaltanwendung möglich sein soll...? Und warum nicht — wenn schon „Entwaffnung" — dann wenigstens bei der P o l i z e i anfangen?! —

Willi Pieczyk, Juso-Vorsitzender, der wenige Tage zuvor im Namen seiner Organisation dazu aufgefordert hatte, in Wilster zu bleiben und keinesfalls zum Bauplatz zu ziehen, dankte am Abend des 28.2. der Polizei — ganz im Stile Stoltenbergs:

„Die Beamten haben große Zurückhaltung bewiesen. Die Gewalttäter beschädigen das Demonstrationsrecht und geben die Sache, um die es geht, nämlich den Kampf gegen die Kernenergie, letztlich preis" („WamS", 1.3.).

Wer Gewalt f ü r den Staat ausübt, kann bei dieser witzigen Sorte von „Gewaltfreien" also sogar noch Komplimente ernten!

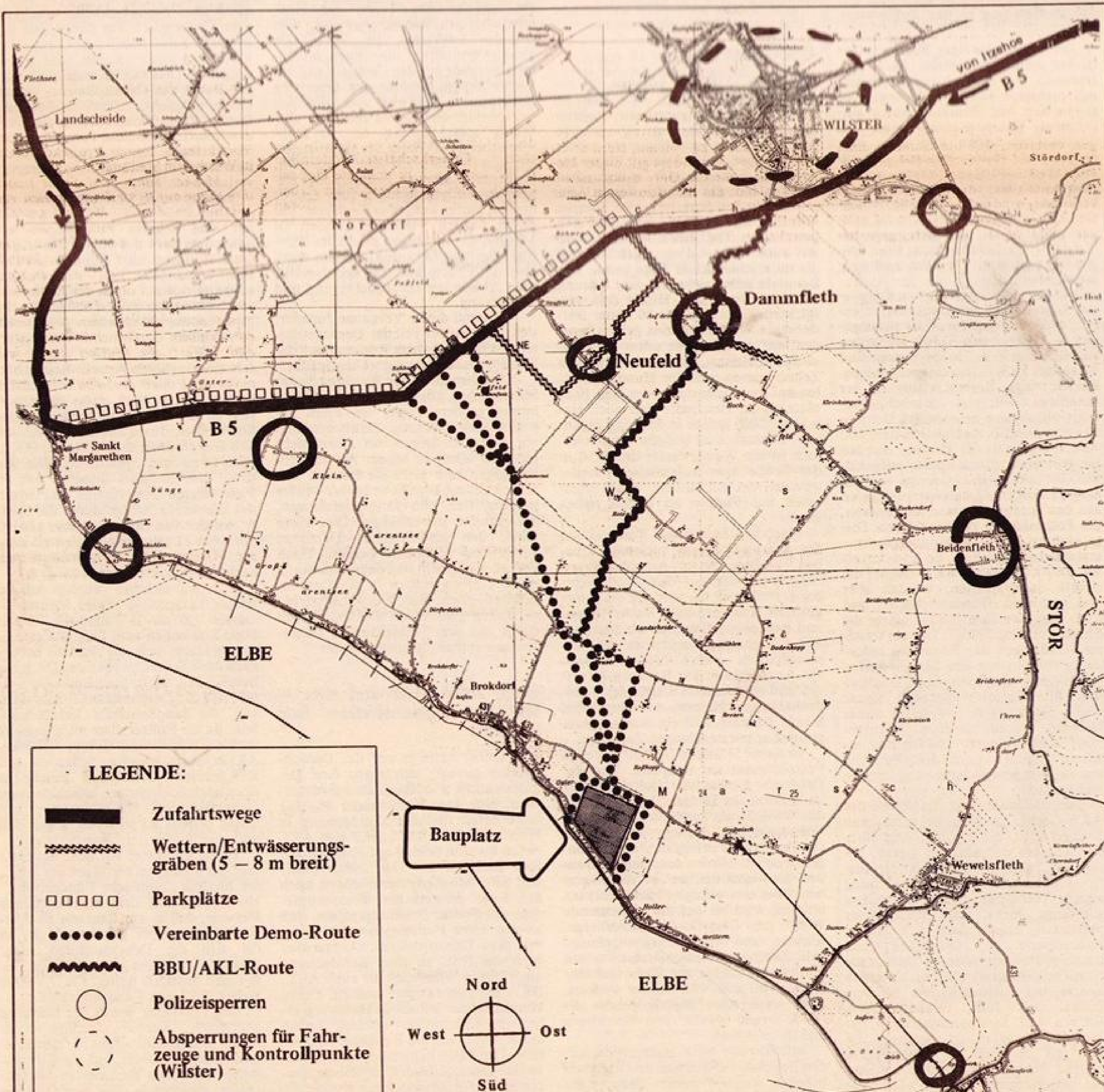
Der militante Flügel der Bewegung hat es zweifellos gelernt, gewaltfreie AKW-Gegner als Bündnispartner zu akzeptieren und Verständnis für ihre Motive und Handlungsweise aufzubringen. Aber handelt es sich noch um „Gewaltfreiheit", wenn „Gewaltlose" beispielsweise (wie am 28.2. tatsächlich geschehen) eine handgreifliche Intervention starten, um einen vorübergehend von anderen Demonstranten ‚festgesetzten' Polizisten zu befreien? Es gibt anscheinend eine kräftige Tendenz auf diesem Flügel, die „Gewaltfreiheit" nur gegenüber dem Staat zu praktizieren, während Konflikte mit „Gewalttätern" durchaus unter Mißachtung demokratischer Grundregeln oder gar mit der Faust ausgetragen werden.

Alleingänge des BBU und anderer wurden von den Bürgerinitiativen bisher zwar kopfschüttelnd, aber doch mit größtmöglicher Geduld hingenommen. Doch allmählich scheint die Toleranzschwelle erreicht zu sein. Die Penetranz, mit der sozialdemokratische Manöver sichtbar werden und die Medien jeden Unfug der Leinen, Vogt und Pieczyk als „offiziellen Standpunkt" der Demonstration wiedergeben, muß wechselseitige Abgrenzungen provozieren. Aktionseinheiten wie am 28.2. werden nur Bestand haben, wenn der Respekt vor differierenden Auffassungen über die Formen des Widerstands g e g e n s e i t i g gilt.

Wir kommen wieder!

Jetzt ist es nötig, eine schnelle Aufarbeitung der Aktion vorzunehmen, um auf dieser Grundlage die Perspektiven und weiteren Aktionen zu diskutieren. Bei einer ersten Bilanzierung fallen einige Momente sehr positiv auf:
— die gewaltige Mobilisierung;
— das totale Durchbrechen des Verbots und das Fehlschlagen der versuchten Einschüchterung;
— die erhebliche Zahl von Demonstranten, die in fester Selbstschutz-Ausrüstung an der Aktion teilnahm; wahrscheinlich hat es in der BRD noch nie so viel Helme auf einem Haufen gegeben;

Fortsetzung nächste Seite



Von Westen über St. Margarethen kamen der Hamburger und der Nordzug. Von Osten über Wilster kam der Südzug und der Zug von BBU, Jusos, AKL und DKP. Vereinbart war in der Koordination, a l l e Demonstranten auf die B 5 zu führen. Westlich von Neufeld sollte dann über Feldwege zum Bauplatz marschiert werden. Dies ist die einzige Stelle, an der der Weg zum Bauplatz nicht durch breite Gräben erheblich behindert wird. Diesen Vorteil bietet der Weg über Dammfleth nicht. Die Straße dort wird durch einen 5 bis 8 m breiten Graben unterbrochen. Die Brücke bietet einen idealen Standort für die Polizeisperre, ohne daß diese umgangen werden kann. Schon ab 11 Uhr zogen Zehntausende von der B 5 über die Wiesen unkontrolliert Richtung Brokdorf, während der Zug von BBU und Jusos auf Dammfleth zumarschierte, dort aufgehalten und die Demonstranten einzeln kontrolliert wurden. Das gesamte Gebiet zwischen St. Margarethen, Bauplatz und Wilster war voll von Demonstranten. Darüber hinaus stauten sich die Menschen über Wilster hinaus bis nach Itzehoe.

Trotz Verbot — Weit über 100 000 am Bauplatz in Brokdorf

Weit über 100.000 Menschen – auch aus dem angrenzenden Ausland, Dänemark, Niederlande und Schweiz – haben sich in der Nacht vom Freitag zum Samstag auf den Weg nach Brokdorf gemacht. Die Anzahl der Menschen, die von den Bürgerinitiativen und linken Organisationen zu dieser Demonstration mobilisiert worden waren, übertraf in vielen Orten die Zahl der Teilnehmer/innen an der dritten Brokdorf-Demonstration 1977 um das drei- bis vierfache.

Während sich Zehntausende bereits auf der Fahrt befanden, quälten sich die Gerichte noch immer um eine Entscheidung über Zulassung oder Verbot der Demonstration. Um 1.00 Uhr nachts, als ein großer Teil der AKW-Gegner schon unterwegs war, bestätigte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg das von Landrat Brümmer ausgesprochene totale Demonstrationsverbot. Damit wurde das Urteil des Verwaltungsgerichtes Schleswig, welches Demonstrationen „nur" im Umkreis von 5 km um das Atomkraftwerk verbieten wollte, wieder aufgehoben und ein Demonstrationsverbot für drei Tage im gesamten Gebiet der Wilster Marsch ausgesprochen. Am Mittag des Samstages bestätigte das Bundesverfassungsgericht dieses Total-Verbot. Doch auf die Demonstranten und Demonstrantinnen hatte dieser höchstrichterliche Spruch keinen Einfluß mehr; die befanden sich zum Teil nämlich schon wenige Kilometer vom Bauplatz entfernt auf dem Weg dorthin.

Ein Riesenaufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz – 20.000 in der Wilster Marsch und einige weitere Tausend im weiteren Bundesgebiet, traten den Demonstranten und Demonstrantinnen entgegen. Nur einigen Gruppen der Demonstrationsteilnehmer wurde die Fahrt nach Brokdorf völlig verwehrt. Die zahlreichen Behinderungen durch Polizeisperren hatten offensichtlich zum Ziel, die Anreise möglichst lange zu verzögern und die AKW-Gegner einzuschüchtern. Zwar wurden sehr viele kleinere und auch massivere Polizeisperren aufgebaut, doch eine Umgehung dieser Sperren durch die Demonstranten versuchte die Polizei nur selten zu verhindern.

Ab 1.00 Uhr nachts versammelten sich die **Hamburger** AKW-Gegner auf dem Heiligen Geistfeld. Mit über 40 Bussen, die die Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU) angemietet hatten, und unzähligen PKWs und Kleinbussen fuhren 15.000 Richtung Brokdorf – ein 25 km langer Autozug. Weitere 7 -10.000, die überwiegend vom Arbeitskreis Leben (AKL), der DKP und Jungsozialisten aus dem Bundesgebiet mobilisiert worden waren, machten sich einige Stunden später auf den Weg. Ungehindert gelangten die Demonstranten in die Wilstermarsch, wo sich der von der BUU organisierte Zug mit dem Nordzug aus Schleswig-Holstein vermischte.

Aus **Bremen** waren 22 Busse und 1.500 PKWs angereist. 10.000 Menschen, also viermal mehr als 1977 im gemeinsamen Konvoi nach Brokdorf gefahren waren. Rechtzeitig wußten sie von der aufgebauten Polizeisperre bei Sittensen, umfuhren diese und konnten so ebenfalls in die Wilster Marsch gelangen. 500 AKW-Gegner, die nicht nach Brokdorf fahren konnten, führten am Samstagvormittag eine Demo durch die Bremer Innenstadt durch.

3.000 **Westberliner** hatten sich in 21 Bussen und vielen PKWs aufgemacht, viel mehr als zur dritten zentralen Brokdorf-Demonstration, zu der nur vier bis fünf Busse aus Westberlin gekommen waren. Die Grenze konnte ungehindert passiert werden, doch leider mußte ein großer Teil der Busse in Hamburg stehenbleiben, weil die Busfahrer schon zu lange im Einsatz waren. Einige Busse fuhren jedoch weiter nach Wilster, wo auch noch 200 Westberliner ankamen, die sich in Hamburg in den Zug gesetzt hatten.

Die **Braunschweiger** Busse wurden in der Nähe des Horster Autobahn-Dreiecks von einer massiven Sperre mit mehreren Hundertschaften, Wasserwerfern und Sandcontainern aufgehalten. Während einige Busse sich durchsuchen ließen und dann aber auch nicht weiter, sondern nur zurückfahren durften, haben andere einige Leitplanken an der Autobahn beseitigt, um den Rückweg wenigstens undurchsucht antreten zu können. Noch in der gleichen Nacht haben 300 Zurückkehrende eine Protestdemonstration in Braunschweig durchgeführt.

Etliche Anreisende hatten von dieser Sperre noch so frühzeitig erfahren, daß es möglich war, sie zu umgehen – unter ihnen 1.300 Menschen aus **Göttingen**, die in 24 Bussen und weiteren PKWs losgefahren waren. Der Göttinger Konvoi wurde aus der Innenstadt bis zur Autobahn-Auffahrt durch eine genehmigte Demonstration von 50 Radfahrern und 100 Autos begleitet. In Itzehoe wurden sie von einer Polizeisperre aufgehalten. Da sprang eine Gruppe von gut ausgerüsteten Demonstrant/inn/en aus den vorderen Bussen und begann, die Polizeiketten zu attackieren. Diese mußten sich – völlig überrascht – erstmal zurückziehen. So konnten etwa 1.000 Göttinger AKW-Gegner die Sperre durchbrechen, wurden aber von mehreren Hundertschaften und drei Wasserwerfern wieder hinter die Sperre zurückgedrängt. Um ein weiteres Vordringen der Polizei zu behindern, wurden vor der Sperre Reifen aufeinander gestapelt und angezündet. Ein Molotow-Cocktail setzte einen Wasserwerfer vorläufig außer Gefecht. Da ein erneutes Durchbrechen dieser Sperre aussichtslos erschien, schlugen sich die Göttinger auf der Umgehungsstraße um Itzehoe weiter durch.

Die 25 Busse und die PKWs der AKW-Gegner in **Münster** versuchten Polizeikräfte, die in mehreren Hundertschaften aufgefahren waren, bereits am Sammlungsort zu kontrollieren. Mehr als die Durchsuchung einiger Täschchen gelang der Polizei allerdings nicht. Die Münsteraner passierten ungehindert eine kleine Polizeisperre bei Osnabrück, und trafen später mit anderen Bussen aus Nordrhein-Westfalen auf eine massive Sperre bei Sittensen, wo sie von Polizei mit MPs, Wasserwerfern, Gittern und Sandcontainern an der Weiterfahrt gehindert wurden. Da sich mit der Zeit an dieser Sperre enorme Mengen von Bussen und Autos angesammelt hatten, wurde die Sperre aufgehoben. Doch nachdem die Hälfte der Kolonne passiert war, machte die Bullerei wieder dicht.

Andere Busse aus NRW hatten die Sittenser Sperre umfahren und sind relativ ungehindert in die Wilster Marsch gelangt; unter ihnen 16 Busse aus **Dortmund** und 2.000 AKW-Gegner in 31 Bussen aus **Bielefeld, Paderborn** und **Detmold**. Aus den drei letztgenannten Städten waren 1977 nur 500 Menschen in neun Bussen Richtung Brokdorf gefahren.

Fünf Busse und zahlreiche Autos aus **Frankfurt** konnten – bis auf den Frauenbus, der kurzzeitig festgehalten wurde – eine Polizeisperre bei Gießen ungehindert passieren und in die Wilster Marsch gelangen.

Ebenfalls fünf Busse und einige PKWs aus **Nürnberg** wurden bereits nach kurzer Strecke von der Polizei aufgehalten und nach heftigem Protest der AKW-Gegner durchsucht. Doch ist es dem offensiven Auftreten der Demonstrant/inn/en zu verdanken, daß sie nach knapp zwei Stunden weiterfahren konnten in die Wilster Marsch.

Nachdem der von über tausend AKW-Gegnern aus **Freiburg** und Umgebung angemietete Sonderzug von der Bundesbahn kurzfristig verweigert wurde, besetzten 100 Menschen einen fahrplanmäßigen Zug gen Norden und durften nach Vorzeigen ihrer Karten für den Sonderzug mitfahren. Ein Freiburger Bus wurde bei Offenburg von zwei Hundertschaften im Flutlicht aufgehalten und durchsucht. Doch auch dieser Bus konnte Richtung Brokdorf weiterfahren.

80 AKW-Gegner aus den **Niederlanden** wurden am Grenzübergang Elten zurückgewiesen mit der Begründung, die Brokdorf-Demonstration sei verboten. Sie erhielten alle einen Stempel in ihren Paß, daß sie für drei Tage Einreiseverbot in die BRD hätten. 52 Amsterdamer wurden am Grenzübergang Groningen festgehalten und bekamen ebenfalls einen Stempel in ihren Paß gedrückt.

Am Bauplatz

Bereits ab 12.00 Uhr kommen die ersten größeren Trupps von Demonstranten nach Umgehen der Polizeisperren am Bauplatz an. Eine Stunde später rollt in einem nicht mehr endenden Zug eine unübersehbare Masse aus Richtung Wilster und St. Margarethen auf den Bauzaun zu. Zu diesem Zeitpunkt werden praktisch alle Sperren aufgehoben, da sie allesamt zur Farce geworden sind. Über alle Felder und aus allen Himmelsrichtungen strömen die unterschiedlichen Züge heran. Der Bauplatz selbst sieht wie eine Festung vor dem Sturm aus. Hinter dem verstärktem Zaun sind alle 80 Meter feststehende Wasserkanonen gebaut worden, auf dem Gelände selbst noch zusätzliche Zäune errichtet in riesigen Zelten warten mehrere Hundertschaften auf ihren Einsatz, neben dem Bauplatz an der Deichseite sind noch einmal ca. 1000 Bullen in Stellung gegangen. Zusätzlich zu einigen Wasserwerfern ist ein Wasserwerfer des BGS in der Größe eines trojanischen Pferdes postiert, der mit seinem Strahl Menschen wie Puppen zu Boden reißen kann.

Nachdem sich einige Tausend um den Bauplatz herum versammelt haben, beginnen erste Auseinandersetzungen mit den auf dem Platz sichtbaren Polizisten. Es wird am Haupttor gezogen und gerüttelt, Steine fliegen und Brandsätze flammen am Bauzaun auf. Gleichzeitig werden an den verschiedensten Seiten Vorbereitungen für Angriffe auf den Bauzaun getroffen und an einzelnen Stellen der Natodraht weggeschnitten. Auf der NWK Straße formiert sich ein wohlausgerüsteter Zug mit zwei langen Zugseilen.

In dieser Situation beginnt der erste Polizeieinsatz am Bauplatz. Von der Deichseite kommend räumt ein Trupp im Schutze der riesigen Wasserkanone die NWK-Straße unterstützt durch die Wasserkanonen entlang des Zaunes, von denen aber offensichtlich eine eingefroren ist. Hinter den Demonstranten, die wegen des breiten Wassergrabens über eine winzige Brücke flüchten müssen, wird bis auf die angrenzende Wiese mit Gasgranaten hinterhergeschossen und beim Abzug eingeknüppelt. Zahlreiche Demonstranten setzen sich hierbei kräftig zur Wehr und eine Reihe wird zum Teil schwer verletzt, doch nach einer Stunde gehört die NWK-Straße wieder den Betreibern und ihren Bütteln.

Mittlerweile sind zigtausende um den Bauplatz versammelt und ununterbrochen strömen weitere dazu, während verschiedene weitere Angriffe auf den Zaun unternommen werden. Um diesen Zustrom zu stoppen, beginnt die Einsatzleitung nun mithilfe der BGS-Transport-Hubschrauber Attacken auf den Demonstrationszug zu starten. Bei Landscheide werden 60 Bullen abgesetzt, die auf den Demozug zurennen und an ihm längs auf Neumühlen zuhalten. Währenddessen wird ein weiterer 20er Trupp per Hubschrauber vor Beesen abgesetzt, dort wo der Demozug von der Straße abbiegt und direkt über einen schmalen Übergang auf den Bauplatz zugeht. Dieser Trupp versucht den Übergang abzusperren, wird aber von allen Seiten umringt und weicht zur Seite aus. Wenig später landen ca. 10 Hubschrauber direkt längs des Demozuges, der zum Bauplatz über die Wiese zieht, bleibt mit laufenden Rotoren dort stehen, aus einigen springen 20er Trupps heraus, laufen kurz über die Wiese, um gleich danach wieder eingeladen zu werden. Einige fliegen direkt im Tiefflug über den Demozug, werden dann aber mit Leuchtmunition verscheucht. Eine Aktion zur Einschüchterung und Verwirrung.

Während dieser Vorgänge formiert sich langsam ein Teil der Demonstranten am Bauplatz zum Rückzug auf der Straße, die nach Brokdorf hineinführt.

Nachdem die ersten Richtung Sankt Margarethen abgezogen sind, warten immer größere Züge, um einen geschlossenen Rückzug anzutreten und vor allem diejenigen am Zaun nicht plötzlich allein zu lassen. Als schließlich gegen halb sechs die Letzten sich zurückziehen, kommt es immer wieder zu Angriffen und Knüppeleinsätzen, um einzelne zu verhaften. Dies kann durch den geschlossenen Demozug weitgehend verhindert werden. Doch gelingt es in einem Fall dem BGS durch einen Tiefflug mitten in die Demonstranten einen, durch den Luftstrom zu Boden gedrückten Demonstranten direkt aus dem Hubschrauber festzunehmen und abzutransportieren.

BBU, Jusos, DKP und AKL -- und die Demonstration zum Bauplatz

Fast keiner hatte es vor der Demonstration gewagt, sich gegen eine Demonstration a m Bauplatz auszusprechen. Nur Juso-Vorsitzender Pieczyk hatte offen für eine Kundgebung in Wilster plädiert. BBU, DKP und AKL riefen bis zum Schluß auf Flugblättern zum Bauplatz auf. Jo Leinen (BBU und SPD-Mitglied) hatte jedoch noch auf einer persönlichen Pressekonferenz am Freitag bekanntgegeben, daß an der ersten Polizeisperre Schluß sei mit dem Demonstrieren. Aufgerufen hatte der BBU zu einer Kundgebung um 9 Uhr in Wilster, zu der auch AKL, DKP und Jusos stoßen wollten. Deren Hauptzug war jedoch in Hamburg erheblich aufgehalten worden, sodaß dieser sofort auf die B 5 hinter Wilster fuhr. Um 9 Uhr hatten sich zwar schon 10.000 Demonstranten in Wilster versammelt, wovon jedoch nur wenige die Kundgebung anhörten. Um 10.15 Uhr setzte sich aus Wilster ein Demozu in Bewegung, der vom BBU angeführt wurde. Trotz eindeutiger Absprache am Freitagabend in der Koordination (der ein Vertreter des BBU angehörte) marschierte der BBU jedoch nicht auf die B 5, sondern auf der Landstraße Richtung Dammfleth. Die Demonstranten und auch der AKL wurden nicht über die Absprache vom Vorabend informiert. Für diesen Zug gab es somit keine Möglichkeit, einer Polizeisperre auszuweichen oder sie zu umgehen. Dies war offensichtlich auch der Zweck des Unternehmens, um die Demo möglichst schnell zu beenden. Diesem Zug schlossen sich große Teile der von Itzehoe nachrückenden Demoteilnehmer aus dem Süden an, die schon weit vor Wilster ihre Fahrzeuge verlassen mußten.

Südlich von Dammfleth (an der gleichen Stelle wie 1977) stieß der Zug auf eine massive Polizeisperre aus Sandcontainern auf einer Brücke und einer Hundertschaft dahinter. Jo Leinen verhandelte mit der Polizei, schwang sich auf einen Container und verkündete: Die Polizei würde die Demonstranten durchlassen, wenn sich diese einzeln durchsuchen lassen würden. „Werft die Waffen weg!" war sein eindringlicher Appell. Keiner hätte vor der Polizei etwas zu befürchten, keiner hätte ja auch etwas zu verbergen, da alle eine friedliche Demonstration wollten. Jusos und DKP schlossen sich selbstredend an; ebenso der AKL, da er so zu einer „politischen Kundgebung" am Bauzaun kommen würde. Viele folgten dem Aufruf und zogen mit erhobenen Armen durch die Sperre, wurden von oben bis unten gefilzt, um dann einzeln weiterlaufen zu können. Große Teile versuchten jedoch auch, die Sperre zu umgehen.

Erst als sichtbar wurde, daß in einiger Entfernung riesige Menschenmassen von der B 5 über die Wiesen ohne Kontrollen zum Bauplatz strömten, erklärte sich die Polizei bereit, auch diese Sperre zu räumen. Doch die Peinlichkeit nahm kein Ende. Jo Leinen rief die Demonstranten nun dazu auf, die Sandcontainer leerzuschaufeln, da die Polizei diese nicht beiseite rückte. Und viele Jusos, DKPler, AKLer übten sich im Schaufeln mit Kaffeedosen! Schließlich gelang es denn doch noch einigen entschlossenen Demonstranten, die Container mit Seilen beiseite zu schieben, gegen den erklärten Willen der „Friedfertigen".

Einen Kilometer vor dem Bauplatz hielt der Lautsprecherwagen des AKL, um hier die „politische Kundgebung" abzuhalten, mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß es am Bauzaun zu Auseinandersetzungen gekommen sei, in die sich die Demonstranten nicht hineinziehen lassen sollten. Große Teile zogen dennoch weiter. Ca. 7 - 9000 hielten dann eine Kundgebung ab.

Um 17.00 Uhr wurde der Rückzug angetreten, hierbei allerdings vom AKL-Lautsprecherwagen mit dem ausdrücklichen Hinweis, auf die Zurückströmenden vom Bauzaun zu warten. Dieser abziehende Zug wurde dann noch Opfer eines Polizeieinsatzes. Mehrere Hundertschaften Polizei, untersützt von Hubschrauberstaffeln, zwangen den Zug zum Stehen, trennten den vorderen Teil mit dem Lautsprecherwagen ab, zogen den Fahrer heraus und fuhren mit dem Wagen weg. Die Lautsprecherbesatzung wurde festgenommen. Insgesamt gab es hier sieben Festnahmen.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

— die Entschlossenheit großer Teile der Demonstration, sich gegen Angriffe der Polizei entschieden zur Wehr zu setzen. Dies und nichts anderes hat die Übergriffe der Staatsmacht beschränkt und das bewirkt, was die Presse „Besonnenheit der Beamten" nennt;

— schließlich die keineswegs nur verbale Ankündigung der auswärtigen AKW-Gegner, für den Fall, daß die Anreise durch Sperren und Kontrollen behindert wird, militante Aktionen in den Großstädten durchzuführen. Es hat sich gezeigt, daß es sehr wohl Mittel und Wege gibt, sich gegen deprimierende Schikanen (Kalkar) wirksam zur Wehr zu setzen. Dazu gehört das Beseitigen von Sperren ebenso wie ein Umfahren und Ausweichen aufgrund eines funktionierenden Info-Systems.

Aber auch die Schwächen der Aktion müssen offen diskutiert werden. Hier ist in erster Linie von vielen Teilnehmern die mangelnde Organisierung kritisiert worden. Ein Großteil der durchaus vorhandenen Unsicherheit und Angst wäre durch bessere Information vermeidbar gewesen. Es gab kein wirklich funktionierendes ‚Vertrauensleute-System', das die einzelnen Demo-Züge koordiniert hätte. Daran ist weniger schlechte Vorbereitung schuld, sondern eine Reihe politischer Vorbehalte mit unterschiedlicher Motivation. Immer noch wird in einem solchen System von vielen ein Machtkampf verschiedener politischer Richtungen um die „Führung" der Aktion gesehen, anstatt zu diskutieren, wie es zu bewerkstelligen ist, daß auf einer solchen Aktion alle möglichen Widerstandsformen optimal ‚zum Zuge kommen'. Wäre die Demonstration besser organisiert gewesen, so hätte wohl auch der berüchtigtste Bauzaun des Landes mehr „abbekommen".

Trotz dieser Schwächen ist am 28.2. Gewaltiges geleistet worden. Angesichts der Strapazen der Anreise, der eisigen Kälte und der stundenlangen Fußmärsche war diesmal wohl nicht mehr drin. Das Wetter wenigstens bleibt nicht das ganze Jahr über so kalt. In diesem Sinne sollte der Sommer nicht ungenutzt verstreichen!

Presseerklärung

Itzehoe, 1.3.1981

Der Vorbereitungskreis für die Demonstration vom 28. Februar 1981 am Bauplatz in Brokdorf hat folgende Erklärung beschlossen:

Am 28.2. beteiligten sich weit über 100.000 Menschen trotz Verbot, massiver Hetze und Einschüchterung sowie eines Riesenaufgebotes von ca. 20.000 Polizisten und Bundesgrenzschutzbeamten gegen den Weiterbau des AKW Brokdorf.

Entsprechend dem gemeinsamen Aufruf der Bürgerinitiativen ist es gelungen, unter Wahrung der Vielfalt der Formen des Protestes, direkt am Bauplatz den Widerstand auszudrücken. Dabei erreichten die meisten Demonstranten gemäß ihrem Vorhaben ohne Kontrolle und Durchsuchung unter Umgehung oder Beseitigung von Sperren den Bauplatz.

Durch den in dieser Form noch nie dagewesenen militärischen Aufmarsch und Einsatz der Polizeikräfte hat dieser Staat erneut gezeigt, daß er nicht bereit ist, auf die Forderungen der Atomkraftgegner politisch einzugehen. Vor allem auf dem Rückzug der Demonstranten setzte die Polizei neben Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstock auch Hubschrauberstaffeln direkt gegen Menschen ein, wobei es zu zahlreichen, z.T. schweren Verletzungen und Festnahmen kam. Angesichts dieser Umstände von einem besonnenen Einsatz der Polizei zu sprechen, ist eine Verhöhnung der Betroffenen.

Entgegen anderslautenden Berichten in Presse und Rundfunk muß richtiggestellt werden, daß nicht der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Veranstalter und Organisator der Demonstration war, sondern eine Vielzahl von eigenständigen Initiativen und Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet.

Auf einem Treffen am 8.3.1981 in Kollmar/Elbe werden die Initiativen die Aktion auswerten und über den weiteren Widerstand beraten.

Pressestimmen:

Bericht der Sanis

„Auf dem Rückweg vom Bauplatz fällt eine Demonstrantin in einen Stacheldrahtzaun und zieht sich eine stark blutende Rißwunde an den Schamlippen zu. Demo-Sanis legen ihr einen blutstillenden Verband an und ziehen ihr zur Befestigung ihre Hose wieder an. Zur chirurgischen Versorgung wird sie zusammen mit anderen Verletzten sofort ins Krankenhaus Wilster gefahren. Am Ortseingang wird der Bus von Polizisten gestoppt, die begleitenden Sanis aufgefordert, den Wagen zu öffnen. Die verletzte Frau soll sich zur näheren „Begutachtung" ausziehen. Nur durch lautstarkes Anbrüllen, den Hinweis auf die Strafbarkeit bei unterlassener Hilfeleistung und strikte Weigerung, dieser Aufforderung nachzukommen, erzwingen die begleitenden Sanis die Durchfahrt."

Nach Mitteilungen der Sanigruppen mußten insgesamt 68 Demoteilnehmer/innen nach Verletzungen durch direkte Polizeieinwirkung medizinisch versorgt werden (Kopfplatzwunden, CN-Verletzungen etc.), 11 von ihnen wurden ins Krankenhaus Wilster eingeliefert, einer mußte über Nacht bleiben. Ein Demonstrant wurde von einer der gezielt auf Kopfhöhe abgefeuerten Tränengasgranaten getroffen, sein heruntergeklapptes Visier verhinderte eine schwere Gesichtsverletzung. Zwei andere Demonstranten erlitten nach einem Polizeiangriff einen schweren psychischen Schock. Erfahrungsmäß liegt die Zahl der Verletzten, die insgesamt von Sanis oder in Selbsthilfe versorgt wurden, um einiges höher; ungezählt blieben auch alle Fußverrenkungen, Erschöpfungen nach der langen Anreise und Unterkühlungen nach zu

und Unterkühlungen nach zu

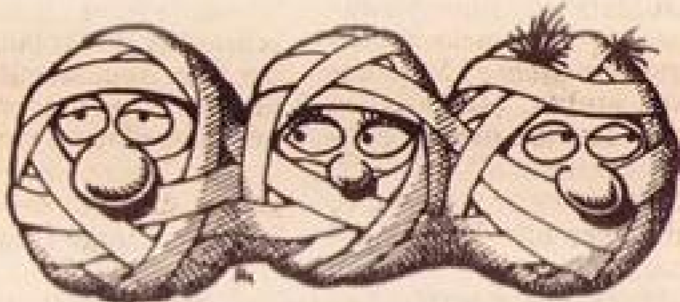
kurzen Sprüngen über die Wettern und Gräben der Wilster Marsch.

An der Vorbereitung der Brokdorf-Demo hatten sich Sanigruppen aus 14 Städten beteiligt, die mit rund 20 Wagen die Konvois begleiteten. Weitere 100 Sanis gingen zu Fuß bei ihren BI's und Gruppen mit, und viele Demo-Teilnehmer/innen hatten Augenspülflaschen und Verbandszeug eingepackt und sich selbst zu helfen gewußt.

Von den angeblich sieben schwerverletzten Polizeibeamten befanden sich am Sonntagabend noch zwei im Krankenhaus. Einer wurde beim unsachgemäßen Absprung aus dem Helicopter vom Luftdruck über den Bauplatz gefegt, den zweiten erwischte es beim Greifeinsatz vor dem Bauzaun. Er wurde von seiner Gruppe getrennt, geriet in einen Graben und wurde tüchtig verprügelt. Andere Demonstranten befreiten ihn aus der mißlichen Lage und brachten ihn zusammen mit Sanis zu einem in der Nähe gelegenen Stützpunkt. Dort wurde seine Kopfverletzung von Ärzten aus der Hamburger BUU-Sanigruppe erstversorgt, und eine Infusion angelegt. Kurz darauf verbreitete NDR 2 das Gerücht, dieser Beamte sei als Geisel genommen worden. Währenddessen bemühten sich die Sanis um einen direkten Draht zur Einsatzleitung auf dem Bauplatz, die allerdings erst nach Absicherung der gesamten Umgebung durch mehrere Dutzend Zivilbeamte und nachdem eineinhalb Stunden verstrichen waren einen Polizeihubschrauber einfliegen ließ.

(Verfaßt nach Pressemitteilungen und Berichten der Sanigruppen)

gruppen)



Schießbefehl für die Bundeswehr

Bekanntlich führte der Hamburger Demozug in der Nähe des Atomwaffenlagers der Bundeswehr Kellinghusen vorbei. Gesichert gegen mögliche Demonstrationen war dies durch Bewachung mit Schießbefehl!

Das Atomwaffenlager ist durch einen einfachen Drahtzaun und zwei Wachtürmen gesichert. Aber auch ein Eindringen in den Wald im Umkreis von 200 Metern hätte Einheiten der sogenannten Alert Reserve Forces auf den Plan gerufen. Diese lagen in ausgebauten Kampfständen auf der Höhe der ersten Warnschilder mit MGs und Gewehren in Stellung. Sie sind pro Mann mit 100 Schuß scharfer Munition ausgerüstet.

Schon am Mittwochnachmittag wurde der Einsatz dieser Truppen in einem Probealarm geübt.

Aufgrund der Veröffentlichung der atomaren Lagerkarte der BRD und Demoankündigungen, veröffentlichte die „Welt" einen Artikel, der in seiner Drohung nicht zu überbieten ist.

Im inneren Bereich seien amerikanische Soldaten für die Bewachung zuständig. Handele es sich um amerikanische Atomsprengköpfe, die für deutsche Trägerwaffen vorgesehen seien, würden Bundeswehrsoldaten die Sicherung übernehmen. Außerhalb des militärischen Sperrgebietes sei die Polizei zuständig. Würden „gewalttätige" Demonstranten den letzten Polizeicordon durchbrechen und versuchen in das Sperrgebiet einzudringen, würden die Soldaten sofort das Feuer eröffnen. *„Dann wird gezielt geschossen werden, aber nicht nach Polizeivorschriften, um einen Rechtsbrecher außer Gefecht zu setzen. Man werde schießen, um zu töten, damit die Atomwaffen geschützt werden. Fragen werden hinterher beantwortet..."*

Dies ist Originalzitat eines nichtgenannten hohen NATO-Offiziers in der „Welt"!

Mütter und Kinder gegen AKW Brokdorf

Ca. 50 zuhausegebliebene Mütter und Kinder (und auch einige Väter) aus Altona trafen sich am Samstag spontan auf dem Spritzenplatz, um gegen das AKW Brokdorf zu demonstrieren. Einige hatten sich weiß anmalt, andere Bettücher mit Parolen dabei:

– Unsere Kinder sollen lachen, nicht strahlen
– Weg mit dem Atomprogramm
– Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!

Mit viel Krach (Kochtopfdeckel und Blechdosen) zogen wir durch Ottensen. Diese kleine Aktion hat Spaß gemacht. Auf einer improvisierten Abschlußkundgebung stellten wir fest, daß wir lieber in Brokdorf sebst demonstriert hätten, die Bürgerkriegsvorbereitungen der Polizei aber uns aus Angst um unsere Kinder zu Hause blieben ließen. Ganz ohne Angst ging es jedoch auch in Altona nicht ab: Drei kleine Mannschaftswagen und zwei Peterwagen beobachteten uns während der gesamten Aktion ...

Zwei Genossinnen aus Altona

Alle Verhafteten sind wieder frei

Insgesamt über 50 Festnahmen im Zusammenhang mit der Aktion in Brokdorf hat der Ermittlungsausschuß feststellen können. DPA spricht von 62, zusätzlich nennt DPA 240 Festnahmen, die im Vorfeld der Aktion an anderen Orten und bei der Rückreise vorgenommen worden sein sollen. Drei Festnahmen hat es bei der Abfahrt in Hamburg gegeben, eine erfolgte mit gezogener Pistole. Die drei saßen von ca. 4 Uhr Samstagmorgen bis Sonnabendmittag im Untersuchungsgefängnis.

Die Festnahmen in Brokdorf und Umgebung fanden zum Teil am Bauzaun bei den Auseinandersetzungen statt, überwiegend bei den Polizeiaktionen gegen den Rückmarsch. Fast alle Festgenommenen wurden auf dem Bauplatz erkennungsdienstlich behandelt und fotografiert und anschließend nachts am Tor des Bauplatzes ausgesetzt. Ihnen wurden Anwälte verweigert. Einige wurden nach Itzehoe geflogen, sechs dem Haftrichter vorgeführt. Alle waren bis zum späten Sonntag-Mittag wieder frei. Fünf von ihnen – aus Bremen – hatten Helme, Rohre, einen „Störsender" (in Wahrheit einen Funk-Prüfsender mit geringer Reichweite) und angeblich Leuchtraketen (in Wahrheit normale Feuerwerkskörper und Duftpetroleum für Hobbyfeuerschlucker) dabei. Ein weiterer soll wegen Landfriedensbruch und schwerer vorsätzlicher Körperverletzung (es fand sich ein Polizist, der von ihm verletzt worden sein will) verknackt werden.

Unter den Festgenommenen sind auch sieben, die sich als Besatzung und Mitfahrende (Fußkranke, ältere Menschen) auf dem Lautsprecherwagen des AKL befanden.









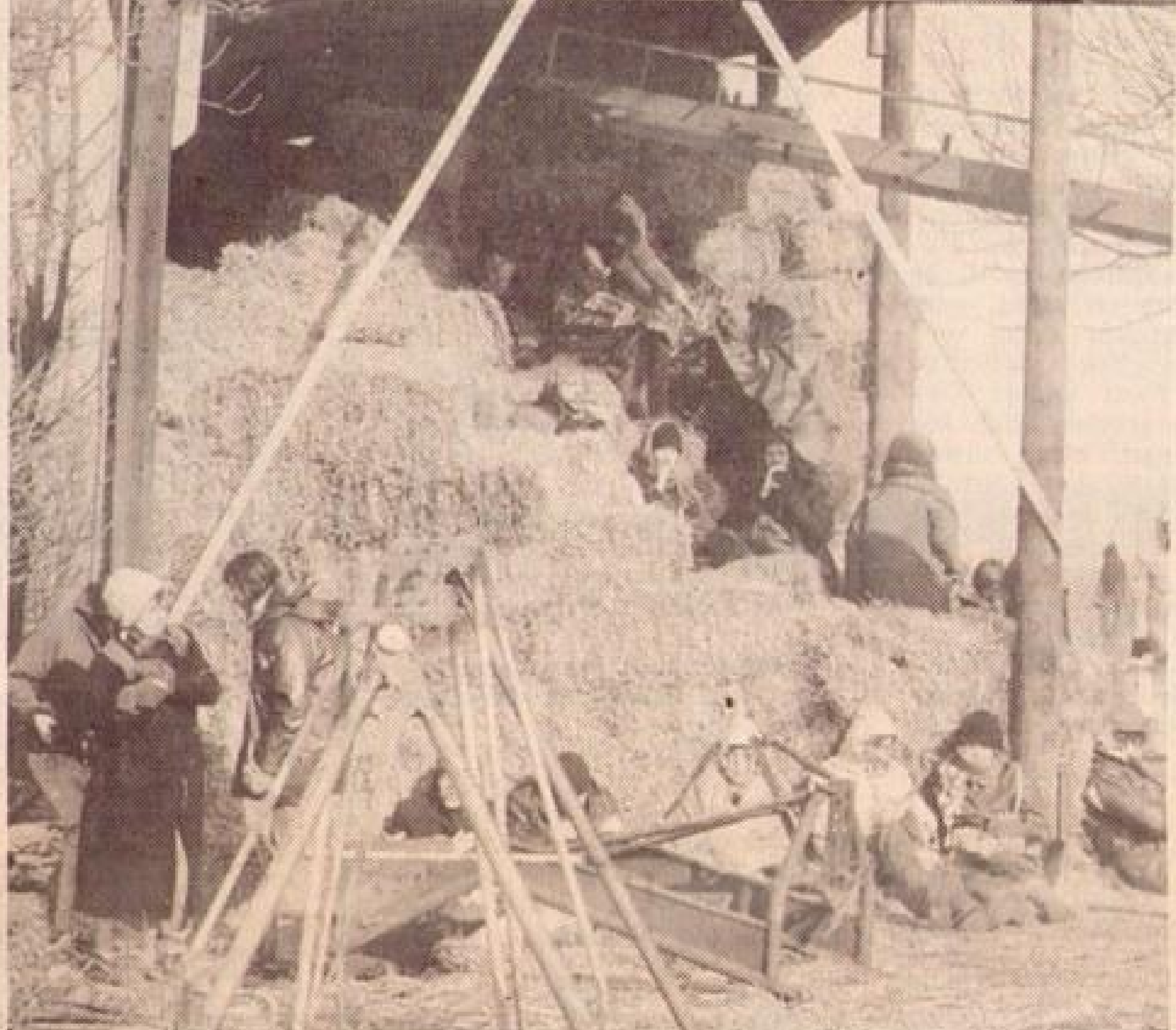
Eins von zahlreichen Beispielen für die „Zurückhaltung und Besonnenheit" der bei Brokdorf eingesetzten Polizeibeamten: Ein Demonstrant wird von einem Bullen niedergeschlagen und bleibt bewußtlos liegen. Das Opfer wird nun nicht etwa in Ruhe gelassen, sondern nunmehr erst recht von einer ganzen Gruppe Bullen schwer geschlagen.
Als ein Sanitäter aus den Reihen der Demonstranten dem Bewußtlosen zu Hilfe eilen will, wird auch dieser (an seiner Armbinde mit rotem Kreuz deutlich zu Erkennende) von den Bullen bedroht und weggestoßen.
Der bewußtlos geschlagene Demonstrant wird schließlich von den „Ordnungshütern" an den Beinen gepackt und weggeschleppt.
Es lebe der Rechtsstaat!












HA










Nagelgurt-
Sperre







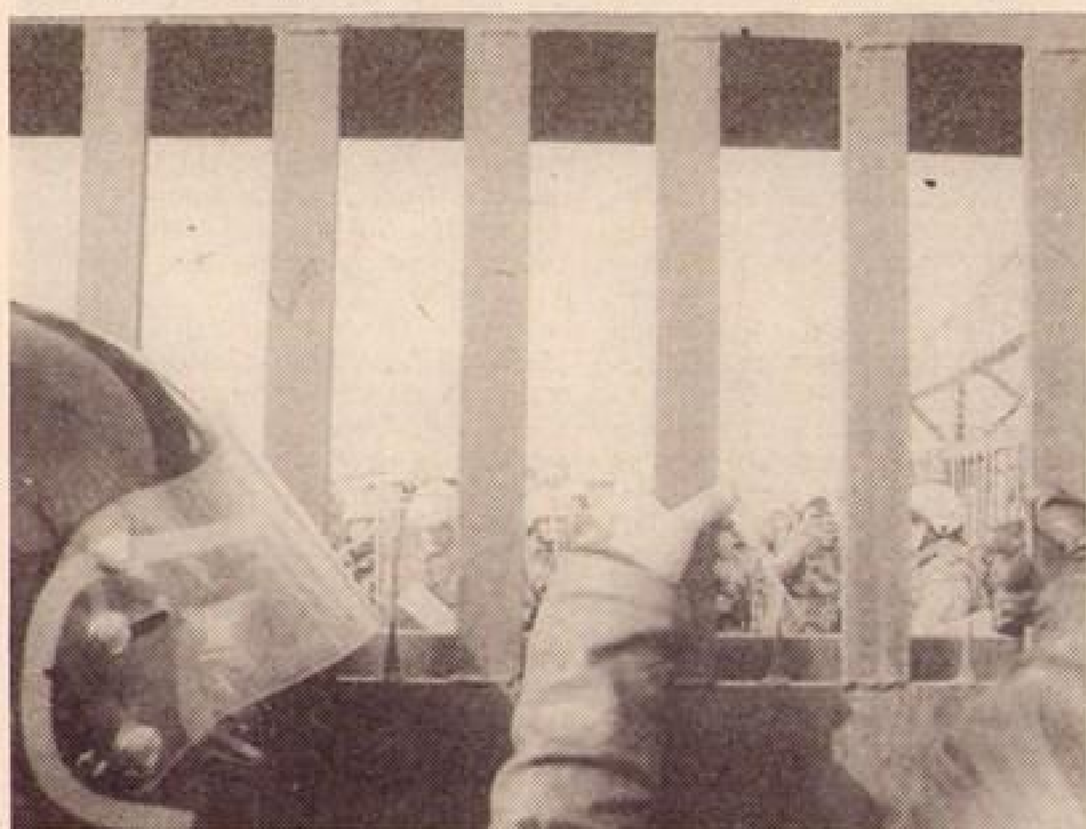
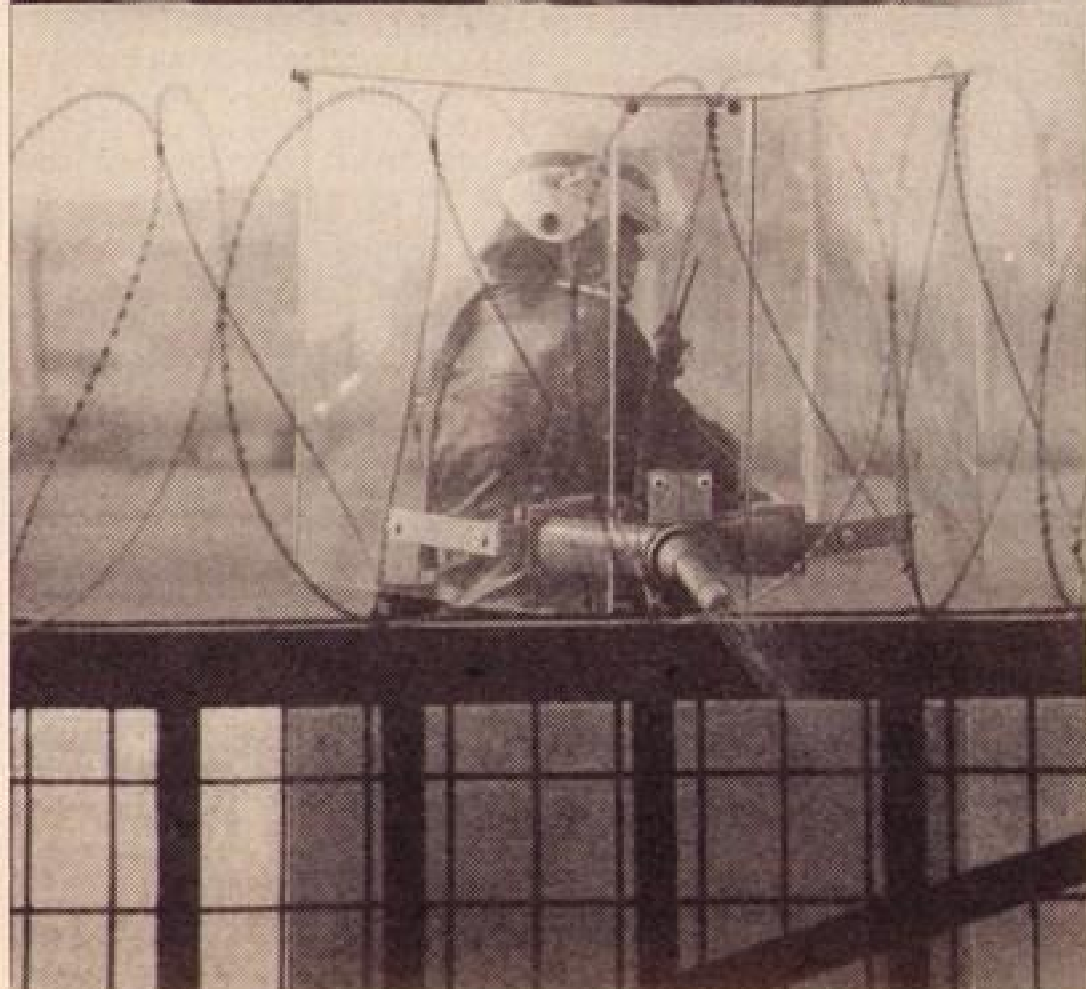
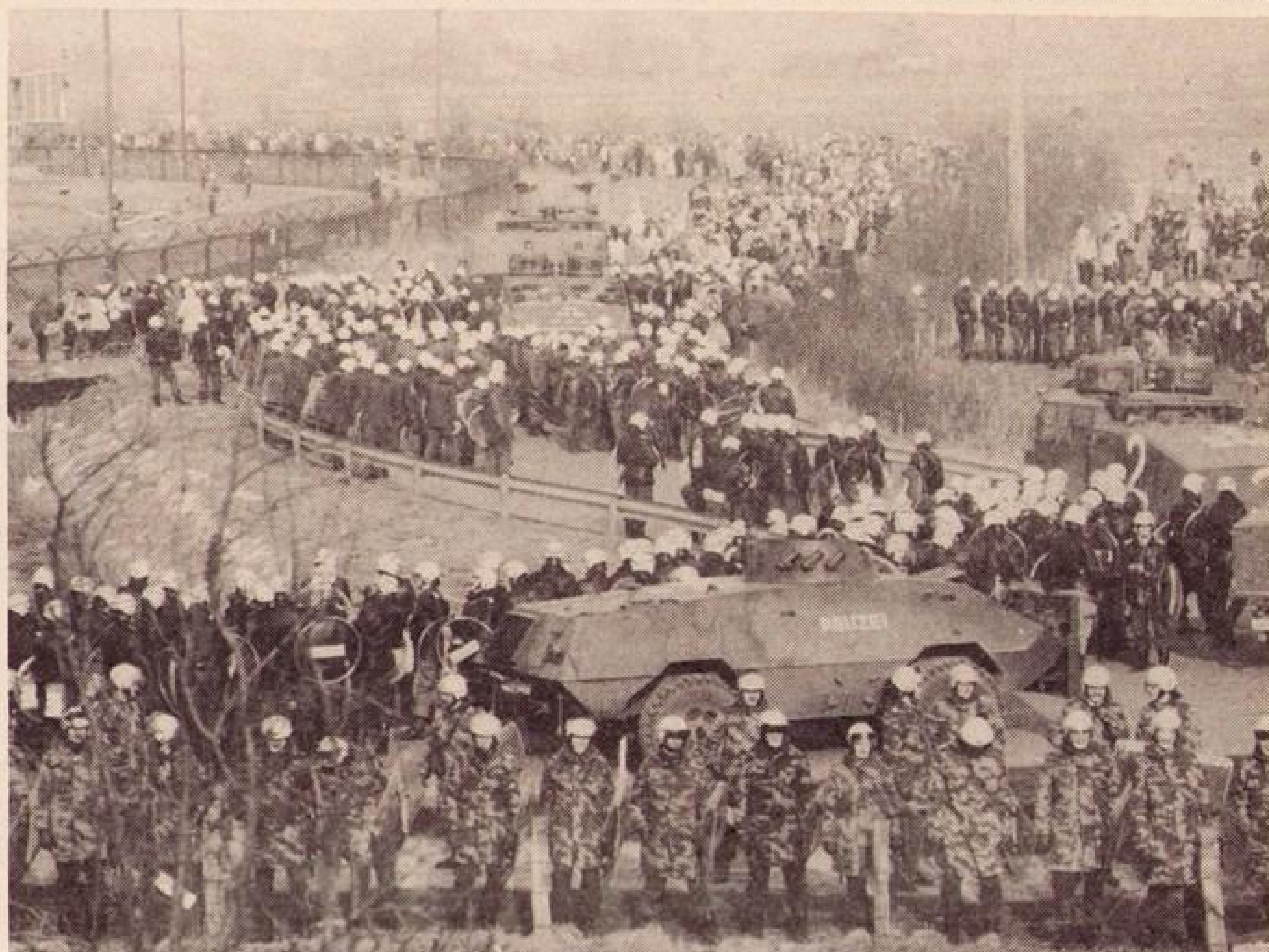










19


17




Grüne Partei: Siegt doch noch die Vernunft?

Vor der Sitzung des Bundeshauptausschusses (BHA), des höchsten Gremiums der Grünen Partei, am 21./22.2. in Kassel schienen alle Zeichen auf Sturm zu stehen: Seit Monaten läuft bei den Grünen eine sich immer mehr hysterisierende Hexenjagd gegen die vom KB abgespaltene „Gruppe Z“, die sich als sozialistische Fraktion bei den Grünen begreift. Eine satte Mappe mit Ausschlußanträgen gegen die „Gruppe Z“ hatte sich angesammelt: Vom Landesvorstand Saarland, vom Landesvorstand Bayern, von mehreren bayrischen Kreisverbänden und von Georg Otto (Niedersachsen). Ein noch gefährlicheres Signal setzte der Bundesvorstand, der am 31.1./1.2. mit Mehrheit (6:4; 1 Enthaltung) einen sehr scharfen Anti-„Z“-Antrag an den BHA verabschiedete: Darin wurde die „Gruppe Z“ nochmals aufgefordert, umgehend ihre „Strukturen und Termine offenzulegen“ (eine zentrale Forderung der Anti-„Z“-Front) oder aber „die Partei zu verlassen“.

So heiß, wie anscheinend gekocht worden war, wurde aber auf der BHA-Sitzung schließlich doch nicht gegessen: Es kam ein etwas artistischer Kompromiß heraus, der allen – außer den ganz Rechten – erst einmal Luft verschafft, sich auf sinnvollere Politik als den Marathon-Clinch um die „Gruppe Z“ zu besinnen.

Wut und Ohnmacht der Kommunistenjäger

Den materiellen Hintergrund der Hexenjagd gegen die „Gruppe Z“ beschrieb der im vergangenen Jahr unter nicht sehr glücklichen Umständen gekippte Ex-Vorsitzende der Grünen, August Haussleiter, auf der BHA-Sitzung zutreffend: Das Drama begann nach dem Saarbrückener Parteitag (März 1980) mit den Angriffen von Gruhl, Springmann und anderen gegen das dort diskutierte und beschlossene Programm. Das eher gemäßigt-sozialreformerische Saarbrückener Programm wurde von Gruhl & Co. als marxistisch bezeichnet; leninistische Kadergruppen hätten sich durchgesetzt usw. Diese Stichworte wurden von den Massenmedien gerne aufgenommen, um die Grüne Partei als linksradikalen Tarnverein hinzustellen. Mit der „Gruppe Z“ als Sündenbock bekam die Hetze gegen die „linksradikale Unterwanderung“ schließlich einen konkreten Namen. Seit Herbert Gruhl sich noch vor der Bundestagswahl von der Grünen Partei abspaltete, benutzen die in der Partei verbliebenen Rechten die Anti-„Z“-Kampagne als Instrument für ihre fraktionellen Formierungsversuche („Aufstand der Mitte“) und für ihr Drängen auf Wiedervereinigungsgespräche mit Gruhls „Grüner Föderation“.

Abgesehen vom Kräfteverhältnis in der Partei stößt die Anti-„Z“-Kampagne der Rechten aber auch formal auf kaum zu überwindende Hindernisse: Ein Ausschluß der gesamten „Gruppe Z“ im Blockverfahren (wie es die Ausschlußanträge fordern) ist im Statut der Grünen Partei gar nicht vorgesehen. Ausgeschlossen werden könnten nur e i n z e l n e, namentlich genannte „Z“ler. Zuständig wären dafür zunächst einmal die L a n d e s v e r b ä n d e, in denen die Betreffenden Mitglied sind. „Z“ler gibt es aber – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – nur in den Landesverbänden Hamburg (den die „Gruppe Z“ felsenfest in der Hand hat) und Schleswig-Holstein (wo die Verhältnisse ungefähr ausgeglichen sind oder sogar eine Mehrheit des Landesverbandes hinter der „Gruppe Z“ steht).

Die Rechten können also Ausschlußanträge stellen, soviel sie wollen – greifbare Ergebnisse kann das gar nicht bringen. Jedem halbwegs intelligenten „Z“-Gegner ist diese Lage klar. Daraus erklären sich die Mahnungen, man müsse mit dem Störenfried „politisch“ fertig werden statt durch administrative Maßnahmen. Ebenso erklären sich daraus im Grunde hilflose Formulierungsversuche, die der „Gruppe Z“ den freiwilligen Austritt nahelegen oder sie für „unvereinbar“ mit den Zielen der Grünen erklären wollen – woraus sich p r a k t i s c h gar nichts ergeben würde.

Die Hexenjagd gegen die „Gruppe Z“ droht an diesem Punkt zum Bumerang gegen ihre Betreiber zu werden: Diese können schließlich nicht monatelang ihre „Basis“ gegen die bösen Kommunisten aufheizen und messerscharf formulierte Ausschlußanträge produzieren, ohne daß es endlich mal zu Ergebnissen kommt.

Schwäche und Niederlage der Rechten

Die reale Existenz von Gruhls „Grüner Föderation“ stellt eine zusätzliche Belastung für den antikommunistischen Block in der Grünen Partei dar. Gruhls Verein ist so eindeutig auf stramm konservativ-reaktionär festgelegt, daß sich unter den „Z“-Gegnern nur ein sehr kleiner Teil für diese Alternative erwärmen oder gar öffentlichen einsetzen mag. Die Mehrheit des Anti-„Z“-Blocks hingegen sieht in der Grünen Partei jedenfalls das kleinere Übel. Überhaupt geht bei den „Z“-Gegnern außer dieser Gegnerschaft kaum etwas zusammen; sie organisatorisch unter einen Hut bringen zu wollen, wäre ein aussichtsloses Unterfangen.

Diese Situation bringt starke Kräfte aus der Mitte – auch solche, die mit der „Gruppe Z“ herzlich wenig am Hut haben – dazu, auf Abbruch der hysterischen Anti-„Z“-Kampagne zu drängen, um die Grüne Partei zu erhalten und überhaupt wieder politisch handlungsfähig zu machen.

Schon auf der Nürnberger BHA-Sitzung Ende 1980 mußten die Rechten erleben, daß ihr Ausschlußantrag gegen die „Gruppe Z“ (damals gestellt vom Landesvorstand Saarland) nicht nur mit großer Mehrheit abgelehnt, sondern obendrein ausdrücklich verurteilt wurde.

> ### UVB gegen die Gruppe Z bei den Lüneburger Grünen
>
> Bundesweit sind bisher alle Versuche zur Vertreibung der linken Gruppe Z aus der Grünen Partei mißlungen. Aber bei den Lüneburger Grünen konnte Frau Scholing, eine der Initiatorinnen des „Aufstands der Mitte“, einen örtlichen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die Gruppe Z durchsetzen. Und das, obwohl es dort überhaupt nur e i n e n Menschen gibt, der der Sympathie für die Gruppe Z verdächtigt wird. Frau Scholing bezeichnete übrigens den Kampf gegen die Gruppe Z als „G e s u n d s c h r u m p f u n g“ der Grünen Partei.

Den bayrischen Rechten, die ohne Rücksicht auf diese Erfahrung und auf statutenmäßige Hindernisse denselben Antrag stellten, ging es auf der Kasseler BHA-Sitzung auch nicht besser: Ihr Ausschlußantrag wurde mit 6 : 31 Stimmen (10 Enthaltungen) sehr deutlich abgelehnt. Die Folge dieser überdeutlichen Abfuhr könnten ein paar Austritte in Bayern und Übertritte zum Gruhl-Verein sein.

Zugeständnisse der „Gruppe Z“

Trotz der Schwäche und Isoliertheit der rechten Kommunistenjäger schien zu Beginn der BHA-Sitzung die Lage für die „Gruppe Z“ sehr bedrohlich, da sie auch einen relevanten Teil der Mittelkräfte gegen sich hatte, der zum raschen „Hinausdrängen“ der Gruppe tendierte. Ausdruck davon war ein Antrag von Dieter Burgmann (Bundesvorstand, bisher eher ein Gegner der Ausschlußkampagne), in dem gefordert wurde, die Mitgliederrechte der „Z“ler bei den Grünen ab sofort „ruhen“ zu lassen, *„bis sie sich als Einzelmitglieder oder als Gruppe von dem Vorgehen und den Inhalten distanzieren, die mit den Grundprinzipien der Grünen nicht vereinbar sind“*. Auch dieser Antrag war schwerlich statutengemäß, hätte aber die Gefahr einer breiten moralischen Isolierung der „Gruppe Z“ heraufbeschworen.

Die „Gruppe Z“, repräsentiert durch Jürgen Reents, entging dieser Gefahr recht geschickt, indem sie sich zur Abwechslung mal wieder von der entgegenkommenden Seite zeigte:

+ Jürgen distanzierte sich von seinem eigenen Artikel zur Nürnberger BHA-Sitzung, in dem er in der Tat übermäßig aggressiv und undifferenziert gegen „d e n“ BHA polemisiert hatte. Man möge bitte auch seine Emotionen verstehen. (Herzlicher Beifall).
+ Zur Forderung nach „Öffnung der Strukturen der Z-Fraktion“ hatte Jürgen in dem besagten Artikel kategorisch erklärt, man werde der Forderung nicht nachkommen. Dasselbe hatte Uta W. für die „Gruppe Z“ in Schleswig-Holstein erklärt. Diese Linie wurde angesichts der drohenden Gefahr revidiert: Dort, wo die „Gruppe Z“ bei den Grünen arbeitet, wird sie einmal im Monat 'grünen-öffentliche' Sitzungen, freilich nur zu ihrer Arbeit bei den Grünen selbst, stattfinden lassen. Außerdem soll eine Gastdelegation der Grünen Partei zum nächsten „Z“-Kongress eingeladen werden. Viel war das in der Substanz bei genauerem Hinsehen eigentlich nicht. Es reichte aber haargenau aus, um die „Z“-Jäger erst einmal zu stoppen.

Die Abstimmungen

Zunächst wurde über vier alternative Anträge zur Behandlung der „Gruppe Z“ ein Meinungsbild hergestellt:

1. Der bayrische Ausschlußantrag. 7 Für-Stimmen.
2. Der Antrag von Dieter Burgmann (Ruhen der Mitgliederrechte bis zur Distanzierung). Obwohl dieser Antrag auch von der Bundesvorstands-Mehrheit unterstützt wurde (die dafür ihren eigenen Antrag zurückgezogen hatte), bekam er nur 9 Für-Stimmen.
3. Ein Antrag von Klaus Wolschner (BUS-Fraktion), mit dem die „Z“ler aufgefordert werden sollten, „sich aus Vorstands- und anderen Funktionen der Grünen vorläufig zurückzuziehen“ und ihr „Selbstverständnis“ wunschgemäß „zur Diskussion zu stellen“; widrigenfalls sollte am 15. März bei der Bundesschiedskommission ein Verfahren mit dem Ziel des Funktionsverbots gegen die Mitglieder der „Gruppe Z“ eingeleitet werden. 20 Für-Stimmen.
4. Ein gemeinsamer Antrag von Haussleiter und dem Landesverband Nordrheinwestfalen, der von der linken Minderheit des Bundesvorstands unterstützt wurde. Vorgesehen ist danach die Bildung eines neutralen Schlichtungsausschusses der „vertrauliche Gespräche“ mit den „Kontrahenten“ in Hamburg und Schleswig-Holstein führen soll und der außerdem die Vorwürfe gegen die „Gruppe Z“ prüfen soll. Weiter besagt der Antrag: „Ein kollektiver Ausschluß irgendeiner Gruppe aus den Grünen widerspricht dem Selbstverständnis der Grünen und dem Parteiengesetz. – Gruppen, die innerhalb der Grünen geheim gefasste Beschlüsse manipulativ durchzusetzen versuchen, kann es innerhalb der Grünen nicht geben“. Diese beiden Sätze haben den Schönheitsfehler, daß sie sich gegenseitig mattsetzen. Im Übrigen wiederholt der Haussleiter/NRW-Antrag die Forderung an die „Gruppe Z“, *„ihre Tagungen und Beratungen genauso öffentlich durchzuführen, wie dies bei allen Tagungen und Beratungen der GRÜNEN stattfindet“*. Der fünfköpfige Schlichtungsausschuß soll prüfen, ob die „Gruppe Z“ der Aufforderung nachkommt. „Kommt der Ausschuß zu der Überzeugung, daß die Haltung der Z-Fraktion nicht mit der Satzung und dem Programm der GRÜNEN zu vereinbaren ist, schlägt er dem Parteikongreß die notwendigen Maßnahmen vor“. Was notwendig und, vor allem, was statutenmäßig m ö g l i c h sein könnte, läßt der Haussleiter/NRW-Antrag völlig offen. – Dieser Antrag bekam im Meinungsbild 19 Für-Stimmen.

Nach diesem Meinungsbild zog Dieter Burgmann seinen Antrag zurück. In der endgültigen Abstimmung bekamen:

- Bayern 6 Für-Stimmen (31 Gegenstimmen, 10 Enthaltungen).
- Wolschner 21 Für-Stimmen und ebensoviele Gegenstimmen; 2 Enthaltungen.
- Haussleiter/NRW 28 Für-Stimmen, 11 Gegenstimmen; 6 Enthaltungen.

Damit war der Haussleiter/NRW-Antrag angenommen – angesichts der Stimmenverhältnisse beim Meinungsbild eine Überraschung und ein weiteres Beispiel für die Uneinigkeit des Anti-„Z“-Blocks. Anfangen läßt sich praktisch mit diesem Antrag nicht viel gegen die „Gruppe Z“, da er keine Antwort auf die peinliche Frage gibt, mit welchem Dreh man die Gruppe loswerden könnte, falls sie die an sie gestellten Forderungen nicht erfüllt. Bleibt als konkretes Ergebnis die zu bildende Schiedskommission. Hineingewählt wurden in diesen Ausschuß Ali Schmeissner, Roland Vogt, Martin Schata, Otto Schily und Petra Kelly. Die Kommission soll spätestens vier Wochen vorm nächsten Bundesparteitag (Mitte Juni) Bericht über ihre Arbeit erstatten. Es bleibt abzuwarten, ob dieses Gremium dazu beitragen kann, vor allem in Hamburg und Schleswig-Holstein Lösungen zu finden, die sowohl für die „Gruppe Z“ wie für ihre Gegner akzeptabel sind. Nicht verhindern kann die Kommission vermutlich einen neuen Exodus frustrierter Rechter u.a. aus den Landesverbänden Bayern und Niedersachsen. Das Kräfteverhältnis in der Partei wird sich also weiter nach links verschieben.

Stellungnahme zu den Rausschmissen in Münster und Gladbeck

Der Auschluß des Ratsherrn der GRÜNEN ALTERNATIVEN LISTE (GAL) F.-H. Lammersdorf aus dem „Ausschuß für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung der Stadt Münster", hat eine Reihe von Protesten ausgelöst. Wie berichtet, liegen gegen den GALLIER angeblich „...Erkenntnisse..." des Verfassungsschutzes vor, wonach F.-H. Lammersdorf wegen vermeintlicher „(ex)KB-Mitgliedschaft" als 'Sicherheitsrisiko' einzustufen sei; geheime Beschlüsse des Zivilauschusses, sogenannte Verschluß-Sachen, seien gefährdet, wenn F.-H. Lammersdorf in dem Ausschuß mitarbeitet.

Die Entscheidung des Regierungspräsidenten, den vom Rat gewählten Lammersdorf quasi per Verfügung aus dem Ausschuß zu werfen, wirft u.a. die Frage nach der Verfassungsrechtlichkeit des Vorgehens des Regierungspräsidenten auf.

Da der Rausschmiß des GAL-Ratsherrn aus dem Zivilausschuß nahezu zeitgleich mit dem Rauswurf von zwei DKP-Stadträten in Gladbeck aus dem dortigen Zivilausschuß vonstatten ging, stellt sich eigentlich nur noch die Frage, w a n n die nächsten Listenvertreter mit Parlamentssitzen aus den in allen Städten bestehenden Ausschüssen ausgeschlossen werden.

Vom Skandal von Münster liegen einige Protesterklärungen vor, die wir nachfolgend auszugsweise abdrucken.

„An den
Herrn Regierungspräsidenten
Dommplatz 1
44 Münster

Mit Bestürzung haben wir der Presse entnommen, daß Sie einem Ratsherrn der „Grünen Alternative Liste" (GAL) im Stadtrat von Münster die Beteiligung am städtischen Ausschuß für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung untersagt haben.

Wir sehen in Ihrer politisch begründeten Entscheidung einen Angriff auf die Unabhängigkeit des Stadtparlaments und das Wahlrecht der Bürger von Münster. Es ist das Recht und die Aufgabe der Bürger, über die Zusammensetzung des Stadtparlaments zu bestimmen. Wenn aber die Rechte einzelner Abgeordneter derart beschnitten werden, werden damit auch die Entscheidungen des Parlaments beeinflußt und das Stimmrecht derjenigen Bürger, die diese Abgeordneten gewählt haben, wird zu einem Stimmrecht 'zweiter Klasse' ...

Wir halten es prinzipiell für einen ungeheuren Vorgang, daß die gewählten Vertreter des Volkes überhaupt von der Geheimpolizei kontrolliert werden. Eine derartige Gesinnungsschnüffelei, die von der verfassungswidrigen Praxis politisch begründeter Berufsverbote bekannt ist, ist einfach unvereinbar mit den Grundlagen einer Demokratie ...

Wir halten ... Ihre Entscheidung für unvereinbar mit dem Grundgesetz der BRD und fordern Sie auf, Ihre Entscheidung unverzüglich zu revidieren.

Mit freundlichem Gruß
Gottfried Niemietz
Stadtrat der BUNTEN LISTE
FREIBURG, 13.2.81

Dieses Schreiben ging auch an die Fraktionen im Rat der Stadt Münster. Der UB Münster der Jungsozialisten erklärt in der „MZ" vom 4.2.:

„Die Münsteraner Jusos verurteilen den Versuch des Regierungspräsidenten, sich die Entscheidung darüber anzumaßen, wer einem Ausschuß der Stadt Münster angehören darf und wer nicht ..Auch wenn wir Jusos politische Positionen der GAL und ihres Ratsvertreters Lammersdorf vielfach nicht teilen können, so wehren wir uns jedoch entschieden gegen Versuche, solche Positionen auf administrativen Wegen auszuschalten. Vor allem spricht es allen demokratischen Regeln Hohn, wenn solche Entscheidungen vorbei an allen demokratisch legitimierten Gremien getroffen werden, dazu ohne daß die Betroffenen über die zugrundeliegenden 'Erkenntnisse' informiert werden.

Wir erwarten, daß alle Parteien mit dafür sorgen, daß die GAL und ihr Ratsvertreter Lammersdorf zu ihrem politischen Recht gelangen."

Der „Arbeitskreis Umwelt Münster", in dem F.-H. Lammersdorf lange mitgearbeitet hat, fühlt sich *„mitbetroffen von den Methoden, mit denen in diesem Fall F.-H. und die GAL, insgesamt aber alle Ansätze von radikaldemokratischer oder fortschrittlicher Politik diskreditiert oder sogar kriminalisiert werden sollen".*

In der Erklärung des AKU heißt es weiter: *„Warum müssen Verwaltung und Regierungspräsident zu so üblen Methoden greifen, um kritische Bürger aus diesem Ausschuß fernzuhalten? Warum schließt der RP eigenmächtig ein demokratisch gewähltes Ratsmitglied aus dem Ausschuß aus und setzt sich damit über den Wählerwillen hinweg? Warum darf die Öffentlichkeit nicht erfahren, was für ihren Schutz im Verteidigungs- und Katastrophenfall getan wird?*

Die Geheimniskrämerei, die um diesen Ausschuß betrieben wird, verstärkt unser Mißtrauen darin, ob die Bürger dieser Stadt wirklich in bestimmten Katastrophenfällen geschützt werden können...

Besonders interessant ist dies für uns, wenn wir bedenken, daß demnächst in Ahaus ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente aus Atomkraftwerken entstehen soll ...

Wir wollen wissen, was der Ausschuß für zivile Veteidigung im Falle eines Unfalls mit diesem Müll in Münster vorbereitet hat."

Die „Volksfront" nimmt die Entscheidung des Regierungspräsidenten mit „Empörung" zur Kenntnis und fragt: *„Soll es fortan in Münster zwei Klassen von Ratsvertretern geben?"* Sie betont, daß *„jeder gewählte Vertreter gleiche Rechte haben muß und nicht benacheiligt werden darf ... Es ist schlichtweg unannehmbar, daß z.B. die Stimme eines GAL-Wählers seinem Vertreter weniger Rechte geben soll wie etwa die eines CDU-Wählers dessen Vertreter"* (4.2.81).

Eine Gruppe von 16 Zivildienstleistenden fragt, *„...ob eine 'zivile Verteidigung' überhaupt funktionieren kann, wenn die Bevölkerung erst im 'Ernstfall' darüber unterrichtet wird, was zu tun ist und die Pläne ansonsten geheim gehalten werden. Wir vermuten, daß in diesem Ausschuß über den Einsatz von Zivildienstleistenden bestimmt wird. Wir wünschen Aufklärung über den 'Ausschuß für zivile Verteidigung' und seine Kompetenzen!"* (18.2.81).

Außer der GAL ist wie gesagt die DKP Gladbeck – die immerhin von rund 9 % der Wahlberechtigten ins Stadtparlament gewählt wurde – von Ausschlüssen aus dem Ausschuß für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung betroffen. Auf einer Pressekonferenz in Bonn erklärte der Fraktionsvorsitzende der DKP, neben der Anwendung von *„...Praktiken der Berufsverbote auf gewählte Abgeordnete..."* stehe der Rausschmiß aus dem Ausschuß mit militärischen Planungen der Herrschenden in engem Zusammenhang. *„Offenkundig soll der Ausschuß für 'zivile Verteidigung' in Gladbeck demnächst mit militärischen Projekten betraut werden, die erhebliche Gefahren für die Zivilbevölkerung mit sich bringen und deshalb geheimgehalten werden sollen. Uns liegen Informationen vor, wonach zu diesen Maßnahmen auch Evakuierungspläne der Zivilbevölkerung, kalkulatorische Berechnungen über die Totenzahlen nach einem Atomschlag, Unterbringung von wichtigen Persönlichkeiten in Atomschutzunterkünften und ähnliches gehören"* (UZ, 9.2.81).

In der Tat wird man davon ausgehen müssen, daß solcherlei 'Planspiele' Teil der Aufgaben der Zivilausschüsse sind.

Wahlkampf in Westberlin

Vor dem Hintergrund, daß jüngste Meinungsumfragen nach wie vor von einem Stimmenanteil der Alternativen Liste um 10 % (,,Welt am Sonntag'', 15.2.81) ausgehen, die FDP befürchten muß, unter die 5-%-Hürde abzurutschen und der Frage, ob es der CDU gelingt, die absolute Mehrheit zu erreichen, hat der Wahlkampf in jeder Hinsicht bundespolitische Bedeutung.

Vornehmlich die SPD ist sichtlich darum bemüht, ihr Image wieder aufzupolieren. Besonders in der Wohnungsbaupolitik haben die Kämpfe der Hausbesetzer und Mieterinitiativen zu einem Nachgeben des Senats geführt: Der Regierende Bürgermeister Vogel und die anderen beiden Parteien wollen die Aufhebung der Mietpreisbindung für Altbauwohnungen bis 1990 zurückstellen. Offensichtlich wollen alle drei Parteien die Wohnungsmisere aus dem Wahlkampf heraushalten und die Situation entschärfen. Dazu gehört auch, daß der Senat in einem Sofortprogramm 20 Millionen DM für die Instandsetzung von 2.000 Wohnungen bereitstellte und keine weiteren Grundstückskäufe tätigen will. Auch die Senatsdirektive, bereits besetzte Häuser nicht zu räumen, belegt, daß die SPD um einen ,,Waffenstillstand'' mit den Hausbesetzern bemüht ist und die ,,Lösung'' dieser Probleme erst nach den Wahlen anstrebt. Am Wochenende dürften in Westberlin an die 100 Häuser instandbesetzt sein! Auf der anderen Seite hält der Senat jedoch daran fest, daß ,,Sachbeschädigungen'' wie das Einwerfen von Fensterscheiben Straftaten seien, die *,,nach Recht und Gesetz zu verfolgen''* sein (,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' — ,,FAZ'', 13.2.81). Damit verfolgt der Senat weiterhin eine Politik, die auf die Spaltung der Hausbesetzer in sogenannte ,,friedliche'' und ,,gewalttätige'' abzielt. Bislang ist diese Taktik jedoch nicht aufgegangen. Die Hausbesetzer, AL, Netzwerk und andere Gruppen und Organisationen fordern eine sofortige Amnestie aller Inhaftierten, die Freilassung aller im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Hausbesetzungen verhafteten Demonstranten und die Einstellung aller über 200 anhängigen Strafverfahren.

Außerdem will der jetzige Senat die ,,Internationale Bauausstellung'' (IBA) um zwei Jahre auf 1986 verschieben, auf die Innenstadtbereiche beschränken und den Wohnungsbau an ,,konkrete Wohnbedürfnisse'' der Menschen anpassen.

Weiterer Wahlkampfschwerpunkt der SPD ist die Aufgabe der Stadtautobahn Westtangente aus *,,ökologischen und finanziellen''* Gründen (,,FAZ'', 13.2.81). Damit kommt die SPD den breiten Protesten der Bevölkerung und der Bürgerinitiative Westtangente nach, die bereits 12.000 Unterschriften gegen den Bau der Autobahn gesammelt hat. Trotz dieser Wahlversprechung hält die BI daran fest, die Gerichtsprozesse weiterzuführen und verläßt sich nicht auf die Erklärung des Senats.

Die durch den Autobahnbau eingesparten Gelder sollen dem forcierten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und einem geplanten Verkehrsverbund zwischen der senatseigenen BVG und der DDR-,,Reichsbahn'' zugute kommen. Auch die Forderung nach einem Verkehrsverbund ist keine Schöpfung der SPD, sondern stammt von Bürgerinitiativen und der AL. Die SPD legte desweiteren ein ,,Anti-Filz-Programm'' vor, wonach die Senatoren künftig keine Aufsichts- und Verwaltungsratsposten mehr wahrnehmen dürfen. Ganz so rigide will die SPD dem Filz jedoch auch nicht beikommen: Drei Ausnahmen sind ausdrücklich zugelassen.

Die CDU trat gleichfalls mit einer neuen Wahlkampfmannschaft auf, die viel Prominenz aus dem Bundesgebiet enthält: So wollen CDU-Blüm, die rheinland-pfälzische Kultusministerin Laurien, der CDU-Kapitalist Pieroth und CDU-Professor Kewening aus Kiel gern einen Senatorenposten erringen. Auch Spitzenkandidat Weizsäcker legte ein Programm gegen den Filz vor und forderte, daß alle Abgeordneten ihr Mandat ,,ehrenamtlich'' ausüben sollen. Ansonsten vertraut die CDU darauf, den Bürgern mehr ,,Selbsthilfe'' (Weizsäcker) zu verordnen; also Einsparungen im Öffentlichen Dienst und mehr finanzielle Opfer von der Bevölkerung. Die CDU wirft der SPD vor, nichts gegen die ungesetzlichen Hausbesetzungen zu unternehmen und fordert ein härteres Durchgreifen.

Mittlerweile hat auch die FDP wieder etwas Tritt gefaßt und einen neuen Landesvorsitzenden gewählt, der sich — wie die Mehrheit der Partei — für eine Fortsetzung der sozialliberalen Koalition in Westberlin ausspricht.

Alles in allem also einigen sich die beiden großen Parteien auf ihr bewährtes Rollenspiel: Die SPD greift Forderungen aus den Bürgerinitiativen auf und klammert brisante Themen (Wohnungskampf, Sparpolitik) aus, versucht sich also etwas nach ,,links'' zu profilieren, während die CDU den Saubermann herauskehrt und mehr für Recht, Ordnung und materielle Opfer der Bevölkerung eintritt.

Sparpolitik und Wohnungsbaupolitik gehören demgegenüber zu den zentralen Themen der kandidierenden Alternativen Liste. Sie unterstützte nicht nur die zweite große Solidaritätsdemonstration für die Freilassung aller inhaftierten Hausbesetzer und ihrer Sympathisanten Ende Januar, sondern rief zu einer Großdemonstration — zusammen mit GEW, ESG, Landesschülervertretung usw. — gegen die Sparpolitik des Senats auf, die am 19.2. mit über 6.000 Menschen stattfand. Die nächste wichtige außerparlamentarische Aktion ist die Vorbereitung auf die Großdemonstration gegen Brokdorf.

Diskussionen innerhalb der AL

Bis zum 7. März jedoch sind die Schwerpunktaktivitäten mehr nach ,,innen'' gerichtet. Vom 4. bis 7. März will sich die AL zusammen mit anderen Organisationen und Einzelpersonen auf drei bis vier Mitgliedervollversammlungen ein Programm geben, die Kandidat/inn/envorschläge für das Abgeordnetenhaus empfehlen und über die Arbeit im Abgeordnetenhaus beschließen.

Die Programmdiskussionen sind derzeit — diesmal auch unter Beteiligung der ,,Sozialistischen Initiative'' (ehemalige ausgetretene SEW-Mitglieder der ,,Klarheit''-Gruppierung), der ,,Volksfront'', der ,,KPD'', des KBW, Vertretern aus Bürger- und Basisinitiativen und vielen Einzelpersonen — in allen Bereichen in vollem Gange. Noch nicht klar ist, welche Wahlkampfschwerpunkte sich die AL insgesamt setzt. Laut Diskussionen im ,,Geschäftsführenden Ausschuß'' (GA) und im Delegiertenrat (DR) der AL kristallisieren sich neben der Wohnungsbaupolitik die Verkehrs- und Umweltpolitik, Sparpolitik, Subventionspolitik, die Friedenspolitik, Ausländerfrage und demokratische Rechte heraus.

Auffallend ist bislang, daß die AL die Situation der Frauen offenbar nicht zum Schwerpunkt machen will!

Besonders umstritten ist — wie zu erwarten — die Diskussion um die Friedens- und Berlin-Politik (siehe hierzu: AK 195, ,,Eine schwierige Geburt''). Während KB, die Gruppe ,,Z'', die ,,Grünzone'' (ein Zusammenschluß ehemaliger Genoss/inn/en), Vertreter des SB und viele Einzelpersonen eine Rücknahme des Nato-,,Nachrüstungs''beschlusses ohne wenn und aber fordern, für eine einseitige Abrüstung seitens der BRD eintreten und ein klares Bekenntnis zu den Aktivitäten Westberliner Friedensgruppen fordern, versteigen sich vor allem die Mitglieder der aufgelösten ,,KPD'' ganz auf die ,,Berlinpolitik'' und fordern eine etwas modifizierte Einheit Deutschlands im gesamteuropäischen Rahmen einer Blockauflösung, die weit hinter dem schon erzielten Kompromiß im alten AL-Programm zurückbleiben. Dennoch sind die Diskussionen inzwischen so weit gediehen, daß ein Kompromiß zustande kommen könnte.

Wie im Parlament arbeiten?

Über die Frage der Parlamentsarbeit, die Kontrolle derselben im Abgeordnetenhaus und der Kandidat/inn/enaufstellung ist eine breite Diskussion entbrannt.

Offensichtlich wird von vielen AL-Mitgliedern, vor allem auch denjenigen, die sich gegenüber den Bezirksparlamenten eher ,,antiparlamentarisch'' geäußert haben, eine große Erwartungshaltung geknüpft. So heißt es in einem Antrag eines AL-Mitgliedes an die MVV, daß die parlamentarische Tätigkeit im Abgeordnetenhaus *,,in der Regel hauptamtlich''* sei. Die Bezüge der AL-Parlamentarier/innen sollen sich durchschnittlich um 1.500 bis 2.000 DM belaufen, während der ganze Rest an die AL abgeführt werden soll.

Hinter den Kulissen gibt es schon ein heftiges Gerangel um ,,sichere'' Listenplätze für das Abgeordnetenhaus. Bislang haben sich auf einer Liste 17 Männer und nur 4 Frauen um eine Kandidatur beworben, was nochmals belegt, wie es mit der Gleichberechtigung der Frauen innerhalb der AL derzeit bestellt ist. Allerdings haben sich die Frauen vorbehalten, auf einer Frauen-MVV am 26.2. autonom über eigene Kandidatinnen zu entscheiden. Eine eigens angesetzte ,,Kandidaten-MVV'' soll Kandidaten für das Abgeordnetenhaus empfehlen, ehe sie dann in den Bezirksversammlungen der AL (laut Gesetz) endgültig gewählt werden.



Der Delegiertenrat beschloß indes einstimmig, daß ein Vertreter der Hausbesetzer auf einem sicheren Listenplatz für das Abgeordnetenhaus kandidieren soll. Im Bezirk Kreuzberg haben drei Vertrauensleute ihre Bereitschaft erklärt, für das Bezirksparlament zu kandidieren. Außerdem sollen alle inhaftierten Hausbesetzer und ihre Sympathisanten demonstrativ zu den Wahlen auf AL-Listen kandidieren!

Weitgehend herrscht in den Bezirken und Bereichsgruppen der AL Einigkeit darüber, daß ein parlamentarisches Berufspolitikertum nicht in Frage kommt. In Diskussion ist derzeit zum einen ein Rotationsverfahren, nach dem alle Abgeordnetenhaus-Parlamentarier/innen nach und nach ausgewechselt werden sollen und zum anderen eine auf zwei Jahre begrenzte ,,Amtszeit''. Ein Bekenntnis zum Abführen der Gelder (über die persönliche Vergütung hinaus), zum imperativen Mandat und zum Einhalten des politischen Konsens auf Grundlage des zu verabschiedenden AL-Programms sind gleichfalls Voraussetzungen für die Kandidaten. Zur Frage der parlamentarischen Kontrolle sind derzeit verschiedene Konzeptionen im Gespräch.

Schwierigkeiten mit der WUB-Zehlendorf ...

Nachdem sich die ,,Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger'' (WUB) in Zehlendorf — sie erhielt bei den letzten Wahlen zum Bezirksparlament runde 13 % — und die Zehlendorfer Bezirksgruppe der AL zunächst geeinigt hatten, gemeinsam im Bezirk zu kandidieren und dafür WUB-Mitglied Walter Grunwald für ein Mandat in das Abgeordnetenhaus im Gespräch war, wird aus diesem Unternehmen vorläufig nichts.

In einer Kampfabstimmung auf einer Versammlung der WUB sprachen sich 21 gegen 19 Mitglieder gegen eine gemeinsame Bezirksliste aus. Offenbar hat eine gezielte Mobilisierung eher rechts stehender WUB-Mitglieder den Ausschlag gegeben, die u. a. die AL aufforderten, sich von den ,,Gewalttätigkeiten'' der Hausbesetzer zu distanzieren. Die AL beschloß im Delegiertenrat, eine Einigung zu versuchen. Falls dies scheitere, so will die AL gleichfalls mit einer eigenen Liste in Zehlendorf antreten, die WUB im Wahlkampf jedoch nicht bekämpfen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Veronica deSaram, eine rechte Spandauer Grüne, innerhalb der WUB für reichlich ,,Munition'' gegen die AL sorgte.

Inzwischen hat eine weitere Versammlung der WUB stattgefunden, auf der ein Mitglied der AL, der gleichzeitig auch WUB-Mitglied ist, auf Platz 6 der WUB-Liste nomiert worden ist. Das letzte Wort ist also noch nicht gesprochen.

... und Größenwahnsinn einiger ,,Grüner"

Die sogenannte ,,Mitgliederinitiative'' der Grünen, ein Zweckbündnis ,,nur''-Grüner im grünen Landesverband gegen die angebliche ,,Majorisierung'' durch die AL-Grünen, startete Mitte Februar ein klassisches Erpressungsmanöver gegen die AL. Dieses Häuflein von rund 30 Personen forderte die AL in einem Schreiben vom 13.2. ultimativ auf, daß

- sie den Namen ,,grün'' in die Bezeichnung einer oppositionellen Liste aufnehmen soll;
- zwei Kandidaten auf Vorschlag dieser ,,Mitgliederinitiative'' auf sicheren Listenplätzen der AL und ohne imperatives Mandat aufgenommen werden;
- einer eigenen Kandidatur im Bezirk Spandau zuzustimmen, wobei die AL auf ihre Kandidatur in diesem Bezirk verzichten soll.

Es wäre ja noch erklärlich, wenn diese Grünen eine geringe Basis im genannten Bezirk hätten — aber weit gefehlt: Es handelt sich um ein Häufchen bürgerlicher und rechter Machtpolitiker, die nichts anderes im Schilde führen, als eine spalterische Kandidatur gegen die AL vorzubereiten. Drahtzieher neben der erwähnten Veronica deSaram sind auch Dieter Trautmann (immerhin AL-Mitglied!) und Eva Reichelt, Bundeskassiererin der Grünen und gleichfalls AL-Mitglied. Diese Leute wissen zumindest die gruhlsche ,,Grüne Föderation'' hinter sich. Das geht aus einem internen Schreiben des Dr. Gruhl vom 6.2. an die ,,Mitglieder und Freunde in Niedersachsen'' hervor, wo dieser Mensch einen Spaltungsfahrplan zu den kommenden Wahlen entwirft. Zu Westberlin heißt es: *,,Der Termin kommt für uns wohl zu früh, so reizvoll es wäre, konkurrierend zur Alternativen Liste ... als Grüne Partei teilzunehmen''.*

Entlarvend genug, daß die bürgerlichen Parteien als Gegner schon gar nicht mehr benannt werden — der Zweck der ,,Grünen Föderation'' also einzig und allein gegen die aufkommende Renaissance bunter und alternativer Listen gerichtet ist.

Der ,,Reiz'' könnte doch noch ,,voll'' werden, wenn Trautmann und seine Freunde ihre Kandidatur zum Abgeordnetenhaus doch noch zustande bringen.

Aber dies scheint angesichts dieses Häufleins mehr als fraglich, zumal der Bundeshauptausschuß der Grünen auf seiner Sitzung in Kassel am 21.2. der Trautmann-Gruppe eine Absage erteilte. U. a. lehnte der BHA einen Antrag Trautmanns ab, alle AL-Grünen (das sind weit über zwei Drittel des gesamten grünen LV) auszuschließen, und erklärte, die Grünen würden die AL unterstützen.

Helmut Lippelt, BHA-Mitglied, fand sich als ,,Kurier'' der niedersächsischen Grünen bei der AL ein und drückte seine Solidarität im Namen der niedersächsischen Grünen u. a. damit aus, der AL einen zinslosen 10.000-DM-Kredit zur Verfügung zu stellen!

D., Westberlin

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A.
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier



Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46

Von der NS-»Rassenkunde« zur modernen Anthropologie

Daß die Umtriebe der Neonazi-Szene sich offen auf den Rassismus der Nazis beziehen, wen wundert's? Was sich im Sektor der veröffentlichten Meinung und administrativen Anti-Ausländerpolitik von CDU/CSU und SPD/FDP abspielt, geschieht dagegen unter Berufung auf scheinbar gänzlich saubere Quellen: Objektive Meinungsumfragen, unumstößliche Bevölkerungsstatistiken, die Naturgesetze der Biologie, Genetik, Verhaltensforschung...

Bisher vegetierten diese Disziplinen eher in fachwissenschaftlicher Abgeschiedenheit oder konservativen Ausrichtungszirkeln. Nun aber belebt sich die Szene:

— Das „seriöse" Intellektuellen-Blatt „Die Zeit" läßt einen ihrer Stamm-Journalisten, Dieter E. Zimmer, des Langen und Breiten über die Erkenntnisse der Anthropologie (= „Menschenkunde", „Rassenlehre") Wohlwollen ausgießen, nach dem Motto: Mit welcher Blindheit war'n wir doch geschlagen, s o l c h e Tatsachen nicht anzuerkennen! Und zwar: daß die Menschen ungleich sind, daß die Intelligenz von Schwarzen niedriger als die von Weißen ist, daß Ausländerabscheu angeboren ist etc. pp.
Wie wahr!, schreibt daraufhin eine der Star-Figuren bundesrepublikanischer Anthropologie, Professor Eibl-Eibesfeld, an die „Zeit" — und vergessen wir doch bitte nicht, insbesondere keine Neger mehr nach Deutschland zu lassen, denn d a s gefährdet — sinngemäß — die Erbsubstanz... (siehe „Die Neue", 13.5.80). Und die „Zeit" druckt das, natürlich. Aber als Eibl-Eibesfeld unlängst in den „Lutherischen Monatsheften" von einem Fachkollegen des Rassismus geziehen wurde, beteuerte diese Leute der Wissenschaft seine Unschuld: Rassismus — Gott, bewahre!

— Oder folgender Fall: Im November 1980 will ein gestandener Professor der Anthropologie — H.W. Jürgens, von der Uni Kiel, seit 1973 auch Leiter des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung — einen Vortrag zum Thema „Soziale Klassen — Rassen der Zukunft?" halten, was aber von Studenten verhindert wird. Ja freilich, Jürgens hat bei einem unter den Nazis emporgekommenen Professor habilitiert und in seinen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruft er sich auf Nazi-Rassenforscher. Und er meint heutzutage (in seinem Buch „Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem",1961), gegen „Asoziale", die ja doch nur die „Volksgemeinschaft belasten und stören", helfe letztlich nur, eine „wirksame Begrenzung (?!) und Ausschaltung (!) des Nachwuchses" (nach „taz", 3.12.80).
Der öffentliche Aufwind für die wissenschaftlichen Weisheiten von Anthropologen (oder Genetikern, oder Ethnologen, oder Humanbiologen oder wie sich dergleichen nennt ...) weht munter über die braune Tradition des Faches und vollends über h e u t i g e Sympathien dieser Art hinweg. Dabei sind die Eibl-Eibesfeld und Jürgens keine besonders schwarzen Scharfe ihrer Zunft, sondern stehen stellvertretend für viele... Die folgenden Anmerkungen haben als Kristallisationspunkt eine der neofaschistischen Zentralen in Sachen Rassismus, die „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" mit ihrer Zeitschrift „Neue Anthropologie". Chef des Rassisten-Zirkels ist der Rechtsanwalt und ehemalige „Aktion-Widerstand"-Schläger Jürgen Rieger, Hamburg. (Siehe auch AK 187, S. 18: „NPD & Co.: ... mit Rassismus in die achtziger Jahre!" und AK 182, S. 14: „'Ein Damm gegen die Ausländerflut' — Hintergründe der Rassismus-Renaissance").

Nach 1945: Weiter wie bisher...

Der Tenor „offizieller" anthropologischer Stimmen ist entschieden: Rassisten wie Rieger und seine „Gesellschaft" werden in die Ecke „obskurer Gesellschaften" gestellt, mit denen „die Wissenschaft" nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Anläßlich einer Buchbesprechung heißt es im offiziellen Fachblatt der westdeutschen Anthropologen, der Zeitschrift „Homo" (= „Mensch") beispielsweise: *„Es ist richtig, die heute wieder vertretenen rassistischen Gesellschaften und ihre Führer zu nennen, aber es wäre (...) gut gewesen, zu betonen, daß all diese obskuren Gesellschaften nicht den mindesten Kontakt zur Anthropologie und Humangenetik unserer Zeit haben! So kann der Verdacht bei dem Leser aufkommen, daß der weitgehend aus US-amerikanischen und schwedischen nichtwissenschaftlichen Quellen gespeiste Neo-Rassismus auf das Konto von Anthropologie und Humangenetik kommt!"* („Homo" 17/66).

»Unter denen, die ihre Wissenschaft den Zielen der Nazis auslieferten, verdienen zwei Gruppen an erster Stelle genannt zu werden: die Juristen und die Anthropologen und Biologen.«
(Weinreich, »Hitler's Professors«, 1946)
(Weinreich, »Hitler's Professors«, 1946)

Zu den geläufigen Formulierungen führender Anthropologen gehört es denn auch, rückblickend vom „Mißbrauch" der Wissenschaft durch die Faschisten zu sprechen. So heißt es in einer knappen „Entschließung" des ersten westdeutschen Anthropologen-Treffens nach Kriegsende, 1948: *„Sie verurteilen die Verbindung, in die sich gewisse Kreise der deutschen Wissenschaft zum Nationalsozialismus begeben hatten. ... Es wird ihre Sorge sein, einen derartigen Mißbrauch anthropologischer Begriffe in Zukunft verhindern zu helfen..."* („Homo" 1/49-50). Damit wurde der Neubeginn der westdeutschen Anthropologie nach 1945 gerechtfertigt, ohne daß es zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der faschistischen Tradition gekommen wäre. Personell und inhaltlich war der Neubeginn deshalb eine eindeutige Fortschreibung — mit der Einschränkung, daß nicht mehr — wie bei den Nazis — von „Rassenkunde", sondern von „Anthropologie" die Rede war; auch wurden einige wenige exponierte Nazi-Rassisten auf der wissenschaftlichen Schlachtbank geopfert — so Hans F.K. Günther, besonderer Günstling der Nazis, Star-Professor in Sachen „Nordischer Gedanke" und Rassenkunde. Wenn je einer, so muß Günther — zusammen mit seinem Nazi-Kollegen F. Clauß — als Nazi-Rassist in wissenschaftlicher Gestalt genannt werden. Er war denn auch einer der wenigen seines Faches, die nach 1945 n i c h t wieder zu Amt und Würden kamen.

Braune Tupfer

Trotz solcher Schein-Distanzierung von der eigenen Vergangenheit streckt die offizielle Anthropologie ihre Fühler in braune Gefilde aus, wie umgekehrt aus der neonazistischen Szene Anschluß an die Wissenschaft gesucht wird. Ein schönes Beispiel für die Sympathien in beide Richtungen sind die auf verschiedenen Ebenen aufweisbaren Kontakte zwischen einer der „renommierten" Anthropologie-„Schulen" — in Mainz — und den Rassisten um Rieger nebst anderen Gleichgesinnten.

1. Rieger und die Schreiber der „Neuen Anthropologie" (NA) stützen sich mit Vorliebe auf Schriften der Mainzer Anthropologie — Professorin Ilse Schwidetzky — siehe die durchweg positiven Empfehlungen der „Bücherliste", die von der Rieger-„Gesellschaft" herausgegeben wird. Sie ist nämlich eine von den Anthropolog(inn)en, *„die Rassen unvoreingenommen und ohne Anführungsstriche betrachten"* („NA" 1/74). Davon gibt es, so Rieger, nicht allzuviele, er nennt noch Schwidetzkys früheren Lehrer von Eickstedt und den unvermeidlichen H.F.K. Günther. Rieger findet für Schwidetzky gerade deshalb dieses Lob, weil sie (in ihrem Buch „Das Menschenbild der Biologie", 1971) sich ausdrücklich zu dem Satz des führenden Nazi-Anthropologen F. Lenz bekennt: *„Was den Menschen zum Menschen macht, ist seine Erbmasse"* („NA" 1/73).

Dabei ist zu bedenken, daß Schwidetzky nicht irgendeine Anthropologin ist, sondern d i e Fachvertreterin (seit 1976 ist sie nicht mehr im Amt, arbeitet „privat", z.B. als Herausgeberin von „Homo", aber natürlich weiter): Seit 1956 ist sie Herausgeberin der offiziellen Anthropologen-Zeitschrift „Homo", in der Nachfolge der Anthropologen-Eminenz v. Eickstedt, dessen Assistentin und enge Mitarbeiterin sie in den dreißiger und vierziger Jahren in Breslau und nach 1945 in Mainz war. (Eickstedt war zuvor, zusammen mit H.F.K. Günther, Herausgeber der „Zeitschrift für Rassenkunde" — Fachblatt während der Nazi-Zeit). Umso interessanter ist die Vorliebe Riegers für die Arbeiten der Professorin Schwidetzky — ebenso für die Zeitschrift „Homo", die regelmäßig in der „Neuen Anthropologie" ausgewertet wird. Rieger kann in der Tat „wissenschaftliche Erkenntnisse", wie sie Schwidetzky (und andere Anthropologen) mitteilen, sehr gut in seine rassistischen Theorien einbauen. Zwei beliebig herausgegriffene Beispiele:

• So schreibt Schwidetzky beispielsweise im „Fischer-Lexikon: Anthropologie" (6. Auflage, 125. Tausend) in altbekannter Rassisten-Tradition, *„der bedeutendste Beitrag der Neger zur amerikanischen Kultur (liege) auf musikalischem Gebiet (Jazz!)"*. Rieger selbst formuliert das weniger vorsichtig, aber durchaus im gleichen Sinn: *„Es kann festgestellt werden, welche Rasse für bestimmte Aufgaben besonders geeignet ist (die Weißen z.B. in Berufen, wo Intelligenz verlangt wird, die Neger im Showbusiness)"* („Rasse — ein Problem auch für uns!", 1969).

• Schwidetzky behauptet, „Verbrecher" hätten „**überdurchschnittlich häufig niedere, fliehende Stirnformen, dünnen Bartwuchs bei dichtem Haupthaar, Schädel- und Gesichtsasymmetrien. Sie sind Ausdruck einer allgemeinen körperlichen und geistigen Minderausstattung (Goring)...**" („Fischer-Lexikon", 262).

Rieger spinnt diese Anthropologenbehauptung vom angeborenen Verbrechertum in seinem Aufsatz „Theorien der Verbrechensentstehung" („NA" 2/74) weiter und führt sie, was Schwidetzky und ihre Fachkollegen nicht tun, konsequent zu Ende: *„Es ist ein Unding, Minderwertigen in jedem Fall dieselben Rechte zuzugestehen wie Vollwertigen."* Von dem britischen Genetiker Darlington (im „Wissenschaftlichen Beirat" der „Neuen Anthropologie") übernimmt Rieger dann zustimmend: *„Man kann diese Menschen schmerzlos vernichten, sie absondern oder verhüten, daß sie überhaupt geboren werden."* Da es hierzulande „keine Todesstrafe" gibt, fordert Rieger eine Strafverschärfung, d.h. „möglichst lange" Sicherungsverwahrung, zwangsweise Kastration, zwangsweise Sterilisation. Er selbst erwähnt, daß damit die Situation wieder erreicht würde, wie sie „in Deutschland von 1933 bis 1945" geherrscht hat.

Solche Kommentare und Konsequenzen werden bei Schwidetzky und Kollegen nicht formuliert; der Ansatzpunkt, d.h. die „wissenschaftliche" Begründung, findet sich aber — wie die Beispiele zeigen — bei ihr und ihren Kollegen ebenso wie bei Rieger & Co.

2. Die von Rieger der offiziellen Anthropologie gegenüber gezeigte Sympathie wird von dieser nicht auf gleiche Weise erwidert. So gibt es in „Homo" beispielsweise keinerlei Hinweis auf die „Neue Anthropologie"; offen rassenpropagandistische Pamphlete, etwa von Rieger oder ähnlichen neofaschistischen Verfassern, werden normalerweise nicht — auch nicht negativ — registriert.

Nazi-Wissenschaftler allerdings, sofern sie ihren Dienst für den Faschismus nur „wissenschaftlich" taten, trifft nicht die gleiche Mißachtung. So zählen und zählten führende Nazi-Ras-
trifft nicht die gleiche Mißachtung. So zählen und zählten führende Nazi-Ras-
senforscher zu den Mitarbeitern der von dem Freiherrn von Eickstedt und später von Frau Schwidetzky geleiteten „Homo" — wie etwa der Genetiker (vorher: Erbforscher) O. v. Verschuer, an dessen „Institut für Erbbiologie und Rassenforschung" in Frankfurt eine Zwillingsforschung betrieben wurde. Fortgesetzt wurde diese Forschung zum einen von dem KZ-Arzt Dr. Mengele, Assistent v. Verschuers, später als „Schlächter von Auschwitz" berüchtigt geworden; zum anderen von Professor v. Verschuer selbst — ab 1951 als Direktor des „Instituts für Anthropologie und Humangenetik" in Münster („Homo", 1/49-50).

Die Mainzer Anthropologen-Schule (v. Eickstedt/Schwidetzky) verstand es, die westdeutsche Anthropologie mit Hilfe solcher Kollegen wieder aufzubauen. Auch Schwidetzkys Mitarbeiter am „Fischer Lexikon", Gerhard Heberer, gehört zu dieser Art Wissenschaftlern: Er war SS-Offizier und hielt Vorlesungen über „Politische Rassenbiologie"; ein vom „Rassepolitischen Amt" der NSDAP hoch gepriesenes Buch (1943 erschienen) gehört heute, in umgearbeiteter Form, zu den Hauptwerken Heberers. Den Nazi-Rassisten H.F.K Günther verteidigte er als „von den Nazis mißbrauchten Wissenschaftler" — nebenbei verfaßte er für die in Argentinien erscheinende Neonazi-Zeitschrift „Der Weg" Artikel (dort hatten Nazi-Größen wie Rudel, v. Leers, v. Oven nach 1945 Zuflucht gesucht) (Tauber, „Beyond Eagle and Swastika", 1249). Eine Vielzahl der renommiertesten Namen in der westdeutschen Anthropologie nach 1945 wäre hier anzufügen.

3. Schwidetzky und andere führende westdeutsche Anthropologen sind jedoch, im Gegensatz zur aufgestellten Behauptung („nicht der mindeste Kontakt"), bei näherem Hinsehen auch gegenüber jenen „obskuren Gesellschaften" neofaschistischer Rassisten nicht ganz so abweisend, wie es zunächst scheinen soll. So werden im „Homo" die in rechtsradikalen Verlagen wiederaufgelegten Schriften H.F.K. Günthers durchaus registriert.

Der Mitherausgeber von „Homo", v. Mühlmann, Mainz, der 1952 die Neuauflage eines Günther-Buches („Gattenwahl") wegen ihres „Mangels an Wirklichkeitssinn" tadelte („Homo" 3/52), ist der gleiche, der ein Jahr zuvor Günthers „Formen und Urgeschichte der Ehe" (3. Auflage 1951) eine „dankenswerte Zusammenstellung" nannte, die „auch für den Fachmann reizvoll" und „nicht ohne den Charakter der Originalität" sei. In „Homo" 8/57 schwärmte Bertil Lundmann — früher Mitarbeiter der „Zeitschrift für Rassenkunde" v. Eickstedts, ab 1949 ständiger Mitarbeiter von „Homo" — für Günthers neu aufgelegtes Buch „Lebensgeschichte des hellenischen und römischen Volkes" (ehemals: „Rassengeschichte"): „...es ist ein großes und schönes Buch...". Lundmann war es auch, der 1961 in „Homo" eine positive Besprechung der 26-Seiten-Schrift „The Nordic Face" eines Robert Nigg und Gayre of Gayre, erschienen 1958, unterbrachte. Bemerkenswert daran ist nicht nur die Entlegenheit des Verlages (Calcutta!), sondern auch, daß Gayre der Herausgeber von „Mankind Quarterly" war. Diese britische Zeitschrift (inzwischen von dem Vorsitzenden — und ehemaligen Rassenforscher — der „World Anti-Communist League", Roger Pearson, geleitet) ist das exakte Schwesterblatt der Riegerschen „Neuen Anthropologie" — der gleiche „wissenschaftliche" Anspruch, der gleiche Aufwand an mehr oder weniger prominenten Namen, die gleiche rassistische Ausrichtung.
stische Ausrichtung.

Zum „Beirat" der „Mankind Quarterly" gehören, wie Lundmann, auch angesehene westdeutsche Anthropologen, die in ihren Fachverbänden und in der Zeitschrift „Homo" entsprechende Rollen spielen: der Düsseldorfer Professor Heinrich Schade (dessen Aufsatz „Geburtenschwund in Deutschland — verschleiernde Argumente und Tatsachen" 1976 in „Neue Anthropologie" erschien), der Hamburger Professor Walter Scheidt (inzwischen gestorben) und der erwähnte Professor O. v. Verschuer.

Ein weiterer „MQ"-Beirat war übrigens der (auch gestorbene) Nazi-Professor Felix v. Bormann, Anteilseigner von „Nation Europa", Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats" der „Neuen Anthropologie" und, noch 1965, Verfasser eines Artikels in Schwidetzkys Zeitschrift „Homo" (zusammen mit S. Pauly — „Homo" 16/65).

Schwidetzky selbst steht mit „Mankind Quarterly" und dem um diese Zeitschrift gruppierten Kreis von Biologen, Anthropologen etc. offenkundig in Verbindung. 1961 druckte „MQ" einen Artikel Schwidetzkys; in der Liste „Wissenschaftliche Arbeiten" Schwidetzkys, die „Homo" 8/72 veröffentlichte, fehlt dieser Aufsatz seltsamerweise. 1967 steuerte Schwidetzky einen Beitrag zu einem in New York gedruckten Sammelband („Race and Modern Science") bei, dessen andere Mitarbeiter nicht uninteressant sind: Allein acht von ihnen sind Mitarbeiter, Beiratsmitglieder oder Mitherausgeber von „Mankind Quarterly" oder waren es; hinzu kommen noch — neben vier anderen Verfassern — Professor Darlington (im „Wissenschaftlichen Beirat" der „NA"), der Hamburger Anthropologe F. Keiter (der nach 1945 schrieb: *„Es war ein reines Vergnügen, mit Günther und Kretschmer rassische und anthropologische Forschung zu betreiben. Nicht viel von der alten Begeisterung ist geblieben. Seit 1945 haben äußere Einflüsse deutschen anthropologischen Studien eine gewisse Beschränkung auferlegt. Es wird unmöglich sein, in der nahen Zukunft die Stücke, die so gründlich zerschlagen wurden, wieder zusammenzufügen"* — „Wiener Library Bulletin" 1965) und der Herausgeber des Bandes, R. Kuttner. Dieser ist ein amerikanischer Biochemiker, der enge publizistische Verbindungen zu offenen US-Nazis unterhält (u.a. zu dem mit Freys DVU und „National-Zeitung" häufig liierten Austin J. App, auch zur „Northern League"). Gewidmet ist das Sammelwerk R. Ruggles Gates, ehemals Mitarbeiter der „Zeitschrift für Rassenkunde", später Mitherausgeber der „Mankind Quarterly".

1973/4 zeigte sich die zumindest teilweise Interessengleichheit der offiziellen Anthropologenzeitschrift „Homo" und der Rassistenschrift „Neue Anthropologie" in erstaunlicher Zeitgleichheit: Im Juli 1972 hatte in den USA und in Großbritannien eine Reihe Biologen, Psychologen und Anthropologen — darunter die Intelligenz-Experten Jensen und Eysenck (siehe unten) — eine Resolution zur Verteidigung ihrer Erbtheorien abgefaßt: *„Gegenwärtig müssen wir erleben, wie man (...) versucht, Wissenschaftler zu unterdrücken, zu zensieren, abzustrafen oder persönlich zu verunglimpfen, welche die Rolle der Vererbung im menschlichen Verhalten betonen."* Stattdessen sollte endlich berücksichtigt werden, *„welch große Rolle die Vererbung auch im menschlichen Leben spielt"*.

Als erste griff Riegers „Neue Anthropologie" diese Erklärung auf, übersetzte sie und druckte sie im Februar 1973. Schwidetzky und einige gleichgesinnte Kollegen sammelten derweil Unterschriften, so daß „Homo" 22/1974 die gleiche Erklärung drucken konnte, ergänzt durch 27 Unterschriften von Wissenschaftlern vor allem an BRD-Universitäten, darunter Schwidetzky, Schade, H. Walter (Mainz, Mitherausgeber des „Fischer-Lexikon"). Im April 1974 druckte „NA" diese ergänzte Fassung nochmals ab, außerdem verbreitete die Rieger-Gesellschaft diese Erklärung als Flugblatt.

Andere Länder, gleiche Sitten

Ein besonderes Kapitel sind — wie schon die Schwidetzky'schen Verbindungen zeigen — die internationalen Bande zwischen „seriösen" und nazistischen Rassisten.

So finden sich die Namen der An-

So finden sich die Namen der Anthropologie-Professoren Heinrich Schade, Walter Scheidt (gest.) und v. Verschuer im Beiratskreis der britischen Rassistenzeitschrift „Mankind Quarterly". Beide sind auch als Autoren aus Riegers „Neuer Anthropologie" bekannt — die wiederum als einen ihrer Beiratsmitglieder Alain de Benoist aufweist, Nazi und Chefdenker der französischen „Neuen Rechten" mit der Zeitschrift „Nouvelle Ecole".

Den Vogel schießen in dieser Hinsicht zweifellos das international-gerühmte Gespann Arthur R. Jensen und Hans J. Eysenck ab, Professoren in Berkeley/USA bzw. London, und beide in schöner Eintracht Spitzen-Experten in Fragen Intelligenz/Vererbung. Seit den sechziger Jahren sind sie an vorderster Front bei solchen Evergreens wie: Intelligenz ist im wesentlichen vererbt — nicht gesellschaftlich beeinflußt; Schwarze sind dümmer als Weiße (15 % weniger intelligent) etc.

Während Jensen zum Beirat der „Neuen Anthropologie" Riegers gehört und in Frankreich zuallererst und hauptsächlich im Verlag der „Neuen Rechten" publiziert, findet sich Eysenck gleich in den Beiräten von „Nouvelle Ecole" u n d „Mankind Quarterly". Daß Jensen denn auch schon mal mit dem westdeutschen Nazi-Journal „Nation Europa" (Sept. 75) ein Interview macht und Eysenck mit dem (inzwischen aufgegebenen) Magazin der britischen „National Front", „Beacon" (Febr. 77), sind Schnörkel, die zum Bild durchaus passen.

Es sind dies die gleichen Intelligenz-Experten, die mit ihren Vererbungs- und Rassen-Elaboraten seit Jahren in den „Tendenzwende"-Blättern des CDU/CSU-Umfeldes — a la „criticon" — als neue Propheten propagiert werden, und die mittlerweile in den Anthropologie-Empfehlungen der „Zeit" Urständ feiern.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg
(unter Verwendung von reichlich Material aus dem „Antifa-Info" Nr. 3).

Urteil im Braunschweiger Prozeß »Verfassungsschutz hat von allem nichts gewußt «

In dem vor dem Celler Oberlandesgericht in Braunschweig stattfindenden Prozeß gegen niedersächsiche Neonazis um den Hauptangeklagten Paul Otte kam es Mitte Februar zur Urteilsverkündung:

– Otte wird als Gründer und Rädelsführer einer terroristischen Vereinigung, wegen Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag, Vorbereitung von zwei weiteren und Verstößen gegen das Waffengesetz zu fünf Jahren und sechs Monaten verurteilt.

– Die Angeklagten Volker Heidel und Oliver Schreiber werden schuldig gesprochen, als Mitglieder der terroristischen Vereinigung einen Sprengstoffanschlag verübt zu haben. Das Urteil gegen Schreiber wurde zusammengezogen mit einer Strafe aus einem früheren Prozeß zu einer Gesamtstrafe von sechs Jahren, allerdings auf Bewährung.

Ebenso verfuhr das Gericht mit Heidel, dessen Strafmaß unter Berücksichtigung eines früheren Urteils zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten zusammengezogen wird.

Heidel hat damit die Chance, freigesprochen zu werden, da er zwei Drittel bereits in U-Haft verbüßt hat.

– Wolfgang Sachse, der Bombenbastler der Bande, soll drei Jahre und drei Monate in Haft.

– Den „Verfassungsschutz"-Agenten Lepzien, früher Mitglied der NPD und Gründer der Bande, verurteilte das Gericht zu zwei Jahren und sechs Monaten, verzichtete allerdings auf einen Haftbefehl und „hielt ihm zugute, er habe dem VS viele wertvolle Informationen geliefert" (FR, 20.2.).

Neben einem Verfahren vor dem LG Lüneburg gegen Mitglieder der Hannoverschen NSDAP, neben dem Bückeburger Prozeß („Hansa"-Bande) und dem Verbotsverfahren gegen die Hoffmann-Bande war dies einer der bisher bedeutensten Prozesse gegen Nazi-Terroristen.

Besondere Bedeutung hatte der Prozeß durch den Umstand, daß das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz durch seinen Agenten Lepzien tief in die Umtriebe der Nazi-Bande verwickelt war. Lepzien, der noch im Bückeburger Verfahren einige Tage Haft in Kauf nehmen mußte, um seine tatsächliche Agenten-Identität zu wahren, und hartnäckig die Aussage verweigerte, wurde nun angeklagt, zusammen mit
de nun angeklagt, zusammen mit
Sachse – beide stammen aus Peine – die Otte-Bande mit Waffen und Sprengstoff für ihre Anschläge versorgt zu haben. Lepzien soll sogar selbst die Bande gegründet haben! Er habe unter anderem den Kontakt zwischen Otte und dem **Schießplatzverwalter** Sachse hergestellt. *„Ferner soll Lepzien gemeinsam mit Otte Sprengstoff aus der Schweiz besorgt, teils gemeinsam mit Otte, teils aber auch eigenständig Aufträge an Sachse zur Herstellung von Bomben erteilt, an Geschäften mit Schußwaffen mitgewirkt und auch eine maßgebliche Rolle bei der Verbreitung"* von faschistischen Schriften gespielt haben (FR, 20.2.).

Nach Bekanntwerden dieser Rolle des VS-Agenten wurde prompt die Öffentlichkeit von allen brisanten Teilen des Prozesses ausgeschlossen. Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff – Verantwortlicher dieses Skandals – begründete das damit, daß der *„Verfassungsschutz ein sehr sensibles Instrument sei"* (FR, 4.11. 80).

Immerhin erteilte Richter Moschüringer in seiner Urteilsbegründung den VS-Verantwortlichen die Rüge, in Zukunft auf ihre Agenten besser aufzupassen und ihnen genaue Verhaltensregeln auf den Weg zu geben.

Bei der Strafzumessung hielt das Gericht Lepzien andererseits zugute, er habe *„in seinem Leben dauernd berufliche Mißerfolge erlitten und dem VS viele wertvolle Informationen geliefert"*. Die *„Agententätigkeit habe seinem Leben einen neuen Sinn gegeben"*. Die VS-Verantwortlichen entlastete Moschüring *„mit großem Nachdruck: der VS sei nicht immer über alles informiert gewesen"* (FR, a.a.O.).

Welche dunklen Vorgänge beim Prozeß vor dem Licht der Öffentlichkeit bewahrt wurden, läßt sich erahnen, wenn man/frau die Geschichte der „Enttarnung" der Otte-Bande betrachtet, die angeblich erst im Frühjahr 79 begann. Dies steht in bemerkenswertem Widerspruch zu der offiziellen Lesart, demzufolge Lepzien schon 1977 eben diese Bande mit aufgebaut hat.

Seit ihrer Gründung stand die Otte-Bande im Zentrum der NSDAP-Banden-Szene. Otte hatte die Stellung eines „Stellvertreters" von Lauck (Chef der NSDAP/AO in den USA). Lepzien brachte es in seiner NSDAP/VS-Laufbahn immerhin zum Abwehrchef der NSDAP.

Wie weit hergeholt die Behauptung des VS ist, Lepzien habe zum Teil „auf eigene Faust" und ohne zu berichten gearbeitet, wird deutlich an den bisherigen Prozessen, in denen die Geschichte der Lepzien/Otte-schen Bomben gerichtsnotorisch aufgedeckt wurde:

Wehrsportgruppe Tönning

„Am 2. September explodierte eine Bombe im Gebäude der Amtsanwaltschaft in Flensburg". Als Täter wird der 61jährige Kaufmann **Heinrich Eisermann** ermittelt. Die Bombe stammte – wie Aussagen im Bückeburger Prozeß belegen – von der
burger Prozeß belegen – von der
Otte-Bande. Eisermann gilt als Mitglied der NS-Gruppe in Tönning, deren übrige Mitglieder erst jüngst wegen des Diebstahls eines NATO-Safes verurteilt wurden (siehe AK 195). Das Verfahren gegen Eisermann, das abgetrennt worden war (mutmaßliche Verhandlungsunfähigkeit aus Gesundheitsgründen), steht bis heute noch aus. Interessant an dem Verfahren gegen diese Bande (wohlgemerkt, nicht wegen der Lepzien/Otte-schen Bombe!) ist die Tatsache, daß der Zeuge und Mittäter **Armin Peil** n i c h t verurteilt wurde und im Prozeß sich seiner Kontakte zum VS rühmte. Wie Lepzien stammt auch Peil aus Peine – Zufall? Über diesen Armin Peil berichtete übrigens schon Ende 79 die „Konkret", er sei in die Illegalität abgetaucht ... (5/79).

„Kampfbund Freiheit für Rudolf Heß"

Die zweite Lepzien/Otte-Bombe explodierte in Hannover am Haupteingang des Amtsgerichts. Schon Anfang 78 wurde gegen die beiden Täter, Heidel und Schreiber, verhandelt, die damals als „jugendliche Wirrköpfe" verurteilt wurden, weil ihnen das Gericht das Verbreiten von Nazi-Material nicht nachweisen konnte. Hauptgegenstand des damaligen Verfahrens war die Schändung eines jüdischen Friedhofs.

Wie sich später herausstellte, hatten Heidel und Schreiber diese Bombe auf dem zentralen „Bomben-Treff" im Herbst 77 in Lepziens Wohnung erhalten.

Der „Bückeburger Prozeß"

Vollständig aktenkundig wurden Lepziens Umtriebe dann im „Bückeburger Prozeß" gegen die „Hansa"-Bande. Dort sagte der schon erwähnte Peil u. a. aus, daß Otte bei einem Treffen im Herbst 77 in Lepziens Wohnung mehrere Rohrbomben verteilt habe: Die beiden aus Hannover und Flensburg; eine weitere fand sich bei dem Nazi-Bauern **Werner Carstens** eine vierte nahm Kühnen (Chef der „Hansa"-Bande) in Empfang ...

Lepzien, der damals zu diesen Vorwürfen vernommen wurde, verweigerte die Aussage und mußte deshalb einige Tage Haft absitzen.

Spätestens seit dem Bückeburger Prozeß (Sommer 1979) waren also nicht nur Lepziens, sondern auch Ottes Umtriebe gerichtsnotorisch bekannt. Es ist blanker Hohn, wenn nun der VS behauptet, nur durch Lepzien sei es möglich gewesen, die Otte-Bande auffliegen zu lassen.

Tatsächlich ist Lepzien der einzige der Angeklagten, der nicht wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" verurteilt wurde und gegen den kein Haftbefehl besteht. Mittlerweile hat auch Lepziens VS-Chef, Hans-Peter Mahn, erklärt, man wolle Lepzien in irgendeiner Weise „helfen". Schließlich habe er ja wertvolle Arbeit geleistet. Bei dieser „Fürsorge" für den VS-Agenten Lepzien scheinen die markigen Worte vom Prozeßbeginn (Lepzien habe „ohne Auftrag gehandelt", er müsse für seine Straftaten selbst einstehen etc.) schon wieder vergessen.

Antifa-Kommission Göttingen und Hamburg

Nazi-Waffenlieferant aufgeflogen

Düsseldorf. Bei dem faschistischen Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest wurde laut einer der verschiedenen offiziellen Versionen eine britische Granatwerfergranate vom Kaliber 10,7 verwendet.

Am 7. Oktober hob die Polizei bei einem Düsseldorfer Nazi ein umfangreiches Munitions- und Sprengstofflager aus. Darunter befanden sich 7 Granatwerfergranaten.In der bürgerlichen Presse wurde der Name des Nazis freundlicherweise abgekürzt. Die antifaschistische Zeitung „Alarm" enthüllte nun seine Identität: **Es handelt sich um den 26jährigen Angestellten und Bundeswehr-Reserveunteroffizier Karl-Heinz Dissberger. Er ist der Polizei als NPD-Sympathisant bekannt; außerdem wurde bei ihm eine Einladung zu einer Wehrsport-Übung der Hoffmann-Bande auf Schloß Erreuth gefunden, die von Hoffmann persönlich unterschrieben war.**

Karl-Heinz Dissberger betreibt einen beim Gewerbeaufsichtsamt angemeldeten **„Versand-Handel für militärische Fachbücher und militärische Ausrüstungsgegenstände."**. Als Waffenlieferant der Nazi-Terroristen ist er offenkundig bundesweit aktiv: Auf den Paketpostämtern in Düsseldorf und Pforzheim fielen Eierhandgranaten aus beschädigten Paketen, die er verschickt hatte. Selbstverständlich befindet sich Karl-Heinz Dissberger, wie in solchen Fällen leider üblich, auf freiem Fuß. Angesichts der offoziellen Ermittlungen nach den Attentätern von München, die eine reine Farce sind, müssen die westdeutschen Antifaschisten jede Chance nutzen, eigenständig den Nazi-Mördern auf die Spur zu kommen. **Deshalb die dringende Bitte, alle Hinweise über Aktivitäten und Verbindungen von Karl-Heinz Dissberger umgehend an die Antifa-Kommission zu schicken.**

Detlef/Düsseldorf

Neues aus der Nazi-Szene

Erneute Verhandlung gegen Nazi Werner Carstens

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe das Urteil gegen den Nazi **Werner Carstens** aus Kragstedt wieder aufgehoben. Carstens war am 4.7.80 wegen Begünstigung (der „Hansa"-Bande) und Verstoßes gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz zu einer einjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Der Staatsanwalt hatte damals 2 Jahre und 3 Monate beantragt, weil Carstens u.a. auf seinem Hof Munition der Bande sowie die sechs Maschinenpistolen, die beim Überfall in Bergen-Hohne (Anfang 1978) verwendet worden waren, versteckt hatte. Außerdem hatte Carstens eine Rohrbombe (aus der Produktion der Braunschweiger Bande um Otte und Lepzien) und fünf Pistolen auf dem Hof.

Carstens war u.a. Gründungsmitglied der „Bauern- und Bürgerinitiative" des Thies Christophersen sowie einige Zeit Kreisvorsitzender der NPD.

(„Flensborg Avis", 19.2.81)

Thies Christophersen erneut verurteilt

Zu 11 Monaten ohne Bewährung wurde am 19.2. vom Flensburger Landgericht der Nazi Thies Christophersen, ehemaliger KZ-Wachtmann in Auschwitz, verurteilt. Diemal ging es um die Hefte 3 und 4/79 sowie 1/80 der von Christophersen herausgegebenen „Bauernschaft".

Christophersens Verteidiger war auch diesmal der bekannte Hamburger Nazi-Anwalt Rieger, der u.a. auch Mitglieder der „Hansa"-Bande und andere Nazi-Terroristen verteidigte. Rieger wäre dieses Mal um ein Haar vom Prozeß ausgeschlossen worden, weil er in den inkriminierten Schriften weitere Stellen, die zu einer Strafe für Christophersen führen könnten, eingeschwärzt hatte.

Leider kam das Gericht nicht zu der Einschätzung, dieses sei (strafbare) Beihilfe gewesen; es wertete diese „Zensur" Riegers als schon verjährtes „Pressedelikt" ...

Mit der neuen Strafe dürfte dann auch die bis zum 24.10.81 auf Bewährung ausgesetzte Strafe Christophersens für früher verhandelte Taten (insgesamt 10 Monate) von ihm abzusitzen sein; damit wäre Christophersen „von Rechts wegen" erst einmal aus dem Verkehr gezogen. Ob er allerdings tatsächlich „einfahren" muß, wird sich noch erweisen. Immerhin hat er größte Teile seines Vertriebs schon längst nach Dänemark verlegt und auch der „Wunsch" des Verfassungsschutzes, Haftbefehl wegen Fluchtgefahr zu erlassen, wurde abschlägig beschieden.

(„Flensburger Tageblatt", 20.2.)

Wo ist Schuberts Beute?

Frank Schubert, Nazi-Terrorist aus Frankfurt, der am 24.12.80 an der Schweizer Grenze zwei schweizerische Grenzbeamte erschoß und sich dann selbst eine Kugel in den Kopf jagte, hatte am 15.10.80 in Zwingenberg/Bergstraße eine Sparkasse ausgeraubt und 34.000 DM erbeutet. Dies teilte das Darmstädter Regierungspräsidium mit.

Schubert, der bei dem Überfall aus einer Maschinenpistole geschossen hatte, war in einem gestohlenen VW-Golf geflohen, später dann in einen ebenfall gestohlenen Opel Rekord umgestiegen. **Bei diesem Überfall muß er also mindestens einen, evtl. – so die Behörden – sogar zwei Komplizen gehabt haben.**

Aus welchem Umfeld diese möglichen Komplizen stammen könnten, ist unschwer zu erraten: Auch in der Schweiz war Schubert ja nicht allein – dort hatte sein VSBD-Kumpan **Walter Kexel** das Auto gefahren, und auch bei einer anderen „Erkundungstour" Schuberts waren VSBD-Nazis bei der Autobeschaffung bzw. -anmietung hilfreich zur Stelle.

(„FR", 23.2.)

Edgar Geiß verurteilt

Wegen seiner volksverhetzenden Flugblätter zu der Fernsehserie „Holocaust" wurde der Stader Neonazi **Edgar Geiß** vom Stader Schöffengericht zu 6 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Ebenfalls verurteilt wurde der Verteiler dieser Flugblätter, **Ernst Balke**, sowie der Unterzeichner **Gerhard Töpfer**; Balke zu 6 Monaten auf Bewährung; Töpfer zu 8 Monaten – ebenfalls auf Bewährung – sowie 800 DM Buße.

Nazi-Hetze gegen Behinderte

Westerland. Gegen die Herausgeber eines Hetzblattes einer **„Anti-christlichen Front"**, zwei Personen aus Westerland/Sylt, haben die SPD-Abgeordneten Rayer (MdB) und Stoya (MdL) Strafantrag gestellt.

Das Blatt enthält eine *„Kriegserklärung an das Christentum"*, datiert sich selbst auf den *„1. Januar 137 Jahre nach Nietzsches Geburt"* (Nietzsche war einer der ideologischen Vorläufer des Faschismus); in einem Kommentar wird zum „Jahr der Behinderten" zynisch gefordert: **„Schluß mit der Krüppelzucht"**.

(nach „Flensborg Avis", 10.2.)

Hungerstreik-Solidarität ein Verbrechen?

Die Kriminalisierung all derjenigen, die den Kampf der politischen Gefangenen gegen die Vernichtungshaft unterstützen, hat in den letzten Tagen eine neue Qualität erreicht: Als „Unterstützer einer terroristischen Vereinigung" wird verfolgt, wer sich die Hungerstreikforderungen zu eigen macht und sich öffentlich für sie einsetzt; wer dies organisiert in einer Gruppe tut, läuft Gefahr, zusätzlich noch als „Mitglied einer kriminellen Vereinigung" verfolgt zu werden.

Die §§ 129, 129 a StGB erweisen sich damit einmal mehr als Bedrohung j e d e r Solidarität mit politischen Gefangenen.

Seit Anfang Februar sind in der BRD und Westberlin politische und teilweise auch „soziale" Gefangene in den Hungerstreik getreten (s. AK 195). Wegen der Unterstützung dieses Hungerstreiks veranlaßte Generalbundesanwalt Rebmann mehrere Hausdurchsuchungen und Verhaftungen und leitete zahlreiche Ermittlungsverfahren ein.

Beispiel 1: Besetzung des Kreuzberger SPD-Büros

Am 12. Februar besetzte in Westberlin der „Zentralrat der umherschweifenden Eierdiebe" das Kreuzberger SPD-Kreisbüro. Sie wollten damit die Forderungen des Hungerstreiks im Moabiter Knast und im Frauenknast Lehrter Straße unterstützen: Zwei Stunden Hofgang täglich; zweimal in der Woche Sport für alle; Auf- oder Umschluß auf jeder Station; Abschaffung der Fliegengitter; eine Stunde Besuch wöchentlich; genügend Dolmetscher für Ausländer; uneingeschränkter und unbehinderter Kontakt zu den Drogenberatungsstellen; Abschaffung jeglicher Sondertrakte und Arrestzellen; vor allem aber Auflösung des Hochsicherheitstraktes.

Die Kreuzberger SPD ließ ihr Büro nicht räumen und stellte auch keinerlei Strafanträge. Die Abgeordneten Klebba und Wardin zogen es stattdessen vor, ebenfalls in ihr Büro zu ziehen und den ach so schwierigen Dialog mit der Jugend wenigstens mal auszuprobieren. Das hatte immerhin eine recht gute Presseberichterstattung zur Folge.

Die Besetzer forderten Justizsenator Meyer auf, zu den Hungerstreikforderungen Stellung zu nehmen und zu einer Diskussion mit ihnen sowie mit der ehemaligen Anstaltsärztin Dr. Wiegand und dem Kreuzberger Superintendenten Roth in das besetzte Büro zu kommen. Meyer kam natürlich nicht; er erklärte nur, er halte die Erfüllung der Forderungen teilweise für „wünschenwert", es fehle aber – wie immer – an Geld, Personal und Platz.

Nach fünf Tagen wurde die Beset-
nal und Platz.

Nach fünf Tagen wurde die Besetzung mit einer Pressekonferenz beendet. Der SPD-Abgeordnete Wardin sagte, er sei mit den Besetzern „*gut ausgekommen*", auch wenn ihn „*einige Äußerungen über ein Staatsverständnis tief bestürzt*" hätten. Er habe „*viel gelernt*", „*einige Forderungen sehen wir als durchaus berechtigt an. Auch wir sind gegen Hochsicherheitstrakte*" („FR", 17.2. 81). Die Kreuzberger SPD will nun „*ab sofort eine ständige Arbeitsgruppe zum Thema Strafvollzug bilden*" („Volksblatt Berlin", 17.2.).

Dies ist das eine – erfreuliche – Ergebnis der Besetzung. Und dies das andere: Generalbundesanwalt Rebmann leitete Ermittlungsverfahren nach § 129 a ein, da sich die Besetzer „*mehrfach so stark mit den inhaftierten Terroristen der sich selbst ‚Rote Armee Fraktion' und ‚2. Juni' nennenden Gruppen solidarisiert und für Hafterleichterungen für diese Gefangenen Forderungen erhoben* (hätten), *daß man im juristischen Sinn von Unterstützung und nicht etwa nur Werbung für eine terroristische Vereinigung sprechen könne*" („Tagesspiegel", 17.2.). Bei dieser „Logik" im „juristischen Sinn" wäre es nur konsequent, nun auch gegen die beiden SPD-Abgeordneten wegen Unterstützung der Unterstützer zu ermitteln...

Militante Unterstützung erhielt Rebmann noch von einer anonymen „Bürgerwehr", die der Kreuzberger SPD telefonisch mehrfach ihre Hilfe anbot, um Recht, Ordnung und vor allem Ruhe wieder herzustellen. In der Nacht zum 14. Februar wurde in das eingerichtete „Schlafzimmer" des SPD-Büros mit schwerem Kaliber durch das Fenster geschossen. Die Kugel schlug glücklicherweise nur in der Wand ein („FR", 17.2.).

Beispiel 2: Festnahme wegen Hungerstreik-Flugblättern

Am 9. Februar wurden in der Mensa der Uni Karlsruhe Flugblätter zum Hungerstreik verteilt. Als angeblicher Verteiler dieser Flugblätter wurde Johannes Thimme von RCDS-Spitzeln denunziert. Seine Wohnung wurde daraufhin in seiner Abwesenheit durchsucht, er selbst wurde am 13.2. auf offener Straße mit gezogenen Waffen von Zivilfahndern festgenommen.

Der BGH-Ermittlungsrichter Kuhn erließ Haftbefehl wegen Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung", da in den Flugblättern „*zur Solidarität mit der RAF und zum bewaffneten Kampf gegen den Staat*" aufgerufen worden sei („Tsp", 17.2.).

Beispiel 3: „Antifas" zur „kriminellen Vereinigung" erklärt

Am 17. Februar wurde in Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg und Westberlin eine „*zentral gesteuerte Fahndungsaktion*" mit 19 Hausdurchsuchungen und mindestens 5 Festnahmen durchgeführt, 3 davon blieben in Haft („Tsp", 18.2.). Diese drei in Kaiserslautern Verhafteten sollen im Juli 1979 (!) an zwei Anschlägen auf das Redaktionsgebäude der Zeitung „Rheinpfalz" beteiligt gewesen sein; sie sollen Parolen in der Uni gemalt und Flugblätter „*mit sogenannten Hungerstreikerklärungen*" („Tsp.", 19.2.) der RAF 1979 (!) verteilt haben.

Zwei Verhaftete seien „einschlägig" bekannt, da man sie schon 1977 mal wegen Unterstützung der RAF festgenommen habe und sie „nur" mangels Beweisen wieder freigelassen werden mußten.

Hauptvorwurf aber ist, daß die Verhafteten Mitglieder der „*kriminellen Vereinigung ‚Antifaschistischer Kampf'* " in Kaiserslautern sein sollen und als solche die „*terroristische Vereinigung ‚Rote Armee Fraktion'* " unterstützt hätten („Tsp.", 18.2.).

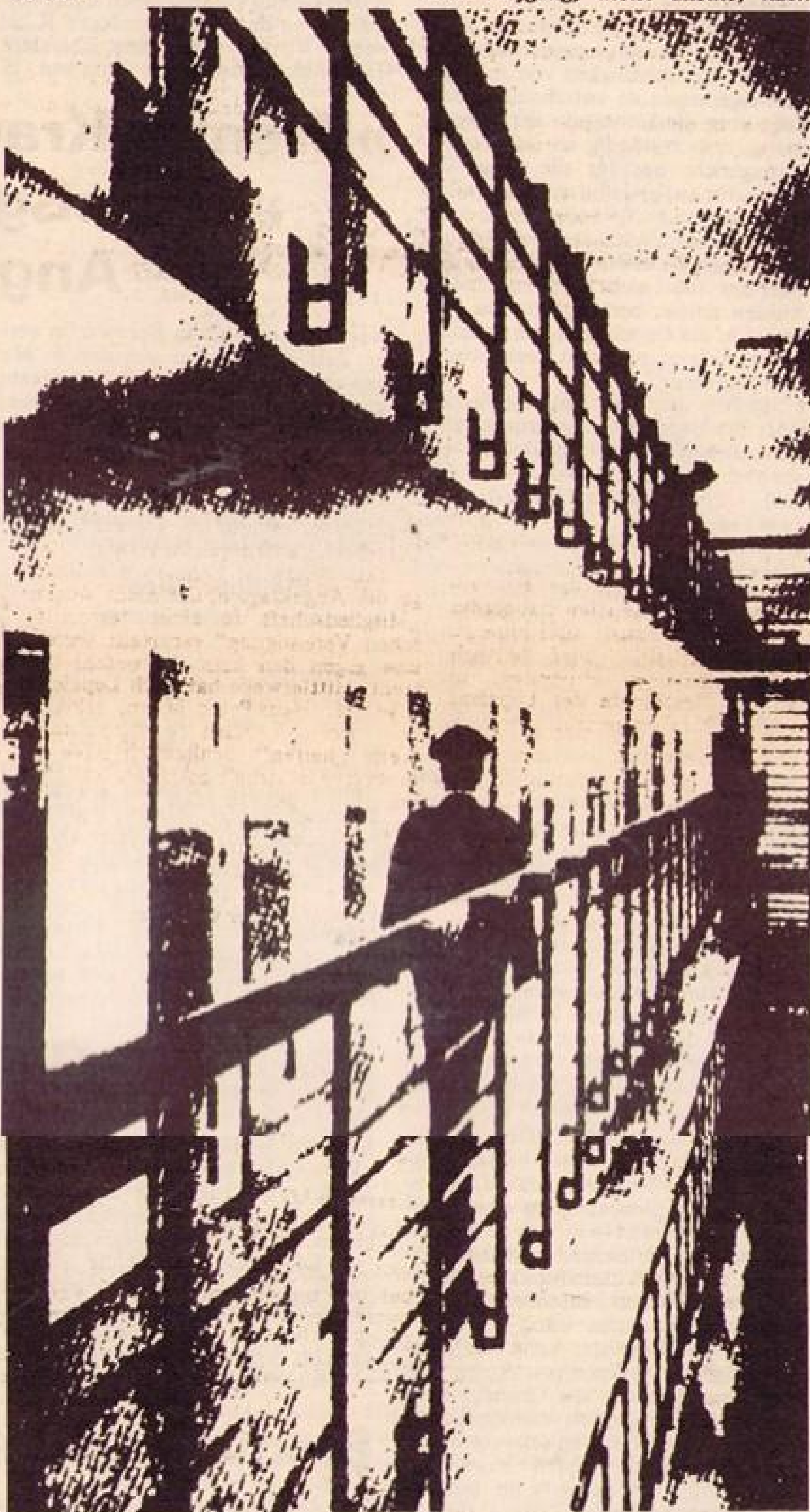
Rebmann will sie also wegen Unterstützung der RAF (§ 129 a) u n d Mitgliedschaft bei den „Antifas"

terstützung der RAF (§ 129 a) u n d Mitgliedschaft bei den „Antifas"

(nach § 129) anklagen.

Letztlich geht es auch hier darum, daß die Hungerstreikforderungen der RAF (siehe dazu die abgedruckte Erklärung der Angehörigen) als solche kriminalisiert werden sollen; außerdem sollen – und das ist für alle Knastgruppen eine nicht zu unterschätzende Bedrohung – die „Antifas" als Unterstützer der RAF b e i i h r e m K a m p f u m H a f t e r l e i c h t e r u n g e n in Zukunft auch o h n e konkret nachgewiesene bzw. behauptete Straftaten verfolgt und eingeknastet werden!

Die konkreten Haftbedingungen der RAF-Gefangenen sind uns im einzelnen nicht alle bekannt. Nur soviel ist sicher: Die Isolationsfolter wird nach wie vor bei fast allen praktiziert, und dies eher noch ausgeklügelter als früher. Knut Folkerts ist total isoliert, seine Post wird verschärft kontrolliert – so hat er z.B. den ID nicht bekommen, da dort etwas über den Hochsicherheitstrakt drinstand. Die Gefangenen im Hochsicherheitstrakt sind in Kleingruppen (3 bis 4 Leute) isoliert. Angelika Speitel wurde nach ihrem Selbstmordversuch im November totalisoliert; kurz nach dem Selbstmordversuch ist der Gefängnisdirektor zu ihr gekommen und hat ihr vorzeitige Entlassung angeboten, wenn sie „*ihre bisherige Geschichte vergißt*"; nachdem sie diesen Deal abgelehnt hatte, kam sie in den Bunker; von ihrem 10jährigen Sohn darf sie nicht mehr besucht werden. Verena Becker ist seit August 79 total isoliert, die Knastärztin in Preungesheim (Ffm) hat Verena wegen TBC für haftunfähig erklärt, woraufhin sie in das Kasseler Männer-Knastkrankenhaus verlegt wurde; ein Arzt ihres Vertrauens wird ihr verwehrt. Günter Sonnenberg ist rund um die Uhr in seiner Zelle totalisoliert; Hofgang macht er nicht mehr, weil er auch dabei mit niemandem sprechen darf; trotz seiner schweren Schußverletzung am Kopf – er ist an sich haftunfähig –, darf auch er nicht von einem Vertrauensarzt untersucht werden.



In einem Artikel für die „Taz" (10.2.81) schreibt Margit Schiller zum Hungerstreik: „*Diese Haftbedingungen bedeuten, daß jede menschliche und politische Kommunikation zwischen den Gefangenen aus der RAF untereinander und zwischen uns und ihnen nahezu unmöglich wird. Dieser Folter kann kein Mensch unbegrenzt seinen Widerstand entgegensetzen. Weil sie die jahrelange Isolation nicht mehr ertragen konnten, haben Angelika Speitel und Lutz Taufer einen Selbstmordversuch unternommen. Nach den Erfahrungen von 10 Jahren Isolationsfolter und Morden im Gefängnis haben damit zum ersten Mal zwei Gefangene aus der RAF Selbstmordversuche gemacht, d.h. sie haben Sinn, Ziel und Wirkung ihres Kampfes aus den Augen verloren. Die Bedingungen für diesen Schritt sind nicht nur, daß dieser Staat mit immer gezielteren Maßnahmen die Zellen dicht macht, sondern auch, daß die Linke hier – seit dem Bruch in der Geschichte der Linken und dieses Staates im Herbst 77 – die Gefangenen aus der Guerilla isoliert, weder Schutz noch Stärke für sie ist.*"

Antirepressions-Kommission des KB/Westberlin

Presseerklärung

Das Studentenparlament der Philipps-Universität Marburg spricht sich für menschliche Haftbedingungen aus. Das beinhaltet auch die Abschaffung von Hochsicherheitstrakten, Isolierhaft und Kontaktsperre. Darum unterstützen wir die zum gegenwärtigen Hungerstreik erneut erhobene Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung.

(Diese Resolution wurde auf der 6. Sitzung des 18. Studentenparlaments der Philipps-Universität Marburg am 12.2.1981 bei 2 Enthaltungen (eine der Enthaltungen forderte „Freilassung der Gefangenen") ohne Gegenstimme angenommen.)

»Erklärung der Angehörigen politischer Gefangener aus der RAF zum Hungerstreik«

Unsere Angehörigen, die politischen Gefangenen der BRD, sitzen seit Jahren in Zellen, in denen die Erfahrungen des Staatsschutzes aus zehn Jahren Isolation perfektioniert und baulich umgesetzt wurden:

Stahlzellen mit Panzerglas in den geräuschisolierten Türen, Neonlicht, einbetonierte Möbel, Spezialfarbe an den Wänden, permanente Überwachung durch elektronische Kameras und zusätzliche Beobachtung in winzigen Abständen Tag und Nacht, dauernde Razzien, Zellenverlegungen usw. Hofgang, meist alleine, nach völliger Umkleidung vorher und nachher, in Betonkäfigen. Dazu kommt, daß die wenigen Anwälte, die noch nicht ausgeschlossen worden sind, die Gefangenen nur noch durch Panzerglas sehen können. Panzerglas trennt auch Verwandte, Freunde, alle Besucher der Gefangenen. Postsperre, Büchersperre und -beschränkung, totale Zensur, Überwachung und Auswertung aller Lebensäußerungen der Gefangenen in einem geschlossenen System, mit einem Wort: VERNICHTUNG.

So sieht die Realität dessen aus, was Generalbundesanwalt Rebmann als „human und gerecht" bezeichnet hat.

Aufgrund eigener Erfahrungen durch Besuche bei unseren gefangenen Angehörigen wissen wir, wie die Wirklichkeit aussieht. Wir erleben die vielfältigsten Versuche hier draußen, die Behandlung der politischen Gefangenen in bundesdeutschen Gefängnissen und die Tatsache der hier angewandten Folter zu verschleiern. Dieses Verschleiern und Verschweigen ist die Voraussetzung dafür, daß im Stillen weiter gefoltert werden kann.

Wo die Methode der Nachrichtenverfälschung und -unterdrückung nicht mehr möglich ist, wird die Folter mit Scheinargumenten gerechtfertigt, die auf reines Machtdenken aufgebaut sind. Folter zu legitimieren, kennen wir nicht nur aus unserer eigenen jüngsten Geschichte in Deutschland. Sie wird auch heute überall dort angewendet, wo sie als Mittel zur Bekämpfung von Widerstand eingesetzt wird, wie in der Türkei, El Salvador, Südafrika, Israel, Nordirland, Chile, Südkorea u.a.

Unsere sämtlichen Versuche, eine Änderung der Haftbedingungen zu erreichen, stießen auf den Zynismus der staatlichen Stellen. Auch die Forderung von AMNESTY INTERNATIONAL seit 1977, das Verbot der Folter und der unmenschlichen Behandlung zu beachten, wurde von der Bundesregierung mißachtet.

Was erfolgte, ist eine weitere Verschärfung der Haftbedingungen. Das zeigt, daß es trotz aller gegenteiligen Behauptungen nie beabsichtigt war, den Versuch der gezielten Zerstörung der politischen Gefangenen aufzugeben. In diesem Zusammenhang ist auch die Praxis des Staatsschutzes zu sehen, politischen Gefangenen verbesserte Haftbedingungen nur um den Preis des „Abschwörens" zu gewähren. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde und wird immer wieder versucht, Familienangehörige zu benutzen: Wir sollen daran mitwirken, daß unsere Kinder, Eltern und Geschwister durch Isolationsfolter dazu gebracht werden, sich selbst – ihre Menschlichkeit – aufzugeben.

Wer sich diesem Ansinnen widersetzt, wer die Kontakte zu den Gefangenen aufrechterhält, wer ihre Forderungen nach Zusammenlegung unterstützt, wer gleichzeitig die Tatsache der weißen Folter öffentlich macht und damit dem Projekt ihrer Vernichtung durch Isolationshaft hinderlich ist, wird selbst kriminalisiert. Bereits 1979 scheute der Staatsschutz selbst bei Angehörigen nicht davor zurück, über Interpol Ermittlungen durchführen zu lassen, weil die Angehörigen in Brüssel am Sitz des dortigen ROTEN KREUZES öffentlich die Zusammenlegung der Gefangenen gefordert hatten.

Nicht nur uns Angehörigen gegenüber erfolgt diese Kriminalisierung. In Stammheim sind jetzt drei Leute verurteilt worden, die wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung" angeklagt waren, weil sie die Forderung der Gefangenen auf Zu-

gung" angeklagt waren, weil sie die

Forderung der Gefangenen auf Zusammenlegung öffentlich unterstützt hatten.

Wir werden trotz dieser Einschüchterungsversuche nicht aufhören, mit den Gefangenen den Kampf für ihre Zusammenlegung fortzuführen. Am 2. Februar haben unsere gefangenen Angehörigen den Kampf gegen das staatliche Isolationsprogramm zur Zerstörung ihrer politischen Identität mit dem Hungerstreik wieder aufgenommen. Ihr Kampf ist ihre einzige Möglichkeit, die Vernichtungshaft zu durchbrechen.

Kämpfen, das haben auch wir Angehörigen in diesen Jahren erfahren, ist die einzige Möglichkeit, wirklichen Schutz für die Gefangenen zu schaffen.

Wir, die Angehörigen von politischen Gefangenen der BRD, unterstützen die Forderungen der Gefangenen im Hungerstreik

– für Haftbedingungen, die den Mindestgarantien der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen entsprechen,

– für die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und anderer sozialrevolutionärer Gruppen unter Bedingungen, die eine Interaktion ermöglichen,

– für die Kontrolle der Haftbedingungen durch die Internationale Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen Isolationshaft,

– für die Freilassung von Günter Sonnenberg, dessen körperliche Wiederherstellung unter den Bedingungen der Gefangenschaft ausgeschlossen ist.

ES GEHT UM DEN SIEG ÜBER DIE ORGANISIERTE UNMENSCHLICHKEIT

Angehörige von politischen Gefangenen der BRD

Frankfurt a.M., im Februar 1981

Verfassungsschutz und »Rechtsstaat«: Aussagegenehmigung nur, wenn keiner zuhört!

Am Vormittag des 17. Februar 1981 hatte das Oberverwaltungsgericht Berlin (OVG) einen besonders delikaten Fall zu „klären". Es ging um die Aussagegenehmigung des Verfassungsschutzbeamten Grünhagen alias „Rühl", dem von seinem obersten Dienstherren – Ex-Innensenator Ulrich – die Zeugenaussage nicht nur im Schmückerprozeß versagt worden ist. Der Dienstherr einer Exekutiv-Behörde kann seinen Beamten die Aussagegenehmigung für einen Strafprozeß immer dann verweigern, wenn „Die Aussage dem Wohle des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten würde" (§ 54 StPO, § 62 BundesbeamtenG).

Einen Nachteil für das Wohl des Landes Berlin durch eine Zeugenvernehmung des Herrn Grünhagen befürchtete Innensenator Ulrich natürlich nicht — wie man/frau vielleicht meinen könnte —, weil jener etwas zu verbergen habe, nein! Auch wenn dies in der Presse immer wieder behauptet wird, Herr Grünhagen ist in den Mordfall seines Zöglings Ulrich Schmücker 1974 nicht verstrickt, was sich durch die zahlreichen Dementis des Westberliner Verfassungsschutzes leicht belegen läßt.

Vielmehr — so der Innensenator — wäre das Wohl unserer Stadt dadurch gefährdet, daß Grünhagen als *„bester Mann"* des Westberliner VS-Chefs Natusch durch seinen Zeugenauftritt vor Gericht erkannt, enttarnt und „verbrannt" würde. Er sei dann nicht mehr an der „Terror-Front" zu gebrauchen, wo er viele Jahre so verdienstvolle Arbeit geleistet hat: als Beispiel dürfte hier der Hinweis auf die nicht stattgefundene, von Grünhagen gleichwohl behauptete Schießerei mit Astrid Proll sowie auf das Geständigmachen des Lügners und notorischen Hochstaplers Hochstein genügen. Oder der von Grünhagen ausgetüftelte Knastausbruch für Ulrich Schmücker,
machen des Lügners und notorischen Hochstaplers Hochstein genügen. Oder der von Grünhagen ausgetüftelte Knastausbruch für Ulrich Schmücker,
der letztlich an Schmücker, nicht aber an seinem hilfsbereiten Freund „Rühl" gescheitert ist.

In der Tat, der Verlust eines so erfolgreichen Mannes wäre schmerzlich. Von der persönlichen Gefährdung des rufmordgeplagten Schützers der Verfassung ganz zu schweigen.

An der Berechtigung der Aussageverweigerung gäbe es also eigentlich keine lauteren Zweifel. Auch hat das Strafgericht nach der Strafprozeßordnung und der „ganz herrschenden Meinung" maßgeblicher Juristen gar keine Möglichkeiten, sich diesem Eingriff der Exekutive in die Wahrheitsfindung zu widersetzen, es ist an die Entscheidung der Behörde gebunden. Allein die Klage vor dem Verwaltungsgericht gibt der Verteidigung die Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit der Aussageverweigerung gerichtlich überprüfen zu lassen. Denn die Entscheidung, ob dem Beamten eine Aussagegenehmigung erteilt wird oder nicht, ist ein Verwaltungsakt. Und Verwaltungsakte sind immer dann rechtswidrig, wenn ihnen „sachfremde Erwägungen" zugrunde liegen, die durch den Ermessensspielraum der Verwaltungsbehörde (hier des Innensenators) nicht mehr gedeckt sind.

Nun hat sich in Sachen „Rühl"/Grünhagen seit dem letzten Schmückerprozeß vor zweieinhalb Jahren einiges getan. Die Identität dieser beiden Herren ist gelüftet, kaum eine Woche ist vergangen, in der nicht das Foto Grünhagens in millionenfacher Auflage in irgendeiner Zeitung erschienen ist; inzwischen ist Berlins bester Verfassungsschützer gen Süden getürmt, nach Pullach (zum BND) wird gemunkelt.

Mit anderen Worten: Die „Gefährdung des Zeugen" als Vorwand für die Nichterteilung der Aussagegenehmigung ist nunmehr nicht nur unglaubwürdig, sondern schlicht unbrauchbar geworden. Dies umso mehr, als sich die Anwälte bereit gezeigt haben, die Vernehmung Grünhagens auch mit Maskerade im Dienstgebäude des Innensenators oder sonstwo unter Ausschluß der Öffentlichkeit und auch der Angeklagten zu akzeptieren. An sich ein außergewöhnliches Zugeständnis.

Die Karten für Herrn Ulrich standen also schlecht. Er mußte sich etwas Neues einfallen lassen. Da kam ihm der Bundesgerichtshof (BGH) mit einer Entscheidung in anderer Sache zur Hilfe: In einem Spionagefall entschied er, daß ein gefährdeter Zeuge (hier der DDR-Überläufer und Kronzeuge Stiller) auch unter Ausschluß der V e r t e i d i g u n g gerichtlich vernommen werden dürfe, wenn anders eine Zeugenvernehmung nicht möglich sei.

Herr Ulrich konnte aufatmen. Was hat ein Verfassungsschützer schon von einem Richter hinter den Kulissen zu befürchten.

Der Innensenator stellte also großzügig eine Aussagegenehmigung für Grünhagen/„Rühl" in Aussicht, wenn Öffentlichkeit, Angeklagte und Verteidiger bei der Vernehmung nicht anwesend seien. Mit diesem „Zugeständnis" ließ er im letzten Sommer die schon terminierte Berufungsverhandlung vor dem OVG platzen; das OVG hielt die Streitsache *„für in der Hauptsache erledigt"*. Weil sich die Anwälte mit ihrem Rausschmiß aus der Vernehmung ihres wichtigsten Alibi-Zeugen Grünhagen im nächsten Schmückerprozeß (dem dritten!) aus konkreten und prinzipiellen Gründen nicht abspeisen lassen konnten, mußte das OVG jetzt doch verhandeln und entscheiden.

Die Klage wurde abgewiesen: Zwar habe die Verwaltungsgerichtsbarkeit über die Rechtmäßigkeit von Aussageverweigerungen zu entscheiden, nicht aber über die Umstände der Vernehmung, d.h. zuständig sei das Verwaltungsgericht nur für die Frage des „ob", für das „wie" dagegen sei allein das Strafgericht zuständig. Da aber der Innensenator die Aussageverweigerung inzwischen zu erteilen bereit sei, also über das „ob" nicht mehr entschieden werden müsse, bestünde für die Kläger, d.h. die Verteidigung im Schmücker-Verfahren, nun kein Rechtsschutzinteresse mehr.

Richtig ist, daß das Strafgericht über die Umstände der grundsätzlich öffentlichen Zeugenvernehmung — etwa über den Ausschluß der Öffentlichkeit — zu entscheiden hat. Auch kann (wie es Richter Geus im Lorenz-Drenkmann-Prozeß getan hat) das Gericht die sog. „kommissarische Vernehmung" unter Ausschluß der Verteidigung ablehnen; nach „rechtsstaatlichen" Gesichtspunkten muß es dies
Gericht die sog. „kommissarische Vernehmung" unter Ausschluß der Verteidigung ablehnen; nach „rechtsstaatlichen" Gesichtspunkten muß es dies
sogar tun — gegen die jetzige „Recht"-sprechung des BGH. Dies hätte allerdings für Herrn Grünhagen und ähnliche Fälle zur Folge, daß auf den Zeugen ganz verzichtet werden muß. Denn wenn die Exekutivbehörde die Aussagegenehmigung verweigert, aus welchen Gründen auch immer, muß sich das Strafgericht damit abfinden. Die Verteidigung kann allenfalls (wie nun erfahren: erfolglos) beim Verwaltungsgericht klagen — siehe oben!

Und so beißen sich die Herren Richter in den Schwanz, wenn ihr Rückgrat biegsam und beugsam genug ist.

Zusammenfassend: Wenn das jetzige Urteil des OVG auch vor dem Bundesverwaltungsgericht Bestand hat, kann in Zukunft jede Exekutivbehörde und insbesondere der Verfassungsschutz bzw. der Innenminister/Innensenator die Genehmigung einer Aussage w i l l k ü r l i c h von dem Rausschmiß der Verteidigung abhängig machen, ohne daß diese Bedingung in irgendeiner Weise justiziabel, also gerichtlich überprüfbar wäre.

Schulbuchmäßiger kann das Prinzip der Gewaltenteilung sowie die Rechtsweggarantie des Grundgesetzes nicht mehr mißachtet und durchbrochen werden. Ganz zu schweigen von den „ehernen Prinzipien" eines doch so „fairen Verfahrens" im bundesdeutschen Strafprozeß.

Die Herren Prozeßbevollmächtigte des Innensenators glänzten durch einen besonders einleuchtenden Beitrag zum Thema „Waffengleichheit" im Strafprozeß: *„Wie können die Kläger behaupten, in ihren Verteidigerrechten beschnitten zu sein, wo doch der BGH die Vernehmung gefährdeter Zeugen unter Ausschluß auch der Verteidiger für rechtens erklärt hat?!"*

Und der unbefangene Vorsitzende Richter, der die Kläger schon mal mit *„den Angeklagten"* verwechselte, sah sich mit seinem Urteil selbst bestätigt: Zu Beginn der ganzen Streitsache um die Aussagegenehmigung von „Rühl"/Grünhagen hatte er Ilse Jandt als Klägerin das Armenrecht verweigert, da *„keine Aussicht auf Erfolg"* bestünde. Wie recht er hatte!...

Antirepressionskommission des KB Westberlin

Der dritte Versuch, die Angeklagten im Schmücker-Prozeß zu verurteilen, soll im kommenden Mai beginnen. Dazu ist jetzt die zweite und erweiterte Auflage der Broschüre „Ein Toter von Amts wegen? – Die Verstrickung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker" herausgekommen. Sie ist für 2.50 DM plus Porto zu bestellen bei: c/o Anke von Gierke, Waldemarstr. 81, 1000 Berlin 61.

Ist die Gleichbehandlung aller Insassen in »Santa Fu« eine Farce?

Obwohl die Anstaltsleitung von „Santa Fu" (Justizvollzugsanstalt II Hamburg-Fuhlsbüttel) stets Urlaubsanträge von Ausländern – insbesondere von Türken und Asiaten – mit der Begründung abgelehnt hat, daß gegen sie eine Abschiebungsverfügung bestehe, hat nun doch ein Ausländer, der 35-jährige Nazif K. – vom Landgericht Hamburg wegen Handels mit Heroin zu 6-1/2 Jahren Freiheitsentzug verurteilt – am 21. Februar 1981 einen dreitägigen Urlaub aus der Haft erhalten.

Wir alle freuen uns, wenn mit dieser Beurlaubung eine liberalere Handhabung der gesetzlichen Möglichkeiten (§ 13 StrVollzG) verbunden wäre und nach und nach a l l e Ausländer im Rahmen der Gesetzgebung in den Genuß von Urlaub kommen könnten.

Wir würden uns sogar schon freuen, wenn in besonderen Härtefällen Ausnahmen von der Praxis „Kein Urlaub für Ausländer" gemacht werden, wenn auch nur einzelne von uns dann in den Genuß kämen. Doch nicht einmal das ist der Fall, denn Nazif K. ist weder Vorreiter für eine liberalere Gleichbehandlung aller Insassen in Sachen Urlaub aus der Haft, noch stellt er einen Härtefall dar.

Wir, die Unterzeichner dieses „Offenen Briefes" sind ausländische Insassen der JVA II in Hamburg-Fuhlsbüttel und fragen:

* Wie kommt es, daß Nazif K. Urlaub erhält und alle anderen ausländische Insassen – mit teils geringeren Strafen – nicht?
* Wie kommt es, daß Nazif K. ohne Schwierigkeiten mehrfach Ausführung und Ausgang bekam, bevor er zum erstenmal in Urlaub gehen durfte?
* Wie verträgt sich diese offensichtliche Bevorzugung eines einzelnen ausländischen Insassen, gegen den ebenfalls eine Abschiebungsverfügung besteht, mit dem Prinzip der Gleichberechtigung?

Auf diese Fragen erwarten wir eine Antwort, die von uns auch als glaubwürdig akzeptiert werden kann.

Mit Erklärungen wie „Das ist ein individueller Fall" geben wir uns nicht mehr zufrieden. Wir a l l e sind „individuelle Fälle" und doch gelangen wir niemals in den Genuß von Urlaub.

Doch Ausnahmen bestätigen nur die Regel.

Und zur Ausnahme wird in dieser Anstalt ein Ausländer mit der vorgenannten Straftat und der Strafhöhe nur dann, wenn er sich gegenüber den hausinternen Sicherheits- und Ordnungskräften als k o o p e r a t i v erweist.

Andere Ausnahmen, wie z.B. die bereits angedeuteten Härtefälle, haben bislang noch nicht dazu geführt, daß ein Ausländer mit Abschiebungsverfügung in Urlaub gehen durfte.

Der Fall Nazif K. wirft für uns, die sowohl Nazif K., wie auch die Gepflogenheiten der Anstaltsleitung bei der Gewährung von Urlaub kennen, die Frage auf:

* Müssen wir alle erst zu Spitzeln und Verrätern an unseren Mitmenschen werden, bevor man auch uns zu „individuellen Fällen" erklärt und uns in Urlaub gehen läßt?

Oder sollen wir „auf die Barrikaden steigen" und geschlossen in den Hungerstreik treten, um auf diesem Wege eine Gleichbehandlung mit Nazif K. zu erreichen?

Zu Letzterem sind wir bereit, zu Denunziantentum und Verrat am Mitmenschen jedoch nicht!

»Bremer Krawalle«: Kriminalisierung der »Prozeßgruppe« wird vorbereitet — Angriffe gegen den AStA

Nachdem es auch in Bremen für einige Zeit etwas stiller um den 6. Mai geworden war, sieht sich der Staatsapparat nach der guten Mobilisierung zum „Bremer Plakat-Prozeß" (siehe Artikel in diesem AK) und der Entscheidung des Uni-AStA, 3.000 Mark für Beschuldigte zur Verfügung zu stellen, nun wieder veranlaßt, in der Hetze einen Zahn zuzulegen.

„Prozeßgruppe" eine kriminelle Vereinigung?

„Prozeßgruppe" eine kriminelle Vereinigung?

Ein Artikel aus den „Bremer Nachrichten" vom 14.2.81 führt aus, daß sich, *„wie aus Flugblättern hervorgeht, die auch anläßlich des gegenwärtigen Prozesses gegen zwei Studenten um die Verbreitung eines Anti-Strauß-Plakats bekannt wurden, eine offenbar fest organisierte Front gegen die Staatsgewalt gebildet"* habe, die *„ihre Mitglieder aus der linken Politszene rekrutiert und sich „Prozeßgruppe zum 6. Mai" nennt. Das ist, wie die Staatsanwaltschaft meint, auch der Grund dafür, daß bei den Prozessen erhöhte 'Sicherheitsmaßnahmen' getroffen werden müßten"*. In der Wortwahl werden genau die Vorwürfe und Unterstellungen erhoben, die beständig gegen angebliche „kriminelle" und „terroristische Vereinigungen" herhalten müssen, um ein scharfes und ungesetzliches Vorgehen der Justizbehörden vorzubereiten. Offensichtlich soll die „Bremer Linke" und die demokratische Öffentlichkeit damit vor einer Zusammenarbeit mit der „Prozeßgruppe" gewarnt werden, um durch diese Einschüchterung den Spielraum für eine Solidaritätskampagne für die Angeklagten zu beschränken. Darüber hinaus lassen sich mit den o.g. Begründungen Übergriffe wie Festnahmen und Hausdurchsuchungen gegen Mitglieder/innen der „Prozeßgruppe" hervorragend rechtfertigen.

Schlichtweg gelogen ist die Behauptung, daß Flugblätter der „Prozeßgruppe" anläßlich des „Plakat-Prozesses" verteilt wurden. Daß dieser Zusammenhang hier dennoch hergestellt wird, soll wohl das Verhalten des Richters in jenem Prozeß begrün-
Prozesses" verteilt wurden. Daß dieser Zusammenhang hier dennoch hergestellt wird, soll wohl das Verhalten des Richters in jenem Prozeß begrün-
den, der die vollständige Zulassung der interessierten Öffentlichkeit mit angeblichen „Gefahren für die Sicherheit" verweigerte. Darum lungerte uniformierte und zivile Bullizei auch ständig auf den Gängen rum!? Solche und weitere Maßnahmen, Ausweiskontrollen, spezielle Verhandlungssäle, werden vermutlich die Prozesse zum 6. Mai begleiten, um Beobachter(innen) abzuschrecken und die notwendige Öffentlichkeit zu behindern. Und immerhin sind laut Staatsanwaltschaft etwa 20 Anklagen zu erwarten. Damit die Schuldfrage in den Prozessen möglichst keine allzu große Rolle spielt, wird noch nachgeschoben, daß *„bisher nur Ermittlungsverfahren und Anklagen ... erhoben worden seien"*, wo *„der dringende Verdacht auf die Beteiligung an Gewalttaten bestehe. Unter den Beschuldigten befinde sich niemand, der ‚nur demonstriert hat'."* („BN"; 18.2.81).

Halbherzigkeit des AStA wird nicht belohnt

Hohe Wogen schlägt die Entscheidung des Uni-AStA, DM 3.000 in einen Fond einzuzahlen, aus dem *„nach Angaben eines Sprechers des Studentenrates ... nur Studenten"* Geld erhalten werden, *„die keine staatliche Prozeßhilfe erhalten"* („Weser-Kurier"; 18.2.81). Der Vorstand des Studentenrats werde *„jeden einzelnen Fall überprüfen und Zuschüsse für die Verteidigung ablehnen, „wenn es sich um Gewalttäter handelt"* („BN"; 14.2.81). Wer sich also von den Aktionen des 6. Mai nicht glaubhaft vor dem „Prüfungsausschuß" (?) des Studentenrates di-
handelt" („BN"; 14.2.81). Wer sich also von den Aktionen des 6. Mai nicht glaubhaft vor dem „Prüfungsausschuß" (?) des Studentenrates di-
stanziert, wird aus diesem Fond keinen Pfennig erhalten.

Pech für den MSB/SHB/Juso-AStA, daß dieser politisch bezeichnende Entsolidarisierungs-Salto den Beifall der Parteien und der Staatsanwaltschaft nicht findet. In einem Brief an Wissenschaftssenator Franke erkundigt sich die Justizbehörde *„ob die Mittel zur Übernahme von Verteidigerkosten oder aber zur Störung von Gerichtsverhandlungen dienen sollten"* („BN"; 18.2.). Wenn der Bericht der Wissenschaftsbehörde ergeben sollte, daß *„tatsächlich öffentliche Mittel in den Prozeßhilfe-Fond eingebracht worden seien"*, ist mit einem *„Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Untreue gegen Mitarbeiter des AStA"* (ebd.) zu rechnen. Die noch recht zurückhaltenden Äußerungen der CDU (*„Die Sache steht auf der Tagesordnung"*), sollten nicht unterschätzt werden. Vielmehr sollten wir uns in den folgenden Wochen auf weitere Angriffe gegen die politischen Rechte des AStA einstellen.

KB/Gruppe Bremen

Bremen: Gericht bestätigt zwei Berufsverbote

Am 29. Januar um 9 Uhr zogen ca. 150 Lehrer, Schüler und einige Eltern durch die Bremer Innenstadt zum Verwaltungsgericht, um die Lehrerin Barbara Larisch bei ihrem Berufsverbot-Prozeß zu unterstützen.

Außer ihr sollen noch zwei Lehrer aus dem Schuldienst geworfen werden: Heidi Schellhowe, wie Barbara über 4 Jahre Beamtin auf Probe, und Uli Gerstenberg, der bereits suspendiert ist.

Allen dreien wird Unterstützung des KBW vorgeworfen, wobei als „Beweise" Veranstaltungsbesuche, Flugblattaktionen etc. herangezogen werden, die z.T. schon Jahre zurückliegen.

In Barbaras Fall wurde ihr z.B. die Anwesenheit ihres Autos vor einer Zimbabwe-Veranstaltung in Verden (!) angekreidet und – was besonders erschreckend ist und einen Maulkorb für alle gewerkschaftlich aktiven Kolleg/inn/en bedeutet – ihr Auftreten auf einer Personalversammlung, auf der sie den sogenannten „Eisenhauer-Erlaß" (der die Bespitzelung der Kollegen untereinander fordert) kritisierte.

Solidarität – zur Nachahmung empfohlen

Ein großer Teil von Barbaras Kollegen der Gesamtschule Ost (GSO) hatte die ganze Zeit über die Auseinandersetzungen mit der Behörde verfolgt und sie aktiv unterstützt, so z.B. mit Resolutionen und Briefen an Bürgermeister Koschnick und die Schulbehörde, durch Schulversammlungen während der Dienstzeit und einem „Projekttag" mit Schülern und Eltern.

Deshalb war es für viele selbstverständlich, ihre Kollegin zum Gericht zu begleiten, zumal an diesem Tag Elternsprechtag war und kein Unterricht stattfand. Über 80 Lehrer (von 120) forderten die Schulleitung auf, den Elternsprechtag um einige Stunden zu verschieben, was zunächst für alle Beteiligten problemlos zu sein schien.

Doch der Schulrat funkte dazwischen. Er, der

- sich nicht rührt, wenn Stundenverschiebung wegen Lehrermangel stattfinden muß,
- sich nie in organisatorische Entscheidungen der Schule einmischte,

verbot nun dem Kollegium unter Androhung von Disziplinarstrafen per Dienstanweisung die Verschiebung des Sprechtages u.a. mit der Begründung, einige Kollegen würden sich wohl einen dienstfreien Vormittag leisten wollen.

Über 35 Kolleg/inn/en nahmen die Disziplinarandrohungen in Kauf – begleitet von vielen Halbtagskollegen, die nicht dienstverpflichtet worden waren, sowie vielen Schülern – und gingen zur Verhandlung. Während dieser Verhandlung – die nach Aussagen aller Beobachter für Barbara sehr günstig verlief (der Behördenvertreter war ziemlich schwach!), wurde ihr durch kräftiges Singen von Berufsverboteliedern unter den Fenstern des Gerichtssaales Mut gemacht.

Trotz aller Fehler der Behörde während der Verhandlung und auch vorher – so wurde Barbara vor Ablauf der Mutterschutzfrist gekündigt – wurde ihre Klage abgewiesen. Sie wird in die Berufung gehen, obwohl es finanziell für sie schlecht aussieht. Denn sie muß den Prozeß ohne Rechtsschutz durchstehen, da sie bereits einen Gewerkschaftsausschluß hinter sich hat.

Auch der Prozeß von Heidi Sch. wurde negativ entschieden.

KEIN BERUFSVERBOT AN DER GSO UND AUCH NICHT ANDERSWO!
KEINE DISZIPLINIERUNGEN DER SOLIDARISCHEN KOLLEG/INN/EN!

Eine Lehrergenossin in Bremen

Bremer Strauß-Gegner verurteilt

Der Bremer Strauß-Plakat-Prozeß endete nun mit einer Verurteilung der angeklagten zwei Plakatkleber. Amtsgerichts-Richter Rathke sah den Tatbestand der gemeinschaftlich begangenen Beleidigung erfüllt, da die Betroffenen im Sommer 1979 ein Plakat in der Öffentlichkeit verklebt hatten, das Strauß in einer Fotomontage als Schlachter mit einem Beil und Schürze darstellt; im Hintergrund werden Demonstranten von Polizei abgeführt. Das Urteil lautet auf Geldstrafe in Höhe von 300 DM, Veröffentlichung in den Bremer Tageszeitungen und Übernahme sämtlicher Prozeßkosten (Gerichtskosten, Kosten von Strauß als Nebenkläger, eigene Anwaltskosten). Damit ist Strauß wieder einmal die Genugtuung zuteil geworden, linke Gegner seiner radikal-reaktionären Politik durch Richterspruch in das Licht der Illegalität gestellt zu haben.

Die Urteilsbegründung

Das „Schlachter-Plakat", so begründete der Richter sein Urteil, sei eindeutig beleidigenden Inhalts; es löse beim Betrachter die Vorstellung aus, Strauß werde als Kanzler gegen politische Gegner nicht mit den Mitteln des Rechtsstaats vorgehen, sondern er werde sie nach faschistischem Vorbild liquidieren. Damit hätten die Angeklagten aber nicht einen politischen Angriff auf Strauß ausgeübt, wie er durch das Grundrecht der Meinungsfreiheit geschützt sei, sondern sie hätten Strauß wissentlich und willentlich in seiner Persönlichkeit treffen und öffentlich „unmöglich" machen wollen.



Der Hinweis der Angeklagten, daß bei diversen öffentlichen Strauß-Auftritten schon das Demonstrationsrecht für Strauß-Gegner außer Kraft gesetzt wurde und das Plakat eine entsprechende Warnung vor einem möglichen „Abschlachten" des Demonstrationsrechtes ausdrücke, tat Richter Rathke als bloße „Schutzbehauptung" ab, die nur nachträglich aufgestellt werde: Das Plakat sei „objektiv" eine Beleidigung für FJS, da es ihn als faschistischen Schlächter darstelle. Eine „angebliche faschistische Vergangenheit" von Strauß hätten die Angeklagten lediglich in ihren Erklärungen während des Hauptverfahrens „aufgebaut", um das Plakat zu legitimieren. Solche Behauptungen gingen „erheblich über das Ziel hinaus". Eine Vielzahl von angesehenen Politikern, die sich beim Aufbau der BRD und ihrer freiheitlichen Grundordnung verdient gemacht hätten, seien während der NS-Zeit gezwungen gewesen, Tätigkeiten wie F.J. Strauß auszuüben. Auch wenn Strauß sich als „Deutsch-Nationaler" bezeichnet habe, könne ihm nicht Sympathie für faschistische Systeme unterstellt werden. – Es sei ja bekannt, daß zwischen den Deutsch-Nationalen und der NSDAP ein wesentlicher Unterschied bestanden habe.

Auch wer aus dem Aufruf von Strauß in Chile, die dortige Freiheit zu verteidigen, folgert, Strauß wolle ein derartiges System in der BRD errichten (was so keiner der Angeklagten behauptet hatte), erfülle schon den Tatbestand der Beleidigung.

Zwar könnten Strauß' „Ratten- und Schmeißfliegen"-Äußerungen Anlaß zu Vermutungen über eine gefährliche Nähe von Strauß zu faschistischer Ideologie geben, ein faschistisches Handeln sei jedoch nicht voraussehbar und dürfe ihm daher auch nicht unterstellt werden. Der Rahmen zulässiger, auch polemischer Sachaussage sei hier klar überschritten.

Als Kunstwerk sei das Plakat „objektiv" nicht anzusehen, führte der Richter weiter aus; aber auch wenn es ein Kunstwerk gewesen wäre, hätte es nicht beleidigenden Inhalts sein dürfen. Dem Antrag des Strauß-Anwalts Ossmann, quasi als Wiedergutmachung Erklärungen zur Zurücknahme der Beleidigung in den beiden Bremer Tageszeitungen zu veröffentlichen, stimmte der Richter abschließend zu und nahm sie in sein Urteil auf.



Für alle linken Strauß-Gegner und besonders die Angeklagten ist – neben dem Urteil selbst – gerade die Begründung ein Schlag ins Gesicht. Wer heute Strauß oder anderen Altnazis ihre NS-Vergangenheit vorhält, gerät nach dieser Urteilsbegründung in die Gefahr, wegen Beleidigung verklagt zu werden! Und auch wer darauf hinweist, daß Strauß das faschistische Terror-Regime des A. Pinochet in Chile als „Freiheit" und „Demokratie" bezeichnet hat, um dann zur Folgerung zu kommen, Strauß' Verständnis von Demokratie und Freiheit beziehe sich auf Verhältnisse, wie sie in Chile herrschen, macht sich dann ebenfalls der Beleidigung schuldig. Das eröffnet Strauß noch viele Gelegenheiten, gegen Linke zu prozessieren.

Eine Dreistigkeit ist diese Urteilsbegründung auch deswegen, weil der Richter in der Beweisaufnahme alle Beweisanträge, die faschistoide Aussprüche von Strauß belegen sollten, abgelehnt hatte, nun aber ausdrücklich den Hinweis auf seine NS-Vergangenheit und seinen Auftritt in Chile als politische Belastung der Angeklagten aufführt. Mit Politik – so hatte der Richter schon vorher verbindlich festgestellt – hat dieser ganze Prozeß nichts zu tun; das Urteil aber begründet er mit einer poliganze Prozeß nichts zu tun; das Urteil aber begründet er mit einer politischen Rechtfertigung der faschistoiden Neigungen des obersten Bayern.

Trotz des niederschmetternden Urteils und der zynischen Urteilsbegründung ist der Prozeßverlauf von seiten der öffentlichen Beteiligung her recht positiv einzuschätzen. Obwohl Strauß seit seiner gescheiterten Kanzlerkandidatur kaum noch Thema ist, fand der Prozeß ein reges Echo in der Presse und eine gute Beteiligung bei den Verhandlungen, durch die den Angeklagten der Rükken gestärkt wurde.

Nach der Urteilsverkündung ist nun Solidarität erst recht nötig: Der Strauß-Anwalt ist zu jedem Prozeßtermin von München nach Bremen angereist, hat zweimal sogar in Bremen übernachtet. Das müssen nun alles die Verurteilten zusätzlich zu den Gerichtskosten, den eigenen Anwaltskosten und der Strafe bezahlen. Bei der zu erwartenden Kostensumme von mehreren tausend Mark sind sie dringend auf Spenden angewiesen – ganz abgesehen von einer eventuell einzulegenden Berufung.

Eine Dokumentation über den Ablauf des Prozesses und das Presseecho ist zu beziehen über:

A. Neugebohrn,
Vor dem Steintor 102,
2800 Bremen 1
Spendenkonto:
H. Husenbeth,
Sparkasse in Bremen,
Kto.-Nr. 1164 2931
BLZ: 290 50 101

KB/Gruppe Bremen

Repressionen gegen Antifaschisten

Marburg. Ein skandalöses Urteil fällte Anfang Februar das Marburger Schöffengericht gegen drei DKP-Mitglieder, die am 7. April 1979 zusammen mit mehreren hundert Antifaschisten versucht hatten, eine NPD-Kundgebung zu verhindern, die unter massivem Polizeischutz stattfand.

Auf der Hetzveranstaltung, die von den militanten „Jungen Nationaldemokraten" ausgerichtet worden war, wurde die Judenvernichtung durch die Nazis geleugnet, ein „Deutschland in den Grenzen von 1871" – also einschließlich Elsaß-Lothringens – gefordert, und von den Nazis auf die protestierenden Antifaschisten mit Transparentstangen eingeschlagen. Mehrere Polizeizeugen schoben dem DKP-Stadtverordneten Ulli Stang die über Megaphon ausgesprochene Aufforderung: *„Die Polizei räumt nicht ab, dann müssen wir abräumen."* unter, was Ulli Stang im Prozeß bestritt. Das Gericht sah hierin eine Aufforderung zu Gewalt. Stang hatte weiterhin einen anderen Festgenommenen versucht in ein Polizeifahrzeug zu begleiten und auf seine Rechte aufmerksam zu machen. Das Gericht bewertete dies als Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Dazu kommen die Vorwürfe Landfriedensbruch und versuchte Sprengung einer genehmigten Versammlung. Urteil: 1200 DM Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte sogar 6 Monate Freiheitsstrafe gefordert. Der DKP-Stadtverordnete Hartmut Möller wurde wegen versuchter Versammlungssprengung zu 150 DM Geldstrafe verurteilt, weil er eine Tomate auf ein NPD-Plakat geworfen habe, auf dem das oben benannte „Großdeutschland" gefordert wurde. Der Student Ralph Schmidt, der laut eigener Aussage einen Nazi-Redner bedrängt hat, als dieser gegen die Tatsache der Judenvernichtung im „3. Reich" polemisierte, wurde wegen Landfriedensbruchs, versuchter Versammlungssprengung und Körperverletzung (der NPDler hatte sich flugs ein ärztliches Attest besorgt) zu 400 DM Geldstrafe verurteilt. Für Schmidt hatte der Staatsanwalt vier Monate Freiheitsentzug und für Möller eine Geldstrafe von 1800 DM gefordert. Die Angeklagten hatten sich im Prozeß auf das Widerstandsrecht nach § 20, Abs. 4 des Grundgesetzes berufen; das Gericht lehnte dies jedoch ab, da es eine *„akute Bedrohung des Bestandes der verfassungsmäßigen Ordnung"* voraussetze. Die Verhinderung verfassungsfeindlicher Aktivitäten sei Aufgabe des Staates, und Selbstjustiz stelle daher einen Angriff auf die rechtsstaatliche Ordnung und den Rechtsfrieden dar. Merke: „Rechtsfrieden", das ist der Frieden der Rechten, und das Widerstandsrecht gilt erst, wenn die Faschisten an der Macht sind. Dann gibt es aber kein Recht mehr, doch solche Richter und Staatsanwälte werden sicher im Amt bleiben...

* * *

Göppingen. Reinhard R. ist wegen eines Stoppt-Strauß-Aufklebers, auf dem der Name Strauß am Ende mit zwei SS-Runen-ähnlichen Zeichen geschrieben war, zu DM 200 Geldstrafe, ersatzweise 5 Tage Haft, verurteilt worden. Dies allerdings aufgrund des § 86 a, der das Zeigen von Symbolen verfassungswidriger Organisationen unter Strafe stellt und nicht – wie von Staatsanwalt und Strauß beabsichtigt – auch wegen Beleidigung des abgehalfterten Kanzlerkandidaten.

Gegen seine Verurteilung aufgrund eines Paragraphen, der einmal mit eindeutig antifaschistischer Stoßrichtung ins Strafgesetzbuch eingeführt wurde und jetzt gegen Antifaschisten ins Feld geführt wird, hat Reinhard B. Berufung eingelegt. Auch der Staatsanwalt und Strauß sind nicht zufrieden: Eine höhere Bestrafung und Verurteilung wegen Beleidigung wollen sie ebenfalls durch ein Berufungsverfahren herbeiführen. Strauß hat für das anstehende Verfahren gleich zwei Anwälte benannt: Die Rechtsanwälte Ossmann und Kreiner, deren Hauptaufgabe wohl seit langem ist, demokratischen Widerstand gegen ihren Brötchengeber mit juristischen Mitteln mattzusetzen.

Die Begründung des Amtsgerichts Göppingen dafür, daß es in der Plakette keine Beleidigung sieht, ist einfach und von gewisser Liberalität, wie sie leider bei Gericht immer seltener wird: *„Wenn auch durch die Verwendung der SS-Runen im Namen „Strauß" die Grenzen des guten Geschmacks deutlich überschritten werden, so ist dies doch im Zusammenhang mit dem recht heftig geführten Wahlkampf zu sehen."* Da hätten sich leider Politiker aller Parteien teilweise erheblich im Ton vergriffen... Aber auch hier ist der unausgesprochene Hinweis zu finden: Im Wahlkampf geht das durch, zu „friedlicheren Zeiten" aber nicht.

Eine auf den ersten Blick juristisch rein formale, in ihrer Herauslösung aus dem politischen Zusammenhang aber sehr gefährliche Argumentation findet sich aber in der Verurteilungsbegründung nach § 86 a, der seiner antifaschistischen Intention beraubt wird:

„Ein Verwenden im Sinne dieser Vorschrift (§ 86 a, Anm. Verf.) liegt dann vor, wenn irgendein Gebrauch von dem Kennzeichen (verfassungswidriger Organisationen, Anm. Verf.) *gemacht wird, wobei es auf die damit verbundene Absicht nicht ankommt; insbesondere ist ein bekenntnishafter Gebrauch nicht erforderlich. Dies ergibt sich aus dem Schutzzweck der Norm. Die Norm soll dem Schutze des Friedens dienen (BGH NJW 73, 106). Nach dem Willen des Gesetzgebers sollen die betreffenden Kennzeichen (hier: SS-Runen, Anm. Verf.) aus dem öffentlichen Erscheinungsbild der Bundesrepublik gänzlich verbannt werden (BGH NJW 79, 1555)...*

Die von der Verteidigung gestellten Hilfsbeweisanträge ... zum Beweis dafür, daß die Verwendung der Runen für die Buchstaben ‚ß' ... im Kontext mit dem Imperativ ‚Stoppt' auf dem Aufkleber, sowie dessen äußere Aufmachung auf eine antifaschistische Intention offensichtlich hinweisen, insbesondere den Betrachter unmißverständlich beeinflussen, faschistischen Tendenzen entgegenzuwirken, und zum Beweis dafür, daß die verwendeten Runen weltweit als Ausdrucksmittel der politischen Karikatur verwandt werden, ... waren abzulehnen. ... Sofern derartige Karikaturen im Geltungsbereich des Strafgesetzbuches verwandt werden, ist der Tatbestand des § 86 a StGB erfüllt." (Alle Zitate aus der Urteilsbegründung.)

Die Antifaschisten sollten sich angesichts dieser Umstände mal einen knackigen Aufkleber über die bundesdeutsche Justiz einfallen lassen.

* * *

Strauß zeigt Antifaschisten an

Würzburg. Wieder einmal geht es um den Strauß-Besuch bei dem Faschisten Pinochet in Chile, wo Strauß ja recht offenherzig seine Vorstellungen über die anzustrebende Gesellschaftsform äußerte: Als im Oktober 1980 der CSU-Professor Bossle den chilenischen Minister für Wirtschaftsplanung in der Universität empfing, fand eine Demonstration statt, bei der der ehemalige KZ-Häftling und Widerstandskämpfer Friedrich Kröckel einen Wagen steuerte, an dem ein Plakat befestigt war, durch das Strauß sich beleidigt sieht. Das Plakat zeigt unter der Überschrift „Unsere Ahnen" ein Foto, auf dem Strauß, Pinochet und ein Hitlerporträt zu sehen sind und das Zitat: *„Wenn das Militär zugreift, geht es eben anders zu als beim Franziskanerorden, der Suppe an die Armen verteilt."* Gegen Kröckel läuft jetzt ein Verfahren wegen Beleidigung und Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen. Letzteres ist wieder mal besonders übel: Die Reihe derjenigen Antifaschisten, die Nazi-Symbole eindeutig zum Zwecke antifaschistischer Aufklärung einsetzen und deshalb nach § 86 a, der sich ebenso eindeutig gegen n a z i s t i s c h e Propaganda wendet, angeklagt werden, wird immer länger!

CSU-Bürgermeister Felgenhauer, der sich der Anzeige anschloß, will durch das Verfahren geprüft sehen, inwieweit sich Politiker solche „Bildzusammenhänge" gefallen lassen müßten. Das Gericht wird ihm wohl dabei helfen, die wahren Zusammenhänge zu verschleiern. („SZ", 11.2. 1981)

* * *

7 Jahre nach dem Tod von Günter Routhier: Wird die Wahrheit vor Gericht anerkannt?

Münster. Seit fünf Jahren läuft ein Verfahren gegen den Direktor des Instituts für Soziologie an der Universität Münster, Professor Christian Sigrist, weil er auf einer Diskussionsveranstaltung in Stockholm den Tod von Günter Routhier infolge eines Polizeieinsatzes im Duisburger Arbeitsgericht als „Mord" bezeichnet hatte. Wegen dieser Aussage sind schon etliche Publikationsorgane und die damalige „KPD/ML" auf Antrag des Duisburger Polizeipräsidenten verknackt worden.

1974 hatte ein von der Staatsanwaltschaft bestellter Gutachter erklärt, daß Günters Tod auf dessen Bluterkrankheit und nicht auf den Einsatz der Polizei zurückzuführen sei.

Im Gegensatz dazu kam jetzt in dem Prozeß gegen Sigrist ein anderer Gutachter zu der Auffassung, daß die tödliche Gehirnblutung *„zweifelsfrei durch Einwirkung stumpfer Gewalt"* hervorgerufen worden sei. Für andere Todesursachen *„gibt es aufgrund der mir vorliegenden Gerichts- und Krankenakten keinen begründeten Anhaltspunkt."* Die Günter Routhier zugefügte Verletzung wäre auch bei sonst gesunden Personen tödlich gewesen („FR", 19.2.81). Jetzt steht in dem Prozeß ein Gutachten gegen das andere. Auch wenn eine Einstellung des Verfahrens gegen Prof. Sigrist wegen „Verunglimpfung der Bundesrepublik" und „Beleidigung der Duisburger Polizei" schon ein Erfolg wäre, ist zu hoffen, daß im Zuge dieses Prozesses der gewalttätige Polizeieinsatz 1974 gerichtlich wieder aufgerollt und Günters Tod endlich gesühnt wird.

Prozeßlawine gegen Nürnberger Antifaschisten

14 Strafverfahren gegen Antifaschisten, die fristlose Entlassung eines Redakteurs der örtlichen „Nürnberger Nachrichten", Ermittlungen gegen zwei weitere Antifaschisten – dies ist bislang die wahrlich stolze Bilanz von Nürnberger Polizei und Nürnberger Staatsanwaltschaft, Reaktion auf einen Protest gegen eine NPD-Wahlkundgebung im September letzten Jahres.

Über drei Monate liegt es nun zurück, daß die NPD und ihre „Bürgerinitiative Ausländerstop – Deutschland den Deutschen" trotz breitester Proteste und Verbotsanträge, u.a. aus Kreisen der Kirchen und der Gewerkschaften, am Weißen Turm in Nürnberg ihre Wahlkampfkundgebung abhielt.

Die Stadt Nürnberg sah keinerlei Veranlassung, diese volksverhetzende Veranstaltung mit NPD-Chef und Hoffmann-Anwalt Mußgnug als Redner zu verbieten – und so war es klar, daß die Antifaschisten selbst ihren Protest am Ort des Geschehens zum Ausdruck bringen würden.

Ca. 5.000 Antifaschisten versammelten sich am Kundgebungsort, um mit Sprechchören und Zwischenrufen dagegen zu protestieren.

Der Ablauf der Veranstaltung

Schon kurz nach Kundgebungsbeginn kam es zu einem von einem NPDler provozierten Handgemenge, bei dem Gerd N. unter dem Beifall der Neonazis über die Seilabsperrung gezerrt und festgenommen wurde. Er wurde hierbei erheblich verletzt. Bernd O. wurde hierbei ungehindert vom Faustschlag eines Faschisten ins Gesicht getroffen, seine Brille wurde zerstört. (Die Identifikation des Schlägers gelang erst, als Bernd im Begriff war, eine Anzeige gegen die Polizei in dieser Angelegenheit zu stellen und diese ihm dann Lichtbilder zur Identifizierung vorlegte.)

Wenig später wurde dann der Engländer Geoffrey L. willkürlich von der Polizei aus den hinteren Reihen der Demonstranten herausgegriffen und weggeführt. Als Bernd von der Festnahme erfahren hatte, eilte er den Polizisten hinterher und rief: *„Was geht hier vor, lassen Sie doch den Mann los, er hat Ihnen doch nichts getan!"*, woraufhin ihn fünf umstehenden Polizisten zu Boden warfen und auf die „übliche Art und Weise" festnahmen. Auf dem Weg zum Polizeibus wurde Bernd nochmals von einem NPDler voll ins Gesicht geschlagen, ohne daß die umstehenden Polizisten in irgendeiner Weise eingeschritten wären (auch dieser Schläger konnte nur mit Hilfe von Antifaschisten ermittelt werden!).

Nur Augenblicke später wurde Wolfgang S. in unmittelbarer Nähe des Geschehens ebenfalls von drei Polizisten brutal zu Boden gezerrt und festgenommen. Er war, erregt durch die Art und Weise der Festnahme von Bernd, herbeigeeilt und hatte sich in die Menge der Umstehenden gedrängt, um den Grund der Festnahme zu erfahren.

Im Polizeibus und im Polizeipräsidium wurden die Festgenommenen beleidigt, so. z.B. Wolfgang S., der auf die Frage nach der Dienstmarke eines Beamten diese nicht erhielt, sondern sich den Vorwurf gefallen lassen mußte, er sei ein „Reckskerl", dem man endlich Handschellen anlegen solle! Außerdem wurden sie durch versteckte Drohungen eingeschüchtert; die sofortige Hinzuziehung von Anwälten wurde verzögert; die in zwei Fällen dringend erforderliche ärztliche Hilfeleistung zunächst verweigert.

Stattdessen forderte ein Polizist eine Frau zynischerweise auf, das am Polizeibus heruntergelaufene Blut mit ihrem Taschentuch abzuwischen!

In der Prozeßakte und der Anklageschrift gegen die vier festgenommenen Antifaschisten findet sich jetzt eine Konstruktion, die von Vorwürfen wie „Leitung einer nicht angemeldeten Gegendemonstration" über „gefährliche Körperverletzung" (in diesem Fall fühlt sich sogar der gar nicht anwesende Polizeipräsident Kraus tätlich angegriffen und stellt einen Strafantrag!), die heute bereits üblichen Vorwürfe der „Beamtenbeleidigung und des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte" bis hin zur „gemeinsamen versuchten Gefangenenbefreiung" reicht. Auch in diesen Fällen fühlt sich der gar nicht anwesende Polizeipräsident mitbeleidigt und stellt einen Strafantrag!

Die Ereignisse danach – die Lawine rollt!

21.9.80: Die Nürnberger SPD berichtet in ihrer Wahlzeitung ZaS, unter Berufung auf Informationen der Polizei, folgendermaßen über die NPD-Versammlung: *„Drei Neonazis festgenommen ... zu größeren Ausschreitungen kam es dank der Umsichtigkeit der Polizei nicht. Lediglich drei Neonazis wurden wegen Körperverletzung festgenommen ..."*

Die SPD korrigiert, auf Proteste der Betroffenen hin, ihre Darstellung und stellt eine Landtagsanfrage in Aussicht.

22.9.80: Die Presse in Nürnberg berichtet in breiter Form über das *„teilweise martialische Auftreten der Polizei bei der Veranstaltung"* („Nürnberger Nachrichten", 22.9.).

29.9.: Bei einer nächtlichen Polizeikontrolle werden vier Personen einer „Personenkontrolle" unterzogen, da sie angeblich Flugblätter, die über die Vorfälle bei der NPD-Kundgebung berichteten, an Gebäude kleben wollten.

Die restlichen Flugblätter werden beschlagnahmt, gegen die vier Beschuldigten wird Strafantrag wegen Beleidigung bzw. Verleumdung gestellt, und es wird beantragt, bei der Presserechtlich Verantwortlichen dieses Flugblatts eine Hausdurchsuchung durchzuführen.

30.9.: Bei der Presserechtlich Verantwortlichen dieses Flugblatts wird eine Hausdurchsuchung veranstaltet, gegen sie wird Anzeige gestellt wegen *„ehrverletzender Äußerungen gegen die Polizei"*.

3.10.: Bei dem Presserechtlich Verantwortlichen eines weiteren Flugblattes – dieses hatte zum friedlichen Protest gegen die NPD-Veranstaltung aufgerufen – wird die nächste Hausdurchsuchung veranstaltet; es wird Anzeige gestellt.

15.3.: Die Evangelische Studentengemeinde (ESG) in Nürnberg kritisiert in einem Offenen Brief das Verhalten der Polizei, solidarisiert sich mit den Betroffenen und fordert die Einstellung der Strafverfahren. Reaktion: Strafantrag gegen die ESG, zunächst wegen „Beleidigung", später sogar wegen „übler Nachrede" gegen die drei Unterzeichner des Briefes, den Studentenpfarrer und zwei Mitglieder der ESG.

Die einzige Frage, die jetzt noch offenbleibt: Weswegen ist bislang noch nicht gegen die „Nürnberger Nachrichten" ermittelt worden?

Die Festgenommenen erstatten ihrerseits Anzeigen gegen die Polizei und die NPDler; eine Dienstaufsichtsbeschwerde wegen der Hausdurchsuchung wird abgewiesen, der Sachverhalt der „beleidigenden Äußerungen" im Flugblatt wird hierbei ohne Verfahren als erwiesen zugrunde gelegt!

6.11.: Solidaritätsadressen von zwei Nürnberger Kulturläden, die von insgesamt 84 Personen unterzeichnet werden.

18.11.: Die Grünen in Nürnberg solidarisieren sich mit den betroffenen Antifaschisten und fordern die Einstellung der Strafverfahren.

Die Eltern von zwei der Festgenommenen erhalten Besuch von der Polizei – *„zum Zwecke der erkennungsdienstlichen Ermittlungen"* – zu gut deutsch: Einschüchterung.

Sie verlangen die Identifizierung der Angeklagten und Einsicht ins Familienstammbuch ohne Angabe der Hintergründe.

11.12.: Der AStA der Fachhochschule Nürnberg wendet sich in einer Stellungnahme, die von ca. 124 Personen unterzeichnet wird, an die Staatsanwaltschaft in Nürnberg und fordert die Aufhebung der Anzeigen.

17.12.: SPD und Evangelische Kirche in Nürnberg kritisieren das Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaft gegen den „Offenen Brief" der ESG.

Die Jusos/Nbg. schließen sich dem an.

18.12.: Die Stadtratfraktionen von SPD, FDP und DKP kritisieren das Verhalten von Polizeipräsident Kraus gegen die ESG, und das Verhalten der Polizei bei der NPD-Kundgebung am 20.9.

20.12. Leserbrief des Pressesprechers der Nürnberger Staatsanwaltschaft in den „NN": Er fühlt sich peinlich berührt – von der ständigen Kritik am behördlichen Vorgehen, versteht sich – und fordert, von der „Einflußnahme" abzusehen.

Klaus Schlesinger, Lokalredakteur der „Nürnberger Nachrichten" und Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (dju), wird zunächst in die Provinz strafversetzt, schließlich wird ihm gekündigt: Er hatte als Privatmann die Unterschriftenliste der Nürnberger Kulturläden mitunterzeichnet.

14.1.81: Das Bezirksjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Ober- und Mittelfranken fordert in einer Presseerklärung die Einstellung der Strafverfahren gegen die vier Festgenommenen und die ESG.

Schließlich wird auch noch gegen das Stadtmagazin „der plärrer" eine Anzeige erstattet, weil es in der Januar-Ausgabe in einem kurzen Absatz das Verhalten der Polizei kritisiert hatte.

Dies ist – Anfang Februar – die vorläufige traurige Bilanz! Die ersten Prozeßtermine gegen die vier Festgenommenen sind bereits festgelegt. Schon jetzt steht fest, daß es ein Mammutprozeß sein wird – 6 Gerichtstermine wurden von Anfang an angesetzt!

9.3./11.3./16.3./18.3./23.3./25.3., jeweils um 13 Uhr.

Die Betroffenen bereiten im Moment eine umfassende Dokumentation vor; außerdem wird in einer Unterschriftensammlung die Einstellung sämtlicher Strafverfahren gegen Antifaschisten gefordert.

Angesichts der Flut von Prozessen und möglichen Strafen sind wir auf Unterstützung dringend angewiesen.

Wir sollen und dürfen es nicht zulassen, daß in Nürnberg, der Stadt der Reichsparteitage, der Stadt, die jahrelang den Faschisten Hoffmann wohlwollend geduldet hat, daß in dieser Stadt antifaschistischer Protest kriminalisiert und schließlich gänzlich verboten werden soll.

Deswegen:
Unterstützt unsere Unterschriftensammlung – Für die Einstellung aller Strafverfahren gegen Antifaschisten!
Spendet für die Prozeßkosten:
Spendenkonto L. Dicke, Postscheckamt Nürnberg, Konto-Nr. 2171 85 – 855; Stichwort Prozeßhilfe.
Kommt – soweit es Euch möglich ist – zu den Prozessen!

Kontaktadresse: L. Dicke, Postfach 910473, 8500 Nürnberg 91









Unter dem Beifall der Nazis: Festnahme eines Nürnberger Antifaschisten

Nach Brokdorf: Auf Wiedersehen in Ramstein?!

Fortsetzung von Seite 1

Beim 1. Treffen der Ökologie- und Friedensbewegung 1979 in Kassel war bereits öffentlich über diese Pläne diskutiert worden; die DKP hatte schon für Bayern eine Karte von Militäreinrichtungen veröffentlicht und ließ im Bundeswahlkampf Karten für Niedersachsen und Hessen folgen. Auf verschiedensten Ebenen wird seither an diesem Projekt geforscht. Bürgerinitiativen sind daran ebenso wie erlauchte Friedensinstitute beteiligt. Inzwischen kündigte der BBU an, einen Kriterienkatalog für solche Lager nachzuschieben; ein Flugblatt, auf den Kenntnismerkmale für A-Waffenlager angegeben sind, kursiert bereits seit einiger Zeit. Eine Liste des ehemaligen US-Admirals Gene LaRocque, bzw. des „Instituts für Verteidigungs-Informationen", in der neben den nun inzwischen veröffentlichten A-Waffenlagern auch noch die entsprechenden Trägersysteme und die dazugehörigen 42 Bataillonseinheiten der Bundeswehr etc. vermerkt sind, kursiert ebenfalls und soll auf einem „Kongreß über den Atomkrieg in Europa" im niederländischen Groningen im April veröffentlicht werden.

Im Bundestag waren die Veröffentlichungen sofort Anlaß von Dringlichkeitsanfragen (Graf Huyn/CSU und Würzbach/CDU). CDU-Haase stellte fest, daß der „Stern"-Bericht Angaben zur Lance-Rakete enthalte, die im Haushaltsausschuß als „streng geheim" galten. Möllemann (FDP) versuchte, die Karte schlicht als „falsch" herunterzuspielen. Für CDU-Marx war schon klar, daß es sich dabei um den sowjetischen Geheimdienst KGB im Hintergrund handeln müsse: *„Leider schämen sich manche, die großen öffent-*

daß es sich dabei um den sowjetischen Geheimdienst KGB im Hintergrund handeln müsse: *„Leider schämen sich manche, die großen öffent-*

lichen Einfluß haben, nicht, in Ost-Berlin präpariertes Propaganda-Material unter Ausnutzung der Pressefreiheit im Westen unter die Leute zu bringen" (zitiert nach „Welt", 23.2.). Vor diesem Hintergrund ist die besorgte Frage des SPD-Abgeordneten Jungmann völlig berechtigt. Er wollte nämlich wissen, ob sich die Regierung gegenüber dem „Stern" *„mehr Zurückhaltung und Umsicht auferlege, als es ihre Vorgängerin 1962 gegenüber dem Spiegel getan habe"* (bei der sog. „Spiegel"-Affäre wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse) (zit. nach „FAZ", 20.2.). Die Bundesregierung ließ zwar erklären, sie würde *„in dieser Frage geltendem Recht folgen"*; allerdings scheint es so, daß sie relativ zurückhaltend darauf reagiert hat.

Bundeswehr-Notstandsübung am Rande der Brokdorf-Aktion

Man rechnet in Bonn mit Massenaktionen gegen Atom-Stützpunkte. Brokdorf gab die erste Gelegenheit für eine entsprechende Notstandsübung. Bekanntlich liegt auf dem Wege zwischen Bad Bramstedt und Itzehoe der Ort Kellinghusen. Wenige Kilometer davon entfernt liegt hinter einer Kaserne auf dem dazugehörigen Übungsgelände ein Atomwaffenlager; in Albersdorf sind dazugehörige Artillerie- und in Itzehoe weitere Bundeswehreinheiten stationiert. In einem Rundschreiben an alle Einheiten dieser Division wurden zum 28.2. alle Trupps wegen Gefährdung von Einrichtungen und Liegenschaften der Bundeswehr aufgefordert, zusätzliche Wacheinheiten bereitzustellen (30 von ca. 120 Mann), an die jeweils 1000 Schuß Munition ausgegeben werden. Die „Welt" ließ dazu einen nicht näher bezeichneten hohen NATO-Offizier zu Wort kommen: Es sei Aufgabe der Polizei, Sperrgürtel um solche Anlagen zu legen. Wenn dennoch „gewalttätige Demonstranten" durchbrechen würden – so dieser Offizier: „dann würde gezielt geschossen werden, aber nicht nach Polizeivorschriften, um einen Rechtsbrecher außer Gefecht zu setzen. Man würde schießen, um zu töten, damit die Atomwaffen geschützt werden. Fragen würden hinterher beantwortet" (zitiert nach „Welt" vom 23.2.).

Das heißt, durch mörderische Hetze und Drohungen erhoffen sich diese Militärs eine Einschüchterung, die entsprechende Protestaktionen von vorneherein möglichst unterbinden sollen.

Politik der atomaren Verseuchung der BRD

Wenn man sich die Karte und die Einsatzplanung ansieht, ist offenbar, daß die Militärs vorhaben, im Kriegsfall die BRD vollkommen in Schutt und Asche zu schießen und als atomar verseuchte Wüste zurückzulassen. Nirgendwo auf der Erde gibt es eine so ungeheure Zusammenballung von Atomsprengköpfen, und der besondere Wahnsinn besteht darin, daß die Hälfte der hier stationierten Atomwaffen lt. Planung auch auf BRD-Gebiet gezündet werden sollen. 1961 schrieb Helmut Schmidt:

»Selbst wenn die Verwendung taktischer Nuklearwaffen nicht bis zum totalen strategisch-nuklear geführten Kriege führen sollte, so würde sie zur weitestgehenden Vernichtung der in Europa lebenden Völker führen. Der Beweis für diese Behauptung wurde in der NATO-Übung Carte Blanche im Juni 1955 erbracht. Es fielen innerhalb von weniger als drei Tagen 335 nukleare Bomben, davon 268 auf unser Gebiet.«

(zit. nach „taz", 19.2.81.)

Wenn dennoch die Heeresdienstvorschriften Atomwaffen als *„letztes Mittel"* bezeichnen, um *„Krisen zu meistern und die Freiheit des Handelns wiederzugewinnen"*, ist offenbar die Freiheit zum millionenfachen Massenmord gemeint.

Schon in Friedenszeiten leben wir mit den Atomwaffen auf einem Pulverfaß: Nachdem schon mehrfach strategische Atomraketen in den USA explodiert waren, „verunglückte" im Februar in der BRD eine Pershing-Rakete der US-Armee bei einer Übungsfahrt; das Fahrzeug war in Brand geraten. Es gelang gerade noch vor der Explosion, die Umgebung räumen zu lassen, wobei es glücklicherweise nicht eine der mit Atomraketen ausgerüsteten Pershing-Raketen gewesen ist, die dort in die Luft flog.

Massenaktionen gegen die Atomwaffenlager sind eine notwendige Antwort auf diesen Wahnsinn. Am Atom-Stützpunkt Ramstein oder anderswo.

aus: UZ vom 30.9.1980

aus: UZ vom 5.9.1980

Atomwaffen in der BRD

In der BRD sind derzeit zwischen 5.000 (inoffizielle Bonner Angaben) und 10.0000 Atomsprengköpfe (SIPRI) stationiert. Davon sind 2.500 Sprengköpfe für die Bundeswehr vorgesehen, von 15.000 Buwe-Soldaten „betreut", die damit nach Freigabe durch die USA zur drittgrößten Atommacht würde; 2.000 verbleiben in US-Einheiten (vermutlich 2.000 weitere ohne Kenntnis der BRD zusätzlich), 500 für die übrigen NATO-Partner in der BRD (lt. inoffiziellen Angaben aus Bonn).

Innerhalb von Minuten könnten 72.000 Kilotonnen Atomsprengkopf abschußbereit gemacht werden (= 4.000 Hiroshimabomben), die Hälfte davon auf Pershing (I A)-Raketen. Jederzeit (ohne Alarm) stehen eine Anzahl Pershing-Raketen abschußbereit an geheimen Standorten und 12 Starfighter mit Atombomben in 3 - 4 Minuten abflugbereit auf den Fliegerhorsten. Insgesamt 118 Standorte verzeichnet die „Stern"-Karte für Atomwaffen in der BRD.

Trägersysteme mit Reichweite SU

Hinzu kommen natürlich strategische Bomber der US-Militärs, von denen eine Reihe sich ständig in der Luft befindet; Trägerflugzeuge der USA sind z. B. die F 111 und die F 4.

512 Raketen auf U-Booten unterstehen dem NATO-Oberkommando in Europa-Mitte (hinzu kommen französische Atomwaffen).

Damit sind natürlich auch die Zusagen/Behauptungen, daß bisher keine Mittelstreckenraketen mit Reichweite Sowjetunion hier aufgestellt seien, dummes Gerede (nach der Kuba-Krise waren 90 landgestützte Mittelstreckenraketen der USA aus Europa abgezogen worden).

Geplante „Nachrüstung"

Ab 1984 sollen in der BRD 108 Pershing-II-Raketen mit einer Reichweite von 2500 km stationiert werden. Diese Raketen sollen dem 56. Field-Artillery-Detachment der US-Armee, das in Schwäbisch-Gmünd stationiert ist, zugeordnet werden.

Hinzukommen 464 Cruise Missseles: Neben 112 in Großbritannien, 96 in Belgien und 46 in den Niederlanden sind 160 für die BRD vorgesehen. Die Reichweite erreicht die der Pershing, sie kann sogar auf über 4.000 km gesteigert werden.

Alle fünf bis sieben Standorte für Cruise Missiles in der BRD liegen bereits fest: sicher darunter sind Ramstein, Hahn und Spangdalen; weiterhin könnten Bremen und die britischen Atomstützpunkte Brüggen und Laarbach in NRW dazugehören.

Weitere Systeme für Osteuropa

Neben der US-Bomberflotte sind 108 Flugzeuge der Bundeswehr allein zum Atomwaffeneinsatz vorgesehen. 76 Atombomben-Starfighter der Bundeswehr sind an ihren vier Zusatztanks unter den Flügeln zu erkennen, die Atombomben von 50 bis 400 Kilotonnen zu Zielen in der DDR, Polen etc. tragen könnten; 12 davon sind in ständiger Alarmbereitschaft.

Pershing I A-Raketen sind 180 in der BRD stationiert: 108-Raketen davon bei der US-Armee (Hauptquartier: Schwäbisch-Gmünd), 36 Pershing I-Raketen stationiert die Bundeswehr bei Landsberg bei München, weitere 36 in Geilenkirchen (Eifel/Hunsrück).

Die Reichweite ist mit 785 km angegeben (Polen/DDR/Ungarn); die Atomsprengköpfe besitzen zwischen 60 und 400 Kilotonnen Sprengkraft. Eine Reihe davon sind ständig abschußbereit.

„Verbrannte Erde" in der BRD

Rund die Hälfte der Atomsprengköpfe dienen der Vernichtungspolitik der atomar-„verbrannten Erde" in der BRD selbst. Dazu gibt es folgende Trägersysteme:

Nike-Herkules-Raketen:
In den sechs Regimentern der Bundeswehr sind jeweils 12 Feuerstellen bereitgehalten; insgesamt gibt es 216 Systeme in der BRD.

Lance:
Davon gibt es ebenfalls 26 Abschußrampen allein bei der Bundeswehr; die US-Armee und die anderen NATO-Waffenbrüder besitzen eine weitere Anzahl, davon sind einige ebenfalls ständig auf Gefechtsübung.

Jedes Armeekorps der Bundeswehr besitzt sechs Lafetten. Standorte sind Wesel, Montabaur und Großengstingen, zwei sind in Geilenkirchen stationiert, vier in Flensburg, die mit ihrer 120 km Reichweite das Gebiet zwischen Nord-Ostseekanal und Hamburg verseuchen sollen.

Haubitzen:
Bei jeder der 12 Divisionen der Bundeswehr sind sechs 203-mm-Haubitzen stationiert, die Atomsprengköpfe 16 bis 19 km weit verschießen können; drei Korps besitzen weitere 18.

Hinzu kommt eine erhebliche Zahl von 155-mm-Haubitzen, die konventionelle Munition verschießen, die aber alle auch für Atomwaffen-Einsatz verwendet werden können.

Atomminen:
Eine unbekannte Anzahl von Atomminen lagert an der Grenze zur DDR, deren Existenz nach den Enthüllungen seinerzeit im „Spiegel" allerdings offiziell bestritten wird.

Der Appell von Krefeld: Keine Atomraketen in Europa

IMMER offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Der neugewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen.

Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müßten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung,

— die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;
— im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozeß der Willensbildung und können dazu beitragen, daß unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die

— eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zuläßt;
— Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung;
— die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.

Erstunterzeichner: Gert Bastian — Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Bechert, Mainz — Petra K. Kelly, Nürnberg — D. Martin Niemöller, Wiesbaden — Prof.Dr. Helmut Ridder, Gießen — Christoph Strasser, Münster — Gösta von Uexküll, Hamburg — Josef Weber, Köln

Dieser Aufruf ist mittlerweile von über 20.000 Personen unterzeichnet worden.

Aktionsplanungen des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit

Am 7. Februar tagte in Frankfurt das Komitee für Frieden und Abrüstung (KOFAZ). Dabei wurden folgende Aktionen besprochen:

Krefelder Appell:

Für den Krefelder Appell (s. Abdruck in diesem AK) sollen in diesem Jahr 1 Million Unterschriften gesammelt werden. Dieser Appell wird auch von den Grünen, den Jungdemokraten und einigen Sozialdemokraten (Thüsing, Hansen, Coppik) unterstützt (während eine Reihe von anderen Sozialdemokraten stattdessen Unterschriften zum Bielefelder Appell: „Mut für eine bessere Zukunft" sammelt, der inzwischen von 6000 SPD'lern unterschrieben wurde). Bisher sollen den Krefelder Appell „einige Zehntausende" namentlich unterschrieben haben. Auch die 2. Sozialistische Konferenz stimmte dem Krefelder Aufruf zu.

Demonstration gegen Tagung der Nuklearen Planungsgruppe

Am 4. April soll eine Demonstration gegen die dann in Bonn tagende nukleare Planungsgruppe durchgeführt werden. Am 25.2. fand dazu in Bonn ein erstes Aktionsgespräch statt.

Friedensstafette gegen Atomrüstung

Vom 20.4. bis 27.7. soll eine bundesweite Stafette entlang zahlreicher Militärstützpunkte und Standorte stattfinden. In diesem Rahmen sollen auch O s t e r s p a z i e r g ä n g e wiederbelebt werden bzw. zu regionalen Demonstrationen an Standorten im Mai aufgerufen werden.

Neben der Planung, wie in jedem Jahr Veranstaltung und Aktionen am 8. Mai (Tag der Kapitulation des Faschismus), am 20. Juni (Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion) und am 6. August (Hiroshima-Tag) durchzuführen, ist für den Herbst eine „Bundesversammlung für Frieden und gegen Atomraketen" angesagt worden.

Sabotage gegen Militäranlagen?

Zur Vorbereitung der diesjährigen Aktionen zur Friedenstafette und gegen militärische Einrichtungen (s. Artikel zu Planungen des KOFAZ) hatte die DFG/VK Baden-Württemberg in ihrem verbandsinternen Mitgliederrundbrief (600 Auflage) auf 50 Seiten Militäreinrichtungen und Rüstungsfirmen zusammengetragen und daneben Vorschläge für „gewaltfreie Aktionen" gemacht. In diesem Katalog tauchen dann auch die beiden Zeilen auf: –„**Blockaden aller Art, z.B. Militärtransporte der DB – Sabotage**".

Dies rief die ach so liberale „Frankfurter Rundschau" auf den Plan, deren Militärressort vom Ex-General Ulrich Mackensen betreut wird. Unter dem knalligen Titel: „**Kriegsdienstverweigerer planen Sabotage an Militäranlagen**" wird anfangs die Planung der DFG/VK in Baden-Württemberg geschildert. In dem sicheren Vertrauen auf den Antikommunismus der „FR"-Leser endet der Artikel mit einigen „Verfassungsschutz"-Passagen zur DFG/VK: die DFG/VK gehöre „*zu den von der moskautreuen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) beeinflußten Organisationen*", wenn auch der Großteil „Nichtkommunisten" seien („FR", 2.2.81).

Während Bundesvorstandsmitglied Klaus Mannhardt schlicht von einem „*gezielten Versuch*" sprach, „*Teile der stärker werdenden Friedensbewegung in der BRD zu diffamieren*" („Neue", 3.2.), ohne ein Wort zu dem Problem zu sagen, was allerdings Kenner kaum verwundert, distanzierte sich erstaunlicherweise auch der Landesvorstand Baden-Württembergs und setzte in der „FR" eine Gegendarstellung unter dem Titel „*Keine Sabotage geplant*" durch („FR", 11.2.). Gegenüber der „Neuen" (s.o.) betonte Thiel dazu, daß „*ausschließlich an gewaltfreie Aktionen gedacht*" würde und „*niemals die Anwendung von Gewalt auch nur erwogen worden*" sei. Das Wort Sabotage beinhalte „*nicht zuletzt im internationalen Sprachgebrauch nicht nur die Interpretation ‚zerstörerische' oder ‚gewalttätige Aktion' ..., stünde außerdem in dem Protokoll nicht im Zusammenhang mit Militäranlagen*", wie es in der „FR" behauptet worden sei.

Die DFG/VK mag sich in dem Text mißverständlich ausgedrückt haben. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Herrschenden bemerkenswert nervös auf das bewußte Wort reagiert haben.

Würzburger Friedenstage

Vom 31.1. bis 15.2. erlebte nun auch Würzburg seine Friedenstage. Im Bündnis, das sich zu dieser Initiative zusammengefunden hatte, dominierten kirchliche Kreise (verschiedene Gruppen aus KHG und ESG wie Pax Christi, Gewaltfreie Aktion, Ohne Rüstung leben sowie AK 3. Welt). Von den „weltlichen" Gruppen waren SO, DFG/VK, Netzwerk, Umweltschutzgruppe sowie der AK Friedenstage der Grünen mit von der Partie. Logischerweise fand diese Zusammensetzung des Bündnisses auch im Veranstaltungskalender ihren Niederschlag. Es überwogen gemäßigte pazifistische Positionen.

Pfarrer Dierlamm von „Ohne Rüstung leben" sprach zum Thema „Friedlich den Frieden sichern? Schritte zur sozialen Verteidigung".

Burkard Steinmetz referierte über „Friedenserziehung in der Praxis der Kirchen". Beim Beitrag von Hildegard Goss Mayer verriet schon ihr Thema den religiösen Touch: „Der Kampf der leeren Hände. Zur Spiritualität und Praxis gewaltloser Befreiung".

Neben der Diskussion um die Möglichkeiten gewaltfreien Widerstandes wurden zwei Filme (Hiroshima Dokumentarfilm von Erwin Leiser und „Paul Jacobs und die Atombande") und Referate zu den Themen:

— „Arbeitsplätze und Abrüstung" (DFG/VK),
— „Der vergewaltigte Kriegsdienstverweigerer" (Prof. Rauhut),
— „Bedrohung durch Atomwaffen — Alternativen zum Wettrüsten" (AK Friedenstage der Grünen)

geboten.

Explizit linke Positionen kamen nur in einer Veranstaltung mit Mohssen Masserat, „Volk ohne Öl? Oder Krieg um Rohstoffe" zur Sprache.

Bemerkenswert war, auf welch großes Echo die „Würzburger Friedenstage" stießen. Die Veranstaltungen waren durchweg sehr gut besetzt (insgesamt etwa 2.000, pro Veranstaltung zwischen 150 und 300 Leute). Unter den Veranstaltungsbesuchern waren auffällig viele unbekannte Gesicher, vor allem sehr junge Leute — ein Ausdruck für die wachsende Besorgnis über die Verschärfung der internationalen Lage.

Umso bedauerlicher ist es, daß die Würzburger Linke bzw. das, was von ihr noch übrig ist, bisher wenig Interesse an antimilitaristischer Arbeit an den Tag legt. Mit Ausnahme der wirklich gelungenen Veranstaltung mit Mohssen Masserat gelang es nicht, eine linke Alternative zum doch recht biederen Treiben der „gemäßigten" Kräfte zu entwickeln. Die wenigen schüchternen Versuche in dieser Richtung ließen erkennen, daß auf kirchlicher Seite die Bereitschaft zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit mit Linken nicht sehr weit gediehen ist:

— Von vornherein wurden politische Organisationen (Ausnahme: die Grünen) aus dem Bündnis ferngehalten (aus Gründen der „Bürgernähe").
— Der Vertrieb einer vom Bündnis herausgegebenen Broschüre wurde von den kirchlichen Gruppen weitgehend boykottiert. Die Tatsache, daß in dieser Broschüre linke Positionen etwas stärker zum Zuge kamen, dürfte diesen Schritt veranlaßt haben.
— Bei einem von KHG und ESG initiierten Schweigemarsch wollten die Veranstalter keine Transparente außer den eigenen dulden.

So verwundert es nicht, daß einigen Aktivisten diese Veranstaltungen noch nicht reichten: Am Samstag, dem 14.2., kreuzten 30 junge Leute um 10.00 Uhr vor dem heiligsten Gebäude Würzburgs, dem Kiliansdom, auf, um mit Transparent und Stellwänden gegen Rüstungswahn und Militarisierung der Gesellschaft zu protestieren. Dort mußten sie erstaunt feststellen, daß die Domtüren verschlossen waren und zahlreiche Bullen in und vor der Kirche rumstanden und filmten. Der Einsatzleiter kam und erklärte das Treffen zu einer verbotenen Demonstration, die er leider auflösen müsse. Das sah allerdings niemand so recht ein, so daß weiterhin mit Sprechchören, Gesang und Flugblättern für Aufmerksamkeit gesorgt wurde. Bei einem Spaziergang durch die Stadt wurde schließlich ein großes Transparent beschlagnahmt und die Personalien mehrerer Leute festgestellt. Einzelne Leute wurden noch bis zum Abend „observiert".

Es wurde dabei deutlich, wie eng Kirchenleitung, Kripo und „Verfassungsschutz" in Würzburg zusammenarbeiten. Der Klerus machte sich die Spitzeltätigkeit zunutze, um friedliche Kriegsgegner mit Hilfe staatlicher Gewalt vor die Tür zu setzen. Auf die Idee, mit den Leuten zu diskutieren, kamen sie nicht. Stattdessen erklärte ein Pfaffe in der Sonntagspredigt, er habe für die Verblendeten gebetet, daß sie den inneren Frieden finden mögen. Der Dekan H. Brandner bekannte sich dann einige Tage später zu den Kriegstreibern. In einem Leserbrief verurteilte er die Einseitigkeit der Friedenstage, da man den „*Dienst der Wehrpflichtigen ... zu recht als ‚Dienst am Frieden'* " („Main Post", 24.2.) verstehen müsse.

KB/Gruppe Würzburg

Oldenburg: Gelöbnisdiskussion gesprengt

Oldenburg: Für den 2.2. hatte der Uni-Rektor Zilleßen eine erlauchte Runde zu einer Podiumsdiskussion über die Rekrutenvereidigungen eingeladen: Generalmajor Sandrart (für den Rekrutengelöbnisse „sehr demokratisch" sind) war vorsichtshalber gar nicht erst erschienen, dafür aber Möllemann, Verteidigungssprecher der FDP-Fraktion („*Leo kann man auch andersherum buchstabieren: Oel*"), Werner Broll (CDU-MdB) und Willy Piecyk (Juso-Chef). Antimilitaristen waren nicht geladen worden. Während die Jusos in Bonn „Provokateure" notfalls „mit eigenen Kräften" aus der Demo am 8.11.80 gegen die Rekrutenvereidigungen holen wollten, mußte Piecyk hier in Oldenburg nach 25 Minuten Blaskonzert und Pfiffen das Podium räumen, die Veranstaltung war geplatzt. Während Zilleßen den Krefelder Appell wegen seiner „Autorität" nicht unterschreiben mochte, war er hier damit voll zur Stelle und schimpfte über *'Linksfaschismus'*, als die Störer sich nicht der Abstimmung im Saal fügen mochten. Der RCDS pflichtete in einem Flugblatt Zilleßen prompt bei. Der RCDS hat zudem beim MSB „*klammheimliche Freude*" über die „*Nachhilfestunde im Terror*" festgestellt, und er machte das „*breite politische Desinteresse*" der Studenten verantwortlich dafür, daß diese den „*Nährboden für derartige... Krawallmachergruppen*" abgäben.

Nazi Hartmut Heger mit seinem „Ring freiheitlicher Studenten" bot Zilleßen seine „*gesamte Unterstützung*" „*zur Bekämpfung dieses Politrockertums*" an. Er forderte, das „*Ordnungsrecht gegen diese namhaft gemachten Täter anzuwenden*". Die „*terroristischen Krawalle*" hätten MSB/SHB-Mitglieder inszeniert. Doch weit gefehlt (leider), denn der AStA, der SHB, der MSB, die Jusos und die SDAJ mochten die Sprengung „*zwar nicht unbedingt*" als „*eine Niederlage*" bezeichnen, aber als „*verpaßte Chance*" bzw. als „*Bärendienst*" für die Antimilitaristen. Sie hatten offenbar mit der Faust in der Tasche ihren Protest gegen dies vollkommen einseitig und undemokratisch zusammengemixte Gremium „*argumentativ deutlich*" machen wollen. Aber vielleicht soll es ja da noch besser werden: Sie wollen den Militaristen auf einer neuen Veranstaltung mit besserer Besetzung des Podiums einen „*unehrenhaften Hinauswurf*" bereiten (natürlich nur „intellektuell und moralisch"). Die „Drifters", die die Veranstaltung gesprengt hatten, hatten ihr Vorgehen vorher auf einem Flugblatt begründet und erklärt, daß man nicht über das „*Image der Bundeswehr*" reden könne, „*ohne ihre Funktion zu hinterfragen*". Es wäre keine Diskussion, wenn nur Gäste geladen würden, die lediglich unterschiedliche Auffassungen darüber hätten, „*wie die Bundeswehr der Bevölkerung schmackhaft gemacht werden soll*". Insofern war die Sprengung kein Mittel gegen die Diskussion, sondern gegen eine einseitige Militaristenshow.

Nach Informationsmaterial aus Oldenburg

Geilenkirchen/ Heinsberg

Am 14.2.81 fand in Geilenkirchen, Kreis Heinsberg, eine Veranstaltung (Kundgebung mit anschließender Demonstration) gegen die AWACS-Stationierung im Kreis statt. (AWACS = Airborn Early Warning and Control System, auf deutsch ein „Mittelding zwischen elektronischem Hochstand und fliegendem Feldherrnhügel" aus „Spiegel" vom 26.6.76).

Organisiert wurde die Veranstaltung vom „Arbeitskreis für Abrüstung und Frieden Geilenkirchen" und von folgenden Gruppen unterstützt:

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit in Aachen, DFG-VK in Aachen, Klenkes Aachen, die Grünen Geilenkirchen und vielen anderen.

An der Kundgebung auf dem Marktplatz in Geilenkirchen nahmen ungefähr 700 Leute teil, die sich aus ortsansässigen Bürgern, Holländern und Aachenern zusammensetzten. Verschiedene politische Gruppen hatten ihre Informationsstände aufgebaut und es wurde lebhaft diskutiert.

Hauptrednerin der Kundgebung war Petra Kelly, die für ihre Rede viel Beifall erhielt. Außer ihr sprachen noch ein holländischer Pastor und ein Vertreter des Arbeitskreises. Es spielte die Musikgruppe für revolutionäre Volksbildung (Bezirk Aachen), die mit ihren Liedern die „vielfältigen Kämpfe gegen den Kapitalismus un-



terstützen" will (Zitat Flugblatt). Im Anschluß an die Kundgebung fand ein Schweigemarsch durch die Stadt statt, an dem sich noch etwa 500 Leute beteiligten. Der Marsch endete an einem Denkmal der Gefallenen des Zweiten Weltkriegs, an dem Blumensträuße mit der Aufschrift: „Nie wieder Krieg!" und „Stop AWACS!" niedergelegt wurden.

Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle. Der sichtbare Polizei-„schutz" war gering. Es ging das Gerücht um, daß 400 Polizisten in einer nahen Kaserne abrufbereit stationiert worden seien, da sie aus für uns nicht einsehbaren Quellen mit einer Zahl von 20.000 Demonstranten gerechnet haben. Es gibt einige Leute, die behaupten, daß sie an dem Vorabend der Veranstaltung Mannschaftswagen der Polizei gesehen haben.

In der Arbeitsgruppe arbeiten Leute unterschiedlicher Nationalitäten und politischer Richtungen zusammen. Wir sehen mit Sorge die wachsende Gefahr eines Dritten Weltkrieges und die Erhöhung der Atomkriegsgefahr für Europa und fordern die Zurücknahme des Nato-Aufrüstungsbeschlusses vom Dezember 1979 und die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der UdSSR über eine Begrenzung der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa.

Eine KB-Sympathisantin

DFG/VK in zwei Lager geteilt

3. Bundeskongreß der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner

Knapp 300 Delegierte waren vom 21. bis 23. November 1980 in Witten zusammengekommen, um die Arbeit des Verbandes zu diskutieren und Perspektiven für die nächsten Jahre zu erarbeiten. Unter dem Motto „Programm für den Frieden, für Völkerfreundschaft und Abrüstung, gegen Konfrontation und Gewaltpolitik" ging es dieses Mal im wesentlichen um die Diskussion und die Verabschiedung eines neuen Programms.

Das versprach in zweierlei Hinsicht spannend zu werden. Denn bislang hatte eine DKP-orientierte Mehrheit im Programm festgeschrieben, Abrüstungsverhandlungen seien der e i n z i g e Weg, mit dem vom Wettrüsten zu militärischer Entspannung gelangt werden könne. Die verschärfte Aufrüstungspolitik der USA und, im Schlepptau davon, der ganzen Nato hat diese Illusion zerplatzen lassen.

Auf der anderen Seite stellte sich die Frage, ob dieser Bundeskongreß endlich mehr Pluralismus im Verband zulassen würde. Auf dem letzten Bundeskongreß waren fast alle oppositionellen Kräfte aus der Verbandsspitze herausgedrängt worden, und auch das bestehende Programm ist für viele DFG/VKler keineswegs akzeptabel. Ganze Landesverbände (wie Baden-Württemberg und Westberlin) und eine ganze Reihe von Ortsgruppen machen eine vollkommen eigenständige Politik. Immerhin hatte die DFG/VK inzwischen gemeinsame Aktionen mit der Ökologie-Bewegung durchgeführt (Demonstration in Nordhorn/Lingen) und auch in einzelnen Fragen machte der Vorstand nach heftigen innerverbandlichen Auseinandersetzungen Zugeständnisse: So wurde der Einmarsch von Sowjettruppen in Afghanistan ebenso verurteilt wie das Verhältnis der Warschauer-Pakt-Staaten gegenüber Kriegsdienstverweigerern. Kurz vor dem Kongreß waren in der „taz" zwei Kritikpapiere aus den Reihen der DFG/VK auszugsweise veröffentlicht worden: Die Marburger DFG/VK-Gruppe kritisierte die verbandsinterne Praxis, Kritikpapiere nicht zu veröffentlichen. Eva Maria Bannach-Epple, einzige Frau und einzige Oppositionelle im Bundesvorstand, kündigte ihren Rücktritt und Rückzug aus der Verbandsspitze an. Es war die Frage, ob diese Kräfte, die schon beim letzten Kongreß zielgerichtet geschwächt worden waren, wiederum vor den Kopf gestoßen werden sollten. Seinerzeit hatten wir im AK (Nr. 139) geschrieben, daß sich damit *„ein nicht unbeträchtlicher Teil der Mitglieder ... durch die dort gefaßten Beschlüsse und den neugewählten Bundesvorstand nicht mehr repräsentiert sieht."*
(Wer sich über die Entwicklung der DFG/VK ein genaueres Bild machen will, dem empfehlen wir unbedingt, den Artikel zum letzten Kongreß und einige weitere nachzulesen, s. Liste im Anhang.)

Der Rechenschaftsbericht des Vorstands

Auf 33 Seiten hatte der Bundesvorstand einen Rechenschaftsbericht über die verschiedenen Tätigkeitsbereiche vorgelegt. Ohne den Anspruch, hier
Auf 33 Seiten hatte der Bundesvorstand einen Rechenschaftsbericht über die verschiedenen Tätigkeitsbereiche vorgelegt. Ohne den Anspruch, hier
einen vollständigen Überblick über die BV-Arbeit geben zu wollen, wollen wir einige interessante Dinge kurz darstellen:

Zur organisatorischen Entwicklung:

Festgestellt wird, daß in den vergangenen zwei Jahren 4.343 Mitglieder der Organisation beitraten. Der Mitgliederverlust lag im gleichen Zeitraum bei 3.500. *„Gegenüber den Berichtszeiträumen davor konnte die Organisation damit den bisher stärksten Mitgliederzuwachs verzeichnen. Gleichzeitig konnte die Zahl der Austritte im Verhältnis zum Mitgliederzuwachs etwas reduziert werden."* Klaus Mannhardt (Bundesvorsitzender der DFG/VK) gab in seiner Rede zu Beginn des Kongresses die Mitgliederzahl mit 20.674 an; dies sei ein *„wesentlicher Schritt nach vorn"*.

Die Ursachen für die hohe Mitgliederfluktuation liegen für Mannhardt vor allen darin, *„daß Freunde, die mehrere Jahre aktiv waren, durch private und berufliche Veränderungen, wenn sie 30/35 Jahre alt sind, aus der Arbeit ausscheiden, sich nicht mehr aktiv an den Aktionen des Verbandes beteiligen, oft einfach nicht mehr die Zeit zur Mitarbeit finden und den Kontakt zu den Aktiven verlieren. ... Wir entlassen unsere aktiven Mitglieder zu leicht aus der Arbeit, aus dem gemeinsamen Kampf..."*. Seine Patentlösung: mehr Angebote auch für ältere Mitglieder und solche, die nicht mehr soviel Zeit haben, verstärkte Mitgliederwerbung für 35-50jährige. Tatsache ist allerdings, daß die DFG/VK einen erheblichen Teil passiver Mitglieder hat. Die (kaum) verringerte Zahl der Austritte wurde im Kassenbericht u.a. darauf zurückgeführt, daß man inzwischen bei einem Viertel der Mitglieder die Beiträge selbst abbuchen könne, aber immer noch 60 % erst Beiträge nach Mahnschreiben zahlen würden (gegenüber 82 % 1977). Schon auf dem letzten Kongreß hatte der Landesverband Baden-Württemberg die lapidaren Vorstandserklärungen zu diesem Problem scharf angegriffen und die politische Linie, mangelnde Substanz und mangelnde innerverbandliche Demokratie verantwortlich für die Austritte gemacht. Trotzdem lieferte der Vorstand diesmal die alte Begründung.

Ähnlich einfach scheint für Mannhardt auch das Problem mit den Frauen in der DFG/VK zu sein. Kurz zu den Fakten: die Frauen sind im Verband in der totalen Minderheit — ihr Anteil stieg in den letzten zwei Jahren um 1,5 % auf heute ganze 11,5 %! Hierzu Mannhardt: *„Zwar konnte der Anteil der weiblichen Mitglieder in unserer Organisation weiter gesteigert werden. Doch betrachtet man die Zahlen einmal genau, so müssen wir feststellen, daß wir immer noch ein 'Männerverein' sind, daß sich bei uns in erster Linie junge Kriegsdienstverweigerer organisieren. Auch hier müssen wir in der Diskussion über die Anlage unserer Arbeit, unserer Mitgliederwerbung, konkrete Gedanken entwickeln, um dies zu verändern..."*.

Es ist wahrscheinlich für einen männlichen Bundesvorsitzenden einfach zu viel verlangt, sich anstelle solcher Plattheiten mit dem auseinanderzusetzen, was Frauen der DFG/VK zu diesem Problem inzwischen gesagt haben. Im Zuge der Entwicklung einer antimilitaristischen Frauenarbeit sind eine ganze Reihe von Berichten von DFG/VK-Frauen veröffentlicht worden (s. Rundbrief „Frauen gegen Kriegsdienst", Nr. 2), die sich über die total geschlechtsspezifische Arbeitsaufteilung in der DFG/VK beschweren: die Männer formulieren die Flugblätter, die Frauen dürfen sie tippen; in Diskussionen werden die Frauen untergebuttert, wenn Kinder da sind, sind es ‚natürlich' die Frauen, die zu Hause bleiben... Auch Eva-Maria Bannach hat in ihrem Rücktrittspapier interessante Aussagen zur Vernachlässigung der Frauenarbeit in der DFG/VK gemacht („taz" vom 21.11.80). Mann müßte also wohl anfangen, sich Gedanken darüber zu machen, ob es vielleicht auch der eigene Chauvinismus ist, der Frauen davon abhält, Mitglied in der DFG/VK zu werden!

Neben der Mitgliederwerbung (unter dem Motto: *„Keine Veranstaltung, keine Aktion mehr, bei der nicht auch Mitglieder geworben werden!"*) gibt Mannhardt zwei weitere Bereiche an, wo die innerorganisatorische Arbeit in der nächsten Zeit verbessert werden müßte: die Zusammenarbeit und Beratung zwischen Bundesvorstand und den Landesvorständen und die Seminar- und Bildungsarbeit der Organisation.

Die zentralen Aktivitäten der DFG/VK

Die zentralen Aktivitäten der DFG/VK

Im Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes wird eine ganze Latte der Aktionen der letzten zwei Jahre aufgelistet. Besonders hervorgehoben werden die gemeinsamen Aktivitäten von Ökologie- und Friedensbewegung. Hierzu Klaus Mannhardt in seiner Rede zum Rechenschaftsbericht: *„In Nordhorn-Lingen demonstrierten 10.000 gegen Rüstung und Atom. Diese zum ersten Mal in größerem Rahmen sichtbar gewordene Zusammenarbeit der beiden Bewegungen geht maßgeblich auf die Initiative der DFG/VK und des BBU zurück... In dieser Zusammenarbeit beider Bewegungen gegen die atomaren Vernichtungsgefahren und militärischen Verursachungszusammenhänge von Umweltzerstörung liegt eine positive Perspektive. Wir sollten und werden uns bemühen, daß diese Zusammenarbeit weitergeführt wird, daß noch mehr Gruppen in sie einbezogen werden..."*. In einem „taz"-Interview zu diesem Thema (am 24.10.80) hatte Mannhardt noch hervorgehoben, daß man die Zusammenarbeit, aber *„keine Verschmelzung"* wolle.

Einen ganz besonderen Stellenwert in dieser Bilanz haben Kongreß und Festival „Jugend gegen Kriegsdienste". Hierzu heißt es im schriftlichen Bericht des BV: *„Mit dem Kongreß und Festival ... führte die DFG/VK ihre bisher größte zentrale Aktion durch"*. „Wichtige Impulse" seien von diesem Kongreß ausgegangen. Zu verdanken sei dies den *„Referenten und Persönlichkeiten,* (der) *intensiven Diskussion in den verschiedenen Themenforen, aber insbesondere* (der) *Tatsache, daß die Vorsitzenden von vier großen Jugendverbänden* (gemeint sind SDAJ, Falken, Judos und Naturfreundejugend — Anm. AK) *unseres Landes und die DFG/VK gemeinsam in einem Podiumsgespräch die Notwendigkeit verstärkten Abrüstungskampfes betonten"* (s. AK-Bericht in AK 180, S. 12/13). Man wolle die Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppen fortsetzen, betonte Mannhardt ... Generelle neue Entwicklungen sind also bei der DFG/VK nicht zu erwarten.

Entspannung am Ende?

Zur Einschätzung der derzeitigen weltpolitischen Situation sagte Mannhardt: *„Zu Beginn der 80er Jahre hat sich das Verhältnis zwischen den Staaten in Ost und West in seit Jahren nicht mehr gekanntem Maße verschärft, sind die internationalen Beziehungen durch eine zunehmende Konfrontation gekennzeichnet... Statt Bemühungen um ein friedliches Zusammenleben der Völker sehen wir uns einer zunehmenden Politik der Konfrontation und Gewalt ausgesetzt. Drei Jahrzehnte nach der Beendigung des Zweiten Weltkriegs ist die Gefahr eines nuklearen Weltbrandes bedrohlich angewachsen..."*. Die Ursache für die wachsende Kriegsgefahr sieht Mannhardt für Europa in erster Linie in der neuen amerikanischen Atomkriegsstrategie und den Mitte 1978 beschlossenen Rüstungslangzeitprogrammen der Nato. Dadurch werde *„eine Entwicklung eingeleitet, die den qualitativen Rüstungswettlauf weiter antreibt und damit alle Ansätze zur Rüstungsbegrenzung gefährdet... Die Weigerung der USA-Regierung, den SALT II-Vertrag zu ratifizieren, blockiert zudem die Möglichkeit weitere und neue Schritte von Rüstungsbegrenzung im strategischen Bereich zu gehen..."*

Entscheidenden Anteil am verschärften internationalen Klima hat nach Mannhardt die gewandelte Politik der USA, *„die von der USA-Regierung vollzogene Abkehr von der als 'gescheitert' erklärten Entspannungspolitik, und ihre erneute Hinwendung zu einer 'Politik der Stärke'."*

Mannhardt erklärte außerdem: *„Im Verlauf der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurde immer deutlicher, daß die maßgeblichen Politiker in den USA, gefolgt von den rechten und konservativen Kräften in Westeuropa, eine Weiterführung des Entspannungsprozesses verhindern wollten"*. Das seien auch just *„d i e Kräfte, die die positive Entwicklung in den internationalen Beziehungen zu Beginn der siebziger Jahre ... schon immer als eine Niederlage ihrer Politik betrachtet haben"*. An anderer Stelle wird auch die Bundesregierung zu den *„Hauptverantwortlichen"* der Gefahren durch die neue Atomstrategie bzw. als *„mitverantwortlich für die wachsende Kriegsgefahr"* bezeichnet. Wir haben diese Aussagen deshalb so ausführlich zitiert, weil die DFG/VK in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre noch keineswegs auf der Höhe dieser Erkenntnis war. Kritiker von Entspannungs-Illusionen wurden mit „Entspannungsfeinden" gleichgesetzt.
wegs auf der Höhe dieser Erkenntnis war. Kritiker von Entspannungs-Illusionen wurden mit „Entspannungsfeinden" gleichgesetzt.
Davon fiel in Mannhardts Rede kein Sterbenswörtchen — im Gegenteil, völlig ungetrübt wiederholt Mannhardt die DFG/VK-Aussage von 1977: *„Die Entspannungspolitik hat den Frieden sicherer gemacht"*. 1978 — auf dem letzten Kongreß — war extra in den Leitantrag hineingenommen worden, daß sich *„über vielerlei Hemmnisse und starke gegenläufige Bestrebungen in den westlichen Ländern hinweg eine Wende vom kalten Krieg zur Entspannung vollzogen hat"*. Im Programm hatte es davor nämlich „nur" geheißen, daß Abrüstungsverhandlungen zwar *„ein wichtiger Beitrag zur Entspannung"* seien, aber nur mit tatsächlichen *„Schritten zur Abrüstung"* der Frieden gesichert werden könne. Auch wenn schon immer auf beiderseitige Abrüstungsverhandlungen orientiert worden war, ist in den letzten Jahren der Illusionsrummel um die durchgesetzte politische Entspannung noch gesteigert worden. Immerhin war noch 1978 W. Twachtmann (seinerzeit Vorstandsmitglied der DFG/VK) vom Hamburger DFG/VK-Vorstand zum Rücktritt aufgefordert worden, weil er mit „Entspannungsfeinden" (die einen derartigen Illusionskurs ablehnen, in diesem Fall konkret dem KB) gemeinsame Demonstrationen organisiert hatte (s. AK 124, S. 62). Aber zum Umdenken hat die DFG/VK offenbar keinen Anlaß. Vergleichsweise klar macht sich dagegen die Erklärung des Friedensforschungsinstituts SIPRI aus, das das „völlige Scheitern" der von der UNO für die siebziger Jahre ausgerufenen Abrüstungsdekade konstatiert. Bei der DFG/VK hört man hingegen nach wie vor den altbekannten Satz, daß die politische Entspannung durch die militärische ergänzt werden müsse. Dies ist schon makaber in einer Zeit, wo nicht einmal mehr die „politische Entspannung" klappt. Die Konsequenz aus dieser Einschätzung bzw. bornierten Sicht ist, daß die Aufgaben a l l e i n auf dem Gebiet der militärischen „Entspannung" gesteckt werden. Hebel hierfür soll die Verhinderung der Stationierung von Mittelstreckenraketen sein.

Einmischung in Afghanistan verurteilt

Zu der in der DFG/VK heiß umstrittenen „Afghanistan-Frage" meinte Mannhardt: *„In unserem Verband gab und gibt es darüber Diskussionen, die von unterschiedlichen Standpunkten geprägt waren und sind. Der Bundesvorstand hat in einer Erklärung dazu Stellung genommen und den Abzug der sowjetischen Truppen sowie die Einstellung jeglicher Einmischung von außen gefordert. In dieser Forderung besteht Übereinstimmung. Übereinstimmung besteht auch darin, daß Afghanistan nicht zum Vorwand für den Abbau der Entspannungspolitik dienen darf."*

Daß sowjetische Truppen in Afghanistan von den USA und den anderen Nato-Staaten als Vorwand für die Verschärfung der politisch-militärischen Beziehungen genommen werden, ist richtig. Nur mogelt sich die DFG/VK drum herum, daß diese Einmischung der SU natürlich auch nicht gerade der Entspannungspolitik dient. Auf dem letzten Kongreß war den „sozialistischen Staaten" nämlich eigens bestätigt worden, daß sie *„mit großem Nachdruck"* für die *„militärische Entspannung und erste Abrüstungsschritte"* eintreten würden (s. AK 139).

Die Debatte um den Rechenschaftsbericht

Drei Themen bestimmten schwerpunktmäßig die Aussprache über den Rechenschaftsbericht: die Afghanistan-Frage und die Einschätzung/Kritik an der Politik der Sowjetunion und des Warschauer Pakts; die Veröffentlichungspraxis im DFG/VK-intern und der Rücktritt von Eva-Maria Bannach-Epple aus dem Bundesvorstand.

Insbesondere die Freiburger Gruppe äußerte sich enttäuscht über Mannhardts Erklärung zur Lage; sie vermißte die Betonung der Gewaltfreiheit in Bezug auf Afghanistan. Der Passus zu Afghanistan klinge wie ein Entschuldigungssatz gegenüber den Warschauer-Pakt-Staaten. Nach Meinung der Freiburger gehe es einfach nicht an, sich seitenlang über die Aufrüstungspolitik von USA und Nato auszulassen, dabei aber die Aufrüstungspolitik der Sowjetunion völlig zu „vergessen". Dabei erwähnten sie ausdrücklich die „Stützpunktpolitik" der Sowjetunion. Es wurde von den Kritikern der Anspruch erhoben, daß in einer pazifistischen Organisation auch die Politik der Warschauer Vertragsstaaten
spruch erhoben, daß in einer pazifistischen Organisation auch die Politik der Warschauer Vertragsstaaten
(WVO) unter die kritische Lupe genommen werden müsse und nicht nur ihre Verhandlungsangebote an den Westen hochgejubelt werden dürften. Tatsächliche Gewaltfreiheit würde bedeuten, daß man stärker auf die Gewalt in den Ländern des Warschauer Pakts eingehe.

Thomas Schwörer (Frankfurt) — ansonsten ein loyaler Funktionär der DFG/VK — faßte die unterschiedlichen Linien in dieser Frage innerhalb der DFG/VK so zusammen: Seiner Meinung nach gebe es eine Richtung (repräsentiert durch die Freiburger), die eine unabhängige Friedensbewegung wollten; die andere Richtung setze sich eher für die Unterstützung der Linie der WVO-Staaten ein; er selbst stehe eher auf seiten der Freiburger.

Breuch, BV-Mitglied und Mitglied der DKP, wies den Vorwurf zurück, daß sich die DFG/VK an den WVO-Staaten orientieren würde, daß sie in ihren Positionen davon abhängig sei. Das neue Programm, das verabschiedet werden solle, garantiere die Unabhängigkeit, da dort die Auflösung von Nato und Warschauer Pakt gefordert würde. Auch in der Afghanistan-Frage habe es eine eindeutige Erklärung gegeben. Es sei wichtig, sich an den Fakten zu orientieren, und wenn die USA SALT II verzögern würden, dann müsse eben konkret die USA kritisiert werden. Bezeichnenderweise wurden die Kritiker der Vorstands-Mehrheitsposition jedoch wieder einmal übereifrig in die antikommunistische Ecke gestellt. —

Die Freiburger setzten sich gegen diese Art der Auseinandersetzung zur Wehr: Es dürften nicht nur die Sprüche der führenden Politiker aus Ost und West berücksichtigt werden, sondern es müsse z.B. auch das untersucht werden, was in DDR-Schulbüchern über die „Verteidigung des sozialistischen Vaterlands" geschrieben würde. Dies müsse Gegenstand der Diskussion in einer pazifistischen Organisation sein.

Innere Demokratie

Zweiter Schwerpunkt in der Auseinandersetzung um den Rechenschaftsbericht war die Veröffentlichungspraxis in der „DFG/VK-intern". Als internes Diskussionsblatt war das „DFG/VK-intern" auf dem letzten Bundeskongreß vor zwei Jahren ins Leben gerufen worden; als verantwortlicher Redakteur wurde damals Gregor Witt bestimmt und mit dieser Funktion auch gleich in den Bundesvorstand gewählt. Die Zeitung erscheint monatlich und besteht aus einem Dokumententeil und einem Diskussionsteil, der allerdings nur 8,2 % des Umfangs der Zeitung ausmacht. Besondere Brisanz hatte diese Auseinandersetzung bekommen durch einen Artikel in der „taz", der am Eröffnungstag des Kongresses erschienen war und eine scharfe Kritik der Marburger DFG/VK-Gruppe am „DFG/VK-intern" dokumentiert, die bezeichnenderweise von Gregor Witt abgelehnt worden war.

Das Nicht-Abdrucken einer Reihe von internen Diskussionsbeiträgen wurde von einigen Gruppen als Zensur bezeichnet. Gregor Witt mußte im Verlauf der Auseinandersetzung zugeben, daß der Nicht-Abdruck der Marburger Kritik kein Einzelfall gewesen sei, daß er vielmehr drei Beiträge — nach Rücksprache, also mit Rückendeckung vom Bundesvorstand, versteht sich —, nicht veröffentlicht habe. Aber selbst hier mußte man seinem Gedächtnis noch einmal etwas auf die Sprünge helfen: Uli Thiel (Baden-Württemberg) waren mindestens sechs Beiträge bekannt, die von Gregor Witt abgelehnt worden sind. Er berichtete auch, daß bei den Süd-West-Kontakten (Informations- und Diskussionsforum der DFG/VK in Baden-Württemberg) mehrere Artikel angekommen seien, mit dem Vermerk, daß sie ja wohl eh nicht im „DFG/VK-intern" erscheinen würden. Uli Thiel setzte sich dafür ein, die Zeitung gerade für solche Beiträge zu öffnen, über die man streiten könne.

Wenig pluralistisch war bislang wohl auch die Auswahl von Artikeln und Texten für den Dokumententeil der „intern": Die Marburger beispielsweise fordern in ihrem Kritikpapier ausdrücklich die Einbeziehung von „taz" und „Graswurzelrevolution" in die Presseauswertung — eigentlich eine Selbstverständlichkeit für einen antimilitaristischen Informationsdienst! Gregor Witt hatte in seinem Antwortschreiben an die Marburger schon recht frech diese Forderung abgebügelt: Man könne schließlich nicht alle Zeitungen auswerten; in der „taz" würde „herzlich wenig" über antimilitaristische Arbeit berichtet, *„schon gar nicht über die wichtigsten rüstungs- und friedenspolitischen Entwicklungen"*. Das wichtigste für Gregor Witt war aber wohl, daß die „taz" sich durchaus kritisch mit der DFG/VK auseinandergesetzt hat:
war aber wohl, daß die „taz" sich durchaus kritisch mit der DFG/VK auseinandergesetzt hat:
„Ich weiß aber, daß die 'taz', soweit sie über die DFG/VK oder Aktionen, an denen sie beteiligt war, berichtet, jedenfalls keinen konstruktiven Dialog eröffnet, sondern die Vorwürfe des Verfassungsschutzes über angebliche kommunistische Beeinflussungen wiederkaut, mit oberflächlichen Stimmungsbildern versetzt und in der Regel auf eine sachgerechte Berichterstattung zumindest in diesem Zusammenhang verzichtet." Wie peinlich bloß, daß der Vorsitzende in seinem Interview in der „taz" die Berichterstattung positiv erwähnt hatte („taz", 24.10.80).

Für W. Bischof vom Landesvorstand in NRW genügte zur Abbügelung der Marburger Kritik der Hinweis, daß die „taz" schließlich auch von der IG Metall boykottiert werde. Der hatte wohl die Sitzung verwechselt, denn Loyalität zum DGB gehört zwar zum Repertoire der DKP, ist aber in der DFG/VK nicht festgelegt. Er war es dann auch, der als Krönung des Ganzen die Veröffentlichung der Marburger Kritik in der „taz" schlicht und simpel als „verbandsschädigendes Verhalten" bezeichnete.

Es ist tatsächlich erschreckend, welche Angst führende Mitglieder der DFG/VK vor inhaltlichen Kontroversen haben. Wenn es schon zu einem Streitpunkt wird, in einem i n t e r n e n Organ alle Meinungen zu dokumentieren, zeugt dies nicht gerade von demokratischem Geist.

Fast noch erschreckender jedoch war die Auseinandersetzung über die Veröffentlichung der Rücktrittserklärung von Eva-Maria Bannach-Epple auf dem Bundeskongreß. Kurz zur Vorgeschichte: Eva-Maria Bannach-Epple war im September aus dem Bundesvorstand der DFG/VK zurückgetreten und hatte dies in einem längeren

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Papier begründet. Dieses Papier war bis zum Bundeskongreß von der DFG/VK nirgendwo veröffentlicht worden, und war den Delegierten des Bundeskongresses nur in einzelnen Auszügen aus dem Artikel in der ,,taz" bekannt. Völlig berechtigt wurde nun von einigen gefordert, dieses Papier zumindest den Delegierten des Bundeskongresses zur Verfügung zu stellen. (Dabei muß man berücksichtigen, daß ansonsten ja mit bedrucktem Papier nicht gerade sparsam umgegangen wurde und jeder Delegierter hunderte von Seiten beidseitig bedrucktes Papier in die Hand gedrückt bekam!) Nach dieser Kritik folgte ein absolut peinliches Schauspiel: Bundesvorsitzender Mannhardt meinte lapidar, die Rücktrittserklärung würde mit dem nächsten BV-Protokoll ordnungsgemäß verschickt. BV-Mitglied Bubenzer konnte sich dann einen Hieb unter die Gürtellinie nicht verkneifen: Eva-Maria Bannach sei schließlich oft nicht auf Vorstandssitzungen gewesen; außerdem fände er es unfair, daß sie selbst nicht auf dem Kongreß anwesend sei, vor dem Kongreß aber ,,spektakulär" zurückgetreten sei: Als er dies sagte, war ihm mit Sicherheit folgender Hintergrund bekannt: Eva-Maria hatte kurz vor dem Kongreß ihr zweites Kind bekommen; auf dem Kongreß war keinerlei Kinderbetreuung organisiert worden, weil sich dies angeblich nicht rentiere — die Kinderbetreuung war zwei Wochen vorher abgesagt worden! Wen wundert es bei soviel mackerhafter Arroganz eigentlich noch, daß die einzige Frau des Bundesvorstands die Arbeit hinschmeißt?

Es folgte dann ein ordnungsgemäßer Initiativantrag, die Rücktrittserklärung am nächsten Tag den Delegierten zur Verfügung zu stellen. Der Gegenantrag auf Nichtbehandlung dieses Antrags setzte sich mit 105 zu 80 Stimmen durch. Zu gut deutsch heißt dies nichts anderes: Die Mehrheit der Delegierten der DFG/VK lehnt es ab, ein Papier zur Verfügung gestellt zu bekommen, in dem ein Vorstandsmitglied ihren Rücktritt erklärt. Wenn Mannhardt und Bubenzer einen Standpunkt vertreten, dann ist er — völlig unabhängig von der konkreten Überprüfung — gut und nicht schlecht! Gibt es eigentlich einen deutlicheren Beleg für ein autoritätshöriges und undemokratisches Politikverständnis?

Bleibt abschließend noch zu sagen, daß der Bundesvorstand mit großer Mehrheit, bei wenigen Enthaltungen und Gegenstimmen entlastet wurde.

Zweiter Tag: Programmdiskussion

Zweiter Tag: Programmdiskussion

Bei der Darstellung der Programmdiskussion wollen wir uns im wesentlichen auf die umstrittenen Fragen beschränken, nämlich die Auseinandersetzung um die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie, einseitige Abrüstung und Rüstungskontrollverhandlungen, Opposition in den Ländern des Warschauer Pakts (WVO) und schließlich die Totalverweigerung und die Fragen des Zivildienstes.

Im Zuge der verstärkten Zusammenarbeit zwischen BBU und DFG/VK sollte in das neue Programm auch eine Aussage zur Atomenergie hineingenommen werden. Von der Programmkommission lag folgender Vorschlag vor: ,,*Die DFG/VK wendet sich gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie, solange die Probleme von Kernkraftwerken nicht gelöst werden können und die Entsorgung ungeklärt ist. Darum ist der Ausbau der Kernkraftwerke zu stoppen; die existierenden Kernkraftwerke sind stillzulegen. Die DFG/VK wendet sich gegen eine unreflektierte Wachstumsideologie und befürwortet die Nutzung umweltfreundlicher Energiequellen und Technologien. Hierbei ergeben sich Gemeinsamkeiten zwischen Pazifismus und gewaltfreier Ökologiebewegung.*" Gegenanträge zu diesem Vorschlag waren von sehr unterschiedlichen politischen Kräften formuliert worden: So hatte z.B. die Münchener Gruppe die Streichung des gesamten Absatzes mit der Begründung gefordert, daß es nicht primäre Aufgabe der DFG/VK sei, Aussagen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu formulieren. Sie sahen die Gefahr, daß hierüber eine lange Auseinandersetzung entstehen könnte, die viel wertvolle Zeit in Anspruch nehmen würde. Außerdem befürchteten sie: ,,*Befürworter wie Gegner der Kernenergie könnten davon abgehalten werden, sich in unserer Organisation zu engagieren. Gegner, weil kein prinzipieller Verzicht auf die Kernenergie ausgesprochen wird, Befürworter, weil ein vorläufiger Stopp der existierenden und geplanten Anlagen verlangt wird. Auf beide Gruppen kann unsere Organisation als Ansprechpartner und potentielle aktive nicht verzichten.*"

Einige Gruppen, wie z.B. Saarbrücken/Völklingen, Oberhausen und Bochum, setzten sich für eine Formulierung ein, in der sich p r i n z i p i e l l auch gegen die friedliche Nutzung der Atomenergie ausgesprochen wird und zwar in allen Ländern der Welt.

Bei der Diskussion auf dem Kongreß wurde vor allem von den Befürwortern der friedlichen Nutzung der Kernenergie aus allen Rohren gegen den Vorschlag der Programmkommission geschossen: Es solle hier kein Glaubensbekenntnis abgegeben werden, sondern lediglich auf den militärischen Aspekt eingegangen werden. Unter ein ,,pauschales" Verbot würden auch medizinische Geräte fallen, und dies sei nicht zu verantworten. Außerdem meinten einige, die vorgeschlagene Formulierung enthalte Fortschrittsfeindlichkeit, da z.B. die Kernfusion, wenn sie fertig entwickelt sei, absolut ungefährlich wäre (stammt das aus der ,,Bild"?). Die AKW-Gegner brachten ihre Sorgen zum Ausdruck, daß die Gefahren der Kernenergie total unterschätzt würden und die Aussagen zur ,,friedlichen" Nutzung der Kernenergie im Programm anscheinend offengehalten werden sollen.

Es wurde dann von vier Gruppen (Witten, LV Bremen-Niedersachsen, Bielefeld und München) ein neuer ,,Kompromißantrag" eingebracht, der nach Kampfabstimmung zur Diskussionsgrundlage gemacht wurde. Hierin heißt es u.a.: ,,*Unabhängig davon, ob man die technischen und wirtschaftlichen Probleme 'ziviler Atomanlagen' langfristig für lösbar hält, stellen Atomkraftwerke als mögliche Angriffsziele in Zeiten gegenseitiger militärischer Bedrohung immer besondere Gefahren für Menschen und Umwelt dar. Die DFG/VK fordert das Verbot der Herstellung, der Lagerung und des Gebrauchs von nuklearen Stoffen und von Anlagen für Rüstungszwecke... Die DFG/VK sieht Schwerpunkte ihrer bündnispolitischen Zusammenarbeit vor allem dort, wo die Forderung nach der Beseitigung von Kerwaffen, nach dem Verbot der Weitergabe von Plutonium und nach dem Schutz der Landschaft vor militärischer Zerstörung aufgestellt wird.*"

Mit ca. 110 gegen 90 Stimmen wurde diese Formulierung schließlich angenommen. Allein dieses sehr knappe Abstimmungsergebnis zeigt schon, wie wenig es sich bei dieser Formulierung um einen wirklichen Kompromiß handelt. Tatsächlich wurde der Vorschlag der Programmkommission den unterschiedlichen Positionen innerhalb der DFG/VK zur Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie wesentlich mehr gerecht: denn mit der Aussage ,,solange die Probleme von Kernkraftwerken nicht gelöst werden können..."
Nutzung der Kernenergie wesentlich mehr gerecht: denn mit der Aussage ,,solange die Probleme von Kernkraftwerken nicht gelöst werden können..."
war dieser wichtige Streitpunkt aus der Debatte genommen. Die jetzt angenommene Formulierung dagegen macht zu den Gefahren der ,,friedlichen" Nutzung der Kernenergie gar keine Aussage mehr, sondern formuliert nur noch die ,,Gefahren im Kriegsfall" und betreibt damit aktive Schönfärberei.

Für weiteren Sprengstoff sorgte die Diskussion um einseitige Abrüstungsvorleistungen und Rüstungskontrollverhandlungen. Die Oppositionellen wollten die Vorlage der Programmkommission nicht akzeptieren, in der es u.a. hieß: ,,*Frieden und Sicherheit sind nur jenseits von Rüstung und Abschreckung möglich. Die allgemeine, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung ist unerläßlich zur Stabilisierung der friedlichen Koexistenz... Grundsätzlich sind Rüstungsbegrenzungsabkommen Schritte in die richtige Richtung.*"

Von den Oppositionellen wurde diese Formulierung als Widerspruch zu einer anderen Passage gesehen, in der es nach Vorschlag der Programmkommission heißen sollte: ,,*Einseitige konkrete Abrüstungsvorleistungen, die nicht an Bedingungen geknüpft sind, können Anstöße in Richtung weltweiter Abrüstung geben, indem sie Vertrauen festigen und Bedrohungsängste im gegnerischen Bündnis in Frage stellen.*" Recht ausführlich wurde, vor allem von den Freiburgern, das bisherige totale Scheitern von Abrüstungsverhandlungen nachgewiesen; es wurde gefordert, die Verschleierungsfunktion der Abrüstungsverhandlungen zu benennen. Die Positionen der Oppositionellen wurden aus allen Rohren angegriffen: Wer die Abrüstungsverhandlungen ,,Verschleierung" nannte, wurde in die Nähe des neuen US-Präsidenten Reagan gestellt. Wer die Verhandlungen in Frage stelle, der stelle auch die militärische Entspannung in Frage. Es würde doch überhaupt nichts bringen, wenn vor der Friedensdemagogie der Herrschenden gewarnt würde; stattdessen sollte lieber etwas ,,Positives" formuliert werden.

Auch in dieser Frage war von Kompromißbereitschaft wenig zu spüren; ein ,,Kompromißantrag" aus Hannover versuchte die gesamten umstrittenen Fragen herauszulassen und formulierte nur kurz: ,,*Frieden und Sicherheit sind dauerhaft nur jenseits von Rüstung und Abschreckung möglich. Hauptforderung der DFG/VK ist daher die weltweite und vollständige Abrüstung.*" Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt — mit 110 zu 118 Stimmen.

Die Debatte wurde dann in altbekannter Manier per Geschäftsordnungsantrag abgebrochen; die Vorlage der Programmkommission wurde im wesentlichen angenommen. Gegen den Abbruch dieser wichtigen Auseinandersetzung per GO-Antrag protestierten die Lüneburger; wer jetzt wieder die Debatte abwürgen würde, betreibe die Spaltung der DFG/VK. Mannhardt wies den Vorwurf des ,,Abwürgens" selbstverständlich zurück: Wer sich abgewürgt fühle, hätte sich ja schließlich am Programmseminar beteiligen können! Ja, das ist wahre Demokratie!

Bei der nächsten Frage ging es um die Frage der Opposition in den ,,realsozialistischen" Staaten. Einige wollten — im Zusammenhang mit Aussagen über die Entstehung von Nato und Warschauer Pakt — eine Verurteilung der innenpolitischen Repression mit angesprochen wissen. Ihr Vorschlag für das neue Programm: ,,*Gleichzeitig hält sowohl in den Nato-Staaten als auch in den Staaten der WVO die Hochrüstung unvermindert an. Innersystemare Opposition wird als Agentur des jeweiligen anderen Systems gebrandmarkt und verfolgt.*" Ein Teil des Bundesvorstands wollte dies nur im Falle der Kriegsdienstverweigerer, aber nicht für politische Opposition zugestehen.

Als letzter interessanter Punkt der Programmdebatte wäre zu nennen: Wie hält es die DFG/VK mit den Totalverweigerern? In der Praxis unterstützen wohl die meisten Gruppen die Totalverweigerer vor Ort, doch lag von der Programmkommission ein Vorschlag vor, mit dem die Unterstützung auf Totalverweigerer eingeschränkt werden sollte, ,,*die bereit sind, einen alternativen, nicht staatlichen Friedensdienst zu leisten.*" Diese verdienten ,,*Respekt und Unterstützung; sie erhalten die Hilfe und Solidarität der DFG/VK.*"

Es ist schon unglaublich, wie sich eine solche Borniertheit gegenüber Antimilitaristen, die von massiven Repressionen betroffen sind, in der Programmkommission durchsetzen konnte: Wir unterstützen nur diejenigen, die politisch auf unserer Wellenlänge schwimmen — Solidarität ist teilbar! Die Vorlage der Programmkommission wurde in der Diskussion auf dem Kongreß sogar noch verteidigt — mit dem ,,Argument", daß den Kriegsdienstverweigerern sonst zu leicht
sion wurde in der Diskussion auf dem Kongreß sogar noch verteidigt — mit dem ,,Argument", daß den Kriegsdienstverweigerern sonst zu leicht
,,Drückebergerei" vorgeworfen werden könnte. An diesem Punkt allerdings konnte — vor allem durch das Engagement einiger ZD-Referenten — noch einmal das Schlimmste verhindert werden, was die DFG/VK bei vielen Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden sicher völlig unglaubwürdig gemacht hätte: Die Vorlage der Programmkommission wurde abgelehnt und jedem Totalverweigerer die Unterstützung der DFG/VK zugesichert.

„Sinnvoller Zivildienst" inzwischen Utopie

Nicht unerwähnt bleiben soll hier, daß der Zivildienst und KDV-Teil im Programm auf Vorschlag der Zivildienstreferenten inzwischen sehr realistisch formuliert wurde. Nur der Vorspann und die Überschrift ,,*Für Friedensdienst — gegen allgemeine Dienstpflicht*" erinnert noch an die alte Parole nach einem ,,*sinnvollen Zivildienst*". Ein solcher Dienst unter Kontrolle von Kriegsdienstgegnerorganisationen und Gewerkschaften wurde noch auf dem letzten Kongreß für ,,*durchsetzbar*" erklärt (s. AK 139). Inzwischen heißt es dazu im Programm, daß davon — nach dem ,,*skandalösen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom April 1978 — nicht einmal mehr auf dem Papier die Rede*" sei, bzw. diese Vorstellung ,,*Utopie geblieben*" sei.

Die staatliche Dienstverpflichtung sei vielmehr eine ,,*zivile Komponente eines militärischen Konzepts der Gesamtverteidigung*". Dazu ist anzumerken, daß die DFG/VK bei den Streikaktionen der Zivildienstleistenden gegen dieses Urteil (im Frühjahr 1978) ihre Unterschrift verweigerte, weil dort nur die Parole ,,Kampf dem Arbeitsdienst" und nicht die nach einem ,,sinnvollen Zivildienst" zusätzlich auftauchte (der Brief von Günther Knebel im Auftrag der DFG/VK ist großteils abgedruckt in AK 126, S. 42). Hier hat sich angesichts der Verschlechterungen im Zivildienst also ein Stückchen mehr Realismus durchsetzen können.

Die Vorstandswahl

Der alte Vorstand stellte sich wieder geschlossen zur Wahl — mit Ausnahme von Eva-Maria Bannach-Epple. Zwei Referate wurden bei der Wahl nicht mehr besetzt: Friedensforschung/Friedenserziehung und ,,Organisation"; ein neues Referat ,,Frauen und Militär" wurde eingerichtet. Zu keinem der Kandidaten gab es irgendwelche Gegenkandidaten; es ging also im wesentlichen um die Kandidatenbefragung und die anschließende Bestätigung. Die Befragung wurde gleich mit Zündstoff eingeleitet: Ein radikaler Pazifist forderte Rolf Breuch, Abrüstungsreferent und DKP-Mitglied, auf, auf seine Kandidatur zu verzichten, da seine Stellungnahme zu Afghanistan in der ,,Zivilcourage" mit Pazifismus nicht zu vereinbaren sei. Befragt wurde Breuch auch noch zu seiner Haltung gegenüber Totalverweigerern. Die Auseinandersetzung verlief — leider — wieder einmal nach dem gleichen Muster: die Verteidiger von Breuch meinten, dies sei eine Aufforderung, die der Ausgrenzung von Kommunisten aus dem Verband und aus dem Bundesvorstand gleichkomme; Breuch wurde aufgefordert, deswegen nicht inhaltlich hierzu Stellung zu nehmen. Es wurde sogar auf seine langjährige Mitgliedschaft im Bundesvorstand hingewiesen — vielleicht doch eher ein Argument, ihn endlich mal abzuwählen?! Interessant war, daß hier zum ersten und einzigen Male von seiten der Vorstandsmehrheit auf das ,,Minderheitenrecht" und die Notwendigkeit des ,,Pluralismus" in der Organisation hingewiesen wurde. Auch DKPler/Kommunisten müßten als ,,Minderheit" im Vorstand vertreten sein; viele hätten sich mit Breuchs Artikel solidarisiert. Breuch wurde schließlich mit relativ wenigen Stimmen wiedergewählt — 166 dafür, bei 58 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen.

Christina Thomas (Referat Frauen und Militär) wurde vor allem nach ihren Vorstellungen für dieses neue Referat befragt. Sie sieht sich vor allem als Kontaktperson zur Frauenbewegung (wobei sie betonte, daß es für sie d i e Frauenbewegung nicht gebe). Sie will sich bemühen, zusammen mit Eva-Maria Bannach-Epple überall dort, wo es möglich ist, zu gemeinsamen Aktivitäten zu kommen. Sie sieht es auch als wichtige Aufgabe an, innerverbandlich die Position der sehr wenigen Frauen zu stärken und auszubauen. Wie die Debatte um die Rechenschaftsberichte des Vorstands schon erkennen ließ, mußte sich Gregor Witt zu seiner weiteren Arbeit in der ,,DFG/VK-intern" noch einmal kritische Fragen gefallen lassen: Jochen
Lange (Westberlin) stellte die Forde-
zu seiner weiteren Arbeit in der ,,DFG/VK-intern" noch einmal kritische Fragen gefallen lassen: Jochen
Lange (Westberlin) stellte die Forderung, daß innerverbandliche Auseinandersetzungen in Zukunft ein viel stärkeres Gewicht bekommen müßten; außerdem sprach er sich gegen eine ,,Hofberichterstattung" aus — er plädierte für eine solidarische Berichterstattung; vom ,,Bayernkurier" bis hin zum ,,Arbeiterkampf" sei eine Pressezusammenstellung für die antimilitaristische Arbeit interessant, und eben nicht nur aus bestimmten, ausgewählten Zeitungen. Als drittes forderte er, daß alle Beiträge von DFG/VK-Mitgliedern abgedruckt werden müßten.

Uli Thiel (Baden-Württemberg) forderte, genauere Kriterien zu definieren, was in der ,,intern" abgedruckt werden solle und was nicht. Außerdem sprach er sich (ebenso wie die Kieler) für eine Erweiterung der Redaktion aus.

Gregor Witt stellte zunächst einmal fest, daß er keine Versprechungen machen wolle; die Kritik wegen Zensur und einseitiger politischer Ausrichtung der Pressezusammenstellung wies er zurück. Er will beim Abdruck von Stellungnahmen weiterhin (?) ,,großzügig" sein, Nicht-Abdruck sei die Ausnahme gewesen, so sollte es auch bleiben. Beim Dokumentationsteil meinte er, daß er nicht mehr leisten könne, als die ,,UZ" und die ,,Welt" auszuwerten — und als ,,UZ"-Fan wolle er die ,,UZ" nicht unter den Tisch fallen lassen, die sei ,,seiner Meinung nach seriös". Er sicherte schließlich zu, daß er demnächst ein Konzept für die ,,intern" vorlegen werde.

Wie Gregor Witt wurden auch alle anderen BV-Mitglieder wiedergewählt, außer Witt und Breuch alle mit überwältigender Mehrheit, teilweise mit über 200 Stimmen.

„Ich jedenfalls fühle mich von diesem Programm nicht mehr repräsentiert!"

... Diese Feststellung gilt nach dem Wittener Programmkongreß mit Sicherheit für eine Vielzahl von DFG/VK-Mitgliedern. Die DFG/VK kann den selbstgesetzten Anspruch, eine pluralistische Organisation von Kriegsdienstgegnern zu sein oder, wie es in der Präambel heißt, ,,*eine unabhängige Vereinigung von Menschen verschiedener Weltanschauungen und unterschiedlicher politischer Auffassungen ...*" von ihren inhaltlichen programmatischen Aussagen her nicht (mehr) erfüllen. Betrachtet man alle kontroversen Fragen, so stimmten immer relevante Minderheiten gegen die jetzt verabschiedeten Programmaussagen. Mit Berücksichtigung der 'Wechselwähler' kann man durchgehend von einem Stimmenverhältnis von 90 zu 130 ausgehen – plus/minus 20, vielleicht auch mal 30 Stimmen. Es ist durchaus möglich, daß auf Mitgliederebene die Opposition gegen das jetzt verabschiedete Programm noch größer ist.

Unter der Überschrift ,,Nach Kontroversen ein gemeinsames Programm" meint hingegen die ,,tat" (28.11.80): ,,*Der Wille, eine gemeinsame, für alle tragbare Programmatik zu formulieren, war bei der großen Mehrzahl der Delegierten deutlich zu spüren*".

Unserer Meinung nach ist das genaue Gegenteil der Fall: Von der Mehrheit der anwesenden Delegierten, inklusive dem Bundesvorstand, wurde bei keiner einzigen Kontroverse ernsthaft versucht, Formulierungen zu finden, die möglichst allen unterschiedlichen Positionen im Verband gerecht geworden wären. Inhaltlich wichtige Kontroversen wurden des öfteren mit Geschäftsordnungstricks abgewürgt, die Minderheitenpositionen per Abstimmung ausgeschaltet.

Rüdiger Walter (Westberlin) faßt das Ergebnis von Witten so zusammen: ,,*Das Programm, das in Witten beschlossen wurde, ist – zumindest eingedenk der Art des Zustandekommens – k e i n Minimalkonsens: Es ist vielmehr eine programmatische Ausgrenzung einer Minderheitenposition in der DFG/VK ... Die Ideologie, verschiedenste politische Strömungen zu repräsentieren, wird sich die DFG/VK auf der Grundlage dieses Programms abschminken müssen – es sei denn, die Vertreter der tonangebenden Richtung beharren darauf, jene Banalität, gegen den Krieg zu sein, sei Minimalkonsens genug ...*"

Es wäre sicherlich verfehlt, von einer einheitlichen Opposition innerhalb der DFG/VK zu sprechen. In der Ablehnung der Mehrheitslinie treffen sich allerdings an vielen Fragen Pazifisten (mit teilweise antikommunistischen Positionen), Radikalpazifisten und Sozialisten. Diese Übereinstimmung hat sich auf dem Wittener Kongreß in den vielen kon-
kommunistischen Positionen), Radi-
kalpazifisten und Sozialisten. Diese Übereinstimmung hat sich auf dem Wittener Kongreß in den vielen kon-
troversen Abstimmungen immer wieder konkret gezeigt, ohne daß es vorher auf breiterer Ebene den Versuch einer Koordination, einer Absprache über ein gemeinsames Vorgehen – nicht einmal in Bezug auf demokratische Minderheitenrechte – gegeben hätte. Dieser Mangel an Zusammenarbeit und auch Auseinandersetzung innerhalb der DFG/VK-Opposition wurde – wieder einmal – deutlich bei den Vorstandswahlen, wo auf die Schnelle keine personelle Alternative zu den bisherigen BV-Mitgliedern zu finden war, vor allem, weil es eine völlig unvorbereitete Kandidatur ohne politisches Konzept geworden wäre.

Es bleibt zu hoffen, daß sich dies bis zum nächsten Bundeskongreß ändert. Vielleicht ist es ja ein erster Schritt dorthin, wenn Rüdiger Walter zum Aufbau eines ,,radikalpazifistischen, undogmatischen Basisforums" als Diskussionsorgan für die Opposition aufruft und anregt, mit allen Interessierten ein gemeinsames Treffen zu machen.
(,,Südwest-Kontakte" 5/80)
Kontaktadresse: Rüdiger Walter, Hochstr. 44, 1000 Westberlin 65

Eine Genossin aus Nürnberg und zwei Hamburger

ARBEITERKAMPF-Artikel zur DFG/VK:

AK 123 S. 1/2
AK 124, S. 12, S. 62 DFG/VK-Vorstoß: ,,Entspannungsfeinde" in der SOdZDL!?
AK 126, S. 12: ,,Bravo! DFG/VK für Russell-Tribunal." S. 62: ,,DFG/VK kneift" und ,,Bundesvorstand wittert KB-Drahtzieher in der SO"
AK 129, S. 27: ,,Es knistert in der DFG/VK"
AK 139, S. 37/8 ,,DFG/VK—Bundeskongreß 1978"
AK 180, S. 12/3 zum DFG/VK-Jugendfestival

Rüstungsriese mit Regierungshilfe

Relativ unbeachtet von der Öffentlichkeit ist vor zwei Monaten in der BRD ein „neuer" Rüstungskonzern entstanden, der die eh schon ganz beträchtlichen Dimensionen der westdeutschen Rüstungsindustrie noch um einiges in den Schatten stellt: Gemeint ist die Fusion von Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) und den Vereinigten Flugtechnischen Werken Fokker GmbH (VFW).

Hochzeit der Giganten

Mit einem Gesamtumsatz von 1,8 Mrd. DM (1977), davon 60 % Rüstungsanteil – was ca. 1.080 Mio DM/Jahr entspricht – und mit über 20.000 Beschäftigten war MBB bereits vor der Fusion der BRD-Konzern mit dem höchsten Rüstungsumsatz („Forum Europa" 1 – 2/79, nach Angaben der „Wirtschaftswoche").

1978 betrug der Gesamtumsatz bereits über 2 Mrd. DM, davon über 70 % aus Staatsaufträgen („Stern", 25.1.79), 1979 schon 2,6 Mrd. DM („FR", 15.3.80) und 1980 wurde die 3 Mrd.-Grenze überschritten (‚FAZ", 1.10.80). Zur Produktion von MBB gehören u.a. die Panzer- und Flugabwehrraketen Kobra, Mamba, Milan, HOT und Roland, der Panzerabwehrhubschrauber BO-105, Teile des MRCA Tornado, Bomben, Forschungs- und Anwendungssatelliten, technisch-logistische Unterstützung für Starfighter und Phantom der Bundeswehr- und Nato-Luftwaffen. Teilweise handelt es sich dabei um Gemeinschaftsprojekte mit anderen europäischen Ländern. Zu den Besitzern von MBB gehören u.a. : die Stadt Hamburg (20,25 %), die bayrische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (17,25 %), der Freistaat Bayern (7,8 %), die Messerschmidt-Stiftung (11,5 %) und die ABM-Beteiligungsgesellschaft (Allianz und Bosch) mit 12 %; über die Bundesländer ist der Staat also mit über 40 % beteiligt. Vorstandsvorsitzender ist bezeichnenderweise auch der bayrische Finanzminister Streibel („FR", 15.3. 80).

Etwas kleiner war die VFW. Sie hatte '78 einen Gesamtumsatz von 1,7 Mrd DM, davon ca. 1 Mrd im Rüstungssektor (etwa 60 %) und 17.500 Beschäftigte. Damit war sie der BRD-Konzern mit dem zweitgrößten Rüstungsumsatz. Zu ihren Produkten gehören u.a. Transall-Transportflugzeuge, Hubschrauber, Flugabwehr (Seasparrow), Minenjagdsystem Pinguin (nach „Forum-Europa", s.o.). Bei verschiedenen Systemen hatte es in den letzten Jahren bereits eine enge Kooperation mit MBB gegeben. Daß hinter dieser Fusion vor allem staatliche Interessen stehen, wird bei einem kurzen Rückblick auf einige Stationen des Wegs zur „Hochzeit" deutlich.

Die Regierung greift ein

„Die Zusammenführung der beiden

Die Regierung greift ein

„Die Zusammenführung der beiden

Unternehmen war von der Bundesregierung schon vor Jahren gewünscht worden" („Wehrtechnik", WT, 1/80). Entsprechend zielstrebig ging sie auch vor:

Schritt 1: Ursprünglich gehörten 50 % der Anteile an VFW dem niederländischen Unternehmen Fokker. Die Firma stieg Ende 79 nach *„viel guten Worten und noch mehr Geld"* („FR", 15.3.80) aus. *„Das Problem, so sickerte durch, sei auf Regierungsebene gelöst worden"* („Spiegel", 50/80). Der Bundeswirtschaftsminister hatte vorher schon angekündigt, daß er eventuelle kartellrechtliche Bedenken und Einsprüche mit einer Ausnahme-Genehmigung ausräumen würde („FR", 15.3.80).

Schritt 2: Nach dem Ausstieg von Fokker blieb noch der US-Mischkonzern United Technologies im Rennen. „Die von dem ehemaligen Journalisten H. Gray und dem ehemaligen NATO-Oberbefehlshaber General Alexander Haig gesteuerte Firma" („Spiegel", 50/80) hielt 26,4 % und hatte zudem ein Vorkaufsrecht auf den Krupp-Anteil von 35,2 %. Krupp konnte also nicht direkt an MBB verkaufen und General Haig & Co. hätten die Fusion verhindern können. *„Erst ein Besuch von Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff in USA und eine Visite der UTC-Manager in Deutschland überzeugten Gray und Haig davon, daß ein Minianteil an MBB nichts bringe. UTC gab seine Anteile an Krupp ab"* („Spiegel", 50/80). Also alles in deutscher Hand.

Schritt 3: Das Sträuben der VFW-Leitung und des Bremer Senats, die vor ihrer Zustimmung gesichert haben wollten, daß zentrale Schaltstellen des Unternehmens in Bremen bleiben, wurde von der Bundesregierung kurzerhand mit einem schlichten Erpressungsmanöver beantwortet. Sollte bis zum 1.12.80 keine Einigung zustande kommen, würde der schon zugesicherte 300-Millionen-DM-Kredit für die Entwicklung des Airbus gesperrt. Daraufhin war dann alles klar.

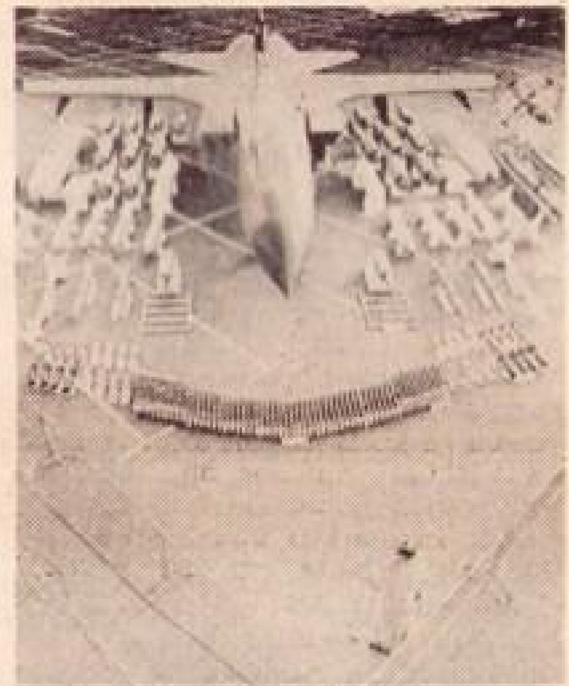
Formal wurde die VFW von MBB aufgekauft. Die bisherigen Eigner (Bremen und Krupp) erhielten zusammen 10 % der Anteile des neuen Unternehmens. Entstanden ist ein Rüstungsriese mit einem erwarteten Jahresumsatz von über 4 Mrd. DM, über 35.000 Beschäftigten und vor allem mit maßgeblichem Einfluß auf die Entwicklung der westdeutschen und westeuropäischen Luft- und Raumfahrtindustrie.

„Bestseller aus Bayern"

Um die Bedeutung der Fusion etwas deutlicher zu machen, zunächst ein kurzer Blick auf die bisherige Produktion der beiden Unternehmen.

Der Hubschrauber BO 105 (MBB)

„In seiner Konzeption ist der BO-105 auf dem Weltmarkt praktisch ohne Konkurrenz: schnell (rund 230 Stundenkilometer), gut manövrierfähig und blindflugtauglich" („Stern"). Von dem „Bestseller aus Bayern" sind bereits mehrere hundert in alle Welt verkauft. *„Die Militärversion des BO 105 ist bisher erst in eine geringe Zahl von Ländern geliefert worden (Bestellungen aus 6 Ländern, darunter Nigeria, Philippinen). Aber auch die ‚zivile Version' wird in großem Umfang zu militärischen und polizeilichen Zwecken verwendet, so zum Beispiel in Chile"* („Aufzurüsten um abzurüsten?" Studiengruppe Militärpolitik, S. 275).



Roland, HOT, Milan (MBB)

Alle drei sind international beliebte und begehrte Panzerabwehrraketen, die in Koproduktion mit der französischen Firma Aerospatiale hergestellt werden. Da Frankreich keine Exportbeschränkungen kennt, finden die Raketen weite Verbreitung: *„Milan exportiert in mehr als 16 Länder (Stand Anfang 78), darunter 11 Nicht-NATO-Länder, zum Beispiel auch Südafrika, jüngst auch in den Libanon, und sollen demnächst an*

Nicht-NATO-Länder, zum Beispiel auch Südafrika, jüngst auch in den Libanon, und sollen demnächst an

die VR China gehen. HOT in sieben Länder exportiert, darunter Kuweit, wird auch in die VR China exportiert werden, Roland wird in den USA und Brasilien nachgebaut werden" („Aufzurüsten...", S. 273).

Airbus (MBB und VFW)

„Mit 449 Bestellungen für die beiden Versionen A 300 und A 310 ist das Airbus-Konsortium nach Boeing der zweiterfolgreichste Flugzeugverkäufer auf dem Weltmarkt" („SZ", 7.12. 80). MBB und VFW sind am Bau mit 45 % beteiligt („Konkret", 1/80). Offiziell wird der Airbus zwar als Zivilflugzeug gehandelt und eingesetzt, er gehört aber durchaus in die „Grauzone", in der eine exakte Trennung nicht möglich ist: *„Gleichzeitig (nachdem Südafrika 4 Airbus gekauft hatte) berichtet die Pariser Zeitung ‚Le Monde', daß Pretoria mit der französischen Regierung über eine militärische Version des Airbus verhandle... zur Betankung von Düsenjägern in der Luft und zum Verwundetentransport. Die Bundesregierung erklärte tapfer gegenüber der OAU: ‚Eine militärische Version des Airbus... gibt es überhaupt nicht'"* („Konkret", 1/80).

MRCA Tornado (MBB u. VFW)

Der Tornado ist eine Gemeinschaftsproduktion der BRD mit Italien und Großbritannien. In der Systemführungsgesellschaft „Panavia" sind – entsprechend ihrem Entwicklungskostenanteil – vertreten: MBB und VFW mit 42,5 %, die British Aircraft Corporation (BAC, Staatsunternehmen) mit 42,5 % und Airitalia mit 15 % (IPW 7/75).

Welche Bedeutung diesem Projekt zugemessen wird, mag folgendes Zitat verdeutlichen: *„Sie (die Panavia) wird demnach auch nach 1982 nicht in der Versenkung verschwinden. Sie sieht sich im Gegenteil als exemplarischer europäischer Zusammenschluß, gleichsam als Präzedenzfall für eine echte EWG-Zusammenarbeit"* („Handelsblatt", 3.3.71).

Europarakete Ariane

Nach mehreren Fehlstarts gelang im Dezember 79 erstmals der Start dieser von 10 europäischen Staaten gebauten Koproduktion. Federführend war Frankreich, das 63,8 % der Entwicklungskosten trug, die BRD war mit 20 % zweitgrößter Partner, der Anteil der anderen 8 Länder liegt dementsprechend mehr im Bereich des Symbolischen. *„Die gesamte zweite Stufe wurde von ERNO-Raumfahrttechnik (Bremen) integriert"* („GT", 27.12.79). ERNO ist eine hundertprozentige Tochter von VFW.

Kommentar von MBB-Chef Madelung – ebenfalls mit im Geschäft: *„Diese Leistung habe nicht nur zur Sicherung der Arbeitsplätze bei MBB und zum Umsatz beigetragen, sondern auch dazu geführt, daß Europa nunmehr über eine eigene Trägerrakete verfüge. Diese sei auch für den Start von Raumfahrzeugen, an denen MBB maßgeblich beteiligt sei – wie Meteosat II, Intelsat V, Exosat und TV-Sat –, von entscheidender Bedeutung"* („GT", 27.12.79). Daß solche Satelliten nicht nur für Fernsehübertragungen und Wettervorhersage interessant sind, sondern wichtige Aufgaben in der Spionage und Aufklärung erfüllen, in ihrer weiterentwickelten Form als „Killersatelliten" sogar direkte Kampfaufgaben haben können, ist nicht neu. Nicht zu übersehen ist auch hier der Versuch westeuropäischer Staaten, allen voran BRD und Frankreich, eigene Technologie zu entwickeln und zu erproben, bis hin zur offenen Konkurrenz zu den USA. *„Es ist das erste Mal, daß Westeuropa in der Lage ist, die USA im Raketenbusiness zu attackieren"* („Spiegel", 24.9.79). Darüber hinaus betreibt die ERNO auch den Bau des Spacelab-Weltraumlabors („Spiegel" 50/80).

Euromissile

Dieser Firma, die im Grunde aus nicht mehr als einem Büro mit 130 Angestellten besteht, gelang 1978 immerhin ein stolzer Umsatz von fast 1 Mrd. DM! Das Geheimnis des Erfolges: das Büro ist lediglich für den Verkauf von Waffen, insbesondere von Raketen, zuständig; die Produktion dieser Raketen läuft in den Werkshallen der beiden Besitzer von Euromissile: dem französischen Aerospatiale und MBB! Verkauft werden Waffen, die je zur Hälfte aus französischen und westdeutschen Komponenten bestehen – gefertigt bei MBB oder entsprechenden Unterauftragnehmern – u.a. die oben bereits erwähnten Welthits Milan, HOT, Roland. Euromissile hat natürlich seinen Sitz in Frankreich, was den weltweiten Export enorm vereinfacht.

Panavia und Euromissile werden als die bisher am weitesten fortge-

weiten Export enorm vereinfacht.
Panavia und Euromissile werden als die bisher am weitesten fortge-

schrittenen Projekte der westeuropäischen Rüstungsintegration eingeschätzt, die sich bisher im wesentlichen auf den Luft- und Raumfahrtsektor konzentriert. In beiden Fällen sind die BRD-Firmen MBB und VFW – und damit auch die Bundesregierung über Beteiligung und Auftragsvergabe – an führender Stelle beteiligt.

Wie weit dieser Prozeß der Rüstungsintegration bereits fortgeschritten ist, mag der folgende Überblick über gemeinsame Rüstungsprojekte westeuropäischer NATO-Staaten belegen. Dabei sind nur die Projekte aufgeführt, an denen auch MBB und VFW beteiligt sind:

- Tornado: BRD, GB, Italien; Stand der Kooperation: Beginn der Serienproduktion
- Schulflugzeug C 101: BRD, Spanien; Entwicklung für die spanischen Luftstreitkräfte
- Transportflugzeug Transall: BRD, Frankreich; Neuauflage der Produktion von Anfang der 60er Jahre
- Panzerabwehrhubschrauber PAH 2: BRD, Frankreich; Beginn der Konzeptionsphase
- Luft-Schiff-Lenkflugkörper Kormoran: BRD, Frankreich; Versuche 74 beendet
- Panzerabwehrrakete Milan: BRD, Frankreich; Produktion und Export
- Panzerabwehrrakete HOT: BRD, Frankreich; Produktion und Export
- Seezielrakete: BRD, Frankreich, GB; in Planung
- Artillerie-Raketensystem RS 80: BRD, GB, Italien; Projektdefinitionsphase
- Fla-Raketenpanzer Roland: BRD, Frankreich; Produktion und Export

(„MIK-Geschäft mit dem Tode", DDR, S. 72)

Ein Ziel dieser Rüstungsintegration ist der Aufbau eigener technologischer Kapazitäten (die USA ist an keinem Projekt beteiligt) und daraus folgend auch die, teilweise offen erklärte Konkurrenz zu den USA. So erklärte der CDU-Abgeordnete C. Damm: *„Was uns Europäer angeht, so muß eines klar werden: unsere bisherigen Kooperationserfolge hängen am seidenen Faden... Das MRCA ist technologisch und militärisch ein großer Wurf... Wohl aber kann ich mir gut vorstellen, daß amerikanische Konkurrenten der europäischen Luftfahrtindustrie nur darauf warten, daß den Europäern die Luft ausgeht ... Wer vom Kuchen des transatlantischen Rüstungsmarktes etwas abhaben will, muß sich am Leistungsstandard der amerikanischen Industrie messen lassen"* („Europ. Wehrkunde" 12/79).

Der zweite Aspekt besteht in dem Versuch, das NATO-Waffenarsenal zu vereinheitlichen und zu standardisieren. Die Vielzahl von Modellen und Systemen soll begrenzt, doppelte Entwicklungs- und Forschungskosten gestrichen werden, die NATO-Kriegsmaschinerie reibungsloser und einheitlicher laufen. Nur logisch, daß die einzelnen Staaten alles tun, um für die jeweilige nationale Industrie einen möglichst großen Anteil am Kuchen zu sichern. *„Die Notwendigkeit zur Schaffung eines deutschen Großunternehmens der Luft- und Raumfahrtindustrie entstand aus dem Zwang, bei bi- und multilatera-*

Großunternehmens der Luft- und Raumfahrtindustrie entstand aus dem Zwang, bei bi- und multilatera-

len Programmen mit ausländischen Partnern verhandeln zu müssen, die als Staatsmonopolisten immer das Gewicht und die Rückendeckung ihrer Regierung einbrachten" („WT", 1/81).

Dessen war sich die BRD schon länger bewußt: *„In vielen Fällen beschränkte sich der westdeutsche Staatsapparat nicht darauf, bloß Rahmenbedingungen für den Konzentrationsprozeß zu schaffen, sondern griff selbst aktiv in den Monopolisierungsprozeß ein bzw. stimulierte Fusionsvorgänge. Ende 1968 entstand z.B. durch die Fusion der Messerschmidt AG und der Bölkow GmbH ein Flugzeugkonzern, die Messerschmidt-Bölkow GmbH, die mit einer Beschäftigtenzahl von damals über 12.300 und einem Gesamtumsatz von 525 Mio DM die Ausgangsbasis einer nationalen Luft- und Raumfahrtindustrie gegenüber der übermächtigen ausländischen Konkurrenz bilden sollte. 1971 rückte der Messerschmidt-Bölkow-Blohm-Konzern mit einem Umsatzvolumen von 1,173 Mrd. DM unter die 50 umsatzstärksten Unternehmen der BRD vor. Am Zustandekommen der Fusion war die Bundesregierung unmittelbar beteiligt, denn sie drohte mit dem Entzug der staatlichen Aufträge, falls der Zusammenschluß nicht erfolge. Bei einem Anteil der Rüstungsproduktion von rund 80% an der Gesamtproduktion der Unternehmen konnten sich die Konzerne nicht der Fusion entziehen"* (Axt: „Staat, multinationale Unternehmen..", S.255). Der Aufbau eines international konkurrenzfähigen nationalen Luft- und Raumfahrtunternehmens ist also äußerst zielstrebig von der BRD-Regierung vorangetrieben worden und hat mit der Fusion MBB-VFW vorläufig seinen Höhepunkt erreicht. Mit 35.000 Beschäftigten und einem erwarteten Jahresumsatz von 4 Mrd. DM, starkem staatlichen Einfluß (über die Länder Bayern, Hamburg, Bremen sowie über die Kreditvergabe) kann der neue MBB-Konzern da durchaus mithalten. Zum Vergleich: die größten westeuropäischen Konkurrenten sind der französische Staatsbetrieb Aerospatiale mit 33.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 4,7 Mrd.DM und die ebenfalls staatliche englische BAC mit 73.000 Beschäftigten und 4,5 Mrd.DM Umsatz. Der größte und einzige BRD-Konkurrent Dornier liegt mit 6.700 Leuten und 723 Millionen DM Umsatz (für '77) weit hinten.

„Ein weit über die Jahrtausendwende reichendes Milliardengeschäft"

Der nächste Großauftrag für den neuen Riesen ist auch schon in Sicht: Derzeit wird als Nachfolger für MBB's BO 105 ein neuer Panzerabwehrhubschrauber geplant, der PAH 2. *„Sie (die Vertreter von MBB) möchten der NATO einen Hubschrauber verkaufen, der vom Rad bis zum Rotor völlig neu entwickelt wird. MBB ist gemeinsam mit dem französischen Staatsunternehmen Aerospatiale an der Arbeit. Der Bedarf der deutschen und französischen Armee wird auf rund 350 Maschinen beziffert. Jeder PAH 2 wird mindestens acht Millionen DM kosten ...*

Armee wird auf rund 350 Maschinen beziffert. Jeder PAH 2 wird mindestens acht Millionen DM kosten ...

Deshalb wird jeder Versuch der Briten und Amerikaner, sich in das PAH-Geschäft zu drängen, mit doppelter Erbitterung von deutscher Seite abgewehrt." („GT", 27.5.80). („GT" = „Göttinger Tageblatt")

Antimil-Kommission
KB Göttingen

Aufruf: Bundesweites Instandbesetzertreffen 28.•29.3. in Münster

In der Bundesrepublik spitzt sich die Wohnungsfrage immer mehr zu. Es fehlen über 1 Millionen Wohnungen. Jährlich kommen 100.000 hinzu. Zig tausend Menschen unseres Landes sind auf Wohnungssuche. Die Mietpreise steigen, insbesondere in den Ballungszentren und Großstädten ins Uferlose. Die zuständigen Experten in Bund, Ländern und Gemeinden reagieren hilflos auf die wachsende Wohnungsnot, obwohl hunderttausende Wohnungen leerstehen. Sie gehören Spekulanten, die die Notlage auf dem Wohnungssektor schamlos ausnutzen, um mit dem lebensnotwendigen 'Gut Wohnraum' die Geschäfte ihres Lebens zu machen.

Wo überhaupt noch Wohnraum neu gebaut oder modernisiert wird, geschieht dies nach den inhumanen Gesetzen des Profits. Es entstehen menschenunwürdige Betonsilos, die zur Vereinzelung und Isolierung der Bewohner führen, Kommunikationsstrukturen töten und die Städte veröden lassen.

Das hat neben dem Mangel an ausreichendem Wohnraum zu einer allgemeinen Minderung der Lebensqualität geführt.

Es gibt jedoch immer mehr Bürger in unserem Land, die dem rücksichtslosen Treiben der Spekulanten, „Gemeinnützigen" Wohnungsgesellschaften, der Zerstörung unserer Innenstädte nicht länger tatenlos zuschauen. Insbesondere die Jugend unseres Landes macht ihren Anspruch auf sinnvollen Lebensraum geltend.

Von der Wohnungsnot Betroffene besetzen immer häufiger leerstehende Häuser, um das Menschenrecht auf Wohnen in die Tat umzusetzen. Die Sympathie und die Unterstützung durch breite Kreise der Bevölkerung wächst ständig.

Der Staat reagiert mit offener Gewalt: Göttingen, Freiburg und Berlin sind nicht die einzigen mahnenden Beispiele! Di Polizei geht in der Regel mit brutaler Gewalt gegen die Instandbesetzer vor und prügelt sie aus den, meist schon mit viel Mühe instandgesetzten Häusern. Dem Gesetz soll zum ‚Recht'

schön mit viel Mühe instandgesetzten Häusern. Dem Gesetz soll zum ‚Recht'

verholfen und das ‚Eigentum' geschützt werden; die Grundsätze der Verfassung, wo es heißt: „Eigentum verpflichtet. – Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen" (GG Art. 14, Abs. II), bleibt hintenan. Demgegenüber werden die die von ihrem Recht auf Wohnen Gebrauch machen, kriminalisiert, inhaftiert und zu hohen Geldstrafen verurteilt.

Der Widerstand gegen die herrschenden Zustände muß jedoch, wenn er erfolgreich sein soll, noch massiver werden als bisher! Deshalb rufen wir alle bisherigen, gegenwärtigen und zukünftigen Instandbesetzer, Initiativen für Wohnraum, Kommunikationszentren und Jugendzentren, sowie alle Menschen, die gemeinsam mit uns gegen Wohnungsnot und Wohnraumzerstörung vorgehen wollen, nach Münster zum

Bundesweiten Instandbesetzertreffen am 28./29.3. in Münster

Hausbesetzer aus Münster, Osnabrück, Berlin, Bochum, Detmold, Hamm, Iserlohn, Essen, Coesfeld, Nürnberg, Bielefeld, Aachen und Solingen

Kontaktadresse:
Willi Welker, Hammer Straße 37
4400 Münster
Tel.: 0251 518143

Nähere Informationen werden noch bekannt gegeben!

Bamberg: E-Werk besetzt und geräumt
Geschichte einer Hausbesetzung

Normalerweise kann Bamberg nicht als eine Hochburg der Rebellion bezeichnet werden. Trotzdem wurde am Samstag, dem 14.2., das alte E-Werk, das über 3 Jahre leerstand, besetzt. Denn auch in Bamberg hat sich, wie überall im Modell Deutschland, die Wohnungssituation so verschlechtert, daß die Instandbesetzung des alten Gebäudes als eine Form der Selbsthilfe gegen die Spekulantenwillkür notwendig wurde. Im E-Werk warten 30 gut erhaltene Zimmer darauf, als billiger Wohnraum hergerichtet zu werden. Außerdem stehen zwei große Hallen zur Verfügung, die für Kulturveranstaltungen genutzt werden könnten.

Eine alternative Freizeitgestaltung sowie eine alternative Kultur sind in Bamberg wegen der fehlenden Räumlichkeiten kaum möglich.

Hier hätte das E-Werk Abhilfe schaffen können. Außerdem wäre genügend Platz für Initiativen, wie z.B. Frauengruppen, Kinderstube oder auch handwerkliche Arbeitskreise dagewesen.

Besetzung und Räumung

Besetzung und Räumung

Wenige Stunden nach Beginn der Besetzung am Samstagmorgen um 7 Uhr stellte die Stadt gegen 10 Uhr den Strom ab. Im Laufe des Tages kamen dann mehrmals Stadträte verschiedener Fraktionen und auch zwei Bullen ins E-Werk. Oberbürgermeister (OB) Mathieu hatte bereits alle Besetzer/innen wegen Hausfriedensbruchs angezeigt, und die Bullen drohten mit Räumung. Das Angebot der Stadtverwaltung, ein unverbindliches Gespräch zwischen OB Mathieu und einer Delegation der Besetzer/innen unter der Bedingung der vorherigen freiwilligen Räumung zu führen, wurde von uns mit Empörung abgelehnt.

Wir hatten zwar von Anfang an Gesprächsbereitschaft signalisiert, waren aber nicht bereit, das Haus freiwillig zu räumen.

Obwohl allen klar war, daß die Räumung in Kürze stattfinden würde, herrschte unter uns während der ganzen Zeit recht gute Stimmung, die schlagartig vorbei war, als Sonntagmorgen um 7 Uhr mindestens 100 aus Nürnberg und Bamberg zusammengezogene Bereitschaftsbullen Türen und Fenster eintraten und das Haus stürmten.

Die Besetzer/innen hatten sich vorher auf völlige Gewaltfreiheit festgelegt und dies auch mehrmals öffentlich klargestellt.

Ein schleimiger Oberbulle forderte uns mit einem soften Grinsen auf, das Haus zu räumen, beziehungsweise keinen Widerstand zu leisten. Danach wurden die Leute einzeln festgenommen und zum Teil aus dem Haus geschleift. Das ganze wurde von einem Fototrupp der Bullen ausführlich gefilmt und fotografiert. Auf der Bullerei wurden alle Festgenommenen vernommen und erkennungsdienstlich behandelt. Am frühen Nachmittag ließen die Bullen die letzten von uns frei.

Leute bleibt heiter – Der Häuserkampf geht weiter

In den Tagen nach der Räumung informierten wir die Bamberger Bevölkerung. Bis jetzt konnten über Unterschriftenlisten über 1.000 Menschen gewonnen werden, die sich mit uns und unseren Zielen solidarisierten und die Kriminalisierung verurteilten.

Es kamen sehr viele Solidaritäts-Adressen bis weit aus dem „bürgerlichen Lager", vor allem auch kirchliche Gruppen und Würdenträger solidarisierten sich. Im negativen Sinne hervorgetan hat sich die Bamberger SPD und ihr 'linkes' Stadtratsmitglied (Sch)Weinsheimer, die sich lautstark von den Besetzer/innen und von ihren Zielen, insbesondere dem selbstverwalteten Kulturzentrum, distanzierten und den totalen Konfrontationskurs der Stadt (CSU) unterstützten.

Meldeten die Lokalpresse am Montag nach der Besetzung noch, daß die Besetzer/innen von der Bevölkerung

Besetzer/innen von der Bevölkerung

isoliert seien, mußte sie wenige Tage später schon von einer Solidaritätswelle sprechen. So wurden aus der Bevölkerung, besonders von alten Menschen, die ja von der Wohnraubpolitik sehr stark betroffen sind, über 70 Hinweise auf noch leerstehende Häuser in Bamberg an uns herangetragen. Immer wieder wurden wir zu neuen Besetzungen ermutigt und aufgefordert, uns von der Polizei nicht einschüchtern zu lassen.

Leere Häuser – Hohe Mieten lassen wir uns nicht länger bieten

Ein vorläufiger Höhepunkt nach der Räumung war die am Donnerstag darauf stattfindende Demonstration, an der über 800 Leute teilnahmen. Damit war diese Demo eine der größten, die Bamberg seit '68 erlebt hat. Die Bullen hatten 400 Bereitschaftsbullen zusammengezogen, waren auf der Demo selbst aber nur mit Spitzeln und Verkehrsbullen vertreten. Eine der Demoauflagen, nämlich in Dreierreihen zu marschieren, wurde angesichts der hohen Teilnehmerzahl ein Schuß nach hinten. Auf der Kundgebung erklärten wir nochmals unsere Forderungen und unsere Solidarität mit der gesamten Häuserkampfbewegung in der BRD und Westberlin.

Wir lassen uns nicht einschüchtern

In Bayern wird gegenüber Hausbesetzern die harte Linie gefahren. Originalzitate Tandler: *„Wir werden weder zulassen, daß sich Rechtsbrecher einen rechtsfreien Raum erkämpfen, noch daß die Polizei zum Freiwild brutaler Chaoten und Krawallmacher wird.*

Der Eskalation des Straßenterrors werde besondere Wachsamkeit gelten. Krawallverursacher sollen durch eine Demonstration der Stärke von vornherein wissen, was ihnen blüht" („FT", 20.2.81). Dazu sei an die Adresse von Herrn Tandler nur gesagt: Die nächste Hausbesetzung kommt bestimmt.

Bamberg, 25.02.81
Ein Hausbesetzer

Bamberg, 25.02.81
Ein Hausbesetzer



Eine runde Sache: Das 100. Haus in Westberlin besetzt

Herzlichen Glückwunsch. Am 28.2. wurden in Westberlin das 100. Haus und gleich noch drei weitere Häuser besetzt. Noch ist Wahlkampf-Zeit, und nicht zuletzt deshalb lehnte es wohl SPD-Polizeipräsident Hübner vor kurzem ab, ein besetztes Haus durchsuchen zu lassen. Es sei *„eine unkalkulierbare Eskalation der Gewalt zu befürchten"* („Welt am Sonntag, 1.3.81). Sein Wort in der Besetzer Ohren, denn wir glauben nicht so recht an „die Panne", die in der letzten Woche ein Polizeiaufgebot auf den Plan rief, das eine scheinbare neue Besetzung gewaltsam verhindern wollte. (Dabei hatten nur einige Leute in einem schon besetzten Haus einen Teil ihrer Klamotten nachgeholt.) — Also keine Eskalation der staatlichen Gewalt?

Der CDU-Spitzenkandidat von Weizsäcker hatte sogleich die SPD-Ablehnung der Durchsuchung als *„schwere Bedrohung des Rechtsfriedens"* bezeichnet (ebd.). Für den Fall eines CDU-Wahlsieges ist auf alle Fälle zu befürchten, daß der R e c h t s staat auch in den besetzten Häusern „wiederhergestellt" werden soll …

Ein Steinwurf weit von der Gerechtigkeit

Im Anschluß an die polizeiliche Räumung eines instandbesetzten Hauses kam es in der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember 1980 in Kreuzberg zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten, die mittlerweile Gegenstand von Strafverfahren sind. Dabei wurden zum Teil erschreckend hohe Haftstrafen verhängt: 14 Monate ohne Bewährung für den nicht vorbestraften 27jährigen Guido W., 18 Monate ohne Bewährung gegen den nicht vorbestraften 22jährigen Peter K., sowie 12 Monate mit Bewährung für die nicht vorbestrafte Susanne B. – jeweils wegen schweren Landfriedensbruchs, für den nach § 125 a StGB ein Strafrahmen von sechs Monaten bis zu zehn Jahren vorgesehen ist (und lediglich Strafen bis zu zwölf Monaten ohne weiteres zur Bewährung ausgesetzt werden können).

Die Härte der Urteile wird deutlich, wenn man sie mit Strafen vergleicht, die im Vorjahr in Moabit verhängt worden sind:
– im Februar 1980 wurde ein 33jähriger Kaufmann wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung (Auto-Unfall samt Fahrerflucht) zu neun Monaten mit Bewährung verurteilt;
– im Oktober erhielt ein 54jähriger Senatsrat, der einen Unfall verursacht und danach mit Tritten und Beleidigungen gegen Polizisten vorgegangen war, sechs Monate mit Bewährung;
– ein 21jähriges Mitglied der rechtsradikalen Wiking-Jugend schließlich, das sich an einem Überfall auf das Jugend-Kollektiv im Thomas-Weißbecker-Haus beteiligt hatte (bei dem die Einrichtung demoliert und die Bewohner mit Knüppeln angegriffen wurden), bekam drei Tage Kurz-Arrest zudiktiert.

Für zwei Steinwürfe gegen Polizisten dagegen sollen nun zwei Demonstranten für 14 und 18 Monate ins Gefängnis. Wirken diese Urteile schon auf einen Außenstehenden unverhältnismäßig, so müssen sie bei den Verurteilten selbst den Glauben an die Gerechtigkeit endgültig zerstören, zumal man deren Verhalten nicht losgelöst von seiner Vorgeschichte sehen und beurteilen kann. In den auch vom Regierenden Bürgermeister Vogel zur Erklärung der Vorfälle herangezogenen „Thesen zu den Jugendunruhen 1980" der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen heißt es dazu: „Für die randalierenden Jugendlichen ist Gewalt Ausdruck einer verzweifelten Situation und einer bedrängten Gefühlslage. Sie ist für sie gleichzeitig auch ein legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen, nachdem andere offenbar versagt haben oder ihnen versagt blieben. So jedenfalls sieht es im subjektiven Erleben der Jugendlichen aus, die nicht als Mitläufer zu betrachten sind. Aus der Sicht Außenstehender ist dieses Erleben allerdings verzerrt und es führt zu falschen Einstellungen. Aber es beruht auf realen, konkreten Gegebenheiten, die nicht zu übersehen sind."

Zu den nicht zu übersehenden Gegebenheiten gehört, daß die verfehlte Berliner Wohnraum-Politik durch jahrelange legale Bemühungen und Initiativen nicht verändert und die durch sie gedeckte gewaltsame Wohnraum-Zerstörung nicht gestoppt werden konnte. Dazu gehört ferner die traurige Tatsache, daß es offenbar erst der gewaltsamen Auseinandersetzungen bedurfte, um den Senat zum Überdenken dieser Politik zu veranlassen. Weder Polizei-Einsätze aber noch Gerichtsverfahren sind geeignete Mittel, die Folgen politischer Fehler – noch dazu auf Kosten der hauptsächlich von ihnen Betroffenen – zu beseitigen. Soziale Probleme sind nicht mit Abschreckungs-Strategien zu lösen.

Drei Urteile sind gefällt, weitere stehen an. Welche Folgen werden sie – nicht nur für die Verurteilten – haben? Wie sieht es in denen aus, die jetzt für viele Monate eingesperrt werden sollen? Wie wird es in ihnen aussehen, wenn sie endlich das Gefängnis verlassen dürfen? Können sie die Strafen als gerecht empfinden? Und wenn nicht, wie werden sie in Zukunft darauf reagieren? Können so nicht mutwillig Staatsfeinde produziert werden, die später in den Untergrund gehen? Im Herbst 1977 sind deutsche Intellektuelle beschuldigt worden, den Anfängen des Terrorismus nicht entschieden genug begegnet zu sein. So falsch und denunziatorisch dieser Vorwurf damals war – so entschieden warnen wir heute vor den Anfängen einer neuen Fehlentwicklung, die letztlich wieder nur zur Eskalation von Gewalt führen wird.

Das Problem der Hausbesetzungen inclusive der Gewaltanwendung ist ein politisches Problem, auf das eine politische Antwort gegeben werden muß: nämlich durch ein umfassendes Amnestie-Gesetz, das das Berliner Abgeordnetenhaus so schnell wie möglich verabschieden sollte. Ohne eine Amnestie wird auch das politische Programm des Senats, über das er mit den Instandbesetzern verhandeln will, unglaubwürdig bleiben und scheitern.

Johannes Agnoli, Heinrich Albertz, Astrid Albrecht-Heide, Ulrich Albrecht, Elmar Altvater, Margherita von Brentano, Fritz Eberhard, Klaus Eschen, Jonas Geist, Brigitte Gollwitzer, Helmut Gollwitzer, Arwed D. Gorella, Sarah Haffner, Wolfgang Fritz Haug, Richard Hey, Klaus Holzkamp, Urs Jaeggi, Yaak Karsunke, Peter Lilienthal, Volker Ludwig, Wolf-Dieter Narr, Elisabeth Plessen, Karin Reschke, Helke Sander, Otto Sander, Kurt Scharf, Otto Schily, Peter Schneider, Peter Stein, Klaus Stiller, Hans-Christian Ströbele, Klaus Völker, Klaus Wagenbach, Uwe Wesel, Peter-Paul Zahl.

Verantwortlich: Prof. Dr. Uwe Wesel, Koenigsallee 41, Berlin 33; Yaak Karsunke, Westfälische Straße 34, Berlin 31.

Aufschub für die Frauenstraße

Für die Hausgemeinschaft der Frauenstraße in Münster scheint es noch eine Chance zu geben, der drohenden Räumung des von ihnen besetzten Hauses zu entgehen.

Günter Ernst, Spekulant und Eigentümer des Hauses Frauenstraße 24, hat den Bogen offensichtlich überspannt.

Mit Sprüchen wie: „ ... ich mach aus der Frauenstraße 24 ne' Goldgrube oder ein Rattenloch ...".. (Münstersche Zeitung, 11.6.80) sorgte er für Empörung bei großen Teilen der Münsteraner Bevölkerung.

Auf Veranlassung der Hausgemeinschaft Frauenstraße schaltete sich dann der Petitionsausschuß NRW ein und war in Absprache mit dem nordrheinwestfälischen Rechnungshof bereit, das Haus für eine knappe Millionen aufzukaufen.

Ernst winkte ab: 1,5 Millionen DM sollte er für das auf 300.000 DM geschätzte Haus haben.

Der Petitionsausschuß paßte, SPD und FDP nörgelten herum und klagten über das Spekulantentum; die Bullen bereiteten sich auf die Räumung des Hauses vor. Günter Ernst will aber nicht nur als Spekulant Karriere machen — politisch hat er gleichfalls Ambitionen.

Als CDU-Mitglied („ ... sie ist zur Zeit die einzige Partei, die meinen politischen Vorstellungen noch am ehesten entspricht ... " 2/81 Elan) ließ er sich kürzlich zum Delegierten für den Kreisparteitag der CDU am 20.2.81 in Münster wählen.

Der CDU wurde das erst peinlich, als sich der ‚Fall' Ernst zu einem handfesten CDU-Skandal ausweitete. Die offensichtliche Kumpanei des CDU-Oberbürgermeisters — er ließ anläßlich einer Frauenstraßen-Debatte den Festsaal des Rathauses räumen — und die selbstverständliche Wahl von Ernst als Kreisparteitagsdelegierter brachte die CDU durch maßgebliche Aufklärungsarbeit der Hausgemeinschaft als Spekulantenpartei in die Schlagzeilen. Und sowas — zumal so offenkundig — schadet bekanntlich
Schlagzeilen. Und sowas — zumal so
offenkundig — schadet bekanntlich dem Image.

Wer denkt da nicht gleich an Westberlin ...

Der Münsteraner CDU-Kreisvorstand griff also ein und pfiff den Parteifreund etwas zurück.

Ernst: „*Ich sehe ein, daß die Wahrnehmung meines Mandates der sachlichen Arbeit, zu der beim ... Kreisparteitag ... auch wohnungspolitische Fragen gehören, nicht dienlich sein kann, solange das Thema Frauenstraße noch nicht ausgestanden ist ...*" (Westfälische Nachrichten, 11.2.81).

Es wäre in der Tat sehr peinlich für die CDU gewesen, wenn womöglich Ernst persönlich das wohnungspolitische Konzept der CDU im Anschluß an den Parteitag vorgestellt hätte.

Ernst ließ sein Mandat „ruhen" und trat zum Kreisparteitag nicht an.

Sehr zum Verdruß der Hausgemeinschaft Frauenstraße und ihrer Freunde, die den Spekulanten Ernst zu gerne in den Saal begleitet hätten.

Vom Kreisvorstand scheint dem karrieresüchtigen Ernst auch gesteckt worden zu sein, wie er etwas für seine Zukunft in der CDU und gleichzeitig etwas für das Image der CDU tun kann. Jedenfalls bekundete Ernst unüberhörbar „bis in höchste landespolitische Stellen" hinein (MZ, 7.2.81) erneute Verkaufsabsichten. Unter Verweis auf diese „veränderte Situation" hat die Hausgemeinschaft der Frauenstraße den Petitionsausschuß NRW um eine zweite Verhandlungsrunde mit Günter Ernst gebeten. Bei dieser Gelegenheit erklärte sich die Frauenstraße auch bereit, sich mit DM 100.000 am Ankauf des besetzten Hauses zu beteiligen. Erreicht wurde mit diesem weiteren Vorstoß zumindest, daß die geplante Räumung des Hauses zunächst aufgeschoben wurde.

Die Besetzer der Frauenstraße hoffen wieder.

* * *

Richtigstellung:
Im AK 195 berichteten wir auf Seite 6 unter der Überschrift: „CDU-Oberbürgermeister schließt die Öffentlichkeit aus!" u.a. daß das Haus in der Frauenstraße 24 bereits g e r ä u m t worden sei. Das ist nicht richtig. Das Haus ist weiterhin besetzt und wir wünschen den Besetzern, daß sie das Haus noch bis ins hohe Rentenalter halten können. – siehe auch Artikel in diesem AK –

Räumung des instandbesetzten »Olaf-Ritzmann-Hauses«

„ ... in Bayern darf es nicht dazu kommen, daß der Pöbel die Straße regiert ... "
FJS am 5.2.81 an seinen Innenminister Tandler

Zur Vorgeschichte

Am „Heiligen Abend" 1980 wurde das seit längerer Zeit freistehende Haus in der Nürnberger Johannisstraße 70 von über 100 Jugendlichen besetzt. Innerhalb kurzer Zeit wurde das heruntergekommene Haus instandbesetzt. Mit viel Sympathie und praktischer Hilfe wurde das „Olaf Ritzmann Kollektiv" von den Anwohnern im Stadtteil unterstützt.

Die SPD-Administration — die sich gerade jetzt wieder die schmucken Federn einer „Dialogpartei" aufsteckt — setzte von Anfang an auf Pseudo-Unterstützerkurs. Um ihren vermeintlichen Ankaufswillen des privaten Hauses zu demonstrieren, ließ sie ein um ein vielfaches zu hohes Renovierungsgutachten anfertigen. Das bereits mühsam instandbesetzte Haus wurde somit als Abbruchbude eingestuft. Ein Ankauf durch die Stadt Nürnberg war somit ausgeschlossen.

Dialog – Akt II

Für die SPD „völlig überraschend" (SPD-Fraktionsvorsitzender Schönlein, NN 19.1.) rücken am Morgen des 18.2. einige Hundertschaften von Bullen an. — **Vorneweg 30 „Männer" vom bayerischen Sondereinsatzkommando (SEK). Das gleiche, das im Mai 1979 Elisabeth v. Dyck in Nürnberg von hinten erschoß.**

Für die Besetzer kam die Räumung insofern überraschend, da erst am 19.2. die Eigentumsfrage des Anwesens geklärt werden konnte. Eine Räumungsklage konnte somit gar nicht existieren. Aber wozu auch — bürgerliche Gesetzgebung ist ab und zu recht nervig: nach den Nürnberger Räumungen bekannte Tandler unumwunden: „*In Zukunft wird Bayerns Polizei, wie das bei der Räumung des besetzten Nürnberger Hauses in der Johannisstraße 70 bereits geschehen ist, nicht erst einen Strafantrag der Besitzer abwarten, sondern von sich aus aktiv werden. Bayerns Polizeipräsidenten hätten, so erklärt Tandler weiter, angesichts der ‚Eskalation des Straßenterrors' beschlossen, ‚Flagge*
Straßenterrors' beschlossen, ‚Flagge
zu zeigen' und würden im Interesse des schutzsuchenden Bürgers sich weder bei Truppenvereidigungen noch bei klaren Rechtsbrüchen, wie bei Hausbesetzungen, schamhaft versteckt halten" (NN, 20.1.81). Wahrhaftig — dort wo das SEK sich ‚rumtreibt' da ist spätestens die Scham vorbei.

Was meint nun die SPD dazu?

Um es vorwegzunehmen: 1. Nichts gegen die Räumung über die Lippen und 2. das Wort „Dialog" so oft wie möglich in Umlauf bringen.

In der Erklärung der SPD-Stadtratsfraktion steht zwar recht kleinlaut, daß der Tandler'sche Gorillakurs nicht allein für geeignet empfunden wird, jedoch will man den CSU- und Polizeistrategen genügend Zeit lassen, um Begründungen für die Polizeistaatsaktionen nachzureichen. SPD-Schönlein lapidar dazu: „*Offenbar ist die Polizei zu einer völlig neuen rechtlichen Beurteilung der Situation gekommen, deren Begründung sich erst erweisen muß*" (NN, 19.2.81).

In den Zeitungsberichten kamen vor allem die Bullen nicht zu kurz, ihre vorgefertigten Märchen — zur „Räumungsbegründung" — kundzutun. Nürnbergs Bullenpräsident Kraus etwa — überregional bekannt als Antifaschistenfresser — dazu in den „Nürnberger Nachrichten" vom 19.2.: „ ... *hätten ihn die Erben und auch der Käufer des Hauses am Montag um Hilfe gebeten und gleichzeitig betont, daß sie aus Angst vor den Besetzern keinen Strafantrag stellen würden. Kraus dazu: ‚das ist der Crimmann-Effekt.' Wie seinerzeit ausführlich berichtet, war der Besitzer des an Silvester letzten Jahres Veillodterstr. 33, der Architekt* (+ Spekulant, Anm. d. Verf.) *W. Crimann, in der Nacht zum 4. Januar in seiner Wohnung überfallen, mißhandelt und beraubt worden.* (Im Volksmund bekannt als „Watschn-Affäre", Anm. d. Verf.). *Die Polizei sah einen Zusammenhang mit der Hausbesetzung und dem von Crimman gestellten Strafantrag und räumte daraufhin am 5.1.. Wie der Polizeipräsident gestern mitteilte, haben seine Beamten aber immer noch keine konkreten Spuren von dem Täter. Eingedenk dieses Falles bemerkte der Polizeipräsident, daß es fatal sei, wenn jemand nicht zu seinem Recht komme, wenn er aus Angst keinen Strafantrag stelle.*" Solch' offene Unverschämtheit bedarf keines Kommentars. Geärgert wird sich über diese Plaudertasche Kraus auch Nürnbergs Staatsanwalt Grandpair haben. Quatscht da der Bullenpräsident in aller Öffentlichkeit von „fehlenden Spuren", während er seinerseits eben „eingedenk" dieses Falles auch, den Hausbesetzer Eberhard S. seit dem 5.1.81 eingeknastet hat.

Es tut sich was!

Die Hausbesetzerszene kommt nun erst richtig in die Gänge. Am Nachmittag nach der Räumung wollen die Besetzer den Stadtrat besuchen und gegen die Räumung protestieren. Der Stadtrat läßt sich jedoch von zahlreichen Bullen verschiedenster Coleur vor dem Bürger schützen. Die vier dialogbereitesten SPD-Stadtverordneten wagen sich unter die Protestierenden, um sich zu erklären. Zentrale Aussage: „die SPD weiß von nix ..." Aufgrund solcher Unverschämtheit wurde sofort das gegenüberliegende Wohnungsamt von ca. 200 Wohnungssuchenden belagert. Kurz darauf rükken abermals — bürgerkriegsmäßig — einige Hundertschaften unterschiedlicher Bullen an, die das Wohnungsamt sturmreif besetzen. Kurz vor Ablauf des Ultimatums der Behörde zogen die Hausbesetzer wieder ab — am Abend sollte es schließlich weitergehen. Aus der folgenden Nachtdemo raus wurde — trotz übelster Bulleneinschüchterung — ein neues Haus besetzt. Das Haus gehört der Stadt Nürnberg. Nach 10-minütiger „Denk"-Pause läßt SPD-OB und Hausherr Urschlächter um 4.00 Uhr morgens die Bullen 'ran.

Tags darauf verkündet dieser Mann, der „primär auf Verhandlungen setzt", die „Wogen glätten" zu wollen (NN, 21./22.2.). Mit bemerkenswertem „Fingerspitzengefühl" lügt er von den „friedlichen Einheimischen" Hausbesetzern und von „überörtlichen Scharfmachern" „mit anarchistischen Symptomen". Außerdem heißt sein Faustpfand für den Dialog mit den Jugendlichen: er behält sich vor, Strafantrag gegen die Besetzer zu stellen.



30.000 Wohnungssuchende – eine 4-Zimmer-Wohnung für die Hausbesetzer

In uneigennütziger Manier bietet die SPD-Administration dem 17-köpfigen „Olaf-Ritzmann-Kollektiv" eine 4 und zwei 1-Zimmer-Wohnungen an. „Vorübergehend" nur beteuert SPD-Schönlein und winkt mit dem Versprechen, ein Haus abzutreten, die Besetzer von der Straße.

Auf einer öffentlichen Versammlung der Besetzer — mit SPD-Vertretern — wird klar, daß auf der einen Seite Hausbesetzer mit Lockangeboten zur Ruhe gebettet werden sollen und zugleich eine massive Kriminalisierung der Bewegung läuft. Innerhalb weniger Wochen ca. 200 Strafverfahren gegen Hausbesetzer. Einige sitzen zum Teil seit 7 Wochen im Knast.

Spontan wird wieder eine Demo zum Knast beschlossen, die die Bullen gar nicht so gut in den „Würgegriff" kriegen.

Auch den Freunden der DKP war die Demo nicht demokratisch genug.

Am Freitag — tags darauf — als erst über die Presse bekannt wird, daß der SPD-OB die zweite Räumung angeordnet hat, versteht nun keiner mehr, was die SPD mit „Dialog" wohl meint. Nach längerem Zick-Zack durch die Stadt landet die nächste spontane Demo vor dem Heim des netten OB. Doch der hatte keine Lust auf Dialog.

Am nächsten Tag wird die Demo der benachbarten Erlanger Hausbesetzer — ca. 100 — durch mindestens 500 Bereitschaftspolizisten kaputtgeschüchtert. Grund des Polizeiaufgebotes: die Krawallmacher aus Nürnberg wurden von den Bullen erwartet.

Ein schöner Erfolg also für die Nürnberger Hausbesetzer!!

Für den 7. März ist bereits von den Nürnbergern eine große Demo angesagt, die sich besonders gegen die Kriminalisierung richten wird.

he, KB Nürnberg

Instandbesetzungen in Düsseldorf: Ein starker Auftakt

Nach der Häuserkampf-Demo am 10.1. gegen die Kaputt„sanierung" des Stadtttteils Bilk und zur Unterstützung der inhaftierten Westberliner Instandbesetzer wurde mit sehr viel Schwung weitergemacht. Schon die für Düsseldorfer Verhältnisse recht hohe Zahl von 6 - 700 Demonstrant(inn)en und die in den folgenden Tagen zu registrierenden Glasschäden bei Banken und anderen „beliebten" Firmen und Einrichtungen (u.a. ein Brandanschlag auf eine Spekulantenfirma) deuteten daraufhin, daß die Stadtzerstörer noch einiges zu erwarten haben. Nach der Demo bildete sich ein relativ großer Kreis mit dem Ziel, nach den Räumungen der besetzten Häuser Kronprinzenstraße 90 im Jahre 1979 und Lichtenbroicher Weg 137 (1980) Instandbesetzungen anzupacken. Freitag, den 13.2.,fand in der als Notunterkunft für wohnungslose Studenten besetzten Alten Mensa eine Häuserkampf-Fete statt.

Schon die Tatsache, daß ca. 1000 Menschen zu der Fete gekommen waren, übertraf die kühnsten Erwartungen des Vorbereitungskreises. Nachdem ZK, eine Düsseldorfer Punkband (???, das weiß ZK selbst nicht so genau, der Bassist ist nämlich ein Ted ! Fragt man/frau die drei Punks von ZK, wieso ihr Bassist ein Ted ist, so sind sie erstaunt, daß in ihrer Band ein Bassist sein soll. Und der Bassist auf die Frage, wieso er als Ted in einer Punk-Band spielt: „Was suchen die drei Punks in meiner Ted-Band?") gespielt hatte, wurde der Film „Zürich brennt" gezeigt. Währenddessen breitete sich immer mehr Spannung aus, da sehr vielen klar war, daß noch mehr laufen würde. Gegen 22.30 Uhr war es dann so weit.

Eine Frau aus dem Vorbereitungskreis erklärte den Feten-Teilnehmer/innen, daß in Bilk ein Haus besetzt werden soll. Alle, die mitmachen wollten, sollten sich draußen vor dem Eingang treffen. Außerdem wurde ein Grußtelegramm des Westberliner Besetzerrates vorgelesen, in dem „das bevorstehende Ereignis auf's Schärfste begrüßt (wird)." 5 - 600 machten sich geschlossen auf den Weg. Vorne und hinten wurde der Zug der Instandbesetzer/innen durch behelmte Gruppen gegen mögliche Polizeiüberfälle geschützt. Aber entgegen allen Befürchtungen suchte die Polizei an diesem Abend nicht die Konfrontation mit den Instandbesetzern/innen.

Polizei tauchte sichtbar erst auf, als das Haus Volmerswerther Straße 41 bereits besetzt war. Vor dem Haus wurden Ketten gebildet, um eventuelle Angriffe abzuwehren. Allerdings entschied sich die Polizeiführung angesichts unserer Stärke dafür, die Polizisten aus der Volmerswerther Straße abzuziehen.



Verschiedene Leute berichteten, daß es in dieser Nacht in Bilk nur so von Polizisten wimmelte, und daß es sich höchstwarscheinlich um erheblich mehr als die offiziell angegebenen 300 handelte.

In das Haus sind mittlerweile 15 Bewohner eingezogen, in den beiden unteren Etagen ist ein selbstverwaltetes Stadtteilzentrum entstanden. Die Instandbesetzer/innen fordern den Kauf des Hauses durch die Stadt.

Statt Alternativprojekt — Neue Masche für Spekulationsobjekt

Das Haus gehörte bis Ende Januar dem in Bilk berüchtigten Spekulanten und Wirtschaftskriminellen Niehaus (wegen Steuerhinterziehung und anderer krummer Dinger nicht mehr geschäftsfähig, das erledigt inzwischen sein 22jähriger Sohn). Im Tausch gegen ein Spekulationsobjekt in München verkaufte er das Haus an einen Münchener Immobilienmakler.

Dieser versuchte einen neuen Trick, um die Instandbesetzer/innen wieder loszuwerden. Am Sonntag kam er ins besetzte Haus, erzählte, daß eine Gruppe von 30 Leuten das Haus gekauft hätte, um ein Alternativprojekt mit Kinderarbeit, Stadtteilarbeit, und, und, und... aufzubauen.

Dieses Märchen ist inzwischen zusammengebrochen, da er entgegen ursprünglich gegebener Zusagen bis heute keine Einsicht in die Kauf- und Mietverträge gewährt hat. Dafür ist bekannt geworden, daß er das Haus in Eigentumswohnungen umwandeln will. Also, Instandbesetzer/innen, aufgepaßt, wenn sich der Besitzer als „Alternativer" vorstellt !

Am 19.2. fand die Februar-Sitzung des Stadtrates statt. Ca. 25 Instandbesetzer/innen erzwangen durch Parolenrufen, Luftschlangenwerfen

Besetzt

Konstanz. Mit der Besetzung eines leerstehenden Postgebäudes am 14.2.81 konnten 12 Besetzer offizielle Mietverträge für zunächst ein Jahr erkämpfen. Bereits existierende Abrißpläne bleiben solange auf Eis gelegt („FR", 19.2.81).

Duisburg. Seit dem 31.1.81 halten 25 Instandbesetzer den stillgelegten Bahnhof Neumühl besetzt. Die breite Solidarität vor allem aus der Bevölkerung, aber auch von örtlicher SPD und FDP, läßt einen Erfolg der Aktion erwarten („Neue", 12.2.81).

Kaltenkirchen. Am 14.2.81 besetzten 15 Jugendliche eine ehemalige Meierei, die zugunsten von Parkplätzen und Geschäftshäusern abgerissen werden sollte. Im Laufe von knapp 2 Wochen wuchs die Zahl der Besetzer auf 100 an. Die Aktion endete jetzt mit einem Erfolg. Der Abrißplan wurde aufgehoben und über die Nutzung des Gebäudes soll eine Arbeitsgruppe des Bauausschusses beraten, an der die Besetzer beteiligt sind (HA, 26.2.81).

Wohnungskommission

Fortsetzung von der vorherigen Seite

etc. ein Gespräch mit führenden Kommunalpolitikern von CDU/SPD/FDP. Ein weiteres Gespräch wird am 25.2. stattfinden. Mit der laut Presse „schweren Krawallen im Rathaus" wurde die Stadt gezwungen, bisher von ihr abgelehnten Verhandlungen über den Kauf des Hauses zuzustimmen.

Insbesondere die „Rheinische Post", de facto Sprachrohr der CDU, begann daraufhin mit massiver Hetze, sprach von „Terroristen" und von Rathausbesuchern/innen „mit unverkennbarem Berliner Dialekt", die nicht aus Bilk seien.

„Mit einigem Erstaunen, hie und dort sicher auch mit Befremden, haben Zeugen zur Kenntnis genommen, daß die Besetzer das Gesetz des Handelns bestimmen und dabei viel Selbstsicherheit verraten.

Stolz nennen sie sich schon Instandbesetzer; sie sprechen mit Parlamentariern, wann sie wollen (Störung der Etatdebatte); sie haben Zeit, um – sozusagen nebenbei – an einer

über den Kauf des Hauses zuzustimmen.

Insbesondere die „Rheinische Post", de facto Sprachrohr der CDU, begann daraufhin mit massiver Hetze, sprach von „Terroristen" und von Rathausbesuchern/innen „mit unverkennbarem Berliner Dialekt", die nicht aus Bilk seien.

„Mit einigem Erstaunen, hie und dort sicher auch mit Befremden, haben Zeugen zur Kenntnis genommen, daß die Besetzer das Gesetz des Handelns bestimmen und dabei viel Selbstsicherheit verraten.

Stolz nennen sie sich schon Instandbesetzer; sie sprechen mit Parlamentariern, wann sie wollen (Störung der Etatdebatte); sie haben Zeit, um – sozusagen nebenbei – an einer *Demonstration von Kernkraftgegnern teilzunehmen (...). Schon dringt aus ‚ihrem' Haus, man plane vergleichbare Aktionen, man wolle die ‚Operationsbasis' verbreitern. Im Gespräch ist ein Haus an der Fleher Straße."* (Da staunt der gewöhnlich gut unterrichtete Instandbesetzer).

„Beamtete Nachrichtenbeschaffer wissen sehr gut, daß sie es an der Volmerswerther Straße längst nicht mehr nur mit (vergleichsweise verständigen) Düsseldorfer Besetzern, sondern auch mit eingeschleusten Strategen des Widerstandes zu tun haben. Sie wissen inzwischen auch, daß es eine Frage der Zeit ist, bis die ‚Auswärtigen' im Besetzer-Plenum das alleinige Sagen haben werden.

Dann aber drohen auch der NRW-Landeshauptstadt Verhältnisse, die – wie in Berlin – kaum mehr in den Griff zu bekommen sind. (...) Wenn sich jedoch herumspricht, daß Düsseldorf seine Besetzer unbehelligt agieren läßt, dann könnten eines nahen Tages ein paar Hundertschaften Polizei nicht mehr ausreichen, um Recht durchzusetzen."

„Versehentlichen" Abriss verhindert

In Düsseldorf-Hubbelrath soll eine Müllkippe erweitert werden. Diesen Plänen widersetzten sich etliche Bürger, u.a.. weil die Stadtverwaltung dafür „Gut Kothenhoven" abreißen will. Für dieses Haus, ein 200 Jahre alter Fachwerkbau, ist schon des längeren Denkmalschutz beantragt. Der über zweijährigen Hinhaltetaktik der Behörden müde, wollten einige Leute das Haus instandbesetzen. Am Morgen des 17.2. kamen sie gerade noch rechtzeitig, um den „versehentlichen" Abriß zu verhindern. Bagger rissen nämlich einen später erbauten Anbau ab und zerstörten dabei eine Seitenwand des Fachwerkbaus. Den vollständigen Abriss verhinderten die Instandbesetzer/innen, indem sie in das Haus gingen.

Trotz der zerstörten Seitenwand haben sie begonnen, das Haus wieder instandzusetzen.

Detlef/Düsseldorf

Wohnen bald zu Apotheker-Preisen

Zielsicher und originell wie immer haben Wohnungsbau‚experten' der Bonner Parteien, angeleitet vom ‚Zentralverband der deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer', die Schuldigen für die Wohnungsnot ausgemacht: die Mieter!

Deren „Macht" gegenüber den Hausbesitzern hätte sich durch die Mietgesetzgebung Anfang der 70er Jahre *„geradezu extrem"* gesteigert, so daß *„finanzkräftige Privatleute und Versicherungen"*, die neue Bauvorhaben finanzieren könnten, anderes im Sinn hätten, *„als sich der Willkür einer renditefeindlichen Gesetzgebung zu unterwerfen"*.

So schwafelt ein Dieter Piel in der ‚Zeit' vom 20.2.81 und nimmt damit Bundesbauminister Haack das Wort aus dem Mund. Dieser hat nämlich unlängst durch das Kabinett eine gesetzliche ‚Entformalisierung des Mieterhöhungsverfahrens' absegnen lassen, um dem Finanzkapital neue *„Investitionsanreize zu schaffen"* („Stern", 22.1.81). Mieterhöhungen also (denn nichts anderes verbirgt sich hinter der scheinheiligen Parole ‚Entformalisierung') werden den Schuldigen, sprich den Mietern, aufgelastet, um ihren ohnehin schon lukrativen Wert als Ausbeutungsobjekt noch zu erhöhen.

Durch die *„schrittweise Einführung marktwirtschaftlicher Elemente"* in den Wohnungsbau soll der *„notwendige Schutz der Mieter"* auf das Mindestmaß reduziert werden („FR", 29.1.81).

Mit dem inflationären Hinauftreiben der Benzinpreise will der Staat die Autofahrer ‚zu weniger und bewußterem Fahren' erziehen. Soll nun der Mieter durch die ‚Freigabe' der Mieten zu weniger und bewußterem Wohnen erzogen werden? Wann kommt der wohnfreie Sonntag?

„Entformalisierung"

Neben der geplanten Einführung der Staffelmiete für Neubauten (vgl. AK 190) soll nun mit der ‚Entformalisierung des Miethöhegesetzes' eine einfachere Durchsetzung höherer Mieten bei Altbauwohnungen erreicht werden.

Mit dieser Maßnahme entfallen Fristen und Formalien, die der Vermieter bei Erhöhungsabsichten bisher einhalten mußte, und ermöglichen ihm gleichzeitig, alle nur denkbaren Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten auf den Mieter abzuwälzen. Bei der ohnehin nicht besonders mieterfreundlichen Rechtsprechung in der BRD wird dem Mieter so praktisch das letzte legale Mittel aus der Hand genommen, sich vor der Willkür der Hausbesitzer zu schützen.

„Sozialwohnungsbau überwinden"

Der Hauptschlag der gesetzlichen Neuerfindungen zielt gegen den seit Jahren dahinsiechenden sozialen Wohnungsbau, der immerhin noch gewisse Mietbegrenzungen garantiert und damit als Bremsklotz für eine breite Anhebung des Gesamtmietniveaus gilt.

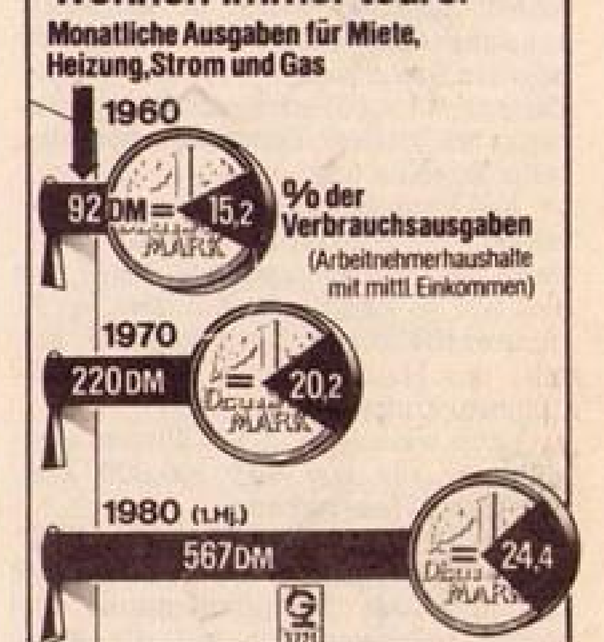
Derzeit sind es vor allen Dingen CDU und FDP, die die Misere im Wohnungsbau demagogisch auf eine *„Zweiteilung des Wohnungsmarktes in die Kostenmiete des sozialen und die Vergleichsmiete des freifinanzierten Wohnungsbaus"* zurückführen und folglich eine Angleichung der Sozialmieten an die Vergleichsmiete als *„sozial gerechter"* und *„wirtschaftlich sinnvoller"* fodern („Faz", 13.1.81).

FDP-Wohungs‚experte' Gattermann nennt dieses angestrebte Ziel phantasievoll eine *„Harmonisierung des Kosten- und Vergleichsmietenniveaus"* („HB", 22.1.81).

Sozialdemokrat Haack tut sich als Erfinder der ‚Fehlbelegungsabgabe' angesichts dieser CDU/FDP-Front recht schwer und dürfte kaum Aussicht haben, seine Pläne parlamentarisch durchzusetzen. Haack wollte zunächst nur diejenigen Sozialmieten zur Kasse bitten, die aufgrund ihres gestiegenen Einkommens ihre Sozialwohnungsberechtigung verwirkt haben. Von den damit erzielten Mehreinnahmen – schätzungsweise 800 Mill. DM pro Jahr – sollten angeblich neue Sozialwohnungen finanziert werden. Im Endeffekt würde aber auch die ‚Fehlbelegungsabgabe' – wenn auch mit zeitlicher Verzögerung – das Sozialmietenniveau nach oben schaukeln und die „Harmonie" mit den freien Mieten herstellen. Die zeitliche Verzögerung käme durch den hohen Verwaltungsaufwand zustande, der eine Überprüfung sämtlicher Sozialmieter erfordern würde. Diesen Aufwand wollen CDU und FDP gleich vermeiden und plädieren für eine sofortige ‚Freigabe' der Sozielmieten. Spätestens das Argument ‚Rücksichtsnahme auf den kleinen Koalitionspartner' wird auch Herrn Haack und die SPD auf die harte CDU/FDP Linie einschwenken lassen.

Der Kapitalistenforderung, dem Bürger 25 % seines Einkommens fürs Wohnen abknöpfen zu können, steht nichts mehr im Wege. Wie die nebenstehende Grafik beweist, ist diese Marke längst erreicht. Nun geht es daran, sie noch weiter auszubauen. Damit der Mieter nicht aufmuckt, wird ihm großzügigerweise Wohngeld angeboten. Doch gerade 10 % des 20 Milliarden betragenden Wohnungsbauetats, also 2 Milliarden DM, stehen den Mio Mietern als Wohngeld zur Verfügung. Die restlichen Milliarden fließen direkt in die Taschen der Baulöwen, deren Behauptung, sie könnten am Wohnungsbau nichts mehr verdienen, sich als plumpe Propagandalüge erweist. Sprecher verschiedener Großbanken bezeichneten die Nachfrage nach Wohnungsbauhypotheken erst kürzlich als „sehr lebhaft". Allein 1980 wurden für über 15 Milliarden DM neue Hypotheken vergeben („FR", 6.2.81). Von einer (Profit-)Krise könne keine Rede sein.

Daß sich die Regierung wider besseres Wissen der Logik der Grund- und Hausbesitzer anschließt, ist nichts Neues. Daß sie unter völligem Verzicht auf ihr sozialliberales Image Maßnahmen ergreift, die Öl in das Feuer bedeuten, das in Westberlin schon brennt und woanders flackert, kann nur noch als vorsätzliche Brandstiftung bezeichnet werden.



Musik-Unterricht
Pädagoge Ernst Kissel

Musik-Unterricht
Pädagoge Ernst Kissel

Prozesse gegen Dreisameck-Demonstranten

Freiburg. „Durchwachsen" endeten die ersten beiden Prozesse gegen Demonstranten, die im Juni letzten Jahres gegen den Abriß des Dreisamecks und die Verwandlung Freiburgs in ein Polizeiheerlager protestiert hatten: Otto erhielt wegen „Landfriedensbruch" sieben Monate (auf Bewährung) und 1.000 DM Geldbuße; Susanne wurde vom Vorwurf des zweifachen Beinstellens gegenüber Bullen und Beleidigung freigesprochen.

Letzteres war anders auch nicht drin, nachdem sogar die Polizeizeugen das Gegenteil von dem aussagten, was in der Anklage stand (*„Ich bin nicht mehr im Polizeidienst, darum konnte ich das Protokoll nicht mehr lesen und mich nicht mehr mit meinen Kollegen absprechen ..."*). Zudem hatte die Verteidigung durchsetzen können, daß ein Videofilm mit Aufnahmen des Polizeiüberfalls im Gerichtssaal vorgeführt wurde. So kam denn selbst der Staatsanwalt nicht umhin, die peinliche Inszenierung durch einen Antrag auf Freispruch abzukürzen.

Dafür sollte im Prozeß gegen Otto – koste es was es wolle – ein Exempel statuiert werden. Otto soll nachts vor der Polizeiabsperrung, wo eine Menge Leute standen, mit Steinen auf Bullen und Schaufensterscheiben geworfen haben. Bei einem Prügelüberfall des SEK wurde er festgenommen. Bei der Vernehmung der Bullenzeugen stellte sich eine ganze Reihe von Widersprüchen heraus: Der Bulle, der von oben, aus einem Fenster heraus, die Szene beobachtete, und den SEK-Greiftrupps mündlich und über Funk Anweisungen gab, war „sich hundertprozentig sicher, daß der Angeklagte mit dem Steinwerfer identisch sei. Dieser habe ein Gesichtstuch bis zu den Augen getragen, sein Gesicht habe er nicht erkennen können". Der festnehmende SEK-Bulle dagegen sagte aus, der Angeklagte habe ein blaues Stirnband, aber *„kein Gesichtstuch gehabt, sein Gesicht habe er deutlich erkennen können. Er sei sicher, daß der Angeklagte mit dem ihm gezeigten Steinwerfer identisch sei."* (BZ, 13.2.81).

Daneben gab es eine weitere Reihe von Ungereimtheiten: Der Polizei-Funkverkehr, der als Beweismittel dienen sollte, wurde nur auszugsweise protokolliert und die Bänder anschließend gelöscht. Photos, die von der Polizei gemacht worden waren, und die möglicherweise Otto hätten entlasten können, sind gar nicht in die Akten gekommen. Der schriftliche Bericht des festnehmenden Bullen ist schließlich erst einen Tag vor seiner Vernehmung den Akten beigefügt worden. Ein weiterer Bullenzeuge, der in seinem Bericht sehr widersprüchliche Aussagen getan hatte, wurde erst gar nicht gehört, da er auf einem „Fortbildungslehrgang" in Bayern sei.

Trotz dieser offenkundigen Manipulationen forderte der Staatsanwalt ein „Berliner Strafmaß": Ein Jahr und drei Monate ohne Bewährung. Da das Gericht unbedingt verurteilen wollte, dem Angeklagten aber nichts wirklich nachzuweisen war, einigte man sich auf das salomonische Urteil von sieben Monaten „mit". *„An der Glaubwürdigkeit der Hauptbelastungszeugen könnten keine ‚vernünftigen Zweifel' bestehen, der Beamte, der ein Stirnband gesehen haben will, müsse sich offensichtlich getäuscht haben".* (BZ, 13.2.81).

Neben dem hervorragenden Einsatz der Rechtsanwälte war es sicher der großen Öffentlichkeit der Prozesse zu verdanken, daß Terrorurteile nach Berliner Muster nicht durchgesetzt werden konnten. Solidarität wird auch in Zukunft notwendig sein: Eine ganze Reihe von Ermittlungsverfahren läuft noch, sowohl wegen der Dreisameck-Demos als auch gegen die Schwarzwaldhofbesetzer wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung etc., und in einem Fall wegen § 129 a. Joachim Sch. sitzt immer noch in U-Haft!

Ein Genosse aus Freiburg

Schwulenfeindliches aus der Göttinger Instandbesetzerszene

Wie der „Rosa Provinz" Nr. 17, einem gemeinsamen Info der Schwulengruppen aus Mannheim und Göttingen, zu entnehmen ist, wurden Schwestern aus der Göttinger Schwulengruppe vor kurzem mit einem besonders krassen Fall von Schwulenfeindlichkeit innerhalb der Hausbesetzerszene konfrontiert.

Die Schwestern hatten Thekendienst im Cafe Chaos, einem Cafe, der bis vor kurzem besetzt gewesenen „Kraaker Schule". In einem später verteilten Flugblatt beschreiben sie den Vorfall.

schimpft, dann auch tätlich angegriffen (u. a. flog ein Aschenbecher auf uns).

Das wollen wir uns nicht bieten lassen!

Wir waren entsetzt und schockiert, daß solche Sachen auch im Cafe Chaos passieren. Betroffen gemacht haben uns nicht nur die direkten Angriffe, sondern auch die Passivität und Ignoranz der Umstehenden, die sich einen Dreck darum kümmerten, was an der Theke ablief, sondern wahrscheinlich nur ihr Bier im Auge

Schwulenfeindliches aus der Göttinger Instandbesetzerszene

Wie der „Rosa Provinz" Nr. 17, einem gemeinsamen Info der Schwulengruppen aus Mannheim und Göttingen, zu entnehmen ist, wurden Schwestern aus der Göttinger Schwulengruppe vor kurzem mit einem besonders krassen Fall von Schwulenfeindlichkeit innerhalb der Hausbesetzerszene konfrontiert.

Die Schwestern hatten Thekendienst im Cafe Chaos, einem Cafe, der bis vor kurzem besetzt gewesenen „Kraaker Schule". In einem später verteilten Flugblatt beschreiben sie den Vorfall.

„Letzten Mittwoch haben wir, Schwule aus der Homosexuellen Aktion Göttingen, Theke gemacht, um uns mit den Häuserkämpfen zu solidarisieren. Die Aktion hatte auch den Zweck, offen schwule Elemente ins Cafe zu bringen. Einige von uns trugen Fummel oder tauschten Zärtlichkeiten aus und wurden aufgrund dessen erst mit Worten wie „Scheiß-Schwule!", „Halsdurchschneiden!" (kaum zu glauben, aber wahr) be-

schimpft, dann auch tätlich angegriffen (u. a. flog ein Aschenbecher auf uns).

Das wollen wir uns nicht bieten lassen!

Wir waren entsetzt und schockiert, daß solche Sachen auch im Cafe Chaos passieren. Betroffen gemacht haben uns nicht nur die direkten Angriffe, sondern auch die Passivität und Ignoranz der Umstehenden, die sich einen Dreck darum kümmerten, was an der Theke ablief, sondern wahrscheinlich nur ihr Bier im Auge *hatten. Anscheinend haben wir auch in der Alternativ-Szene in Extremsituationen wenig Unterstützung.*

Da wir uns nicht von solchen Schweinereien vertreiben lassen wollen, sind wir heute wieder hier. Wir wollen aber nicht mehr bedienen, um anschließend bedient zu sein.

Trotz allem hoffen wir, vielleicht doch noch hier akzeptiert zu werden ...".

Jeglicher Kommentar ist da wohl überflüssig !

Westberlin: Eine »Neue Heimat« für Schwule

Am 12.2. gab es in Westberlin eine erste s c h w u l e Hausbesetzung.

Eine Gruppe von Schwulen hat, um ihre Vorstellungen von wärmer leben und wohnen zu realisieren, die Bülowstraße 55 besetzt.

In einem am gleichen Tag verteilten Flugblatt schreiben sie:

„Endlich haben wir uns zusammengerauft, um eine gemeinsame ‚Straftat' zu begehen. Wir sind eine ‚kleine' radikale Minderheit und dabei, unser Haus instandzusetzen.

Bülowstraße 55, 2. Hinterhaus, Aufgang sex.

Sechs guterhaltene Mietshäuser der ‚Neuen Heimat' sollen nach einem (noch) ungültigen Bebauungsplan einem Gewerbegebiet weichen. Drei sind besetzt, wir sind das vierte!!

Wir fordern:

- *Kein Abriß der Häuser !*
- *Mietfreies Dauerwohnrecht für alle Instandbesetzer/innen !*
- *Freilassung und Straffreiheit aller Instandbesetzer/innen und ihrer Unterstützer/innen !*

10 Mark für Instandbesetzer/innen bringen mehr als 100 für die Sanierungsfirmen.

Gegen Beton – Isolation – für lustvolles warmes Zusammenleben.

Mädels rafft die Röcke: Kommt in Scharen, bewaffnet mit Hammer, Puder, Schrauben, Sekt, Farbe, Lippenstift, Tapeten, Badewanne, Wattebausch, Musik ...".

Inzwischen ist die Gruppe der schwulen Instandbesetzer um einige angewachsen und das Haus fast vollständig bewohnt. Eine Aktion, von der wir hoffen, daß sie noch einige Nacheiferer findet.

»Klebstoffanschläge«

Im Zuge der Sparpolitik des Bremer Senats wurden zum 1.1.81 zum zweiten Mal in neun Monaten die Tarife zur Benutzung öffentlicher Verkehrmittel angehoben, *„während für große Industrieanlagen (Daimler-Benz) und Rüstungsbetriebe (VFW) das Geld mit vollen Händen ausgegeben wird"* (Flugblatt der „Gruppen für den Nulltarif"). Die „Nulltarif-Gruppen" ‚entwerteten' deswegen am 7. Februar fast 100 Fahrscheinentwerter in Straßenbahnen und an Haltestellen, indem sie Klebstoff in die Entwerter spritzten und Papierschnitzel hinterherschoben. So konnten wenigstens an diesem Tag, übrigens ein verkaufsoffener Samstag, viele Menschen zum stets geforderten Nulltarif fahren. Die Bremer Straßenbahn AG spielte den Schaden herab und behauptete, daß der Sachschaden sich nur auf 2.000 DM belaufe, obgleich alle (!) Entwerter ausgebaut werden mußten und durch neue ersetzt wurden (lt. „Weser-Kurier"; 10.2.81).

KB/Gruppe Bremen

1. Hamburger Frauenwoche

»Wir müssen aus unseren Erfahrungen lernen und unser politisches Wissen anwenden...«



Vom 23. bis zum 28. März wird in Hamburg die erste Hamburger Frauenwoche stattfinden – mit ca. 170 Veranstaltungen. In der Vielzahl der Veranstaltungen stehen die Probleme der Frauen in unserer Gesellschaft zu allen denkbaren Bereichen zur Diskussion. Die Frauen aus der Organisationsgruppe haben zu allerlei Themenkomplexen wie ‚Frauen und Politik', ‚Berufstätigkeit', ‚Frauen im Alltag' und ‚Frauen in der Kultur' Arbeitsgruppen eingerichtet, die jeder Frau offen stehen, auch um Schwierigkeiten oder Vorschläge einzubringen. Die Frauenwoche kann von berufstätigen Frauen als Bildungsurlaub beantragt werden. In dem folgenden Interview erläutern zwei Frauen aus der Organisationsgruppe ihre persönlichen Vorstellungen und Ziele mit der Frauenwoche.

AK: Wie hat sich Eure Organisationsgruppe zusammengefunden und wie ist die Idee, in Hamburg eine Frauenwoche zu machen, entstanden?

A.: Die Idee ist entstanden durch unsere Erfahrungen an der Volkshochschule, wo wir gemerkt haben, daß wir eigentlich etwas anderes wollen mit Frauen, dies aber mit der institutionellen Bildungsarbeit zu pausenlosen Konflikten führte. Wir wollen in der Frauenwoche keine eingeschränkten Vorgaben machen; vielmehr geht es uns darum, den Stand der Hamburger Frauenarbeit zu erfassen, die Frauen zusammenzubringen und Kontakte herzustellen. Es war mir einfach selber ein Bedürfnis, mit anderen Frauen zu diskutieren und zu sehen, was wir miteinander machen können.

B.: Die Organisationsgruppe ist eigentlich genau aus diesem Grund entstanden. Als wir vor 2 Jahren unser erstes Frauenfest organisiert haben, waren wir ganz begeistert, weil 700 Frauen gekommen waren. Wir haben es als einen Erfolg eingeschätzt, daß wir alles allein organisiert und finanziert haben, und es war eigentlich klar, daß wir weiter was zusammen
wir alles allein organisiert und finanziert haben, und es war eigentlich klar, daß wir weiter was zusammen
machen wollten. Ja, und auf diesem Fest ist uns ganz spontan die Idee gekommen, eine Frauenwoche zu organisieren, eigentlich war ich ganz schön unsicher. Daraufhin haben sich 25 Frauen gemeldet und wir haben uns ganz langsam zusammengetan und im November 1979 angefangen, die Frauenwoche zu planen. In der Organisationsgruppe arbeiten Frauen aus ganz verschiedenen Lebensbereichen, einige sind verheiratet, andere geschieden; wir haben ganz junge Frauen, aber auch ältere; ein Teil von uns hat schon in verschiedenen Zusammenhängen Frauenarbeit gemacht, und andere Frauen sammeln ihre ersten Erfahrungen.

AK.: Die Frauenwoche steht unter dem Motto „Frauen lernen gemeinsam". Ihr habt zu den Themen ‚Frauen und Politik', ‚Berufstätigkeit der Frauen', ‚Kultur' und ‚Frauen im Alltag' Arbeitsgruppen gebildet, welche Erfahrungen habt Ihr mit dem gemeinsamen Lernen gemacht?

A.: Vielleicht sollte ich erst nochmal etwas zu unserem Selbstverständnis sagen. Wir haben die Frauenwoche ganz offen gehalten, d. h. es gibt von uns aus keine Zensur gegenüber bestimmten politischen Strömungen in der Frauenarbeit und wir haben keine einzige Veranstaltung abgelehnt. Das heißt aber nicht, daß wir pluralistisch oder politisch wertfrei alle Veranstaltungen auf der Frauenwoche wie einen Basar anbieten wollen. Wir haben natürlich unsere eigenen Positionen zur Frauenfrage und unsere eigenen Vorstellungen, wie Veranstaltungen laufen könnten. Und genau dies ist der Grund, weshalb wir die Arbeitsgruppen thematisch gegliedert haben, damit zu allen Unterthemen der Frauenarbeit eine Auseinandersetzung um die verschiedenen Positionen geführt wird. Wir glauben, daß durch die solidarische Auseinandersetzung konkrete Möglichkeiten enstehen können, die Ansätze der Frauenarbeit in Hamburg weiterzuentwickeln und zu einer stärkeren Zusammenarbeit zu kommen. Auseinandersetzung heißt für uns auch, ein Stück gemeinsam lernen. Ich glaube schon, daß die Frauen in der Organisationsgruppe zu diesen Fragen, was heißt gemeinsam lernen, auch unterschiedliche Meinungen haben. Für mich ist es einfach wichtig, mit den Frauen, die auf der Frauenwoche aktiv sind, einen gemeinsamen Diskussionsprozeß zu erleben. Ich fühle mich gefordert, und ich werde zum Nachdenken gezwungen, und in manchen Punkten habe ich eine klarere Meinung entwickelt. Zum Beispiel habe ich immer unter meinen weiblichen Technikdefiziten gelitten und mir nie Gedanken über den Zusammenhang von Patriarchat und Technik gemacht. Eine Frau aus der Arbeitsgruppe ‚Politik' hat dann ganz selbstverständlich ihr Thema „Frauen und Technik" als politisch begriffen und ihre Kritik an den Herrschaftsverhältnissen über die Technik, wie sie in der Öffentlichkeit dargestellt, verarbeitet und interpretiert wird, entwickelt. Das war mir konkret gar nicht klar und so hab ich ein Stück dazugelernt. Ich möchte noch einen Punkt nennen, den ich gelernt habe oder besser, der mein Verständnis von der Frauenwoche ein wenig verändert hat. Durch die politische Auseinandersetzung mit den Frauen in der Arbeitsgruppe ‚Politik', die ja aus den verschiedensten Bereichen kommen, ist es gelungen, gemeinsame Verbindlichkeiten aufzubauen. Ich denke, das ist das, was wir mit der Frauenwoche wollen und hoffe, es geht auch anderen Frauen so.

B.: Für mich ist es besonders wichtig, daß wir nicht zu einer reinen Organisationsgruppe verkommen, ich möchte auch in der Frauenwoche miterleben, wie Frauen zusammen-
Organisationsgruppe verkommen, ich möchte auch in der Frauenwoche miterleben, wie Frauen zusammen-
kommen, wie sie diskutieren über politisch aktuelle Fragen. Klar, ich wußte auch vorher abstrakt, daß ich die Trennung zwischen Organisatorischem und Inhaltlichem nicht will, aber wie das entwickelt werden kann, ist mir erst durch die Arbeitsgruppe klargeworden. So bekommen wir aus der Arbeitsgruppe immer wieder Anstöße für die Diskussionen in der Organisationsgruppe und umgekehrt. Gemeinsam lernen heißt für mich auch, daß nicht einige z. B. den Teeausschank machen – den ich übrigens nicht als Dreckarbeit ansehe – und andere die Arbeitsgruppen, sondern daß wir alles gemeinsam machen müssen. Ich finde es einfach gut, wenn frau eine Veranstalterin einer Arbeitsgruppe auch am Teeausschank oder sonstwo in organisatorischen Aufgaben wiedersieht.

AK.: Ihr arbeitet beide in der Arbeitsgruppe Politik mit; was ist Euer spezielles Interesse?

A.: Für mich ist es sehr wichtig, daß sich alle autonomen Projekte an einen Tisch setzen; wir haben inzwischen reichlich Erfahrungen gesammelt, wie die Projekte, die staatliche Gelder bekommen, gegeneinander ausgespielt werden von den Behörden und Parteien. Die einen kriegen Geld, die anderen nicht, und von denen da oben wird immer so getan, als wenn es einen großen Kuchen für die Hamburger Frauen gäbe, der nach einem bestimmten Kriterium aufgeteilt würde. Nur, bisher hat noch niemand herausbekommen, wie groß dieser Kuchen eigentlich ist.

Unsere Arbeitsgruppe bietet eine Möglichkeit, darüber zu reden, Erfahrungen mit den Behörden auszutauschen und gemeinsam zu fordern und zu handeln. Wenn wir dies schaffen, sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen.

B.: Für mich ist es auch wichtig, die Frauen mit der Frauenwoche anzusprechen, die nicht in der Frauenbewegung oder Organisationen aktiv sind. Ich hoffe, daß sie durch das gemeinsame Erlebnis der Frauenwoche viele Frauen kennenlernen und durch die vielen Aktivitäten Lust haben, weiter was zu machen.

AK.: Ich selber habe die Erfahrung gemacht, daß ich viele Frauen kennenlerne, die in Hamburg aktive Frauenarbeit machen. Ich bin immer wieder erstaunt, wie viele wir doch sind und finde es einfach toll. Von Euch Frauen aus der Organisationsgruppe habe ich jetzt schon öfter gehört, daß Ihr über die Frauenwoche hinaus einen Zusammenhalt und eine Zusammenarbeit der Hamburger Frauen erreichen wollt. Spielt da auch der Gedanke einer parteilosen Frauenorganisation eine Rolle?

A.: Ich denke, daß wir auf alle Fälle daran interessiert sind, daß die Frauen in Hamburg zu einer politisch stärkeren Kraft werden als bisher. Wir können zu einer stärkeren Kraft werden, wenn es uns gelingt, die vielen Ansätze in der Frauenarbeit nicht im Einzelnen versacken zu lassen. Ich denke da besonders an Frauenprojekte wie das autonome Frauenhaus, die sehr leicht isoliert werden können wegen ihrer aufwendigen praktischen Arbeit. Und gerade für diese Frauen wäre der politische Anschluß zu anderen Frauenaktivitäten von großer Bedeutung. Wir haben zwar politisch hohe Ansprüche, aber die Gefahr, daß wir uns verschleißen, indem wir Mängel in unserer Gesellschaft ausbügeln, die eigentlich der Staat ausgleichen müßte, ist groß. Die Alltagsbelastungen schränken unsere politischen Handlungsfähigkeiten ein, sodaß die politische Reflexion gar nicht mehr stattfindet. Wir müssen aus unseren Erfahrungen lernen und unser politisches Wissen anwenden. Wir haben uns noch keine großen Gedanken über die Form gemacht; wenn Frauenorganisation heißt: zu verarbeiten, Schlußfolgerungen zu ziehen und gemeinsam zu handeln, dann würde ich sagen, ja, das ist schon ein gutes Ziel.

B.: Also mir geht es bei dem Gedanken Frauenorganisation eher so, daß ich denke, daß nicht das Fehlen einer Organisation dafür verantwortlich ist, daß die Frauen noch nicht die politische Kraft darstellen, die sie eigentlich sein könnten. Ich glaube, wir müssen uns erstmal den Raum schaffen oder besser, die Zeit nehmen, zusammenzukommen und gemeinsame Perspektiven zu erarbeiten. Ich hoffe, daß wir nach der Frauenwoche nicht wieder alle auseinanderflattern. Wir sollten keine Ergebnisse vorwegnehmen und mit allen Frauen der Frauenwoche auf allen Ebenen einen Weg suchen, wir werden ja auch überall die Auswertungsdiskussionen führen. Ich kann es mir aber irgendwo nicht vorstellen, daß nach der Frauenwoche nichts mehr gemeinsam passiert.

AK: In der Arbeitsgruppe Berufstätigkeit haben wir auch darüber diskutiert, welche Möglichkeiten die Frauen für eine weitere Zusammenarbeit sehen. Gerade im Bereich Berufstätigkeit arbeiten Frauen eher vereinzelt als in Gruppen und trotzdem hatten die meisten Frauen eher eine ablehnende Haltung gegenüber einer weiteren Zusammenarbeit. Habt Ihr da nicht zu hohe Ansprüche?

A.: Ich denke, es ist nicht zufällig, daß Du aus dem Bereich Berufstätigkeit ein Beispiel nennst, weil gerade in diesem Bereich die Frauen besonders stark belastet sind mit der Berufstätigkeit und politischen Arbeit. Ich glaube schon, daß diese Frauen am wenigsten Möglichkeiten haben, überall mitzuwirken, aber das heißt ja nicht, daß sie nicht an allen Dingen teilhaben können. Wir sollten unsere Ansprüche an den Möglichkeiten messen und jeder Frau die Chance bieten, das einzubringen, was ihre Kraft erlaubt.

B.: Ein weiterer Punkt dabei ist, daß der Anspruch auch inhaltlich gefüllt sein muß, und ich kann mir vorstellen, daß sich durch die Frauenwoche klärt, was wir zusammen machen können und müssen. Schlecht finde ich es, wenn das Ergebnis wäre, daß einige Frauen denken: jetzt habe ich einen Termin mehr; da muß schon eine inhaltliche Motivation hinterstehen. Ich glaube auch, daß die berufstätigen Frauen an der Gewerkschaftsarbeit nicht vorbeikommen; wir dürfen dies jedenfalls nicht alternativ stellen; ich finde es gerade wichtig, diesen Frauen durch die Frauenbewegung den Rücken zu stärken, damit sie nicht kaputtgehen. Wir müssen uns einfach gegenseitig nützlich sein. Das heißt ja nicht, daß wir politisch wertfrei und unverbindlich arbeiten.

AK: Soweit ich das weiß, ist die Arbeitsgruppe ‚Frauen und Politik' diejenige, die sich am häufigsten getroffen hat. Woran liegt dies Eurer Meinung nach?

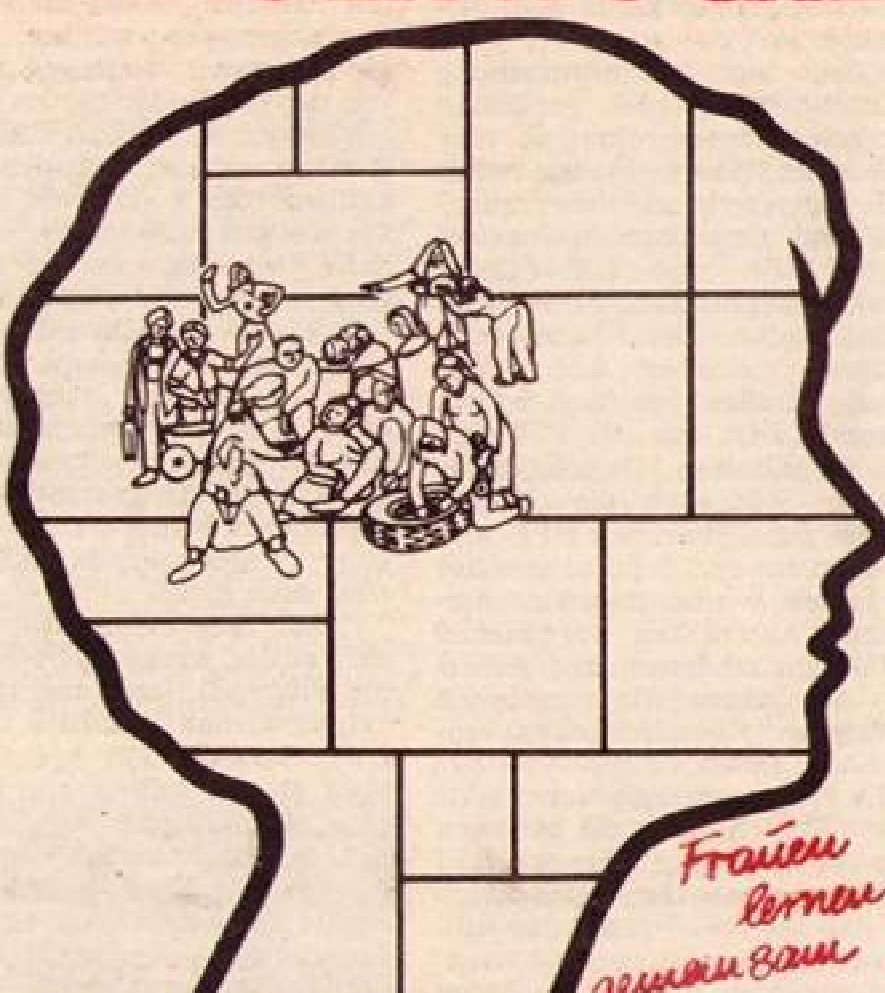
A.: Ich glaube, daß es daran liegt, daß wir von Anfang an kontrovers diskutiert haben und nicht nur die Frauen aus der Organisationsgruppe Fragen zur Diskussion reingetragen haben, sondern die Veranstalterinnen selbst auch ihr Bedürfnis geäußert haben, was sie diskutieren wollten. Dadurch sind wir schnell zu dem Punkt gekommen, was wir mit der Frauenwoche wollen, nämlich inhaltliche Auseinandersetzungen.

B.: Wir haben an der Frage der Mobilisierung für die Brokdorf-Demo am 2.2. in Hamburg auch das Verhältnis von Organisationen und Parteien zu Bewegungen wie die der Anti-Atomkraft oder der Frauen diskutiert. Der Auslöser war dabei das schweinische Flugblatt von den Uni-Asten, den Juso's und der DKP. Wir fühlen uns genauso betroffen, wenn dort Diffamierungen gegen Linke laufen oder spalterische Aktivitäten geplant sind. Und irgendwo können und wollen wir dies auch nicht trennen von der Frauenwoche oder gemeinsamen Frauenaktivitäten. Schließlich sitzen Frauen, die diesen Organisationen nahestehen, auch in unserer Arbeitsgruppe. Insofern haben wir das Ver-
Frauen, die diesen Organisationen nahestehen, auch in unserer Arbeitsgruppe. Insofern haben wir das Ver-
hältnis bestimmter Parteien und Organisationen zu autonomen Bewegungen zur Diskussion gestellt.

A.: Wenn Frauen sich mit Organisationen identifizieren, die für mich in grundlegenden politischen Fragen total kontroverse Standpunkte einnehmen, dann kann ich nicht ohne diese Dinge zu diskutieren mit ihnen gemeinsam Frauenarbeit machen. Wir wollen nicht losgelöst von allen anderen politischen Bereichen die Frauenfrage diskutieren. Die Brokdorf-Diskussion ist für uns ein Beispiel, wie wir die Auseinandersetzungen auf der Frauenwoche verstanden wissen wollen.

AK: Das Amt für Berufs- und Weiterbildung finanziert die Frauenwoche. Ist das eigentlich so einfach genehmigt worden oder gibt es auch Schwierigkeiten und Auflagen?

B.: Das war eigentlich von Anfang an ein einziger Kampf. Angefangen hat es damit, überhaupt an staatliche Gelder heranzukommen, und dann die ständigen Verhandlungen um das Geld und die Auflagen. Die Behörde wollte für jede einzelne „Referentin" (so sollen die Veranstalterinnen genannt werden) Qualifikationsnachweise in Form von Zeugnissen haben, dann für jede Veranstaltung eine genaue didaktische Analyse, und außerdem gibt es noch den dicken Klopper, daß die Vorstellung in so einen Behördenkopf nicht hineingeht, daß auch m e h r e r e Frauen eine Veranstaltung machen können. Deshalb gibt es dann die „Referentin" und die „Hilfskräfte", die natürlich unterschiedlich honoriert werden sollen. Wenn wir Material brauchen, muß das genau begründet werden. Und außerdem will die Behörde die Honorare nur auszahlen, wenn wir Anwesenheitslisten der Teilnehmerinnen an den Arbeitsgruppen vorlegen. Die



Frauen aus der Organisationsgruppe, die die Verhandlungen mit der Behörde geführt haben, erreichten, daß die meisten Forderungen zurückgezogen wurden. Übriggeblieben ist aber immer noch die unterschiedliche Bezahlung. Wie sich die Behörde in der Listenfrage verhalten will, ist noch unklar.

In der Arbeitsgruppe hat der Listenzwang eine ungeheure Empörung ausgelöst. Da wären wir wieder bei den Einschränkungen, wie wir sie von der Volkshochschule bereits kennen, nur mit dem Unterschied, daß wir viel schlechter bezahlt werden, nämlich überhaupt nicht.

A.: Die Anwesenheitslisten bringen die Organisationsgruppe in die Rolle der Kontrollierenden; damit sollen Strukturen geschaffen werden, die wir ablehnen und die auch total im Widerspruch zu dem, was wir gemeinsam lernen wollen, stehen.

AK: Dadurch bekämen die Behörden eine genaue Liste, welche Frauen an welchem Seminar teilnehmen, wie oft sie da sind usw..

B.: Ja, für Frauen, die z.B. keinen Bildungsurlaub bekommen und mal blau machen wollen, um die Frauenwoche mitzuerleben, wird da ein ungeheurer Druck ausgeübt.

A.: Einige Frauen haben bei uns gesagt, sie kommen sich schon vor wie eine „Alternative Behörde für Frauen", aber irgendwie haben wir aus diesen Behördenverhandlungen auch gelernt, mehr danach zu fragen, was wir wollen und was die Behörden wollen. Eine politische Kraft werden wir ganz bestimmt nicht, wenn wir Listenauflagen u.ä. akzeptieren.

AK: Im Gegensatz zur West-Berliner Sommeruni gibt es bei Euch keine Abgrenzungsbeschlüsse gegen organisierte Frauen; hat diese Frage eine Rolle in der Organisationsgruppe gespielt?

A.: Zeitweise schon, aber es war bestimmt nicht so ein großes Problem wie es aus den West-Berliner Dokumenten hervorgeht. Wir halten in Hamburg die Frauenorganisationen der politischen Parteien für nicht so stark, daß wir uns nicht zutrauen würden, mit ihnen inhaltlich die Auseinandersetzung zu führen. Ich glaube, die Frauen in den Organisationen sind auch auf eine starke autonome Frauenbewegung angewiesen und ich sehe nicht, daß organisierte Frauen uns irgendwie schwächen könnten.

AK: Meinst Du wirklich, daß dies eine Frage der Stärke ist? Ich sehe da eigentlich mehr inhaltliche Widersprüche.

B.: Ich glaube auch nicht, daß die Sommeruni in West-Berlin die organisierten Frauen ablehnt, weil sie stark oder schwach sind. Ich glaube, daß die Schwerpunkte in West-Berlin anders waren, während dort mehr frauenbewegungsintern diskutiert wurde, wollen wir den Schwerpunkt auf die politischen Auseinandersetzungen legen.

A.: Politik heißt für mich schon, sich mit dem herrschenden System auseinanderzusetzen, und da sind die Frauenfragen ein Teil; wir haben da wahrscheinlich auch ein anderes Politikverständnis als die West-Berliner Frauen. Ich empfinde es im Gegenteil als Schwäche, sich nicht mit den organisierten Frauen auseinanderzusetzen, dann kann ich mich ja auch nicht mit diesem Gesellschaftssystem auseinandersetzen.

B.: Es geht mir jetzt hier nicht um die Auseinandersetzung mit der West-Berliner Sommeruni, aber mein letzter Besuch dort hat mich schon bestärkt, das hier in Hamburg anders zu machen, ich habe da schon einen politischen Anspruch. Ich halte es für wichtig, daß wir die Entpolitisierung in der Frauenbewegung diskutieren, dazu gehört auch, was aus dem Anspruch, „das Private ist politisch", geworden ist, ob das jetzt z.B. heißt, das Politische ist Privatsache. Außerdem finde ich, die Frauen sind selbständig genug, sich ihr eigenes Bild von den organisierten Frauen zu machen. Ich finde diese Einsacktheorie fatal, das muß sich inhaltlich zeigen.

AK: Welche Erfahrungen habt Ihr in der Vorbereitung der Frauenwoche mit organisierten Frauen gemacht?

A.: Z.B. haben wir die Erfahrung gemacht, daß wir in Hamburg nur an öffentliche Gelder über SPD-Kontakte herankommen und wir diese Unterstützung von Parteifrauen auch in Anspruch nehmen müssen, diese aber wiederum sich jetzt mit der Frauenwoche auch schmücken. Konkret zeigt sich dies in dem Privileg der Öffentlichkeitsarbeit (was ja auch für Euch gilt) und diese Erfahrungen stehen noch aus.

B.: Ich war am Anfang schon ängstlicher. z.B. wenn ich mir vorgestellt habe, daß Parteifrauen ihre Geschichtsauffassung von der Frau in einer Arbeitsgruppe darstellen, oder Fakten und Informationen nicht geben, weil es nicht ins Bild paßt. Da dachte ich, eigentlich müßte dann immer eine Frau von uns dabei sein, aber das ist auch durch die Arbeit in der Arbeitsgruppe verändert worden; das politische Bewußtsein wird nicht nur durch Informationen entwickelt und ich glaube schon, daß sich das Richtige längerfristig durchsetzt. Ich hatte da auch einfach Berührungsängste mit den organisierten Frauen, daß sie vielleicht etwas anderes aus der Frauenwoche machen, als ich es will.

AK: Ich danke Euch für dieses Interview.

Ul., Hamburg



8. März
Internationaler Frauentag

Zu Ehren des Internationalen Frauentages am 8. März finden in vielen Städten Demonstrationen und Veranstaltungen statt. Für den nächsten AK planen wir eine ausführliche Berichterstattung und Auswertung dieser Aktivitäten.

AK-Frauenredaktion

Internationaler Frauentag in Hamburg

Zur Bündnispolitik der DFI und DKP

Die diesjährigen Aktivitäten zum Internationalen Frauentag in Hamburg sind zwar erfreulich zahlreich, aber leider auch von Ausgrenzung und Spaltung begleitet. So hat der DGB-Bundesvorsitzende Vetter den gewerkschaftlich organisierten Frauen im Gegensatz zum letzten Jahr zwar eigene Aktivitäten zugestanden, aber das Verbot, mit außergewerkschaftlichen Gruppen und Organisationen zusammenzuarbeiten, aufrechterhalten. Daher wird die diejährige Demonstration in Hamburg allein von den gewerkschaftlich organisierten Frauen veranstaltet, während andere Gruppen, Organisationen und Bündnisse von Frauengruppen sich mit eigenen Aufrufen daran beteiligen. Das gleiche gilt für das Fest der Gewerkschaften.

Die Bündnisverhandlungen mit der DFI und DKP sind gescheitert, so

werkschaften.
Die Bündnisverhandlungen mit der DFI und DKP sind gescheitert, so

daß einerseits ein Fest von dem politischen Spektrum um die DFI und DKP und andererseits ein Fest von autonomen Frauengruppen und Projekten, Bunte, Grüne, Gruppe Z, KB u. a. veranstaltet wird. Eine Entwicklung, die wir ausdrücklich bedauern, mit der wir uns aber auch politisch auseinandersetzen wollen. In diesem Artikel sollen die Erfahrungen mit der DFI und DKP bei den Bündnisverhandlungen um ein gemeinsames Frauenfest im Vordergrund stehen.

In diesem Jahr wollten die DFI- und DKP-Frauen zum erstenmal in Hamburg mit anderen Organisationen und Frauengruppen ein Fest zum Internationalen Frauentag veranstalten. In den vorangegangenen Jahren hatten sich die DFI- und DKP-Frauen auf die Bündnisse für eine Demonstration konzentriert und nicht an den traditionellen Frauenfesten teilgenommen.

Bereits im Januar fand auf Initiative der DFI ein erstes Treffen für ein gemeinsames Frauenfest statt. Die Einladungspraxis war zweifellos „zufällig"; so waren z. B. wir und auch andere Organisationen nicht offiziell eingeladen worden, sondern hatten von diesem Treffen nur gehört. Anwesend waren dann vor allem Organisationen wie Bunte, Grüne, KB, Gruppe Z, SHB, MSB, SDAJ, DKP sowie verschiedene Stadtteilgruppen der DFI. Frauengruppen oder Organisationen aus der autonomen Frauenbewegung waren kaum anwesend.

Im Bündnis mit sich selbst hatte die DFI die Fakten bereits geschaffen. Die Hochschule für Wirtschaft und Politik war angemietet worden und verschiedene Kulturgruppen waren schon angesprochen worden.

Mit Bedauern wurde auf dem ersten Treffen von den DFI-Frauen das Fehlen der autonomen Frauengruppen festgestellt. Die Gründe für dies Fehlen sind sicher unterschiedlich: Zum einen zeigt sich hier der mangelnde Kontakt der DFI und DKP zur autonomen Frauenbewegung, zum anderen gibt es ein berechtigtes Mißtrauen gegenüber der DFI und DKP aus den Erfahrungen der letzten Jahre. In Hamburg beispielsweise führten die DFI-Frauen im letzten Jahr gemeinsam mit DKP-Männern die Demonstration am 8.3. an mit der Parole *„Hier demonstriert die DFI"*, was angesichts der Beteiligung zahlreicher weiterer Frauengruppen an der Demo schon sehr provokativ war. In Bremen hatten die DKP-Frauen im letzten Jahr kurz vorm 8. März das breite Bündnis zahlreicher Frauengruppen durch ihre Parteiladenpolitik zum Platzen gebracht. Mit diesen Bauchschmerzen vom letzten Jahr gingen auch wir KB-Frauen in die diesjährigen Bündnisverhandlungen, um einen neuen Versuch für gemeinsame Aktionen zustande zu bringen.

Die beiden ersten Termine mußten mit den leidigen Auseinandersetzungen der letzten Jahre – Frauenfest mit oder ohne Männer – zugebracht werden. Vor allem die DFI- und DKP-Frauen wollten nicht auf ihre Männer verzichten, die angeblich ja gerade an diesem Tag agitiert werden müssen. Als dies nicht so recht ankam, mußte als „Argument" wieder „die Kollegin" herhalten, die sich angeblich nicht traut, ohne ihren Mann auf ein Fest zu gehen. Andere Frauen versuchten, einen Kompromiß zu finden, und schlugen vor, ein Frauenfest mit Männern und einen

Frauen versuchten, einen Kompromiß zu finden, und schlugen vor, ein Frauenfest mit Männern und einen

Raum für die Frauen alleine zu machen. Treffender Kommentar: warum dann kein Raum für Männer ...? Entgegengehalten wurde hier von uns und auch vom Frauenzentrum, daß ein Fest mit Männern die Ausgrenzung der autonomen Frauengruppen bedeuten würde, die kein Frauenfest mit Männern unterstützen würden. Die DFI- und DKP-Frauen ließen sich nach einigem Hin und Her auf ein Fest „nur" mit Frauen ein.

Ein Flugblatt wurde diskutiert. Das Hauptmotto sollte die Frauen für den Kampf um die Erhaltung des Friedens mobilisieren; darüberhinaus sollte jede Organisation und Gruppe selbst entscheiden können, welche politische Frage sie zum Schwerpunkt ihrer Agitation macht. Das Flugblatt sollte eine Minimalplattform sein, auf deren Grundlage sich alle Frauen und Gruppen beteiligen könnten. Die inhaltliche Diskussion kam dabei zu kurz, so daß z.B. die vorhandenen Kontroversen zum Thema Kriegsgefahr kaum auf den Tisch kamen.

Auf dem zur Bekanntmachung und Koordinierung des geplanten Festes einberufenen Treffen der autonomen und linken Frauen waren etwa 25 Vertreterinnen von Frauengruppen und Organisationen anwesend; die DFI- und DKP-Frauen waren nicht gekommen, obwohl sie eingeladen waren. Der Flugblattentwurf wurde diskutiert und unterstützt; alle Frauen beschlossen, ein gemeinsames Fest mit der DFI und DKP zu veranstalten. Darüberhinaus diskutierten wir auch die ‚Bauchschmerzen' gegenüber den DFI- und DKP-Frauen aus den Erfahrungen des letzten Jahres. Wir beschlossen, unsere eigenen Aktivitäten auf keinen Fall gefährden zu lassen und sicherten uns ab, indem wir vorsorglich ausweichende Räumlichkeiten anmieteten und selber Gruppen für das kulturelle Programm ansprachen. Als wir unsere Vorschläge in die nächsten Bündnisverhandlungen mit der DFI und DKP einbrachten, stellte sich heraus, daß die DFI-Frauen das Kulturprogramm schon engagiert hatten. So ganz nebenbei erfuhr frau dann, daß z. B. der „Hamburger Sängerhaufen" (gemischter Chor mit Spezialprogramm zu Berufsverboten und Antifaschistischem Kampf) fest engagiert war, sowie diverse Theatergruppen von der DFI. Nicht ein einziger Vorschlag von uns wurde positiv aufgenommen; stattdessen handelten wir uns den Vorwurf ein, wir wollten ein Konsumfest und wollten die eigenständigen Aktivitäten der Frauengruppen abblocken. Daß die Selbstdarstellung der Frauengruppen politisch und kulturell für uns im Vordergrund steht, ist zwar eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber wir betonen dies trotzdem noch einmal. Daß es den DFI- und DKP-Frauen nicht um inhaltliche Widersprüche bei unseren Vorschlägen ging, zeigt die Tatsache, daß sie versucht haben, z. B. die von uns vorgeschlagene Gruppe „Sounds of Soveto" im nachhinein selbst zu engagieren. Vielmehr geht es den DFI- und DKP-Frauen darum, alles unter ihrer Kontrolle zu haben, um damit machtpolitisch arbeiten zu können. So sollte sich auch die Organisationsgruppe für das Fest erst knapp 3 Wochen vorher treffen. Jede Frau, die ein bißchen Erfahrung mit der Vorbereitung eines Festes hat, weiß, daß zu diesem Zeitpunkt alles gelaufen sein muß.

Nun ist dies zweifellos zwar eines von vielen Ärgernissen, aber eigent-

alles gelaufen sein muß.
Nun ist dies zweifellos zwar eines von vielen Ärgernissen, aber eigent-

lich noch kein Grund zur Spaltung eines Bündnisses. Den provozierten die DFI- und DKP-Frauen aber noch auf dem gleichen Termin. Schon in der schriftlichen Einladung (die gleichzeitig als Beschlußprotokoll bezeichnet wurde) schreiben die DFI-Frauen: *„Mit der Unterzeichnung des Flugblattes* durch die anwesenden *Organisationen wird der Kreis der veranstaltenden Frauengruppen geschlossen"* (Hervorhebung d. Verf.) Als wir den Antrag stellen, daß auch Frauengruppen und Projekte Gelegenheit haben sollen, das Flugblatt zu unterstützen, die nicht anwesend sind, erklärten die DFI- und DKP-Frauen dreist, daß dies schon „anders beschlossen" worden sei.

Trotzdem stellten wir den Antrag zur Diskussion. Ca. 10 Frauengruppen vom autonomen Treffen hatten ihre Unterschrift für das Flugblatt schon zugesagt – eine schöne und wichtige Unterstützung für das Fest. Einige DFI- und DKP-Frauen zogen mit allerlei Geschützen auf: Die Frauengruppen würden sie ja gar nicht kennen, vielleicht seien die ja von der CDU oder hätten Parolen wie „Schwanz ab" drauf, und überhaupt müßten sie alle Gruppen persönlich kennen, die beim Fest mitmachen. Sie wollten auch wissen, wie die leere Seite vom Flugblatt von den Frauengruppen genutzt wird, denn schließlich könnte ja nicht jede Gruppe und Organisation machen, was sie will. Beim genaueren Nachfragen ergab sich, daß die Organisationsgruppe (die zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht zusammengesetzt war) darüber diskutieren sollte, welche Aktivitäten von Frauengruppen genehm sind oder auch nicht.

Nach langem Hin und Her zeigten sich einige wenige DFI-Frauen kompromißbereit; eine meinte, sie sehe keinen Grund, weshalb die Frauengruppen nicht mit unter dem Flugblatt stehen sollten und forderte sogar , alle Gruppen und Organisationen gleichberechtigt unterzeichnen zu lassen. Eine andere DFI-Frau wollte noch drei Tage abwarten, um dann den Unterstützerkreis zu „schließen", und noch eine andere DFI-Frau wollte ein neues Treffen ansetzen, um die Frauengruppen kennenzulernen. Diese Kompromisse konnten ernsthaft gar nicht diskutiert werden, weil die Mehrheit der DFI- und DKP-Frauen keinerlei Kompromisse akzeptieren wollten. Auf jeden Fall hätte das optische Unterschriftenbild aller Gruppen der DFI und DKP die Dominanz gestohlen.

So wurde dann abgestimmt. Der Antrag der DFI-Frauen keine abwesenden Frauengruppen auf das Flugblatt zu nehmen, bekam 14 Stimmen (vor allem von den DFI- und DKP-Gruppen, die bei allen Treffen mit jeder Stadtteilgruppe vertreten waren), während 11 Frauen (SFBH, Grüne, Bunte, KB, Gruppe Z u.a.) dagegen stimmten und gleichzeitig ihre Unterschriften vom Flugblatt zurückzogen. Damit waren die Bündniverhandlungen um ein gemeinsames Frauenfest geplatzt.

Zu einem schnell einberufenen Treffen autonomer und linker Frauen kamen ca. 35 Gruppen, Projekte und Organisationen, um die aktuelle Situation zu beraten. Auch die DFI- und DKP-Frauen waren noch einmal gekommen. Die Nichtanwesenheit der autonomen Frauengruppen auf den vorangegangenen Bündnistreffen mit der DFI und DKP erwies sich hier eindeutig als negativ, weil sie die Entwicklung nicht konkret mitverfolgt hatten. So mußten dann wir KB-Frauen den hauptsächlichen Clinch mit der DFI und DKP führen, die natürlich so auftraten, als wäre nichts geschehen bzw. als hätte die Auseinandersetzung um die Unterzeichnung des Flugblattes nicht stattgefunden. Die DFI-Frauen erklärten, sie seien gekommen, um die Frauengruppen zu fragen, warum sie nicht an ihrem Fest teilnehmen wollten oder weshalb sie nicht zu ihren Bündnisverhandlungen gekommen seien. Auf die Frage einiger Frauen, warum sie nicht mit auf das Flugblatt sollten, gab die DFI keine Antwort, sondern redete sich immer wieder raus, daß sie ein gemeinsames Fest wollten. Leider gab es dann mehr Hick-Hack als eine Diskussion um die inhaltlichen Differenzen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt schlugen wir vor, alle Aktivitäten zusammenzuschmeißen und ein gemeinsames Fest an Ort und Stelle zu beraten und zu beschließen. Eine DFI-Frau erklärte daraufhin, daß sie eigentlich nur gekommen seien, weil sie wissen wollten, ob die Frauengruppen das DFI-Fest unterstützen oder nicht. Danach standen alle DFI- und DKP-Frauen auf und verließen den Raum. Es herrschte Empörung auf verschiedene Art. Einige Frauen vom Frauenbuchladen sprachen von allgemeiner Machtpolitik d e r organisierten Frauen; andere Frauen waren sauer auf die DFI- und DKP-Frauen. Aus zeitlichen Gründen konnten wir nur noch ein eigenes Frauenfest beschließen und einen Flugblattentwurf verteilen.

Nur wenige Tage später verschickten die DFI-Frauen Briefe an die autonomen Frauengruppen und -Projekte. Darin wurde zum wiederholten Male eine namentlich genannte (!) KB-Frau beschuldigt, eine Adressenliste der autonomen Frauengruppen

Fortsetzung nächste Seite

Wer spaltet hier wen?

Leserbrief

„Ihr seid ja nicht zu uns gekommen, deshalb kommen wir jetzt zu Euch." Mit dieser edlen Geste und einem Friedensangebot, das sich nicht nur auf das angeblich noch offene Flugblatt über das kulturelle und politische Veranstaltungsangebot erstreckte, zogen die DFI-Frauen mit offenen Armen beim Treffen der Autonomen Frauen ein.

Nach etwa einstündigem Streit-Ping-Pong über das „WARUM" der Abspaltung der Autonomen Frauen (die teilweise nicht zu den DFI-Vorbereitungstreffen eingeladen werden konnten, weil angeblich keine Adressen vorlagen) kam es dann zum konstruktiven Teil des Abends.

Man (tschuldigung) Frau einigte sich auf die alte Formel: „GEMEINSAM SIND WIR STARK" und beschloß, trotz vorhergegangenen Streits, e i n gemeinsames Frauenfest zu veranstalten.

Es wurde über das kulturelle und politische Angebot diskutiert und da angeblich noch alles völlig offen war, die DFI-Frauen zur Einigung bereit waren, sah es auch für die nicht direkt beteiligte Beobachterfrau so aus, als könnte es möglich sein, sich über gewisse Differenzen bezüglich der verschiedenen eingeladenen Kulturgruppen (Bands, Theater usw.) und deren Finanzierung zu einigen.

Dann wurde die Frage der Räumlichkeiten angesprochen: HWP oder HfBK. Frau diskutierte hin und her, verschiedene Möglichkeiten wurden erörtert. Doch dann war's soweit:

Die DFI-Frauen falteten ihr Friedensangebot wieder zusammen, weil sie angeblich schon fest die Räumlichkeiten der HWP angemietet hatten (also doch nicht mehr alles offen?) und verließen mit saurer Miene das Versammlungszimmer. Ich war etwas verwirrt. Hatte ich doch die ganze Zeit von den DFI-Frauen gehört, die „Autonomen Frauen" betrieben die Spalterei. Hier war ganz klar: Die DFI-Frauen haben sich abgespalten! Ich wünsche mir trotz allem, daß sie's zum nächsten Jahr nochmal versuchen.

Ana Zora V., Hamburg

Fortsetzung von der vorherigen Seite

„unterschlagen" zu haben, und indirekt wurde sie dafür verantwortlich gemacht, daß die autonomen Frauen nicht zum Bündnistreffen gekommen sind (für Kennerinnen der Frauenszene dürfte es bekannt sein, daß Adressenlisten von Frauengruppen in Heften und Broschüren in den verschiedenen Buchhandlungen zu haben sind).

In dem Brief der DFI-Frauen heißt es: „*Wir sind der Meinung, daß es unfair wäre, dieses bereits erarbeitete (Fest) unter den Tisch zu kehren*", wenngleich keine einzige Frau davon geprochen hat, daß die DFI kein Fest machen darf. Mit 'frauenbewegter' Sprache wie „*wir wollen uns alle selbst darstellen und einbringen*", werden salbungsvolle Töne eingeschlagen (allerdings ohne Erfolg, fortan blieben DKP und DFI unter sich). In Hamburg wird es nicht so einfach für die DFI und die DKP sein, ihre selbsternannte „Avantgarderolle" durchzusetzen. So kündigten die DFI-Frauen noch während der Bündnisverhandlungen das Frauenfest wie folgt an „*DFI u.a.*" (z.b. in der Einladung der Initiative „Frauen zum Bund – wir sagen nein"). Mit dieser Art von Bündnispolitik haben die DFI- und DKP-Frauen erneut eine Chance nicht genutzt, mit den autonomen und linken Frauen in Hamburg ein gemeinsames Fest zu veranstalten.

Ul., Hamburg

Aktionswoche und 8. März in Bremen

Auf Initiative der Anti-Kriegsfrauengruppe und der Frauengruppe für den Frieden in der Ev. Zionsgemeinde setzten sich am 13.2. folgende Frauengruppen zusammen und planten – der kurzen Zeit zum Trotz – Aktionen und Veranstaltungen zur internationalen Aktionswoche „Frauen gegen Krieg und Militarismus – für Frieden": Frauengruppe für den Frieden in der Ev. Zionsgemeinde, Anti-Kriegsfrauengruppe, 218-Gruppe (beide Frauenzentrum), Frauenhaus, Frauenzeitung GESCHE, Frauenbuchladen, KB-Frauengruppe, DFI, Frauen zum Bund – wir sagen nein!, Frauengruppe der Alternativen Liste, Gruppe Frauen und Recht, AStA-Frauenreferate Uni und HfSS und eine ganze Reihe „einzelne" Frauen, wie z.B. Frauen aus der kirchlichen Bildungsarbeit, aus der VVN, aus dem El Salvador-Komitee usw.

Wir wurden uns relativ schnell darüber einig, daß wir eine ganze Woche mit Veranstaltungen von Frauen für Frauen zu zwei Schwerpunkten auf die Beine stellen wollen: nämlich Kriegsgefahr und Betroffenheit der Frauen und Internationalismus (Situation von Frauen in Ländern der „Dritten Welt" – am Beispiel Lateinamerika), und daß diese Veranstaltungen münden sollen in Frauenaktionen und ein Frauenfest zum internationalen Frauentag.

Berechtigte Skepsis gab es bei vielen Frauen gegenüber der Beteiligung der DFI aufgrund der schlechten Erfahrungen vom letzten Jahr: das Bündnis für eine Frauendemo zum 8. März 1980 platzte dank DKP mit Unterstützung der DFI.

Das Programm für die Woche vom 1.-8. März sieht jetzt folgendermaßen aus:

Mo., 2.3. 19.00 Stadtbibliothek Neustadt: Blut des Kondor: Film über Zwangssterilisation in Bolivien.

Di., 3.3. 19.30 Überseemuseum: Informationsveranstaltung über die Situation der Frauen in Nicaragua und El Salvador.

Mi., 4.3. 19.30 Teestube Klöntje Lahnstr. : Frauenalltag im Krieg und Geschichte der Frauenfriedensbewegung. Diskussion über Erfahrungen von Frauen im letzten Krieg und über die Geschichte des Kampfes von Frauen gegen den Krieg.

Do., 5.3., 19.30 Konsul-Hackfeldhaus Birkenstr.: Die Kriegstreiber haben vorgesorgt – wir Frauen sind schon eingeplant in den nächsten Krieg – durch Notstandsgesetze, Schwesternhelferinnenkurse, „Frauen in die Bundeswehr"...

Fr., 6.3. 19.30 Frauenzentrum Alexanderstr.: Lesung und Diskussion über das Buch von Carmen Castillo „Santiago de Chile – ein Tag im Oktober".

Sa., 7.3. ab 10.00 Innenstadt: Frauen-Aktionen und Umzug unter dem Motto „Wir lassen uns nicht einplanen".

Sa., 7.3. ab 20.00 Uni-Mensa: Frauenfest zum internationalen Frauentag.

Am Mo., 2.3., 19.00 , Konsul-Hackfeldhaus veranstaltet das Bremer Frauenhaus außerdem eine Podiumsdiskussion.

Eine Genossin der AG Frauen KB/Bremen

Grüne Frauen: Noch mehr Steine rollen auf den Weg

Auf dem bundesweiten Frauentreffen der Grünen Ende November letzten Jahres haben etwa 40 Frauen über die weitere Frauenpolitik der Günen Partei diskutiert. Trotz der recht schwachen Beteiligung haben die Frauen versucht, einen besseren Weg für die Informationsarbeit und Repräsentanz der Frauen in der Partei zu finden. In einem Antrag an den Bundesvorstand wird gefordert, „ – *sich dafür einzusetzen, daß die Zeitung Die Grünen alle 14 Tage eine Seite für Artikel zur Frauenfrage reserviert, diese Seite wird autonom von allen Frauen erstellt ...; – unabhängig davon halten wir es für selbstverständlich, daß eine bessere Repräsentation von Frauen in der ganzen Zeitung Die Grünen gewährleistet wird*". Darüber hinaus sollte ein weiterer Frauenrundbrief vom Bundesvorstand verschickt werden, um möglichst viele Frauen zu erreichen, die dann auf der Basis eines Abonnements den Rundbrief bestellen sollten. Bettina Hoeltje aus Hamburg (Mitglied im Bundesvorstand) brachte den Antrag am 10/11.1.81 im Bundesvorstand ein; der Antrag wurde von 4 Mitgliedern befürwortet, 4 waren dagegen und 2 enthielten sich der Stimme. Mit anderen Worten: a b g e l e h n t ! „*Der BV erklärt zum Antrag der unterzeichnenden Frauen des Frauentreffens, daß er mit dem Grundgedanken des Antrags (Förderung der Berichterstattung über Frauenfragen in der Grünen Zeitung über die Schaffung einer Frauenseite) übereinstimmt und sich entsprechend im Gespräch mit Aug. Hausleiter für die Realisierung einsetzen will*" (Frauenrundbrief Nr. 8). Eine Aussage, die nichts Konkretes bietet.

Doch damit nicht genug. Auch der Antrag der Grünen Frauen, den nächsten Rundbrief zu verschicken, ist abgelehnt worden und zwar, weil die Finanzen dies augenblicklich nicht erlauben. Die Landesverbände werden lediglich aufgefordert, ihn zu verteilen. Daß dies nach allen Erfahrungen nicht läuft, braucht frau hier
rungen nicht läuft, braucht frau hier
nicht lange auszuführen. Für die Frauen in der Grünen Partei, die noch willens sind, eine Frauenpolitik zu entwickeln, sind damit weitere Steine auf ihren Weg gerollt worden.

Die Nachlese des Frauentreffens

Nach mehreren Monaten Pause ist der grüne Frauenrundbrief Nr. 8 endlich erschienen. Er enthält eine Reihe von Stellungnahmen zum Frauentreffen in Karlsruhe im November '80. Der Auslöser wurde von der Landesvorsitzenden Marieluise Beck-Oberdorf aus Baden-Württemberg gegeben, die in einem schon früher bekannt gewordenen Brief ihre „*sinnlichen, gefühlsmäßigen Erfahrungen*" mit den Frauen der Gruppe Z und des KB zum besten gebt. Vorweg ist noch zu sagen, daß sich Marieluise Beck-Oberdorf in Karlsruhe als eine der Hauptstreiterinnen für den Null-Wachstum und die Parole des Gürtelenger-schnallen hervortat und dafür kräftig Kritik erntete. Sie selbst schreibt zu diesem Punkt: „*Teilzeitarbeit für Mann und Frau, Freisetzung von Eigenproduktion usw. ... stieß auf zynische Ablehnung. Stricken als Kreativität, Hausarbeit als mögliche Befriedigung wurde als gedankliche Ausgeburt der Reaktion hingestellt*". Dieser Vorwurf ist zweifellos gekommen und auch zu Recht: war es doch Marieluise B., die die Frauen als Konsumtreiberinnen darstellte und bereits das Auto und die Stereoanlage zum überflüssigen Konsum erklärte. Hinzu kamen Thesen, daß die Frauen wieder selbst das Brot für die Familie backen sollen und die Kleider viel schneller genäht als erarbeitet sind.

Mit dieser Definition der Ökologiefrage haben sich vor allem die Hamburger grünen Frauen in der Tat kritisch auseinandergesetzt. Doch Marieluise Beck-Oberdorf kommt es nicht auf eine inhaltliche Auseinandersetzung an, sondern auf Stimmungsmache, die sich insbesondere an der Gruppe Z festmacht. So hat Frau Beck-Oberdorf mit der Entstehung der neuen Linken „*als Außenstehende diese harten, bis zur Selbstzerfleischung geführten Debatten gegnerischer Gruppen (miterlebt), die alle für das Wohl der Menschheit in einer neuen, humanen Gesellschaft kämpfen, dazu aber zunächst mit dem offenen Messer in der Hand herumliefen und erbarmungslos kappten, was nicht in ihre Linie paßte*". Und bezogen auf die Guppe Z stellt Frau Beck-Oberdorf die Frage: „*Was macht man mit dem, der in unserer Runde mit dem gezückten Messer kommt?*" Die Antwort ist nicht schwer zu erraten: Die Vorsitzende von Baden-Württemberg tritt für den Ausschluß der Gruppe Z ein.

Doch zurück zu ihrem Brief und ihren „*Gefühlen*" beim Frauentreffen. „*In unserer Gruppe herrschte massive Angst; von den Frauen wagten nur wenige, sich in die extrem aggressiv geführte Diskussion einzugeben, denn der psychische Druck, der von den Z-Frauen auf Andersdenkende ausgeübt wurde, war ungeheuerlich*". Sie spricht vom „*Meinungsterror*", von der „*Härte der K-Gruppen*" und ihren „*Feindbildern*" und bedauert, daß sie selbst „*die Weichheit in der Auseinandersetzung*" mit diesen verliert. Zum Schluß ihres Briefes berichtet sie von einem angeblichen Telefongespräch mit einer Freundin aus Hamburg, die „*langjährig im KB*" war: „*Ich frage sie, ob denn dieser Stil im KB auch schon geherrscht habe. Ihre Antwort: ‚Es war die Hölle'!*".

Mit diesen tollen Geschichten spricht Frau Beck-Oberdorf auch anderen rechtslastigen Frauen in der Grünen Partei aus der Seele. So z.B. Halo Saibold, Mitglied im Bundesvorstand, die „*im großen und ganzen genau so empfunden*" hat wie sie und „*fix und fertig*" war. Oder Gertrud Urbansky, die beklagt, „daß die an-
Urbansky, die beklagt, „daß die an-
wesenden Frauen, außer einem kleinen Teil, gar keine Frauenpflichten mehr übernehmen wollen. Selbst die Reinigung der Wohnung ist schon zuviel, Kinder bekommen schon gar nicht, alles viel zuviel Arbeit" (es ging um die Forderung nach Vergesellschaftung der Hausarbeit).

Gegen diese Darstellung des Karlsruher Frauentreffen beziehen Frauen wie Ingrid Stölzgen und Bettina Hoeltje einen Standpunkt. Ingrid St. schreibt z.B., daß sie den „*psychischen Druck der Z-Frauen*" oder die „*Angst*" von Frau Beck-Oberdorf für unerklärlich hält und es „*ausgesprochen sträflich*" findet, so etwas schriftlich zu verbreiten. Sie wendet sich gegen die Ausgrenzung der Gruppe Z und fordert die Grünen auf, mehr gegen die „Nachrüstung" zu tun, statt sich in unsinnigen „*Theoriedebatten zu verbrauchen*". Bettina Hoeltje (offizielle Sprecherin der Gruppe Z im Bundesvorstand) kritisiert, daß auf dem Frauentreffen wieder einmal mit dem Begriff Ökologie viele wichtige Fragen oder besser unliebsame Themen wie § 218 ausgegrenzt wurden. Bettina meinte: „*Wenn der Begriff Ökologie tatsächlich mehr hergeben soll, als nur unmittelbar die Thematisierung der Fragen des Umweltschutzes (im engeren Sinne), wenn er nicht nur die Beziehung der Menschen zur Natur, sondern auch die Beziehung unter den Menschen erfassen soll, – dann kann man/frau nicht im nächsten Schritt hergehen und wieder mit dem Hinweis auf die Ökologie unliebsame Themen ausgrenzen*". Dies ist zweifellos die Hauptkontroverse auf dem Karlsruher Frauentreffen gewesen. Im neuen Frauenrundbrief spielt diese Auseinandersetzung leider nur am Rande eine Rolle.

Ul., Hamburg

»taz«-Frauenseite

Der Streik der „taz"-Frauen ist nicht ganz ohne Folgen geblieben: der Abgang der Hauptprovokationsstrategen aus der „taz"-Redaktion, die geschlechtsspezifischen Stellenanzeigen (seit dem Streik müssen alle offenen Stellen zuerst für Frauen ausgeschrieben werden, um so dem Ziel 50 % Frauenbeteiligung näher zu kommen) und nun auch täglich eine Frauenseite: „Frauenland".



Bilanz der ersten Wochen: Es wurden die verschiedensten Themen behandelt, vom Prostitutionsverbot in München über Feministinnen in Polen bis hin zu den rausgeekelten Moderatorinnen des ZDF-Sportstudios. Regelmäßig wird eine kleine Übersicht über neu erschienene Frauenzeitungen gegeben, wobei allerdings die Auswahl noch eher zufällig wirkt; täglich wird unter der Rubrik „Blues" ein Frauen-Alltagsaspekt eingeblendet, manchmal nur einige Zeilen als Denkanstoß. Da viele der Artikel keine aktuelle Berichterstattung bezwecken (hier hätte die „Tageszeitung" natürlich bessere Möglichkeiten), sondern „permanente" Themen der Frauenbewegung behandeln, drängt sich automatisch der Vergleich mit entsprechenden Artikeln aus „Emma" oder „Courage" auf und dabei schneidet die „taz" noch relativ schlecht ab. Frau hat den Eindruck, daß der dauernde Produktionszwang die „taz"-Frauen noch überfordert, so daß gelegentlich Schnelligkeit vor Qualität gehen muß.

In einigen „taz"en fiel die Frauenseite dann sogar ganz aus, ohne daß dieser Ausfall irgendwie erklärt wurde. Nichtsdestotrotz ist das „Frauenland" eine Bereicherung der „taz", insgesamt ist durch die Seite die Behandlung von Frauenthemen und -problemen und die Information über Veranstaltungen, neue Gesetze usw. besser gewährleistet als vorher. Frauengruppen und einzelne Frauen haben eher die Möglichkeit, Informationen und Arbeitsergebnisse an die Öffentlichkeit zu bringen. Und es ist für diejenigen, die sich für Frauenthemen besonders interessieren, jetzt wesentlich leichter geworden, die entsprechenden Artikel auch zu finden. Die ersten Leserbriefreaktionen waren denn auch zum größten Teil sehr positiv.

Frauenzentrum Husum e.V. gewann Räumungsklage

Treffen lesbischer Frauen stört Hausfrieden nicht!

Wird durch die Tatsache, daß sich in einem Frauenzentrum neben anderen Arbeitsgruppen auch eine Gruppe lesbischer Frauen regelmäßig bei Versammlungen trifft, der Hausfrieden eines Miethauses derart gestört, daß der Vermieter im Interesse der übrigen Mieter und damit letztendlich auch im eigenen Interesse den Träger des Zentrums fristlos zur Räumung zwingen kann (siehe AK 184/187)?

Diese Frage beantwortete das Husumer Amtsgericht am 6.2.81 mit einem klaren „Nein". In dem Urteil weist der Zivilrichter die Räumungsklage eines Ehepaares zurück, das als Eigentümer des Hauses Gurlittstraße 13 die „Unabhängige Frauengruppe Husum e.V." vor die Tür setzen wollte.



In der Urteilsbegründung heißt es: ... „*Die Satzung des Vereins und die von den Beklagten vorgelegten Unterlagen, wie zahlreiche Artikel in den Husumer Nachrichten, belegen, daß es der Frauengruppe um die ganze Vielzahl von Interessen und Aktivitäten geht, welche in spezifischer Weise Frauen betreffen. Daß in diesem Rahmen ... auch lesbische Frauen die Möglichkeit des Kontaktes und der Aussprache finden, liegt in der Natur der Sache. Den Klägern mußte daher, zumal in heutiger Zeit, bei dem Vertragsschluß mit der Frauengruppe klar sein, daß unter den Frauen sich auch solche Personen befinden, die diese Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu anderen, der lesbischen Liebe zuneigenden Frauen nutzen würden.*

Die Kläger haben nicht vorgetragen (geschweige denn unter Beweis gestellt), daß im vermieteten Versammlungsraum aktive lesbische Sexualität betrieben wird. Laut Mietvertrag ist lediglich ein Ladenraum im Erdgeschoß ohne Nebengelaß vermietet. Für sexuelle Aktivitäten in dieser, letztlich von außen einsehbaren Räumlichkeit, liegt nichts vor. Der Vertrag der Beklagten ist eindeutig dahin zu verstehen, daß es nur darum geht, daß in dem für Frauen und Frauenprobleme geschaffenen Kommunikationszentrum eben auch lesbische Frauen im Rahmen des Angebots der Frauengruppe diese Räumlichkeit zur Aussprache und Kontaktaufnahme nutzen. Das Gericht vermag nicht zu erkennen, inwiefern Derartiges in der Weise als negativ gewertet werden kann, daß dadurch der Ruf des Hauses der Kläger geschädigt werden kann pp. Solche Vorstellungen sind in der heutigen Zeit praktisch nicht nachvollziehbar ...

Wenn einige Mieter entsprechend den von den Klägern vorgelegten Unterlagen am Arbeitsplatz mit ‚dummerhaftigen' Fragen oder Andeutungen belästigt worden sind, ist schwer verständlich, weshalb daraus eine Rufschädigung der Mieter herzuleiten sei. Solchen Aussprüchen läßt sich mit passenden Antworten in der Weise begegnen, daß solche Belanglosigkeiten aus der Welt geschafft werden. Im übrigen steht der Unterschriftenliste der Kläger die der Beklagten entgegen ...

Da die Kläger bei Vertragsschluß letztlich auch mit lesbischen Kontaktmöglichkeiten innerhalb der Frauengruppe und daher auch im Mietraum rechnen mußten, und sie gleichwohl das Mietverhältnis eingegangen sind, obliegt es den Klägern als Vertragspartei der Frauengruppe, ungerechtfertigte Angriffe abzuwehren. Zumindest konnten die Kläger auf die Mieter, soweit diese aufgebracht waren oder noch sind, beruhigend einwirken und sie auf die bereits ausgesprochene fristgemäße Kündigung verweisen."

Unabhängig davon, daß dieser Prozeß ein voller Erfolg für uns Lesben ist, darf uns dieser Ausgang nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Richter mit seiner Sichtweise wohl eher zu einer Rarität in diesem Lande zählt.

Das Problem, neue Räume für das Frauenzentrum in Husum zu finden, ist dadurch nicht kleiner geworden! Am 31. Juli 81 läuft der fristgemäß gekündigte Mietvertrag aus.

Lesbengruppe des KB

Frauenfrage und »islamische Sittlichkeit« in der »Islamischen Republik Iran«

Wenn es etwas gibt, was sich wohl kaum besonders gut zur Sympathisantenwerbung unter Linken und Liberalen eignet, dann ist das sicher die Art und Weise, in der die „Islamische Republik Iran" in den zwei Jahren ihres Bestehens mit der „Frauenfrage" und den „Abweichlern" von den „islamischen Gesetzen" umgegangen ist, die man mit Gewalt wieder zum allgemeinverbindlichen Bezugspunkt menschlichen Verhaltens zu machen versucht hat. Es handelt sich dabei meiner Meinung nach durchaus nicht um eine Randerscheinung, sondern um etwas, was für das politische Selbstverständnis dieses Staates von zentraler Bedeutung ist. Die damit verbundene Aufspaltung der iranischen Gesellschaft in „gute", weil „islamische", und „böse", mit dem Satan im Bunde stehende „anti-islamische" Kräfte macht nämlich einen wichtigen Aspekt der Herrschaftsstrategie von Khomeini und der Islamischen-Republik-Partei (IRP) aus.

Solange sich Khomeini im französischen Exil befunden hatte, war davon – zumindest gegenüber der westlichen Öffentlichkeit – nur sehr verschleiert oder überhaupt nicht die Rede gewesen. Gegenüber westlichen Journalisten gab er sich damals geradezu tolerant und frauenemanzipationsfreundlich, um seinem negativen Image entgegenzuwirken und Sympathisanten für die islamische Anti-Schah-Bewegung im Westen zu gewinnen.

Unter anderem verwies er darauf, daß der schiitische Islam den iranischen Frauen alle Entfaltungschancen eröffnen und ihnen die *„wahre Freiheit"* bringen werde – im Gegensatz zur „Scheinfreiheit" unter dem Schahregime, das den Frauen den Status von Sexualobjekten aufgezwungen habe. Und natürlich werde niemand diejenigen Frauen, die von sich aus keinen Tschador anziehen wollen, nach dem Sieg der islamischen Bewegung dazu zu zwingen versuchen.

Und was nun die politische Be- wollen, nach dem Sieg der islamischen Bewegung dazu zu zwingen versuchen.

Und was nun die politische Bedeutung des damals heißdiskutierten schwarzen Schleiers betrifft, mit dem bedeckt die große Masse der iranischen Frauen ja an den Anti-Schah-Demos teilnahm – so wurde er damals durchaus nicht allein von islamischer Seite positiv bewertet; auch ganz andere politische Kräfte interpretierten ihn überwiegend als ein anti-imperialistisches und anti-despotisches Kampfsymbol. Und in diesem Symbol, so wurde häufig behauptet, wollten sich die demonstrierenden Frauen ihre eigene „authentisch islamische" Form der Emanzipation erkämpfen und die westliche Linke und auch die Frauenbewegung sollten sich endlich von der ethnozentrischen Tendenz freimachen, aller Welt immer nur i h r e Befreiungsmodelle aufzwingen zu wollen und alles andere als reaktionär zu denunzieren.

Sicherlich gab es unter der großen Masse der demonstrierenden islamischen Fräuen (auch viele linke und liberale Frauen gingen damals im Tschador zu den Demos!) auch Frauen, die solchen Vorstellungen einer Frauenbefreiung im Rahmen eines progressiv re-interpretierten Islam anhingen. Dazu zählten besonders die vielen Oberschülerinnen und Studentinnen, die entweder den reformistischen Ideologien von Ali Schariati anhingen oder mit den Volksmojahedin sympathisierten oder auch beides. Diese jungen Frauen wollten sich zwar nicht mehr wie ihre Mütter total auf Haushalt und Kindererziehung beschränken, sondern einen interessanten Beruf ausüben und auch sonst gesellschaftlich aktiv sein, doch andererseits fühlten sie sich auch vom verwestlichten Lebensstil der Frauen aus der oberen Mittelschicht abgestoßen, der ihre doch noch ziemlich traditionalistischen Moralvorstellungen verletzte und außerdem auch noch mit dem verhaßten Schahregime identifiziert werden konnte.

Für junge Frauen, die in solcher Identitätskrise steckten, hatte Schariati sein islamisch-reformistisches Identifikationsmodell der „neuen Fatima" entwickelt. Aus Fatima, der Tochter Mohammeds und Ehefrau des Imam Ali, die in der schiitischen Tradition vor allem als entsagungs- und aufopferungsvolle Mutter und Gattin gefeiert wurde, machte Schariati durch Re-Interpretation eine politische Aktivistin, der viele junge Iranerinnen der 70er Jahre „nachfolgen" wollten. Nach dem Sieg über das Scharegime hofften sie, ihre politischen Ideale jetzt endlich im Rahmen des Aufbaus einer „wirklich" islamischen Gesellschaft realisieren zu können. Doch die optimistischen politischen Hoffnungen sowohl der marxistischen als auch der islamischen Linken sollten im Laufe der zwei Jahre „Islamischer Republik Iran" recht bald an der Realität zerschellen.

So sahen sich z.B. die Linken, die mit der Entwicklung einer bürgerlich-demokratischen Republik gerechnet schellen.

So sahen sich z.B. die Linken, die mit der Entwicklung einer bürgerlich-demokratischen Republik gerechnet hatten, sofort einer islamischen Diffamierungskampagne gegenüber,, die ihren Beitrag zum Kampf gegen das Schahregime zu negieren suchte und sie als *„Abtrünnige"*, *„Kinder des Satans"*, *„islamische Verräter"* etc. verteufelte. Und das, was seit zwei Jahren von allen islamisierten Medien als das „verbindliche" islamische Frauenideal verkündet wird, hat auch nur noch selten etwas mit Schariatis „neuer Fatima" zu tun; es trägt eher die altbekannten Züge der traditionellen Fatima-Figur aus der patriarchalischen schiitischen Tradition. Da wird immer wieder das Bild der natürlich islamisch bedeckten Hausfrau und Mutter beschworen, deren höchstes Lebensziel es ist, *„dem Vaterland gute Söhne zu schenken"*. Auch in der neuen „islamischen Verfassung" werden die iranischen Frauen völlig auf ihre Mutterrolle reduziert und vor allem aufgefordert, ihre Kinder zu *„Menschen mit fester Weltanschauung"* zu erziehen. Dafür aber solle ihnen dann in der „islamischen Republik" auch eine besonders hohe Ehre und Würde zuteil werden, heißt es dort weiter.

Aber natürlich vergessen die islamischen Integristen auch nicht, etwas Tröstendes für diejenigen Frauen einfließen zu lassen, die sich nicht auf diese Mutterrolle reduzieren lassen wollen, sondern ihre Beteiligung an den „öffentlichen Angelegenheiten" fordern. Um auch sie bei der Stange zu halten, preisen Khomeini und die IRP-Führer auch immer wieder die große Rolle, die die Frauen beim Sturz des Schahregimes gespielt haben: Sie seien *„aus dem Schleier der Privatheit herausgekommen"* und hätten *„im Schleier der Reinheit ihre Schreie mit denen der Männer vereinigt und den Sieg errungen"* (Khomeini am „islamischen Frauentag" 1979). Und wirklich sieht man ja auch in der islamischen Republik immer noch große Scharen von tschador-bedeckten Frauen – streng von den Männern getrennt, versteht sich – an allen Feiertagen oder bei staatserhaltenden Manifestationen aufmarschieren. Was in diesen „islamischen Frauenbildern" aber völlig fehlt, ist bezeichnenderweise der Hinweis auf die weibliche Berufstätigkeit.

Genauere Erkenntnisse über das, was der islamische Integrismus unter der immer wieder beschworenen „Ehre" und „Würde" der Frauen in der islamischen Republik aber eigentlich konkret versteht, erhält man aber vor allem, wenn man die vielen „Islamisierungsmaßnahmen" näher untersucht, die ja schon seit Ende Februar 1979 auf die „befreite" iranische Gesellschaft herunterprasselten. Viele Iraner dürften über sie allerdings weder erstaunt noch entsetzt gewesen sein, denn in seinen weitverbreiteten persischen Reden und Schriften hatte Khomeini aus seinen politischen Absichten nie einen Hehl gemacht.

Überall hatte er leidenschaftlich für die Aufrechterhaltung des Scharia- politischen Absichten nie einen Hehl gemacht.



Studentin aus Teheran. Sie lehnt den Schleier ab: „Wenn die Männer so schwach sind, daß sie den Anblick einer unverhüllten schönen Frau nicht ertragen, kann auch sonst nicht viel mit ihnen los sein." (nach „stern")

Studentin aus Teheran. Sie lehnt den Schleier ab: „Wenn die Männer so schwach sind, daß sie den Anblick einer unverhüllten schönen Frau nicht ertragen, kann auch sonst nicht viel mit ihnen los sein." (nach „stern")

Überall hatte er leidenschaftlich für die Aufrechterhaltung des Scharia-Rechts Partei ergriffen und alle Abweichungen im Bereich der staatlichen Gesetzgebung von den dort niedergelegten „Koranischen Gesetzen" erbittert bekämpft. Das Familienschutzgesetz von 1967 z.B., das die Polygamie erschwert, das einseitige männliche Verstoßungsrecht beseitigt und den Frauen mehr Möglichkeiten eingeräumt hatte, von sich aus die Scheidung zu beantragen, über die dann von einem Gericht beschlossen werden sollte, wurde von ihm immer wieder als das *„radikale Gegenteil des islamischen Gesetzes"* bezeichnet und daher auch für *„illegal"* erklärt. Khomeini befürwortete in diesen Texten aber auch die Verheiratung von Mädchen gleich zu Beginn der Pubertät, wobei er sich auf einen Rat von Imam Ali aus der islamischen Frühzeit bezog. Und natürlich agitierte er immer wieder gegen die Koedukation und das Baden von Männern und Frauen im Badeanzug im Kaspischen Meer. Auch die Musik fand schon damals keine Gnade vor seinen Ohren. Da sie lediglich Unmoral, Lüsternheit und Zügellosigkeit erzeuge und ja im Koran deswegen ohnehin verboten sei, dürften weder die Schulen sie lehren noch Radio und Fernsehen sie senden. Die religiöse Erlaubnis für Frauen, ein Studium aufzunehmen, machte Khomeini abhängig davon, inwieweit sie es vermeiden könnten, an der Uni in näheren Kontakt mit fremden Männern, einschließlich der Professoren, zu treten. Sollte sich diese Vermeidungsstrategie nicht ausreichend gründlich realisieren lassen, müßten sie ihr Studium aus „moralischen" und „religiösen" Gründen aufgeben.

Von keinem Gleichheits- oder „Partnerschafts"-Gedanken angekränkelt zeigte er sich auch in den „Vorschriften" über die Mann-Frau-Beziehungen in der Ehe: *„Eine Frau, die eine Dauerehe eingegangen ist, hat nicht das Recht, das Haus ohne Erlaubnis des Ehemannes zu verlassen; sie muß sich jederzeit seinen Wünschen unterwerfen. Sie darf sich ihm nicht ohne einen zureichenden religiösen Grund verweigern. Wenn sie ihm völlig gehorsam ist, dann muß ihr der Ehemann Nahrung, Kleidung und Wohnung stellen, ob er dazu die Mittel hat oder nicht"*. Und natürlich ließ Khomeini keinen Zweifel daran, daß eine islamische Frau ihre Haare und ihren Körper vor den Augen der Männer zu verbergen habe. Schlimmer noch: Er bekannte sich auch wiederholt offensiv zur Notwendigkeit, endlich wieder die guten alten koranischen Körperstrafen anzuwenden, um damit *„dem immer weiter um sich greifenden Laster"* Einhalt zu gebieten. Er forderte in den mir bekannten Schriften explizit die Auspeitschung von Prostituierten und Alkoholtrinkern; außerdem befürwortet er das Händeabhacken von Dieben und die Steinigung von Ehebrecherinnen. Den Drogenhändlern dagegen zeigte er sich sehr milde gesonnen – wohl weil dafür im Koran keine Strafen vorgesehen sind!

Kein Wunder also, daß nach der Machtergreifung dieser Strömung innerhalb der islamischen Bewegung zunächst einmal alle diejenigen Gesetze beseitigt wurden, die eine Abweichung vom Scharia-Recht beinhaltreten. Darunter fielen neben dem Familienschutzgesetz das Richteramt für Frauen und die Liberalisierung der Abtreibung.

Die Juristinnen, die im Iran eine Gruppe mit einer langen und kämpferischen Tradition in der bürgerlichen Frauenbewegung bilden, wehrten sich damals (leider erfolglos) in vielen Teach-Ins und Sit-Ins gegen die Abschaffung des weiblichen Richteramts, das vor allem mit der zu großen „weiblichen Emotionalität" und ihrer zu geringen Fähigkeit zur „rationalen Urteilsfindung" legitimiert wurde.

Natürlich wurden auch rasch alle mit der Geschlechtertrennungs- und weiblichen Verhüllungs-Ideologie unvereinbaren „westlich-dekadenten Sitten" wie die Koedukation, das Baden von Frauen im Badeanzug sowie öffentlicher Frauensport verboten. Das Baden von Frauen im Badeanzug statt im Tschador oder Kleid wurde sogar mit Peitschenhieben bedroht. Außerdem mußten natürlich alle Tanzlokale, Discos, Nachtclubs, aber auch viele Cafes ihre unmoralischen Pforten schließen. Alkoholbesitz und -konsum, der weit stärker unter Männern als unter Frauen verbreitet war, wird gegenwärtig ebenfalls mit vielen Peitschenhieben bestraft.

Gotbzadeh sorgte auch rasch dafür, daß im Fernsehen alles „hundertprozentig islamisch" zuging, verbot „sinnbetörende Musik" (es gibt nur noch islamische Trauermusik und Revolutionsgesänge mit viel „Allah" und akhbar") und ließ Frauen nur noch in strenger islamischer Bedekkung auf den Bildschirm. Nach den letzten Informationen des islamischen Generalstaatsanwalts sind in den letzten zwei Jahren über 2.000 Menschen durch die „islamischen Revolutionsgerichte" zu den „koranischen Strafen" verurteilt worden, darunter 400 zum Tode. Ehebrecherinnen, unverheiratete Liebespaare, Prostituierte, Kupplerinnen, Vergewaltiger, Drogenhändler – aber auch schon Leute, die während des Fastenmonats Ramadan zur Unzeit essend angetroffen wurden, und natürlich die Besitzer und Konsumenten von alkoholischen Getränken sind in dieser Zeit „islamischen Folterungen" (bis 100 Peitschenhiebe) unterworfen, ja im Falle von „sexuellen Verfehlungen" oft sogar hingerichtet worden. Bei zwei Männern und zwei Frauen wurde von einem „Revolutionsgericht" in Kerman im Juli 1980 sogar die Steinigung angewandt.

Zwar gab es sogar innerhalb des islamischen Lagers die ganze Zeit über viel Protest gegen diese islamische Terrorjustiz, doch vergebens.

Schwere Zeiten bedeuteten die zwei Jahre islamische Republik auch für viele berufstätige Frauen. In der jetzigen Zeit der schweren Wirtschaftskrise und der hohen männlichen Arbeitslosenquote sind die neuen Machthaber natürlich bemüht, alle diejenigen Frauen, die das Schahregime während der Boomphase mit Hilfe der Petrodollars in den Wirtschaftsprozeß integriert hatte, als potentielle Reservearmee wieder in die „eigenen vier Wände" zurückzuschicken. Das wird dann gern auch noch mit der Floskel von dem die Frauen von der „Doppelausbeutung" befreienden Islam legitimiert.

Ein Teil der während der zwei Jahre „Islamischer Republik Iran" entlassenen Frauen verdankt dies allerdings wohl nicht allein arbeitsmarktpolitischen Erwägungen. Vor allem die besser qualifizierten Frauen wie Uni-Dozentinnen, Lehrerinnen, Richterinnen und viele andere Frauen im Öffentlichen Dienst verloren häufig ihre Jobs im Rahmen der sogenannten „Islamisierungskampagnen" in diesen Institionen, bei denen es vor allem darum ging, diese von liberalen und linken Kräften zu säubern. Daß daneben aber auch die eher „unpolitischen" Bürofrauen so häufig im Zentrum der islamischen Kampagnen standen und geradezu den Sündenbock für die Korruption









in den Ämtern abgeben mußten, erklärt sich wohl vor allem aus der Tatsache, daß sie mehr als z.B. die Mädchenschullehrerinnen gegen das bei den Islamis so tief verwurzelte Prinzip der Geschlechtertrennung verstoßen, wenn sie mit „fremden Männern" in einem Raum sitzen oder doch zusammenarbeiten. Seit zwei Jahren sind auch Bestrebungen im Gang, diesem „unhaltbaren Zustand" sukzessive ein Ende zu bereiten: durch Entlassung der Sekretärinnen oder ihrer Zusammenfassung in von den Männern getrennten Räumen. Und seit Juli 1980 herrscht zudem in allen Ämtern und Krankenhäusern für die weiblichen Angestellten die strenge „islamische Bedeckungspflicht".

Wie sieht es aber jetzt mit „islamischen Alternativen" zu dieser integristischen Strategie zur „Lösung" der Frauen- und Moralfrage in der „islamischen Republik" aus? Was würde die Durchsetzung der Bani-Sadr-Linie für die iranischen Frauen bedeuten? Nicht viel Gutes, fürchte ich, denn Bani Sadr argumentiert in den wichtigsten Fragen kaum anders als die IRP. Lediglich die islamischen Folterungen würden bei ihm wohl verschwinden. Im Gegensatz zu den klassischen islamischen Reformisten, die schon seit mehr als 100 Jahren versuchen, aus Mohammed einen indirekten Anhänger der Monogamie auch für Männer zu machen (Einschränkungsbestimmungen für die Polygamie etc.), verteidigt Bani Sadr z.B. offensiv die Vielehe. Gäbe es sie nämlich nicht, dann müßten die historisch bisher immer „überschüssigen" Frauen entweder als frustrierte alte Jungfern sterben oder durch die Aufnahme von nicht durch den heiligen Bund der Ehe legitimierten Beziehungen zu Männern auf den Status von Prostituierten herabsinken. Daß gegerade in polygamen Ehen meist der Kleinkrieg aller gegen alle herrscht, führt Bani Sadr auf die Tatsache zurück, daß die Menschen eben noch ein *„unterentwickeltes islamisches Bewußtsein"* besäßen und ja die *„wahre islamische Gesellschaft"* bisher auch noch nie errichtet worden sei. In der würden sich solche Probleme wie Eifersucht aber aufgrund des hochentwickelten islamischen Bewußtseins der Beteiligten nicht mehr stellen und diese segensreiche Institution würde dann endlich in dem ihr gemäßen Milieu zur Befriedigung aller funktionieren können.

Und den Frauen, die Khomeinis Tschador-Erlaß zu „Wiederherstellung von Sitte und Moral" in den Ämtern vom März 1979 nicht folgen wollten und dagegen sogar noch große Protestdemos ins Leben riefen, warf Bani Sadr damals in einer Fernsehdiskussion vor, daß sie eine *„gewalttätige Philosophie"* verträten, wenn sie darauf bestünden, *„ihren Körper unbedeckt zur Schau zu stellen"*. Damit verfolgten sie nämlich unterschwellig aggressive Absichten gegenüber den nicht so schönen und jungen Frauen und natürlich gegenüber allen Männern auf der Straße oder am Arbeitsplatz! Und als ich im Sommer 1979 im Iran war, fragten mich alle Leute, ob ich schon mal was von der Bani-Sadr'schen „Strahlentheorie" gehört hätte: Ihm zufolge übten nämlich die Frauenhaare eine magische Anziehungskraft auf die Männer aus – was auch wissenschaftlich erwiesen sei! –, und daher sei ohne die Anlegung eines Kopftuchs auch ein geordneter Arbeitsablauf in den Büros nicht gewährleistet. Eine ganz neue Erklärung für das bisherige Versagen der Bürokratie bei der Lösung der wichtigsten gesellschaftlichen Probleme!

Von Ängsten dieser Art scheinen mir aber im Iran fast alle Islamis gepackt zu sein, auch solche, die in vieler Hinsicht auch frauenpolitisch recht progressiv sind. Wahrscheinlich auch die vielen Schariati-Anhänger und bis zu einem gewissen Grade auch die Mojahedin. Letztere sind in ihrem Denken über die Frauenfrage und die gesellschaftlichen Bedingungen zur Befreiung der Frauen aus ihrer jahrhundertealten Unterdrückung andererseits auch stark vom traditionellen marxistischen Denken beeinflußt. Auch sie sehen eine enge Beziehung zwischen der Herausbildung von Klassen- und Frauenunterdrükkung. Ebenso sehen sie deren Aufhebung gebunden an die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, die sie als „towhidische" (monotheistische) Gesellschaft bezeichnen. Den Kampf dafür aber sollten die Frauen mit den Männern erst einmal gemeinsam führen.

Als dezidiert (= entschieden) islamische Organisation müssen die Volksmojahedin natürlich leugnen, daß der Islam als solcher für die Unterdrückung der Frauen verantwortlich gemacht werden kann. Das Problem ist hier, daß sich ja Khomeini und die IRP, aber auch Bani Sadr bei der Legitimation ihrer islamischen Frauenpolitik durchaus auf etliche Koransuren und die gesamte Tradition stützen können. Die Mojahedin gestehen nun nicht-religiösen Kritikern durchaus auch zu, daß es natürlich viele *„feudale Sitten und Traditionen"* gäbe, die auch heute noch dazu dienten, die Frauen gerade in der „Islamischen Republik Iran" zu unterdrücken. Doch ihrer Meinung nach müsse man im Bereich der koranischen Vorschriften zwischen den *„ewig gültigen Werten"* und nur zeitgebundenen Bestimmungen differenzieren. Gegenwärtig jedenfalls seien alle wahren Muslims dazu aufgerufen, weniger die Buchstaben des Koran als vielmehr seinen progressiven Geist in bezug auf die Frauenfrage in die Tat umzusetzen. Die Mojahedin fordern auch in allen diesbezüglichen Proklamationen immer wieder, daß den Frauen – ohne jede Zweideutigkeit – die gleichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte wie den Männern eingeräumt werden müßten. Dies sei die einzig wahrhaft „islamische" Position zu dieser Problematik.

Andererseits hatten gerade die Mojahedin offenbar große Probleme dabei, diese Einsichten auch offensiv in die Tat umzusetzen, nicht nur wegen der starken Verfolgungen, denen sie ausgesetzt sind, sondern auch, weil sie einem ziemlich ausgeprägten Denken in Haupt- und Nebenwidersprüche anhängen. Und da fürchteten sie wohl bisher immer, ähnlich wie auch viele Fraktionen der marxistischen Linken, daß ein zu starkes Einlassen auf die Frauenfrage und die Frauenkämpfe die berühmte „antiimperialistische Einheitsfront" spalten (und Bani Sadr in weitere Schwierigkeiten bringen) könnte. Allseits präsent war bei allen linken Organisationen auch immer die Furcht, daß die „Konterrevolution" die Frauenkämpfe für ihre Interessen funktionalisieren könnte.

Dies bedeutete konkret, daß die Tudeh-Partei schon die spontanen Frauendemos vom März 1979 als *„im Interesse des Imperialismus"* liegend diffamierte und die Frauen als dessen *„unbewußte Werkzeuge"* bezeichnete. Aber auch die Volksmojahedin und die Volksfedayin wiegelten den Kampf der Frauen aus obigen Erwähnungen auch eher ab, als daß sie ihn angefeuert hätten. Und nachdem dann im Laufe des Jahres 1980 die Mehrheitsfraktion der Volksfedayin auch noch zur „antiimperialistischen, in den Massen verankerten" Geistlichkeit überlief und andere linke Organisationen im Gegenzug dazu „kritische Solidarität" mit Bani Sadr üben wollten, da konnten diejenigen Frauen, die auch im Juli 1980 noch einmal im Protest gegen den im Rahmen der „islamischen Kulturrevolution" verkündeten zweiten Tschador-Erlaß auf die Straße gehen wollten, kaum noch auf die Solidarität von Seiten irgendeiner bedeutenderen linken Organisation hoffen. Deren „Schwesterorganisationen" aus den Reihen der linken Frauenorganisationen wagten es folglich auch nicht, sich bei diesen Auseinandersetzungen politisch zu exponieren. Nur vereinzelte Frauen aus den Reihen sehr systemkritischer Frauenorganisationen demonstrierten daher gemeinsam mit den betroffenen Bürofrauen, Krankenschwestern etc. (natürlich erfolglos) gegen diesen erneuten – mit der Androhung sofortiger Entlassung verbundenen – staatlichen Versuch, widerstrebende Frauen unter das „islamische Gesetz" zu zwingen. Und die ihnen jetzt aufgezwungene „islamische Bedeckung" hat sich in der „islamischen Republik" ja wohl sehr schnell wieder von einem – allerdings immer etwas zweideutigen – politischen Protestgewand in ein „Unterwerfungsgewand" der Frauen unter männliche Herrschaft zurückverwandelt. Von daher ist der Kampf gegen den Tschador-Zwang eigentlich auch ein Kampf um die Aufrechterhlatung der eigenen persönlichen und politischen Identität.

Aber der Kampf für „individuelle Freiheitsrechte" steht bei weiten Teilen der iranischen Linken ohnehin nicht so hoch im Kurs, wie das für ein Land mit einer jahrhundertealten despotischen Tradition doch eigentlich erforderlich wäre. Allzuleicht werden sie als „bürgerliche" Forderungen diffamiert, mit denen die Massen – die ja ganz andere Probleme hätten – ohnehin nichts anfangen könnten. Abgesehen davon, daß mir das keineswegs erwiesen scheint, bezweifle ich andererseits auch stark, daß diese Identitätsaufgabe sonderlich viel zur Verankerung der Linken „in den Massen" beitragen könnte. Stattdessen dürfte es aber bei vielen Sympathisanten weiter massenhafter Prozesse von Demoralisierung und politischer Demobilisierung erzeugen. Davon kann man sich auch jetzt schon überall im Iran und im Ausland überzeugen.

M.S.

Frauen in der Antifa-Kommission

Der Hintergrund für diesen Artikel ist die traurige Tatsache, daß im letzten Jahr einige Genossinnen in den verschiedenen Antifa-Kommissionen die Mitarbeit aufgekündigt haben. Ein Teil dieser Genossinnen begründete ihren Weggang mit Mängeln in der Arbeitsweise der Hamburger Kommission. Dazu kommt, daß die Genossinnen in der Kommission sowieso in der Minderheit sind. Diese alarmierende Entwicklung führte zu mehreren Diskussionen in der Hamburger Kommission, um die Ursachen für die Schwierigkeiten der Genossinnen herauszufinden und die Arbeitsweise der Kommission zu verbessern. Dieser Artikel soll diese Schwierigkeiten und Mängel in unserer bisherigen Arbeit darstellen und so eine Grundlage für eine positive Veränderung sein. Unsere Probleme treten zum Teil sicher auch in anderen Kommissionen und Arbeitsbereichen auf, eine Diskussion darüber halten wir für wichtig als Beitrag zum Thema „Frauen in linken Organisationen". Wenn wir die angesprochenen Schwierigkeiten als frauenspezifisch behandeln, dann ist das so zu verstehen, daß es zwar auch Männer gibt, die dieselben Schwierigkeiten haben, daß Frauen aber dadurch stärker betroffen sind und empfindlicher darauf reagieren.

Last not least wollen wir aber anderen Frauen auch Mut machen zur Arbeit in solchen Kommissionen – ein zugegebenermaßen schwieriges Vorhaben, weil der Artikel hauptsächlich die negativen Aspekte unserer Arbeit beleuchtet und wir auch noch kein Patentrezept gefunden haben, wie in Zukunft alles besser laufen soll. Wir wissen im Grunde nicht, welche konkreten Forderungen wir an die Genossen stellen sollen; mit formalen Verhaltensänderungen wäre uns nicht gedient; was wir wollen, ist, daß die Genossen sich von selbst richtig verhalten!

Die Grundlage dieses Artikels ist, daß wir weiter in der Kommission arbeiten wollen – auch wenn's schwerfällt –, anstatt resigniert auf ein anderes, frauenfreundlicheres Arbeitsfeld überzuwechseln. Die Arbeit bringt uns schließlich a u c h Spaß. Die Möglichkeit, sich über einen längeren Zeitraum intensiv (und relativ „in Ruhe") mit einem Thema zu beschäftigen, „wissenschaftliche" Untersuchungsarbeit zu lernen, mit einem ziemlich leistungstarken Archiv zu arbeiten, gibt es in diesem Maße in kaum einem anderen Arbeitsgebiet. Dazu kommt, daß der Antifa-Bereich inhaltlich sehr vielseitig ist, die Arbeit auch allgemeinpolitisch qualifiziert (immerhin stützt sich die ganze innenpolitische Einschätzung des KB in großen Teilen auf die Arbeit der Antifa-Kommission), der Leistungsstand der Kommission (als Ganzes gesehen) und der politische „Durchblick" dort relativ hoch ist – alles Gründe, die auch Frauen die Mitarbeit attraktiv erscheinen lassen.

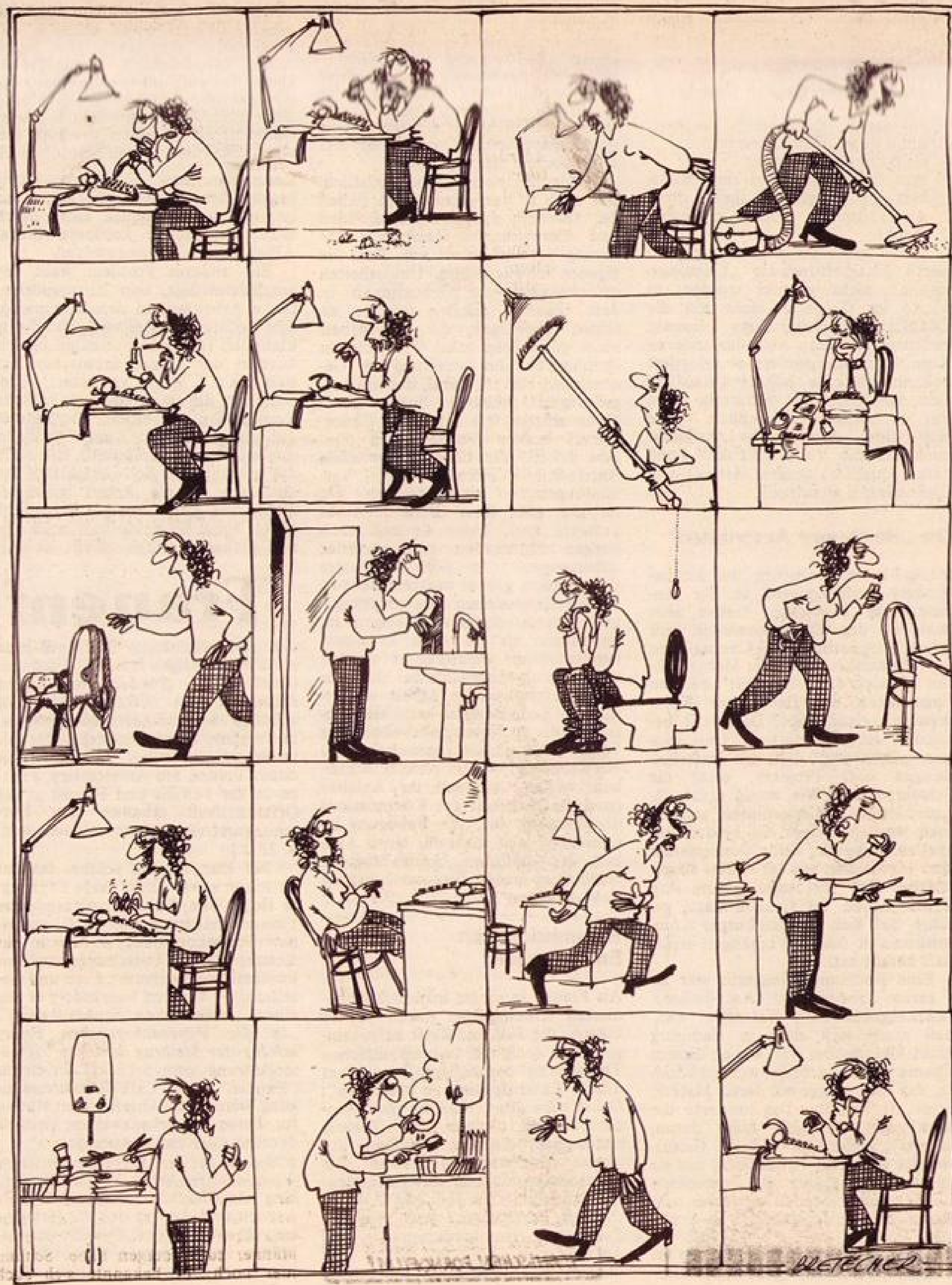
Aller Anfang ist schwer

Die Antifa-Kommission gehört zu den sehr theorieorientierten Kommissionen, die Arbeit findet zum größten Teil isoliert am Schreibtisch statt. Im Gegensatz zu solchen Kommissionen, wo es relativ einfach ist, Überblick zumindest über ein Teilgebiet zu bekommen, erfordert die Antifa-Kommissionsarbeit einen besonders großen Arbeitsaufwand, bevor sie überhaupt AK-verwertbar wird. Es muß nicht nur die Tagespresse ausgewertet werden, dazu kommen noch die zahlreichen Zeitungen und Schriften rechter und faschistischer Organisationen, fortschrittliche Zeitschriften, neu erschienene Bücher etc. Es dauert eine ganze Zeit, bis frau sich in den Massen von Namen und Organisationen so einigermaßen zurechtfindet und die Begriffe, die sich die „Spezis" auf den Sitzungen gegenseitig „zuwerfen", konkrete Assoziationen auslösen. Dazu kommt, daß oft noch historische Kenntnisse nötig sind, um Bewegungen und Ideologien beurteilen und einordnen zu können.

Ein Neuling in der Kommission – egal, ob Mann oder Frau – hat also mit mehreren Schwierigkeiten zu kämpfen: Sie/er bekommt praktisch keine Einarbeitung, sondern kann sich ein Arbeitsgebiet auswählen, bekommt (bestenfalls) einen Packen Material dazu, absolviert eine oder zwei „schwerpunktsetzende" Diskussionen und bemüht sich die nun folgenden Wochen und Monate zuhause an seinem/ihrem Schreibtisch, das Material durchzuackern und in die „Schwerpunkte" umzusetzen. Zwar ist ihr/ihm i.a. einer der „Spezis" anempfohlen worden, an den sie/er sich bei Schwierigkeiten wenden soll, aber eine entsprechende Kontaktaufnahme endet oft mit noch größerer Verwirrung, weil der Spezialist seine Ratschläge auf der Grundlage von Kenntnissen austeilt, von denen der Neuling noch nicht die leiseste Ahnung hat.

Während der Kommissionstermine verfolgt er/sie ehrfürchtig und verständnislos die „Spezi"-Diskussionen, beobachtet bewundernd die rege Artikelproduktion und wartet beschämt auf die regelmäßig wiederkehrende Frage, wie es denn mit ihrem/seinem Arbeitsgebiet stände, ob von dort

Der erste Artikel



Fortsetzung von der vorherigen Seite

wohl ein Artikel zu erwarten sei. Und ist das dann wirklich einmal der Fall, so kann es passieren, daß es heißt: „Ist doch alles bekannt" oder „zuwenig Fakten." Letztlich ist die Kommission auf die Arbeit des Neulings nicht angewiesen, dementsprechend gering ist auch das Interesse an ihrer/seiner Arbeit: Entweder er/sie findet sich hinein oder aber nicht. The show must go on (frei übersetzt: Hauptsache, die Artikelproduktion ist gesichert).

Sicher, es gab auch Männer, die nach einer Weile frustriert ihre Arbeit an den Nagel gehängt haben. Aber Männer sind auch eher in der Lage, sich in diesem Arbeitsklima durchzusetzen, ihr Vertrauen auf die eigene Leistungsfähigkeit ist i.a. grösser, sie sind vertrauter mit „Bluff"-Diskussionen (d.h. dem Gebrauch bestimmter Begriffe, deren Bedeutung eigentlich niemand genau kennt, aber jeder zu kennen vorgibt), die Dominanz der Männer in der Kommission schüchtert sie nicht ein. Jedenfalls: der „Kern" der Kommission, der „braintrust", ist rein männlich.

Um die Anfangsphase unbeschadet zu überstehen, ist also ein ziemlich hohes Frustrationsniveau erforderlich. Frau muß die ganze Zeit im Kopf haben: Es liegt nicht an meiner individuellen Unfähigkeit; ich kann und werde es lernen, die Anforderungen zu erfüllen.

Das ist schon allein deshalb nicht leicht, weil die anderen Kommissionsteilnehmer i.a. nicht den Eindruck vermitteln, daß sie diese Auffassung teilen. Es bedarf also eines recht ausgeprägten, dazu auf bestimmte, männlich belegte Fähigkeiten ausgerichtetes Selbstbewußtseins – und welche Frau verfügt darüber schon? Es ist im Gegenteil so, daß häufig sogar Genossinnen, die sehr gute Arbeit leisten, dies selbst gar nicht so empfinden, nicht die entsprechende Sicherheit gewinnen. Auch Genossinnen, die sich in ihr Gebiet eingearbeitet haben, lassen sich durch einen auftretenden Tiefpunkt (z.B. wenn der ursprünglich geplante Artikel geschrieben ist und die Frage ansteht, wie das Thema jetzt weiterbearbeitet werden soll) viel stärker verunsichern als ein gestandener „Kommissionär", der so einen Zustand schon mehrfach überwunden hat.

Ein Problem, das vorrangig gelöst werden muß, ist, eine Form der Einarbeitung insbesondere der Genossinnen zu entwickeln, die

- deren Schwierigkeiten berücksichtigt,
- an ihren Kenntnissen ansetzt, ohne sie zu diskriminieren,
- sie nicht bevormundet,
- ihre Fähigkeiten und ihre Mitarbeit anerkennt und ihnen diese Anerkennung auch erfahrbar macht.

Dabei sollte durch eine so praktizierte Einarbeitung das „Leistungsniveau" nicht gesenkt werden; es würde im Gegenteil nicht nur die Qualifizierung dieser einen Genossin bedeuten, sondern auch der anderen Kommissionsmitglieder: es erfordert bekanntlich eine höhere Qualifikation, ein Wissen zu vermitteln als es nur zu besitzen. Schließlich würde sich diese Arbeitsweise vielleicht auch auf die Verständlichkeit (und damit Qualität) unserer Artikel und Diskussionen auswirken ...



Die „Hamburger Autoritäten"

Mängel in der Anleitung, die sich besonders verhängnisvoll in der Anfangsphase auswirken, treten aber auch in der Zusammenarbeit mit schon eingearbeiteten Genossinnen auf. Zusammen mit einer Menge Wissen ist auch die „Autorität" bei den Spezialisten der Hamburger Kommission konzentriert. Das trifft besonders die „auswärtigen" Genossinnen. „Hamburg" trifft die Entscheidungen über Projekte, setzt die Schwerpunkte. Wie wenig ernst die „auswärtigen" Genossinnen genommen werden, zeigen die beiden folgenden Beispiele; beide Genossinnen sind inzwischen aus der Arbeit ausgestiegen. Erst ihr Ausstieg und ihre Kritik haben im Grunde dazu geführt, daß sich die Hamburger Kommission mit diesen Vorgängen ernsthaft befaßt hat.

- Eine Bochumer Genossin war in ihrem Arbeitsgebiet (Anti-Bullen) „steckengeblieben". Tatsache war, daß mann sich auch in Hamburg nicht klar darüber war, wie an diesem Thema weitergearbeitet werden konnte, daß sich keiner mit dieser Materie ernsthaft befaßte. Das hinderte die Hamburger allerdings nicht daran, allerlei „Vorschläge" für die Genossin aus dem Hut zu zaubern, um sie kurze Zeit später mit derselben Leichtigkeit wieder zu verwerfen und durch neue „Vorschläge" zu ersetzen.
- Eine Nürnberger Genossin, die an dem CDU-Buchprojekt mitarbeitete, hatte ihren Teil als einzige aus der Gruppe zum angesetzten Termin fertig. Vergeblich wartete sie auf eine Reaktion. Stattdessen wurde derweil in Hamburg die ursprüngliche Konzeption für das Buch über den Haufen geworfen – mann war dort nämlich aufgrund von persönlichen und Arbeitsschwierigkeiten „versackt" – das Ergebnis dieser Konzeptionsänderung wurde den übrigen an der Arbeit Beteiligten allenfalls noch mitgeteilt. Die Genossin blieb wochenlang im Ungewissen, was mit ihrer Teilarbeit und dem Buch insgesamt geschehen sollte/war. Eine Kritik, die sie daraufhin an die Hamburger Kommission schrieb, wurde dort erst nach Wochen diskutiert.

Beide Beispiele machen deutlich, wie auch in den sinnlosesten Fällen der Anschein einer funktionierenden und alleswissenden Hamburger Anleitung gewahrt wird; wie, statt die eigenen Schwächen und Unklarheiten offenzulegen, die Genossinnen in dem Glauben gelassen werden, sie seinen diejenigen, die der Arbeit nicht gewachsen seien. Ein weiteres Problem bei der Anleitung der Genossinnen besteht darin, daß sie notgedrungen meistens durch einen Mann erfolgt. Oft haben die Genossinnen andere Vorstellungen über ihre Arbeit, die dem traditionellen Antifa-Stil – Fakten, Namen, Verbindungen – entgegenstehen. Da sie sich aber ihrer Sache meistens unsicher sind, lassen sie sich nach einigen Einwänden vom Anleiter „überzeugen". In der Hamburger Kommission gab es mehrere Beispiele, wo Genossinnen ihre ursprünglichen Interessen (die sich übrigens im nachhinein als gar nicht so dumm herausstellten) ausdiskutiert wurden und sie sich schließlich bei einer für sie unbefriedigenden Arbeit wiederfanden. Zum Beispiel hatte eine Genossin, die zu Neonazis arbeitete, zur Frage: Wie kommen Jugendliche zum Neonazismus? einen Artikel schreiben wollen, während ihr Anleiter (und die Mehrheit der Kommission) der Meinung war, „die Bewegung interessiere" sich mehr für einen Artikel des üblichen Antifa-Musters. Nach einer langen Diskussion ließ sie sich „belehren" ....

Kommission statt Emanzipation?

Als Frauen in einem männlich dominierten Arbeitsgebiet haben wir es schwer, die Zeit und Kraft aufzubringen, uns auch mit frauenpolitischen Themen zu beschäftigen, uns „um unsere Emanzipation zu kümmern". Dabei wäre das gerade für uns besonders wichtig, um uns die Sicherheit anzueignen, die wir brauchen, um unsere Interessen gegenüber den Kommissionsmackern durchzusetzen. Je mehr sich frau aber mit Frauenthemen beschäftigt, desto weniger Zeit bleibt ihr wiederum für ihre Antifa-Arbeit, um „auf Stand" zu bleiben und Neues zu erarbeiten.

Somit stehen wir immer in dem Konflikt, entweder den Kommissionsanforderungen nicht nachzukommen oder die Fraueninteressen zu vernachlässigen. Eine der Hamburger Antifa-Genossinnen hat den Konflikt für sich gelöst, indem sie ihre Anti-Neonazi-Arbeit aufgegeben hat und jetzt bei den Notruf-Frauen mitarbeitet. Eine andere Hamburger Genossin arbeitet zwar noch in der Kommission mit, macht aber inzwischen hauptsächlich Frauenarbeit. Dieser Schwerpunktwechsel hat zwar ihr Selbstbewußtsein gestärkt und flößt auch den männlichen Kommissionsmitgliedern einen gewissen (etwas irrationalen, weil kaum durch Kenntnisse ihrer konkreten Arbeit begründeten) Respekt ein, nur kommt sie inzwischen kaum noch dazu, dies auch in konkrete Antifa-Arbeitsergebnisse umzusetzen.

Ein anderes Problem stellt der geschäftsmäßige, rein leistungsorientierte Arbeitsstil in den Kommissionen dar, der Privates weitgehend ausklammert (das war zumindest bis vor kurzem der Stand, inzwischen hat sich das z.T. etwas verbessert). Eine Genossin, die als einzige Frau in ihrer Kommission arbeitete, berichtete, daß schon allein der Kampf für einen menschlicheren Arbeitsstil, der auch die persönlichen Schwierigkeiten der einzelnen in die Arbeit miteinbezieht, ihre ganze Energie aufgezehrt hätte. Wenn sie heute dort noch einmal anfangen würde, würde sie sich nicht mehr daran aufreiben wollen, sondern stur an ihrem Thema arbeiten. Eine solche Schlußfolgerung halten wir allerdings für äußerst unbefriedigend und resignativ. Es ist aber typisch, daß es gerade die Frauen sind, für die eine solche „maschinenmäßige" Arbeitsweise am unerträglichsten ist, und von deren Einsatz für eine Verbesserung dann die Genossen profitieren, während sie selbst nicht zu der Arbeit kommt, die sie „eigentlich" machen wollte.

Ein besonderes Problem stellt für uns die Entwicklung einer Antifa-Frauenpolitik dar. Bis jetzt sind wir über einige Ansätze nicht hinausgekommen (CDU/CSU und ihre Frauenpolitik, Christa Meves, § 218-Mafia, Frauen in der Polizei). Das Problem ist, daß die meisten Frauen die „allgemeine" Antifa-Arbeit mittragen und die Männer von sich aus in den meisten Fällen kein Interesse an dieser Arbeit entwickeln. Aus der „allgemeinen" Antifa-Arbeit heraus aber ergibt sich der Frauenaspekt nicht naturwüchsig; es sind dort wenig Frauen aktiv und weder Alt- noch Neonazis machen viel Frauenpolitik.

Land in Sicht?

Es ist natürlich nicht so, daß es in der Kommission nun gar keine Bemühungen gäbe, die Frauen zu unterstützen, und daß es nicht auch schon zu konkreten Verbesserungen gekommen wäre – z. B. einer regen gastronomischen Tätigkeit verschiedener Mitglieder. Aber es kommt immer wieder zu Rückschlägen, manches bleibt beim guten Vorsatz oder rein verbal.

Symptomatisch für das verkrampfte Verhältnis der Antifa-Genossen zu ihrem Anspruch, der „Frauenfrage" gerecht zu werden, ist, daß in den Diskussionen über die Kommissionsarbeit oft pauschal von „den Frauen" gesprochen wird. Niemand käme auf die Idee, von „den Männern" in der Kommission zu reden, wenn es nicht gerade spezielle Frauenprobleme betrifft; diese treten immer hübsch als Individuen in Erscheinung. Es heißt also: „Was kommt von den Frauen?" oder „Ich würd gern mal hören, was die Frauen dazu sagen." Auch wenn in diesem Sprachgebrauch ein gewisses (formales) Problembewußtsein deutlich wird, so schwingt darin doch auch eine Mißachtung der konkreten Individuen mit.

Die Unsicherheit im Umgang mit der „Frauenfrage" äußert sich auch darin, daß die Genossen die Genossinnen manchmal wie mit Samthandschuhen anfassen, Kritik zurückhalten, die dann im nachhinein umso härter trifft. Aus der berechtigten Angst heraus, etwas falsch zu machen, die Frauen einzuschüchtern, zu bevormunden, macht mann dann eben lieber gar nichts. Und das ist in den meisten Fällen leider auch falsch.

Daß mit den jetzt stattgefundenen Diskussionen die Sachen noch lange nicht „gegessen" sind, zeigt ein Beispiel, das sich unmittelbar nach diesen Diskussionen abgespielt hat und das unserer anfänglichen Euphorie einen gehörigen Dämpfer versetzte:

Eine Genossin hatte lange Zeit mit Arbeitsschwierigkeiten zu kämpfen, einige Kommissionsmitglieder hatten deswegen Kritik an ihr, diese war allerdings nur am Rande angesprochen und nie ausdiskutiert worden. In der „Frauen in der Kommission"-Diskussion war dann u. a. herausdiskutiert worden, daß die Schwierigkeiten der Genossin mit ihrer mangelhaften Einarbeitung sowie ihrem Bedürfnis nach stärkerem Praxisbezug zusammenhingen. Aber als sich die Genossin danach für eine neue Aufgabe meldete, von der sie sich mehr Praxisbezug versprach, wurde sie von ihrem Anleiter gefragt, in welchem „organisatorischen Zusammenhang zum KB" sie eigentlich stände. Dabei hatte er erst wenige Tage zuvor mit ihr zusammen an einem Zellentermin teilgenommen. Darüber hinaus hatte sie sich insgesamt in der letzten Zeit stärker in Zelle und Kommission engagiert.

Abgesehen von einem konkreten Mißtrauen wird an dieser Frage deutlich, daß der Genosse die Genossin als politische Person nicht ernst nimmt; sonst hätte er zumindest davon ausgehen müssen, daß sie es von sich aus angesprochen hätte, wenn sie vorgehabt hätte, aus dem KB auszutreten o. ä. An dem Fall zeigt sich außerdem, wie sich zurückgehaltene Kritik (bezüglich der Untersuchungsarbeit der Genossin) plötzlich in einem ganz anderen Zusammenhang äußert (bezüglich KB-Zugehörigkeit), was für die Genossin, für die die Frage völlig überraschend kam und die auf eine s o l c h e Kritik nicht vorbereitet war, einen ziemlichen Schock bedeutete und ihre weitere Arbeit belastet.

Wir rufen hiermit unsere Schwestern in anderen Kommissionen auf, sich an der Diskussion zu beteiligen und mit uns gemeinsam die Hindernisse in unserer Arbeit aus dem Weg zu räumen!

Wir haben einige Fragen an Euch:

– Welche Vorstellungen (bzw. praktischen Erfahrungen) habt ihr von der Entwicklung einer Frauenagitation und Propaganda im Antifa-Bereich?

– Welche unserer Erfahrungen stimmen mit Euren überein und wo habt ihr andere Erfahrungen gemacht?

– Wo sind Ansätze gemacht worden (und welche?), die Situation zu verbessern?

– Wie sind die Erfahrungen von Genossinnen in anderen als Antifa-Kommissionen?

– Was haltet ihr von dem Vorschlag, Frauen, die in Kommissionen arbeiten, zusammenzufassen, vielleicht in der Form von unregelmäßigen Treffen? Uns ist aufgefallen, daß unsere Probleme im Rahmen der üblichen Frauenstruktur nicht zum Zug kommen, da dort im wesentlichen „Frauenpolitik" behandelt wird, daß sie sich aber auch von den Problemen unterscheiden, wie sie in Zellen o.a. Einheiten auftreten.

**Die drei Genossinnen
der Hamburger Antifa-Kommission**

Anmerkung

Anmerkung

Es war ein Fehler, die Genossin mit dieser Frage zu überfallen, statt meine Unsicherheit und Kritik ihr gegenüber offen zur Diskussion zu stellen, um auf dieser Basis eine ihren Vorstellungen und Fähigkeiten entsprechende Arbeit im Rahmen der Kommission zu finden und sie darin zu unterstützen. Wir haben das in der Kommission bereits so diskutiert. Ich habe mich bei der Genossin entschuldigt und hoffe, sie kann das akzeptieren.

F., 28.2.81

Frauenforschung à la CDU

Die niedersächsische CDU will jetzt ein eigenständiges Institut „Frau und Gesellschaft" gründen mit einem Jahresetat von 700.000 DM. Fünf ständige wissenschaftliche Mitarbeiter, ergänzt durch Fachkräfte für Dokumentation, sollen zu den Bereichen: Frauen am Arbeitsplatz, Frauen in der Familie und Frauen in der Öffentlichkeit arbeiten bzw. Forschungsaufträge vergeben (nach „taz" v. 23.2.).

Der Plan für ein solches Institut ist schon etwas älter: Ende 1979 legte Helga Wex, Bundesvorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, auf einer Pressekonferenz in Bonn ein Konzept für ein Forschungs- und Dokumentationszentrum „Frau und Gesellschaft" vor und begründete es mit einem *„erheblichen Nachholbedarf" „in der wissenschaftlichen Erforschung der Stellung der Frau"* (Presseerklärung vom 5.12.79). In einem „Exposé" der CDU-Frauenvereinigung werden die ehrenwerten Motive für diesen bemerkenswerten Vorstoß deutlich; hier einige Auszüge:

„Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten Fortschritte bei der Herstellung von Gleichberechtigung erreicht worden sind, breitet sich die Meinung aus, die Gesellschaft und ihre Institutionen, wie sie gegenwärtig bestehen, seien nicht in der Lage, Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau zu verwirklichen. (...)


Helga Wex, CDU-MdB

Die Folge solcher Einstellungen ist, daß Frauen weit weniger von der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik überzeugt sind als Männer, daß bei ihnen die Meinung, man müsse Druck ausüben, zunimmt.

Der sichtbar gewordene Meinungsumschwung hat teilweise bereits zu ‚Selbsthilfeorganisationen' (z.B. Fraueninitiativen) geführt, bei denen die Gefahr besteht, daß diese Initiativen sich zunehmend aus der Gesellschaft herausentwickeln und so zu auf sich selbst fixierten Randgruppen werden".

„Die in den letzten 15 Jahren zu beobachtende Entwicklung, vor allem die berufstätige Frau durch gesetzliche Maßnahmen zu stützen, scheint in seiner gesellschaftspolitischen Auswirkung zumindest fraglich; fraglich deshalb, weil dadurch die weitere Auflösung der Familie vorangetrieben wurde und eine der Ursachen für die Entstehung neuer Randgruppen hierin zu sehen ist".

„In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß eine ‚Konzertierte Aktion' aus Bund und Ländern, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sowie anderer Institutionen notwendig ist, um die Grundlagen für eine gesellschaftspolitische Ausgestaltung der Gleichberechtigung zu schaffen, die zu einem stabilisierenden Faktor der gesellschaftlichen Zukunft werden kann".

Da sich die CDU mit diesem Vorschlag auf BRD-Ebene offenbar nicht durchsetzen konnte, versucht sie es jetzt im CDU-regierten Niedersachsen.

Gegen *Angst*-Selbstkritiken

Antwort auf AK 195 »Für die kollektive Entwicklung einer kommunistischen Frauenpolitik«

Meine liebe Freundin!
Du hast in extrem kurzer Zeit, für mich absolut unverständlich, eine 180-Grad-Kehrtwendung unternommen, stellst nun die Aussagen des eigenen Artikels auf den Kopf, ja, Frau, wie kommt sowas zustande?! Du mußt ja tolle Diskussionspartner/innen gehabt haben, die du ja erwähnst; hoffentlich melden auch die sich bald im AK zu Wort ... Ich glaube, daß Hauptdiktat deines „Asche auf mein Haupt“-Artikels war die Angst, Schaden angerichtet zu haben. Auch ich habe Angst bekommen, daß ein so harmloser Artikel so ne Wirkung hat: Den (Verurteilungs-) kasten, die Ankündigung einer neuen Linie in der KB-Frauenpolitik und jetzt noch deine Panik-„Selbstkritik“ – es bröckelt an allen Ecken. Und nun, liebe Freundin und Kampfgefährtin, will ich deinen Selbstzerriß, in dem ich dich nicht wiederfinden kann, versuchen auseinanderzunehmen:

1. Dein dickgedruckter Anfang, der die Haupttendenzen eures Artikels aufzeigen soll, ist ein Hohn, weil das in keinster Weise eurem Artikel gerecht wird:

„*Die ML'erinnen (seien) an der Macht*“ behauptest du, lies das nach, Frau, denn ganz deutlich steht in eurer Kritik zu Schwarzer und Stefan, daß IHR SELBER etliche Teile der AGF-Kritik (der „ML'erinnen“) teilt, EINIGE MALE verweist ihr selber darauf, daß es keine durchgängige ML-Linie der AGF gegeben hat. Das Aachener Beispiel, das Ulr. als Schreiberin selber trifft, ist eindeutiges Gegenbeispiel zu deiner (neuen) These, oder wird Ulr. hier mal schnell zur ML'erin? Du siehst, die ML- und Femi-Schubladen greifen hier nicht, reinlesen kann man sie sicher ...

2. Der Artikel soll nun deiner Meinung nach behaupten, die ML-erinnen hätten alles kurz und klein geschlagen ... Eines ist sicher: „wer suchet, die findet“. Wer sich unernsthaft mit eurem Artikel auseinandersetzt, wird allemal damit Glück haben. Ihr zeigt lediglich in dem Alice Schwarzer-Passus auf, daß es zur damaligen AGF-Linie massiven Widerspruch im KB gab (AK 91), und bereits eine Nummer später, als zu V. Stefan die gleiche Linie gefahren wurde, Stille herrschte. Außerdem sagtet ihr beide, es wurde übers Ziel hinausgeschossen mit Hämmern (Ausdruck von mir) wie: „*menschliche Verelendung*“ und „*Rauschgift des Rückzugs ins Private, der maßlosen Selbstbeschäftigung mit dem eigenen Ich*“. Diese alberne ML-Hysterie und die Reaktion der Organisation (Schweigen) ließen euch vermuten, daß die angefangene Reflexion „im Keim erstickt“ sei.

Die zentrale Aussage des Artikels ist in Wirklichkeit eine Kritik an vier Punkten (Walpurgisnacht, Schwarzer, Stefan, Hexen), wo der KB-Frauenpolitik äußerst schädliches (sowohl intern als auch bündnispolitisch) ML-Sektierertum nachgewiesen wird.

Wenn es nun die neue Linie im KB sein soll, daß frau sowas (mit Zitaten belegt) nicht mehr vermuten darf, sondern dann ohne Gegenbeweise (denn du hast nicht geschrieben, wieso diese Vermutung falsch sein soll), wild dagegen geholzt wird, ja, wenn das die neue Frauenpolitik werden soll, kann frau nur noch sagen: macht das alleine weiter.

3. Du meinst in deiner Angst nun, daß der Artikel die Diskussion erschwert, welches bei deiner momentanen Fehlinterpretation nur logisch ist; meinst, ne umfassende Analyse fehlt. Schau dir doch mal den Sackgassenartikel an (den wir alle gut fanden), auch der hatte, so wie euer Artikel, keine umfassende Analyse, beide hatten auch nicht den ANSPRUCH, sondern beziehen sich auf Teilaspekte unserer Frauenpolitik. Das ist immer noch legitim und kann sehr nützlich sein! Eine fehlende umfassende Analyse heißt noch lange nicht, daß ein Artikel falsch ist, das müßte erstmal nachgewiesen werden ...

4. Mir absolut unverständlich und verknüpft mit einer gesteigerten Neugier auf deine hervorragenden Diskussionspartner/innen ist dein Schwenk, daß „*die These von den zwei Linien*“ eine zentrale Aussage des Artikels sei. Um das zu belegen, jubelst du euch im Übereifer unter, die AGF hätte mit nem Holzhammer feministische Blüten kaputtgehauen; als Beispiel führst du peinlicherweise Zitate an, die GENAU IM GEGENSÄTZLICHEN ZUSAMMENHANG von euch gebraucht wurden, d. h. sollten ein Beweis für u. M. n. positives Verhalten der AGF sein: „*Die neue Femi-Linie konnte erst im Laufe des Jahres verankert werden*“, bezog sich auf den Sackgassenartikel und die erste Frauen-VV.

DIE POLARISIERUNG ZWEIER LINIEN FINDEST DU IN DER FORM NICHT IN EUREM ARTIKEL, SONDERN HÖCHSTWAHRSCHEINLICH IN DEN KÖPFEN DEINER DISKUSSIONSPARTNER/INNEN ... Peinlich ist auch dein Fehler bei dem Zitat: „*Die Widersprüche zwischen beiden sind so fundamental*“; auch damit ist n i c h t der „AGF-Holzhammer“ gemeint, sondern es bezieht sich auf die beiden Broschüren (lila und Statut), wo wir ja bisher noch alle unsere Kritik aufrechterhalten. Die Überschrift ‚Wider die friedliche Koexistenz zweier Linien‘, die inhaltlich überhaupt nicht in dem Artikel zum Tragen kommt, also SO schlicht falsch da steht, ist m. M. insofern richtig, wenn das beinhaltet, daß die Widersprüche in der KB-Frauenpolitik endlich offen ausgetragen werden sollen (wie es auch Ul und A. fordern), und genau darum ging es auch.

5. Wart ihr unhistorisch, unwissenschaftlich?

Zur Ursache unseres Abschwungs: Der Genosse Mao schreibt in „Über den Widerspruch“: „*Die GRUNDURSACHE der Entwicklung eines Dinges liegt nicht AUSSERHALB sondern INNERHALB desselben; sie liegt in seiner INNEREN Widersprüchlichkeit ..., während der Zusammenhang und die Wechselwirkung eines Dinges mit anderen Dingen SEKUNDÄRE Ursachen darstellen. Schließt die materialistische Dialektik äußere Ursachen aus? Keineswegs. Sie betrachtet die äußeren Ursachen als Bedingungen und die inneren Ursachen als deren GRUNDLAGE, wobei die äußeren Ursachen vermittels der inneren wirken.*“ (UW extra, Wie geht's weiter im KB)

Es geht endlich mal darum klarzustellen, daß NICHT nur die Entwicklung der Frauenbewegung, Chauvinismus in den eigenen Reihen, sondern DARÜBER HINAUS auch innere Widersprüche der KB-Frauen und der AGF zum zeitweiligen Niedergang unserer Frauenpolitik führten. Diese grundsätzliche Herangehensweise ist bisher immer zu kurz gekommen, bisher reichte es uns offensichtlich, anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben, gerade noch zogen wir männliche KB-Chauvis ran, aber was wir selber falsch gemacht haben, verschweigen wir schamhaft. Diesen Aspekt galt es endlich mal aufzubereiten, wo die anderen eh schon überstrapaziert sind (siehe Vorwort der 1. Krisenbroschüre).

Wenn DAS die Stoßrichtung des Artikels ist, kannst du doch nicht behaupten, die antikommunistischen Strömungen der Frauenbewegung seien verharmlost worden ... (Beleg fehlt).

6. Und nun zum arg strapazierten „historischen Zusammenhang“:
a) Die spezielle Kritik zur FUNK

6. Und nun zum arg strapazierten „historischen Zusammenhang“:

a) Die spezielle Kritik zur FUNKTION DER BÜCHER im historischen Zusammenhang teilt ihr ja selber (wieso hast du das bei deinen tollen Diskussionspartnern vergessen?). Kritisiert wird doch von euch die Auseinandersetzung mit Sexualität und Zwangsheterosexualität: „*Wem nützt es denn mehr als den Kapitalisten, wenn die Menschen nur mit dem Hin und Her ums Bumsen beschäftigt sind*“, die Auseinandersetzung mit Selbsthilfe als „*kleinbürgerliche Beschränktheit*“ und „*Aufforderung zum Arrangement mit dem Staat*“ diffamiert werden. So ein Schwachsinn ist in keinem historischen Zusammenhang richtig!

b) Das Problem der lila „Schulungs“-broschüre liegt gerade in der Historie, denn wir können HEUTE nicht mehr mit diesem Blödsinn die Frauenfrage schulen, da speziell viele KB-Frauen an etlichen Punkten die Kritik nicht mehr teilen und generell wesentliche ÜBERHISTORISCHE Erklärungen und Zusammenhänge fehlen. Wir würden auch nicht ein Schulungsheft zur Wahlfrage rausgeben, wo Lenin nur zitiert wird, wo er g e g e n die Kandidatur in der Duma war. Das wäre unhistorisch und würde dem Typen auch nicht gerecht. Genauso einseitig und unhistorisch ist heute die lila Broschüre, von Schulung kann hier allen Ernstes nicht die Rede sein! Die Broschüre ist an den aufgezeigten Punkten eine Dokumentation alter ML-Patzer ...

Und anstelle unseres ML-Bettgestrampels hätten wir lieber alternatibe Sexualthesen erarbeiten sollen, das wäre zu der Zeit, wo A. Schwarzer mit ihrem Buch in ne riesige Marktlücke knallte, wesentlich wichtiger gewesen, als wenn frau nichts zu sagen hat und stattdessen rumkeift, wie bürgerlich es sei, sich mit Sexualität zu beschäftigen, bla-bla ...

7. Ein taktische Verhältnis zur Frauenfrage zu unterstellen sei demagogisch, behauptest du. Ja, wenn es eine UNTERSTELLUNG ist (was du nicht beweist).

Es ist keine: Im Rechenschaftsbericht zum 1. KB-Kongreß wird z.B. festgestellt, daß viele Frauen von uns aus der Frauenbewegung in die AKW-Bewegung abwanderten, warum wohl? Weil da mehr zu holen war! Natürlich spielte da auch die mangelnde Unterstützung durch die Organisation ne Rolle, denn die Haltung Natürlich spielte da auch die mangelnde Unterstützung durch die Organisation ne Rolle, denn die Haltung damals war, daß die Frauenarbeit nur EIN TEIL unserer Politik ist, genauso wie andere Teile auch, und nicht, daß sie ein Bein unserer Politik ist – wie heute. Und diese Teile wurden eben zeitweilig ausgewechselt – klar taktisch, oder nicht? Glaubst du, ich war die große KB-Ausnahme, wenn ich zu Brokdorfs Zeiten ins Frauenzentrum tigerte (wo ich natürlich – igitt – nicht mitarbeitete), um nach Brokdorf zu mobilisieren? Wenn ich was vom Frauenzentrum wollte, ging ich hin, ansonsten waren die Frauen mir zu unpolitisch. Das ist taktisch!

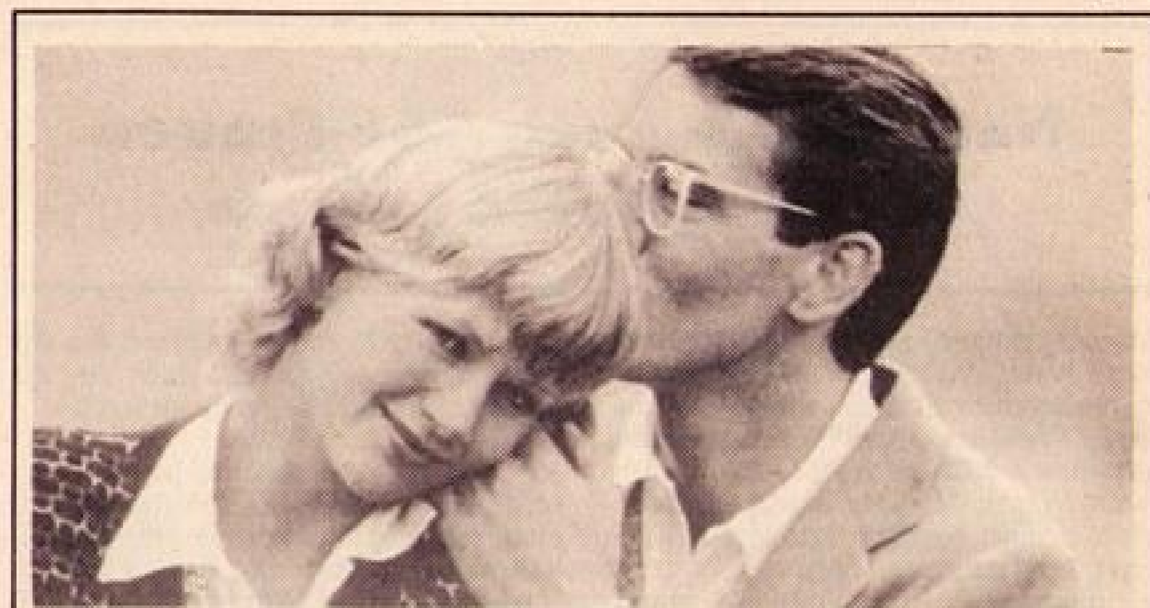
8. Du zitierst so unsauber (sehr ungewöhnlich für dich): „*die Nicht-Betroffenheit*“, die der AGF nun angeblich GENERELL untergejubelt wird, bezieht sich in eurem Artikel lediglich auf die Gründungserklärung der AGF und nicht mehr. Bitte nachlesen. Übrigens, in Zeiten, wo kritisieren noch IN war, gab es wesentlich weitergehende Kritiken (ohne Angst vor den Folgen), z. B. wir würden BI's oder auch FG's als „Durchlauferhitzer“ und Vorschulkindergarten betrachten ... (1. Krisen-UW S. 39). Wenn euer Artikel in der Krisendebatte erschienen wäre, hätte er dann auch wohl so viel Staub aufgewirbelt? Und wenn du meinst, an den beiden Punkten wäre „taktisches Verhältnis“ und „Betroffenheit“ falsch, dann widerleg das doch bitte, anstatt nur zu sagen, wie schlimm das auf einmal alles ist ...

Und wieder, liebe Freundin, wird ein Artikel von dir BENUTZT (wie der erste), mit Sprüchen wie: „*der erste Artikel sei eine Kampfschrift gegen die AGF*“ und „*sei ein Begraben der KB-Frauenpolitik*“ ... was nun?

Trotz alledem umarme ich dich zärtlich, kann mir aber einen Tritt in deinen Hintern nicht verkneifen.

In Liebe, Bx.

P.S. Grüße aus dem feministischen Hinterland.



Muß denn die Liebe zum Problem werden?

Es ist mit der Liebe nicht einfacher geworden, seit wir über Sex alles wissen.

Viele glauben heute sogar, daß die sogenannte sexuelle Revolution mehr Probleme gebracht als gelöst hat.

Und so ist heute oft die harmonische Partnerbeziehung schwieriger denn je.

Weil das Prinzip der Leistung auch auf die Liebe angewendet wird. Weil das Körperliche überbetont wird und die Psyche dabei zu kurz kommt: das Gefühl.

Und weil es dadurch zwischen den Partnern zu Problemen kommen kann.

Denn das Gefühl, die seelische Bereitschaft zur Hingabe ist die Voraussetzung zur Erfüllung der Liebe – und beeinflußt bei Frauen eine dafür ganz wichtige körperliche Funktion: die Sekretion im äußeren Scheidenbereich.

Wenn sie nicht ausreicht, ist der Geschlechtsverkehr erschwert. Jede dritte Frau hat mit diesem Problem der Trockenheit zu tun. Und fühlt sich so den Anforderungen der „sexuellen Befreiung“ nicht gewachsen.

Die Partnerbeziehung leidet darunter. Und weil unter Partnern meist darüber nicht gesprochen wird, sprechen wir darüber.

Denn wir möchten, daß Ihre Partnerbeziehung glücklich ist.

Weil eine gute Partnerschaft auch in der körperlichen Liebe voller Harmonie sein soll, gibt es jetzt Femilind® Lubrikativum. Femilind® ist ein Feuchtigkeits-Gel, das vor dem Geschlechtsverkehr im äußeren Scheidenbereich angewendet wird und für die erforderliche Feuchtigkeit sorgt. Die Hautverträglichkeit von Femilind® ist klinisch erprobt. Femilind® ist in seiner Zusammensetzung speziell auf den Anwendungsbereich abgestimmt – im Gegensatz zu Cremes, die zweckentfremdet verwendet werden. Femilind® fettet nicht und ist absolut geruchsneutral.

Wir schicken Ihnen gerne zu Ihrer ausführlichen Information kostenlos die kleine Broschüre „Weil jede Partnerbeziehung einzigartig ist ...“ zusammen mit einer Probepackung Femilind®.

Femilind Lubrikativum

Nur in Apotheken erhältlich

Coupon
Bitte ausschneiden und auf eine Postkarte kleben.
An die Femilind® Beratung, Postfach 38 05, 4000 Düsseldorf 1.
Bitte schicken Sie mir kostenlos das Informations-Set.
Name:
Vorname:
Straße:
PLZ/Ort:

Weil jede Partnerbeziehung einzigartig ist ...

HAHN PHARMA

Bei der Lektüre des „stern“ Nr. 8/81 fiel mir diese Blüte der Pharma-Werbung in die Finger. Obwohl frau ja in dieser Hinsicht einiges gewöhnt ist, blieb mir hier doch die Spucke weg vor derart geballter Frauenverachtung.

Garniert mit pseudowissenschaftlichen Formulierungen wird auf die Tatsache verwiesen, daß heute die Sexualität für viele Frauen unbefriedigend abläuft. Es folgt aber keineswegs ein Hinweis auf die Ursachen, sondern MANN hat sich überlegt, darin eine Marktlücke zu entdecken. Den betroffenen Frauen wird empfohlen, zu einem Gleitmittel zu greifen, das den schönen Namen „femilind“ trägt.

Frei nach dem Motto: Wenn es frau schon keinen Spaß macht, soll es wenigstens nicht weh tun. Hauptsache, „es flutscht“!

Lesbische Mütter – gibt's die überhaupt?

Na klar! Und es gäbe noch viel mehr, wenn nicht die vereinte Mafia von vergrätzten Ehemännern, Richtern und Behörden alles dransetzte, um dieses „Phänomen“ zu verhindern: Ist die Mutter zunächst verheiratet, bevor sie ihr coming out erlebt – sowas ist nicht selten! – kann der Ehemann – weiß er über das Lesbischsein seiner Frau Bescheid – diesen Umstand zur Erpressung des Sorgerechts benutzen. So schrieb ein Rechtsanwalt der Frau seines Mandanten: „*Die Gründe, die Ihren Ehemann zu diesem Schritt veranlaßt haben, sind Ihnen bekannt. (Ihm) ist nicht daran gelegen, diese Gründe mehr als notwendig Dritten gegenüber zu offenbaren. Er hat mich deshalb zunächst darum gebeten, ... (die) vollkommene Zerrüttung (damit zu begründen), ... daß Sie sich grundlos und beharrlich weigerten, die eheliche Lebensgemeinschaft fortzusetzen. ... Die elterliche Gewalt über das Kind wird auf Ihren Ehemann übertragen. ...*“ So verzichtete die Mutter auf das Kind, obwohl sie sehr an ihm hing. (1)

Und wenn doch das Lesbischsein als nächstliegender Grund angegeben wird? Dann muß die Betreffende damit rechnen, daß – entgegen der üblichen Praxis – dem Vater das Kind zugesprochen wird. Als alleinerziehender Mann ist er hier das „kleinere Übel“. Zumindest bis 1975 war dies durchweg der Fall (2). Selbst wenn lediglich die Freundin der Mutter als Lesbe bekannt ist, kann es zu drastischen Eingriffen staatlicherseits kommen: So machte ein Westberliner Jugendamt zur Auflage, daß eine bestimmte Beziehung abgebrochen werden müsse, wenn die Mutter ihr Kind behalten wolle. In der entsprechenden Akte liest sich das ganz harmlos: „*Der Kindesmutter ist in einem ausführlichen Gespräch ... dargelegt worden, unter welchen Bedingungen ihr die elterliche Gewalt erhalten bleiben könnte...*“

Dies sähe sicherlich ganz anders aus, wenn die Kinder selbst entscheiden dürften, mit wem sie zusammenleben wollen; insofern könnte die obligatorische Kindesanhörung – wie sie in der Sorgerechtsneuregelung ab 1.1.1980 vorgesehen ist – gerade für Lesben eine kleine Verbesserung bringen. Allerdings zeichnet sich schon jetzt ab, daß auch dieses „Reförmchen“ im wesentlichen Theorie bleiben wird: Weder bekommen die zuständigen Familienrichter eine entsprechende Ausbildung, noch sind zusätzliche Planstellen für die abzusehende Mehrarbeit von 20 - 30 % irgendwo vorgesehen. So befürchtet selbst der Familiengerichtstag „*Fließbandarbeit - zehn Minuten pro Kind*“ (3).

Diskriminierung auch durch's neue Adoptionsrecht!

In Amerika, wo ähnliche Schwierigkeiten bezüglich des Sorgerechts bestehen, gehen Homosexuelle deshalb dazu über, Kinder zu adoptieren (4). Bei uns ist auch dieser Ausweg praktisch versperrt. Zwar ist Anfang 1977 eine Gesetzesänderung inkraft getreten, in der es heißt: „*Wer nicht verheiratet ist, kann ein Kind allein annehmen*“ (§ 1741 BGB vom 2.6. 1976); unbedingte Voraussetzung ist aber, daß ein Gutachten über Wohn- und Lebensverhältnisse behördengerecht ausfällt. Die Erstellung dieses Wischs zählt zum Kompetenzbereich der ‚Familienfürsorge‘, die – wie der Name schon sagt – Alleinstehenden gegenüber eine grundsätzliche Skepsis hegt. Als Lesbe bei solch einer Schnüffelprozedur nicht „unangenehm“ aufzufallen, ist nur durch völlige Selbstverleugnung zu erreichen. Wer dagegen zu seinem Anderssein steht, dem nützt die „tolle“ Reform überhaupt nichts: Nach Recherchen von Ilse Kokula in Westberlin findet in diesem Fall grundsätzlich keine Vermittlung statt – dies, obwohl gerade Westberlin als „liberal“ gilt! Dem ‚Spiegel‘ gegenüber äußerte der Referent der Hamburger Jugendheime, daß nicht einmal bekanntermaßen homosexuelle Heimkinder an schwule bzw. lesbische Eltern vermittelt werden: „*Wir wären da sehr, sehr vorsichtig. Eine Gefährdung (?) der Jugendlichen und ein Konflikt mit dem Strafgesetz erscheint uns da nicht ausgeschlossen ...*“

Anmerkungen:
(1) Soweit nicht anders vermerkt, basieren alle Angaben auf den Aufsatz von Ilse Kokula: Scheidungs- und Vormundschaftsrecht – keine Gleichbehandlung für Lesbierinnen (in: „Frauenprogramm gegen Diskriminierung“, Hrsg. M. Janssen-rororo 4426; S. 227 ff.)
(2) Ina Kuckuc (Pseud.): Der Kampf gegen Unterdrückung; Frauenoffensive 1975, S. 33.
(3) SZ vom 8.10.1979
(4) vgl. Tobin/Wicker: The Gay Crusaders, New York 1972, zit. nach Spiegel 25/74.

Eine lesbische Genossin

Natürlich – auch ASF-Frauen diskriminieren Lesben

Szene: Frauenhausgruppe Kaiserslautern. Nach anfänglich guter Zusammenarbeit der Frauenhausgruppe aus dem Frauenzentrum Kaiserslautern und der örtlichen ASF-Gruppe kam es an Fragen der Gruppendemokratie nach einigen Monaten zu ersten Auseinandersetzungen. Immerhin wurde zu dieser Zeit der Vereinsvorstand des Kaiserslauterner Frauenhausvereins noch von einer ASF-Frau und einer „autonomen" Frau gestellt. Die Auseinandersetzungen spitzten sich an der Konzeption für das Kaiserlauterner Frauenhaus zu, die bei Verhandlungen der Stadt vorgelegt werden sollte. Bei diesen Auseinandersetzungen wurde den ‚Feministinnen' „diskutierwütiges Gehabe" vorgeworfen, ihnen wurde der Stempel „linksradikal" und „feministisch" aufgedrückt.

Um den „autonomen" Frauen das Wasser abzugraben, war die Neuwahl zum Vorstand ein willkommenes Vehikel. Nach bewährtem Muster (ganz ähnlich lief es auch in anderen Frauenhausgruppen) warben die ASF-Frauen zur entsprechenden Vereinssitzung ca. 20 neue Mitglieder. Bei der Vorstandswahlsitzung spielte sich dann folgende Szene ab:

„R. (ASF): Frau M., gehören Sie der Frauengruppe Kaiserslautern an, die in der ...Straße ein Zentrum hat?
M.: Ja.
R. (ASF): Dann möchte ich der Versammlung ein Plakat vorlesen, das eben diese Frauengruppe presserechtlich verantwortet und das an mehreren Stellen in der Stadt aushängt. Ich zitiere: ‚An alle Frauen, die Frauen lieben ...' Ist Ihnen dieses Plakat bekannt, Frau M.?
M.: Ja.
R. (ASF): Frau M., können Sie dafür garantieren, daß dieser Einfluß aus dem Haus (Frauenhaus, die Verf.) fernbleibt?"
Natürlich unterlag M. bei der Kandidatur um den Vorstandsposten.

Eigentlich erübrigt sich jeder Kommentar zu diesen Vorfällen; die ASF reitet auf einer altbewährten Masche: der ‚Vorwurf', mit Lesben zu ‚paktieren' reicht aus, um alle Beteiligten mit den Wölfen heulen zu lassen...

Alle Angaben aus: „Hexenschuß", Zeitung der Frauengruppe Kaiserslautern vom Dezember 1980.

Eine Genossin der Coming-out-Gruppe des KB

(Bloß) Keinen Schritt vor und einen zurück! oder: Ich wär' so gern wie du

Stellungnahme zu den Seiten „Männer" in AK 195

Das darf doch wohl nicht wahr sein! Hatten wir die 1/2 „Männerseite" in AK 194 noch als Satire aufgefaßt, so waren wir erschrocken und wütend, daß in AK 195, wohl vollen Ernstes, die „Männerfrage" gleich mit drei Seiten „eingeführt" werden soll (und das nach sieben Jahren Frauenpolitik!).

Wir sind entsetzt, daß das „Neue Männergejammer um die alte Rolle" a la „taz" nun auch im KB zum Tragen kommt.

An sich haben wir keine Lust, uns mit derartigem Gewäsch („Braucht mann eine Emanzipation?" und „Was wird neu beim Lernen aus alten Fehlern?", AK 194) auseinanderzusetzen. Da es offensichtlich eine vorhandene Strömung ist, wollen wir wenigstens auf einige Irritationen solcher Trittbrettfahrer der Frauenbewegung eingehen.

Anknüpfend an die „Thesen zur ‚Männerfrage' " im letzten AK, besonders an These 1: „... *Wie der Kapitalist unter den Zwängen seines Systems leidet, so leidet auch der Mann unter seiner spezifischen Sozialiation und u.U. unter seiner Unterdrückerrolle gegenüber der Frau, nichtsdestotrotz genießt er gleichzeitig deren Vorteile – die meisten sogar unabhängig von seinem Willen und Verhalten. Daran ändert die beste Selbsterfahrung nichts, sondern höchstens der Druck von Seiten der Frauen*", stellen wir fest, daß es k e i n e „Männerfrage" gibt und demzufolge eine Rubrik „Männer" im AK keinerlei Existenberechtigung hat!

Die Schreiberlinge ziehen sich zwar an der Frauenfrage hoch, ignorieren aber das w e s e n t l i c h e, nämlich die d o p p e l t e Unterdrückung der Frau. Mehr noch – die Frauenbefreiung von der geschlechtsspezifischen Unterdrückung, d.h. durch d e n M a n n, reduziert G. auf *„persönliche Selbsterfahrung"!*

Er sieht nicht (mehr?) die Unterdrückung der Frau durch den Mann, sondern kritisiert eine *„allgemeine Entfremdung des Menschen"* schlechthin. D a r a u s zieht er den Schluß, daß es a u c h eine „Männerfrage" gibt und daß „Selbsterfahrung" für Männer genauso wichtig ist wie für Frauen.

Wir fragen uns: W a s wollen Männer eigentlich „selbsterfahren"? Ihre Unterdrückersozialisation? Wollen sie sich gegenseitig bestätigen, was ihnen von Frauen häufig vorgeworfen wird?

Die mitleidheischenden Schreiber der Artikel versuchen, ihre Machtposition gegenüber den Frauen als ihre „Schwäche" zu verkaufen:

– Männer können keine Gefühle zeigen, kommen damit nicht klar und blocken ab, lassen die Frau leerlaufen, schlagen...
– Männer haben kein Verhältnis zu ihrem Körper, haben sexuelle Komplexe, erfahren Druck-Situationen und bedrängeln, überrumpeln, vergewaltigen...
Welch „große Schwäche" der Männer! G. spricht von der „alten" und „neuen" Gemeinsamkeit.

Gabriel, Frauen versuchen seit Jahren und Jahrhunderten, sich aus dieser „alten" (Unterdrücker-)Gemeinsamkeit zu befreien und du willst wieder eine „Neue"??!!!

Wir sind in unserem Beitrag n i c h t auf den schwerwiegenden Gewissenskonflikt („Soll ich mich ändern oder nicht?") und die darauffolgenden *„qualitativen Sprünge"* im Bewußtsein der Artikelschreiber ed., Re., G... eingegangen.

Männer, macht Euch kritisierbar – bleibt nicht auf der „Stufe der Erkenntnis" Eurer Unterdrückerrolle stehen.

Keine „Männerfrage" im KB und Keine „Männerseite(n)" im „Arbeiterkampf"!

Die Genossinnen der KB-Gruppe Lüneburg

Es ist höchste Zeit aufzustehen!

Natürlich ist eine Sache niemals n u r eine Schweinerei. Nach dem großen Schock der öffentlichen Auseinandersetzung um den Romannzen-Artikel, der angeblichen Einrichtung von „Männerseiten", was doch wohl hauptsächlich Seiten für den Kampf gegen den Mann in menschenverachtender Art und Weise sind, und der beschämenden „Karikaturen", die dies noch unterstreichen – nachdem ich den Schock darüber etwas verwunden habe und ich mich dann weiterhin ohne Verlustängste entschließen konnte, wenn die Art der „Auseinandersetzung" nicht besser wird, aus dem KB auszutreten – mit anderen Worten, nach großen inneren Kämpfen bin ich bereit, zuzugestehen, daß eine Schweinerei nicht objektiv empfunden werden kann, sondern notgedrungen subjektiv empfunden wird. Es kommt auf den Standpunkt an. Ich z.B. könnte es verstehen wenn Ihr Eure Kräfte schont, um gegen den Kapitalisten in dieser Art und Weise zu verfahren. Jetzt sagt bloß nicht „doppelte Unterdrückung" und in dieser speziellen Sache ist der Mann genauso wie ein Kapitalist (ja, wegen der Schärfe evtl. noch schlimmer?). Dann wäre der Vorwurf „Schwarze Botin" noch nicht einmal demagogisch, sondern als berechtigt erwiesen.

Romannzen-Holzerei und kein Ende

Ja, so kommt es, wenn man nur in Schablonen denkt und sich selbst nicht einbezieht. Wieso habt Ihr es nötig, beim Romannzen-Artikel die Intention dieses Berichts zu übersehen: *„Ich will nicht mehr, aus eigner schlechter Erfahrung mit derartigem Verhalten, den tollen, ganz anderen Typen raushängen lassen, der ich nicht bin. Ich kann mich auf Dauer der eigenen Widersprüchlichkeit nicht entziehen, indem ich meine schlechte Seite einfach leugne. Erst ihre Offenlegung macht doppelte linke Männermoral diskutierbar."*

Die Intention also, durch Offenlegung der Betroffenheit tatsächlich etwas zu verändern. Denn betroffen durch „eigene Schlechtigkeit" sind die Männer doch wohl, oder?! Das zu leugnen hieße ja wohl, ihnen das Menschsein überhaupt abzusprechen. Da regt Ihr Euch auf, daß ein Mann neidisch auf uns ist. Ja wer seid Ihr denn eigentlich, wo bleibt Euer Selbstverständnis, wie geht Ihr eigentlich mit Euch selbst um? Natürlich ist der Mann neidisch auf uns, klar, und ich bin stolz darauf, auf mich und auf das, was die Frauenbewegung geschafft hat. Und ich freue mich wahnsinnig, daß unsere Stärke ihn offenbar dazu gebracht hat, seine Sprachlosigkeit zu durchbrechen, und er anfängt, sich tatsächlich mit sich selbst zu beschäftigen. Und das heißt hier nun mal mit Chauvinismus. Und bei diesem Bemühen, tatsächlich etwas zu verändern, kloppt Ihr drauf rum, als käme der größte und schrecklichste Klassenfeind daher. Vollkommen mißachtend, daß evtl. auch in dieser Sache eine Dialektik liegt: Um etwas zu bekämpfen, muß ich es erstmal von allen Seiten erkennen. D.h. auch bei mir selbst erkennen und es anerkennen, um es überhaupt bekämpfen zu können. Und wenn das sowas „Schlimmes" ist wie Chauvinismus in allen Schattierungen, geht das nicht so flott von der Hand. Da mußte erst mal der Druck der Frauenbewegung her.

Denn viel einfacher, und wie man sieht, viel ungefährlicher, ist es doch, sich in die Reihe der Sprachlosen einzureihen und überhaupt nichts zu verändern. Die Veränderung ist Aufgabe der Frau. Pustekuchen. Ich lehne diese Aufgabe, vom Mann gestellt ab. Aber ich bin klug genug, Ansätze ehrlichen Bemühens erst mal zu erkennen und abzuwarten, das Positive zu unterstützen.

Meint Ihr eigentlich, daß es Knittels nur bei Männern gibt? Der REIS-Kasten, die Karikaturen sind mir Beweis, wie gut dies Geschäft auch Frauen verstehen. Frauen sind immer gut (weil doppelte Unterdrückung, sie haben ein Recht darauf?) und Männer immer schlecht? Ich möchte wirklich mal wissen, wie Ihr eigentlich zu Euch selber steht. Zu Euren Stärken – Ihr müßt sie neidisch bewachen, könnt gar nicht stolz drauf sein – und zu Euren Schwächen – die haßt Ihr, könnt nicht dazu stehen, und verbaut Euch einen Weg, sie zu überwinden. Ja dann...

Wer nicht will, den kann man nicht zwingen

Ich könnte noch so manche Torheiten in dieser, auf dieser Ebene wirklich quatschigen „Auseinandersetzung" bringen, auch da, wo sich wirklich die Mühe gemacht wird, wenigstens sachlich zu argumentieren, z.B. den Artikel ‚Thesen zur „Männerfrage" ' von Co., AG Frauen, wo meiner Meinung nach gegen Windmühlenflügel gekämpft wird, Wahrheiten ausgesprochen werden, die niemand bezweifelt und die man (frau) sicherlich noch in 10 Jahren so wiederholen kann – wo allerdings auch die bemerkenswerte Äußerung drin steht, daß Männer bitteschön so lange ihre Klappe halten sollen, bis sie über sich lachen können (grundsätzlich, oder?) – was ist das bloß für ein Menschenverständnis, wie kommst Du privat zurecht, wenn Du als Partner nur jemanden haben willst, der sich nicht ernst nimmt? Aber so ist das, wer sich weigert, nachzudenken, den kann man nicht zwingen, der wird immer wieder großartig tönende Ausreden finden. Und das meine ich wirklich so, solche Ausreden sind meistens geprägt von Grundsätzlichkeit und Theorien, was m.E. an der Dialektik zwischen Anspruch/Druck und dem „Privaten" liegt. – Und dann landest auch Du unversehens hart an der Grenze zur „Schwarzen Botin", ohne es zu merken.

Nein, worauf es mir ankommt, ist nicht, Euch Karikaturisten, Euch AK-Redakteure, die REIS-Kästen unkommentiert abdrucken und Euren Anhang zu überzeugen – obwohl mich verrückterweise allein die Tatsache, daß ich Frau bin, evtl. vor dem erniedrigenden Erlebnis bewahren würde, mit Onanierszenen und namentlicher Nennung meines Namens „geschmückt" zu werden – nein, nicht Euch will ich überzeugen, denn wer nicht will, den kann man nicht zwingen. Sondern bei den anderen will ich einen letzten (?) Versuch starten, um klar zu machen, daß es meiner Meinung nach höchste Zeit ist aufzustehen.

Selbsterfahrung – Notlösung?

Was mir klargeworden ist, ist: daß der KB in seiner Gesamtheit (?), seiner Leitung (?), seiner Mehrheit (?) zumindest das, was öffentlich wird, eine wahnsinnige Angst vor Selbsterfahrung hat, grad so, als ob sich der Klassenfeind unter uns mischt. Er ist unfähig zuzugeben (?) oder öffentlich einzugestehen (?), daß dies ein wesentliches Element unseres Kampfes ist. Oder vielleicht ist er auch anderer Meinung. Das zeigt sich in dieser unseligen Romannzen-Auseinandersetzung, das zeigte sich in der Antwort von ul. und a. zum Artikel „Aus alten Fehlern lernen", worin sich kein anerkennendes Wort zur notwendigen Selbsterfahrung befindet, sondern nochmals hauptsächlich betont wird, wie wichtig es war, sich abzugrenzen. Das hat zwar auch niemand bestritten, daß es notwendig wird, sich abzugrenzen, wenn die Selbsterfahrung zur alleinigen Linie ausgegeben wird und sogar deutliche antikommunistische Tendenzen hat, aber eine deutliche positive Beurteilung der Selbsterfahrung fehlt. Allenfalls wird es heute als „Notlösung" den Frauen zugestanden.

Und das finde ich falsch. Und das ist für mich eine grundsätzliche Frage. Denn nur wo die Selbsterfahrung als ein wichtiges Mittel im Klassenkampf, und zwar in sämtlichen Bereichen und für jeden Menschen anerkannt ist, ist es für mich kommunistisch. D.h. für mich, eine Sache von allen Seiten untersuchen. Das machen wir auch in anderen Fragen so, wir bemühen uns wenigstens. Diese Bemühungen müssen aber scheitern, wenn wir den Menschen, wenn wir uns selbst ausnehmen. Denn es ist doch wohl ein Wahnwitz, wenn wir meinen, daß wir selbst, daß die anderen Menschen „keine Seite" sind. Dies, dachte ich, hätten wir am Anfang unserer Krisendebatte begriffen. Aber vielleicht auch nur als „Notlösung"? Ist es so, daß wir unfähig sind, dies als positiven Faktor zu begreifen? Dann wird uns kommunistische Politik nicht gelingen! Ist es nicht ein Wahnwitz: Kommunismus zur Befreiung der Menschen, aber als Mittel wird eins ausgeklammert – der Mensch. Ich meine im Sinne einer wirklich kommunistischen Politik: laßt die Menschen machen, unterstützt sie in ihrer Selbsterfahrung, begreift es als positiven Ansatz und fördert die positiven Seiten, auch bei Euch selbst. Hört endlich einmal zu, statt draufzuhauen bei angeblich falschen Untertönen. Denn nur solch ein Mensch kann aufrecht diesen politischen Kampf bestehen.

Ein Beispiel von vielen

Ich bin groß geworden in einem Bereich, der hauptsächlich Gewerkschaftsarbeit gemacht hat. Weil bei uns besondere Möglichkeiten bestanden, weil bei uns besonders viel los war. Da kamen die Besserwisser, jene, die bereits aus der Gewerkschaft ausgeschlossen waren und jene, die uns aus anderen Bereichen zu Hilfe eilen sollten. Ich, als diejenige allein an der Front, die wenigstens die Klappe aufkriegte statt sich zu verkriechen, beschimpfte jene schließlich als Klugscheißer. Bei uns fing die Krisendiskussion wesentlich früher an. Und schließlich verpißten sich diejenigen am sang- und klanglosesten, die am lautesten geschrien hatten, immer die korrekte Linie wußten. Und wie sieht es heute aus: Die Gewerkschaftsarbeit ist beinahe tot, wir sind so verschlissen, daß wir noch nicht mal mehr das tun können, was auch heute noch möglich wäre. Aufgearbeitet haben wir das nie, geredet haben wir über „Ökonomismus" statt vielleicht etwas „Unpolitisches" zu wagen, nämlich Selbsterfahrung. Es gab keine Selbstkritik, viele sind nicht mehr im KB, und für mich gab es auch kein Wort der Anerkennung, obwohl ich zig Schreiben losgeschickt habe, worin ich versuchte aufzuarbeiten oder wo ich verzweifelt Hilfe suchte. Ich muß es einmal sagen, das hat mich persönlich wahnsinnig angemacht und ich bin trotz allem, beinahe eine der letzten der Aktiven an der Front aus jener Zeit, die mühsam versucht, wieder in die Puschen zu kommen und nicht einfach auszutreten oder ohne formellen Austritt ihn praktisch zu vollziehen. Vielleicht, weil ich den Stellenwert der Selbsterfahrung kennengelernt habe und trotz allem stolz auf mich bin und mutig für mich meinen neuen Platz suche. Ihr könnt mich mal, mit Druck und Anspruch, ich falle nicht drauf rein! Ich kenne das Ergebnis, nämlich nichts! Aber es ist wichtig, dies einmal auszusprechen. Sich dies selbst einzugestehen. Diejenigen, die heute noch bei uns Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen, tun dies bewußt ohne den KB. Nur so sind sie fähig dazu, das zu tun, was eben auch heute möglich ist. Kommissionsarbeit ist ein anderes Kapitel, das betrifft Dich nicht selbst, das geht ohne Selbsterfahrung. Da ist Zusammenarbeit mit dem KB möglich und gilt als Alibi für den Nichtaustritt. Und als zusätzliches Alibi, daß ja nur „die anderen" Schuld sind und man so wohlgemut den Druck zumindest teilweise weitergeben oder anscheinend abgeben kann. Und schon haben wir wieder eine „quatschige" Auseinandersetzung.

Das gibt es in sämtlichen Bereichen, und wo es besonders haarig wird, ist dann in den persönlichen: Kinder, Frauen, Eltern, Gesundheit etc. etc. Was Glück, daß wir noch nicht die „Jugend" in uns haben – der Rebell wurde rechtzeitig abgeschafft. Ich habe keine Lust mehr zu solch „quatschigen" Auseinandersetzungen, immer haarscharf an der Sache vorbei, immer an uns selbst vorbei

Aufforderung zur Reflektion

Ich schreibe dies für Euch, Leute, die Ihr auf Vollversammlungen sitzt und die Klappe nicht aufkriegt (wie die Männer in der Frauenfrage), weil Ihr den Kopf voll habt von Anspruch und Druck, aber nicht in die Puschen kommt, weil Ihr ein schlechtes Gewissen habt darüber, daß es Euch noch nicht gelungen ist, zu unterdrücken, daß es Euch selbst noch gibt. Eigentlich möchtet Ihr gerne, daß es Euch nicht gibt, dann könntet Ihr dem Anspruch und Druck genügen und in die Puschen kommen. Und dann gibt es die, die meinen, es jetzt geschafft zu haben. Sie selbst sind Gott sei Dank (angeblich) weg, wir sind schließlich kein Selbsterfahrungshaufen, in die Puschen, in die Puschen. Ich will Euch sagen, was dabei herauskommt: Nichts. Heißer Wind und anschließend Frust – wie gehabt.



Ich will Euch sagen, was wir auf diese Art und Weise praktisch (ich spreche nicht von unserem theoretischen Teil), was wir praktisch tun können, wenn wir uns nicht ändern: Den Bewegungen hinterherlaufen, sie sogar einholen und ihnen als Machtfaktor dienlich sein, was natürlich auch was Gutes ist. Uns evtl. auffrischen an solchen Bewegungen, Kampagne hier, Kampagne dort – wie gehabt. Aber wir wissen niemals etwas selbst, wir wissen immer nur alles besser. Und die nächste Krise kommt bestimmt, obwohl wir, rein theoretisch, recht hatten.

Deshalb, Leute, laßt uns endlich die Klappe aufreißen, stehen wir zu uns selbst, seien wir stolz auf uns, stehen wir zu unseren Stärken, aber auch zu unseren Schwächen, um sie bekämpfen zu können, und machen wir das, was wir können. Und verbitten wir uns anmacherische Debatten, die auf Druck und Anspruch spekuwo nichts bei übrigbleibt als heiße Luft. Werden wir selbstbewußt. Denn sonst ist es aus. Nicht mit uns, nicht mit den Bewegungen (obwohl es für sie auch ein Verlust ist), sondern hauptsächlich für den KB.

Und weil ich lieber lernen will,
anstatt euch zu belehren,
will ich mit euch nur ungeschminkt
und niemals tadellos verkehren.

Den Fehlerfreien trau ich nicht.
Ich will mit denen gehen,
die, was sie glauben, schon zu sein,
auf keinen Fall beschlossen sehen.

Ich weiß, nur mit dem Bauch wird
Macht und Bosheit nie vertrieben,
doch vorher, Freunde, sollten wir
versuchen, uns zu lieben.

Konstantin Wecker (Schafft Huren, Diebe, Ketzer her)

H., Hamburg

„Jede Erziehung ist Kindesmißhandlung"

Interview mit dem Antipädagogen Ekkehard v. Braunmühl, Wiesbaden



Wir haben in den letzten Monaten versucht – wenn auch nicht regelmäßig – im AK verschiedene Konzepte des Kinderschutzes (= Schutz gegen Mißhandlung und/oder alltägliche Gewalt) vorzustellen. Heute veröffentlichen wir ein Interview mit einem Kinderschützer, der sich nicht zur politischen Linken zählt, andererseits jedoch seit Jahren unbestreitbar energisch für die Rechte von Kindern eintritt: Ekkehard von Braunmühl, Antipädagoge aus Wiesbaden, Mitinitiator der Aktion Kinderschutz, die seit 1980 eine Kampagne für das gesetzliche Verbot der „Prügelstrafe" durchführt.

Von Braunmühl hat seine Ansichten, die er Antipädagogik nennt, in verschiedenen Büchern mit recht hoher Auflage dargestellt („Die Gleichberechtigung des Kindes", zusammen mit Heinrich Kuppfer und Helmut Ostermeyer, Fischer, 6338, DM 5,80; „Antipädagogik", Studien zur Abschaffung der Erziehung, Beltz-Verlag, 24,–DM, „Zeit für Kinder – Theorie und Praxis von Kinderfeindlichkeit, Kinderfreundlichkeit + Kinderschutz", Fischer 6705, DM 6.80)

Was er unter „Antipädagogik" versteht, wird im Interview für denjenigen, der von Ekkehard von Braunmühl noch nichts gehört hat, schon ansatzweise erkennbar. Die Vorbemerkung zu einem Interview ist sicherlich der falsche Platz, dazu in eine breitere Auseinandersetzung einzusteigen (Wir würden es jedoch sehr begrüßen, wenn sich bereits längs dieses Inverviews recht bald eine Diskussion um die Frage des Kinderschutzes entwickeln würde.).

AK: Deine Definition des Begriffs Kindesmißhandlung ist sehr weit gefaßt. Kannst Du sie konkretisieren?

EvB: Im Gegensatz zu den Ignoranten, Heuchlern und Mördern in Politik, Verwaltung, auch in der Justiz, auch in den Medien, richtet sich meine Aufmerksamkeit, überhaupt die Aufmerksamkeit von antipädagogisch aufgeklärten Menschen, nicht nur auf die spektakuläre, schon dem ersten Blick sichtbare Spitze des Eisbergs an Gewalt gegen Kinder. Was da immer so lauthals beklagt, mit erschreckenden Zahlen und Fotos dokumentiert, im übrigen aber aus dem Verantwortungsbereich der Gesellschaft schleu-

den Zahlen und Fotos dokumentiert, im übrigen aber aus dem Verantwortungsbereich der Gesellschaft schleu-

nigst wieder abgeschoben wird, sind in Wirklichkeit teils billigend in Kauf genommene, teils wohlkalkulierte Exzesse der Erziehungsideologie. Solange Erwachsene glauben, Kinder erziehen zu dürfen bzw. zu müssen, anstatt sie als gleichberechtigte Mitbürger zu akzeptieren, so lange wird es immer einen Prozentsatz von Kindern geben, die, etwa weil sie anfangs wirklich geliebt – d. h. mindestens: bedingungslos angenommen wurden, stark genug sind, dem subtilen, unsichtbaren Erziehungsterror Widerstand entgegenzusetzen, worauf es dann eben häufig zu den sichtbaren Mißhandlungen und Morden kommt. Gäbe es den Anspruch, die Kinder zu erziehen, nicht, könnten selbstverständlich auch keine Erziehungsmaßnahmen so eskalieren, daß dann sogar staatstreueste, d.h. machtorientierteste, herrschaftsbesessenste Staatsanwälte von Überschreitung des Erziehungsrechtes sprechen müssen.

Ich möchte aber noch dazusagen, daß diese Interpretation des Eisbergbildes – die Spitze an Brutalität ist physikalisch/logisch notwendige Begleiterscheinung des gesamten Eiskörpers Erziehung – von der Erwachsenen-Perspektive ausgeht. Für Kinder hat diese Spitze des Eisberges ganz klar die Funktion, ihnen das Sich-Abfinden mit dem kleineren Übel schmackhafter zu machen. Für sie hat die sichtbare Spitze des Eisberges eine wahnsinnig effektive disziplinierende Wirkung.

AK: Unsere Frage war aber eigentlich, ob Du Deine Definition k o n k r e t i s i e r e n kannst.

EvB: Nun, ja, die Angst eines Kindes, von seinen Eltern möglicherweise totgeschlagen zu werden, i s t konkret. Eines dieser merkwürdigen „Zehn Gebote" heißt ja nicht umsonst: Du sollst Vater und Mutter ehren, auf daß es Dir wohlergehe und Du lange lebest auf Erden. Meines Wissens ist dieses Gebot das Einzige, das die Sanktion, die Todesdrohung, gleich mit ausspricht. Kein Kind würde mehr seinen Eltern gehorchen, wenn es denen nicht gelänge, ihm Angst zu machen. Angst vor dem Teufel oder dem Jugendamt, dem Ausgehverbot oder dem Heim, den heimischen Hieben oder der Polizei. Oder dem berühmten Liebesentzug, der ja in Wahrheit überhaupt nicht existiert: Der Begriff Liebe meint ja eine Beziehungsqualität, die nicht willkürlich, schon gar nicht einseitig und erst recht nicht als zielgerichtete Maßnahme manipulierbar ist. Also wenn ein kluger Mensch mal gesagt hat, der Appell an Eltern, sie sollten ihre Kinder mehr lieben, sei sinnlos, weil man Liebe nicht aufdrehen könne wie einen Wasserhahn, ist dem hinzuzufügen, daß man Liebe auch nicht wie einen Wasserhahn abdrehen kann. Allein die Idee, da etwas abzudrehen, verrät schon Nicht-Liebe.

AK: Was verstehst Du unter Liebe?

EvB: Liebe ist sicherlich mehr als Achtung, Akzeptanz, also als Annehmen des anderen, so wie er ist. Aber sie kann niemals nur ein kleinstes bißchen weniger sein. Wenn etwa ein Mann wie der Berliner Landesschulrat Herbert Barth, SPD, mit dem Bibelspruch hausieren geht: „Wer sein Kind liebt, der züchtigt es", ist das eben eine typische pädagogische Perversion. Nicht wer sein Kind liebt, züchtigt es, sondern wer sein Kind haßt, züchtigt es. Wer sein Kind liebt, der kann es weder züchtigen noch irgendwie anders erziehen. Der lebt mit seinem Kind nicht in einem Erziehungsverhältnis, sondern in einer gleichberechtigten Beziehung. Alles andere ist Terror – wir von der Kinderrechtsbewegung sagen auch manchmal: Erwachsenenchauvinismus, hat jedenfalls mit Liebe exakt Null zu tun.

AK: Wir wollen uns hier nicht allzu weit in der antipädagogischen Theorie verlieren. Kannst Du beim Thema Kindesmißhandlung bleiben?

EvB: Tut mir leid, Kindesmißhandlung ist ein pädagogisches Problem. Es sind die Pädagogen, Erziehungsideologen, also die Angehörigen der Pädagogen-Mafia in Wissenschaft und Politik, die verhindern, daß Kindern der Status von gleichberechtigten

ideologen, also die Angehörigen der Pädagogen-Mafia in Wissenschaft und Politik, die verhindern, daß Kindern der Status von gleichberechtigten

Mitbürgern zuerkannt wird. Von diesen Leuten zu erwarten, daß sie die Kindesmißhandlungen abschaffen könnten oder auch nur wollten, ist einfach lächerlich. Sie sind ja dafür verantwortlich. Sie predigen ja den Mut zur Erziehung und wollen die Erziehungskraft der Familie stärken. Sie wissen genau, daß sie sofort weg vom Fenster wären, wenn nicht mehr die übergroße Mehrheit der Eltern ihren Kindern in jungen Jahren den autoritären Charakter, die Erziehungsbedürftigkeit – und das heißt auch: die Regierungsbedürftigkeit – reinwürgen würden. Politisch gesehen spielt es überhaupt keine Rolle, ob die dabei angewendeten Mittel mehr oder weniger brutal sind. So oder so, der Erziehungszweck muß erreicht werden. Und der Erziehungszweck ist eben – das können allmählich auch die dreistesten Sonntagsreden nicht mehr verschleiern – das beherrschbare, das entfremdete, das unmündige Stimmvieh, wie es in unserer Demagokratie gebraucht wird. Die Bundesregierung scheut sich ja nicht einmal, in offiziellen Broschüren zu erklären, daß das elterliche Züchtigungsrecht nach wie vor (also trotz des Satzes im neuen Sorgerecht: „Entwürdigende Erziehungsmaßnahmen sind unzulässig") legitimiert sei, und zwar, eindeutiger geht es nicht, „im Rahmen des durch den Erziehungszweck gebotenen Maßes". Auf solchen Wahnsinn geht bezeichnenderweise Reinhart Wolff in Eurem Interview vom 1. Dezember 1980 überhaupt nicht ein.

AK: Warum „bezeichnenderweise"?

EvB: Na ja, ich schätze Reinhart Wolff persönlich als couragierten Menschen, aber leider ist er eben unter anderem auch Pädagogik-Professor. In der einen Broschüre, die er für die Bundesregierung machte, hat er ja sogar das Grundgesetz gefälscht, indem er zitiert, jeder habe das Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit, aber das Wort „freie" unterschlägt. Erziehungsideologen können eben mit dem Wort Freiheit nichts anfangen. Freiheit und Erziehung sind unversöhnliche Gegensätze. Wenn man, wie die Kinderrechtsbewegung, den Begriff Kinderschutz wörtlich und ernst nimmt, bedeutet er in aller Radikalität: Schutz der Kinder vor Angriffen auf ihre Freiheit. Solche Angriffe sind aber das tägliche Brot der Pädagogen, sind ihre Pflicht, für die sie bezahlt werden. Sie werden dafür bezahlt, Kinder zu mißhandeln, Kinder zu mißbrauchen. Beispielsweise haben sie den Auftrag, Kindern ihr Menschenrecht auf Selbstbestimmung zu rauben – wobei dann der Prügelpädagoge der plumpe Räuber ist, während der moderne Pädagoge als Trickdieb arbeitet, was natürlich weniger auffällt. Aber hier wie da ist die Freiheit der Kinder futsch.

AK: Siehst Du wirklich keinen Unterschied zwischen all den Kindern, die einigermaßen normal aufwachsen, und denen, die im klassischen Sinne mißhandelt, also von Zeit zu Zeit krankenhausreif geschlagen werden?

EvB: Den Unterschied sieht jeder Idiot, darüber brauchen wir doch nicht zu sprechen. Ich sehe es als meine Aufgabe an, auf die Gemeinsamkeiten hinzuweisen, die nicht so leicht erkennbar sind. Mit Gemeinsamkeiten meine ich das hinter den Erscheinungen verborgene System. Obwohl ich Konservativer bin und im übrigen ein antipädagogischer Fachidiot, wage ich doch mal eine Analogie, die den Lesern des AK vielleicht das Verständnis erleichtert. Jedermann kann auf den ersten Blick bemerken, daß es bei uns arme und reiche Leute gibt. Um das aber zu v e r s t e h e n (und möglicherweise ändern zu können), muß man das System analysieren, das diese Phänomene hervorbringt. Dann wird man vielleicht Antikapitalist und versucht, andere Menschen, die unter dem kapitalistischen System leiden, über die wirklichen Ursachen ihres Leidens aufzuklären. Ihr wißt ja selber, wie schwierig das ist, weil natürlich die Kapitalisten nicht schlafen, sondern immer gerade soviele Zugeständnisse machen, wie nötig sind, damit die Masse der Leute nicht allzu unzufrieden wird. Auch die modernen Pädagogen machen Zugeständnisse, indem

Masse der Leute nicht allzu unzufrieden wird. Auch die modernen Pädagogen machen Zugeständnisse, indem

die auf allzu offenkundige Brutalität verzichten, ja sie sogar lauthals beklagen. Vielleicht täusche ich mich, aber ich vermute, ein Antikapitalist müßte die in den letzten Jahren gesteigerte Bekämpfung der sog. Wirtschaftskriminalität auch als durchaus systemimmanente Alibiveranstaltung interpretieren. In Wahrheit leisten ja Wirtschaftskriminelle häufig mehr Arbeit für ihre Beute als etwa die Besitzer dicker Aktienpakete.

Auch Prügelpädagogen haben keinesfalls ein leichtes Leben, aber sie verderben gewissermaßen die Stimmung. Pädagogen nennen ja das Prügel gern eine erzieherische Bankrotterklärung, ohne jedoch das System in Frage zu stellen, das solche Bankrotts überhaupt möglich macht. Solange man an der Oberfläche bleibt, freut man sich natürlich, wenn man ein paar Mark mehr verdient als im vorigen Jahr. Und jedes Kind ist froh, wenn es relativ weniger schlimm mißhandelt wird. Aber politisch gesehen sind solche Unterschiede belanglos, zufällig, sogar lächerlich, wenn man die jeweilige Situation nicht mit der möglicherweise noch schlechteren vergleicht, sondern an dem mißt, was objektiv möglich und nach Recht und Gerechtigkeit auch nötig wäre.

AK: Du hast Reinhart Wolff ziemlich scharf angegriffen. Findest Du seine Arbeit lächerlich?

EvB: Das kommt auf die Perspektive an. Das sog. Kinderschutz-Zentrum in Berlin mag ein paar Kindern, ein paar Familien wirklich helfen, und daran kann nichts lächerliches sein. Nur hat das mit Kinder-SCHUTZ nichts zu tun. Es ist die Art von Hilfe, die von vielen Organisationen und Einzelpersonen, auch von mir selbst, geleistet wird, die aber eben Einzelfall-HILFE bleibt, nachträglich, heilend, rettend, und nichts dazu beiträgt, Kinder in ihrer Gesamtheit vor dem zu schützen, was solche Hilfe erst nötig macht. Es ist eine Sache, immer wieder einzelne Kinder aus dem Brunnen zu holen, in den sie gestürzt wurden, und eine ganz andere, Kinder generell vor diesem Brunnen zu schützen, indem man ihn zuschüttet oder wenigstens sicher abdeckt. Ich muß es so hart sagen: Reinhart Wolffs Arbeit (und die vieler anderer) hat mit Kinder-SCHUTZ exakt nichts zu tun. Kinderschutz im wörtlichen und politischen Sinne kann niemals funktionieren, solange man sich um die antipädagogische Aufklärung herummogeln will.

Wir haben das im „Jahr des Kindes" gesehen, das nur deshalb nichts Entscheidendes erbrachte, weil es den vorgeblichen Fachleuten für Kinderfragen, eben der Pädagogen-Mafia überantwortet wurde. Diese Mörderbande, zu der ich auch den Herrn Professor Wolff zählen muß, ist einfach nicht in der Lage, die wirklichen Ursachen jeglicher Kindesmißhandlung offenzulegen und abzuschaffen. Ebensogut könnte man von einem Gremium von Heroin-Dealern erwarten, daß es ein Programm gegen den Drogentod erarbeitet.

AK: Du bezeichnest Reinhart Wolff einfach so als Mörder?

EvB: Gewiß. Ich bezeichne alle Erziehungsideologen als Mörder, seit es üblich geworden ist, die Rauschgift-Dealer als Mörder zu apostrophieren. Die schlagen ja ihre Opfer auch nicht höchstselbst tot. Sie verkaufen bloß das Gift. Es widerspricht sogar ihrem Interesse, wenn die Konsumenten sich totfixen. Das schadet ihrem Ge-

das Gift. Es widerspricht sogar ihrem Interesse, wenn die Konsumenten sich totfixen. Das schadet ihrem Ge-

schäft: Einerseits atmosphärisch in der Öffentlichkeit, weil jeder Drogentote auf die Gefährlichkeit ihres Giftes aufmerksam macht, andererseits konkret, weil jeder Tote ein verlorener Kunde ist. Intelligente Drogen-Dealer müßten also ihre Abnehmer sehr eindringlich vor Überdosen und anderen Risikofaktoren warnen – wie das ja auch Erziehungsdealer tun, die immer wieder betonen, daß ihre Erziehungsmittel „wohldosiert" verabreicht werden sollen. So gut wie nie empfehlen sie das schlichte Totschlagen. Trotzdem ist jeder, der hartes Rauschgift unter die Leute bringt, nach heute geltender öffentlicher Meinung dafür mitverantwortlich, daß eine Reihe von Konsumenten an diesem Gift sterben. Deshalb werden sie Mörder genannt. Genau analog dazu ist jeder, der die Erziehungssucht fördert, der also, und sei es noch so weit unter Wasser, an der Vergrößerung des eingangs genannten Eisberges mitwirkt, für die Vergrößerung auch der Spitze dieses Eisberges verantwortlich.

Es tut mir leid, ich sehe das nun mal so, Kinder werden ja nicht aus heiterem Himmel erschlagen, sondern im Zuge einer Eskalation, die regelmäßig mit einem harmlos erscheinenden Erziehungsakt begann. Die antipädagogische Literatur weist diesen Zusammenhang in aller Gründlichkeit nach. Ihn kann natürlich derjenige nicht verstehen, der in der Erziehungsideologie befangen bleiben will und die antipädagogische Aufklärung ignoriert. Der wird die Erziehungsseuche ebenso zu verharmlosen suchen wie der Drogen-Dealer den Rauschmittelkonsum. Wenn gegen diese Verharmlosung der Begriff „Mörder" in dem einen Fall gerechtfertigt ist, dann ist er es auch in dem anderen. Wer sich wehren will, mag es versuchen. Jedenfalls hat es beispielsweise der jetzt nach Berlin entflohene einstige Bundesjustizminister Vogel nicht versucht. Er wird seine Gründe gehabt haben.

AK: Trotzdem distanziere ich mich selbstverständlich von dem Ausdruck „Mörder" und komme zurück zu der klassischen Kindesmißhandlung, die ja nur selten tödlich endet. Kannst Du kurz sagen, worin Du konkrete Usachen siehst?

EvB: Üblicherweise fängt man jetzt an, von beengten Wohnverhältnissen, Arbeitsstreß und dergleichen zu sprechen, jedenfalls von situativen, auch von charakterlichen, Eigenheiten der mißhandelnden Erwachsenen. Diese Dinge sind bekannt, ich brauche sie nicht zu wiederholen. Dagegen will ich diese richtigen, aber einseitigen Erklärungsversuche ergänzen und sage: Kinder, die grob mißhandelt werden, sind immer auch selber schuld. Sie brauchen nur ihren Autonomieanspruch komplett aufzugeben, ihr Selbst total zu verleugnen, sich den Wünschen der Eltern absolut zu unterwerfen, dann hätten sie eine gute Chance, körperlich heil zu bleiben.

AK: Meinst du das im Ernst?

EvB: Aber sicher. Das sind eindeutige Forschungsergebnisse der Viktimologie. Es werden ja keinesfalls alle Kinder von den Eltern mißhandelt, die unter Streß leiden, in engen Wohnungen leben oder Pädagogik studiert haben. Undsoweiter. Deshalb muß die Ursache bei den Kindern liegen. Sie nehmen wahrscheinlich einfach das vierte Gebot nicht ernst genug.

AK: Ich habe jetzt Schwierigkeiten mit Deiner Art von Humor.

AK: Ich habe jetzt Schwierigkeiten mit Deiner Art von Humor.

EvB: Da haben wir schon ein Beispiel für das, was ich meine. Du hast die Schwierigkeit, aber die Ursache liegt doch sicher bei mir. Im übrigen ist mir der Humor längst vergangen. Lies doch mal nach, was Reinhart Wolff in dem AK-Interview vom 1.12.80 sagte. Etwa: Man müsse sich klarmachen, „daß wir Menschen immer wieder dazu neigen, gewalttätig zu werden, wenn wir unsere Wünsche nicht befriedigt sehen". Oder: Wir sollten von Eltern, die ihre Kinder mißhandeln, nicht als „Unmenschen" sprechen, sondern von Menschen, „die verzweifelt sind, keinen anderen Ausweg sehen, hilflos sind". Das ist doch das übliche Erklärungsschema. Ich erinnere nur an den Artikel der Frankfurter Rundschau vom 3.1.81, dem Monika Metzner die Überschrift gab: „Geprügelt wird, wenn die Eltern gar keinen Ausweg mehr sehen". Solche Aussagen lassen überhaupt keinen anderen Schluß zu, als die Schuld bei den Kindern zu sehen, denn diese sind es ja, die die Wünsche der Eltern nicht befriedigen (was ja ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit wäre), sie sind es, die die Eltern verzweifelt und hilflos machen und ihnen keinen anderen Ausweg lassen. Wobei ich betonen möchte, daß diese Kleinkinder keineswegs alle von Antipädagogen aufgehetzt wurden. Viele weigern sich willig aufzugeben. Sie essen partout ihren Teller nicht leer, sie schlafen nicht ein, wann die Eltern das wollen usw.: Wer könnte da im Ernst auf den Gedanken verfallen, den Eltern die Schuld in die Schuhe zu schieben! Nein, nicht diese Kinder verdienen Mitleid und Unterstützung, sie brauchten ja nur zu gehorchen. Mitleid und Unterstützung verdienen die Eltern, die sich für ihre verantwortungsvolle Erziehungspflicht geradezu aufopfern. Daß dabei ein paar Kinder auf der Strecke bleiben, entspricht nur dem Gesetz, daß Späne fallen, wo gehobelt wird. Trotzdem

dürfen wir nicht verkennen, daß unsere Familien insgesamt hervorragend funktionieren, liefern sie doch dem Arbeitsmarkt sogar noch immer einen Überschuß an Menschenmaterial. Also auch von daher ist kein Grund zum Klagen. Das Lamentieren über einzelne Exzesse ist zwar menschlich verständlich, aber letztlich doch nur Heuchelei. Wo erzogen wird, muß gelegentlich auch toterzogen werden, schon damit die Kinder auch wirklich merken, daß das kein Spaß ist. Es gehört zum System. Die Todesstrafe für Kinder aus Gründen der Generalprävention.

AK: Dein Standpunkt in Ehren, aber ist er nicht zu exzentrisch, um bei der Diskussion über Kindesmißhandlungen berücksichtigt zu werden? Wie schätzt Du den gegenwärtigen Stand dieser Diskussion in der BRD ein?

EvB: Also zunächst einmal ist richtig, daß ein wirklich kinderfreundlicher Standpunkt heutzutage noch weitgehend als exzentrisch gilt. Aber ich finde eben, die Diskussion muß exzentrisch werden, also einen anderen Mittelpunkt finden, wenn sie tatsächlich etwas bringen soll. Solange die Diskussion von Erziehungsideologien bestimmt wird, z.B. denen aus dem sog. Kinderschutz-„Zentrum" in Berlin, kann man als Kinderrechtler, als Antipädagoge, logischerweise nur „ex-zentrisch" sein. Ich stelle aber fest, daß in der letzten Zeit – immerhin über zehn Jahre nach Gründung des 1. antipädagogischen Clubs in Wiesbaden und über fünf Jahre nach Erscheinen des Buches „Antipädagogik" (3. Aufl. 1980) – der von mir miterarbeitete und mitvertretene Standpunkt immer seltener als „exzentrisch" im Sinne von „verschroben" bezeichnet wird. Ich erwähne nur die drei aktuellsten antipädagogischen Bücher, die im Oktober und November 1980 erschienen sind: „Erziehung – Angriff auf die Freiheit" von Prof. Heinrich Kupffer (Beltz, Weinheim), „Am Anfang war Erziehung" von Frau Dr. Alice Miller (Suhrkamp, Frankfurt) und „Auf der Suche nach dem verlorenen Glück" von Jean Liedloff (C.H. Beck, München). Das Miller-Buch wurde, obwohl es 28 Mark kostet, in den ersten drei Monaten schon 30.000mal verkauft. Ich deute es auch als Ausdruck eines neuen Trends, daß die Fachzeitschrift „betrifft: erziehung" aus dem Beltz-Verlag, die die im gleichen Verlag erschienene „Antipädagogik" nie rezensierte, in ihrer Ausgabe vom Februar 1981 eine ausführliche Rezension des Miller-Buches (von Rupert Neudeck) brachte, die in der Formulierung „Pflichtlektüre für alle" gipfelt. Die professionellen Ignoranten und Erziehungsfanatiker können natürlich die antipädagogische Aufklärung trotzdem weiterhin ablehnen oder bekämpfen, aber es wird ihnen jedenfalls immer schwerer fallen. Die Dinge sind in Fluß geraten. Ich erlebe das bei meinen öffentlichen Veranstaltungen ganz dramatisch und hautnah: Stieß ich noch vor drei oder vier Jahren bei den meisten Teil-

bei meinen öffentlichen Veranstaltungen ganz dramatisch und hautnah: Stieß ich noch vor drei oder vier Jahren bei den meisten Teil-

nehmern zunächst auf totales Unverständnis und auf Abwehr, passiert es heutzutage kaum mehr, daß jemand lacht, wenn ich als „Antipädagoge" vorgestellt werde. Zu Deiner Frage nach dem gegenwärtigen „Stand" der Diskussion kann ich also nur sagen, daß es den nicht gibt. Zwar gibt es noch immer eine Reihe wackerer Erziehungskämpen, die sich blind stellen, aber mehr und mehr sind sie es – und nicht mehr wir Kinderrechtler –, die sich lächerlich machen. Ich kann daran nichts ändern. Ich bin hier in der undankbaren und problematischen Situation des Besserwissers, des erfolgreichen Aufklärers. Diejenigen, die da weiter vernebeln und verschleiern, haben es natürlich im Laufe der Zeit immer schwerer, zurückzustekken und Einsicht zu zeigen. Aber das ist letztlich ihr Problem, nicht meins.

AK: Unabhängig von dieser Auseinandersetzung: Was wird heute behördlicherseits gegen Kindesmißhandlung getan?

EvB: Nichts.





AK: Was tust Du gegen Kindesmißhandlung, konkret, und was sind Deine Erfahrungen?

EvB: Ich kläre über ihre Ursachen auf. Im Rahmen des Deutschen Kinderschutzbundes (der im letzten Jahr die Gleichberechtigung des Kindes als Forderung in seiner Satzung festgeschrieben hat), im Rahmen des FREUNDSCHAFT MIT KINDERN-Förderkreises (der eine rein antipädagogische Vereinigung ist), im Rahmen der Aktion Kinder-SCHUTZ (die gerade im Januar eine Petition an den Bundestag gerichtet hat, damit endlich wenigstens das elterliche Züchtigungsrecht, das ja ganz klar gegen das Grundgesetz verstößt, abgeschafft wird), um nur ein paar Beispiele zu nennen. Und durch meine Bücher natürlich, durch Rundfunksendungen – und besonders durch massenhafte Interviews mit dem AK.

Dies ist die publizistische Seite. Meine Erfahrungen in der Einzelfallhilfe bestätigen meine wissenschaftliche Position immer wieder nachdrücklich. Wenn man den Eltern bloß weismacht, daß es andere, gar wirksamere Erziehungsmittel als Prügel gibt, verändert sich die Beziehung zwischen den Beteiligten nicht im geringsten und im Zweifelsfalle rutscht eben die Hand oder der Schürhaken doch wieder aus. Oft wird es dann sogar noch schlimmer, weil die Eltern desto wütender werden, je bemühter sie „es" zuvor im Guten versucht haben. Wenn ich in die Familien gehe – und das gilt natürlich auch für andere antipädagogisch aufgeklärte Menschen –, wird genau dieses „es" thematisiert. Das ergibt manchmal echte Wunderheilungen ohne jegliche Rückfälle (weil „es" den Eltern wie Schuppen von den Augen fällt), aber in der Regel wird ein Entwicklungsprozeß in Gang gesetzt, ein Befreiungsprozeß von Eltern und Kindern, der als gemeinsame Aufgabe erlebt wird. Dabei kommen zwar Rückfälle vor, aber die sind schon deshalb harmloser. weil sie nicht mehr als rechtens interpretiert werden. Es kommen ja auch in Familien, die schon seit vielen Jahren gleichberechtigt zusammenleben, ab und an Verhaltensweisen vor, die als Erziehung bzw. Erziehungsversuche bezeichnet werden müssen. Der entscheidende Unterschied ist, daß sie nicht mehr als für den je anderen gut oder nötig interpretiert werden, so daß es niemals zu Eskalationen (sondern zu Entschuldigung) kommt.

Der Vollständigkeit halber muß ich allerdings zugeben, daß es auch

dern zu Entschuldigung) kommt.

Der Vollständigkeit halber muß ich allerdings zugeben, daß es auch

Erwachsene gibt, die so kaputt sind, daß sie das Kindererziehen zur Kompensation dringend brauchen. In diesen Fällen hilft die einfache antipädagogische Aufklärung allein wenig, da können nur gezielte therapeutische Angebote wirklich etwas bringen, z.B. das spezielle FREUNDSCHAFT MIT KINDERN-Encounter, bei dem Erwachsene wieder Kontakt mit dem Kind in sich selbst aufnehmen; dies – und damit sich als Gesamtpersönlichkeit – akzeptieren lernen, und auf diesem Umwege das Kindererziehen immer weniger nötig haben.

AK: Kannst Du kurz sagen, wie dieses Encounter funktioniert?

EvB: Nein. Das ist viel zu kompliziert. Weil alle Teilnehmer ganz selbstbestimmt agieren, gibt es bei den verschiedenen Veranstaltungen kaum Gemeinsamkeiten, die ich hier schildern könnte. Es kommt auf jeden Einzelnen an. Wer daran interessiert ist, mit einer Gruppe in seiner Nähe Verbindung aufzunehmen, kann an die Geschäftsstelle des FREUNDSCHAFT MIT KINDERN-Förderkreis e.V., Wismarweg 2, 4400 Münster, schreiben.

AK: Trotz der Kinderrechtsbewegung und der Bemühungen vieler anderer Institutionen und Organisationen geht die Zahl der Kindesmißhandlungen keineswegs zurück. Meinst Du nicht, daß man ein gemeinsames Konzept entwickeln müßte und auch könnte?

EvB: Entschuldige bitte, aber ich kann mit dieser Frage nichts anfangen. Solange in diesem Bereich die inkompetentesten Figuren herumpfuschen und da mit ihrer Dummheit oder sogar Boshaftigkeit hausieren gehen, existiert einfach keine gemeinsame Basis. Gerade jetzt läuft z.B. in Hessen eine Kampagne der Polizei, „Kindertränen klagen an". Da wird die Bevölkerung aufgerufen, die Polizei zu informieren, wenn sie Kinder mit frischen Narben usw. sehen oder Kinder, die „ungewöhnlich verängstigt" sind. Für die gewöhnlich verängstigten Kinder interessiert sich die Polizei nicht – schließlich sind Polizisten selber Eltern. Im übrigen weiß jeder, wie solche Anzeigen enden: Kinder im Heim, Eltern im Knast, Problem gelöst. Und zu solchem wilden Wahnsinn stößt die hessische Polizei den Appell aus: „Es gehört nur ein wenig Mut und Verantwortungsgefühl dazu, um Kindern, die in körperlicher oder seelischer Not sind, zu helfen". Ich habe ja im Rahmen meiner praktischen Arbeit dutzende Male Kinder von Polizeistationen abgeholt und fast ebenso oft von irgendeinem Beamten den Spruch gehört: „Wenn das meine(r) wäre...", und dann kam diese eindeutige Handbewegung und ein genüßliches Schmatzen, Schnalzen oder Brummen. Einmal hat ein Kripobeamter in meiner eigenen Wohnung ein Kind tätlich angegriffen. Und der hessische Innenminister läßt verkünden, es sei verantwortungsvoll, diese Verbrecher über Kinder in Not zu informieren. Gemeinsames Konzept – Nein Danke!

AK: Aber was ist zu tun? Ich meine, wie können trotz alledem aktuell wirksame Kampagnen entwickelt werden, die a) den betroffenen Kindern und Eltern konkret nützen und b) das öffentliche Bewußtsein in dieser Frage verändern?

EvB: Also das ist eine einfache Frage. Jedenfalls für mich. Nach meinen Erfahrungen sind wir, also die antipädagogische Kinderrechtsbewegung, auf dem richtigen Weg. Und die kann ja jeder unterstützen. Zum Beispiel wird die Kampagne der Aktion Kinder-SCHUTZ zur Abschaffung der Gewalt gegen Kinder sofort wirksam, wenn genügend Leute mitmachen. (Informationen über: Albrecht Ziervogel, Hermann-Hesse-Str. 1, 3000 Hannover 72).

Aber dieses Beispiel zeigt schon das meines Erachtens entscheidende Problem. Heutzutage werden zentrale Streitfragen gar zu leicht in eine parteipolitische Polarisierung gezogen – bzw. wenn sie sich dafür nicht eignen, fallen sie unter den Tisch. Ich vertrete seit jeher die Meinung, daß die Kinderfrage eine gänzlich neue Polarisierung hervorbringen muß und wird. Es gibt nicht nur „links" antipädagogisch aufgeklärte Leute, umgekehrt gibt es aber auch unter „extremen Linken" Machtmenschen, Herrschaftstypen, Erziehungsideologen. Das klingt jetzt ziemlich böse und ist auch so gemeint. Es gibt ja noch immer die Meinung, man könne und müsse Kinder „zur Revolution erziehen" oder wenigstens „zur Emanzipation erziehen". Das ist zwar vielfach widerlegter Unsinn, aber gerade Linke nehmen diese Widerlegungen nur zögernd zur Kenntnis. Ich bedau-

fach widerlegter Unsinn, aber gerade Linke nehmen diese Widerlegungen nur zögernd zur Kenntnis. Ich bedau-



re das, weiß aber kein Mittel dagegen. Ich kann nur feststellen, daß die Kinderrechtsbewegung bzw. der antipädagogische Freiheitskampf („Wer für die Freiheit ist, muß zuallererst für die Freiheit der Kinder sein!") von politischen Aktivisten nur sehr wenig Unterstützung erfährt. Offensichtlich haben sie die politische Brisanz der Kinderfrage noch nicht gesehen. Doch dies ändert sich, mit zunehmender Geschwindigkeit. Gerade hat mir ein Professor für Erziehungswissenschaft geschrieben, der Slogan „Erziehung – Nein Danke" werde sicher demnächst die gleiche Bedeutung erhalten wie das „Atomkraft – Nein Danke". Ich gestehe, daß ich mich über diese Meinung innen drin so richtig gefreut habe. In jedem Falle bleibt wahr, daß Kinderfreundlichkeit, Menschenfreundlichkeit, Lebensfreundlichkeit – und damit auch die Abschaffung der klassischen Kindesmißhandlungen nicht billiger zu haben sind als durch die Abschaffung der Erziehung, durch die Gleichberechtigung der Generationen, durch die Entmachtung der Pädagogen-Mafia.

Noch einmal zu »Lili Marleen«:

Hakenkreuze als Dekorationsmittel

Wenn hier noch einmal zu Faßbinders neuestem Film Stellung genommen werden soll, dann deswegen, weil im AK 195 ein Aspekt ein bißchen zu kurz gekommen ist. In seinem Artikel „Woran wir uns nie gewöhnen dürfen" (AK 195) zitiert Ma/IKAH den Artikel der „Frankfurter Rundschau" über die Westberliner Zadek-Revue nach dem Fallada-Roman „Jeder stirbt für sich allein": „ ... *Die Siegesfeier der deutschen Eroberer in Paris wird zur tumultuarisch-komischen Orgie, halbnackte Girls winden sich lustvoll unter der Folter von Männer in NS-Uniformen ... Folgt auf das politische Theater der 60er und noch der frühen 70er Jahre jetzt also das Theater der Zyniker, sich delektierend an der tatsächlich obszönen Verbindung von Hakenkreuzen und entblößtem Busen?"*. Diese Zeilen treffen mehr oder weniger auch den Kern des Faßbinder-Films: Riesige, hell ausgeleuchtete Hakenkreuze dienen Hanna Schygulla als Kulisse für ihre zahlreichen Auftritte, SS- und SA-Uniformen sind die Kostüme der musicalartig inszenierten Bühnenshows. Als die Nazis eine Gruppe Menschen nach einem verschwundenen Film durchsuchen, gerät die Szene zu einem harmlosen Massenstrip, bei dem Täter und Opfer beidseitig ihren Spaß haben. Ja, ja, so lustig war's im „Dritten Reich". Auch auf die Ausstattung der Naziresidenzen verwendet der Regisseur sehr viel Sorgfalt, analog den alten Kaiser-Filmen der UFA; neben monumentalen Treppen, Leuchtern und eindrucksvollen Eichentüren immer auch dekorativ versteckt die Nazi-Symbole, mal eine Hitler-Büste, mal ein Hakenkreuzfähnchen oder auch nur die knalligen Hakenkreuzarmbinden. Nicht von ungefähr ist „Lili Marleen" der zweitteuerste Film in der Geschichte des deutschen Films (nach der Kriegsorgie „Steiner – das eiserne Kreuz"). In dieser Dekoration tut sich eher Harmloses. Überwiegend wird die Karriere der harmlosen Trällerin vorangetrieben. Desto mehr wird die Dekoration zur eigentlichen Hauptseite. Naziherrschaft als, wenn auch kitschige, Orgie in Samt und Marmor. Faßbinder mag sich möglicherweise damit herauszureden versuchen, er habe damit die Pompsucht der Nazis ironisieren wollen. Das mag angehen, aber es ist nicht antifaschistisch, die Nazis wegen ihres schlechten Geschmackes zu kritisieren. Außerdem dient er nur der Hoffähigmachung der Nazisymbole (und damit des Faschismus), wenn sie dekorativ, in schicker Umgebung, losgelöst von ihrem politischen Inhalt (nämlich dem Nazi-Terror) filmisch aufbereitet werden.

Denkt man sich den Nazi-Kitsch gebung, losgelöst von ihrem politischen Inhalt (nämlich dem Nazi-Terror) filmisch aufbereitet werden.

Denkt man sich den Nazi-Kitsch weg, bleibt nichts übrig als eine banale Dreigroschen-Liebesgeschichte, in der wie in alten UFA-Schinken der Irrationalismus Triumphe feiert und das Herz die Handlung vorantreibt, so wie es sich für edle Menschen gehört. Als sich der Held illegal nach Nazideutschland schicken läßt, um Kontakt zu Widerstandskämpfern zu knüpfen, treibt ihn in Wirklichkeit natürlich die Sehnsucht zu seiner großen Liebe. Die Widerstandsgruppe hat in dem Film überhaupt keine eigenständige dramaturgische Funktion, sondern ist lediglich eine Hilfskonstruktion für die beiden, die das Schicksal auseinandertreibt. „Widerstand wird ausschließlich dadurch thematisiert, daß die Sängerin und ein hoher SS-Charge mal einen Film verstecken, womit nebenbei geschickt an der Legende weitergestrickt wird, daß alle Kunstgewerbetreibenden des Nazi-Reichs und fast alle höheren Nazi-Chargen (inklusive Marinerichter) heimliche Widerstandskämpfer gewesen sind.

Von Faßbinders Absicht, die Situation des Künstlers im „3. Reich" problematisieren zu wollen, bleibt nichts übrig. Kann auch gar nicht, denn alles, was im Film überhaupt an Kunst erscheint, besteht nur aus dem Liedchen „Lili Marleen". Sonst absolut nichts. Ein bißchen wenig, um die historisch-politische Funktion von Kunst und Künstler im „3. Reich" diskutieren zu können. Aber selbst dies wenige wird nicht genutzt. An keiner Stelle wird die Singerei für die Nazis irgendwie in Frage gestellt oder auch nur diskutiert. An einer Stelle wundert die Sängerin sich über ihre Karriere, aber auch nur, weil sie „ja gar nicht singen kann". Die Handlung, ausschließlich vorangetrieben durch die Verwicklungen der verbotenen Liebe, nimmt keinerlei Einfluß auf die Haltung der Protagonisten zur Singerei. Die Einstellung zum Job bleibt bis zum Schluß so naiv wie am Anfang. Die Hauptdarstellerin der Love Story braucht natürlich auch einen Beruf. Sie könnte auch Brötchenverkäuferin sein, ohne daß sich am Handlungsstrang irgend etwas ändern müßte; nur läßt sich die Verrichtung des Brötchenverkaufens nicht so dekorativ inszenieren. Der Sing-Job hat im Film für die Protagonisten mit Politik nichts zu tun, jedenfalls nichts Negatives. Die Hakenkreuze des Bühnenauftrittes erscheinen deshalb auch in keinem Zusammenhang zur Politik der Nazis, sondern bleiben schicke Kulisse.

Die Kunstwerke Faßbinders und Zadeks sind der vorläufige Höhepunkt dieser Art Auseinandersetzung mit dem Nazi-Faschismus. Bisher entstanden in den 70er Jahren bereits einige Machwerke, die mehr oder weniger in ähnlicher Art und Weise den Nazi-Faschismus verwerteten. Neu am jetzigen Boom ist die massive Beteiligung von Künstlern wie Zadek und Faßbinder, die bisher als Linke galten. Zumindest Faßbinder erscheint dabei mehr oder weniger als nützlicher Idiot rechter Strategen. Drehbuchautor seines Films ist ein gewisser Manfred Purzer, filmpolitischer Sprecher der CSU und CSU-Vertreter im Gremium zur Bewilligung staatlicher Filmförderungsmittel. In dieser Funktion brachte er vor einigen Jahren Faßbinders Projekt

über die Frankfurter Spekulantensze- gung staatlicher Filmförderungsmittel. In dieser Funktion brachte er vor einigen Jahren Faßbinders Projekt

über die Frankfurter Spekulantenszene zu Fall. Produzent des Films ist CSU-Mitglied Luggi Waldleitner, der vor Jahrzehnten sein Geld mit blödsinnigsten Heimat-, Wallace- und Karl-May-Spektakeln verdient hatte. Wie sagte doch Waldleitners Duz-Freund Franz-Josef Strauß 1969: *„Ein Volk, das solche Aufbauleistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu müssen"*. Purzer und Waldleitner wissen sehr gut: Je mehr Hakenkreuze mit Sex und Glitzer in Verbindung gebracht werden, desto schwerer ist es, sie mit Auschwitz in Verbindung zu bringen.



Hanna Schygulla in einer Szene aus Faßbinders Film

Stellungnahme zur Frage:
Sollen Behinderte und Nichtbehinderte zusammenarbeiten?

Ich möchte einmal zur Frage Stellung nehmen, ob und inwieweit wir Behinderte mit Nichtbehinderten zusammenarbeiten können bzw. sollen oder müssen.

Ich kann eine Entscheidung gegen eine momentane Zusammenarbeit mit Nichtbehinderten aus vielen Gründen nicht mittragen, schon gar nicht, wenn sie als eine allgemeingültige, politische Prämisse für die Emanzipationsbewegung der Behinderten gelten soll. Dazu im folgenden ein paar Bemerkungen:

Meine erste Schwierigkeit, solche Entscheidung nachzuvollziehen, beginnt schon bei der Frage, wer gilt denn als Nichtbehinderter. Ich gehe davon aus, daß diese kapitalistische Gesellschaft a l l e behindert. Jeder wird durch den Streß, den Leistungsdruck und den elendigen Konkurrenzkampf, der ja immer und überall stattfindet, daran gehindert, ein Mensch zu sein, d.h. ein kreatives und solidarisches Wesen.

Wer kommt denn nun für eine Zusammenarbeit in Frage? Bei Rollstuhlfahrern, bei Spastikern, bei Blinden und Tauben scheint die Sache wohl klar zu sein. Schwieriger wird es schon bei Sehbehinderten (jeder zweite trägt schon eine Brille) und Schwerhörigen. Vollends problematisch wird die Entscheidung bei den zahlreichen seelisch Behinderten. Welcher Mensch hat denn keine Macke, die ihn nicht irgendwie behindert? Wir, die wir allgemein als behindert bezeichnet werden, also die Blinden, Tauben, Stummen und Lahmen, haben doch nur eines gemeinsam, daß wir ü b e r d u r c h - s c h n i t t l i c h von dem durch die kapitalistische Gesellschaft festgelegten Ideal, dem jungen, robusten, dynamischen, rücksichtslosen, leistungswilligen und anpassungsfähigen Menschen, abweichen, daß wir überdurchschnittliche Schwierigkeiten haben, die gesellschaftlichen Normen zu erfüllen.

Darüber hinaus durchleben wir Behinderte doch die unterschiedlichsten Erfahrungen. Ein von Geburt an spastisch Gelähmter, der in einem Heim lebt, wird durch die „Nichtbehinderten“ ganz anders unterdrückt als ich, ein Tetraplegiker, der noch bei seinen Eltern lebt. Ein Blinder, der in einer Wohngemeinschaft lebt, macht wiederum ganz andere Erfahrungen mit seinen Mitmenschen, als ein seelisch Kranker, der noch nicht einmal allgemein als Behinderter anerkannt wird. Ganz zu schweigen von den vielfältigen Erfahrungen der geistig Behinderten. Diese kurzen Bemerkungen machen deutlich, wie unsinnig der Vergleich zwischen der Frauen- und der Behindertenbewegung ist (Dies bezieht sich auf Artikel in der „Krüppelzeitung“, Bremen — Anm. AK). Die Frauen erleiden neben der Unterdrückung durch den Kapitalismus eine zweite, besondere Unterdrückung als Geschlecht, die viel älter ist als die kapitalistische Unterdrückung. Daher besteht die Notwendigkeit einer zeitweiligen autonomen Organisierung der Frauen, um den Kampf gegen die besondere Unterdrückung aller Frauen voranzubringen. Wir Behinderte sind eine nur sehr ungenau zu bestimmende Gruppe und erleiden auch keine spezifische Unterdrückung durch den Kapitalismus, sondern erleiden die kapitalistische Unterdrückung nur in einer besonders drastischen Form.

Außerdem ist es in unserer Gesellschaft doch eine Tatsache, daß z.B. ein reicher querschnittsgelähmter Unternehmerssohn viel weniger behindert ist als ein genauso Querschnittsgelähmter, der in einer kinderreichen Arbeiterfamilie lebt. Ich als Sozialhilfeabhängiger habe viel mehr gemeinsame Interessen mit den meisten als nichtbehindert geltenden Arbeitern und Angestellten als mit besagtem querschnittsgelähmten Unternehmerssohn, nämlich das Interesse an der Beseitigung der kapitalistischen Normen und Prinzipien, das gemeinsame Interesse, die staatlichen Sparmaßnahmen im Gesundheits- und Sozialbereich zu bekämpfen, das gemeinsame Interesse gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit zu kämpfen usw.

Wenn wir Behinderte erfolgreich unsere Rechte verteidigen und ausweiten wollen, dann brauchen wir starke Bündnispartner, wie z.B. die Gewerkschaften, und dann ist es völlig idiotisch, die Zusammenarbeit mit „Nichtbehinderten“ abzulehnen. Wir Behinderte stehen doch am gesellschaftlichen Rand, weil wir nicht produktiv genug sind, und weil wir folglich auch keine guten Konsumenten sind, denn wer wenig verdient, kann auch nur wenig kaufen. Wir sind nur ein lästiger Kostenfaktor, vor allem die vielen Sozialhilfeempfänger unter uns. Und um mich gegen die damit zusammenhängende Diskriminierungen und Benachteiligungen zu wehren, suche ich den Kontakt zu anderen Behinderten und gehe in eine Behinderteninitiative. Wenn dabei „Nichtbehinderte“ mitmachen, dann ist mir das nur recht, denn wir führen doch den gleichen Kampf wie die Arbeiter und Angestellten, die sich gegen steigende Arbeitshetze und Arbeitslosigkeit wehren.

Eine weitere Schwierigkeit, eine Entscheidung gegen die Zusammenarbeit mit „Nichtbehinderten“ zu teilen, liegt für mich darin, daß ich angewiesen bin auf die Hilfe und Mitarbeit von „Nichtbehinderten“. Ich brauche „Nichtbehinderte“, die mich waschen und anziehen, mich in den Rollstuhl setzen, die mich zu den Treffen der Behinderteninitiative hinfahren. Ich hätte viel, viel größere Schwierigkeiten, wenn in unserer Initiative keine „Nichtbehinderten“ mitarbeiten würden. Allgemein kann ich sagen, daß ich umso weniger behindert bin und daher umso bessere Möglichkeiten für meine Emanzipation habe, je mehr Menschen über meine Behinderung Bescheid wissen. Wir, die als behindert gelten, sind eine Minderheit in unserer Gesellschaft (was uns übrigens auch von den Frauen unterscheidet, denn diese sind bekanntlich die Mehrheit), also müssen wir Krach machen, Druck erzeugen, damit wir nicht übergangen und übersehen werden. Z.B. erst wenn die meisten Menschen wissen, was es heißt, querschnittgelähmt zu sein, daß es nicht nur bedeutet, nicht laufen zu können, sondern auch Schwierigkeiten beim Pissen und Kacken zu haben; daß es auch die große Schwierigkeit bedeutet, ganz andere Formen der Sexualität als die sonst üblichen zu erlernen, erst dann hört es langsam auf, für mich ein nerviges Lotteriespiel zu sein, wenn ich jemanden um Hilfe frage. Erst dann kann es zur Selbstverständlichkeit werden, daß bei allen neuen Investitionen und Planungen meine besonderen Probleme berücksichtigt werden. Erst dann wird die widerliche Mitleidsheuchelei aufhören und die „Nichtbehinderten“ werden merken, daß viele Rollstuhlfahrer weniger behindert sind, als ein durch die Arbeit kaputtgemachter Schichtarbeiter, der in seiner „Freizeit“ nur in der Kneipe oder vorm Fernseher rumhängt oder als ein arbeitsloser Jugendlicher, der perspektivlos und demoralisiert Drogen nimmt oder den ganzen Tag am Flipperautomaten steht oder ein gut bezahlter Beamter, der sich kaum bewegt und soviel frißt, daß er mit 35 seinen ersten Herzinfarkt bekommt (diese werden aber nicht als Behinderte anerkannt, weil ihre Erwerbsfähigkeit als nicht gemindert gilt).

Diese Bewußtseinsveränderung bei immer mehr Menschen ist doch unsere momentane Aufgabe und ist der erste Schritt, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern. Dabei freue ich mich über jeden ‚Nichtbehinderten‘, der sich über meine besonderen Probleme informiert und mit mir gemeinsam für eine andere und menschenfreundlichere Gesellschaftsform kämpft.

Die Entwicklung unserer kapitalistischen Gesellschaft wird geprägt von den wirtschaftlichen Interessen einer klitzekleinen Minderheit (2 bis 3 % der Bevölkerung), welche die großen Aktiengesellschaften, Banken und Versicherungen kontrolliert. Eine Hauptstütze der Macht dieser kleinen Minderheit ist die willkürliche Aufspaltung der großen Mehrheit in Unterdrückte und noch mehr Unterdrückte, in Angestellte und Arbeiter, in Arbeitende und Arbeitslose, in Nichtbehinderte und Behinderte, in arbeitende Behinderte und in Sozialhilfempfänger, in Behinderte durch Krieg oder Arbeitsunfall und Behinderte durch angeborene Schäden oder Privatunfall, in anerkannte Behinderte und Nichtanerkannte usw. Wir machen den größten Fehler, den wir überhaupt machen können, wenn wir diese willkürliche, durch Gesetze und Verordnungen unterstützte Aufspaltung der Unterdrückten durch unsere politische Praxis noch vertiefen!

Allerdings müssen innerhalb von Behinderten und Nichtbehinderten-Initiativen Maßnahmen ergriffen werden, die es ermöglichen, daß alle, Nichtbehinderte, Behinderte, Schwerstbehinderte gleichberechtigt wirken können. D. h. beispielsweise, daß Verantwortlichkeiten bevorzugt die am meisten Behinderten übernehmen, daß die besonderen persönlichen Probleme der unterschiedlichen Behinderten bei den Aktivitäten und der Entwicklung der Initiative berücksichtigt werden oder sogar im Vordergrund stehen. Denn wir wollen ja nicht nur das Bewußtsein der anderen verändern, sondern genauso unser Selbstbewußtsein stärken. Dafür müssen wir aber, wie gesagt, die Trennung in Nichtbehinderte und Behinderte aufheben. Denn diese Trennung ist ein willkürliches Ergebnis der kapitalistischen Herrschaftsprinzipien.

Gerlef aus Hamburg

Auch im UNO-Jahr Behinderte müssen draußen bleiben!

Daß das UNO-Jahr nur den Politikern und Funktionären dient, wurde einmal mehr in Hannover bewiesen. Ministerpräsident Albrecht sprach zur feierlichen Eröffnung des ‚Jahres der Behinderten‘ für Niedersachsen im Saal des Taubblindenzentrums vor 160 vom Sozialministerium geladenen (!) Gästen. Hier konnte er in aller Ruhe seine Wohltätigkeit unter Beweis stellen, während draußen Behinderte mit dem Willen zur Diskussion frieren mußten.

Die Forderung, sie ebenfalls hereinzulassen und die Veranstaltung dazu zu nutzen, Probleme und Bedenken der Behinderten darzulegen sowie über ihre Vorstellungen eines Selbständigwerdens zu reden, wurde abgelehnt. Albrecht wollte sich die Veranstaltung nicht umfunktionieren lassen.

Wie es drinnen aussah, könnte die Schilderung von einer Show zum gleichen Anlaß in Stuttgart verdeutlichen: *„Es saßen viele im Dienst ergraute Glatzköpfe und ehrwürdige Damen im Saal ... und ihren Oberfunktionären Beifall klatschten. Das ging so zwei Stunden lang. Einige der Gehörlosen und Schwerhörigen verstanden nicht viel. Zum Schluß gab es noch einen dichtgedrängten Stehempfang, wo ich als Rollstuhlfahrer kaum durchkam und die vollgefüllten Gläser als Spastiker nicht benutzen konnte“* („TAZ“, 12.2.81).

Wir Behinderte dienen Politikern und Funktionären, um deren Selbstdarstellung den sozialen Anstrich zu geben. Das Gerede vom Willen zur Integration hört genau dann auf, wenn Behinderte ihre Emanzipation in die eigenen Hände/Füße nehmen.

Behinderten-Kommission

Krüppel im Hungerstreik

Vier Rollstuhlfahrer blockierten den Zugang zum Sitzungssaal des Bremer Parlamentsgebäudes und traten in einen unbefristeten Hungerstreik. Dies war der vorerst letzte Schritt im Kampf gegen eine drastische Einschränkung des Fahrdienstes.

Anfang des Jahres kündigte der Bremer Senat an, aus finanziellen Gründen den Fahrdienst für Behinderte einschränken zu müssen. Statt wie bisher 65 Freifahrten alle drei Monate sollten die Krüppel mit einer monatlichen Pauschale von 150 DM abgespeist werden. Dies bedeutet in der Realität nur noch zwei bis drei Fahrten umsonst. Das ließen sich die Bremer Krüppel nicht bieten. Sie ließen sich nicht länger vertrösten und machten eine eigene Rechnung auf: Der Fahrdienst kostete die Stadt für 560 Rollstuhlfahrer 1,5 Mio. DM. Die Bremer Straßenbahn AG erhält dagegen ohne erbrachte Gegenleistung (Rollstühle passen in keine Bahn!) für den Fahrgeldausfall der Behinderten vom Senat sechs (!) Millionen DM. Mit diesem Wissen, das die Senatsargumente vom Tisch fegte, gingen die Krüppel auf die Straße. 40 Rollstuhlfahrer ketteten sich aneinander, blockierten Straßenbahnen und legten den Verkehr der Innenstadt lahm, ließen verdutzte Senatoren durch Rollstuhlspaliere gehen. Erster Erfolg: Bürgermeister Koschnick versprach ein weiteres Gespräch.

Als diese Debatte durch Verfahrenstricks der SPD-Mehrheitsfraktion verhindert worden war, traten vier Rollstuhlfahrer am 18.2. in den Hungerstreik. Vom Bürgerschaftspräsidenten Klink (SPD) war zu hören, *„wenn es keine Rollstuhlfahrer gewesen wären, hätte er räumen lassen“*. Die Abgeordneten mühten sich sichtbar verunsichert zu ihren Sitzungen. Nachdem Klink vom Hausrecht Gebrauch machte, durften keine weiteren Krüppel zu den Hungerstreikenden. Dieser Versuch, die vier drinnen durch Isolierung zu zermürben und zur Aufgabe zu zwingen, schlug fehl, da der Kontakt per Funkgerät aufrechterhalten wurde. Draußen verteilten Krüppel indes Flugblätter: *„Viele von uns wurden in Heime ausgesondert, andere zu Hause isoliert. Die Fahrdienstkürzung nimmt vielen die einzige Möglichkeit, Freunde zu besuchen, Essen einzukaufen, Behördengänge zu machen, an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen oder sich in Behindertengruppen zu treffen. Diese Beschränkung der persönlichen Freiheit würde kein Nichtbehinderter hinnehmen!*

Noch deutlicher wird die Einschränkung der Persönlichkeitsrechte, wenn man zusätzliche Fahrscheine beantragen will. Dann muß man nämlich sämtliche Fahrten auflisten und einzeln begründen, ... sich für jeden Kontakt, jeden Besuch, jedes Treffen gegegenüber dem Sachbearbeiter vom Sozialamt rechtfertigen. Wir sind nicht mehr bereit, diese Einschränkungen und Bevormundungen hinzunehmen!“

Viele Bremer unterstützen die Forderungen durch Unterschriften und Kommentare wie *„Schweinerei“*, *„Denen sollten ihre Diäten gekürzt werden“*, *„Macht weiter so!“*. Zur weiteren Unterstützung trafen Dutzende von Solidaritätstelegrammen von Krüppelgruppen und Betroffenen aus der gesamten BRD ein. Krüppel aus Hamburg und Hannover erschienen vor Ort. Presse und Fernsehen verstärkten den Druck auf den Senat, der sich schließlich bereit erklärte, eine Deputationssitzung einzuberufen. Nachdem die Hungerstreikenden nicht aufgaben, obwohl einer von ihnen bereits am Donnerstag morgen zusammengeklappt war und auf der Intensivstation behandelt werden mußte (er ist inzwischen wieder aus dem Krankenhaus entlassen worden), fand schließlich am Abend eine Sondersitzung statt. Der ausgehandelte Kompromiß (26 Freifahrten und 39 zu begründende Fahrten) wurde schließlich angenommen.

Obwohl nicht alle Forderungen erfüllt wurden, zeigt dieser Erfolg doch, daß Krüppel stark genug sind, sich selbst zu vertreten und durchzusetzen. Wichtiger erscheint noch, daß nur durch offensives Auftreten, nicht durch liebe Demutshaltung etwas erreicht wurde. Denn ohne Krüppelprotest wäre die Einschränkung ohne weiteres über die Bühne gegangen. Andererseits zeigt dieser Vorgang, daß Politiker unser Streben nach Emanzipation und Integration gerade auch in diesem Jahr verbal unterstützen, in der Realität von diesen schönen Reden aber nichts als leere Worte bleiben. Es verdeutlicht weiterhin, daß der zur Eröffnungsveranstaltung des UNO-Jahres in Dortmund großzügig angebotene Fahrdienst eine Show war, für dessen Durchsetzung erst noch viel mehr Krüppel auf die Straße gehen müssen.

Behinderten-Kommission

Psychiatrie-Kurzmeldungen

Schleswig. Dem Arzt am psychiatrischen Landeskrankenhaus Schleswig, Klaus Prahmann, ist zum 31.3.81 gekündigt worden. Prahmann ist der Krankenhausleitung und dem Kieler Sozialministerium offensichtlich ein Dorn im Auge: Im Dezember 80 hatte er mit Kollegen einer Station einen Protestbrief an die Krankenhausleitung geschrieben, in dem *„unverantwortlicher Personalmangel“* angeprangert wurde.

Im Sommer 1980 baute er mit Patienten den „Ausblick – Zeitung entmündigter aber nicht mundtoter Patienten“ auf, eine Zeitung, in der „Langzeit-Patienten“ über ihre Situation Artikel schreiben, Kritik äußerten. Kurze Zeit später wurde Prahmann auf die Geriatrie strafversetzt.

Gegen seine jetzige Kündigung haben neben der SPD, die „Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie“ in einem offenen Brief protestiert. Der Landesregierung wäre es seit 1977 bekannt, daß Patienten im LKH durch *„die fehlenden Krankengymnasiastinnen bewegungsunfähig werden und verkrüppeln.“*

Der „Ausblick“ ist übrigens – zum Zeitpunkt der Kündigung! – verboten worden. Zynische Begründung war die „Nicht-Geschäftsfähigkeit“ der entmündigten Patienten.

* * *

Psychiatrie-Prozeß

In Köln begann am 10.2.81 der Prozeß gegen Fritz Stockhausen, ehemaliger Leiter des Psychiatrischen Krankenhauses Brauweiler. Die Anklage wirft ihm Totschlag in zwei Fällen, Körperverletzung in sieben und Gefangenenbefreiung in 58 Fällen vor. Stockhausen hat bewußt in Kauf genommen, daß sich Alkohol- und Tablettenabhängige (von der geschlossenen Abteilung aus!) nachts Nachschub in den umliegenden Kneipen besorgten. Das Abseilen aus den Fenstern der geschlossenen Station („Eiger Nordwand“) führte dann zu den Stürzen. Wegen diesen unzumutbaren Zuständen, die seinerzeit von der SSK aufgedeckt wurden, kam es 1978 zur Schließung des LKH Brauweiler.

Der Prozeß dauert zur Zeit noch an. Was aber bis jetzt ins Auge fällt, ist eine teilweise sehr zynische Berichterstattung in der bürgerlichen Presse: Vom *„fidelsten Krankenhaus“* oder dem *„fröhlichen Tollhaus“* ist da die Rede, in dem *„das Bier mit dem Kinderwagen“* rangeschafft wurde, wenn sich die *„Brauweiler-Artisten“* nicht selbst in die Kneipen abseilten.

Über den genauen Prozeßablauf werden wir in einem der nächsten AK's ausführlich berichten.

* * *



4.000 demonstrierten gegen psychiatrische Bettenburgen im Okt. 80 in Bonn. Foto: mvs

11jährige „Tour de Trance“

In Toulouse mußte die Stadt einem Mathematiker 74.000 DM Schmerzensgeld zahlen. Er war 11 Jahre (!) in der Psychiatrie festgehalten worden. Zu seiner Einlieferung kam es, als er bei einem Zuschauergedrängel der „Tour de France“ für einen entflohenen Patienten gehalten wurde und keinen Ausweis mithatte. Der Mathematiker hatte in einem Prozeß 860.000 DM Schmerzensgeld gefordert. Mensch kann eigentlich behaupten, daß er zweimal geprellt wurde ...

Gesundheits-Kommission

Minus-Rekord: IG Bau akzeptiert 4 Prozent!

Zur allgemeinen Überraschung hat die Führung der IG-Bau-Steine-Erden am 27. Februar einen Tarifabschluß von 4 Prozent angenommen. Dieser Abschluß bleibt deutlich unter der für dieses Jahr erwarteten Inflationsrate und bedeutet damit einen unverhüllten Reallohnabbau. Sowohl das Ergebnis als auch die Art und Weise seines Zustandekommens qualifizierten erneut die IG Bau-Führung als Rechtsaußen im Spektrum der DGB-Einzelgewerkschaften. Das nach drei Verhandlungsrunden abgeschlossene Ergebnis kam unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit zustande; die IG Bau-Tarifexperten waren ohne irgendeine Forderung in die Verhandlung gezogen. So begeistert sich dann auch das Unternehmer-Blatt ,,Frankfurter Allgemeine": ,,*Wieder einmal haben die Verantwortlichen in der Bauindustrie bewiesen, daß Tarifpolitik ohne marktschreierische Begleitmusik möglich ist.*"

Die in der IG Bau organisierten Kollegen haben zu keinem Zeitpunkt Einfluß auf das Geschehen gehabt. Der Gewerkschaftsvorsitzende Sperner mußte auf der Pressekonferenz nach der Einigung einräumen, daß weder ein Ausgleich der bevorstehenden Preiserhöhungen noch der Lohnausfälle des Winters erreicht wurde. So befürchtete er denn auch, daß das Verhandlungsergebnis in der anschliessenden Mitgliederbefragung ,,*sehr, sehr schwer*" zu vertreten sei.

So verheerend das Ergebnis für die in der Bauwirtschaft beschäftigten Kollegen ist, so schwerwiegend können die Auswirkungen auf die übrigen gegenwärtig laufenden Tarifverhandlungen sein. Der Abschluß erfolgte einen Tag vor Ablauf der Friedenspflicht in der Metallindustrie, wo nach wie vor Forderungen von 7.5 bis 8% gegen das Arbeitgeber-,,Angebot" von 2.5 bis 3% stehen. Noch am Tage des IG Bau-Abschlusses hatten in mehreren Metall-Tarifgebieten rund 18.000 Kollegen gegen ein von den Unternehmern angestrebtes Lohndiktat mit Demonstrationen und Warnstreiks protestiert. Trotz der völlig unzureichenden Forderungshöhe ist in Teilen der Metallindustrie mittlerweile ein relativ hoher Mobilisierungsgrad erreicht. Viele Kollegen haben erkannt, daß ohne Kampf in dieser Tarifrunde nicht einmal die nominelle Inflationsrate zu erreichen ist. Die IG Metall-Führung hatte angekündigt, daß nach Auslaufen der Friedenspflicht verstärkt mit Warnstreiks (,,Neue Beweglichkeit") Druck auf die Arbeitgeber ausgeübt werden soll.

Das Kapitalisten-Lager suchte dringend einen neuen ,,Lohnführer", der der IG Metall ihre traditionelle Pilot-Funktion abnahm. Diese schmutzige Rolle hat nun die IG Bau-Führung übernommen. Daß sich diese Reaktionäre ganz bewußt auf die Seite des Kapitals geschlagen haben, wird auch schon daran deutlich, daß der alte Bau-Tarif noch bis zum 1. April läuft und also für Eile gar kein Anlaß bestand. Nur die Kapitalisten hatten ein Interesse daran, möglichst schnell einen Lohnraub-Abschluß zu erreichen, der gegen die IG Metall und andere Einzelgewerkschaften als neues Markierungsdatum ins Feld geführt werden kann.

Aber auch der ÖTV-Vorstandskoloß Kluncker spielte mit, der am gleichen Wochenende die Tarifforderung in Höhe von 7 % für den Öffentlichen Dienst bekanntgab. Nicht nur, daß mit der Prozent-Höhe das Forderungsniveau noch unter das bisher erreichte Niedrigmaß gedrückt wurde: auch der ausdrückliche Verzicht auf die sogenannte ,,soziale Komponente", also die stärkere Anhebung der niedrigen Einkommensgruppen, läßt Böses ahnen: In einigen Tarifgebieten hat die IG Metall die Uralt-Forderung nach Wegfall der Leichtlohngruppe 2 auf dem Zettel, und die Tatsache, daß gerade für diese Forderung eine Reihe von Aktionen zu verzeichnen waren, an denen sich auch viele der direkt betroffenen Frauen beteiligt hatten, hatte die Hoffnung genährt, daß in diesem Jahr ernst gemacht werden könnte mit der Abschaffung dieser Lohngruppe. Aber im DGB scheint ein regelrechter Wettbewerb im Gange zu sein unter dem Motto: Wer fordert weniger?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



12 000 Menschen aus der „Oberpfalz, dem Armenhaus Bayerns", protestierten gegen die drohende Stillegung der Maxhütte.

„Dann haben wir hier eine Rentnerstadt"

18.000 Einwohner hat das oberpfälzische Städtchen Sulzbach-Rosenberg. Rund 12.000 Menschen bevölkerten am Samstag, den 21. Februar den Marktplatz.

Die Angst um ihre weitere Existenz hatte die Menschen zu einer Protestkundgebung der IG Metall auf die Straße getrieben. Denn der Oberpfalz, dem „Armenhaus Bayerns", steht möglicherweise eine soziale Katastrophe gewaltigen Ausmaßes ins Haus. Der Grund: Der Klöckner-Konzern will die seit 1857 bestehende Maximilians-Hütte („eins der technisch modernsten Unternehmen Europas", so Klöckner-Boß Dr. Gienow) schließen.

Rund 6.000 Arbeitsplätze würden damit in dieser von Arbeitslosigkeit schwer geschlagenen Region vernichtet, 42 % der Arbeitsplätze der Stadt. Und damit ist natürlich jeder Bürger der Stadt betroffen, vom Kneipenwirt über den Lebensmittelhändler bis zum Tankstellenpächter: sie alle leben indirekt vom Hüttenstahl. Deshalb hatte zu der IGM-Kundgebung auch alles aufgerufen, was Rang und Namen hat: außer dem DGB und den Einzelgewerkschaften die katholische und evangelische Kirche, alle Parteien mit ihren Kreistagsfraktionen, Städte und Gemeinden des Gebietes sowie die Vereine.

Hauptredner Rudolf Judith, im IGM-Vorstand für die Montanindustrie zuständig, signalisierte, daß der IGM-Vorstand auch weiterhin an der schon bei Hoesch gescheiterten Linie der Zugeständnisse an das Kapital fest-wendige Anpassung an die veränderte Marktlage mitzutragen, und sie sperren sich nicht gegen die notwendigen Strukturanpassungen ... – Auf gut deutsch: Über einen schrittweisen Abbau von Arbeitsplätzen werde man mit sich reden lassen. Das ganze garnierte er mit einigen „radikalen Sprüchen", die ihre geplante Wirkung nicht verfehlten; der Hinweis auf den Artikel 14 des Grundgesetzes und die Bemerkung, daß „Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit zulässig" sei, riefen starken Beifall hervor.

Weniger Glück hatte da der CSU-Landrat Dr. Hans Wagner, der seine Rede zu dem Versuch mißbrauchte, eine Lanze für die Konzernleitung zu brechen. Er erntete gellende Pfiffe, als er sagte: „Wir wissen, daß es heute nicht leicht ist, Unternehmer zu sein."

Die Arbeiter und Angestellten der Max-Hütte haben mit der großen Teilnehmerzahl an ihrer Kundgebung den Beweis erhalten, daß sie mit ihrem Kampf nicht allein stehen. Doch steht ihnen der gleiche harte Lernprozeß bevor, in dem sich die Hoesch-Kollegen gegenwärtig befinden: Daß nämlich ihr Heil nicht bei den Politikern der etablierten Parteien zu finden ist, sondern nur in ihrer eigenen Kraft. Und daß man sich dabei von einigen scheinheiligen Bündnispartnern wird trennen müssen. Dazu gehören zuallererst die Provokateure von der CSU.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Vor einem heißen Frühling in der Metallindustrie?

Von Demonstrationen und Warnstreiks begleitet, an denen sich 17.000 Beschäftigte (IGM-Zahlen vom 25.2.) aus 30 Betrieben beteiligten, gingen die

werden" (s.o.).

Die IGM-Führung ist von ihrer 8 %-Forderung (noch) nicht abgegangen. Ab dem 5.3. — so kündigte sie an —

IGM-Kundgebung auch alles aufgerufen, was Rang und Namen hat: außer dem DGB und den Einzelgewerkschaften die katholische und evangelische Kirche, alle Parteien mit ihren Kreistagsfraktionen, Städte und Gemeinden des Gebietes sowie die Vereine.

Hauptredner Rudolf Judith, im IGM-Vorstand für die Montanindustrie zuständig, signalisierte, daß der IGM-Vorstand auch weiterhin an der schon bei Hoesch gescheiterten Linie der Zugeständnisse an das Kapital fest-

hen. Doch steht ihnen der gleiche harte Lernprozeß bevor, in dem sich die Hoesch-Kollegen gegenwärtig befinden: Daß nämlich ihr Heil nicht bei den Politikern der etablierten Parteien zu finden ist, sondern nur in ihrer eigenen Kraft. Und daß man sich dabei von einigen scheinheiligen Bündnispartnern wird trennen müssen. Dazu gehören zuallererst die Provokateure von der CSU.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Vor einem heißen Frühling in der Metallindustrie?

Von Demonstrationen und Warnstreiks begleitet, an denen sich 17.000 Beschäftigte (IGM-Zahlen vom 25.2.) aus 30 Betrieben beteiligten, gingen die Tarifparteien der hessischen Metallindustrie auch nach ihrer vierten Verhandlungsrunde ohne Einigung und neuen Termin auseinander. Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Nordrhein-Westfalen (am 23.2.) stehen jetzt für den 26. und 27.2. die Verhandlungen für die baden-württembergischen Tarifgebiete bevor. Das Scheitern sämtlicher Verhandlungen bis zum Ablauf der ,,Friedenspflicht" (am 28.2.) ist bereits vorprogrammiert. Ganz offensichtlich ist Gesamtmetall geneigt, seinen harten Kurs beizubehalten. Scheinbar unbeeindruckt von den zahlreichen Warnstreiks (Gesamtmetallchef Kirchner: ,,Warnstreikorgien") will Gesamtmetall ,,*eine Neuorientierung der Tarifpolitik*" durchsetzen (Pressekonferenz von Kirchner, nach ,,UZ", 20.2.). Ihr produktivitätsorientiertes Lohnkonzept sieht Abschlüsse von 2,5 bis 3 % Lohnerhöhungen vor. Diese Senkung der Realeinkommen ,,*dürfe auch kein einmaliger Kraftakt bleiben*", drohte Gesamtmetall an, ,,*sondern müsse in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden*" (s.o.).

Die IGM-Führung ist von ihrer 8 %-Forderung (noch) nicht abgegangen. Ab dem 5.3. — so kündigte sie an — soll es überall in der BRD Kundgebungen, Warnstreiks und Demonstrationen geben. Den Metallern wird empfohlen, es den Bauerndemonstrationen gleichzutun und ,,mit Mutter und Kind" auf die Straße zu gehen. Ob diese Taktik der ,,neuen Beweglichkeit" erfolgreich sein wird, muß sich herausstellen. Offensichtlich handelt es sich aber um nicht viel mehr, als die sattsam bekannte ,,Nadelstichtaktik", also den Versuch, den Kapitalisten mit Schwerpunktaktionen statt mit Streiks auf breiter Ebene entgegenzutreten. Die Kapitalisten sehen in dieser ,,*Guerilla-Streiktaktik*" nach ,,*Hausbesetzer-Mentalität*" eine Herausforderung und nehmen sie an.

Vielleicht dürfte die Stimmung durch die Konzernleitung der Peine-Salzgitter AG noch etwas angeheizt werden: Für ihren Haustarif (ähnlich dem VW-Konzern) bietet sie ihren 17.000 Beschäftigten einen Lohnstopp für das nächste halbe Jahr an.

Die Zeichen stehen also auf Sturm!?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Viele Kinder kamen mit selbstgemalten Transparenten zum Protestmarsch



Über 2.000 hessische Metallarbeiter demonstrierten am 25.2. in Wiesbaden während der Tarifverhandlungen. Gleichzeitig warnstreikten laut IG Metall 17.000 Kollegen. Die Verhandlungen mit den Kapitalisten scheiterten, nachdem diese ihr Lohnangebot nur um ein halbes Prozent auf 3 % erhöhten.

Betriebsrätewahlen 1981:

Die oppositionellen Listen leben

Vom 1. März bis Ende April 1981 finden in diesem Jahr wieder Betriebsrätewahlen statt. Einen repräsentativen Überblick zu geben, dafür ist es sicher noch zu früh, dazu reichen unsere Informationen nicht aus. Dennoch kann über einige wichtige Entwicklungen berichtet werden.

1972 und 1975 war die Beteiligung oppositioneller Listen zur herrschenden gewerkschaftlichen Betriebspolitik zumeist aus Mitgliedern der organisierten neuen Linken noch das hervorstechende Merkmal der Betriebsrätewahlen. Diese Listen waren bemüht, eine Alternative zur partnerschaftlichen Politik auf betrieblicher Ebene aufzubauen und das verkrustete, undemokratische innergewerkschaftliche Gefüge und die etablierten Pfründe in Jahren ergrauter Fürsten in den Betriebsräten anzugreifen – zum Teil mit hervorragenden Erfolgen.

Der Konterschlag aus den Gewerkschaftsvorstandsetagen ließ nicht auf sich warten. 1973 wurden in fast allen DGB-Gewerkschaften die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" eingeführt, Mitglieder sogenannter „K-Gruppen" wurden zu tausenden ausgeschlossen, die junge gewerkschaftsoppositionelle Bewegung sollte durch nackte, zu keinerlei Diskussion bereite Repression zerschlagen werden. Zum Teil ist dies gelungen, ohne daß allerdings die in dieser Zeit geschaffenen Ansätze der Opposition beseitigt werden konnten, weil durch Repression nicht die sozialen und betrieblichen Hintergründe einer solchen Bewegung beseitigt werden konnten.

Bei den Betriebsrätewahlen 1978 waren die Führungen der Gewerkschaften damit konfrontiert, daß es zum einen einem Teil der oppositionellen Ansätze gelungen war, sich feste Positionen in den Betrieben zu erarbeiten, die gehalten und ausgebaut werden konnten; zum anderen kam ein neues „Phänomen" hinzu: neue oppositionelle Listen konnten ein beachtliches Potential von Protestwählern gewinnen (in über 50 Betrieben zogen linke Listen in die Betriebsräte ein). Erstmals deutete sich 1978 auch eine Tendenz zunehmender Widersprüche innerhalb der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften um den zukünftigen Weg an: Mit der forcierten krisenhaften Entwicklung drohte auch die Glaubwürdigkeit gewerkschaftlicher Politik in die Krise zu geraten. Innerbetriebliche und innergewerkschaftliche Machtkämpfe waren nicht mehr auf den Widerspruch hie „Chaoten", dort „gestandene und bewährte Gewerkschaftspolitik" zu reduzieren. Das Beispiel einer 60-köpfigen oppositionellen Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat" beim Chemie-Multi Bayer in Leverkusen war Vorbote für die später aufgebrochenen Widersprüche in der IG Chemie (Plumeyer kontra Hauenschild).

1981 scheint sich diese Tendenz zu verstärken. Nachfolgend geschilderte Beispiele von HDW in Hamburg, von der Vulkan-Werft in Bremen, Hoechst in Frankfurt (siehe AK 195) und Kalle (Hoechst) in Wiesbaden zeigen, daß diese Widersprüche – deutlich geworden auf einigen Gewerkschaftstagen im letzten Jahr – ihre Entsprechung auf der betrieblichen Ebene der Gewerkschaftsarbeit finden. Wir wollen damit keine qualitative Wertung über die zukünftige Entwicklung abgeben, zumal die Übersicht bisher zu gering ist. Wir halten diese Entwicklungen allerdings für bemerkenswert, sind sie doch Ausdruck von Unzufriedenheit mit der derzeitigen Gewerkschaftspolitik.

Größere Flexibilität in der IG Metall

Die Führungen der Gewerkschaften – die IG Chemie muß man hiervon allerdings ausnehmen – sind sich der Problematik durchaus bewußt. Die IG Metall hatte in Westberlin 1979 eine genaue Auswertung der Situation in 18 Betrieben (in zwölf kandidierten oppositionelle Listen erfolgreich) vorgenommen, die der „linke" Professor Bodo Zeuner auswertete. Zeuner versuchte, die IGM-Führung davon zu überzeugen, daß in der veränderten wirtschaftlichen Situation real vorhandene „innergewerkschaftliche Schwachstellen" oppositionelle Listen begünstigen und die Probleme nicht einfach mit der Bekämpfung und Unterdrückung der „K-Gruppen" zu lösen sind. Er fordert eine Stärkung der Rolle der Vertrauenskörper „als Bindeglied zwischen den Mitgliedern und den Repräsentanten der Gewerkschaft im Betriebsrat". Nur aus dem VK, so Zeuner, können „innergewerkschaftliche Erneuerungstendenzen gegenüber zu selbstherrlich gewordenen Betriebsräten hervorgehen". Der IG Metall schlägt er ein differenzierteres Vorgehen als bisher vor, da „der größte Teil der Wähler und Unterstützer der linken Oppositionslisten gewerkschaftliches Potential ist, das auf aktivere Gegenwehr gegen die Folgen von Krise und Rationalisierung drängt und wieder für die IG Metall gewonnen werden muß" (Zitate aus: „Gewerkschafter" 7/79).

Die IG Metall läßt in der Februarausgabe 1981 des „Gewerkschafter" – kurz vor den BR-Wahlen – Westberliner Betriebsräte zu Worte kommen, die über eine Veränderung gewerkschaftlicher Betreuungsarbeit versucht haben, ihre Ausgangsposition gegenüber oppositionellen Listen zu verbessern. Selbstkritisch wird dort angemerkt: „Wir waren als freigestellte Betriebsräte zu wenig in den Hallen und kümmerten uns zu wenig um die Sorgen und Nöte unserer Kollegen". Ein Betriebsrat von Bosch-Siemens-Hausgeräte (drei Oppositionelle im Betriebsrat) erklärt das geänderte Vorgehen: Wir „starteten eine Offensive mit regelmäßigen Kurzinformationen der IG Metall ... Dazu gehören außerdem der Ausbau des Informationssystems für die Vertrauensleute, Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Ortsverwaltung und eine bessere Betreuung der Wirkungsbereiche. Seit Anfang 1980 bereitet eine Arbeitsgruppe, Vertrauenskörper und Betriebsrat, die Betriebsratswahl '81 vor". Neben solchen Versuchen, verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, fällt auf, daß Versuche gemacht werden, oppositionelle Gruppen und Ansätze durch differenziertes Vorgehen wieder in die gewerkschaftliche Arbeit zu integrieren oder geschickt zu isolieren. Am stärksten wird dies bei der Diskussion um die Wahlverfahren und Listenaufstellung deutlich, wo beispielsweise in der IG Metall völlig unterschiedliche Vorgehensweisen praktiziert werden. Generell scheint die IGM davon auszugehen, daß ihr die Listenwahl am nützlichsten ist (Hein Hawreliuk in „Gewerkschafter" 1/81). Wo sie allerdings mit starken oppositionellen Ansätzen konfrontiert ist, die Persönlichkeitswahl fordern, hat sie in der Vergangenheit erleben müssen, daß ihre Verweigerung einer solchen demokratischen Wahl nach erfolgter innerbetrieblicher Auseinandersetzung häufig Listen, die aus Protest gegen das IGM-Vorgehen entstanden, gute Ergebnisse eingebracht hat. Aus diesem Grunde gesteht die IGM heute eher Persönlichkeitswahlen zu und versucht, durch scheinbar demokratische Listenaufstellung die Opposition auf ihren Listen ungünstig zu placieren und ihren Einfluß gering zu halten (siehe die Auseinandersetzungen beim Bremer Vulkan oder Daimler in Bremen). Die IGM-Führung ist heute soweit flexibler geworden, daß sie bemüht ist, die drohende Gefahr oppositioneller Listen durch Hinhalten oder Teilangebote zu reduzieren. Dieses Taktieren mit den Wahlverfahren führt dann zu solchen kuriosen Situationen, daß bei HDW in Hamburg eine Demokratisierung des Wahlverfahrens von der etablierten Betriebsratsclique auf Deubel komm raus, auch um den Preis einer oppositionellen Liste, bekämpft wird, während bei Daimler in Bremen die oppositionelle Kollegengruppe sich von der etablierten Betriebsgruppe der SPD den Vorwurf machen lassen muß, „gar kein Interesse an einer Personenwahl" zu haben und diese Sozialdemokraten sogar so weit gehen und schreiben: „Wir meinen, daß diese Belegschaft es verdient hat, die Kandidaten ihrer Wahl nicht nach DDR-Methoden, sondern in einer Personenwahl zu wählen" („Durchblick", Februar 1981). Konsequent müßten diese Sozialdemokraten ihren Hamburger Gesinnungskollegen vorwerfen, sie wären dabei, eine „SED-Liste" für die Betriebsratswahl vorzubereiten ...

Wir haben bisher in drei Nummern des ARBEITERKAMPF (Nr. 193, S. 37; Nr. 194, S. 37 und Nr. 195, S. 38) über die Betriebsrätewahlen berichtet. Wir möchten alle Leser auffordern, uns Berichte, Materialien und Nachrichten zuzusenden, damit ein möglichst umfassendes Bild der Situation der Gewerkschaften in den Betrieben und der Gewerkschaftsopposition entstehen kann.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

»Palastrevolution« bei HDW Hamburg

Die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen bei den Howaldtswerken – Deutsche Werft (HDW) in Hamburg um die Wahlen zum neuen Betriebsrat (BR) am 22.4.81 haben inzwischen zu einer „Palastrevolution" geführt, die bisher kaum ein Kenner der Werft-Szene zu prophezeien wagte. Schon seit Wochen versucht eine Gruppe aktiver Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall (meist fortschrittliche Sozialdemokraten), gegen die Clique alteingesessener, kapitalistenfreundlicher Betriebsräte (meist auch SPD) um den bisherigen Vorsitzenden Werner Peters – unter den Kollegen manchmal auch kurz und treffend „Mafia" genannt – eine möglichst demokratische Aufstellung der IGM-Kandidaten für die BR-Wahl zu erreichen.

Durch Vorwahl in den Abteilungen sollen die Kollegen auf die Zusammensetzung der Liste weitgehend Einfluß nehmen. Da bei einem solchen Verfahren viele rechte Betriebsräte – die z.T. regelrecht verhaßt sind – ihre Posten verlören, bekämpfen sie dies bis aufs Messer. Die Ortsverwaltung der IGM stützt diesen scharfen Rechtskurs bisher bedingungslos ab (siehe auch AK 195).

Auf der Sitzung des IGM-Vertrauenskörpers (VK) am 13.2. wurde der Antrag der Opposition auf eine demokratische Beteiligung der Kollegen an der Kandidatenaufstellung gar nicht erst zur Abstimmung zugelassen, sondern die neunköpfige VK-Leitung wurde beauftragt, ein Wahlverfahren festzulegen. Einen Tag später tagte dies Gremium von 9.00 Uhr morgens bis kurz vor Mitternacht. Dabei stellten die Rechten mit ihrer 5:4-Mehrheit eine Liste als Vorschlag für den VK auf, auf der fast alle alten „verdienstvollen" Betriebsräte wieder sichere Listenplätze bekamen – einige „Oppositionelle" als farbige Tupfer zwischendrin; eine Reihung also, die der Stimmung unter den Kollegen Hohn spricht.

Damit war das Maß voll. Drei Tage später traten die vier überstimmten Kollegen aus Protest aus der VK-Leitung zurück und verteilten ihre Rücktrittserklärung als Flugblatt vor dem Betrieb (siehe Abdruck – der Text ist in der Darstellung des Ablaufs sogar noch etwas geschönt). Durch diesen goldrichtigen (und längst überfälligen) Schritt in die Öffentlichkeit wird eine breite Diskussion im Betrieb in Gang gesetzt. Während die „Mafia" überrascht und etwas verstört ist, reagieren viele Kollegen empört über deren Machenschaften. Auf verschiedenen Abteilungsversammlungen in den nächsten Tagen finden die oppositionellen Kollegen viel Zustimmung für ihr Vorgehen. Es wird jetzt von ihnen in aller Öffentlichkeit eine zweite Liste propagiert, wenn die Rechten zu keinem Kompromiß bereit sind. Auch auf die Gefahr hin, dann aus der IGM zu fliegen!

Am 25.2. kommt es im VK zur Entscheidung. Nachdem die Opposition erneut mit ihrem Antrag auf eine demokratische Vorwahl, die dem Willen der Kollegen Rechnung trägt, gescheitert ist, ziehen ihre Anhänger ihre Kandidatur auf der vom VK endgültig zu erstellenden Liste der IGM zurück. An der Aufstellung dieser Liste beteiligen sich 151 Vertrauensleute, während 78 aus Protest ungültig stimmen. Die so zustande gekommene Liste entspricht fast genau dem Vorschlag der rechten Mehrheit in der VK-Leitung: Die führenden rechten Vertreter stehen bis auf ganz wenige Ausnahmen alle wieder obenan. Sofort am nächsten Tag erscheint die Opposition im Betrieb mit einer eigenen zweiten Liste, auf der verschiedene Betriebsräte und Vertrauensleute zu finden sind, die auch „an der Basis" Unterstützung finden. Gleichzeitig wird bei der Ortsverwaltung beantragt, diese Liste als zweite Liste der „IG Metall" anzuerkennen. Allerdings rechnet praktisch jeder mit Ablehnung.

Besonders pikant: Ein führender DKPler, seit Jahren aktiver Vertrauensmann seiner Abteilung, auf dem Vorschlag der VK-Leitung für die „offizielle" Liste auf einen aussichtslosen Platz verwiesen, kandidiert auf sicherem Platz auf der zweiten Liste. Vorher hat er im VK öffentlich erklärt, daß er sich nicht „gegen die IG Metall" stellen werde und daher seine Kandidatur wieder zurückziehen werde, wenn die IGM die zweite Liste nicht anerkenne. Da dies so gut wie sicher ist, er auf der „offiziellen" Liste aber überhaupt nicht mehr vertreten ist, ist er so völlig außen vor und muß auf seine nächste Chance 1984 warten!

Noch nicht einmal in einer Situation, in der die klare Entscheidung zwischen rechten, undemokratischen und z.T. verhaßten Funktionären und aktiven gewerkschaftlichen Betriebsräten mit der Mehrheit der Kollegen dahintersteht, sieht sich unser DKPler in der Lage, sich auf die Seite der Kollegen zu schlagen! Wohlgemerkt: Die Opposition besteht in ihrem Kern aus langjährigen und sehr überzeugten Sozialdemokraten! Auch hier wieder ein Punkt, in dem manche Sozialdemokraten konsequenter und radikaler sind als die „Kommunisten" von der DKP, der einzigen „Partei der Arbeiterklasse"! Die DKP bleibt ihrem Dogmatismus treu. Man sollte vielleicht eine „Sturheitsmedaille mit Schulterband für blindes Festhalten an der Parteilinie auch in extremen Situationen" verleihen.

Unter den Kollegen hat die zweite Liste gute Chancen, mehr Stimmen zu bekommen als die „offizielle" IGM-Liste. Wenn „sogar" schon bei HDW – seit Jahren eine feste Bastion der Rechten – eine solche starke Gegenliste entsteht und dann auch nicht „von außen" (wie z.B. RGO), sondern „aus den eigenen Reihen" (der IGM bzw. der SPD), dann zeugt dies von der über Jahre betriebenen Versumpfung der IGM-Politik auf der Werft. Insofern würde dies nicht nur eine neue BR-Arbeit bei HDW ermöglichen, sondern auch bis in weite Kreise der IGM hinein Wellen schlagen und vielleicht auch kritische Kollegen in anderen Betrieben zu eigenen Aktivitäten ermutigen.

HDW-Betriebszelle

BETRIEBSRATSWAHL 1981 - HDW - HAMBURG

WIR 4 MITGLIEDER DER 9-KÖPFIGEN VERTRAUENSKÖRPERLEITUNG DER IG-METALL HDW-HAMBURG
-JÜRGEN KÜHNLE - HOLGER MAHLER - GOETZ MÜLLER LANDRE - ANGELA ROTH
KÖNNEN DIE VORGEHENSWEISE IN DER IG-METALL VERTRAUENSKÖRPERLEITUNG NICHT MEHR MITTRAGEN.

WIR TRETEN ZURÜCK !!

WAS IST PASSIERT ?

SEIT WOCHEN WURDE UNTER DEN IG-METALL - MITGLIEDERN UND VERTRAUENSLEUTEN DER HDW-HAMBURG ÜBER EIN "DEMOKRATISCHES WAHLVERFAHREN ZUR BR-WAHL 1981 " DISKUTIERT .

DA SEIT DER FUSION ZWISCHEN HWH UND DER DW AB 1972 KEINE PERSÖNLICHKEITSWAHL MEHR MÖGLICH WAR UND AUCH DIESES JAHR ZU BEFÜRCHTEN IST, DASS ES ZU EINER LISTENWAHL KOMMT, WOLLTEN WIR UND 13 WEITERE VERTRAUENSLEUTE ZUR ERSTELLUNG DER IG-METALL KANDIDATENLISTE DIE DIEREKTE EINBEZIEHUNG UND DIE MÖGLICHKEIT DER EINFLUSSNAHME ALLER IG-METALL MITGLIEDER !
HIERZU STELLTEN WIR EINEN ANTRAG AN DIE ORTSVERWALTUNG DER IG-METALL MIT FOLGENDEN KERNPUNKTEN :

1. AUFSTELLUNG DER IG-METALL KANDIDATEN VORSCHLÄGE IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE DURCH DEN IG-METALL VERTRAUENSKÖRPER
2. BERÜCKSICHTIGUNG DER GRUPPEN WIE Z.B. AUSLÄNDER, FRAUEN UND JUGENDLICHE GEMÄSS IHRES ANTEILS IN DER BELEGSCHAFT
3. ALLE IG-METALL MITGLIEDER BESTIMMEN DURCH EINE GEHEIME WAHL DIE ENTGÜLTIGE RANGFOLGE DER IG-METALL KANDIDATENLISTE

DURCH DIESE VORWAHL WOLLTEN WIR ERREICHEN , DASS SPLITTERGRUPPEN WIE CMV, DAG UND RGO NICHT VON IG-METALL PROTESTWÄHLERN PROFITIEREN, SO WIE 1978 GESCHEHEN !
DIESEN ANTRAG HABEN 123 IG-METALL VERTRAUENSLEUTE UNTERSTÜTZT.
DIE IG-METALL ORTSVERWALTUNG HAT DIESEN ANTRAG ABGELEHNT , DA LAUT RICHTLINIE DER IG-METALL DIE VERTRAUENSLEUTE DIE IG-METALL BETRIEBSRATSKANDIDATEN AUFZUSTELLEN HABEN.

WIR HABEN DARAUFHIN UNSEREN ANTRAG VERÄNDERT, DIE MÖGLICHKEIT DER VORWAHL BEIBEHALTEN , ABER DIE ENTGÜLTIGE ENTSCHEIDUNG DEM VERTRAUENSKÖRPER ÜBERLASSEN , DAMIT WIR MIT DER IG-METALL RICHTLINIE NICHT IN

- 2 -

KONFLIKT GERATEN.
IN DER LETZTEN VERTRAUENSLEUTEVERSAMMLUNG AM 13.2.81 WURDE DER VERÄNDERTE ANTRAG EINGEBRACHT , DER AUCH LAUT IG-METALL MEINUNG ABSTIMMUNGSFÄHIG WAR.
EIN ZWEITER ANTRAG DER VERTRAUENSKÖRPERLEITUNG SAH VOR, DASS DIE VK-LEITUNG IN EINER KLAUSURTAGUNG EIN WAHLVERFAHREN ERSTELLEN SOLL, WOBEI GEWÄHRLEISTET IST , DASS NUR DIE VERTRAUENSLEUTE IN GEHEIMER WAHL ÜBER DIE RANGFOLGE ENTSCHEIDEN KÖNNEN.
DIESER ANTRAG WURDE ZUERST ABGESTIMMT UND FAND DIE MEHRHEIT.
- UNSER ANTRAG DER MITGLIEDER-VORWAHL WURDE BEWUSST NICHT ZUR ABSTIMMUNG GESTELLT .
AM SAMSTAG, DEN 14.2.81 HAT DANN DIE VK-LEITUNG VON 9.OO-23.4O UHR GETAGT.
AUCH DORT HABEN WIR WIEDERUM UNSERE VORSTELLUNGEN WIE Z.B. :
- ERSTELLUNG DER KANDIDATEN IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE
- EINBEZIEHUNG DER IG-METALL MITGLIEDER DURCH EINE VORWAHL
- FESTE PLÄTZE FÜR GRUPPEN (AUSLÄNDER) UND WERK REIHERSTIEG
EINGEBRACHT .
IN DER REGEL WURDEN ALLE DEMOKRATISCHEN VERFAHREN , DIE WIR VORSCHLUGEN , VON DEN ANDEREN 5 VERTRAUENSKÖRPERLEITUNGSMITGLIEDERN
-OTTO KOCK, RASMUS SÖCHTIG, ERNST HAHN , FAUSTINO SERRANO UND RUDI DUTSCHKE
ABGELEHNT !!
SIE WOLLEN EINE RANGFOLGE DER DERZEITIG "VERDIENSTVOLLEN BETRIEBSRATSMITGLIEDER " - ALSO SO WIE GEHABT !
NACHDEM SIE MIT 5:4 MEHRHEIT IHR VERFAHREN DURCHGESETZT HATTEN UND AUCH ZU KEINEM KOMPROMISS BEREIT WAREN, WURDEN DIE KANDIDATENVORSCHLÄGE ERSTELLT.
DABEI HABEN SIE ALLE KANDIDATENVORSCHLÄGE FAST AUSNAHMSLOS MIT IHRER MEHRHEIT BESTIMMT UND DURCHGEDRÜCKT.
EINE DISKUSSION ÜBER DIE KANDIDATEN UND ÜBER DIE BERÜCKSICHTIGUNG DER BEREICHE WURDE EINFACH NICHT GEFÜHRT.

AUS DIESEN GENANNTEN GRÜNDEN SEHEN WIR KEINE MÖGLICHKEIT EINER ZUSAMMENARBEIT IN DER JETZTIGEN VERTRAUENSKÖRPERLEITUNG MEHR.
DESHALB ERKLÄREN WIR HIERMIT UNSEREN RÜCKTRITT AUS DER IG-METALL VERTRAUENSKÖRPERLEITUNG .

HAMBURG, DEN 17.2.81

J. Kühnle Holger Mahler
G. Müller-Landré Angela Roth

Betriebsrätewahlen 1981:

Daimler Benz, Bremen: Oppositionelle Metaller stellen Absicherungsliste auf

Die Gruppe ,,IGM-Kollegen von Daimler informieren" hat sich mehrfach für Persönlichkeitswahl stark gemacht. Als Erfolg ihrer Öffentlichkeitsarbeit ist es anzusehen, daß die IGM-Vertrauensleute darauf eingehen mußten und ebenfalls die Absicht für ein solches Wahlverfahren erklärten. Allerdings bedeutet das Vorwahlverfahren bereits wieder eine Einschränkung: die IGM-Liste wird im Vertrauenskörper aufgestellt. Jeder Vertrauensmann m u ß dabei so viele Kandidaten ankreuzen wie der Betriebsrat Mitglieder hat, so daß sich die etablierte Mehrheit ihre Plätze schon fast gesichert hat. Die oppositionellen Kollegen forderten stattdessen eine Liste in alphabetischer Reihenfolge der Kollegen ohne entsprechende (Vor-) Rangliste. Sie beteiligen sich daher nicht am Verfahren und werden stattdessen ihre Bewerbung für die Liste der IG Metall gesondert einreichen. Vorsorglich haben sie eine eigene Liste zur Absicherung vorbereitet und Unterschriften gesammelt. Zur Unterstützung ihrer unbedingten Bereitschaft zur Persönlichkeitswahl hatten sie von zwei Kollegen unterzeichnet einen Brief an den Wahlvorstand geschickt. Beide Kollegen wurden zur IGM-Ortsverwaltung vorgeladen und darauf hingewiesen, daß Mitglieder der IG Metall, die auf anderen Liste als der der IGM-offiziellen kandidieren, ausgeschlossen werden.

Unter der Überschrift ,,10 wichtige Hinweise" haben die Oppositionellen ihr Vorgehen noch einmal verdeutlicht:

,,1. Jedes IG Metall Mitglied kann auf der »Liste der IG Metall« kandidieren. (Bewerbungen an die Vertrauenskörperleitung)

2. Wir werden uns auf der »Liste der IG Metall« bewerben.

3. Wir betonen noch einmal, wie schon in unseren Informationen 30, 31, 33 und 34: Wir wollen die Persönlichkeitswahl, bei der jeder die Kandidaten für den Betriebsrat aus e i n e r Liste auswählen kann.

Wir sind gegen Listensalat.

4. Wir werden die Persönlichkeitswahl n i c h t kaputt machen, sondern uns w e i t e r mit aller Kraft für diese Wahl einsetzen.

5. Wir werden in den nächsten Tagen für eine Absicherungsliste Unterschriften sammeln. Diese Liste wird n u r zum Zuge kommen, wenn a n d e r e wieder die Persönlichkeitswahl kaputt machen.

6. Diese Absicherungsliste ist die e i n z i g e G a r a n t i e dafür, daß wir als Alternative zur bisherigen Betriebsratspolitik auch dann wählbar sind, w e n n w i e 7 5 u n d 7 8 w i e d e r d i e P e r s ö n l i c h k e i t s w a h l k a p u t t g e m a c h t w i r d.

7. Diese Absicherungsliste trägt das Kennwort: »...Kollegen von Daimler informieren«.

8. Wir machen dies öffentlich bekannt damit:

Jeder weiß, daß wir die Persönlichkeitswahl wollen und sie nicht kaputt machen werden. Und damit diejenigen, die uns auf keinen Fall im zukünftigen Betriebsrat sehen wollen, wissen: d a ß e i n E i n r e i c h e n e i n e r 2. L i s t e u n d d a m i t d i e Z e r s t ö r u n g d e r P e r s ö n l i c h k e i t s w a h l n i c h t l o h n t:

auch dann bleiben wir für die Belegschaft wählbar.

9. Unterschreibt nur eine Liste. Dies ist Euer demokratisches Recht, daraus dürfen Euch keine Nachteile erwachsen.

10. Unterschreibt keine Spalterlisten. Alle Unterschriftensammlungen für Listen, die n i c h t das Kennwort »IG Metall« oder das Kennwort »...Kollegen von Daimler informieren« tragen, müssen als Versuch, die Persönlichkeitswahl kaputt zu machen, angesehen werden.

W i r werden auf der »Liste der IG Metall« kandidieren. N u r wenn eine Spalterliste eingereicht wird, kommt die Liste »...Kollegen von Daimler informieren« als 3. L i s t e zum Zuge."

(Aus: ,,IGM Kollegen von Daimler informieren", NR. 35 vom 17.2.81).

perleitung)

2. Wir werden uns auf der »Liste der IG Metall« bewerben.

3. Wir betonen noch einmal, wie schon in unseren Informationen 30, 31, 33 und 34: Wir wollen die Persönlichkeitswahl, bei der jeder die Kandidaten für den Betriebsrat aus e i n e r Liste auswählen kann.

Wir sind gegen Listensalat.

Persönlichkeitswahl kaputt zu machen, angesehen werden.

W i r werden auf der »Liste der IG Metall« kandidieren. N u r wenn eine Spalterliste eingereicht wird, kommt die Liste »...Kollegen von Daimler informieren« als 3. L i s t e zum Zuge."

(Aus: ,,IGM Kollegen von Daimler informieren", NR. 35 vom 17.2.81).



Bremer Vulkan: »Echolot-Gruppe« will kandidieren

Nachdem die aktiven Gewerkschafter auf der Werft Bremer Vulkan erfolgreich Vorwahlen in den Branchen zur Kandidatenaufstellung durchgesetzt hatten, haben die rechten BRs es mit Tricks verstanden, sich doch noch auf sichere Plätze auf der IG Metall-Liste zu bringen, obwohl sie in ihren Abteilungen vernichtende Niederlagen hinnehmen mußten (siehe AK 194).

,,Die Liste wurde so erstellt, daß wir von der Echolot-Gruppe im Falle einer Listenwahl keine Chance haben und somit uns nicht mehr für Euch im BR einsetzen könnten", schrieben die Kolleg(inn)en in ihrer Zeitung vom 11.2.81.

Bisher reden beim Bremer Vulkan die rechten IG Metaller noch von Persönlichkeitswahl. Doch nach dem bisher Geschehenen mußten die aktiven Gewerkschafter der ,,Echolot-Gruppe" ernsthaft daran zweifeln, wieweit den rechten Betriebsräten und der SPD-Betriebsgruppe wirklich an einer demokratischen Wahl, nämlich der Persönlichkeitswahl, gelegen ist. In ihrer Zeitung ,,Echolot" weisen sie noch einmal auf die Erfahrungen der letzten BR-Wahl hin, wo *,,mit allen schmutzigen Mitteln versucht* (*wurde*), *Fritz Bettelhäuser und die mit ihm kandidierenden Kollegen zu diffamieren und als Kommunisten zu verteufeln. Aber trotzdem erhielten wir alle ein gutes Wahlergebnis. Kollege Bettelhäuser bekam sogar die meisten Stimmen."*

Ein weiterer Punkt, der die Unsicherheit der ,,Echolot"-Kollegen verstärkte, war eine Äußerung des IGM-BRs Schönberger, *,,daß er und die DAG bereits eine Sicherheitsliste haben"* (ebenda). Und da von IGM-Seite kein Wort darüber zu hören ist, wie man eine zweite Liste erfolgreich verhindern will (um die Persönlichkeitswahl zu erhalten), sah sich die ,,Echolot-Gruppe" nun gezwungen, ihrerseits eine Sicherheitsliste zu erstellen. Die Kolleg(inn)en sehen sich dabei durch Äußerungen von Hans Preiss (Vorstandsmitglied der IGM) bestärkt, der auf einer Vertrauensleutevollversammlung in der Stadthalle Bremen herausstellte, daß BRs, die *,,die Interessen der Unternehmer vertreten,"* unbedingt entmachtet werden müssen. Auf BRs, die der *,,Meinung des Unternehmers nachjagen"*, sollte bei den *,,heutigen radikalen Managements und der schwierigen krisenhaften Wirtschaftslage unbedingt verzichtet"* werden.

Kurznachrichten aus Hamburger Betrieben

Reynolds-Aluminium: In Absprache zwischen dem IG Metall-Vertrauenskörper und der Ortsverwaltung der IGM wird es Persönlichkeitswahl bei Kandidatenaufstellung in alphabetischer Reihenfolge geben. Im Falle des aus der IGM ausgeschlossenen Betriebsratsvorsitzenden Wöckner läuft ein Wiederaufnahmeverfahren. Für

Unsere allgemeinen Grundsätze für die Betriebsratsarbeit

1. Wir wollen eine unbürokratische Betriebsratsarbeit. Das heißt, möglichst wenig Verwaltungsarbeit und viel Zeit für die direkte Interessenvertretung einzelner Kolleginnen und Kollegen, von Abteilungen und schließlich aller Arbeitnehmer im Betrieb

Rechter Aufstand gegen DruPa-Betriebsräte im Jahreszeiten-Verlag

Nach jahrelangen betrieblichen Auseinandersetzungen war im Mai letzten Jahres im Hamburger Jahreszeiten-Verlag (ca. 700 Beschäftigte) durch Neuwahlen eine fortschrittliche Mehrheit im Betriebsrat entstanden. War der Betriebsrat über Jahre hinweg eine Hochburg der nicht dem DGB angehörenden DAG gewesen, gelang es einer Reihe von fortschrittlichen und linken DruPa-Mitgliedern, den Betriebsrat in der Mehrheit zu stellen. Allerdings konnte sich die fortschrittliche Mehrheit der Betriebsräte nicht auf alle Kollegen im Betrieb stützen, da ein Teil der Betriebsräte und andere DAG-Mitglieder noch ziemlichen Einfluß besitzen. In diesem Betrieb, der fast ausschließlich aus Angestellten besteht, hat sich bei vielen noch das ständische *,,Bewußtsein"* gehalten, das zusammen mit Antikommunismus, geschürt durch Teile des Betriebsrates, Abteilungsleiter usw. zu einem einmaligen Vorfall geführt hat.

Durch Unterschriftensammlung haben 264 Beschäftigte den Betriebsrat per Arbeitsgerichtsurteil auflösen wollen. *,,Verlangt wurde die Auflösung des Betriebsrates wegen grober Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten, falls das nicht möglich sei, wenigstens den Ausschluß der Betriebsratsvorsitzenden und ihrer Stellvertreterin... so wird dem Betriebsrat vorgeworfen, daß er den geplanten Verkauf des zum Jahreszeiten-Verlag gehörenden Merian-Reisebüro* (*ein Geschäftsgeheimnis*) *im Dezember 1980 sofort den betroffenen Arbeitnehmern mitteilte. Beklagt wird auch* (*per Zeugnis von Abteilungsleitern*), *daß die beiden Betriebsratsvorsitzenden schon mal unangemeldet in Abteilungen auftauchten, um sich nach den Arbeitsbedingungen zu erkundigen. Nicht-Betriebsratshörige ... seien von den Gewerkschafterinnen persönlich diffamiert worden"* (,,Neue", 18.2.81). Und weiter heißt es in dem elfseitigen Papier an das Arbeitsgericht, daß *,,wir ebensowenig damit einverstanden* (*sind*), *daß auf Betriebsversammlungen vom Betriebsrat gespickte Gewerkschaftssekretäre in einer Weise agitieren, die weder im Ton angemessen, noch mit dem unbestreitbar guten Erfolg unseres Arbeitgebers, dank auch unserer Arbeit in Einklang zu bringen ist..."*. Und so geht es in diesem Papier immer weiter. Es mag erschreckend sein, daß 264 von 700 Beschäftigten dieses Papier unterschrieben haben, bzw. den Antrag beim Arbeitsgericht zur Auflösung des Betriebsrates unterstützen. Allerdings stellte sich nachträglich heraus, daß viele Kolleginnen von Abteilungsleitern stundenlang bearbeitet wurden, um ihre Unterschrift zu geben und nach Gesprächen mit der Betriebsratsmehrheit nun doch viele ihre Unterschrift zurückgezogen haben.

Den Verantwortlichen, die diese Kampagne hochgezogen hatten, war wohl von vorneherein klar, daß die Klage beim Arbeitsgericht nicht durchkommen würde. Sie bildete auch nur den Hintergrund für den nächsten Schritt in dieser konzertierten Aktion. Die unorganisierten und der DAG angehörigen Betriebsratsmitglieder gaben ihren Rücktritt aus dem Betriebsrat bekannt. Das führte nun dazu, daß nur noch die DruPa-Mitglieder, inklusive Ersatzmitglieder da waren, das Gremium hat nun aber statt der gesetzlich vorgeschriebenen elf Mitglieder nur noch zehn Mitglieder, so daß Neuwahlen eingeleitet werden müssen.

Genau dies war auch das eigentliche Ziel der gestarteten konzertierten Aktion. Allerdings scheinen einige *,,Wortführer"* dieser Aktion sich doch verschätzt bzw. überreizt zu haben, denn auf der letzten Betriebsversammlung vor einigen Tagen, die nach dem Rücktritt der BR-Minderheit erfolgte, sah sich die DAG gezwungen, sich von einigen ihrer Mitglieder zu distanzieren. Dieses insgesamt schweinische Vorgehen einiger ihrer Mitglieder ging selbst dem anwesenden DAG-Sekretär zu weit. Ob er sich nur aus taktischen Gründen distanziert hat, wird sich demnächst zeigen, wenn er zu seinem Wort stehen muß, daß die DAG für Persönlichkeitswahl eintreten wird.

Das letzte Wort beim Jahreszeiten-Verlag dürfte noch nicht gefallen sein.

Kurznachrichten aus Hamburger Betrieben

Reynolds-Aluminium: In Absprache zwischen dem IG Metall-Vertrauenskörper und der Ortsverwaltung der IGM wird es Persönlichkeitswahl bei Kandidatenaufstellung in alphabetischer Reihenfolge geben. Im Falle des aus der IGM ausgeschlossenen Betriebsratsvorsitzenden Wöckner läuft ein Wiederaufnahmeverfahren. Für den Fall, daß dieses nicht mehr rechtzeitig positiv ausgeht, wird es möglicherweise eine ,,offene Liste" geben, die sich nicht IGM-Liste nennen darf, da die IG Metall keine Ausnahmen (in diesem Fall ein Ausgeschlossener auf einer IGM-Liste) machen könne.

Hamburger Aluminium-Werke: Erstmals wird es hier vermutlich eine Persönlichkeitswahl geben, nachdem der alte Streit, ob die IG Chemie oder die IG Metall für das Werk zuständig ist, zugunsten der IG Chemie entschieden ist. Voraussetzung ist allerdings, daß die DAG ihre Zusage, auf eine eigene Liste zu verzichten, einhält. Bei HAW haben die Linken eine starke Position im Betriebsrat.

Daimler-Benz Harburg: Der Liste ,,Alternative" (vier Sitze im Betriebsrat) wurde eine mögliche Wiederaufnahme in die IGM angeboten, so daß die Kollegen 1984 auf einer IGM-Liste wieder kandidieren könnten. Die ,,Alternative", die sich für Persönlichkeitswahl eingesetzt hatte, verzichtete angesichts dieses durchsichtigen Tricks und wird erneut mit acht Kandidaten antreten (darunter fünf Ausgeschlossene).

Texaco: Auch bei diesen Wahlen wird es wieder Persönlichkeitswahl geben, nachdem sich die IG Chemie, die DAG und die linke Betriebsgruppe auf eine Gemeinschaftsliste geeinigt haben. Von den 40 Kandidaten unterstützen elf die Betriebsgruppe Texaco (drei sind bereits im Betriebsrat) und treten mit einem eigenen Programm an (siehe nebenstehende Grundsätze).

Broschek-Druck: Die negative Wahlsituation vom letzten Mal (fünf Listen in einem Betrieb mit 600 Beschäftigten) wird sich voraussichtlich nicht wiederholen. Unter den Fraktionen im Betriebsrat herrscht Einigkeit, eine Persönlichkeitswahl durchzuführen, unter Einschluß der Linken.

Unsere allgemeinen Grundsätze für die Betriebsratsarbeit

1. Wir wollen eine unbürokratische Betriebsratsarbeit. Das heißt, möglichst wenig Verwaltungsarbeit und viel Zeit für die direkte Interessenvertretung einzelner Kolleginnen und Kollegen, von Abteilungen und schließlich aller Arbeitnehmer im Betrieb. Verhandlungspositionen müssen gemeinsam mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen abgesprochen sein.

2. Ein Betriebsrat muß auf Seiten der Arbeitnehmer stehen. Kandidaten für den Betriebsrat sollten mutig zur Interessenvertretung der Arbeitnehmer stehen. Wer aufgrund seiner betrieblichen Position ständig Unternehmerinteressen gegen die Arbeitnehmer durchzusetzen hat, wird es in der Betriebsratsarbeit schwer haben, sich klar zu den Interessen der Arbeitnehmer zu bekennen.

3. Bei der eindeutigen Gegenhaltung des Arbeitgebers und dessen wirtschaftlichen und hierarchischen Gewichts werden Verhandlungen meistens mit einem Kompromiß enden. Betriebsräte, die schon mit einem Kompromiß anfangen, erzielen allenfalls einen Kompromiß vom Kompromiß.

4. Betriebsratsarbeit und gewerkschaftliche Arbeit erfordern ständige Informationen an die Arbeitnehmer - nicht nur zu Wahlzeiten. Eine Betriebsratsarbeit, die diese Beziehung nicht herstellt, hebt sich ab von den Arbeitnehmern oder endet in einer abgeschlossenen Gremienverwaltung. Gewählte Betriebsräte müssen sich durch die Offenlegung ihres Handels überprüfbar machen und der Geschäftsleitung zeigen, daß es keine Verhandlungen hinter verschlossenen Türen gegen die Arbeitnehmer gibt.

5. Wir bejahren einen Ausbau der Eintscheidungsfreiheit der Arbeitnehmer im Arbeitsleben. Dazu gehört eine Loslösung der Arbeitnehmer von der Situation, bloßes Anhängsel der Betriebsabläufe und Empfänger von Befehlen und Anweisungen zu sein, ihre Teilnahme an Entscheidungsprozessen der Arbeitsinhalte und Arbeitsbedingungen (wie bisher lediglich in der demokratischen Entscheidung über die Beschallungsanlage verwirklicht). Der Einsatz und dazu gehört des Betriebsrates, bestehende Rechte der Arbeitnehmer zu sichern (wie es bisher u.a. in einigen Arbeitsgerichtsprozessen erfolgt ist).

6. Wir befürworten eine Zusammenarbeit der Betriebsräte mit den Gewerkschaften, aber nicht in dem Sinne, daß Betriebsräte nur ausführende Organe der Gewerkschaftspolitik sind, sondern daß umgekehrt Betriebsräte und Vertrauensleute im Betrieb ihre Kenntnisse von den unmittelbaren Problemen der Arbeitnehmer in die Gewerkschaften hineintragen und sie in diesem Sinne mit ausrichten.

7. Wir unterstützen eine überbetriebliche Zusammenarbeit von Betriebsräten, die gemeinsam über die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen beraten. Arbeitgeber und Personalleitungen haben ihrerseits längst eine Koordinierung ihrer Interessen. Deshalb engt eine nur betriebsbezogenen Sichtweise die Interessenvertretung der Arbeitnehmer ein.

(aus: Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft der Texaco-Betriebsgruppe)

HHLA: 1.600 Unterschriften für Persönlichkeitswahl

ÖTV-Vertrauensleute und die oppositionelle Gruppe im Betriebsrat, ,,Alternative" (1978: 33 % der Stimmen), sammelten unter den 4.000 Kollegen der Hamburger Hafen und Lagerhaus Gesellschaft (HHLA) 1.600 Unterschriften für Persönlichkeitswahl auf einer ,,HHLA-Einheitsliste" unter Einschluß eines Kandidaten der ,,RGO" (ein Sitz im Betriebsrat), der aus der ÖTV ausgeschlossen ist. ÖTV-Bezirksvorstandsmitglied Schnelle interessierte dieses Meinungsbild der Kollegen überhaupt nicht, so daß es aller Voraussicht nach Listenwahl geben wird. Die ,,Alternative" wird eine Absicherungsliste mit 14 Kolleg(inn)en vorbereiteten. Die führenden ÖTV-Betriebsräte konzentrieren ihre ,,Chaoten"-Hetze ganz auf die ,,RGO". Wie schon 1978 droht die Gewerkschaft jedem ÖTV-Mitglied, das für die ,,RGO" unterschreibt, mit Gewerkschaftsausschluß (1978 unterschrieben 127 Kollegen dennoch, keiner wurde ausgeschlossen).

Die ablehnende Haltung der ÖTV gegenüber einer Einheitsliste stößt vor allem deshalb auch auf Empörung, weil im benachbarten Gesamthafenbetrieb ein wegen KBW-Mitgliedschaft ausgeschlossener Kollege kandidieren kann (und damit Persönlichkeitswahlen möglich sind). Begründet wird dieses unterschiedliche Verfahren damit, daß er sich mittlerweile vom KBW distanziert hat.

Betriebsräte wahlen 1981

Kalle Wiesbaden: Endgültig zwei IG Chemie-Listen

In der zum Hoechst-Konzern gehörenden Firma Kalle in Wiesbaden sind im Streit um die Aufstellung der BR-Kandidaten der IG Chemie zehn der insgesamt elf Mitglieder der Vertrauenskörperleitung (VKL) zurückgetreten (siehe AK 194). Die VKL hatte die Zulassung mehrerer IG-Chemie-Listen beantragt, was von der Verwaltungsstelle sowie von der Mehrheit des VK abgelehnt worden war. Die zurückgetretenen Kollegen haben inzwischen eine eigene oppositionelle Liste aufgestellt. In einem Offenen Brief an die Bezirksleitung Hessen der IG Chemie und an den Hauptvorstand in Hannover werden nun ausführlich alle Ursachen, die zu diesem Schritt führten, zusammengefaßt. So schrieben die Kolleg(inn)en u.a., daß in allen Konfliktfällen der *„Verwaltungsstellenvorstand formaldemokratisch und autoritär seine Satzungsmacht"* eingesetzt hat. Dadurch sei ein für den *„Geist der Einheitsgewerkschaft auf Dauer unlösbarer Konflikt"* entstanden. Denn ständig sei die Minderheit in der Betriebsratsfraktion der IG Chemie *„kompromißlos überstimmt"* worden. Dem Verwaltungsstellenvorstand und der Betriebsratsmehrheit wird deshalb vorgeworfen, *„Einheitsgewerkschaft mit Einheitspartei"* zu verwechseln. Weiterhin wird den Rechten vorgeworfen, daß sie über die Auseinandersetzungen im Betriebsrat immer den Mantel des Schweigens gebreitet hätten, so daß viele Gewerkschaftsmitglieder nichts von diesen beiden „Unterfraktionen" in der Gruppe der IG Chemie-Betriebsräte wüßten.

Zur Aufstellung der Kandidatenliste der IG Chemie schreiben die Kollegen, daß die Vertrauenskörperleitung *„beinahe vollständig ausgeschaltet"* wurde. Andererseits hätten Bestrebungen in der Belegschaft und insbesondere im Schichtarbeitsbereich bestanden, *„weitere Listen für die Betriebsratswahlen aufzustellen"*. Da diese Listen *„so oder so kommen"* würden und *„eine nicht unerhebliche Anhängerschaft gewinnen würden"*, hatten die Kollegen mehrere gewerkschaftsorientierte Listen vorgeschlagen, *„die zwar in einer gewissen Konkurrenz, nicht aber in Feindschaft zueinander auftreten"* sollten. **Damit hätte man die von der Belegschaft geforderte Alternative liefern können, „um sie von Wahlboykott oder Protestverhalten abzuhalten."**

Seitdem nun dieser Vorschlag, der übrigens auch von dem ehemaligen VK-Vorsitzenden und SPD-Bundestagskandidaten Ries unterstützt wurde, vom Verwaltungsstellenvorstand abgelehnt worden war, sahen sich die Kollegen einer *„unterschwelligen Hetzkampagne"* ausgesetzt. Nun müsse man sich mit *„einem unheiligen Bündnis von Firmenleitung und einigen Gewerkschaftskollegen auseinandersetzen"*. Einige seien bereits jetzt *„sehr harten Pressionen von seiten ihrer Vorgesetzten ausgesetzt"*, und gleichzeitig falle ihnen die Organisation in den Rücken, die sie als *„linke Chaoten"*, *„ewig Unzufriedene"* oder *„Postenjäger"* denunziere.

Trotz dieser Hetze haben die Kollegen innerhalb von fünf Tagen im gewerblichen Bereich 550 Unterschriften und im Angestelltenbereich in sechs Tagen 150 Unterschriften für die „Liste aktiver Gewerkschafter" gesammelt. Alle 25 Kandidaten sind Mitglieder der IG Chemie (nach: „Neue", 29.1., 14.2.81).

Beiersdorf, Hamburg: IG Chemie gespalten

Mindestens drei Listen werden zur Wahl antreten. Nachdem der alte Betriebsratsfürst Ganschow zunächst auf Platz 16 der IG Chemie-Liste rangierte, hat er jetzt zusammen mit den „Unabhängigen" eine Liste „Arbeiter in der IG Chemie" (und entsprechend „Angestellte in der IG Chemie") gebildet. Seitens der IG Chemie-Ortsverwaltung scheint sich die Position durchzusetzen, diese Liste unter dem Namen IG Chemie zu dulden.

Die offizielle IG Chemie-Liste, deren Kandidaten sich in der Vergangenheit stärker von Ganschow abgesetzt haben, deutet stärkere Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der „Alternative" an.

Die „Alternative" (bisher drei Sitze im Betriebsrat) wird mit zehn Kandidat/inn/en als „Alternative Gewerkschafter" antreten. Unter den zehn sind fünf aus der IG Chemie ausgeschlossene (sie haben ein Wiederaufnahmeverfahren laufen) und zwei Vertrauensleute der IG Chemie.

Daß die IG Chemie auch nach der Entmachtung Ganschows ihre Politik nicht grundlegend geändert hat, zeigt der Konflikt um das neue Werk in Hausbruch mit 900 Beschäftigten. Die IG Chemie-Vertrauensleute in Hausbruch fordern einen eigenen Betriebsrat, worin sie von der „Alternative" und selbst dem IG Chemie-Hauptvorstand unterstützt werden. Dagegen ist verständlicherweise die Geschäftsleitung, aber auch die Betriebsratsmehrheit bei Beiersdorf. Diese ließ ohne Einladung der Hausbrucher eine Gesamtliste der IG Chemie aufstellen. Die Hausbrucher Vertrauensleute sind aus Protest praktisch in einen Boykott der Wahl getreten (keine eigenen Kandidaten) und erhoffen sich Erfolg von einer Feststellungsklage, über die allerdings erst im Mai entschieden wird.

Kurznachrichten

Klöckner-Hütte, Bremen: Erstmals wieder besteht Aussicht, daß nur eine Liste existiert. Der IGM-Vertrauenskörper hat beschlossen, eine einzige Liste, auf der jeder kandidieren kann und in alphabetisch aufgeführter Reihenfolge zur Wahl steht, aufzustellen. Unklar ist allerdings, ob der „Christliche Metallarbeiterverband" dieses Verfahren wieder zunichte macht. Für diesen Fall hat der VK eine Absicherungsliste aufgestellt.

Daimler-Benz, Stuttgart: Die mit 40 % im Betriebsrat vertretene „plakat"-Gruppe hat sich für Persönlichkeitswahl eingesetzt und den Vorschlag gemacht, daß alle drei im Betriebsrat vertretenen Listen — die IGM (14 Sitze), „plakat" (12 Sitze) und der CMV (2 Sitze) — ihre Bewerber in alphabetischer Reihenfolge aufstellen. Die Betriebsratsfraktion der IGM hat dem mehrheitlich zugestimmt, während die Ortsverwaltung und der IGM-Hauptvorstand sowie der CMV dies ablehnen.

Die „plakat"-Gruppe hatte einen entsprechenden Antrag für eine gemeinsame Liste auf vier Teilbetriebsversammlungen zur Abstimmung eingebracht. Auf allen vier Versammlungen ließ die Versammlungsleitung zunächst (allerdings nach inhaltlicher Diskussion) abstimmen, ob dieser Antrag überhaupt abgestimmt werden soll, wobei jeweils eine knappe Mehrheit der Kollegen dagegen stimmte. So wird es bei der Listenwahl bleiben. (Information aus einem Interview mit Willi Hoss in „express" 2/81).

Hoesch-Union, Dortmund: Nachdem zwei Kandidaten der „RGO" 1978 mit 18 % der Stimmen in den Betriebsrat einzogen, reagierte die IG Metall dieses Mal: Sie ließ ein demokratischeres Listenaufstellungsverfahren zu: durch Vorwahlen im Betrieb hat es einige positive Veränderungen auf der IGM-Liste gegeben. Strikt abgelehnt wird von der örtlichen IGM-Führung allerdings die Persönlichkeitswahl. Ein Vorschlag der „RGO" hierfür wurde nicht beantwortet, stattdessen drohte IGM-Bevollmächtigter Dieterich dem Vertrauenskörper mit seiner Auflösung, falls dieser sich für eine gemeinsame Persönlichkeitswahl mit der „RGO" ausspräche. Die „RGO" wird wieder mit den beiden Betriebsräten Siemon und Bömer kandidieren („Roter Morgen", 27.9.).

Vor einem programmatischen Unvereinbarkeitsbeschluß

Der vom 12. - 14. März in Düsseldorf tagende außerordentliche DGB-Kongreß wird ein neues Grundsatzprogramm verabschieden.

Im Oktober 1979 legte der Bundesvorstand des DGB dafür einen Entwurf vor (vgl. AK 176, S. 23), der in der Mitgliedschaft breit diskutiert werden sollte. Aus dieser breiten Debatte glaubt die DGB-Führung denn auch eine besondere Autorität des Programms herleiten zu können: *„Wir erhoffen uns eine lebhafte Diskussion, Anregungen und Kritik aus den Reihen der Mitglieder unserer Organisation.* (...) *Es gibt jedem politisch profilierten Mitglied die Chance, seine Auffassungen in die Diskussion einzubringen. Dementsprechend gewinnt ein so beratenes und beschlossenes Grundsatzprogramm seine besondere Autorität, auch und gerade gegenüber jeder Art von politischem und organisatorischem Separatismus in der Gewerkschaftsbewegung"* (H.O. Vetter, Rede vom 18.10.79).



Ganz so demokratisch legitimiert wie Vetter meint, wird dieser Kongreß allerdings nicht sein. Ihm liegen 512 Anträge vor, über die entschieden werden soll. Zu diesen Anträgen hat die Antragskommission Empfehlungen ausgegeben, die bisher noch nicht bekannt sind. Führt man sich vor Augen, daß der Kongreß überwiegend aus hauptamtlichen hohen DGB-Funktionären zusammengesetzt ist, daß ledig-

hauptamtlichen hohen DGB-Funktionären zusammengesetzt ist, daß ledig-

lich die Hauptvorstände der 17 Einzelgewerkschaften und der DGB-Landesbezirke antragsberechtigt sind, so verdeutlicht dies bereits den Filter innerhalb der Diskussion, der dazu führt, daß schließlich nur ein kleiner Teil vorab gelaufener Kontroversen auf dem Kongreß selber zur Sprache kommt. Am meisten gefiltert wird bereits in der Diskussion der Einzelgewerkschaften. Allein die Gewerkschaften IG Druck und Papier und Holz und Kunststoff haben ausführlich und regelmäßig über die Diskussion in ihren Mitgliederzeitungen berichtet. Die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" hat nichts über die Diskussion verlauten lassen, die Funktionärszeitschrift „Die Quelle" beschränkte die Diskussion auf einen Artikel zum Streit um die Präambel vor 14 Monaten und eine kurze Übersicht der vorliegenden Anträge in der Februarausgabe 1981, zu einem Zeitpunkt, wo der Antragsschluß schon vorbei war. Spitzenreiter in Sachen innerorganisatorischer „Diskussion" war wieder einmal die IG Chemie. Auf ihrem Gewerkschaftstag im September 1980 ließ sie alle eingegangenen Anträge zum Grundsatzprogramm an den geschäftsführenden Hauptvorstand überweisen. Der hat sie geprüft und festgestellt, daß sie nicht erheblich wären, so daß von der IG Chemie nicht ein einziger Änderungsantrag gestellt wird. Karl Hauenschild, einer der Mitverfasser des Programmentwurfs, bezeichnete ihn als eine *„ausgewogene Mitte-links-Position"* (Nachrichten 2/81) und sah keinen Grund für Abänderungen.

Wir haben im AK 176 ausführlich unsere Kritik am Programmentwurf dargestellt. Wir beschränken uns im folgenden auf eine der zentralen Kontroversen im Vorfeld der Diskussion um die Präambel, die Versuche, die kommunistische Strömung aus der Gewerkschaftsbewegung auszuschließen.

• Einheitsgewerkschaft

Der hier vom DGB-Bundesvorstand vorgeschlagenen Passage ist in vielen gewerkschaftlichen Gliederungen widersprochen worden, da sie eine Hofierung der christlich-sozialen Richtungen und einen impliziten Ausschluß kommunistischer Strömungen beinhaltet: *„Die Einheitsgewerkschaft hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt* (...). *Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar."*

Am klarsten wäre es nun gewesen, wenn in einem Änderungsantrag ergänzt würde, daß auch die kommunistischen Richtungen zur Einheitsgewerkschaft gehören. Kein Hauptvorstand einer Einzelgewerkschaft hat jedoch einen derartigen Antrag eingereicht, so daß dies ohnehin nicht zur Debatte steht. Allerdings gibt es verschiedene Anträge, die auf eine Abschwächung der Ausgrenzung kommunistischer Richtungen hinauslaufen.

Am deutlichsten verfährt da noch die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die vorschlägt, auf eine Benennung der „christlich-sozialen" und „freiheitlich-sozialistischen" Richtungen und auf die Warnung vor den Ideologien, die die Gewerkschaften mißbrauchen würden, zu verzichten.

Ähnliches schlägt auch die IG Druck und Papier vor, die noch die gemeinsame Verfolgung der verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung durch den Faschismus ergänzt wissen will.

Eine Kompromißformulierung kommt von der HBV. Sie will den Begriff „Arbeiterbewegung" durch „Gewerkschaftsbewegung" ersetzen, um so deutlich zu machen, daß die parteipolitischen Strömungen der Arbeiterbewegung mehr umfassen als die Gewerkschaftsrichtungen, die sich nach 1945 zu einer gemeinsamen Organisation zusammengeschlossen haben. Auch die HBV will den Satz mit den Ideologien, die mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar seien, gestrichen haben.

Genau dies taucht jedoch im Formulierungsvorschlag der GEW — allerdings in sehr abgeschwächter und versteckter Form — wieder auf: *„Die aus den gemeinsamen Erfahrungen der Arbeitnehmer — besonders den im*

aus den gemeinsamen Erfahrungen der Arbeitnehmer — besonders den im

Kampf gegen den Faschismus gesammelten — entstandene Einheitsgewerkschaft hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt, für die autonome Gewerkschaften unabdingbar waren und sind."

Nun spräche ja gar nichts dagegen, „autonome Gewerkschaften" zu fordern, wenn damit nicht bestimmte Hintergedanken verbunden wären. Einer der Urheber dieser Formulierung, Manfred Wilke, begründet dies so: *„Neu ist die bewußte Betonung der gewerkschaftlichen Autonomie* (...). *Diese Formulierung trifft selbstverständlich für die freiheitlich-sozialistische und christlich-soziale Richtung zu, die ohne Zweifel vor allem die Gewerkschaftstradition geprägt hat. Die in Mainz angenommene Formel* (...) *schließt selbstverständlich die Rätebewegung nach dem Ersten Weltkrieg als Tradition ebenso mit ein, wie bestimmte syndikalistische linkssozialistische Theorieansätze. Eine Strömung schließt diese Formulierung mit Sicherheit aus: die deutschen Parteikommunisten"* („blz", 2/81).

Wilkes Einteilung, welche Richtung denn nun für autonome Gewerkschaften sei und welche nicht, ist dabei völlig willkürlich und auch lächerlich, wenn man sich z.B. das sozialdemokratische Wirken in den Gewerkschaften anschaut. Tatsache ist jedoch, daß eine derartige Formulierung unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen im DGB dazu benutzt werden kann, um eine programmatische Unvereinbarkeit mit kommunistischen Positionen zu behaupten.

Wahrscheinlich ist, daß der „Kompromißvorschlag" der Antragsberatungskommission auf dem Kongreß eine Mehrheit findet. Diese Kommission schlägt die Formulierung des Entwurfs des DGB-Bundesvorstandes zur Übernahme vor, ergänzt um den Satz, daß die Einheitsgewerkschaft auch auf den *„Erfahrungen der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Republik und der Verfolgung durch den Nationalsozialismus"* begründet sei. Dies wird als Kompromiß ausgegeben. H.O. Vetter hat inzwischen erklärt: *„Damit ist nun, wie ich meine, eine umfassende und abgerundete Formulierung gefunden, die für jeden Gewerkschafter akzeptabel ist"* („Die Quelle" 2/81).

Tatsächlich bedeutet eine Annahme dieser Formulierung, daß sich die Kritik an der Einengung der Einheitsgewerkschaft auf „freiheitlich-sozialistische und christlich-soziale Richtungen" nicht durchsetzen konnte und daß auch die Warnung vor Ideologien, die die Gewerkschaft mißbrauchen würden, erhalten bliebe. Damit würde erstmals in der Geschichte des DGB eine p r o g r a m m a t i s c h e Ausgrenzung kommunistischer Positionen vorgenommen. Um so bedauerlicher ist es, daß in Teilen der Linken diesem Angriff nur geringe Beachtung geschenkt wird. Exemplarisch deutlich wird dies an einem Satz von Andreas Resch (ehemals SOST) in der „taz" vom 19.2.: *„Anstelle einer intensiven Diskussion über die konkreten Programmalternativen der Linken wird ein unproduktiver Streit über die Rolle der Kommunisten bei der DGB-Gründung geführt."*

Toleranz

Das im gültigen DGB-Grundsatzprogramm von 1963 enthaltene Gebot der *„weltanschaulichen, religiösen und politischen Toleranz"* hat der Bundesvorstand in seinen Entwurf nicht wie-

politischen Toleranz" hat der Bundesvorstand in seinen Entwurf nicht wie-

der aufgenommen. Vetter hatte dies damit begründet, daß Kommunisten das Toleranz-Gebot *„mißbräuchlich nutzen"* könnten.

Gegen die Streichung dieses Begriffs hatte die CDU eine lautstarke Kampagne geführt, da sie in der Herausnahme „religiöser Toleranz" einen Angriff auf CDU-Positionen im DGB vermutete. Inzwischen haben sich DGB-Führung und CDU-Sozialausschüsse darauf geeinigt, daß das Toleranz-Gebot erhalten bleiben soll, wobei aber deutlich gemacht werden soll, daß nicht etwa Toleranz gegenüber linken Positionen gemeint ist. Die Antragskommission empfiehlt hier zur Annahme einen Antrag der Gewerkschaften GTB und NGG, der uns leider nicht im Wortlaut vorliegt, der aber in der „Einigkeit" (11/80) wie folgt charakterisiert wurde: *„Es ist selbstverständlich, daß wir die Toleranz nicht jenen Ideologen entgegenbringen können, die 'die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen', und unsere Bereitschaft zur aufgeschlossenen Auseinandersetzung sich nicht auf Gruppierungen erstreckt, die beabsichtigen, unsere Grundordnung zu zerstören."*

Verbunden mit einem derartigen Zusatz wäre also die Beibehaltung des Toleranz-Gebotes keine Abwehr einer Verschlechterung, sondern würde nur die „Gemeinsamkeit der Demokraten" im Kampf gegen links dokumentieren.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf »Volksfront« ausgedehnt

Der „Rote Morgen" vom 27.2.81 berichtet von einem bemerkenswerten Vorgang im DGB, der erhellt, wie aktuell Ausschlüsse im DGB gehandhabt werden.

Der Kreisvorstand der ÖTV in Duisburg hat gegen die Vorsitzende der ÖTV-Vertrauenskörperleitung in einem Duisburger Krankenhaus ein Gewerkschaftsausschlußverfahren eingeleitet, da sie bei den Bundestagswahlen 1980 für die „Volksfront" kandidiert hat. Aus dem Schreiben zur Begründung des Ausschlusses geht hervor, daß der DGB-Bundesvorstand am 4. November 1980 den Beschluß gefaßt hat, daß auch die neugegründete „Volksfront" zur Reihe der Organisationen gehört, die unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen. In einem Rundschreiben in der ÖTV heißt es: **„Der Hauptvorstand hat in seiner Sitzung am 28./29. Januar den Beschluß des DGB-Bundesvorstands zustimmend zur Kenntnis genommen und den geschäftsführenden Hauptvorstand der ÖTV beauftragt, entsprechend zu verfahren."**

Der Protest gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse bleibt Aufgabe im gewerkschaftlichen Kampf!

Kommt Duarte nach Bonn?

In einem Gespräch mit einem „taz"-Korrespondenten betonte Salvador Cayetano Carpio, Koordinator des gemeinsamen Oberkommandos der FMLN, daß die Befreiungsfront jederzeit zu Gesprächen auch mit den USA bereit sei. Die Carter-Regierung machte der FMLN schon einmal ein Gesprächsangebot, doch in Erwartung des Amtsantritts von Reagan wurde das Angebot wieder zurückgezogen. Die FMLN unterscheidet jedoch Gespräche von Verhandlungen. Zu direkten Verhandlungen mit den USA über mögliche politische Lösungen ist die Befreiungsfront erst bereit, wenn die USA die Intervention und die militärische Unterstützung der Junta einstellt.

In der FMLN selbst scheint es zur Zeit Diskussionen darum zu geben, welchen Stellenwert Verhandlungen über eine politische Lösung zum jetzigen Zeitpunkt gegenüber militärischen Aktionen haben.

„Friedensgespräche" in Bonn?

In den letzten Tagen geistert durch die Presse, daß eventuell im März in Bonn Gespräche zwischen Duarte und Vertretern der Oppositionsfront über eine friedliche Lösung des „Konflikts" stattfinden würden. Sowohl der SPD-Abgeordnete Voigt als auch Genscher äußerten sich in dieser Hinsicht. Hintergrund der ganzen Sache ist eine Einladung Duartes in die BRD durch die CDU. Der FDR-Vorsitzende Roberto Ungo teilte der Münchner Informationsstelle El Salvador mit, daß er sich nicht vorstellen könne, daß es anläßlich dieses Besuches tatsächlich zu Gesprächen mit der FDR kommen wird. Erstens habe die FDR noch keine Einladung dazu erhalten und zweitens wisse er auch gar nicht, was es mit Duarte zu besprechen gebe, da er eh nur eine Marionette und deshalb auch gar nicht kompetent sei. Duarte könne mit der FDR sprechen, wenn er vorher aus der Junta austrete (sinngemäß nach telefonischer Auskunft der Informationsstelle vom 24.2.81).

Majano verhaftet!

Oberst Majano, der sich nach seinem Rausschmiß aus der Junta mit Aufrufen zur Unterstützung des Befreiungskampfes an die Bevölkerung gewandt hatte, wurde nach offiziellen Meldungen Mitte Februar in El Salvador verhaftet. Außerdem wurde der ehemalige Generalsekretär der FDR, Facundo Guardado, Ende Januar von hondurenischen Soldaten verhaftet, als er sich im Auftrag seiner Organisation über die Flüchtlingslager in Honduras informieren wollte. Ihm droht jetzt die Auslieferung nach El Salvador. Die Flüchtlingslager im Grenzgebiet zu Honduras sind gegen den Willen der Betroffenen und der Hilfsorganisationen von den hondurenischen Behörden um acht Kilometer weiter ins Landesinnere verlegt worden, um gemeinsame Anti-Guerilla-Operationen mit der Armée El Salvadors zu ermöglichen („taz", 24.2.81).

Durch Bombenanschläge auf drei Kraftwerke hat die FMLN am 23. Februar erneut die Stromversorgung der Hauptstadt San Salvador und umliegender Gebiete für sieben Stunden unterbrochen („FR", 25.2.81).



Internationale Solidarität

Auf das „taz"-Konto „Waffen für El Salvador" sind inzwischen über 1,35 Mio. DM eingegangen.

***

Medico International macht eine Sammlung chirurgischer Instrumente und Verbandsmaterial für El Salvador. Die Materialliste kann angefordert werden bei: Medico International, Homburger Landstr. 455, 6 Frankfurt. Für Hamburg können die Sachen auch in der „taz"-Redaktion in der Dralle-Fabrik abgegeben werden.

***

Die ETA-(pm) hat sich für ihre letzte Entführungsaktion auch den Konsul von El Salvador ausgesucht.

***

Der ständige Ausschuß des Russel-Tribunals verurteilte nach Anhörung von Zeugen die Regierung von El Salvador wegen Völkermord, Folter und Verletzung der Menschenrechte („taz", 18.2.81).

***

Die „Guerillaarmee der Armen (EGP)" Guatemalas konnte bei Unterstützungsaktionen für die Generaloffensive der FMLN den guatemaltekischen Streitkräften hohe Verluste zufügen, 15 Gemeindegefängnisse und ein Militärhubschrauber wurden zerstört („taz").

***

Honduras scheint jetzt auch zunehmende Probleme im eigenen Land zu bekommen. Die Gewerkschaften drohten wegen der militärischen Besetzung einer Bananenplantage mit einem Streik von 200.000 Bauern.

***

Die westdeutschen El Salvador-Komitees planen aus Anlaß der Ermordung von Erzbischof Romero vor einem Jahr im März in vielen Städten Veranstaltungen und andere Aktionen.

»Neue Kraft« Reagan gegen Kuba, Nicaragua, El Salvador

Die Karibik und Mittelamerika waren für die US-Imperialisten schon immer besonders geeignete und bevorzugte Regionen, um die Bedrohung der freien Welt durch die kriegslüsterne Sowjetunion zu behaupten und eine aggressive Außenpolitik und Kriegspropaganda zu entfalten. Ganz in dieser Tradition haben sich Reagan und seine Berater den Befreiungskampf in El Salvador ausgesucht, um weltweit klarzumachen, daß die „Schwankungen der Carter-Ära" vorbei sind und eine „neue Kraft" in Washington regiert („FR", 24.2.81).

Schon auf der ersten Sitzung des nationalen Sicherheitsrates hat Reagan seine Pläne mit El Salvador angedeutet: *„Die USA müssen irgendwo klar demonstrieren, daß ihre Gegner bis hierher und nicht weiter gehen dürften, und dazu eigne sich das Gebiet des Karibischen Meeres am besten"*. Denn für die Demonstration der Stärke werde ein Gebiet gebraucht, *„in dem eine unzweideutige Gefahr bestehe, die USA aber klar im Vorteil seien"* („NZZ", 25.2.81). Es dauerte dann auch nicht lange, bis die *„unzweideutige kommunistische Gefahr"* (durch Kuba und Nicaragua sowieso für jeden Menschen des freien Westens präsent) auch für El Salvador behauptet wurde.

Am 24.2. wurde das „Weißbuch" über die „kommunistische Einmischung in El Salvador" veröffentlicht. Dort wird mit Material, das in El Salvador angeblich bei Razzien gefunden wurde, angereichert durch CIA-Erkenntnisse „bewiesen", daß die Sowjetunion, Vietnam und Äthiopien Unmengen von Waffen nach El Salvador liefern. Unter kubanischer und nicaraguanischer Regie würden diese nach El Salvador gebracht. Der im Exil lebende KP-Vorsitzende,

diese nach El Salvador gebracht. Der im Exil lebende KP-Vorsitzende,

Schafik Handal, soll dabei eine zentrale Rolle als Waffenbeschaffer gespielt haben. Einige Begleitkommentare zu dieser Enthüllung:

State Department: *„Es ist eindeutig, daß im Laufe des vergangenen Jahres der Aufstand (!) in El Salvador zunehmend in eine indirekte Aggression verwandelt worden ist,wie sie gegen ein kleines Land der Dritten Welt von kommunistischen Mächten geführt wird, wobei Kuba als treibende Kraft auftritt"* („Welt", 25.2.81).

Wieso kann man überhaupt auch nur ansatzweise von einem Aufstand sprechen, wo doch die Opposition in El Salvador völlig vom Volk isoliert ist? Dazu Beamte des Außenministeriums: Das Volk wird *„durch den Terror der Kampf- und Kriegshandlungen mit Vorsatz radikalisiert und zu Gegnern der Regierung angestachelt"* („Welt", 25.2.81).

Deswegen müsse Washington *„das kleinere von zwei Übeln wählen"*. *„Autoritäre Regime"* müßten unterstützt werden, um zu verhindern, *„daß sie von totalitären Regimen gestürzt werden"*, die viel schrecklicher sind, weil sie nicht mal „Konfessions- und Pressefreiheit erlauben" würden (Ernest Lefever, stellvertretender Außenminister für Menschenrechtsfragen, laut „FR" vom 24.2.81).

Und schließlich Haig persönlich: *„Unser dringlichstes Ziel ist es, den großen Waffenfluß durch Nicaragua nach El Salvador zu stoppen. Wir betrachten die Ereignisse als Teil einer in Havanna und Moskau koordinierten, globalen kommunistischen Kampagne, die marxistischen Guerillas in El Salvador zu unterstützen"* („NZZ", 24.2.81).

Dabei wird (natürlich) entschieden dementiert, daß die USA ein zweites Vietnam schaffen wollten. Der Fehler in Vietnam sei gewesen, daß auf vietnamesischem Boden gegen einen ganz anderen Feind gekämpft wurde. Das darf in El Salvador nicht passieren; deswegen müsse *„die Behandlung des Salvador-Problems an der Quelle erfolgen"* („FR", 25.2.81).

„Die Quelle", das ist für den karibischen Raum natürlich in erster Linie Kuba, im gleichen Atemzug Nicaragua und letztendlich die sowieso waffenstarrende Sowjetunion. Und da wird unter Reagan nicht mehr lange gefackelt:

– Weizenlieferungen an Nicaragua in Höhe von 10 - 15 Mio Dollar wurden wegen der angeblichen Beteiligung an Waffenlieferungen gestoppt (siehe dazu Artikel in diesem AK)

– Gegenüber Kuba wurden diplomatische, wirtschaftliche und offen militärische Maßnahmen angedroht, wenn der behauptete Waffenfluß nicht unverzüglich gestoppt werde. Im Gespräch ist eine erneute Blockade der Insel, ebenso wie der Einsatz von Seestreitkräften („NZZ", 24.2.81). Auf die Nachfrage von Journalisten, ob tatsächlich an den Einsatz militärischer Mittel gedacht werde, antwortete Chefberater Meese: *„Der Präsident hat mehrfach gesagt, er wolle, daß potentielle oder wirkliche Gegner jeden Abend, wenn sie zu Bett gehen, sich die Frage stellen, was wir am nächsten Tag tun werden. Ich glaube nicht, daß wir irgend etwas ausschließen"* („NZZ", 23.2.). – Anläßlich der Gesprächsangebote an die US-Regierung von Seiten der Sowjetunion betonte Reagan, daß er zu Gesprächen bereit sei, aber erst müsse das El Salvador-Problem vom Tisch.

Ausrichtung des westlichen Bündnisses

Der Befreiungskampf in El Salvador muß aber nicht nur herhalten, um das Rollback gegen die Befreiungskämpfe und die befreiten Länder in der Karibik durchzuziehen, sondern auch, um die Verbündeten, die demokratischen Regierungen und sozialdemokratischen Parteien auf den aggressiven Kurs der antikommunistischen und Kriegshetze einzustimmen. Dazu wurde eine beachtliche diplomatische und politische Maschinerie in Gang gesetzt. Nach der gezielten Bearbeitung der sozialistischen Internationale durch eine Sonderdelegation vor einigen Wochen wurde jetzt der Reagan-Beauftragte Eagleburger nach Europa geschickt, um auch den letzten Sozialdemokraten von der „kommunistischen Gefahr" zu überzeugen. In Washington wurden Informationstreffen für die lateinamerikanischen Botschafter abgehalten; und der General und ehemalige CIA-Chef Walters wurde auf Tournee durch Lateinamerika geschickt.

Wie leider vorauszusehen, löst Reagans Kurs keinen Proteststurm in

Reagans Kurs keinen Proteststurm in

den sogenannten demokratischen Regierungen aus. Der Sonderbeauftragte Eagelburger wurde immerhin in den Niederlanden und Schweden erfreulich scharf und deutlich zurückgewiesen. Der schwedische Sozialdemokrat Schori bezeichnete die US-Politik in El Salvador als eine *„Unverschämtheit"* und als *„kriminell"*. Den Freiheitskampf als kommunistisches Machwerk darzustellen, sei *„eine Verhöhnung all derjenigen, die in dem mittelamerikanischen Kleinstaat ihr Leben geopfert hätten"* („FR", 20.2.81). Solche Stellungnahmen gibt es aus Regierungskreisen der BRD nicht. Die Stellungnahme von Entwicklungsminister Offergeld, der immerhin wirtschaftliches Elend und jahrzehntelange Unterdrückung als Ursache der Kämpfe nannte, wurde schon einen Tag später zur p e r s ö n l i c h e n Meinung erklärt. Ansonsten haben SPD, Genscher und der neue El Salvador-Experte der CDU, Geißler, angelegentlich mit Eagleburger verhandelt, eine Prüfung der sogenannten Beweise zugesagt und lediglich die Notwendigkeit von Verhandlungen zwischen den „demokratischen Kräften" auf beiden Seiten betont. In Frankreich ist man nach anfänglicher Skepsis nun von der kommunistischen Gefahr überzeugt. Außenminister Francois-Poncet teilt nach einem Gespräch mit Haig die Auffassung, daß eine kommunistische Einmischung vorliege, *„die US-Regierung habe ihren Vorwurf beweiskräftig untermauert"* („FR", 25.2.81).

Erfolgreich war die Eagleburger-Mission auch insofern, als eine Hilfslieferung der EG für Flüchtlinge zunächst nicht ausgeliefert wird, da man zunächst die Kanäle überprüfen müsse, damit die Sendung nicht in falsche Hände gerate.

Nach Lateinamerika wurde ausgerechnet ein General und ehemaliger stellvertretender CIA-Chef geschickt. General Walters war unter Nixon stellvertretender CIA-Chef und trat im Zusammenhang mit der Watergate-Affäre zurück. Dieser General bereiste Mexiko, Venezuela, Brasilien, Argentinien, Chile. Mexiko hielt auch nach dem Besuch an seiner Unterstützung für die Opposition in El Salvador fest und betonte die gute Zusammenarbeit mit Kuba. Venezuela unterstützt sowieso die Christdemokraten, in Chile und Argentinien ging es wohl eher um den Beginn einer neuen fruchtbaren Zusammenarbeit. Zurückhaltend war aber selbst die brasilianische Regierung. Sie warnte vor einer zu vereinfachenden Darstellung der Konflikte in Zentralamerika und betonte die Nichtein-

Darstellung der Konflikte in Zentralamerika und betonte die Nichtein-

mischung Brasiliens und die Souveränität El Salvadors („FR", 24.2.81). Diese Haltung erklärt sich aus dem laufenden Institutionalisierungsprozeß in Brasilien, wozu es u.a. auch gehört, sich als relativ selbständiger Subimperialist zu präsentieren. Insbesondere in einer Angelegenheit, in der Brasilien wirklich keine Aktien hat.

Im März findet die Welttagung der Christdemokraten statt, an der wahrscheinlich auch Junta-Chef Duarte teilnehmen wird. Aus diesem Anlaß soll er dann seinen Freund Geißler in Bonn besuchen, und Außenminister Genscher wird ihn empfangen.

Auch wir sollten ihm einen gebührenden Empfang bereiten. Ein Termin ist noch nicht bekannt. Aber achtet auf Ankündigungen und haltet Euch den März ein bißchen frei!

Lateinamerika-Kommission

Chile: Todesstrafe für politische Gefangene gefordert!

Am 29.1.1981 wurden in Chile Miriam de Lourdes O., Victor Ortega A., Carmen Escobar G., Carlos Garcia H., Ismael Rodriguez V. verhaftet. Nachdem sie 20 Tage von der DINA/CNI (chil. Geheimpolizei) festgehalten wurden, werden sie jetzt vor dem Kriegsgericht angeklagt, Urheber a l l e r Widerstandsaktionen des letzten Jahres zu sein. Der Innenminister fordert für sie die Todesstrafe!

Mit diesen willkürlichen Anklagen versucht die Militärdiktatur, den Widerstand des chilenischen Volkes auf 5 Personen zu reduzieren. Die innenpolitische Lage Chiles war im vergangenen Jahr und ist noch immer gekennzeichnet durch ein Anwachsen der oppositionellen Kräfte; das chilenische Volk hat die Angst vor dem Militärregime verloren.

Beispiele dafür sind die zahlreichen Enteignungen von Nahrungsmitteln und deren Verteilung in Elendsvierteln, Anschläge auf Statussymbole der Diktatur und die seit Juli 1980

Die chilenische Linke ruft zu einer Demonstration auf:

Freitag, 6.3.81, 16.30 Uhr
Treffpunkt: Dammtor

- *Für die Abschaffung des Kriegsrechts in Chile*
- *Gegen die Todesstrafe*
- *Rettet die Verhafteten*
  Miriam de Lourdes Ortega Araya
  Victor Ortega Araya
  Carmen Gloria Escobar Gonzales
  Carlos Arturo Garcia Herrera
  Ismael Rodriguez Vergara
- *Keine U-Boote für Pinochet*

andauernde Landbesetzung durch 300 Familien in La Bandera/Santiago.

Die COORDINACION SOLIDARIDAD EUROPEA CON CHILE fordert die Öffentlichkeit auf, sich massiv für die Abschaffung der Todesstrafe und für die Rettung des Lebens der 5 Verhafteten einzusetzen durch Protesttelegramme an: Vereinte Nationen, Menschenrechtskommission, Palacio de las Naciones, CH-1211 Genf/Schweiz. Textvorschlag: *Exigimos intervencion por abolicion pena de muerte en Chile y por la vida de los 5 detenidos. (Wir fordern Intervention für die Abschaffung der Todesstrafe in Chile und für das Leben der 5 Verhafteten)* und an den Innenminister Chiles: Sr. Ministro del Interior de Chile, Edificio Diego Portales, Santiago-Chile mit folgendem Text: *1. Exigimos abolicion de pena de muerte en Chile; 2. Exigimos retirar peticion pena de muerte para los cinco detenidos. (1. Wir fordern die Abschaffung der Todesstrafe; 2. Wir fordern die Zurücknahme der Petition der Todesstrafe für die fünf Verhafteten).*

(Text von: Coordinacion Solidaridad Europea con Chile, Hamburg, 24.2. 81)

US-Kampagne gegen Nicaragua

Die Landwirtschaftsminister von 21 lateinamerikanischen Staaten haben sich gegen den Einsatz von „*Nahrungsmittellieferungen als strategische Waffe*" gewandt. Sie kritisierten insbesondere die Weigerung der USA, an Nikaragua bereits zugesagte Weizenlieferungen freizugeben („FR", 20.2.81).

Als Vorwand für diesen neuerlichen Akt der Repression durch die Reagan-Administration müssen wieder die viel behaupteten, aber nie bewiesenen Waffenlieferungen Nikaraguas an El Salvador herhalten. Waffenlieferungen durch die Nikaraguanische Regierung werden in Managua entschieden dementiert. Sie sind nach Angaben der salvadorianischen Guerilla auch gar nicht notwendig. Es gibt in Mittelamerika einen ausgedehnten Schwarzmarkt, auf dem man für amerikanische Dollars die modernsten israelischen und amerikanischen Waffen kaufen kann; und unter Geldmangel leidet die Guerillabewegung dank zahlreicher Enteignungen, Entführungen und nicht zuletzt Spendenaktionen nicht (Spiegel, 9.2.81). Der nikaraguanische Außenminister D'Escoto erklärte hierzu, seine Regierung könne Nikaragua so aber nicht daran hindern, „*sich freiwillig der Verteidigung des salvadorianischen Volkes anzuschließen*". Weiter erklärte er, „*daß es*

karagua so aber nicht daran hindern, „*sich freiwillig der Verteidigung des salvadorianischen Volkes anzuschließen*". Weiter erklärte er, „*daß es*

nicht ungewöhnlich ist, wenn sich nikaraguanische Guerillas in El Salvador aufhalten und sich am Kampf des salvadorianischen Volkes um seine Befreiung beteiligen". Man müsse unterscheiden zwischen „*Söldnern, die für Sold oder gegen Bezahlung in anderen Ländern kämpfen und Guerillas, die aus Solidarität mit einem nach Freiheit oder Idealen strebenden Volk kämpfen*" (Nikaragua-Nachrichten, 1/81). Verständlich, daß diese internationalistische Haltung den Imperialisten ein Dorn im Auge ist.

In der internationalen Presse hochgespielt wurde die kurzzeitige Schließung des christdemokratischen Menschenrechtsbüros in Managua. Mit der (etwas hergesuchten) Begründung, daß das Menschenrechtsbüro nicht ordentlich als juristische Person zugelassen sei, wurden die Räume geschlossen und das Archiv beschlagnahmt. Die Behörden reagierten damit auf eine Verleumdungskampagne des Vorsitzenden der Sozial-christlichen Partei, Gonzales, der an der Spitze des Menschenrechtsausschusses steht. Gonzales hatte auf einer Europareise behauptet, daß es in Nikaragua zahlreiche Verschwundene und Folterungen an politischen Gefangenen gebe, außerdem sei es zu zahlreichen Hinrichtungen gekommen (FR, 14.2.). Diese Behauptungen sind frei erfunden und werden auch von zahlreichen Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses zurückgewiesen (FR, 18.2.81). Sie dienen offensichtlich dem einzigen Zweck, den Imperialisten Material für ihre Verleumdungskampagne gegen das freie Nikaragua zu liefern. Nachdem ein neuer Vorsitzender bestimmt wurde, konnte der Ausschuß inzwischen seine Arbeit wieder aufnehmen.

Lateinamerika-Kommission

Jose Arregui zu Tode gefoltert

Daß in spanischen Gefängnissen immer noch gefoltert wird, und zwar mit denselben bestialischen Methoden und zum Teil von denselben abgerichteten Knechten wie unter Franco, will heute kaum noch jemand wahrhaben. Im jüngsten Fall des Basken Arregui, der angeblich Mitglied von ETA ist, gibt es jedoch selbst für den spanischen Justizminister keine Möglichkeit des Vertuschens und Verschleierns, weil die Beweise dafür, daß hier ein Mensch im Laufe von neun Tagen Polizei„verhören" totgeschlagen worden ist, eindeutig und erschütternd sind. Arregui war am 4. Februar nach einem Schußwechsel mit der Polizei zusammen mit einem anderen Genossen in Madrid verhaftet worden. Das spanische Antiterrorgesetz erlaubt es, Verdächtige bis zu zehn Tagen ohne jeden Kontakt zu Angehörigen und Anwälten zu verhören und mit ihnen alles Erdenkliche anzustellen. Und Jose Arregui haben sie so zugerichtet, daß er auf dem Weg ins Madrider Gefängnishospital am Nachmittag des 13.2. schon im Aufzug starb. Er hatte Blutungen in der Lunge, die Bronchien hatten sich entzündet, beide Augäpfel waren blau unterlaufen, er hatte Blutergüsse an der rechten Schulter, an der Innenseite der Oberschenkel, und Verbrennungen zweiten Grades an beiden Fußsohlen!

Der Tod von Jose Arregui unter der Folter der Madrider Polizei ist bei den Menschen im Baskenland auf große Empörung gestoßen und die baskischen Parteien fordern eine genaue Untersuchung des Falls und die Bestrafung der Verantwortlichen und haben zu einem Generalstreik für Montag, den 16.2., aufgerufen.

Der Tod von Jose Arregui hat, zumindest im Moment, der massiven Anti-ETA-Stimmung, die am 9.2. in Massendemonstrationen im Baskenland zum Ausdruck gebracht wurde, den Wind aus den Segeln genommen. Anlaß dieser Demonstrationen und eines auch nach Aussagen baskischer Genossen stark befolgten Generalstreiks unter der Parole „Frieden und Freiheit" war der Tod eines leitenden Ingenieurs des im Bau befindlichen AKW's von Lemoniz. Der militärische ETA-Flügel hatte den Ingenieur Ryan entführt und die Forderung an die Firma Iberduero gestellt, das AKW zu schleifen. Iberduero weigerte sich selbstredend, dies zu tun, und ließ sich auch auf keinerlei Verhandlungen ein. Am Tag des Ultimatums wurde Ryan erschossen aufgefunden. Eine Welle der Empörung, die vorher von so gut wie allen Parteien tüchtig angeheizt worden war, ging durch das Land, und zum erstenmal kam es zu Massenprotesten gegen das verantwortungslose Vorgehen von ETA/m. Der Tod von Ryan war für alle Parteien, von UCD bis PCE und Euzkadiko Ezkerra ein willkommener Anlaß, nicht nur die bewaffneten Aktionen von ETA/m, sondern die ge-

teien, von UCD bis PCE und Euzkadiko Ezkerra ein willkommener Anlaß, nicht nur die bewaffneten Aktionen von ETA/m, sondern die ge-

samte außerparlamentarische Linke, die zu ETA ein sehr kritisches, aber im Kern noch solidarisches Verhältnis hat, in die kriminelle Ecke zu drängen.

Wahrscheinlich haben einige Polizeiherren in Madrid gedacht, daß vermeintliche ETA-Mitglieder nun endlich vogelfrei sind und sie sie zu Tode quälen können. Die baskischen Parteien, die die Kampagne um das



„Usurbil, Revolution oder Tod. Wir vergessen Dich nicht. Euskadi ergibt sich nicht."

Leben bzw. den Tod von Ryan geführt haben, sind nun gezwungen – um ihre hehren Absichten zu beweisen –, auch einiges wegen des zu Tode gefolterten ETA/m-Mitgliedes auf die Beine zu stellen. Angeblich geht es ihnen ja um Gewalt an sich und um Frieden an sich. Wäre Arregui einen Monat später umgebracht worden, dann hätten sie sich sicher einigen Aufwand gespart.

„Gegen Repression gibt es nur den bewaffneten Kampf"

(„Contra represion – lucha armada es solucion!"), „Viva ETA militar", „Nieder mit dem Antiterrorgesetz", „Die Polizei foltert und mordet" waren einige der Parolen, die auf den Demonstrationen des Blocks der revolutionären Linken in Bilbao, San Sebastian, Pamplona und Vitoria gerufen wurden. Der Generalstreik und die Protestdemonstrationen gegen den Mord an dem baskischen Patrioten Jose Arregui waren ein großer Erfolg – ein Erfolg vor allem für „izquierda abertzale", wie sich die revolutionäre baskische Linke nennt.

Wegen der oben dargestellten Auseinandersetzungen zwischen den reformistischen Kräften und der „izquierda abertzale" um den Tod des Ingenieurs von Lemoniz durch ETA/m hatten die Linken getrennte Aufrufe sowohl zum Generalstreik als auch für die Demonstrationen gemacht. Die Demonstrationen hielten etwa hundert Meter Abstand voneinander und waren durch jeweilige Ordnungskräfte gegeneinander abgeschirmt. Eine minimale Einheit wur-

ander und waren durch jeweilige Ordnungskräfte gegeneinander abgeschirmt. Eine minimale Einheit wur-

de durch den gleichen Ort und Zeitpunkt der Demonstrationen gewahrt.

In sämtlichen Städten waren die Teilnehmerzahlen des linken Blocks erheblich höher als die des Blocks von PNV (national-konservativ), PSOE (Sozialdemokraten), PC-Euskadi, Euzkadiko Ezkerra (Bündnis um ETA und ETA/pm) und der entsprechenden Gewerkschaften. In Bilbao führte Herri Batasuna (Bündnis um ETA/m) nach gegenseitiger Übereinkunft mit dem anderen Block die Demo an. Zwischen 60.000 und 70.000 Menschen folgten einem Transparent, das von acht mit Kapuzen verkleideten Männern getragen wurde. Auf diesem Transparent war das Emblem von ETA zu sehen und die Parole in baskischer Sprache: „Bis zur Errichtung von Unabhängigkeit und Sozialismus wird das baskische Volk mit der Waffe in der Hand kämpfen".

Der Block der bürgerlichen Kräfte umfaßte ca. 20.000 Menschen, die ohne jede Parole, ohne Transparente und in völligem Schweigen dahergingen.

In San Sebastian folgten etwa 30.000 Menschen dem Aufruf von Herri Batasuna und 10.000 gingen im anderen Block. Dem Zug von Herri Batasuna wurde ein Transparent vorweggetragen, ebenfalls mit dem ETA-Emblem und der Parole „Usurbil (Name des Ermordeten): Revolution oder Tod. Wir vergessen dich nicht. Euskadi ergibt sich nicht". Tausende riefen „Viva ETA", „Folter nein – Amnestie ja" und den anderen Demozug griffen sie mit der Parole an: „Hier sind sie, da habt ihr sie – die Freunde von Roson" (Roson ist der spanische Innenminister). In Pamplona (Navarra) demonstrierten 8.000 Menschen, auch hier ein ETA-Transparent vorneweg. Der Block der bürgerlichen Kräfte war nur 500 Mann stark. In Vitoria waren es 13.000, die dem ETA-Transparent folgten, 8.000 waren im Block von PNV, PC usw.

8.000 waren im Block von PNV, PC usw.

Der Generalstreik wurde in allen vier baskischen Provinzen zwischen 90 und 100 %ig befolgt. Diese Angaben wurden von allen spanischen Zeitungen und von Rundfunk und Fernsehen bestätigt. D.h. daß an diesem Tag (16.2.) nicht nur alle Betriebe, sondern auch alle Schulen, öffentlichen Verkehrsmittel, Geschäfte usw. dicht machten ... Der Generalstreik wurde somit (vor allem in Navarra) in weitaus größerem Ausmaß durchgeführt als bei dem Tod des leitenden Ingenieurs von Lemoniz, zu dem die „izquierda abertzale" nicht aufgerufen hatte.

An der Beerdigung von Jose Arregui in seinem Heimatdorf Cizurquil nahmen 10.000 Menschen teil. In hunderten von anderen Dörfern und kleinen Städten fanden ebenfalls Protestdemonstrationen statt. Die gewiß keiner Sympathie mit der baskischen Linken verdächtige Zeitung von Granada „Ideal" schätzt die Mobilisierung durch die baskische Linke auf 150.000 Menschen (diese Zahl bezieht sich nur auf die Demonstrationen). Auf einer Pressekonferenz nach den Demonstrationen erklärte ein Sprecher von Herri Batasuna, daß sie mit dem Mobilisierungsergebnis recht zufrieden seien, da der seit langem eingeleitete Prozeß, die radikale Linke und vor allem diejenigen, die für die Unabhängigkeit des Baskenlandes eintreten, auszuschalten, empfindlich gestört worden sei. Er wies auf die Arbeitsteilung zwischen der spanischen Zentralregierung und der baskischen Regierung bzw. dem PNV hin. Die spanische Zentralregierung hat bezahlte Söldner in Dienst genommen, die einen „schmutzigen Krieg" gegen ETA führen (nach mehrfachen Presseberichten handelt es sich um ehemalige Algerien„kämpfer" der französischen OAS!). Der PNV und die baskische Regierung unternehmen alles, um Herri Batasuna zu isolieren, ihnen Meinungs-, Versammlungs- und Informationsfreiheit zu nehmen.

freiheit zu nehmen.

Im Carabanchel-Gefängnis von Madrid, in dem Arregui zu Tode gefoltert wurde, sind 114 Gefangene in Hungerstreik getreten (89 von ETA/m, 19 von ETA/pm und 6 Mitglieder der GRAPO).

Bei Klebeaktionen in Madrid, Santiago und Barcelona sind insgesamt 23 Genoss/inn/en von MC verhaftet worden. Ihnen wird jetzt eine Anklage wegen „Beleidigung des spanischen Innenministers und bestimmter Institutionen des Staates" angehängt.

Spanienkommission



„Zerstört Lemoniz". Diese Parole wurde in Bilbao getragen, und die Entführung und Tötung des Ingenieurs von Lemonitz durch ETA/m stand unter der Forderung nach der Schleifung des AKWs von Lemoniz. Im Hintergrund die Parole „Atomstaat = Polizeistaat".

Likör-Dealer contra Kunstfreiheit — 1 : 0

Die Wirklichkeit treibt hierzulande die wüstesten Scherze: Eine deutlich erkennbare, konsequente Überzeichnung der seit sieben Jahren laufenden Jägermeister-Anzeigenserie mit dem Text „Ich trinke Jägermeister, weil mein Dealer zur Zeit im Knast sitzt", darf von der Zeitschrift „PARDON" nicht weiter verbreitet werden. Die Pressekammer des Landgerichts Hamburg entschied am 20.2. in unser aller Namen, daß die „PARDON"-Darstellung „weder durch die Meinungs- und Pressefreiheit, noch durch die Kunstfreiheit gem. Art. 5 GG gerechtfertigt" sei. Dabei sei es unerheblich, ob die Kräuterfusel-Firma in ihrer Werbung „häufig die Grenzen des guten Geschmacks überschritten" habe; ja, es darf sogar „auch die Kritik entsprechend scharf, sogar aggressiv sein", aber nur bis an die Grenzsteine der Freien Marktwirtschaft: Da Unternehmen als juristische Personen die allgemeinen Grundrechte für sich in Anspruch nehmen können, werde die Firma durch unterstellte Äußerungen wie die des „PARDON"-Teams Volland/Krolow, „die geeignet sind, sie in den Augen der Öffentlichkeit herabzuwürdigen", in ihrem verfassungsmäßig geschützten Persönlichkeitsbereich beeinträchtigt. Wie schon im Fall des unerwünschten Chronisten F. C. Delius, von dem sich der Siemens-Konzern beleidigt fühlte, entschied ein bundesdeutsches Gericht auch in diesem Fall zugunsten des angegriffenen Kapitalisten und gegen die Presse- und Kunstfreiheit.

Die festgestellte Beeinträchtigung der Wolfenbütteler Kommanditgesellschaft konnte nur durch einige schlichte Gemüter, wie z. B. den Suffbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein, konstruiert werden, die die Satire auch auf den zweiten Blick nicht als solche erkannten und sie deshalb für eine reguläre, vielleicht allzu geschmacklose Nummer der



„Ich bin jemand, der Satire vertragen kann. Aber das geht weit, weit über das hinaus, was an Freiheiten man sich in diesem freien Rechtsstaat erlauben kann"
W. Mast
(„Neue", 18.12.80)

bald 2000 verschiedenen Anzeigen hielten. „Identitätstäuschung" wird sowas in der Juristensprache genannt, und „ *daß die aufgezeigte Gefahr einer Täuschung über den Urheber der streitigen Veröffentlichung besteht, kann die Kammer aus eigener Sachkenntnis beurteilen, da ihre Mitglieder zu den von der Veröffentlichung angesprochenen Verkehrskreisen gehören*". Komik von der unfreiwilligsten Sorte, aber weiter im Urteil: „*Gerade weil sich unter den Aussagen der Jägermeister-Trinker ... häufig solche befinden, die von einzelnen Bevölkerungskreisen als geschmacklos empfunden werden, ..., ist die Annahme begründet, daß Leser der Klägerin auch eine solche zutrauen und vermerken werden, daß die Klägerin hier wiederum die Grenzen des guten Geschmacks überschritten habe*".

Satire? Schräge Logik? Nein, bundesdeutsche Gerichtspraxis, die uns aus anderen Fällen wohlbekannt ist: „*Es ist gerichtsbekannt, daß der Kanzlerkandidat der Union, Dr. h. c. Franz-Josef Strauß, auf nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung nicht nur provozierend, sondern aggressionsauslösend wirkt*", lautete die Begründung des Hamburger Verwaltungsgerichtes vom 22.8.80 zum Verbot der direkten Demonstration gegen den Wahlkampfauftritt des Kandidaten in der Hansestadt. Der Gestank von Scheiße (pardon!) wird also bei konsequenter Fortsetzung dieser Spruchpraxis bald höchstens noch als unangenehmer Geruch bezeichnet werden dürfen, weil sich sonst die Scheiße beleidigt fühlen könnte.

Und damit derartige Entgleisungen nicht einreißen, verpflichtete die Kammer das Blatt zum Schadensersatz an die Alkoholdealer für sämtliche Umsatzeinbußen und Aufwendungen für Gegendarstellungen. Sollte dieses Urteil von den nächsten Instanzen bestätigt werden, könnte es „PARDON" den Hals brechen.

Ein Jägermeister ...

Just nachdem die Advokaten der Firma ihre Anzeige formuliert und eingereicht hatten, brachte das 3. Fernsehprogramm in der Serie „Vor vierzig Jahren" einen Wochenschaubericht über die Kriegsweihnacht 1940. Mitwirkende waren ein grinsender Goebbels und ein paar Päckchen für die Braven an der Front. Inhalt: u. a. eine Flasche ––– Jägermeister. „Das ist des Jägers Ehrenschild, daß er beschützt und hegt sein Wild, weidmännisch jagt, wie sich's gehört, den Schöpfer im Geschöpfe ehrt", lautet der sinnige Stammspruch der Firma.

... geht seinen Weg

„*Eine Entgleisung und nicht zu tolerierende Unverantwortlichkeit, die nichts mit Scherz, Satire oder Ironie zu tun habe*", nannte der Dachverband der Deutschen Werbewirtschaft die „PARDON"-Veröffentlichung („Handelsblatt", 24.12.80). Bei anderen, tatsächlichen Anzeigen des Unternehmens entschieden sie über Beschwerden weitaus moderater. Die 1139. Anzeige mit dem Spruch eines Jugendlichen „Ich trinke Jägermeister, weil mein Vorarbeiter gesagt hat, ich soll ihm doch mal was richtig nachmachen", wurde knapp als „eklatanter Verstoß" gegen die Regel gerügt, keine Aufforderung zum Trinken an Jugendliche ergehen zu lassen.

Von verschiedenen Frauenorganisationen als sexistisch und frauenfeinlich kritisierte Anzeigen blieben dagegen ungerügt. Lediglich einer der genannten Sprüche („ ... *weil Tröpfchen für Tröpfchen genauso frei macht wie Knöpfchen für Knöpfchen*") aus dem Munde einer offenbusigen Frau wurde beanstandet – jedoch nicht wegen Frauenfeindlichkeit, sondern wegen des Verbots von Werbeaussagen, die auf „enthemmende Wirkungen alkoholischer Getränke abstellen".

Rauschgiftfabrikant Mast, der die „PARDON"-Anzeige als „*größte Sauerei in der Geschichte meiner Firma*" bezeichnete („Stern" 2/81), verhielt sich bei dieser Gelegenheit nur wenig gehemmt. Der Kritik einer Frau am Stil der 100 Mio. DM teuren Werbekampagne entgegnete er, daß „*Ihre Äußerungen im wesentlichen emotionell bedingt*" sei und seine Firma nicht „*von Minderheiten lebe*". Werbebranchenintern wurde die Anzeigenserie 1976 als „besonders einfallsreich" prämiert; Wochenende für Wochenende kickt die derzeit nicht mehr in der Bundesliga spielende Braunschweiger Eintracht mit dem Firmenhirsch auf dem Trikot werbe-(un)wirksam in der Gegend herum, nachdem sie in erfolgreicheren Zeiten das übelschmeckende Getränk zum Spitzenreiter in bundesdeutschen Schlachtenbummlerkneipen gemacht hatte. Insgesamt ist die Anzeige auf 3000 Stück angelegt; wir werden also noch mindestens drei weitere Jahre die Sprüche der „Menschen wie du und ich" über uns ergehen lassen müssen.

Das Gesöff Jägermeister ist ein anschauliches Beispiel Werbung, wie man einen ungenießbaren, 35-prozentigen Hustensaft zur Nr. 1 der verkauften Liköre pusht. Die Fußballplatz-Alkoholiker und Bahnhofs-Schnapsleichen sind in der Bilanz allerdings nicht verzeichnet.

Drogenkommission



Jägermeister in Frauenmunde ...

„Ich trinke Jägermeister, ...
... weil ich der große Preis von Monte Carlo bin."
... weil ich jetzt schon 20 Frösche durchgeküßt habe, aber nie ist ein Prinz daraus geworden."
... weil bei mir alle Männer die Kurve kratzen wollen."
... weil ich immer gern was Männliches auf den Lippen habe."
... weil ich für Heinrich die achte bin."
... weil ich zwar den Numerus Clausus nicht geschafft habe, aber dafür die Nummer mit Claus."
... weil ich Sabine ein für alle mal aus meinem Revier vertrieben habe."

... und Männermunde

„Ich trinke Jägermeister, ...
... weil ich mir jetzt wieder Backfische und junges Gemüse vornehme."
... weil ich endlich die wüste Gabi hinter mich gebracht habe."
... weil Angelika immer sprechen von Gestandesamt und ich nix verstehen."

man sich in diesem freien Rechtsstaat erlauben kann"
W. Mast
(„Neue", 18.12.80)

gen den Wahlkampfauftritt des Kandidaten in der Hansestadt. Der Gestank von Scheiße (pardon!) wird

Pardon, die heilige Kuh der Marktwirtschaft angepinkelt

Interview mit Henning Venske, Chefredakteur der neuen Pardon

Warum habt ihr diese Satire veröffentlicht? Seid ihr fanatische Alkoholgegner? Oder aus eigennützigen Reklamegründen?

Weder – noch. Ich trinke ganz gern mal was, allerdings keinen Kräuterlikör. Wir haben nur etwas gegen diese überzogen aggressive Werbekampagne, die Schnaps als Problemlöser in wirklich allen Lebenslagen anpreist und sich auch nicht scheut, Jugendliche zu Werbezwecken zu mißbrauchen. Die Richterin benutzte für die Jägermeister-Anzeige das Wort „menschenverachtend". Und was die Reklame für uns selbst, für PARDON angeht: wir konnten nicht ahnen, daß der Jägermeister so sensibel reagiert.

Was rechtfertigt den Wirbel, der um diesen Prozeß gemacht wird? Worin liegt die Bedeutung dieses Verfahrens?

Es geht darum, daß hier eine Firma hemmungslos für das von ihr hergestellte Rauschmittel wirbt zum Zwecke ihres Profits, so, wie die sog. freie Marktwirtschaft das für richtig hält. Und daß andererseits von denen, die in dieser sog. freiheitlich demokratischen Grundordnung Verantwortung tragen, ein zwar lautes, aber inhaltsleeres Geschrei zu hören ist über Drogenabhängigkeit und Alkoholismus. Wir wissen doch, daß die Mächtigen in diesem Staat nichts tun, außer die Mißstände zu verwalten. Es sei denn, sie fügen noch einige neue hinzu. Den Menschen, die darunter leiden, offerieren sie den Alkoholismus als einen legalen Tranquilizer. Es geht in diesem Verfahren darum, daß eine Zeitschrift die heilige Kuh „freie Marktwirtschaft" angepinkelt hat. Man wirft uns sowas wie unlauteren Wettbewerb vor, obwohl wir gar keinen Schnaps verdealen und Verletzung des Namensrechtes. Und durch die Festsetzung eines fantastisch hohen Streitwertes von 1 Million DM (wurde vom Gericht in der 1. Instanz auf 400.000 DM festgesetzt – Anm. AK) will man den Verlag, der eine so marktwirtschaftsunfreundliche Satire zuläßt, in den Ruin treiben. Und es geht darum, ob das Grundrecht der Pressefreiheit nicht ein höheres Rechtsgut ist als das Namensrecht, sprich das Profitinteresse eines Industriellen. Es geht darum, ob die Satire darf, was wir da getan haben.

Tucholskys Ausspruch „Was darf die Satire? Alles!" war doch wohl als Forderung an die staatliche Obrigkeit gemeint, der Satire keine Grenzen zu setzen, d. h. keine Zensur auszuüben. Ist Deiner Meinung nach fortschrittliche Kunst, also auch die Satire, völlig frei in ihrer Aussage?

Die Satire ist – laut Erich Weinert – ihrem Ursprung nach Volksdichtung. Deswegen kann sie – richtig verstanden – keinesfalls profaschistisch sein, nicht militaristisch, nicht rassistisch, nicht frauen- und nicht kinderfeindlich. Die Satire schwebt nicht im unverbindlichen Nonsens- und Blödelraum, und der Satiriker ist kein freischwebendes Arschloch: er hat mächtige Gegner, die er benennt. Und Witze auf Kosten der Opfer hält er für schlechte Witze. Er ist so frei, Partei zu ergreifen. Grenzen zu ziehen, versuchen nur die Gebissenen.

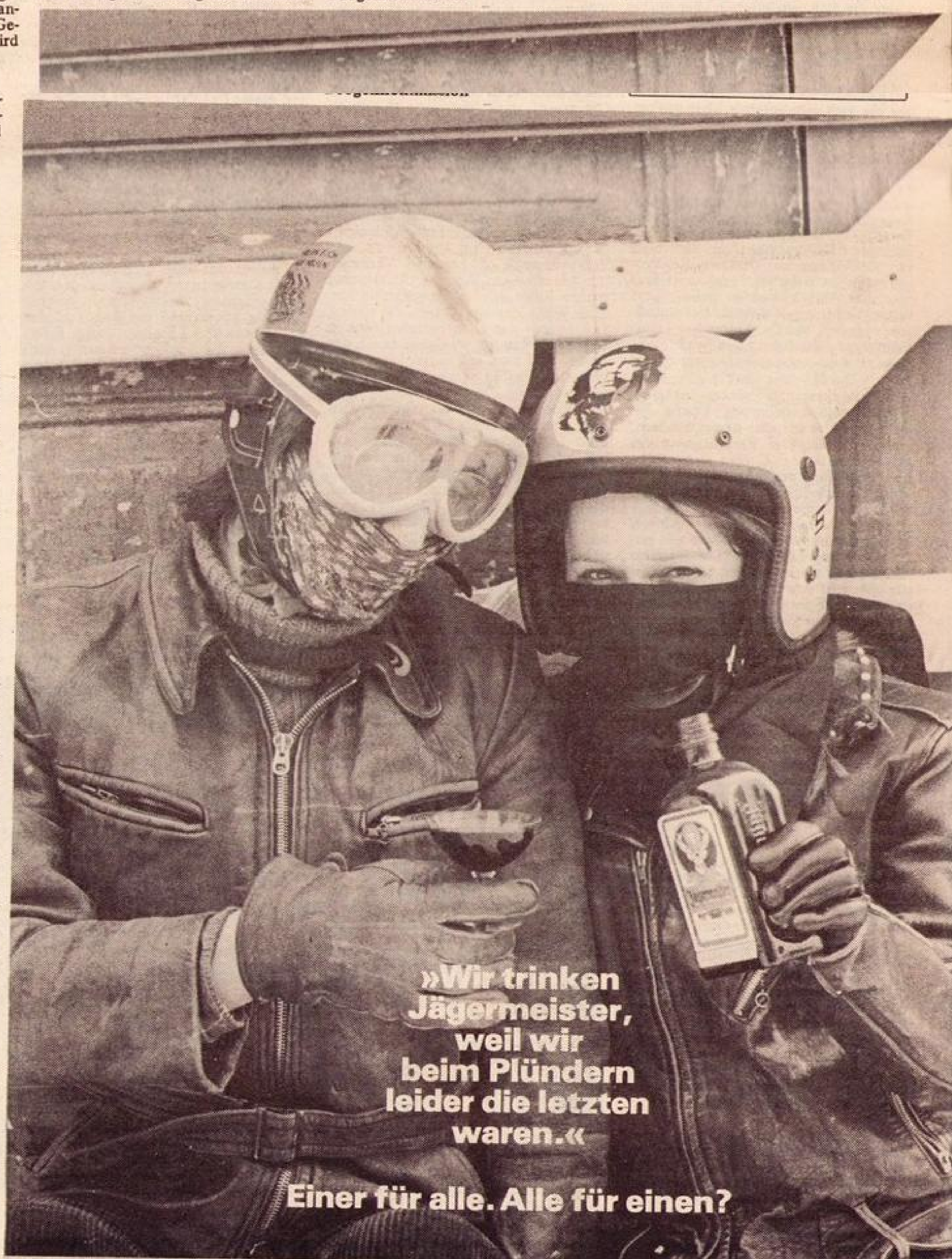
PARDON ist eine Ware auf dem Zeitungsmarkt. Ist das nicht auch eine Grenze?

Klar. Wir sind z. B. ohne Anzeigen nicht lebensfähig. Dazu ist die Auflage nicht hoch genug, noch nicht. In Frankreich gibt's eine satirische Wochenzeitung „Harakiri", die hat das geschafft. Aber nach unseren Erfahrungen jetzt müßte ich mir sehr überlegen, eine Satire auf Drehtabake zu veröffentlichen ...

Gibt es nach den ersten 4 Nummern von PARDON noch andere Versuche der Disziplinierung?

Ja, der Staatsanwalt ermittelt wegen § 166 StGB, Beleidigung von Religionsgemeinschaften oder sowas, und Prof. Erwin K. Scheuch, der etwas seltsame Vorsitzende des „Bundes Freiheit der Wissenschaft" will nicht unser „Brschloch des Monats" sein, weil seine Anwälte ihm gesagt haben, wir meinten in Wirklichkeit Arschloch des Monats.

Wir wünschen alles Gute.
(aus „Bunte Liste – Wehrt Euch" Februar/März-Ausgabe 1981).



DER KOMMENTAR

BUNTE ZEITUNG NR. 3

»Jedem sein Recht auf einen eigenen Demonstrations-Stil?«

Die Brokdorf-Demonstration am 2.2.1981 war ein schwerer Rückschlag und Mißerfolg für die Anti-AKW- und linke Bewegung Hamburgs.

Der relative Mobilisierungserfolg von 15.000 Menschen, trotz Demonstrationsverbots durch die Innenbehörde und die gleichzeitige Schlappe der 'Konkurrenzdemo' der Jusos, die mit wenigen Tausend Anhängern vorlieb nehmen mußten, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der 2. Februar als **'Tag der Provokation gegen die werktätige Bevölkerung'** angesehen werden muss.

Die von kleinen Gruppen aus der Demonstration vorgetragene 'Militanz', war fast vollständig losgelöst von den politischen Zielen der Anti-AKW-Bewegung.

Als Objekte dieser 'Militanz' wurden nicht nur die Luxushotels an der Alster (was ich zwar für unsinnig, aber immer noch für vereinbar mit diffusem linken Bewußtsein halte), sondern in sehr starkem Maße auch Klein- und Mittelklassewagen, Fensterscheiben von Mietwohnungen, die Scheiben und Auslagen von kleinen Läden, die Scheiben, Einrichtung und Kasse eines Lokals, die Scheiben des fortschrittlichen CVJMs, etc. gewählt. Kurzum, die Brokdorf-Demo am 2.2.81 war die erste, mir bekannte Demonstration in Hamburg, wo sich die vorgebliche 'Militanz' einiger Aktionsgruppen d i r e k t gegen die werktätige Bevölkerung und kleine Geschäftsleute gerichtet hat.

Schlimmer noch, eine jugendliche 'Militante' haben ihre pfundschweren Wurfgeschosse b e w u ß t in den Demonstrationszug geschleudert.

Diese Machart der provokatorischen Agressionen und deren Ausmaß waren der nachhaltig bestimmende Eindruck, den diese Demonstration auf mich gemacht hat.

Wer diese bevölkerungsfeindlichen Anschläge nicht wahrnehmen will, oder sie als 'Randerscheinung' zu bagatellisieren versucht, handelt in höchstem Maße verantwortungslos und sorgt so direkt und sicher dafür, daß bei der nächsten Großdemo mit noch schärferen Eskalationen gegen die Bevölkerung zu rechnen sein wird.

Wenn z.B. ein Sprecher der autonomen BUU davon spricht, daß er anderen ihre Widerstandsformen nicht vorschreiben will, oder der KB sich dagegen verwahrt, anderen Demonstrationsteilnehmern Zensuren auszuteilen (beides Äußerungen auf der Pressekonferenz am 3.2.81), dann kann dies nur als Ermutigung zur Fortsetzung der 'Feldzüge' gegen das Eigentum kleiner Leute verstanden werden. Die vollständige Diskreditierung der Anti-AKW-Bewegung ist damit vorprogrammiert.

In einem Flugblatt gleich nach der Demonstration schreibt der KB zu den bevölkerungsfeindlichen Ausschreitungen, daß diese 'absolut sinnlos .....'' seien. Kein Wort der Abgrenzung, nicht einmal deutliche Kritik von dieser Organisation, die sich der Arbeiterklasse verpflichtet fühlt. Hier wird der Tiefstpunkt der Krise der Linken durchschritten.

Man muß davon ausgehen, daß ein ganzer Teil der Organisationen,die am 2.2. mitdemonstriert haben, z.B. die IG Druck und Papier und der Arbeitskreis Leben, die "Z" kein zweites Mal bereit sein werden, sich an Demos zu beteiligen, aus denen heraus Anschläge gegen das Eigentum und die Gesundheit von Werktätigen unternommen werden, zumindestens solange nicht, wie von den Verantwortlichen der Brokdorf-Demonstration nicht klare Worte der Distanzierung gefallen und Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Provokationen eingeleitet sind.

Es wird die wichtige Aufgabe der Anti-AKW-Bewegung sein, durch gemeinsame Beratungen, Sorge dafür zu tragen, daß ihre Reihen von Aktivisten, deren Aggression ungezielt und blind jeden und alles treffen können, zu befreien.

Zu warnen ist ausdrücklich vor einer nur sozialpädagogischen Aufarbeitung dieses 'Jugendphänomens', ohne daß konkrete Beschlüsse zur politischen Ausgrenzung dieser 'Position' erfolgen.

Eine Ko-Existenz zwischen Linken und Gruppierungen, die einen VW-Golf zum Symbol ihres militanten Widerstands gegen das AKW Brokdorf machen, ist der Tod der Anti-AKW-Bewegung.

R. Link

Der Kommentar zum »Kommentar«

Das DKP-Zentralorgan „UZ" freut sich: **„Diejenigen, die bisher allein in der gewaltsamen Konfrontation mit der Polizei das absolute Heil sahen, beginnen sich von den plündernden und randalierenden Schädlingen zu distanzieren, sie aus der Bewegung herauszudrängen"** (13.2.81). Der Dank gilt besonders der „Gruppe Z", die mit ihrem hier nachgedruckten „Kommentar" („Bunte Zeitung" Hamburg, Nr. 3) den übelsten Hetztiraden der DKP gegen Chaoten, Maoisten etc. pp. echte Konkurrenz macht.



aus „taz"

1. Ohne das Geschehene beschönigen zu wollen, muß doch festgestellt werden, daß der „Z"-Kommentator maßlos übertreibt, um aus einer in der Tat zu kritisierenden R a n d e r s c h e i n u n g dieser Demonstration einen möglichst farbigen Stoff für seine Polemik zu machen. Die geschilderten Übergriffe ereigneten sich nicht *„in sehr starkem Maße"*, sondern in einer geringen Zahl – auch wenn jeder einzelne dieser Vorfälle schon zu viel ist. Auch Formeln wie *„direkt gegen die werktätige Bevölkerung und kleine Geschäftsleute gerichtet"*, *„bevölkerungsfeindliche Anschläge"*, *„Anschläge gegen das Eigentum und die Gesundheit von Werktätigen"* dienen mehr der Stimmungsmache als der Beschreibung der Realität: Blinde Aggressionen gab es fast ausschließlich in einem Strassenzug entlang der Alster, wo die Demonstranten längere Zeit zwischen Alster zur Linken und Polizeisperren zur Rechten (an den von der Alster wegführenden Seitenstraßen) eingeklemmt waren. Dieser Straßenzug ist wahrhaftig kein „proletarisches Wohngebiet" oder ein Gefilde für „kleine Geschäftsleute", wie man bei der Lektüre des „Z"-Kommentars wohl glauben soll.

2. Der „Z"-Kommentar macht *„die vorgebliche ‚Militanz' einiger Aktionsgruppen"* für die „bevölkerungsfeindlichen Anschläge" verantwortlich. Tatsächlich sind diese Zerstörungen aber von vereinzelten Jugendlichen oder jedenfalls von Jugendlichen a u ß e r h a l b politisch-organisatorischer Zusammenhänge angerichtet worden. Es ist keine politische Gruppe bekannt, die s o l c h e „Aktionen" für sinnvoll hält.

3. Aus der Sicht der „Gruppe Z" geht es aber gerade darum, politischen Organisationen, namentlich den ‚Autonomen' und dem KB, ausdrücklich die Verantwortung für die „bevölkerungsfeindlichen Anschläge" anzulasten. Gerade d a s ist der H a u p t z w e c k des „Kommentars". Mit der Wahrheit ist dieser Zweck nicht zu erreichen, also muß g e l o g e n werden. Im „Kommentar" wird dem KB vorgeworfen, er „ermutige" zur *„Fortsetzung der ‚Feldzüge' gegen das Eigentum kleiner Leute"*. Dabei zitiert der „Z"-Kommentator selbst aus einem am Tag nach der Demonstration erschienenen KB-Info, in dem die blinden Aggressionsakte als „absolut sinnlos" bezeichnet wurden. Soll man d a s etwa als „E r m u t i g u n g" zur Fortsetzung verstehen?! Daß es um „Ermutigung" nun wirklich nicht ging, zeigt sich noch mehr, wenn man die betreffende Passage aus dem Info i n s g e s a m t liest – wir drucken sie nebenstehend nach.

Noch infamer als der Vorwurf der „Ermutigung" ist die Aussage des „Kommentars": **„...Wer diese bevölkerungsfeindlichen Anschläge nicht wahrnehmen will...., s o r g t s o d i r e k t u n d s i c h e r dafür, daß bei der nächsten Großdemo mit noch schärferen Eskalationen gegen die Bevölkerung zu rechnen sein wird".** Daß damit konkret der KB und die ‚Autonomen' gemeint sind, geht aus dem Zusammenhang unzweifelhaft hervor. Hier werden wir also nicht bloß als „Ermutiger", sondern geradezu als direkte V e r u r s a c h e r von „bevölkerungsfeindlichen Anschlägen" hingestellt. Das hat BILD-Niveau.

4. Als praktische Schlußfolgerung fordert die „Gruppe Z", dafür zu „sorgen", daß *„Aktivisten, deren Aggressionen ungezielt und blind jeden und alles treffen können"*, politisch ausgegrenzt und aus der Anti-AKW-Bewegung hinausgesäubert werden. Es sollen *„Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Provokationen eingeleitet"* werden. An dieser Stelle wäre es doch interessant, wenn die „Gruppe Z" mal k o n k r e t werden könnte. Wie stellt sich die „Gruppe Z" in einem Zug von einigen Hundert Metern Länge und mit über 10.000 Teilnehmern die „Verhinderung" praktisch vor? Wie stellt sie sich dies zumal in Situationen vor, wo die Demonstration vollauf damit beschäftigt ist, sich mit knüppelschwingenden Polizeihorden auseinanderzusetzen? (Gerade am Rande s o l c h e r Szenen gab es nämlich auch die meisten blinden Aggressionsakte). Sicher ist jedenfalls, daß die Bewegung auf das neue „Phänomen" blindwütiger Zerstörungen am Demo-Rand in erster Linie p o l i t i s c h e Antworten finden muß.

Das muß nicht sein!

Am Rande der Demonstration, vor allem während des durch die Polizeisperren erzwungenen Stillstands an der Alster, gab es bedauerlicherweise politisch sinnlose bzw. schädliche Zerstörungen. So wurden beispielsweise beim CVJM-Haus („Christlicher Verein Junger Männer") Scheiben und ein Schaukasten mit Steinen eingeworfen. Den Verursachern war möglicherweise nicht bekannt, daß der CVJM in Hamburg sich seit vielen Jahren für fortschrittliche Politik engagiert. Absolut sinnlos war auch das Einschlagen der Scheiben einer griechischen Gaststätte zwischen Gurlitt-Straße und Schmilinsky-Straße, einzelne Steinwürfe auf Fenster von Wohnhäusern sowie Zerstörungen an einigen PKWs entlang der Demo-Route. Anders als Aktionen gegen Versicherungsbüros, Nobel-Hotels, Büros reaktionärer Staaten, Porno-Läden usw. stehen blinde Aggressionen wie die oben erwähnten in keinem politischen Zusammenhang mit unseren allgemeinen Zielen (Kampf gegen Staat und Kapital).

In solchen blinden Zerstörungen kommt die Aggressivität vieler Jugendlicher zum Ausdruck. Daß es solche Aggressionen bei einer gar nicht kleinen Zahl von Jugendlichen gibt, wird niemanden verwundern, der in den vergangenen Jahren die Politik der Herrschenden, gerade auch gegenüber den Jugendlichen, beobachtet und miterlebt hat. Statt blinder Aggressionen bewußter und ausdauernder Kampf zur Überwindung der herrschenden Verhältnisse – d a s ist unser Ziel.

Aus der Stellungnahme des KB zu den Ereignissen am 2.Feb.

Genosse Mao widerspricht dem Distanzierungskurs der Z!

„....In dieser Erzählung bildet Lu Hsün vor allem einen rückständigen Bauern ohne politisches Bewußtsein ab. Er widmet der Beschreibung, wie ein falscher ausländischer Teufel dem Ah Q die Revolution verbietet, ein eigenes Kapitel – es heißt: Kein Recht auf Revolution. In Wahrheit ist das, was Ah Q unter Revolution versteht, nichts anderes als das Recht, zu klauen wie manche andere. Aber selbst diese Art von Revolution wird ihm vom falschen ausländischen Teufel nicht erlaubt. Mir scheint, daß manche in dieser Hinsicht dem falschen ausländischen Teufel ziemlich ähnlich sind. Sie schließen diejenigen, die in Irrtümer verfallen sind, von der Revolution aus und ziehen zwischen Irrtum und Konterrevolution keine Grenze...." (aus Mao Tsetung, Ausgewählte Werke Band 5: „Über die zehn großen Beziehungen; 9. Die Beziehung zwischen richtig und falsch").

Mi/BO Barmbek

Solidarität mit den Befreiungsbewegungen

Am 10. Februar veranstaltete in Bremen die CISNU/Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla einen Internationalismus-Abend, zu dem als einzige deutsche Organisation der KB mitaufgerufen hatte. Auf Grund einer guten Mobilisierungsarbeit und wegen des guten Programms kamen ca. 300 Interessierte, darunter viele Westdeutsche.

Anlaß für die Veranstaltung waren der 11. Geburtstag der Organisation Volksfedayin und der zweite Jahrestag des Schah-Sturzes. Ein Eingangsreferat der Iraner ging auf eben diese Daten und die heutige Situation im Iran ein, die sie als Herrschaft eines reaktionären Regimes betrachten. Nach iranischen Kampfliedern gab es kurze Grußbeiträge der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), von Peykar und vom KB. Zwei Filme zum bewaffneten Kampf der Kurden und zur Lage in Guatemala, chilenische Lieder und ein Dia-Vortrag zur Bombardierung kurdischer Städte durch die Islamische Republik rundeten den Abend ab.

Die gesamte Gestaltung des Abends wie auch alle Beiträge gingen auf die Bedeutung der internationalen Solidarität im Kampf gegen den Imperialismus ein, eine Erkenntnis, die allmählich auch wieder ins Bewußtsein westdeutscher Linker zu kommen scheint. Für weitere Internationalismus-Veranstaltungen hat dieser Abend jedenfalls Mut gemacht!

KB/Gruppe Bremen



Sozialistische Konferenz

»Billiger als in Marburg sind unsere Erfahrungen nicht zu haben gewesen«

Die folgenden Fragen haben wir an Michale Stamm, Mitglied der nationalen Koordination der Sozialistischen Konferenz (SK) und der Tagesleitung in Marburg und Mitglied der „Gruppe Z" gestellt. Er hat sie individuell beantwortet, seine Sichtweise ist also weder eine Stellungnahme der „Gruppe Z", noch ist sie vereinheitlicht in der nationalen Koordination. Dennoch stimmt sie in der groben Orientierung mit anderen Vertretern dieser Koordination überein.

AK: Wie bewertest Du den Ablauf der SK in Marburg?

M.S.: Eine Antwort nur in einer Richtung ist sicher nicht möglich. Für die Masse der Teilnehmer hat sie, sieht man von einigen guten Arbeitsgruppen und Teilen des letzten Tages ab (der Diskussion um die friedenspolitischen Initiativen, Anm. AK), nichts Produktives gebracht. Für die bisherigen Träger, die wenigen lokalen Vorbereitungsgruppen, scheint mir Marburg dagegen eine Klärung der Fronten gebracht zu haben, die uns ein Stück weit vorwärts gebracht haben dürfte. Karl Nolle (Hannover, SOAK) und Frieder Wolf (Westberlin, Prokla) haben das so ausgedrückt: „Billiger als in Marburg sind unsere Erfahrungen nicht zu haben gewesen." Damit meinen sie die Notwendigkeit von Konsequenzen, die von den Kräften gezogen werden müssen, denen es um die Wiederherstellung, besser um die Herstellung einer interventionsfähigen sozialistischen und kommunistischen Linken geht. Und da habt ihr in eurer ersten Stellungnahme zur SK sicher recht mit der These, Voraussetzung für eine solche Zielsetzung sei die o f f e n s i v e A u s e i n a n d e r s e t z u n g mit Strömungen, denen an einer S o z i a l i s t i s c h e n Konferenz schon der Name mißfällt, die lieber ein Forum 3. Weg eingerichtet hätten. Indem die Tagesleitung und schon vorher die nationale Koordination auf diese Auseinandersetzung weitgehend verzichtet haben und stattdessen mit Bahro und Co. in stundenlangen Diskussionen Kompromisse über das Verfahren gesucht haben, hat sie den einzigen Vorteil aufgegeben, den Sozialisten und Kommunisten gegenüber den Gattungspredigern jeglicher Couleur aufweisen: ihre, wenn auch teilweise nur gering entwickelte Fähigkeit, Elend, Not, und Gefahren beim Namen zu nennen und Gefahren beim Namen zu nennen und deren U r s a c h e n anzugeben.

Diesen Vorteil haben wir aufgegeben und stattdessen hinter der Bühne Bahros Putschismus beklagt, linke Moral hochgehalten und dann vor den Teilnehmern weitgehend unverständliche Streitereien über das Kon-

ne Bahros Putschismus beklagt, linke Moral hochgehalten und dann vor den Teilnehmern weitgehend unverständliche Streitereien über das Kon-

zept und die zukünftige Organisation der SK ausgetragen.

AK: Bahros Vorwurf war ja, die Konferenz sei zu eng angelegt. Hat er sich also auf dieser Konferenz durchgesetzt?

M.S.: Nein, er hat nicht! Die Breite, die er und besonders seine Anhänger bemühen, ist ohne jeden Inhalt. Was hat schon die Frauenbewegung, die Hausbesetzerbewegung, die jeweils von i h r e n Problemen ausgeht, mit Bahros Prjekt der Gattungsrettung zu tun, in dem jedes besondere Interesse als potentieller Störfaktor gewertet wird?

Es ist völlig absurd, zu sagen, ein bestimmtes Thema schließe eine Breite des TEilnehmerkreises aus. Warum kann ein Gattungsprediger nichts zur Tarifpolitik der Gewerkschaften sagen, auch wenn er gleichzeitig den Lohnkampf der Arbeiter für nicht wichtig hält? Ich vermute, daß Leute wie Bahro, die sich vom „Spiegel" über Armut in der BRD aufklären lassen müssen, solche Themen für zu eing halten m ü s s e n, weil jede konkrete Stellungnahme zu diesem Thema deutlich machen würde, wie sehr sie im Interesse der Attraktivität ihrer Positionen darauf angewiesen sind, die Wirklichkeit der Klassengesellschaft hinter Nebelschwaden zu verstecken. Das gilt auch für die anderen Themen. Ich halte es für Bauernfängerei – egal ob bewußt praktiziert oder nicht –, mit pomphaften Reden über das Beste der Menschheit anzutreten, die Notwendigkeit breiter Teilnehmerkreise bis hin zur CDU zu beschwören – und dann den Fragen auszuweichen, die z.B. gerade von fortschrittlichen Sozialdemokraten diskutiert werden. Überhaupt zeugt es, um im Jargon zu bleiben, von autoritärem Charakter, wenn man inhaltliche Differenzen so vorträgt, daß der Gegner als Anhänger von Enge, einem beschränktem Horizont etc., man selbst dagegen als Vertreter von Breite und unbeschränktem Horizont erscheint, was übrigens ein ausgemachter Blödsinn ist. Deshalb müssen wir in Zukunft den emanzipationsfeindlichen Charakter solcher demagogischen Formeln aufdecken, deren Parteinahme für eine Breite ohne Inhalt die notwendigen kleinen Schritte der Verständigung zwischen Leuten mit b e s t i m m t e n Inhalten im Kopf denunziert und hintertreibt. Daß wir bei diesem Vorhaben auf die Ablehnung solcher Leute stoßen werden, die sich strikt weigern, der Marxschen Empfehlung zu folgen, aus der Philosophie herauszuspringen und sich wie ein gewöhnlicher Mensch an das Studium der Wirklichkeit zu begeben, sollte uns daran nicht hindern.

Welche Kräfte stehen denn nun hinter Bahro?

M. S.: Das kann ich nicht genau sagen. Sicher gab es eine ganze Reihe von Teilnehmern, die sich stimmungsmäßig seinem „Öko-Sozialismus" zuordnen, die den in der Vergangenheit von der Linken betriebenen Proletkult satt haben. Und was das angeht, gibt es, so meine ich, ein rationales Moment in Bahros Position, ja sogar in Verlautbarungen solcher Demagogen wie Klaus Wolschner von der „taz", auf den ich noch eingehen will.

Aber diese Anbetung ist doch nicht das Problem der Organisatoren der Konferenz?

M.S.: Mit Sicherheit nicht. Aber wenn man das oben genannte rationelle Moment nicht zu sehen bereit ist, wird man ihrer falschen Kritik an ihrer und unserer Vergangenheit nicht richtig begegnen können. man muß aber auch sehen, daß der Umgruppierungsprozeß der Linken inzwischen Leute hervorgebracht hat, die man nur noch bekämpfen kann. Nehmen wir den schon angesprochenen Klaus Wolschner, der sich – und hier will ich einmal etwas auf die „Gruppe Z" bezogenes sagen – auf der letzten Hauptausschußsitzung der Grünen Partei mit seinen Anti-Z-Anträgen eindeutig rechts von der Mehrheit befand. Seine „taz"-Berichterstattung über die SK war entsprechend: Kein Kommentar zur Arbeitsgruppe „Stahlwerk jetzt!", an der er teilgenommen hat und die die größte Teilnehmerzahl hatte, Lügen über die Teilnehmerzahlen, Darstellung der Frauen-AG als eingeplantes Ventil, und schließlich ein Bericht über die abschließende Pressekonferenz der Koordinationsgruppe, an der er gar nicht teilgenommen hat. Dane-

til, und schließlich ein Bericht über die abschließende Pressekonferenz der Koordinationsgruppe, an der er gar nicht teilgenommen hat. Dane-

ben ein Stimmungsbericht seines Freundes Kostede, der, Mitglied der Grünen und des SB, die Bunten, die Ökologen, die Feministinnen für seinen „Pro-Bahro-Kurs" vereinnahmt, den Inhalt der SK-Vorbereitungsbände ohne jedes Argument kritisiert, um schließlich Bahros Intervention zu begrüßen, da nur so etwas Leben in die Marburger Diskussion gekommen sei. Und dann die verlogenste Stimmungsmache, die man sich denken kann: Die Kritik der Vorbereitungsgruppe an dem von Bahro gewählten Verfahren, seine Ideen erstmal nicht in den SK-Materialien, sondern woanders zu veröffentlichen, wird mit dem Stalinismusverdacht belegt. Schließlich lasse sich auch Marchais KPF nicht gern von eigenen Leuten in „Le monde" kritisieren. Dieser Mensch weiß ebenso wie Wolschner, daß KPF-Kritiker wie Althusser in der Parteipresse nicht veröffentlichen d ü r f e n und d e s h a l b ausweichen müssen. Er weiß auch, daß in den SK-Materialien alles veröffentlicht wurde, was ankam – und auf u n s e r e Initiative hin ist dann auch Bahros „etwas anderer Vorschlag" noch abgedruckt worden. Man lügt also von dieser Seite, daß sich die Balken biegen und verkauft dies noch, wie Wolschner im neuen BUS-Rundbrief, als Ernstnehmen des Wahrheitsanspruchs. Die Gewalt, die sich in diesen angeblich emanzipationsorientierten Formen „neuer" Politik ankündigt, muß, und hier sei Karl Nolle zitiert, systematisch aufgedeckt und denunziert werden.

Worin besteht Deines Erachtens der Grund solchen Vorgehens?

Bei den genannten Methoden kann offensichtlich nicht ein wie immer geartetes Emanzipationsbestreben der Motor sein. Denn bewußte Verdummung, gezielte Lügen etc. stehen dem entgegen. Betrachtet man sich diese Herrschaften näher, so stellt man fest, daß es sich fast durchweg um „intellektuelle" Strategen handelt, die in der Grünen Partei die Möglichkeit sehen, ihre durchaus unterschiedlichen Ideen einzubringen. Dabei dient ihnen ihre verbale Bezugnahme auf irgendwelche Bewegungen – ich sag das extra so beliebig – als Beweis ihrer vermeintlich undogmatischen Haltung: Wolschner lobt die Hausbesetzer, Kostede die Frauenbewegung, der Frankfurter Grüne Horacek die Frankfurter Spontis (!), der ehemalige „KPD"-Funktionär Martin Thomas ganz schlicht die an neuen Themen interessierte Basis. Sie haben zwar praktisch mit alledem nicht zu tun, doch immerhin macht sich das gut. Und klar ist, daß sie eine Abneigung gegen jeden Versuch der sozialistischen Linken haben, sich (auch) außerhalb der Grünen Partei aufeinanderzubewegen und eventuell – was noch schlimmer wäre – sogar noch funktionierende Zusammenhänge herzustellen. Denn das wäre schließlich eine Konkurrenz, die ihren Einfluß mindern könnte. Und das muß verhindert werden, falls nötig mit den idiotischsten Argumenten. So Wolschner in der Koordinationsgruppe: Das die SK eine Fehlkonstruktion sei, könne man schon daran sehen, daß Berliner Hausbesetzer lieber auf eine Fete gingen, als nach Marburg zu fahren! Auf Grünen Parteitagen wimmelt es bekanntlich nur so von Hausbesetzern. Doch auch i n der Grünen Partei sollen bestimmte Linke lieber fehlen. So etwa der schon erwähnte Ex-„KPD"ler Martin Thomas: er betrachte die Rolle von Organisationen (SoSt, KB, Z usw.) innerhalb der SK als sehr schädlich, denn sie würden nur die Verbreiterung der Basis verhindern und insbesondere sei die „Gruppe Z" in der Grünen Partei fehl am Platze, da sie eine noch „breitere Breite" verhindere. Und sowas auf einer Sozialistischen Konferenz!

Wie inzwischen bekannt geworden ist, haben die SoSt aufgrund des Verlaufs die weitere Mitarbeit eingestellt. Was ist Deine Meinung?

Ich halte dieses Verfahren für völlig inakzeptabel, da die SoSt mitverantwortlich dafür sind, daß im Vorbereitungskreis keine präzisen Vorstellungen bestanden. Doch muß man noch einige Dinge anmerken, die sich – teilweise hinter den Kulissen – abgespielt haben. Zum einen hat Bahro neben seinem Antrag in Sachen Russell-Peace-Foundation noch „Sechs Thesen über das Verhalten zu den Blockinteressen" vorgelegt, deren Ziel ausdrücklich in „Abgren-

Russell-Peace-Foundation noch „Sechs Thesen über das Verhalten zu den Blockinteressen" vorgelegt, deren Ziel ausdrücklich in „Abgren-

zungskriterien" für „ehrliche" Friedenspolitik besteht. Die DKP und ihr nahestehende Kräfte sollen so, da sie die Interessen der anderen Supermacht vertreten würden, aus der Friedensbewegung „abgegrenzt" werden. Als Vertreter der SoSt noch vor Konferenzbeginn das Kind beim Namen nannten – A u s grenzung – gab es von Bahro „philosophische" Ausführungen über den Unterschied zwischen Aus- und Abgrenzung, was freilich an der Sache nichts ändert. Bahro verdeutlicht damit, daß er die SK nicht als Verständigungsprozeß der Linken versteht. Und da es in diesem Fall gegen die DKP geht, sind Punkte hier billig zu sammeln. Denn wer glaubt schon an die Veränderbarkeit der DKP? Doch scheint mir dies schon eine falsche Frage zu sein oder anders: darum geht es gar nicht. Wenn die SK tatsächlich eine Einrichtung zum Zweck gleichberechtigter Verständigungsprozesse unter den verschiedenen linken Strömungen sein soll, dann sind alle Vorschläge abzulehnen, die die Teilnahmemöglichkeiten für bestimmte Strömungen verschlechtern. Denn ich finde, wir müßten ein Interesse an der Teilnahme von DKPlern, KBWlern etc. gerade auch dann haben, wenn wir deren Positionen für falsch halten. Die Sorge, durch das oben genannte Konzept mache man die SK abhängig etwa von den Kriterien der DKP halte ich für unbegründet. Denn das gilt nur, wenn wir die SK so konzipieren, daß es auf billige und zugleich konsequenzlose Abstimmungsergebnisse ankommt. Im Nachherein halte ich deshalb die Tatsache, daß über die beiden Friedensinitiativen überhaupt abgestimmt wurde, für einen politischen Fehler. Worin besteht der Nutzen solcher Abstimmungen? Und hätte man die Differenzen nicht viel offener, härter austragen können, wenn man nicht das praktisch völlig irrelevante Votum d e r SK im Hinterkopf gehabt hätte? In dieser Hinsicht bin ich also mit der Forderung im letzten AK, auf gemeinsame Erklärungen hin zu diskutieren, nicht einverstanden. Gerade die Diskussionsbeiträge zum Friedensthema haben m. E. gezeigt, daß der beabsichtigte Abstimmungserfolg die Diskussion weniger gründlich und weniger offen hat werden lassen, als dies im Interesse der von Euch – und da bin ich einverstanden – angestrebten praktischen Konsequenzen vor Ort notwendig gewesen wäre. Welchen Taumel wir mit diesem Verfahren eingeleitet haben, zeigt der weitere Verlauf der Abstimmungen: Eine glatte Verurteilung der US-Einmischung in El Salvador – keiner freut sich, ist ja auch selbstverständlich. Dann die Afghanistan-Resolution, über deren Verabschiedung Bahro, wie er sagte, keineswegs glücklich war, obwohl er sie richtig fand. Das Triumphgeheul nach erfolgreicher „Verurteilung" der sowjetischen Aggression machten dann deutlich, wo es lang geht, wenn wir so weitermachen. Abgesehen davon, daß die sehr interessante Schwerpunktsetzung einiger Leute in dieser Frage wieder einmal deutlich wurde, abgesehen davon, daß es ein leichtes wäre, entsprechende Abstimmungssiege gegen die chinesische „Strafaktion" gegen Vietnam, gegen Pol Pot, gegen Bahros „historische" Rechtfertigung Stalins etc. einzukassieren, möchte ich ganz schlicht behaupten, daß man mit solchen Ersatzhandlungen die Akteure solcher Prozesse gerade nicht mit den Aufgaben konfrontiert, die von ihnen t a t s ä c h l i c h in Angriff genommen werden können und müssen. Man kann dies freilich nur, wenn man sich nicht jeder Stimmung im Plenum andient, sondern auch mal bereit ist, gegen den Strom zu schwimmen. Ich weiß nicht ob diese Kritik am konkreten Konferenzablauf von den SoSt so geteilt wird. Doch muß klar gesagt werden, daß sie neben wenigen anderen die Auseinandersetzung mit Bahro offen gesucht, gegen formelhafte Kompromisse Stellung bezogen haben und dies in der Koordinationsgruppe nicht durchsetzen konnten. Und dies hat ihnen von Seiten der Anhänger eines Sozialismus ohne die Arbeiterk l a s s e – auch so eine Verrücktheit, daß man über so etwas in der Koordiantionsgruppe einer S o z i a l i s t i s c h e n Konferenz tiefschürfende Problematisierungen zu hören bekam – ziemliche Ablehnung eingebracht, was bei Bahro so weit ging, auf dem letzten Termin der Tagungsleitung ganz entschieden dafür einzutreten, daß der einzige mögliche Vertreter der SoSt entgegen der Planung bitte schön nicht an der Diskussionsleitung des Plenums

dafür einzutreten, daß der einzige mögliche Vertreter der SoSt entgegen der Planung bitte schön nicht an der Diskussionsleitung des Plenums

zur Kriegsgefahr beteiligt werden möge. Dies wurde von der Tagungsleitung zwar abgelehnt, aber die Versammlung von solchen „unsittlichen" Anträgen zu informieren, das fiel uns nicht ein.

Du hast den Streit um die Friedensfrage angesprochen. Wie wird das mit der nächsten Konferenz, die sich ja dieses Thema gestellt hat?

Ich schätze, daß es da neue Konstellationen geben wird. Auf jeden Fall wird die Linie der Auseinandersetzung kaum zwischen „Öko-Sozialismus" und den „Traditionalisten" verlaufen, da werden Teile der alten „KPD", vielleicht auch der KBW schon für sorgen. Außerdem werden wir mit Sicherheit Leute hören, die die aktive Rolle der Bundesregierung im gegenwärtig vom Imperialismus gefahrenen Verschärfungskurs mit dem Verweis auf innerimperialistische Widersprüche, die es ja durchaus gibt, verkleinern werden. Mit ein wenig gutem Willen könnte da ein Bündnis von Karsten Voigt bis hin zu denjenigen zustande kommen, die gleich die ganze Welt entwaffnen wollen. Ich hoffe nur, daß uns der Imperialismus die Chance läßt, nur theoretisch beweisen zu müssen, daß von ihm die Hauptgefahr ausgeht. Doch bevor der Streit an dieser Front anfängt, werden wir uns wohl anstrengen müssen, um die Nebelkerzen der beiden Rudis, die bestenfalls von den praktischen Aufgaben ablenken wollen, wegzublasen. Damit meine ich Bahros eingedeutschte Exterminismustheorie und Augsteins Rede von „uns Lustlemmingen". Beide behaupten einen Drang zur Massenvernichtung, -auslöschung und -ausrottung, den zumindest Augstein im Wunsch des Menschen begründet sieht, ihre Lebensmöglichkeiten zu erweitern. Und Bahro will ausdrücklich zur theoretischen und praktischen Kritik der menschlichen Natur übergehen. Sollten solche Pläne, gekoppelt mit seinen Wahnsinnsthesen, die Massenvernichtung erscheine u. a. im Stahlbeton und im Explosionsmotor, von relevanten Teilen der Linken oder meinetwegen der Friedensbewegung übernommen werden, oder selbst sehr ernst genommen werden, dann können wir die nächste Konferenz gleich sein lassen. Denn mit solchen Thesen könnte zwar eine „neue Breite" des Dialogs erreicht werden – verworrene Wissenschaftler, die Zeugen Jehovas u. ä. – eine widerstandsfähige, kampfbereite Bewegung jedoch nicht. Und die so naheliegende Frage, ob denn nicht vielleicht doch etwas anderes als die menschliche Natur verantwortlich ist für die jährliche Verausgabung von fast 1000 Mrd. DM für die weltweite Rüstung, ob vielleicht doch b e s t i m m t e Interessen und Zwecke dahinterstekken, dürften bei einer massenhaften Verankerung der Bahroschen Mystik nur noch als Ausdruck oberflächlicher Kritik der politischen Ökonomie abgebügelt werden.

Ist denn die Linke, wie in Kassel behauptet, sich tatsächlich näher gekommen?

D i e Linke wahrscheinlich nicht. Doch trotz des Frusts für die meisten Teilnehmer glaube ich, daß da ein „Bündnis" von Kräften aus Berlin, Hamburg, Hannover usw. im Entstehen ist, das sich auch in anderen Städten fortsetzen wird. Dabei handelt es sich nicht um den Kern einer neuen Organisation o.ä., sondern ganz einfach um die verbindliche Zusammenarbeit von Genossen aus verschiedenen Zusammenhängen, deren Zweck die schon genannte Mitwirkung am Prozeß der Herausbildung

sammenarbeit von Genossen aus verschiedenen Zusammenhängen, deren Zweck die schon genannte Mitwirkung am Prozeß der Herausbildung

einer sozialistischen und kommunistischen Linken ist, die sich an die Aufgabe macht, „Arbeits- und Aktionsformen zu finden, die das Oppositionspotential gegen das „Modell Deutschland" jedweder Prägung stärken (Nolle, Wolf). Das ist natürlich ganz schön schwierig. Schwierig auch deshalb, weil Bahro und seine Freunde mit Sicherheit den Versuch fortsetzen werden, die Vertreter sozialistischer und kommunistischer O r g a n i s a t i o n e n, die diese Zielsetzung wesentlich mittragen, aus dem Prozeß der SK herauszudrängen. Ich glaube allerdings, daß die wesentlichen Kräfte, die die Arbeit bisher wesentlich getragen haben, den zu erwartenden Druck aus der Richtung der „freischwebenden" linken „Strategieintelligenz" nicht nur aushalten werden, sondern auch für die Offensive gute Chancen haben. Und das wird den Umgruppierungsprozeß der Linken erheblich beschleunigen.

DKP mit neuem Anstrich?

Angekündigt wurde die 2. Sozialistische Konferenz in der „UZ" vom 14.2. als Konferenz, „*die von verschiedenen linksorientierten Gruppen und Zeitschriften, 'Alternativen' und 'Bunten', maoistischen und trotzkistischen Gruppierungen vorbereitet wurde*". Müßte dies einen „UZ"-Leser eigentlich eher abschrecken, so wird ihn/sie dann überrascht haben, daß in der gleichen Meldung lapidar angekündigt wird, die DKP werde „*sich an den Diskussionen der Konferenz beteiligen*". Auf der Konferenz selbst verteilte die Kreisorganisation Marburg der DKP einen sehr hölzern formulierten „Brief" an die Teilnehmer der Konferenz. Darin heißt es: „*Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei werden sich an der Diskussion mit der Absicht beteiligen, alles zu fördern, was dem Kampf für Arbeiter- und Volksinteressen, für die Friedenssicherung begünstigt und sich mit den Auffassungen auseinandersetzen, die diesen Kampf beeinträchtigen.*" Anwesend waren eine Reihe von DKP-Mitgliedern aus Marburg, aber auch einige Vertreter aus dem Parteivorstand. Das Schwergewicht des Eingreifens der

Sozialistische Konferenz oder »Forum 3. Weg«?

Es kam, wie es kommen mußte: Auch die 2. Sozialistische Konferenz wurde schwerpunktmäßig bestimmt von dem Gegensatz zwischen den „Öko-Sozialisten" um Bahro und den neuerdings als „traditionelle Sozialisten" bezeichneten Kräften. Ausgelöst wurde diese Debatte durch Bahros Vorstoß (kurz vor der Konferenz) für einen *„etwas anderen Vorschlag für die 2. Sozialistische Konferenz"* (siehe hierzu AK 193). Natürlich war dieser Vorschlag nicht nur *„etwas anders"*, sondern er sollte der Konferenz eine ganz andere Prägung geben als vorgegeben. Seiner Ansicht nach hätte das Marburger Treffen nur dann seinen Zweck erfüllt, wenn es Sozialdemokraten über die Jusos hinaus, Liberale über die Judos hinaus, Christen beider Konfessionen und CDU-Mitglieder ansprechen würde. Voraussetzung für eine solche Konferenz wäre, daß die sozialistischen Organisationen weitgehend aus dem Vorbereitungsprozeß ausgeschaltet werden. In diesem Sinne setzt Bahro gradlinig seinen Weg fort, den er mit dem Aufruf an den KB, an die „KPD" (die ihm . gefolgt ist), an die Bunten und die Alternativen, sich zugunsten der Grünen aufzulösen, begonnen hat. Dabei ging es ihm um die Durchsetzung der Priorität des „Gattungskampfes" vor dem Klassenkampf.

Konsequent forderte er deshalb von der Linken, innerhalb der Grünen auf die Durchsetzung des Klassenkampfgedanken zu verzichten.

Diese Richtung der Zerstörung des wesentlichsten Grundgedanken linker Politik verfolgte Bahro auch in Marburg. Sein Hauptanliegen war es, über den „Abschied vom Proletariat" und über die Frage „Kulturrevolution oder Machterwerb" zu diskutieren. Beim letzteren geht es um die Frage, ob gesellschaftliche Veränderungen über die Veränderung der einzelnen Menschen oder über den Sturz der herrschenden Klasse herbeizuführen sind. Beides, die Auffassung vom Proletariat als Kern der Revolution und die Revolutionierung der Gesellschaft durch Niederwerfung der bürgerlichen Klassenherrschaft, sind ebenfalls Grundgedanken sozialistischer Politik. Insofern muß man sich nicht wundern, daß sich Bahro gerade diese Fragen ausgesucht hat.

Unterstützung fand Bahro auf dieser Konferenz vor allem bei Klaus Wolschner, Martin Thomas und Norbert Kostede. Alle drei sind Aktivisten der BUS-Fraktion in der Grünen Partei und von dort schon bekannt als entschiedene Gegner der „Traditionssozialisten". Sie repräsentieren aber auch darüber hinaus ein interessantes politisches Spektrum. Klaus Wolschner liebäugelt vornehmlich mit den „wertkonservativen" Kräften und hat selbst die Diskussion um die Formierung der „Jungkonservativen" aufgeworfen. Martin Thomas ist Ex-„KPD"ler, strammer Vaterländler und ausgesprochener Gegner aller sozialistischen und kommunistischen Organisationen. Während der Konferenz warf er die Frage auf, was SOST, KB und Gruppe Z überhaupt mit dieser Konferenz zu tun hätten. Kostede kommt aus dem grünen Teil des SB. Dies enge Spektrum war aber auch schon alles, was Bahro in Marburg hinter sich bringen konnte.

Gegen die Intervention von Bahro und gegen die Absage an eine Sozialistische Konferenz hat sich vor und während der Konferenz ein Block sogenannter „traditioneller Sozialisten" zusammengefunden. Er bestand/besteht im wesentlichen aus Vertretern der Prokla, der SOST, Teilen des SB, der Gruppe Z, „Sozialistische Initiative" (Abspaltung von der SEW), unterstützt in verschiedenen Fragen vom KB (hinzuzählen muß man noch Gruppen wie „Arbeiterpolitik", „Komitees für Demokratie und Sozialismus" u.ä., die sich bisher kaum äußerten).

Dieter Esche (SB) und Frieder Wolf (Prokla) warfen Bahro in einem Offenen Brief vor, seine Aufforderung, aus *„dem linken Ghetto auszubrechen"*, verkomme zu einem *„abstrakten Appell"*, wenn er seine Kritik am Marxismus nicht konkret fasse. Sie werfen
verkomme zu einem *„abstrakten Appell"*, wenn er seine Kritik am Marxismus nicht konkret fasse. Sie werfen
allerdings auch die Frage auf, ob es Bahro nicht um mehr geht, eben um *„die Selbstaufgabe derjenigen Linken, die zentrale marxistische und sozialistische Aussagen für unverzichtbar halten"*. Sie bestreiten, daß es im Streit mit Bahro um die Frage von Enge und Breite der Konferenz geht: *„Vielmehr geht es um einen Dissens über die Zielsetzung und den Charakter der zweiten Arbeitskonferenz und darüber hinaus generell um die politische Funktion und Ziele des Projekts der Sozialistischen Konferenz."* In einem Brief von Elmar Altvater und Frieder Wolf (beide Prokla) wird die Frage darauf zugespitzt, ob es Bahro überhaupt um eine Sozialistische Konferenz gehe, oder ob er nicht vielmehr ein *„Forum Dritter Weg"* anstrebe. Dies alles wurde vor der Konferenz noch betont zurückhaltend formuliert.

Obwohl die grundsätzliche Kontroverse also bekannt war, war eine Diskussion auf der Konferenz selbst nicht geplant. Erst Bahro setzte dies wieder auf die Tagesordnung, womit er sicherlich (abgesehen von seinem „Putschismus") politischer gehandelt hat als die Tagesleitung, die den Streit hinter die Kulissen verlagern wollte.

Bahros massive Intervention gegen eine sozialistische Konferenz hat ihn auch in Gegensatz zu Kräften gesetzt, die bisher eher bereit waren, mit ihm zu kooperieren (dies gilt sowohl für Teile des SB als auch die Prokla). Alle Fragen, die auf dieser Konferenz zwischen den Blöcken angesprochen wurden, werden mit Sicherheit am Thema Frieden wieder auftreten. Als wichtigste schälen sich jetzt schon heraus: 1. Mit wem wird der Friedenskampf geführt, wer soll ausgegrenzt werden (DKP); 2. Ist der Imperialismus der Gegner oder der den Menschen innewohnende Vernichtungstrieb? (Siehe Artikel zu Bahros „Friedensthesen" in diesem AK).

DKP lag in der Friedensfrage. Von Diskussion konnte in diesem Teil jedoch kaum die Rede sein. Die DKPler beschränkten sich darauf, für den „Krefelder Aufruf" gegen Nachrüstung und Atomwaffenstationierung zu sprechen. Den ebenfalls zur Debatte stehenden Aufruf der Russell-Peace-Foundation berührten sie mit keinem Wort. Soll man daraus etwa schließen, daß dieser Aufruf die Friedenssicherung weder „begünstigt" noch „beeinträchtigt"? Wohl kaum, denn mit Vehemenz setzten sich die DKPler für die Orientierung an den „bestehenden Friedensinitiativen" ein, worunter natürlich nur die DKP-orientierten gemeint waren. Insofern hat sich an der DKP-Politik noch nichts geändert, auch wenn das Erscheinen auf der Konferenz schon eine Überraschung war. Offensichtlich empfindet jedoch die DKP immer noch jede andere Friedensinitiative als Konkurrenz, gegen die in diesem Fall jedoch nicht (noch nicht) mit Hetzberichten vorgegangen wird. In der Abstimmung verhielten sich die DKPler unterschiedlich. Teils stimmten sie für den Russell-Vorschlag, teilweise beteiligten sie sich nicht.

In einem Bericht vom 17.2. nach der Konferenz äußerte sich die „UZ" äußerst wohlwollend über den Ablauf. Sie hebt noch einmal die Beteiligung
der Konferenz äußerte sich die „UZ" äußerst wohlwollend über den Ablauf. Sie hebt noch einmal die Beteiligung
der DKP hervor, ohne jedoch den Veranstalterkreis zu verschweigen. Sie bescheinigt der Konferenz, daß in den Arbeitsgruppen *„eine insgesamt fruchtbare Diskussion"* stattfand. Sie berichtet über unterschiedliche Perspektiven in der Friedensfrage und gibt sogar beide Beschlüsse (Krefeld und Russell) korrekt wieder.

KBW: „Trotz Durcheinander nicht umsonst"

Überraschung auch vom KBW. Hatte er sich bisher aus linken Diskussionsprozessen herausgehalten, war diesmal gleich die Chef-Etage angereist (Schmierer, Hildebrandt). Dies ist auf den neuen Kurs des KBW zurückzuführen, der nach der Spaltung eingeschlagen wurde. Auch die KBW-Sprecher konzentrierten sich auf das Friedensthema, wobei ihr wichtigstes Anliegen war, gegen die Unterstützung des „Krefelder Aufrufs" zu polemisieren. Mit diesem Aufruf werde *„implizit die Position der Sowjetunion unterstützt"* („KVZ", 23.2.). Unterstützt wurde dagegen von ihnen der Vorschlag der Russell-Foundation. Nicht zu verkennen ist, daß der KBW stramm an den vaterländischen Positionen festhält. Die einseitige Forderung gegen die Nachrüstungsbeschlüsse würde „der anderen Supermacht die Türen öffnen" (Schmierer auf der Konferenz). Der Konferenz wird vorgeworfen, mit der Unterstützung des „Krefelder Aufrufs" *„eine ganz unnötige Verbeugung vor der DKP"* gemacht zu haben („KVZ", 23.2.). Begrüßt wird natürlich, daß zum Schluß der Konferenz noch eine Resolution zur „Unterstützung des Befreiungskampfes in Afghanistan" durchgepeitscht wurde.

Ansonsten berichtete die „KVZ" auffallend sachlich über den Ablauf der Konferenz.

Bahro: Ein Vorschlag zur Spaltung

„Bahros Thesen werden über den Rahmen der Konferenz hinaus die friedenspolitische Diskussion in den kommenden Monaten bestimmen" hofft Klaus Wolschner, Exponent der stramm antikommunistischen BUS-Fraktion der Grünen Partei („taz", 16.2.). Gemeint sind die „Thesen über das Verhalten zu den Blockinteressen", die Bahro anläßlich der 2. Sozialistischen Konferenz in Marburg vorstellte.

Damit jeder gleich sehen kann, worum es geht, hat Bahro seinen neuen Thesen den Untertitel „Abgrenzungskriterien" gegeben. Bahros Kriterien sollen dazu verhelfen, „ehrliche" und „nicht ehrliche" Unterstützer der Friedensbewegung zu unterscheiden. Genau besehen geht es nicht bloß um Abgrenzungskriterien, sondern auch schon um Ausgrenzungskriterien. Wer Bahros hemmungslose Bereitschaft beobachtet hat, auch dem rechtesten „Wertkonservativen" noch die Bruderhand zu reichen, wird es vielleicht verwunderlich finden, daß derselbe Mann seinen Geist nun der Überlegung widmet, wie man Teile der Friedensbewegung aus derselben ausgrenzen kann. Die menschliche Psyche ist eben voller Rätsel und Widersprüche.

Bahros greifbarstes Ziel ist die Säuberung der Friedensbewegung von der DKP, die in dieser Bewegung bisher eine erhebliche – wenn auch wahrlich nicht immer positive – Rolle gespielt hat. Dieses Ziel hat Bahro in den „Thesen über das Verhalten zu den Blockinteressen" mit einer Portion Zurückhaltung formuliert. Eindeutig hat er diesen Zweck hingegen in seinem Aufsatz **„Der Exterminismus als das letzte Stadium der Zivilisation"** („Neue", 12.2.) dargestellt, der darum unbedingt parallel zu den Thesen gelesen werden sollte.

Beginnen wir bei den Thesen: Die Friedensbewegung muß laut Bahro *„über die Blockkonfrontation hinausführen"*. Sie müsse deshalb in gleicher Weise beiden Machtblöcken („Ost" und „West") ablehnend gegenüberstehen. *„Eine solche Bewegung kann nicht durch offizielle oder quasi offizielle Sprecher des einen oder anderen Blocks vertreten werden"*, d.h. durch die an die KPdSU gebundenen Kommunistischen Parteien. Die Friedensbewegung müsse *„auf das Entschiedenste dafür sorgen, daß sie nicht als Verbündete des Exterminismus der anderen Seite eingeordnet werden* (kann). *Wer bei seiner Mitwirkung die Interessen der anderen Supermacht, den Vorteil des anderen Gesellschaftssystems im Hinterkopf hat, sabotiert den Neuansatz der Friedensbewegung"*. Unter „Exterminismus" (von lat. exterminare = auslöschen, vernichten) versteht Bahro den *„unserer Industriezivilisation"* (in „Ost" und „West" gleichermaßen) *„eingelagerten ... Drang zur Massenvernichtung ..."*. Den Begriff („Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisa-
gerten ... Drang zur Massenvernichtung ...". Den Begriff („Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisa-
tion") und fast alle Gedankengänge in diesem Zusammenhang hat Bahro einem gleichnamigen Artikel von Edward P. Thompson entnommen, der in der britischen Zeitschrift „New Left Review" Nr. 121 publiziert wurde. Auf Deutsch nachgedruckt wurde Thompsons Text in der Zeitschrift „Befreiung" Nr. 19/20, die bis zu deren Auflösung der vaterländischen „KPD" sehr nahe stand. Bahros „Thesen über das Verhalten zu den Blockinteressen" sind größtenteils wörtliche Abschriften aus dem Thompson-Text. Hinzugefügt hat Bahro lediglich (in seinem Artikel in der „Neuen") die scharfe Ausgrenzungs-Forderung gegen die DKP. Weggelassen hat er dafür die in Thompson's Artikel sehr ausführliche und bissige Stoßrichtung gegen die Rüstungsproduktion des Westens. **Bahro hat das vorgefundene Material also seinen speziellen Interessen angepaßt.**

Wenn Bahro in den Thesen fordert, daß die Friedensbewegung „auf das Entschiedenste" dafür sorgen müsse, nicht als Verbündete der Sowjetunion „eingeordnet" werden zu können (von wem eigentlich?), so liegt der Gedanke schon nahe, daß dies nur durch konsequente, öffentlich zur Schau gestellte Ausgrenzung der DKP (inclusive Stamokap-Jusos) aus der Bewegung zu erreichen wäre.

In seinem Aufsatz in der „Neuen" hat Bahro dieses Anliegen völlig unmißverständlich formuliert: **„Wer einen Beitrag zur Verhinderung der Pershing II und der Marschflugkörper leisten, wer Europa atomwaffenfrei, die Bundesrepublik einseitig abrüsten, auf längere Sicht blockfrei machen will, kann nicht gleichzeitig Organisationen angehören, bei denen die Liste der Friedenskräfte mit der anderen Supermacht beginnt. Wer die Intervention in Afghanistan nicht verurteilt, wer schon vorher Rechtfertigungsgründe für einen Einmarsch in Polen präpariert, dient der Friedensbewegung, falls es das möchte, am besten, indem er sich fernhält".**

An diesem Punkt angekommen, fiel dem Bahro beim Überlesen seines Manuskripts die allzu fatale und offensichtliche Einseitigkeit seiner Tirade auf. Er setzte darum noch ein Sätzchen hinzu: *„Und die 'Treue zum atlantischen Bündnis' bestätigt den Exterminismus auch"*. Mit dieser Hinzufügung deutet Bahro an, daß er zumindest so tun muß, als solle der von ihm geforderte UVB (Unvereinbarkeitsbeschluß) nicht bloß gegen die DKP, sondern auch und ebenso zur anderen Seite hin gelten. Damit würden sich kaum noch zu entwirrende Interpretationsprobleme ergeben: Können „ehrliche Unterstützer" der Friedensbewegung „gleichzeitig" der SPD „angehören", die als Regierungspartei den „Exterminismus" organisiert? Wie steht es mit den Sozialdemokraten, die zwar gegen Nachrüstungsbeschlüsse, Neutronenbombe u.ä. auftreten, aber nicht gegen die Mitgliedschaft der BRD in der NATO? Müßte vielleicht auch jemand wie Biermann ausgegrenzt werden, der Mitglied einer Partei (der KP Spaniens) ist, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der NATO akzeptiert?

Bahro hat im Prinzip natürlich recht, wenn er die Block-Bindung von Teilen der Friedensbewegung kritisiert. Aus dieser Kritik aber die Forderung nach Ausgrenzungen und UVBs herzuleiten, könnte – konsequent betrieben – nur zur totalen Parzellisierung und damit Ohnmacht der Friedensbewegung in der BRD führen. Es bleibt der Verdacht, daß Bahro, der sonst doch immer „alle Menschen quer durch die Klassen" zusammenführen möchte, hier an einer Spezialkampagne zwecks Isolierung der DKP bastelt, die eine passende Ergänzung zur Anti-DKP-Kampagne im DGB sein könnte.

„Antihegemonismus" in der Tradition der „KPD"

Bahros „kritische Anmerkungen" enden aber bei der Ausgrenzung der DKP noch nicht einmal, sondern zielen auf Weitergehendes. *„Gleichen Abstand von den Interessen der Supermächte"* fordert Bahro als *„Bedingung"* der *„Glaubwürdigkeit"* („Neue", 12.2.). **„Gefordert ist ein neuer Internationalismus, der sich einhellig gegen die ideologischen Gebote beider Blöcke ... richtet"** („Thesen...").

So wie für die DKP die „positive Haltung zur Sowjetunion" oberstes Kriterium ist, ist für Bahro umgekehrt eine bedingungslos negative Haltung zur Sowjetunion und deren gesamter Politik offenbar *„Abgrenzungskriterium"* für seinen UVB. Dies bedeutet gar nichts weniger als die Verpflichtung der westdeutschen Friedensbewegung auf eine abso-
Dies bedeutet gar nichts weniger als die Verpflichtung der westdeutschen Friedensbewegung auf eine abso-
lut ablehnende Haltung zur Außenpolitik der Sowjetunion und, konsequent weiter gedacht, natürlich auch gegen deren Verbündete in der 3. Welt. Bahros „neuer Internationalismus" dürfte sich also, beim Wort genommen, nur auf Kräfte und Staaten beziehen, die die Maxime vom „Kampf gegen die beiden Supermächte" teilen. Anders wäre auch nicht verständlich, warum Bahro von einem „neuen" Internationalismus spricht.

Daß die Hinterbliebenen der aufgelösten „KPD" (durch Alexander v. Plato in der Leitung der Marburger SK repräsentiert) über Bahros Thesen entzückt sind, läßt sich denken: Getreu den Vorlagen aus Peking hatte die „KPD" jahrelang erfolglos versucht, die Linke in der BRD und Westberlin für die Unterstützung der NATO, für die Aufrüstung der Bundeswehr usw. zu agitieren. Am Ende ihrer Tage erkannte die „KPD", daß sie sich das Ziel viel zu hoch gesteckt hatte. Sie verlegte sich deshalb auf das Machbare: Wenn man die Linken schon nicht zur Unterstützung der NATO bringen konnte, so doch vielleicht wenigstens dazu, die Sowjetunion genauso zu bekämpfen wie die NATO. An eben diesem Punkt knüpft Bahros Vorschlag an.

Gefallen muß den „KPD"-Hinterbliebenen auch ein weiterer Gedanke aus Bahros Thesen: **„Die zunehmende Bewegung in Westeuropa gegen die 'Nachrüstung' der NATO muß den offiziellen Mächten des Ostblocks offen einen realen Preis abverlangen: Die Öffnung Osteuropas für echten Gedankenaustausch über die Blockgrenze hinweg und den Spielraum für die Entfaltung einer autonomen und ökologischen und Friedensbewegung dort"** (Hervorh. vom Verfasser). Was Bahro über unser Interesse an einer solchen „Öffnung Osteuropas" sagt, klingt vernünftig. Unerträglich ist aber der Zusammenhang, in den er die Frage einbettet. Bahro spricht von einem „Preis", den die Friedensbewegung von der Sowjetunion „verlangen" müsse, und zwar „offen", also wohl auch öffentlich. Ein Preis wird gewöhnlich für etwas gezahlt. Wofür soll hier ein Preis verlangt werden? Dafür, daß wir gegen die 'Nachrüstungsbeschlüsse' der NATO eintreten? Und was passiert, wenn wir den „Preis" verlangen und die Sowjetunion weigert sich, die abverlangte Gegenleistung zu erbringen? Wollen wir dann trotzdem weiter gegen die 'Nachrüstungsbeschlüsse kämpfen, gewissermaßen gratis, oder stellen wir dann den Kampf ein? Und wieviel Tage Frist geben wir der Sowjetunion, um sich zu entscheiden, ob sie unser Angebot annehmen möchte?

Bahro tut so, als ob die Friedensbewegung etwas wäre, was man in politische Handelsgeschäfteeinbringen könnte. Dieser schmuddelige Einfall übersieht, daß wir den Kampf gegen die NATO-'Nachrüstungsbeschlüsse', Neutronenbombe usw. nicht der Sowjetunion zuliebe führen, sondern vor allem im eigenen Interesse. Dieser Kampf ist darum auch nichts, für das wir irgendein politisches Honorar von der Sowjetunion verlangen könnten.

Zudem besteht der materielle Hintergrund, vor dem Bahro sein absurdes Tausch-Angebot unterbreitet, in nichts anderem als eben den 'Nachrüstungsbeschlüssen': Gäbe es diese nicht, so hätte der ganze Vorschlag überhaupt keinen Sinn. Bahros Tausch-Plan läuft darauf hinaus, mit dem Druck der 'Nachrüstungsbeschlüsse' im Rücken, sowjetische Zugeständnisse zu erpressen – ein Vorhaben, das die US-Regierung seit langem viel direkter zu betreiben versucht.

Kurzsichtig ist Bahros Tausch-Angebot sogar in seiner inneren Logik: Für die Opposition im „realen Sozialismus" kann es kaum vorteilhaft sein, wenn NATO-'Nachrüstungsbeschlüsse', Neutronenbombe u.ä. ins Feld geführt werden, um der sowjetischen Führung mehr Spielraum für eben diese Opposition abzufordern. Die demagogische Gleichung „Opposition = Agenten des Imperialismus" ließe sich nur umso leichter ziehen. Zugunsten von Bahro ist anzumerken, daß er auf dieses makabre Tauschangebot nicht selbst gekommen ist, sondern es ganz wortgetreu bei Thompson abgeschrieben hat.

Bahros „Dritter Weg"

Bahros „Thesen über das Verhalten zu den Blockinteressen" müssen auch im Zusammenhang seiner sonstigen Theorien gesehen werden: In seinem „Exterminismus"-Aufsatz in der „Neuen" hat Bahro gefordert, man müsse **„von oberflächlicher Kritik der politischen Ökonomie ....**
der „Neuen" hat Bahro gefordert, man müsse „von oberflächlicher Kritik der politischen Ökonomie ....
jetzt zur (theoretischen wie praktischen) Kritik der menschlichen Natur übergehen". Diese Aufforderung rundet Bahros Thesen ab: Von der Kritik am Imperialismus als Ursache der Weltkriege dieses Jahrhunderts zur Kritik am „Menschen an sich", der in seiner „Natur" den bösen Trieb zur Selbstvernichtung „eingelagert" hat. Nächste Schlußfolgerung Bahros: *„Am Exterminismus spaltet sich die Gesellschaft nicht in ökonomisch definierte Klassen. Sie spaltet sich, wir spalten uns selber daran in Diener und Gegner der Megamaschine"*. Auf seinen Stichwortgeber Thompson kann Bahro sich dabei nicht berufen, denn der analysiert immerhin ziemlich genau die hinter der *„nuklearen Ökonomie"* stehenden Expansions- und Profitinteressen des Finanzkapitals, statt sich in seichtem Gefasel über „die menschliche Natur" zu ergehen.

Bei Bahro kommt es wieder wie gewohnt: Statt einer Sozialistischen Konferenz hätte er lieber ein *„Forum Dritter Weg"*, zu dem er die gesamte gutwillige Menschheit (mit den bewußten Ausgrenzungen) zusammenrufen möchte. Daß in der BRD seit ihrem Bestehen schon einige Dutzend menschheitsbeglückende Sammlungsvereine „jenseits der traditionellen Rechts-Links-Schemata" ausgerufen wurden und kläglich gescheitert sind, hat Bahro in der DDR möglicherweise nicht mitbekommen. Aber auch der von ihm selbst miterlebte Niedergang der Grünen Partei scheint ihn nicht aus der Fassung zu bringen. Umgekehrt scheint es Bahros Theorien auch nicht zu beeinflussen, daß außerordentlich breite Bewegungen wie die gegen das Atomprogramm sehr gut ohne Ausgrenzungskriterien und allgemeine menschheitsbeglükkende Phrasen auskommen. Bahro selbst ist wirklich das, was er anderen ganz gern vorwirft: **Ein Sektierer im klassischen Sinn des Wortes.**

Professor W. F. Wertheim

Das Mao-Modell — die schwierige Alternative

Nicht nur in der BRD – wenn auch hierzulande mit besonders ekelerregenden Auswüchsen –, sondern auch in anderen Ländern ist die Verdammung der Kulturrevolution bei Linken sehr in Mode gekommen. Eine der wenigen und gleichzeitig sehr bemerkenswerten Ausnahmen ist Prof. Dr. W. F. Wertheim,, ehemaliger Direktor der Südost-Asien-Abteilung der Universität Amsterdam, derzeit Berater einer UNO-Organisation und Verfasser zahlreicher Artikel und Bücher über Südost-Asien, die VR China und Fragen der Emanzipation, Evolution und Revolution. Prof. Wertheim bereiste seit den 50er Jahren mehrfach die VR China. –
Pieter Broertjes, sozialökonomischer Redakteur der niederländischen Tageszeitung „de Volkskrant", befragte Prof. Wertheim nach seiner jetzigen Einschätzung der Kulturrevolution, den derzeitigen Entwicklungen in der VR China und den Aussichten des weltweiten Befreiungskampfes.
Wir danken Prof. Wertheim und der Redaktion des „Volkskrant" (dem Autor Pieter Broertjes natürlich ganz besonders) für die freundliche Genehmigung zur Übernahme dieses Artikels. Die Übertragung ins Deutsche ist von Prof. Wertheim autorisiert.



Prof. Dr. W. F. Wertheim (Mitte) im September 1979 in Peking im Gespräch mit Tan Zhenlin, dem früheren Vize-Premier für Agrarfragen und jetzigen Vize-Präsidenten der Permanenten Kommission des Nationalen Volkskongresses.

"Times": Pieter Broertjes
(„De Volkskrant")

„Was mich bei Leuten erstaunt, die sich Sozialist nennen, ist ihre Schadenfreude. Wie sie jetzt sehen, daß die radikal-sozialistische Herangehensweise in einem Land wie China auch nicht zum erwarteten Ergebnis führt, daß man dort dabei ist, seine Schritte zurückzusetzen, sagen sie zu mir: ha-ha, siehst du wohl, daß du dich geirrt hast. Wenn man sich wirklich sorgt um die Zukunft der Welt, ist nur eine Haltung die richtige: ein ungeheures Bedauern, daß die Alternative so schwer zu realisieren ist".

Professor W.F.Wertheim, China-Kenner und derzeit Berater einer UNO-Organisation (UNRISO) in Genf, ist enttäuscht und besorgt über das schnelle Umkippen der allgemeinen Beurteilung des chinesischen Experiments. Zehn Jahre Kulturrevolution haben nach Meinung der chinesischen Führer nichts Gutes hervorgebracht, das Entwicklungsmodell von Mao wurde für bankrott erklärt. Mit dem gänzlichen Bestreiten der - nach Wertheims Auffassung noch immer - großen Erfolge, die während Maos Leben erreicht worden sind, kommt man seiner Meinung nach keinen Schritt weiter.

Wertheim plädiert für einen nuancierteren Rückblick. Dazu aber ist es notwendig, daß man eine Reihe der Verurteilungen, die die chinesischen Führer jetzt selbst über die Periode der Kulturrevolution nach aussen tragen, durchschaut. „Ich begreife nicht, daß Leute über den Verlust unserer Paradiese lachen, während

cierteren Rückblick. Dazu aber ist es notwendig, daß man eine Reihe der Verurteilungen, die die chinesischen Führer jetzt selbst über die Periode der Kulturrevolution nach aussen tragen, durchschaut. „Ich begreife nicht, daß Leute über den Verlust unserer Paradiese lachen, während

der Zustand, in dem die Menschheit sich befindet, gerade viel gefährlicher geworden ist".

„Keine Kompromisse in wesentlichen Dingen"

Seit 1975, als eine unter seiner Leitung entstandene Dissertation in der Presse verrissen wurde, weil China viel günstiger davonkam als Indien, ist es auffallend still geworden um die „graue Eminenz" der kritischen Sozialwissenschaft. Wertheim bekam als Direktor der Südost-Asien-Abteilung der Universität Amsterdam jahrelang viel Lob und Kritik. Lob von vor allem linken Studenten, die in ihm einen integeren Bundesgenossen sahen, seit er während der Studentenrevolte 1969 ihre Seite gewählt hatte. Kritik von einigen wenigen Wissenschaftlern, Schriftstellern und Journalisten, die seine antikapitalistische Einstellung und seine feurigen Plädoyers für revolutionäre Entwicklungen à la China unverdaulich und vor allem unwissenschaftlich fanden.

Wertheim hat, sagt er, jetzt endlich einmal genügend Zeit für wissenschaftliche Arbeit. Noch immer - er ist jetzt 73 - wird er zu Vorträgen und Artikeln aufgefordert. „Nach meinem Abtreten als Hochschullehrer vor acht Jahren habe ich mir selbst die Freiheit zugestanden, mich zu entscheiden, mit welchen Themen ich mich noch auseinandersetzen will. Mit zwei Ländern beschäftige ich mich noch sehr intensiv: China und Indonesien - und die sind groß genug". Demnächst erscheint bei der UNO seine Studie über die Agrarprobleme Chinas.

Obwohl der pensionierte Hochschullehrer bewußt niemals eine „Schule" gründen wollte, haben seine Gedanken dennoch nachhaltigen Einfluß auf den Zeitgeist um 1970 gehabt. Viele Studenten hat er inspiriert mit seinen Schriften über fortschreitende Emanzipation, Evolution und Revolution und die Sprünge nach vorn in der Geschichte. Manches Buch, das er schrieb, wurde ein Standardwerk, auch weit außerhalb der Niederlande. „Das Wachmachen der Menschen" ist für Wertheim die wesentlichste Aufgabe eines Soziologen.

Gefühl für Gerechtigkeit und Solidarität mit dem Underdog sind seine wichtigsten Impulse. Als Wissenschaftler hat er immer politisch ungebunden sein wollen.„Seinerzeit hatte ich an die Partij van de Arbeid (sozialdemokratische Partei - Anm. d. Übers.) gedacht, aber in einem Gespräch, daß ich kurz nach dem Krieg, als ich gerade aus Indonesien zurückkam, mit der damaligen Parteispitze hatte, wurde deutlich, daß dort kein Platz für mich war. Das hat sich später auch bestätigt, als die Parteifüh-

zialdemokratische Partei - Anm. d. Übers.) gedacht, aber in einem Gespräch, daß ich kurz nach dem Krieg, als ich gerade aus Indonesien zurückkam, mit der damaligen Parteispitze hatte, wurde deutlich, daß dort kein Platz für mich war. Das hat sich später auch bestätigt, als die Parteifüh-

rung die militärischen Aktionen gegen Indonesien unterstützte". Allgemein Linker und doch Individualist, so charakterisiert er seine Position im politischen Kräftefeld und als Motto: Keine Kompromisse in wesentlichen Dingen. Den „einigermaßen sozialistisch denkenden Menschen in unserer Gesellschaft" wirft er vor, daß sie zu sehr zufrieden sind mit einem Kapitalismus mit allerlei Abfall für die Minderbemittelten (soziale Sicherheit, Gesundheitsfürsorge). Wer jetzt noch nicht sieht, daß der Kapitalismus völlig festgelaufen ist, der ist völlig blind. Bis vor kurzem mag das heutige ökonomische System scheinbar noch in der Lage gewesen sein, eine bedeutende Steigerung des Wohlstands für die Arbeiter zu erreichen; seit der letzten Ölkrise wird jedoch von Tag zu Tag deutlicher, daß innerhalb der bestehenden Strukturen keine Lösungen mehr möglich sind.

„Ich weiß , der Untergang des Kapitalismus ist in der Geschichte schon öfter vorausgesagt worden. Aber verglichen mit der Zeit vor hundert Jahren hat sich ökonomisch gesehen eine Menge verändert in der Welt. Bestimmte Bluttransfusionen, die vorher das System noch instandhielten, wirken nicht mehr. Die endlosen Betriebsreorganisationen und -schliessungen sind der lebendige Beweis. Die Wiederherstellung ist keine Wiederherstellung mehr".

Anhand der „Taiwan-Frage" (der Lieferung von U-Booten an Taiwan durch die Niederlande) macht er deutlich, wie sehr sich der Kapitalismus in zunehmenden Maße nur noch mit Rüstungsaufträgen erhalten kann.

„An sich beweist die Aufopferung der Handelsbeziehungen mit China dem volkreichsten Land der Welt, zugunsten eines Rüstungsauftrags aus Taiwan schon ausreichend, wie unsere Wirtschaft von der zunehmenden Rüstung abhängig ist". Wertheim, der die Chinesen kennt, sieht voraus, daß sie, wenn die U-Boot-Lieferung an Taiwan tatsächlich erfolgt, die Beziehungen mit unserem Land systematisch einfrieren werden.

„Die Menschheit steht vor der Entscheidung"

Alles in allem kein ermunterndes Bild. Die Welt ist im Bann von Atomwaffen und Atomenergie und steuert ohne Korrektur geradezu auf ihre

„Die Menschheit steht vor der Entscheidung"

Alles in allem kein ermunterndes Bild. Die Welt ist im Bann von Atomwaffen und Atomenergie und steuert ohne Korrektur geradezu auf ihre

Vernichtung zu. Wie optimistisch sind Sie noch in Hinblick auf die Zukunft?

„Auf die Gefahr hin, als Unglücksprophet bezeichnet zu werden, bin ich geneigt zu sagen: Es ist fünf vor zwölf. Angesichts all der gefährlichen Entwicklungen, die uns in die Richtung der Katastrophe zu führen drohen, wird es höchste Zeit, den Kampf für die Emanzipation energisch zu beginnen. Die Menschheit geht ihrer letzten Prüfung entgegen. Das Tragische der vergangenen sechs Jahre ist, daß es immer deutlicher wird, daß die bestehenden sozialistischen Experimente nicht imstande waren, eine glaubwürdige Alternative zu bieten, einschließlich der Entwicklung in China. Auch ich habe zu viel erwartet, das will ich gerne zugeben.

Ein Element, das ich stark unter schätzt habe, ist das Fortbestehen nationalistischer Gefühle und sogar ethnischer Loyalität in einem Land, das schon Dutzende von Jahren mit Erfolg eine sozialistische Wirtschaft aufgebaut hat. Die Vertreibung der Chinesen aus Nordvietnam hat mich stark getroffen. Solche Haltungen und Sentiments erwartete ich eigentlich nur in einer kapitalistischen Wirtschaft. Gruppenloyalität ist offenbar stärker als das soziale System. Auch der Antisemitismus ist nie aus Rußland verschwunden".

„Das Land von Mao ist nicht verloren"

Wertheim sieht in dem überhasteten Modernisierungskurs der neuen Machthaber in China eine regelrechte Bedrohung für das sozialistische Experiment insgesamt. Eine Modernisierung, die zum großen Teil durch die Angst vor den Russen eingegeben ist; mehr als vor den Amerikanern.

Sie sprechen selbst von dem verlorenen Paradies. Was ist schief gegangen mit dem chinesischen Modell?

„Ich bleibe ein großer Bewunderer von Maos Strategie. Ob das berechtigt ist, hängt ab von der Beurteilung der Resultate, die bis zu seinem Tode erreicht wurden. In dieser Zeit ist dort in bewundernswerter Weise eine Basis für weitere Entwicklungen geschaffen worden; die Menschen haben ein Minimum an Existenzsicherheit und der Hunger ist verbannt. Ich frage mich , welche großen Agrarländer es gibt, die in jener Periode auch nur etwas von dem erreicht haben, was mit der chinesischen Entwicklung vergleichbar ist. Daß die zehn Jahre Kulturrevolution verlorene Jahre gewesen sind, wie es die heutigen Führer darstellen, ist vollkommen unrichtig.

Allerdings wurde schon in der Zeit von Mao unzureichend erkannt, daß schnelle Mechanisierung der Landwirtschaft unwiderruflich zu massenhafter Arbeitslosigkeit führt. Als ich damals während einer meiner Reisen fragte, was wie mit den überzähligen Arbeitskräften tun würden, wußten sie darauf keinerlei Antwort. Als ich 1979 das letzte Mal da war, begriffen die Führer endlich, daß es ein riesiges Problem ist. Es gab also Gründe für die Chinesen, eine andere Wirtschaftspolitik zu beginnen. Das Elend ist nur, daß ihre Pläne zu großangelegter Mechanisierung den Verlust von Arbeitsplätzen gerade befördern

1979 das letzte Mal da war, begriffen die Führer endlich, daß es ein riesiges Problem ist. Es gab also Gründe für die Chinesen, eine andere Wirtschaftspolitik zu beginnen. Das Elend ist nur, daß ihre Pläne zu großangelegter Mechanisierung den Verlust von Arbeitsplätzen gerade befördern

werden. Eine wirklich neue Politik muß nach der Verbreiterung der Ökonomie auf dem Land streben. Essentiell ist dabei die Gründung von arbeitsintensiven Industrien kleinen Maßstabs neben der Landwirtschaft. Das Entwicklungsmodell von Mao braucht dafür nicht abgebrochen zu werden, sondern muß gerade ausgedehnt werden".

„Mehrere Kulturrevolutionen sind nötig"

Warum setzen sich die neuen Führer so stark ab gegen die vorige Periode? Wie kann ein solcher Umschwung zustande kommen?

„Zur Zeit der Kulturrevolution gab es Zielstellungen, die sehr weit gingen. Breiteste Demokratie wurde angestrebt. Als das Ziel über die Erziehung nicht schnell genug erreicht wurde, gegannen die Anhänger von Mao, Formen von Repression anzuwenden. Vor allem Intellektuelle und städtische Jugendliche, die aufs Land geschickt wurden, haben in dieser Zeit sehr gelitten und sind jetzt sehr verbittert. Sie sprechen ausschließlich negativ über die Ideen von Mao. Die massenhafte Integration von städtischer und ländlicher Bevölkerung ist auch eine falsche Politik gewesen und wurde auf sehr undurchdachte Weise ausgeführt. Das habe ich immer für ein äußerst gewagtes Experiment gehalten. Für die Erreichung eines so weitgehenden Zieles sind mehrere Kulturrevolutionen nötig, etwas, was Mao auch gesagt hat".

Aber angesichts der Kraft, mit der heute ein starkes und großes China angesteuert wird, scheint eine zweite Kulturrevolution in kurzer Zeit undenkbar. Oder kennen Sie andere Anzeichen?

„Ich mache keine Prophezeihungen, das ist nicht mein Fach. Aber in jedem revolutionären Prozeß kann leicht eine Stabilisierungsphase eintreten, das habe ich in meinen Büchern immer offengehalten. Es kann sogar ein Schritt zurück gemacht werden. In einem Brief von 1966 an seine Frau Jiang Qing, die gerade als Mitglied der Viererbande zum Tode verurteilt ist, sah Mao schon voraus, daß nach seinem Tod reaktionäre Gruppen unter Berufung auf seine eigenen Äußerungen die Macht übernehmen würden. Aber er fügte hinzu, daß es nicht lange dauern würde, bis andere, die sich auch auf seine Worte berufen, die große Gegenströmung bilden würden. Und darauf ist noch zu warten.

Es ist auch schwerlich denkbar, daß die große Verehrung für Mao, namentlich auf dem Land, jetzt plötzlich verschwunden sei. Als ich 1979 dort war, hingen die Porträts von Mao noch überall in den Bauernhäusern. Man sollte natürlich die Menschen nicht fragen, was sie von der Viererbande halten, denn dann bekommt man eine Schallplatte zu hören. Man muß fragen, wann dieser Damm angelegt und jener Betrieb gestartet worden ist, dann bekommt man ehrliche Antworten und dann hört man : 1969, 1974, gerade in der Blütezeit der Kulturrevolution. Gegen die neue Linie, die stark auf die Stadt und die doch schon reichen Gebiete gerichtet ist und die davon ausgeht, daß jeder sich selbst berei-

startet worden ist, dann bekommt man ehrliche Antworten und dann hört man : 1969, 1974, gerade in der Blütezeit der Kulturrevolution. Gegen die neue Linie, die stark auf die Stadt und die doch schon reichen Gebiete gerichtet ist und die davon ausgeht, daß jeder sich selbst berei-

chern muß, dagegen muß früher oder später Widerstand aufkommen. Ich kann mir vorstellen, daß es Menschen gibt, die jetzt noch nichts von sich hören lassen, aber die chinesischen Götter hören schon ihr Murren".

Fortschreitende Emanzipation

Klar, ohne Fachjargon, erklärt Wertheim, zu welchen Einsichten das Stagnieren des chinesischen Experiments führen muß. Er unterscheidet drei Phasen in dem Emanzipationsprozeß. Die erste Phase nennt er das „Wir-auch-Element". Die obere Schicht der Underdogs will mit der Elite mithalten. Die zweite Phase ist die Apartheit, das Sich-Abgrenzen. Er führt Beispiele an: Die Europäer, die aus den Ländern der Dritten Welt herausgesetzt worden sind; die amerikanischen Neger, die die weiße Religion nicht mehr brauchen und - „das dürfen Sie ruhig hinzufügen"- die Frauen, die sagen, daß sie die Männer nicht mehr brauchen. Die dritte Emanzipationsphase bringt, meint Wertheim, das tiefere Verständnis für Solidarität. Dann beginnen die unterlegenen Gruppierungen einzusehen, daß es ein gemeinsamer Kampf ist, wobei sie sich nicht gegeneinander ausspielen lassen dürfen. Die sozialistischen Staaten bleiben in der zweiten Phase ihrer Emanzipation stecken. Eine zeitweilige Stagnation, das steht fest.

Wertheim glaubt weiterhin an das Fortschreiten des Emanzipationsprozesses. Obwohl China seine Vorbildfunktion für viele Dritte-Welt-Länder verspielt hat („wenig Wertschätzung für ein Land, das gut Freund ist mit Pinochet aus Chile") ist das Land von Mao nicht verloren. „Das kann nicht sein, dort ist in den vergangenen dreißig Jahren soviel Positives zustande gebracht worden an Glauben an

Professor W.F. Wertheim

Willem F. Wertheim wurde 1907 in Petersburg als Sohn niederländischer Eltern geboren. Er studierte in Leiden und promovierte 1930. Seit 1931 war er bei der Justiz-Verwaltung in Niederländisch-Indien (dem heutigen Indonesien) tätig. 1936 wurde er zum Professor an der Rechtshochschule in Batavia ernannt. Von 1942 bis 1945 war er von den Japanern interniert.

Von 1946 bis 1972 hatte er an der Universität Amsterdam den Lehrstuhl für Soziologie und Moderne Geschichte (später erweitert auf die Dritte Welt) inne. 1956/57 war er als Gastprofessor an der Landwirtschaftlichen Fakultät in Bogor (Indonesien).

Neben Studienaufenthalten in Indien, Malaysia und auf den Philippinen besuchte er in den Jahren 1957, 1964, 1970/71 und 1979 die Volksrepublik China.

Neben zahlreichen niederländischen Arbeiten sind seine wichtigsten englischen Bücher: „Indonesian Society in Transition", 2. erw. Auflage 1959; „East-West Parallels", 1964; ,Evolution and Revolution", 1974.

die eigene Kraft, Gefühl für menschliche Würde. Die Sphäre der Brüderlichkeit, die ich immer am stärksten in den Kommunen erfahren habe, die gibt es dort noch immer. Dasselbe gilt für die Sowjetunion. Ungeachtet des Elends des Stalinismus ist die Revolution von 1917 eine wertvolle Umwälzung geblieben".

Revolutionen

Als Junge von zehn Jahren war Wertheim Zeuge der Russischen Revolution. Er wohnte in Petersburg, sein Vater war dort Direktor der Filiale einer niederländischen Lebensversicherungs-Gesellschaft. „Ich erinnere mich noch gut, wie die Demonstrationen an unserem Fenster vorbeizogen, mit diesen Tausenden roter Fahnen. Da ich zur Elite gehörte, konnte ich absolut keine Sympathie dafür haben, aber es faszinierte mich enorm".

Seine Betroffenheit, wie indirekt auch, von der Revolution 1917 scheint sich wie ein roter Faden durch Wertheims Leben zu ziehen. Später, als er 1945 Zeuge war, wie Sukarno in der ehemaligen niederländischen indonesischen Kolonie nach der Macht griff, stellte er sich unmittelbar auf den Standpunkt, daß diese Umwälzung von Dauer sein würde. Als einer der wenigen aus seiner Umgebung. Inzwischen war der junge Rechtsprofessor durch dreieinhalbjährige Gefangenschaft in einem japanischen Lager ein Stück nach links gerückt und zeigte diesmal Sympathie für die Revolutionäre.

Heute stellt er fest: „Ich zögerte keinen Moment, mit den sich widersetzenden Indonesiern solidarisch zu sein. Allmählich waren meine Augen geöffnet. Zwölf Jahre habe ich sehen können, wie sich der Kapitalismus in einem kolonialen Land auswirkt. Ich wußte, daß ich nicht in dieselbe Falle geraten durfte wie meine Eltern 1917: sich mit der Elite zu identifizieren, gegen die die Revolution sich richtet. Die Veränderungen in Indonesien würden so genauso endgültig sein wie die in Rußland".

Beide Erfahrungen sind die Wiege seines felsenfesten Vertrauens in die bleibende Potenz sozialer Revolutionen. Ungeachtet seiner zunehmenden Enttäuschung über das Mißlingen in den sozialistischen Staaten, bleibt er ein scharfer Verteidiger der revolutionären Entwicklung. Die Tatsachen sprechen für sich, meint Wertheim. „Der Sieg Vietnams über die USA 1975 ist von großer Bedeutung gewesen. Lateinamerika ist zwar sehr behindert von der Nähe der USA, aber in Nicaragua ist es doch, entgegen aller Erwartung, wieder geglückt: Somoza ist verjagt. Weiter geschehen vom revolutionären Gesichtspunkt aus gesehen allerlei interessante Dinge in Afrika und Asien. Die revolutionären Entwicklungen ziehen noch immer von Land zu Land. Von einer Beendigung dieses Prozesses habe ich noch nichts wahrgenommen".

vom revolutionären Gesichtspunkt aus gesehen allerlei interessante Dinge in Afrika und Asien. Die revolutionären Entwicklungen ziehen noch immer von Land zu Land. Von einer Beendigung dieses Prozesses habe ich noch nichts wahrgenommen".

Wie realistisch ist Ihr Bild? Dreiviertel der Menschen leben unter einer Diktatur und immer mehr Entwicklungsländer geraten in das internationale Netz des Kapitalismus. Widerspricht Ihr Optimismus nicht besserem Wissen?

„Die vielen Militärdiktaturen wundern mich nicht. Ich habe immer in meinen Veröffentlichungen behauptet und auch aufgezeigt, daß soziale Revolutionen nur in Fällen recht extremer Diktatur gelingen können. Ich habe nie geglaubt, daß Indonesien 1965 nach Sukarno eine kommunistische Regierung bekommen würde. Wohl eine Revolution nach dem Regime von Suharto oder seines Nachfolgers. Aber solch ein Prozeß verläuft träge. Man darf nicht vergessen, daß China nach 1927 noch fünfundzwanzig Jahre brauchte, bis die Revolution gesiegt hatte. Typisch ist allerdings, daß, wenn die Elite ihre Gloriole verloren hat, es plötzlich sehr schnell gehen kann. Die Ereignisse im Iran sind ein gutes Beispiel dafür. Wir dürfen uns also auch wiederum nicht in der Schnelligkeit irren, mit der bestimmte Prozesse sich entwickeln können. Aber die Ausweglosigkeit des Establishment wird immer deutlicher. Je mehr sie ihre Zuflucht in Repression suchen müssen, desto schwächer ist ihre Position. Repression ist ein Zeichen der Schwäche, nicht der Kraft".

„Kämpfen für eine bessere Welt"

Im Mittelpunkt all Ihrer Werke steht der Gedanke von der Wahrscheinlichkeit der fortschreitenden Evolution und Emanzipation, Sicherheit *darüber, wo wir hingehen, gibt es nicht. Wir müssen uns der Möglichkeit bewußt bleiben, daß sich der Mensch für die Vernichtung anstelle der Emanzipation entscheidet. Wie stehen Sie heute dazu?*

„Ich will sehr bewußt den Fehler vermeiden, den viele Marxisten gemacht haben, nämlich das Vertrauen in die Notwendigkeit und die Unvermeidlichkeit der Entwicklung der Menschheit auf den Fortschritt und eine sozialistische Gesellschaft hin. Glaube an die Notwendigkeit führt psychologisch zu einer abwartenden Haltung - wenn der Sozialismus ja sowieso kommt. Diese Betrachtungsweise finde ich ebenso unakzeptabel wie die liberale, mit der ich als Student in Leiden erzogen worden bin: Wenn jeder nur für seine eigenen Belange arbeitet, dann wird sich daraus von selbst die richtige Gesellschaft entwickeln. Natürlich Unsinn. Ich selbst habe immer den Auftrag gefühlt, mit dem ich in dieser Welt stehe: kämpfen für eine bessere".

Emanzipation, haben Sie geschrieben, ist ein Prozeß des Fallens und Aufstehens. Wo befinden wir uns jetzt, gehen wir noch vorwärts?

„Ich gebe zu, daß die Entwicklung der siebziger Jahre stark in die Richtung einer Gegenoffensive gegen die Emanzipationsbewegungen gehen. Das beweist nur, daß starke Kräfte notwendig sein werden, um wieder neue Emanzipationswellen entstehen zu lassen. Ich glaube, daß es noch immer der Mühe wert ist, weiter zu kämpfen, vorausgesetzt, daß wir verstehen, um was es geht".

Die Wahl von Präsident Reagan sieht er als ein schlechtes Vorzeichen. Die beengte Atmosphäre des Kalten Krieges der fünfziger Jahre kommt wieder auf. Eine Atmosphäre, in der abweichende Gedanken schon bald als gefährlich angesehen werden. Das Wiederaufleben von Elementen des Kalten Krieges vergrößert den Druck auf linke Denker, sich anzupassen.

Wertheim sieht erneut die Notwendigkeit, den Kampf aufnehmen zu müssen. Seinerzeit hat er sich stark den Antezedenten-Untersuchungen (der Ausforschung des -politischen- Vorlebens, die niederländische Form der Berufsverbote – Anm. d. Übers.) bei jungen Wissenschaftlern widersetzt. Solidarität mit Dissidenten, mit Verfolgten wurde eine Lebenseinstellung: „Die eigene Meinung behalten, auch wenn man in eine bestimmte Ecke geschoben wird. Einfach akzeptieren, daß man, war man ein linker Denker, sowieso verrufen war. Keine Kompromisse".

Er vertraut darauf, daß man sich mehr als in den fünfziger Jahren geistig widersetzen wird gegen den zunehmenden Zwang und die Repression, daß man nicht mehr alles annimmt, was „von oben" kommt.

„Die Feigheit und der Mangel an Widerstand damals ärgerten mich enorm. Vor allem auch vielen meiner Kollegen an der Universität fehlte jeder persönliche Mut, den Kampf gegen das repressive Klima aufzunehmen. Das stimmte mich bitter. Jetzt ist das anders. Obwohl in diesem Moment noch nicht entscheidend, gibt

enorm. Vor allem auch vielen meiner Kollegen an der Universität fehlte jeder persönliche Mut, den Kampf gegen das repressive Klima aufzunehmen. Das stimmte mich bitter. Jetzt ist das anders. Obwohl in diesem Moment noch nicht entscheidend, gibt

es doch starke Anzeichen, daß der Kampf gegen zum Beispiel Atomenergie und Atomwaffen sich verbreitert. Denken Sie nur an den Offenen Brief in Ihrer Zeitung, in dem hunderte von Ärzten gegen die Atombewaffnung protestierten. Man ist bereit, größere Risiken auf sich zu nehmen, weil der Unglaube an den Segen des Kapitalismus zunimmt. Man versteht mehr als je, daß das, was jetzt geschieht, verhängnisvoll ist für unsere Zukunft. Es gibt jetzt einen Mut, den ich früher in diesem Umfang nicht gesehen habe. Diese Entwicklung ist wichtiger als der verbale Widerstand der sechziger Jahre. Das sind jetzt die Zeichen weiterer Emanzipation und das erfüllt mich mit Hoffnung.

Erfreulich ist darüberhinaus, daß die Niederlande weiter sind in diesem Lösungsprozeß als andere westeuropäische Länder. Auffallend ist dabei, daß der Widerstand nicht von organisierten Gruppen ausgeht, sondern gerade aus der Spontaneität heraus entsteht. Die politischen Parteien, die sich hierauf nicht richtig einstellen, werden in den kommenden Jahren jedenfalls Stimmen verlieren. Dies gilt auch für die Gewerkschaften, solange sie im gesellschaftlichen Protest nicht vorangehen. Emanzipation entwickelt sich nun einmal oft außerhalb der gefestigten Strukturen.

In dem Moment, in dem Menschen sich nicht mehr einschüchtern lassen und bestimmte Ziele ungeachtet großer Gefahren realisieren, ist Raum geschaffen für den Fortschritt. Jede Macht kann nur bestehen, wenn sie von den Menschen anerkannt wird. Macht, an die man nicht mehr glaubt, kann sich nicht durchsetzen. Wenn dies Band einmal gelöst ist, ist der Weg offen zur Emanzipation".

(Einleitung, Zwischentitel und Übertragung aus dem Niederländischen: Niederlande-Kommission)

Professionalisierung auch bei Libération

Am 21. Februar, nach einer 11-stündigen Vollversammlung, wurde „Liberation" beerdigt.

150 Mitarbeiter/innen werden entlassen. Aktuelle Finanzprobleme waren es nicht, die dazu führten: mit 40. bis 45.000 täglich verkauften Exemplaren hatte sich die „Libe" um 7,3 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Alternativen, kollektiven Selbstverwaltungsutopien setzte „Alternativ"-Chef Serge July ein brutales Ende: *„Il faut être absolument moderne"* (man muß absolut modern sein).

Absolut modern: das bedeutet, klar zu sehen, daß die *„Zeiten sich geändert"* haben, daß *„Mai 68, wie Mai 36, wie die 48er Revolution ... zum Museum der Geschichte gehören"*; das bedeutet Vollmacht für einen einzigen Menschen (nämlich July), das bedeutet Wiedereinführung der Lohnhierarchie und mehr Elektronik, so daß man Menschen einsparen kann.

Nachdem die *„Periode von 1974 bis 1980 die Periode der Befreiung vom Gauchismus"* Linksradikalismus gewesen ist, heißt „absolut modern sein", jetzt noch ein Stückchen weiter zu gehen und zu versuchen, eine seriöse, etablierte Tageszeitung zu werden. So modern ist das nicht ...

Drei Vorschläge standen auf der besagten VV zur Abstimmung:

1. Der Vorschlag von Serge July: Zeitlich begrenzter Erscheinungsstop von „Libe", Entlassung aller, July bildet eine neue, „kompetente" Mannschaft;
2. Weitererscheinen von „Libe", Bildung eines gewählten Gremiums, bestehend aus 4 Personen, um über Entlassungen zu bestimmen;
3. Totaler Erscheinungsstop, Verbot der Benutzung des Namens „Liberation" durch wen auch immer. 136 Mitarbeiter/innen beteiligten sich an der Abstimmung:

für July stimmten 70 Leute, für den 2. Vorschlag 9, für den dritten 6 Leute. 42 enthielten sich der Stimme.

„... *Es ist das Höchstmaß an Mitbestimmung erreicht worden: die Angestellten dürfen über ihre eigene Entlassung abstimmen, während der Unternehmer alles für sich verbuchen kann, was Ergebnis einer kollektiven Arbeit gewesen ist"* (eine Setzerin).

me.

„... *Es ist das Höchstmaß an Mitbestimmung erreicht worden: die Angestellten dürfen über ihre eigene Entlassung abstimmen, während der Unternehmer alles für sich verbuchen kann, was Ergebnis einer kollektiven Arbeit gewesen ist"* (eine Setzerin).

„Die Zeit der Wölfe, der Schweine und der Hunde kommt wieder zurück. Mittels einer Abstimmung der Schande, begleitet von Erpressung und Manipulation, hat eine Mehrheit der Journalisten und eine Minderheit der Produktionsmitarbeiter die Tür für eins der zynischsten Rationalisierungsvorhaben der letzten Jahre geöffnet" (ein Regionalkorrespondent von „Libe"). Verschiedene Produktionsmitarbeiter/innen suchen jetzt neue *„Wirkungskreise – bitte keine Selbstverwalter"*.

„Ich sage ‚Salut', ohne Serge zu sagen, daß er ein Schwein ist" (ein Setzer).

(Alle Zitate aus der letzten Ausgabe von „Liberation" 23.2.81).

Frankreich-Kommission

* * *

Die erste Nummer von „Libe" erschien am 22. Mai 73. Die erste Mannschaft bestand hauptsächlich aus Genossen/innen der Maofreundlichen Organisation „Gauche Proletarienne" (GP; die Zeitung der GP war *„La cause du peuple"*). Damals hieß es: *„Wir werden nichts in Liberation veröffentlichen, ohne die Kontrolle der Streikenden im Betrieb ... Diejenigen, die kämpfen, werden die redaktionelle Kontrolle haben"* (Serge July, selber Ex-GP-Mitglied).

1975 begann die „Kompetenzen"-Diskussion, wobei auch das Prinzip der Gleichheit aller Löhne erstmals in Frage gestellt wurde.

1976 verkaufte „Libe" täglich ca. 26.000 Exemplare.

Mit der Wahl einer Vierer-Leitung 1980 wurden bereits normale Betriebsstrukturen eingeführt, wie Abteilungsleitungen etc. ...

Ob die „TAZ" auch so lange braucht, um dort zu enden, wo ihr großes Vorbild jetzt gelandet ist?



Vollversammlung von „Liberation" am 21.2.1981

SPENDENAUFRUF 100000 DM FÜR AK TECHNIK

	Technik	AK
Bezirk Altona	100,–	-
K.N., Neumünster	100,–	-
Bezirk Eimsbüttel	200,-	-
Bezirk Wandsbek	-	500,–
Bezirk Wandsbek aus Bezirks-Kasse	200,–	-
Ma., Hamburg	-	200,–
KB/Gruppe Westberlin	50,–	-
Medienzelle	-	50,-

K.N., Neumünster	100,–	-
Bezirk Eimsbüttel	200,–	-
Bezirk Wandsbek	-	500,–
Bezirk Wandsbek aus Bezirks-Kasse	200,–	-
Ma., Hamburg	-	200,–
KB/Gruppe Westberlin	50,–	-
Medienzelle	-	50,-

	Technik	AK
Ro., Braunschweig	800,–	-
Ed., KB/Gruppe Essen	10,–	-
Er., KB/Gruppe Essen	50,–	-
Ge., KB/Gruppe Essen	1.000,–	-
DLH/Hafen Hamburg	500,–	-
Barmbek, Weihnachtsgeld	450,–	-
Ka., Harburg/Weihnachtsgeld	100,–	-
Metallbereich	150,–	-
Erzieherbereich	2.050,–	-
Referendarzelle	750,–	-
KB/Gruppe Heidelberg	1.000,–	-
Elias, Hamburg	100,–	-
E.W., Hamburg	-	100,–
Os. und Pt., Metallbereich HH	450,–	-
G.F., Hannover	100,–	-
Lisa, Sympathisantin des KB	200,–	-
A.S., Hamburg	220,–	-
H.S., Stuttgart	284,50	-
M.R.	-	50,–
V.B.	-	50,–
KB/Gruppe Bremen	-	55,–
H. Sch., Hamburg	-	25,–
Technikspende Hildesheim	144,–	-
G.W., Trier	100,–	-
N.N.	400,–	-
KB/Gruppe Nürnberg	415,–	-
G.T., Lüneburg	-	24,–
H.G., Nürnberg	100,–	-
KB/Gruppe Bremen	-	48,–
B. aus Münster	300,-	-
H.S., Hamburg	21,68	20,–
R.K., Heidelberg	100,–	-
G.F., Hannover	100,–	100,–
J.N.	-	50,–
KB/Gruppe Bremen	-	55,–
Insgesamt seit AK 194	**10.545,18**	**1327,–**
Stand AK 194	85.015,42	37.053,13
Berichtigung (eine Spende wurde versehentlich als Technik-Spende verbucht)	- 500,–	+ 500,–
Stand AK 196	**95.060,60**	**38.880,13**

Schulstreiks wie noch nie ...

25000 auf der Straße



Am Donnerstag den 26.2. streikten in Hamburg 25.000 Schüler in über 150 Schulen. Aufgerufen zu diesem Streik hatten die Schülerkammer Hamburg (SKH), ,,Schüler gegen Rechts'' und andere. Dieser Streik richtete sich in erster Linie gegen den ,,Schulentwicklungsplan" (SEPL) der Schulbehörde, der in den nächsten 10 Jahren die Schließung von 57 Schulen vorsieht. Begründet werden diese Schulschliessungen mit einem vorgeplanten Rückgang der Schülerzahlen um 36%. Anstatt, wie seit Jahren versprochen, nun die Klassen kleiner zu machen, werden Schulen geschlossen. Dies ist eine sehr blinde und jugendfeindliche Planung, bedenkt frau, daß die Schülerzahlen spätestens 1990 wieder steigen. Dann nämlich werden die geburtenstarken Jahrgänge (1960 — 1965) Kinder bekommen. Seit 1979 sind die Geburtenzahlen schon wieder am Steigen. Die GEW hat mit den niedrigen Zahlen der Behörde schon einen Alternativplan erstellt, demzufolge keine einzige Schule geschlossen werden muß, wenn man keine Klasse mit mehr als 25 Schülern besetzt.

Zu den weiteren materiellen Gründen des Streiks zählen der Unterrichtsausfall (5 — 12,4 %), Lehrmittelkürzungen um 20% und überhaupt der Lehrermangel an den Schulen im Gegensatz zu heute 2.000 arbeitslosen Lehrern in HH. Der SEPL sieht bis 1990 keine weiteren Lehrplanstellen vor. Dies bedeutet bis 1990 ca. 9.000 arbeitslose Lehrer.

Zu früheren Zeiten haben aus ähnlichen Gründen höchstens 2 bis 3.000 Schüler gestreikt. Die hohe Beteiligung am Streik (laut SKH 50.000) hat offenbar neben den obengenannten noch andere Gründe. Um es nicht mit der abgekauten Parole ,,Für eine Schule die Spaß macht'' zu sagen: die meisten (ich eingeschlossen) haben einfach keinen Bock mehr auf diese langweilige, abtötende Schule mit Zensuren und all dem Nerv. Von Landsschulrat Neckel angedrohte Maßnahmen, wie: Benachrichtigung an die Eltern, eine 6 bei nicht mit geschriebenen Arbeiten und Eintragung des Streiks als unentschuldigtes Fehlen, erwiesen sich als nutzlos. Auch Schulsenator Grolles Ermahnung, daß der Streik ,,rechtswidrig'' sei, konnte die meisten Schüler, mit Ausnahme der ,,Schüler-Union'', nur zu einem Lächeln veranlassen.

Die SKH (im Vorstand starker SDAJ Einfluß) führt die Kampagne gegen den SEPL schon seit einigen Monaten. Der Streik am 26.2. war als vorläufiger Höhepunkt (noch vor Ende der ,,Diskussionszeit'' um den SEPL am 3. März) der Aktionen geplant. Anfangs plante die SKH lediglich ein Festival in der Markthalle (die hat 1.000 Plätze). Dort sollten die Streikschüler nach der 2. Stunde alle eintröpfeln. Etwa zehn Tage vorm Streik wurde auf einem Streiktreffen von ,,Schülern gegen Rechts'' vorgeschlagen, daß sich die Streikschulen in den Bezirken in ,,lauten, bunten'' Demozügen gegenseitig abholen und sich anschließend an der Schulbehörde treffen. Trotz anfänglicher hektischer Gewaltdistanzierungen von einigen wildgewordenen SSBH'lern (SPD-Schüler), setzte sich dieser Vorschlag recht bald durch.

Als es schließlich soweit war, sammelten sich 20.000 Schüler vor der Schulbehörde. Wie gewohnt wurde eine Delegation von Schulsprechern zu Grolle hochgeschickt. Mit so vielen hatte keiner gerechnet. Es war wunderbar voll und durcheinander. Die Hamburgerstrasse mußte zwangsläufig besetzt werden. Da stürmten etwa 300 Schüler die Behördenkantine um sie zu besetzen.

,,Grolle sagt, er kann uns leider nichts versprechen, aber zum Trost — wo wir schon mal alle hier sind — gibt er jedem Schüler 'ne Cola aus'' sagte ein Schüler. Alle waren von der langen Demo hungrig und im nu wurden Eis, Salat, Cola, Bounties und vieles mehr verzehrt. Leider zog der Lautsprecherwagen der SKH im gleichen Augenblick voll Panik, mit dem Versprechen an die Masse, den Rathausplatz stürmen zu wollen, ab. Ein sehr rücksichtsloses und unsolidarisches Vorgehen. Den wohlgespeisten Schülern gelang es trotzdem noch, im Laufschritt den Anschluß an die Demo zu bekommen. Eines hat der Streik auf jeden Fall bewirkt. Wir waren alle total beeindruckt, wie viele wir sind. Das Gefühl der Machtlosigkeit ist geschwunden. Selbst Grolle zeigte sich ,,beeindruckt''. Er verlängerte die Diskussionszeit um den SEPL bis zum 26. März (Witz, wir haben jetzt Ferien). Darüber hinaus sagte er im ,,Club'': *,,Aufgrund der öffentlichen Diskussion wird in der Behörde geprüft und überlegt werden welche Veränderungen im SEPL vorgenommen werden können ... Es könne aber niemand erwarten, daß der Plan ganz vom Tisch komme.''* (,,MoPo'', 27.2.) Es wird wohl weitere Schulstreiks geben!

Ka. SSB-Schüler

Schüler im Rathaus: Sex-Spiele vor Klose



Hamburgs linksradikaler Oberbürgermeister Klose und sein von einer bekannten staatsunterminierenden Postille zum Senatssprecher avancierter Vertrauter Bissinger schrecken vor nichts mehr zurück. Kaum hatte Klose seinen Sieg über die energiepolitische Vernunft unter dem Schutz zehntausender gewalttätiger Krawallanten und Politraudis auf dem SPD-Parteitag am 2.2.1981 unter Dach und Fach gebracht, wurde bei der folgenden Siegesfeier im traditionsreichen Kaisersaal des ehrwürdigen Rathauses jeder Anstand verloren! Offensichtlich angetan und lächelnd verfolgten beide die Darbietungen des linksradikalen sogenannten Kabaretts ,,Die Cyankali-Sisters", auf deren H hepunkt Klose von einer Nackten im vertraulichen Genossen-Du angemacht wurde: „Ulli, hast Du schon mal onaniert?"

Seitdem „WILD" diese schrecklichen Ereignisse veröffentlicht hat, standen die Telefone der Redaktion nicht mehr still. Besorgte Eltern fragten an, ob nun bei den traditionellen Besuchen der Schuklassen im Rathaus ihre Kinder Gefahr laufen, derartig obszöne Szenen über sich ergehen zu lassen.

Welche Gefahr derartiges Treiben bedeutet, erklärt unseren Lesern der bekannte Tiefendemagoge Christian Merwes: *„Triebverzicht bewirkt Kultur, Verzicht auf Triebverzicht den Rückfall in die Primitivität. Kulturgeschichtlich geht daher Entblössung mit Verblödung einher."* (WamS, 1.3.1981).

Letzte Meldung: Aufgrund noch nicht dementierter Gerüchte ist damit zu rechnen, daß es zu weiteren Angriffen gegen die deutsche Kultur kommen wird. Nach einem strategischen Plan wollen Hamburgs Bäder bis 1987 noch zwei weitere Nacktbadetage pro Woche einrichten.

Kommission zur Erhaltung der deutschen Kultur